# Forschungsberichte und Rezensionen

*Lutz Niethammer*

# Oral History in USA

## *Zur Entwicklung und Problematik diachroner Befragungen*

### 1. Einleitung

In den letzten Jahrzehnten sind zwei Innovationen geschichtswissenschaftlicher Heuristik von den USA ausgegangen und in vielen anderen Ländern aufgenommen worden, Cliometrics und Oral History. Beide Verfahren sind im Kern nicht neu, sondern gehen auf Mittel zurück, deren sich Geschichtsforscher schon immer bedient haben, nämlich auf Statistik und Interviews; aber sie sind in den der Praxis zugewandten Sozialwissenschaften und vergleichbaren Anwendungsgebieten wie Ökonomie oder Journalismus wesentlich mehr verwandt und weiter entwickelt worden. In einem größeren Umfang für die Geschichtswissenschaft wurden sie erst relevant, seitdem die Auswertung quantifizierbarer Daten durch Computer unterstützt und Gespräche mit Zeitgenossen auf Tonband festgehalten werden konnten. Im Rahmen der Begriffe historischer Heuristik jedoch liegen beide nicht auf derselben Ebene. Daß sich die Historikerzunft den Möglichkeiten des Computers mit sehr viel geringerer Zurückhaltung als denen des Tonbands zugewandt hat, dürfte vor allem daran liegen, daß die elektronische Datenverarbeitung den bevorzugten Rohstoff des Historikers, den Überrest, nicht qualitativ verändert, sondern nur seine Bearbeitung rationalisiert bzw. ihn häufig genug überhaupt erst bearbeitbar macht[1]. Mit dem Tonband wirkt der Historiker aber selbst an der Produktion von Quellen mit, und zwar an der Inflationierung von »Tradition«, also einer Quellengattung, die im Zuge der Entwicklung der historisch-kritischen Methode stets als eine zwar notwendige, aber in ihrem Wahrheitsgehalt besonders kritisch zu prüfende Ergänzung der Überrestquellen dargestellt wurde. Durch ihren narrativen und subjektiven Charakter erinnert sie die Historiker an ihre Herkunft aus Journalistik, Annalistik und andere literarische Bereiche und widerstreitet damit einem oberflächlichen Szientismus.

Der Hauptgrund, der zur Entwicklung von Oral History geführt hat, besteht in der Erfahrung von Quellendefiziten, die sich teilweise aus einer in den letzten Jahrzehnten abnehmenden Qualität ständig wachsender Berge von Überrestquellen und teilweise aus einem über die überrestproduzierenden Lebensbereiche hinausgreifenden historischen Erkenntnisinteresse ergeben.

Im ersten Fall handelt es sich um die Erkenntnis, daß die Quellenüberlieferung für die Zeit etwa vom Absolutismus bis zum Imperialismus in der Tat ein eigentümliches und

1 Während ausführlichere methodische Literatur zum diachronen Interview zumindest im deutschen Sprachraum fehlt, ist die »cliometrische« Entwicklung voll rezipiert worden. Vgl. neben der Auseinandersetzung mit der französischen »Annales«-Schule z. B. *Konrad Jarausch* (Hrsg.), Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft, Düsseldorf 1976; *R. Gundlach/Carl-August Lückerath*, Historische Wissenschaften und elektronische Datenverarbeitung, Frankfurt u. a. 1976; sowie die Aktivitäten der kürzlich gegründeten Arbeitsgemeinschaft »Quantum« (Köln). Allgemeine Einführungen: *Edward Shorter*, The Historian and the Computer, Englewood Cliffs, N. J., 1972; *Roderick Floud*, An Introduction to Quantitative Methods for Historians, Princeton 1975; Beispielsammlungen aus USA und England z. B. *D. K. Rowney/J. O. Graham Jr.* (Hrsg.), Essays in Quantative Economic History, Oxford 1974.

geeignetes Korrelat nationalpolitischer Historiographie darstellte, insofern zunehmende Zentralisierung der Systemsteuerung mit nur langsamem Anwachsen schneller und informeller Kommunikationsmöglichkeiten einherging. Kleine Eliten mußten tatsächliche Motive ihres Handelns schriftlich niederlegen, um sich zu verständigen und ihren Regierungsapparat zu steuern. Etwas überzogen läßt sich sogar sagen, was in den Akten der Regierung und in den Briefen und Tagebüchern der Führungsschicht nicht nachzuweisen ist, könne für diese politischen Systeme im ganzen kaum von großem Gewicht gewesen sein. Dasselbe politische Erkenntnisinteresse ist mit den Aktenüberlieferungen heutiger politischer Systeme kaum noch zu befriedigen, einmal weil die Zahl und die Organisiertheit der Handlungsträger stark gewachsen ist (hier mag der Computer helfen), zum anderen aber weil die Entwicklung der Verkehrs- und Kommunikationsmittel die schriftliche Fixierung von tatsächlichen Handlungsantrieben (im Unterschied zu einer Flut von legitimatorischen Taktiken im internen Schriftgut und in den Massenkommunikationsmitteln) nicht mehr erzwingt, wodurch die subjektive Erklärungsseite ausfällt oder willkürlich wird[2].

Daneben aber ist auch das historische Erkenntnisinteresse erheblich über die Geschichte der Regierenden und der Regierungen bzw. die Spiegelung von Systemen in ihren Steuerungsproblemen hinausgewachsen. Wer die schweigende Mehrheit verstehen will, wird sie zum Sprechen bringen müssen. Basisprozesse und Minderheitsprobleme hinterlassen selten autonome Zeugnisse. In dem Maße, wie sich die Geschichtswissenschaft auch den sog. Unterprivilegierten und den Unterlegenen, den verschütteten Alternativen, den Lebensformen, die politisch nicht repräsentiert und ökonomisch nicht marktfähig sind, zuwendet, gerät sie in große Quellenschwierigkeiten, sei es, daß dokumentarisches Material überhaupt fehlt, daß es nur die Rahmenbedingungen belegt oder daß es nur aus der Perspektive des Gegners oder des Außenstehenden entstanden ist[3]. Es ist kein Zufall, daß die Produktion narrativer Quellen aufgrund mündlicher Überlieferung erst in der Volkskunde, der Ethnologie, der Kriminologie, der Soziologie und Psychologie abweichenden Verhaltens ausgebildet worden ist[4], bevor sich auch die Geschichtswissenschaft solcher Problembereiche und Methoden in größerem Umfang bediente. Weil »große« Persönlichkeiten zuweilen auch große schriftliche Nachlässe haben, verfallen manche Historiker dem Irrtum, daß die übrigen gesellschaftlichen Bereiche keine individuelle Erfahrung und Persönlichkeit bildeten und daß Kategorisierungen und Typisierungen in dieser Hinsicht mehr seien als Hilfskonstrukte; aber auch Arbeiter, Bauern oder Beamte haben eigene Lebensgeschichten, durch die sie Geschichte erfahren und mitgestalten. Es könnte eine sozialgeschichtliche Aufgabe sein, vorschnelle abstrakte Kollektivbegriffe lebensgeschichtlich zu enttypisieren und sie damit für neue Untersuchungen sozialer Zwänge, Bedürfnisse, Erfahrungen und Motive zu öffnen. Dafür gibt es in der biografischen Methode Ansätze, die insbesondere dann, wenn lebensgeschichtliche Verläufe nicht nur äußerlich rekonstruiert, sondern in ihrer Erfahrungsdimension und in ihren komplexen Bezügen zum »Alltag«[5] interpretiert werden

2 Dieser am weitesten verbreitete Legitimationsstrang läßt sich sehr oft finden, z. B. bei *Arthur M. Schlesinger Jr.*, On the Writing of Contemporary History, in: The Atlantic Monthly, März 1967, S. 69-74, bes. S. 71: »[. . .] the rise of the typewriter has vastly increased the flow of paper, while the rise of the telephone has vastly reduced its importance. Far more documents have been produced, and there is far less in them.«

3 Der Ausgleich von sozialgeschichtlichen Quellendefiziten wurde vor allem in England betont, vgl. z. B. den Beitrag von *Paul Thompson*, Problems of Method in Oral History, in: Oral History 1, 1973, Nr. 4, S. 1–47. (Dieser Newsletter wird vom Dep. of Sociology, University of Essex, Colchester, England, herausgegeben.)

4 Beste Zusammenfassung interdisziplinärer methodischer Probleme mit guten Literaturverweisen bei *Ronald J. Grele*, A Surmisable Variety: Interdisciplinary and Oral Testimony, in: American Quarterly 27, 1975, S. 275–295.

5 Zur theoretischen Perspektive vgl. *Oskar Negt/Alexander Kluge*, Öffentlichkeit und Erfah-

sollen, ohne die Aufnahme der Erinnerung des Betroffenen nicht auskommen. Durch Interviews könnten Quellen produziert werden, die Interpretationsmodelle wie den symbolischen Interaktionismus[6] historisch und den Strukturalismus[7] für Subkulturen fruchtbar zu machen vermögen. Und dies könnte Erkenntnisfortschritte in der Frage des Klassenbewußtseins und der Aktionspotentiale beherrschter Gruppen eröffnen. Eine Verbindung und heuristische Fundierung dieser Interpretationszugänge aber scheint dann notwendig zu werden, wenn einerseits die Diktatur objektivistischer Theoretiker über ihre Gegenstände gebrochen und die Erfahrung und Subjektivität auch z. B. von Arbeitern ernstgenommen und andererseits durch eine Archäologie des Denkens auf einer neuen Ebene regelhafte Tiefenstrukturen aufgefunden werden sollen, um sich nicht in einem antiquarischen Positivismus zersplittern und durch Oberflächlichkeit täuschen zu lassen.
Angesichts solcher heuristischen Bedürfnisse in der Sozial- und Zeitgeschichte ist es erstaunlich, daß in der Bundesrepublik zwar verschiedene Befragungsprojekte durchgeführt wurden und Interviews mit Beteiligten – in einer handgestrickten und nur selten dem Stand der derzeitigen Möglichkeiten entsprechenden Form – auch zur Praxis vieler Zeithistoriker gehören, eine systematische Nutzung, Institutionalisierung und methodische Präzisierung von Oral History aber unterblieb[8]. Dafür gibt es jedoch eine Reihe von Gründen, deren wichtigste mit der geringen Entwicklung einer radikalen Volkskultur und einer linken Sozialgeschichte in Deutschland, dem Abbruch dieser Tradition durch das NS-Regime und damit mit der Etablierung der deutschen Zeitgeschichte als Wissenschaft zur Bewältigung des Nationalsozialismus zusammenhängen. Eine sonst in der Zeitgeschichte ungekannte Archivöffnung hatte die arcana imperii zuäußerst gekehrt, während andererseits etablierte gesellschaftliche Interessen die Historiker in ihrem Traditionalismus bestärkten, den Gegenstand als einen politischen und abgeschlossenen zu untersuchen, seiner sozialgeschichtlich ausgeweiteten Dimensionierung und damit dem Kontinuitätsproblem jedoch auszuweichen. Darüber hinaus hatte es in den Vernehmungen der Kriegsverbrecherprozesse und der Entnazifizierung eine Variante mündlicher Überlieferung gegeben, die wesentlich auf Leugnen abgestellt war und zu Recht die Skepsis der Historiker gegenüber allen »Memoiren« erhärtete. Angesichts der gesellschaftlichen Tabuisierung des Nationalsozialismus konnten auch die von Historikern unternommenen Befragungen keine wesentlich anderen Ergebnisse erbringen; die Gespräche mit Systemträgern waren nur ausnahmsweise ertragreich oder wenigstens innerhalb gewisser Toleranzen verläßlich; die mit den Regimegegnern tendierten oft zur Herausstellung einer

---

rung, Frankfurt 1972; *Henri Lefèbvre,* Kritik des Alltagslebens, Bd. 1–3, München 1974; *Siegfried Reck,* Arbeiter nach der Arbeit, Lahn-Giessen 1977 (vor allem die Einleitung von *Thomas Kleinspehn).* Zur historischen Perspektive vgl. *E. P. Thompson,* The Making of the English Working Class, 2. Aufl., Harmondsworth 1968; *Dieter Groh,* Basisprozesse und Organisationsproblem, in: *Ulrich Engelhardt* u. a. (Hrsg.), Soziale Bewegung und Politische Verfassung (FS Werner Conze), Stuttgart 1976, S. 415–431; der Verf. verdankt Anregungen zur historischen und soziologischen Dimensionierung des Alltags- und Erfahrungsproblems auch »preprints« von Alf Lüdtke (Göttingen) und Werner Fuchs (Marburg).

6 Vgl. *Günter Falk/Heinz Steinert,* Über den Soziologen als Konstrukteur der Wirklichkeit, das Wesen der sozialen Realität, die Definition sozialer Situationen und die Strategien ihrer Bewältigung, in: *H. Steinert* (Hrsg.), Symbolische Interaktion, Stuttgart 1973, S. 13 ff.

7 Gemeint sind Ansätze im Stile der Archäologie des Wissens bei Michel Foucault und der Zeitschrift »Recherches«, deren Methode derzeit vor allem durch ihre Abhängigkeit von den Quellen der kulturtragenden Schichten und deren Tiefeninterpretation zur Ausblendung der Wirkungszusammenhänge und damit zur willkürlichen Generalisierung einer überzogenen Kulturkritik neigt.

8 Eine Ausnahme bilden die praktischen Hinweise von *Peter Hüttenberger,* Zur Technik zeitgeschichtlicher Befragungen, in: Der Archivar 22, 1969, Sp. 167–176. Der Verf. plant, 1979 einen Sammelband mit methodischen Beiträgen zur Oral History vor allem aus dem Ausland herauszugeben, um die dortigen Erfahrungen für die derzeit in Deutschland sich entwickelnden Projekte leichter zugänglich zu machen.

Aktivität, die in merkwürdigem Gegensatz zu ihrer Unauffälligkeit und Unwirksamkeit in der Zeit des »Dritten Reiches« stand[9]. Die Entwicklung der Zeitgeschichte hat also aus politischen und methodischen Gründen in der Bundesrepublik dazu geführt, daß die Historiker in ihren traditionellen (der Zeitgeschichte unspezifischen) Methoden bestärkt und spezifisch zeitgeschichtliche Arbeitstechniken, die einen sozialgeschichtlichen Zugang erfordern, stigmatisiert wurden. Dies blockierte sowohl eine sozialgeschichtliche Ausweitung des Gegenstandes, mit der erst eine Generation nach dem Regimeende – aber charakteristischerweise eher in älteren Zeitbereichen als im Umfeld des Dritten Reiches – wirklich begonnen wurde, als auch insbesondere die Entwicklung von Oral History.
Dem stehen die Beispiele anderer Länder entgegen, von denen hier vielleicht England und Israel herausgegriffen werden sollen. An der Hebräischen Universität und in der nationalen Gedenk- und Forschungsstätte Yad Wa-Schem in Jerusalem sind umfängliche Befragungsprojekte zur Geschichte der jüdischen Gemeinschaften in aller Welt, zur Erfahrung der Verfolgung und Ausrottung der Juden im Zweiten Weltkrieg und zur Vor- und Frühgeschichte des Staates Israel unternommen und aufbereitet worden[10]. Zeitgeschichte wurde hier mit einem ähnlichen Schub sozio-politischen Interesses etabliert wie im Nachkriegsdeutschland, aber mit einem anderen Wertakzent und einer anderen Quellenlage. Das Opfer ist glaubwürdiger als der Täter, und es hat auch ein größeres Mitteilungsbedürfnis als dieser. Insofern waren hier Interviews leichter zu bekommen und begegneten geringerer Skepsis. Die nationale Überlieferung war nicht staatlich verfaßt, sondern von vornherein Kultur- und Sozialgeschichte: Vielfach waren ihre autochthonen Quellen zerstört, die mündlichen Traditionen unterbrochen und wesentliche geschichtliche Erfahrungen unter dem Mantel des Geheimnisses gemacht worden. Die verbliebenen Zeugen zum Reden oder Schreiben zu bringen, mußte insofern als ein vordringliches Bedürfnis nationaler zeitgeschichtlicher Forschung erscheinen. Der Zusammenhang dieser Konstellation mit Oral History erhellt übrigens auch aus dem einen Teilbereich, in dem Deutsche eine traumatische nationale Erfahrung gemacht hatten: der Massenvertreibung aus den Ostgebieten und aus Osteuropa. Hier konnte ebenfalls der Einzelne keine Gründe für sein Schicksal erkennen, auch hier gab es ein kollektives Leiden, das als wesentliches Element der nationalen Erfahrung interpretiert wurde, aber kaum Überreste hinterlassen hatte, und auch hier wurde sogleich von offizieller Seite eine groß angelegte Sammlung einschlägiger Oral History und anderer Zeugnisse angelegt[11]. Ähnliche Sammlungen

9 Eine systematische Erfassung des Zeugenschrifttums und der zeitgeschichtlichen Befragungen in Deutschland fehlt. An verschiedenen Archiven bestehen aber einschlägige Bestände, am ausgedehntesten wohl beim Institut für Zeitgeschichte in München. Dieses Material hat die dortigen Historiker sehr skeptisch über seinen Gebrauchswert gemacht; vgl. z. B. die kurze Diskussion durch einen Mitarbeiter dieses Instituts, *Wolfgang Benz*, in: *ders./M. Müller*, Geschichtswissenschaft, Darmstadt o. J. (1973), S. 63 f. Der Verf. hat im Sommer 1977 eine Umfrage nach Befragungsbeständen und laufenden Projekten bei allen einschlägigen Lehr- und Forschungsinstitutionen und größeren Archiven in der Bundesrepublik unternommen, deren Ergebnisse in absehbarer Zeit veröffentlicht werden sollen.

10 *Paul Thompson*, Oral History in Israel, in: Oral History 5, 1977, Nr. 1, S. 35–39. Knapper Überblick über die bisherigen Projekte und Bestände an der Hebräischen Universität in: *Alan M. Meckler/Ruth McMullin* (Hrsg.), Oral History Collections, New York/London 1975, S. 339–42. Zusammenstellung der Bestände bis 1973 in: The Hebrew University of Jerusalem. The Institute of Contemporary Jewry (Hrsg.), *Oral History Division, Catalogue No. 3*, Jerusalem 1970 und dito *No. 4*, 1975. Teile der Bestände sind im Rahmen des New York Times Oral History Program verfilmt worden und von der Microfilming Corporation of America, Glen Rock, N. J., zu beziehen. Für Yad Wa-Shem vgl. *Y. Bauer* (Hrsg.), Guide to Unpublished Materials of the Holocaust Period, Bd. III (1975).

11 Gemeint ist die vom Bundesministerium für Vertriebene seit 1953 hrsg. »Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa«. Zur Methode vgl. *Martin Broszat*, Massendokumentation als Methode zeitgeschichtlicher Forschung, in: VfZG 2, 1954, S. 202–13. Vergleichbare Projekte hat es auch über die deutschen Kriegsgefangenen im Zweiten Welt-

zur Geschichte der nationalen Resistance während des Zweiten Weltkrieges sind vielerorts angelegt worden.

Obwohl es auch im britischen Reichskriegsmuseum (aber erst seit 1972) Befragungsbestände gibt[12], ist Oral History in England, wo sie nächst den USA am breitesten entwickelt und methodisch am genauesten reflektiert wurde, aus anderen Erkenntnisinteressen herausgewachsen. Ihre Ursprünge liegen hier in Volkskunde, Linguistik, Lokalgeschichtsschreibung und in Varianten einer »linken«, die Erfahrung und Identität der »arbeitenden Bevölkerung« betonenden Sozialgeschichte[13]. Charakteristisch für den derzeitigen Stand dieser Richtung sind – neben verschiedenen auf Oral History aufbauenden sozialhistorischen Dokumentationen, die zu Bestsellern wurden[14] – vielleicht besonders ein großes Oral-History-Projekt zur Sozialkultur der südwalisischen Bergarbeiter (Universität Swansea)[15], die sozialistische History-Workshop-Bewegung, deren Inspirator Raphael Samuel (Ruskin College, Oxford) häufig auf die Möglichkeiten der Selbstgenerierung von Geschichtszeugnissen und -interpretationen durch Arbeiter im Zuge der Weiterbildung hingewiesen und selbst eine auf Befragungen beruhende Darstellung der Lebensverhältnisse in einem Industriedorf vorgelegt hat[16], und der Versuch Paul Thompsons (Universität Essex, zugleich Herausgeber des britischen Newsletters »Oral History«), aus den Kindheitserinnerungen alter Menschen, die, nach einem Quotenverfahren ausgewählt, eine repräsentative Stichprobe darstellen sollen, Material über die schichtenspezifischen Haushaltsstrukturen und Sozialisationsbedingungen in England zwischen der Jahrhundertwende und dem Ersten Weltkrieg zu erschließen[17]. Die französische »Histoire Oral« zielt in eine ähnliche Richtung, aber steht erst am Beginn[18].

---

krieg und – seitens des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung – über ehemalige sozialdemokratische Funktionäre in der DDR gegeben. Als Auswertung des letzteren Projekts siehe: *Beatrix W. Bouvier,* Antifaschistische Zusammenarbeit, Selbständigkeitsanspruch und Vereinigungstendenz. Zur Rolle der Sozialdemokratie beim administrativen und parteipolitischen Aufbau in der sowjetischen Besatzungszone 1945 auf regionaler und lokaler Ebene, in: AfS XVI, 1976, S. 417–468.

12 Vgl. den Bericht des einschlägigen Abteilungsleiters des Imperial War Museum, *David Lance,* Oral History in Britain, in: Oral History Review, 1974, S. 64–76. »What seems at the moment significantly lacking in Britain are Oral History Projects aimed at elite respondents.«

13 Diese Traditionen sind sehr gut in einem Paper beschrieben, das auf einer Konferenz zur »Histoire Orale« in Le Creusot 1977 vorgetragen wurde und nächstes Jahr in England erscheinen soll: *Raphael Samuel,* British Oral History, Ms., 21 S. Vgl. auch die über den Gegenstand der eigentlichen Frauenfrage weit hinausgehende sozialgeschichtliche Bibliographie raisonné von *Joanna Bornat,* Women's History and Oral History: an Outline Bibliography, in: Oral History 5, 1977, H. 2, S. 124–135.

14 Vgl. z. B. *George Edward Evans,* Where Beards Wag All. The Relevance of the Oral Tradition, London 1970, Neuausg. 1977; *Ronald Blythe,* Akenfield, Portrait of an English Village, New York 1969.

15 South Wales Miners' Library, University College of Swansea. Vgl. *Hywell Francis,* The Origins of the South Wales Miners' Library, in: History Workshop 2, 1976, S. 183–193. Für das starke Gewicht arbeiterbezogener Oral History in England vgl. auch »Oral History«, passim, bes. aber die Beiträge: *John Saville,* Oral History and the Labour Historians, in: Oral History 1, 1973, Nr. 3, S. 60–62, sowie mit guter Bibliographie *Robert Turner,* The Contribution of Oral Evidence to Labour History, ebda. 5, 1976, Nr. 1, S. 23–40.

16 *Raphael Samuel,* Quarry Roughs, in: *ders.* (Hrsg.), Village Life and Labour, London 1975, S. 139 ff. (vgl. auch Anm. 13).

17 *Paul Thompson,* The Edwardians, London 1975. Vgl. zu Samuel und Thompson *E. P. Hennock,* Untidy Reality, in: Encounter, März 1976, S. 73–77. Erst nach der Drucklegung dieses Beitrags erreichte mich *Paul Thompson,* The Voice of the Past, Oral History, Oxford 1978, das zum erstenmal zusammenfassend in Buchform die methodischen Grundfragen der Oral History diskutiert und praktische Ratschläge für die Anlage von Projekten enthält. Auf diese Veröffentlichung, die hier nicht mehr eingearbeitet werden konnte, sei mit Nachdruck hingewiesen.

18 Im letzten Jahr sind hier eine ganze Reihe einschlägiger Initiativen zu verzeichnen, z. B. ein von Daniel Bertaux am Maison des Sciences de l'Homme in Paris organisierter Workshop

Nach Umfang und methodischer Zielrichtung den englischen vergleichbare Projekte hat es in der Bundesrepublik kaum gegeben. Zu diesem Defizit ist es vor allem durch das lange Auseinanderfallen volkskundlicher und sozialgeschichtlicher Forschung gekommen. Während Sozialgeschichte in der Bundesrepublik spät und sozusagen von oben herab als strukturelle Ausweitung politischer Steuerungsgeschichte betrieben zu werden begann, verharrte die Volkskunde, in deren Bereich die Aufnahme und Auswertung mündlicher Überlieferung und das Interesse an alltäglichen Lebensformen eine reiche Tradition hat, weithin in einer agrarromantischen Sackgasse. Hier bahnt sich jedoch seit den sechziger Jahren eine neue Begegnung an, die sich in vermehrten sozialgeschichtlichen und den industriellen Lebensverhältnissen zugewandten Fragestellungen bei der Volkskunde und in der zunehmenden Nutzung des methodischen Instrumentariums der Volkskunde für eine Sozialgeschichte des Alltags bemerkbar macht[19].

In dem Maße, in dem diese Begegnung fruchtbar verläuft und die deutsche Zeitgeschichte ihrem eigentlichen Gegenstandsbereich nicht länger mit dem Rückgriff hinter den Kontinuitätsbruch von 1945 auszuweichen vermag und deshalb zur Ausbildung spezifisch zeitgeschichtlicher Methoden herausgefordert wird, wird auch Oral History für die Geschichtswissenschaft hierzulande interessant. Es ist in dieser Situation für sie sinnvoll, von den Erfahrungen in USA zu profitieren, wo Oral History sich am längsten entwickelt und eine Vielfalt von methodischen und organisatorischen Ansätzen hervorgebracht hat. Da sich dabei die zunächst publikumswirksamsten Wege der Oral History als die problematischsten erweisen, könnten damit hierzulande einige besonders kostspielige Umwege erspart werden. Der folgende Bericht geht auf eine Reihe z. T. schon weiter zurückliegender Kontakte des Verfassers mit einschlägigen Forschungsinstitutionen in USA zurück, die auf einer Reise im Frühjahr 1977 in zahlreichen, meist sehr langen Gesprächen mit einigen der führenden »Oral Historians«[20] intensiviert wurden. Auf dieser Reise konnte auch stichprobenweise in eine Anzahl solcher Befragungen Einblick genommen, methodische Literatur und Materialien gesammelt und historische Arbeiten, die ganz oder weitgehend auf Oral History beruhen, zusammengetragen werden. Den zahllosen geduldigen Gesprächspartnern und der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die einen Großteil der Reisekosten übernahm, sei auch an dieser Stelle gedankt.

---

»L'approche biographique« (2./3. 6. 1977), die Konstituierung einer »Groupe d'Histoire matérielle de la civilisation industrielle« (Sprecher Yves Lequin, Lyon) und die Durchführung einer großen Konferenz »Mémoire Collective Ouvrière« im Ecomusée in Le Creusot (6.–9. 10. 1977), deren zahlreiche Beiträge 1979 veröffentlicht werden sollen. Werner Trapp (Konstanz/Rom) hat mich freundlicherweise auf vergleichbare Entwicklungen in Italien hingewiesen, die sich außer in einer Reihe empirischer Studien vor allem in zwei Sammelbänden mit Arbeitsberichten und methodischen Diskussionen aus Italien und dem Ausland manifestieren. *B. Bernardi / C. Ponti / A. Triulzi* (Hrsg.), Oral History, als Heft 2 der Quaderni Storici 12, 1977. *Luisa Passerini* (Hrsg.), Storia orale e vita quotidiana della classe operaia, Verlag Rosenberg & Sellier 1978.

19 Vgl. demnächst den Überblick von *Martin Scharfe* in: Social History (1979). Als Beispiel für unsere Frage vgl. *Albrecht Lehmann*, Autobiografische Erhebungen in den sozialen Unterschichten, in: Zeitschrift für Volkskunde 1977, S. 161–180.

20 Darunter Elizabeth B. Mason und Louis M. Starr (Columbia University, New York City), William B. Moss (Kennedy Library, Waltham, Mass.), Gould P. Colman (Cornell University, Ithaca, N. Y.), Maclyn P. Burg (Eisenhower Library, Abilene, Kansas), C. Gregory Crampton (University of Utah, Salt Lake City), Willa K. Baum (University of California at Berkeley); James Mink (University of California at Los Angeles), Lawrence C. Goodwyn (Duke University, Durham, N. C.), Forrest C. Pogue (Smithonian Institution, Washington, D. C.), Peter D. Olch (National Library of Medicine, Bethesda, Md.), Alice M. Hoffman (Pennsylvania State University, King of Prussia, Pa.), Spencer Weart (American Institute of Physics, New York City) und viele andere – ich habe sie hier in der Reihenfolge meiner Besuche aufgelistet. Vieles, was im folgenden nicht eigens ausgewiesen ist, habe ich diesen Gesprächen oder den Widersprüchen zwischen ihnen entnommen.

## 2. Entwicklung in USA [21]

Daß sich Oral History in Amerika am frühesten und am ausgedehntesten entwickeln konnte, weist zunächst auf einige allgemeine Bedingungen des öffentlichen Lebens in USA zurück, die der Wertschätzung mündlicher und personenbezogener Überlieferung für die Geschichtsschreibung günstig waren. Das fand schon seinen Niederschlag, als ein Jahrhundert vor der eigentlichen Oral-History-Innovation durch Allan Nevins zwei Historiker des amerikanischen Westens extensive Sammlungen historischer Interview-Niederschriften anlegten. Lyman Copeland Draper sammelte seit den 1840er Jahren insgesamt 486 Bände von Transkripten historischer Interviews mit Beteiligten der Revolutionskriege und der Feldzüge gegen die Indianer im Wilden Westen; über der Dokumentationsarbeit hat er sein eigentliches Ziel, entsprechende Geschichten zu schreiben, aufgegeben, aber schließlich der State Historical Society of Wisconsin eine unschätzbare Kollektion hinterlassen, die eine der wesentlichen Grundlagen für Frederic Jackson Turners These über die Rolle der offenen Grenze im Westen als Ventil für die amerikanische Gesellschaft werden sollte. 30 Jahre später folgte ihm Hubert Howe Bancroft, ein ehemaliger Geschäftsmann, der eine Art historiographischer Manufaktur betrieb, um eine umfassende Geschichte des amerikanischen Westens zu schreiben, wozu er sich in erheblichem Umfang der diktierten Erinnerungen von kalifornischen und Wild-West-Pionieren bediente, die jetzt den Kern der Universitätsbibliothek in Berkeley (Bancroft Library) bilden. Beide werden als »Großväter« der amerikanischen Oral History bezeichnet (Willa Baum) [22]. Ihre Tradition zeigt, daß Grundbestandteile der neueren amerikanischen Geschichte vorstaatlichen Charakter haben und insbesondere auch einem leistungsfähigen staatlichen Archivwesen voraufgingen und daß die Zeitgenossen in einzelnen Persönlichkeiten und nicht in Organisationen oder Behörden die tragenden und bewegenden Kräfte sahen.

### a) *Elitenbiografik und Führungsgeschichte*

Die auch ihren staatlichen oder kommunalen Ämtern gegenüber freie Führungspersönlichkeit ist zu einem charakteristischen Symbol des amerikanischen politischen Systems geworden; demgegenüber ist eine professionelle Bürokratie und mit ihr auch ein umfassendes staatliches Archivwesen im Verhältnis zu den europäischen Ländern erst spät entstanden und mußte es auch dann hinnehmen, daß die Politiker ihren amtlichen Schriftverkehr als Privatbesitz beim Amtsende mit sich nahmen, voran die Präsidenten. Wo diese Dokumente nicht ganz verloren gingen, wurden sie als Nachlässe oft privaten Institutionen gestiftet, den Bibliotheken der Universitäten und den historischen Gesellschaften auf lokaler oder einzelstaatlicher Ebene. Mit anderen Worten: Auch das in staatlichen Diensten entstandene Archivgut wurde in einer für Europäer unvorstellbaren Weise auseinandergerissen und auf viele Institutionen verstreut; die Rekonstruktion der Zusammenhänge war oft ohne die Auskünfte der Beteiligten nicht zu leisten. Die horizontale Mobilität der amerikanischen Führungsschicht zwischen Politik, Wirtschaft und Kultur und die

---

21 Die informativsten Überblicke über Entwicklung und Vielfalt amerikanischer Oral History sind: *Louis M. Starr*, Oral History: Problems and Prospects, in: Advances in Librarianship 2, 1971, S. 275–304; *ders.*, Oral History, in: *Encyclopaedia of Library and Information Science*, New York 1977, Bd. 20, S. 440–463; *Norman Hoyle*, Oral History, in: Library Trends 21, 1972, S. 60–82; *Maclyn P. Burg*, Oral History in the United States, hekt. 32 S., dass. gekürzt in: Novaya i Noveishaya Istoriia 6, 1976; *Paul Thompson*, Oral History in North America, in: Oral History 3, 1975, Nr. 1, S. 26–40; *Willa K. Baum*, Oral History in the United States, ebda. 1, 1973, Nr. 3, S. 16–29.

22 *Ebda.*, S. 18 f. Vgl. auch *Willa K. Baum*, Oral History: A revived Tradition at the Bancroft Library, in: Pacific Northwest Quarterly 58, 1967, S. 57–64; *Charles W. Conaway*, Lyman Copeland Draper, »Father of American Oral History«, in: Journal of Library History 1966, S. 234–41.

Wahlabhängigkeit zahlreicher Ämter wirkten in dieselbe Richtung, Politik – und historische Überlieferung – zu personalisieren und Aufstieg in die Elite an die Stelle organisierter Alternativen zu setzen. Zugleich gehörte die Öffentlichkeit dieser Elite zwar durchaus nicht immer zur Praxis, sehr wohl aber zu den emphatischen Ansprüchen des Regierungssystems. Geheimnisse wurden viel weniger als in Europa mit der Staatsräson legitimiert, vielmehr waren sie dem Vorwurf undemokratischer Verschwörung ausgesetzt. Das Erziehungssystem lehrte aufstiegswillige Amerikaner, in Öffentlichkeit zu leben und sich öffentlich zu rechtfertigen; vor Nachfrage schützten keine bürokratische Hierarchie und kein Nachleben geheimer Kabinette und geheimer Diplomatie.
Alle diese auch heute noch nachklingenden Traditionsfaktoren wirkten in USA dahingehend zusammen, ein besonderes historisches Interesse an den Lebensgeschichten, Erfahrungen und Interaktionsprozessen der Angehörigen der Führungsschicht zu begründen und diese zur Auskunftswilligkeit zu disponieren. Vor diesem Hintergrund ist das Gründungsprogramm des größeren Teils der amerikanischen Oral History zu verstehen, nämlich der Vorschlag »einer Organisation, die einen systematischen Versuch unternehmen soll, aus dem Mund und aus den Dokumenten lebender Amerikaner, die auf ein bedeutendes Leben zurückblicken können, eine vollständigere Beschreibung ihrer Teilnahme am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der letzten sechzig Jahre zu erhalten«[23]. Diese 1938 geschriebenen Sätze stammen von Allan Nevins, einem früheren Journalisten, der als Historiker an der Columbia University (New York) vielbeachtete Biografien schrieb und 1948, zehn Jahre nachdem er diesen Vorschlag gemacht hatte, das erste, damals noch stenografisch aufgenommene Oral-History-Interview mit einem New Yorker Kommunalpolitiker über den Bau der dortigen Untergrundbahn führte. Selbst spezialisiert auf eine Zeit (den Bürgerkrieg und seine Nachgeschichte), die durch Oral History nicht mehr aufgeklärt werden konnte, baute er in den folgenden Jahrzehnten das erste Oral-History-Archiv auf, das sich auf Lebensbeschreibungen von Führungspersönlichkeiten konzentriert, daneben aber auch (überwiegend um diese Aufgabe zu finanzieren) sach-, organisations- oder firmengebundene Oral-History-Projekte in Kommission durchgeführt hat. Bescheiden hat er später den Ruf eines »Urhebers der Oral History« zurückgewiesen; Oral History habe sich selbst gegründet, sei eine Idee gewesen, die in der Luft lag[24]. Und in der Tat hat es auch andernorts vergleichbare Ansätze gegeben, bestimmte (vor allem politische) Eliten zur Produktion von Traditionsquellen anzuregen[25]. Es ist mittlerweile auch gezeigt worden, daß Nevins auch nicht den griffigen,

---

23 *Allan Nevins*, The Gateway to History, Boston u. a. 1938, S. IV. Er wandte sich in dieser Einführung gegen Dogmatiker aller Sorten und verstand eine populäre Historie, die er von Kind an »for the stories it told and the scenes it painted« geliebt habe und die »with feeling and passion, not as a means to a limited end« gelesen sein wolle, als ein noch unausgeschöpftes Potential pluralistischer Vielfalt und persönlicher Urteilsbildung. Entwaffnend schrieb er schon im Vorwort: »Here I have tried without worrying about that pseudo-philosophic jargon upon Historismus, frames of reference, patterns of culture, and cyclical phases of causation which I no more understand than do most of its users, to provide a very Doric entrance to the historical domain.« Dieser liberale Pragmatismus hat bis heute das amerikanische Interesse an der Elitenbiografik und mithin auch am »mainstream« der Oral History gespeist.

24 *Allan Nevins*, The uses of oral history, in: *Elizabeth I. Dixon/James V. Mink* (Hrsg.), Oral History at Arrowhead. Proceedings of the First National Colloquium on Oral History, Los Angeles 1966, S. 35–52; *ders.*, Oral History: How and why it was born, in: Wilson Library Bulletin 40, 1966, S. 600 f.

25 So hatte der Stab der Bancroft Library in Berkeley 1943 vorgeschlagen, die Interviewtradition Bancrofts wieder aufzunehmen, allerdings ohne Erfolg. Bedeutender war, daß die den Einheiten der US-Army im Zweiten Weltkrieg attachierten historical divisions, die eine Chronik der Verbände und Kämpfe erstellen sollten, ausgiebig von synchronen und – zumindest bei Angehörigen der höheren Stäbe – diachronen Interviews Gebrauch machten. Das

aber falschen Namen »Oral History« geprägt hat[26], aber durch seine Vermittlung und aus Mangel an einem präziseren Schlagwort hat sich der Begriff eingebürgert. Der institutionalisierende Durchbruch aber ist nächst dem organisatorischen und finanziellen Geschick des kleinen Büros in Columbia der Entwicklung transportabler Tonaufzeichnungsgeräte zu verdanken, zuerst über Draht (ebenfalls 1948 in USA nach dem deutschen Magnetophon) und dann über Band bis hin zum taschengroßen Kassettenrecorder und zur Amateurfernsehkamera[27]. Erst durch diese Erleichterung wurde Oral History als protokollarische Tonaufzeichnung und Transkription eines Erinnerungsgespräches praktikabel. Es setzte die Produktion einer neuen Quellengattung ein, die sich sowohl von der geschriebenen und vermarktungsfähigen Autobiografie durch die Mitwirkung des Historikers, durch Authentizität, Spezialisierungsfähigkeit und Mündlichkeit als auch von der bloßen Einholung von Auskünften durch den Historiker durch das Entstehen einer überindividuell nutz- und kritisierbaren Quelle unterscheidet.

Da Nevins und das Columbia-Oral-History-Büro weitgehend Schule gemacht haben, sei noch einmal das Charakteristische ihres Ansatzes hervorgehoben:

– Obwohl Interviews in vielen Zweigen der Sozialforschung (von der Ethnologie bis zur Demoskopie) in USA in jenen Jahrzehnten eine methodische Schlüsselrolle zu spielen begannen, ist Oral History nicht in diesem Zusammenhang entstanden und hat auch wenig von der dortigen methodischen Weiterentwicklung profitiert. Sie geht vielmehr auf die Erfahrung von Quellendefiziten in der Geschichtsforschung zurück, und zwar derjenigen älterer Zeit[28].

– Die Hoffnung, daß dieser Mangel durch zeitgeschichtliche Dokumentation mit Interviews für künftig überwunden werden könne, ist der Verbindung journalistischer Arbeitsweise[29] mit einem spezifisch amerikanischen Interesse an der Elitenbiografie zu verdanken.

Die Innovation wurde nicht zuletzt deshalb von vielen Bibliotheken und Archiven eher als von der akademischen Historie aufgegriffen[30], weil sie dem konkurrierenden Aquisi-

---

gilt auch für die historical division der amerikanischen Militärregierung in Deutschland; Auszüge aus einschlägigen Gesprächen mit Clays Entnazifizierungsberater sind z. B. publiziert in *Lutz Niethammer* (Hrsg.), Walter L. Dorn – Inspektionsreisen in der US-Zone, Stuttgart 1973.

26 Vgl. *Starr*, Oral History, a. a. O., S. 444. Für die Gegenargumente gegen die Bezeichnung schriftlicher Primärquellen als Oral History vgl. *Gould P. Colman*, Oral History – An Appeal for More Systematic Procedures, in: The American Archivist 29, 1965, S. 80.

27 In den ersten Jahren von Oral History war man sich der parallelen Entwicklung hin zum billigen Tonträger gar nicht bewußt. Dazu *John T. Mullin*, Creating the Craft of Tape Recording, in: High Fidelity Magazine, April 1976, S. 62–67. Praktische Hinweise zu den derzeit für Oral History geeignetsten Geräten in USA bei *Willa K. Baum*, Oral History for the Local Historical Society, 2. Aufl., Nashville, Te., 1975, S. 15–22.

28 Auch in Deutschland sind damals die spezifischen Bedürfnisse der Zeitgeschichte mit am besten von einem Mediävisten und Spezialisten für die Frühgeschichte der Memoirengattung erkannt worden, vgl. *Fritz Ernst*, Zeitgeschehen und Geschichtsschreibung, in: Die Welt als Geschichte 17, 1957, S. 137–189.

29 Das Prominenteninterview nicht als journalistische Informationsquelle im Sinne des Hintergrundgesprächs, sondern als authentisches Protokolldokument, wie es in Deutschland vor allem im »Spiegel«-Gespräch institutionalisiert wurde, ist seit dem Zweiten Weltkrieg eine auf breiter Front praktizierte publizistische Gattung.

30 Nach Columbias Butler Library (1948) entstanden auch die ersten größeren Oral-History-Institutionen in Universitätsbibliotheken in Berkeley (1954), Los Angeles (UCLA 1959), Cornell (1963) und Presidential Libraries, als erste Truman Library (1961). Nach einem langsamen Start in den 50er Jahren entstanden im folgenden Jahrzehnt allenthalben Projekte (1965 bereits 89; 1971 aber 230 und noch weitere 93 im Planungsstadium). Von den 1973 bestehenden 316 Oral-History-Institutionen gehörten zwar nur ca. ein Drittel direkt zu privaten Unternehmen, Vereinigungen oder Bildungsinstitutionen; aber auch an vielen öffentlichen Universitäten und Büchereien wurden die Oral-History-Projekte zumindest teilweise durch

tionstrieb in diesem Bereich neue Möglichkeiten erschloß. Einmal konnte man selbst Quellen produzieren, zweitens dienten Interviews oft erfolgreich als Vorbereitungskontakte für Nachlaßschenkungen, und drittens sahen viele Interviewte darin eine finanziell, zeitlich und geistig mit geringem Aufwand verbundene Möglichkeit, als Quelle für die Geschichtsschreibung interessant zu werden und ihre Version der Dinge der Zukunft zu überliefern. Alternde Politiker, Industrielle, Professoren etc., deren Blick sich von den praktischen Dingen der Zubereitung ihres Nachruhms zuwandte, hatten oft noch genügend Mittel und Einfluß, entsprechende Institutionen, die sie zur Oral History einluden, finanziell und organisatorisch zu unterstützen. So betriebene Oral History erwies sich oft als »good business« für Archivare privater Universitäten oder anderer Forschungsstätten und Kollektionen. Daß sie von den Eliten als eine preiswerte Möglichkeit zu langfristigen Public Relations betrachtet wurde, nämlich in sonst oft schwer erforschbaren Bereichen leicht zugängliche Traditionsquellen zu schaffen, die ihre Ansicht widerspiegeln und durch »human interest« attraktiv sind, belegen die zahlreichen Projekte, die Großfirmen, Großforschungsorganisationen sowie öffentliche und halböffentliche Institutionen über sich selbst initiiert, finanziert und – wo nicht bei einer Oral-History-Manufaktur in Auftrag gegeben – z. T. auch selbst durchgeführt haben: Sie reichen von den Marines bis zu IBM, von der Ford Foundation bis zur kalifornischen Forstverwaltung, von texanischen Ölmillionären bis zur Sozialversicherungsbehörde, von Hollywood bis zur John-Foster-Dulles-Stiftung[31]. Der alte Public-Relations-Grundsatz »Tu Gutes und rede darüber« ging in der Blüte unzähliger Oral-History-Projekte der 60er Jahre buchstäblich in die Geschichte oder doch in die Archive ein. Die Bewertung, wieviel sonst unverfügbare Information diese umfänglichen Materialien aufbewahrt haben, muß künftiger gegenstandsbezogener Forschung vorbehalten bleiben. Sicher ist aber schon heute, daß es sich um einen unschätzbaren Bestand von Quellen über die Wertvorstellungen und Zusammensetzung der amerikanischen Führungsschicht der Nachkriegszeit handelt.

Teilweise gingen diese Projekte über Nevins Ansatz insoweit hinaus, als nicht einfach bedeutsame Lebensgeschichten nebeneinandergestellt, sondern die Einzelinterviews auf einen Handlungszusammenhang und damit auch aufeinander bezogen waren, also mehr projektartige Entscheidungs-, Innovations- oder Organisationsforschung darstellten als Elitenbiografik. Am deutlichsten sind dieser Projektansatz und die Freude amrikanischer – besonders politischer – Eliten an den Möglichkeiten der Oral History in den von den Presidential Libraries getragenen Vorhaben abzulesen. Systematische Oral-History-Projekte hat es für alle Administrationen von Truman bis Johnson gegeben, während für Hoover und Roosevelt nur noch in geringerem Umfang mündliche Überlieferung erschlossen werden konnte; Nixon hat wohl mit Tonbändern schon im Amt seine eigenen Erfahrungen gemacht, so daß er bisher kein vergleichbares Projekt autorisiert hat[32].

---

private Stiftungen oder direkt über Kommissionsaufträge finanziert. Derzeit ist zwar die Anzahl größerer Oral-History-Unternehmungen eher rückläufig; die quantitative Gesamtbilanz aber ist eindrucksvoll und dürfte sich nach meiner Schätzung mindestens auf ca. 30 000 Interviewte, ca. 75 000 Stunden Tonband und sicher ca. 1,5 Mill. Seiten Transkript belaufen. Die letzten präzisen Daten stammen von 1971, als 230 Projekte erfaßt wurden mit 23 115 Interviewten, 52 264 Stunden Tonband und 704 543 Seiten Transkript. Vgl. auch die Diagramme bei *Starr*, Oral History, a. a. O., S. 449–51.

31 Den besten Grobüberblick über die Projekte bietet in handlicher Form *Gary L. Shumway* (Hrsg.), Oral History in the United States. A Directory, New York 1971; auf neuerem Stand und breiter angelegt (wenn auch nicht vollständig) und ergänzt um ein Gesamtverzeichnis der interviewten Personen in den erfaßten Projekten *Meckler/McMullin* (Anm. 8)

32 Für Nixon gibt es immerhin ein Interview-Projekt über seine Herkunft und Jugend, das offenbar ohne seine Beteiligung schon in den 60er Jahren an der California State University at Fullerton (bei Los Angeles) begonnen wurde. Katalog in *Richard D. Curtiss/Gary L. Shumway/Shirley E. Stephenson* (Ed.), A Guide for Oral History Programs, hekt., Fullerton, ca. 1973, S. 315–343.

Für die Entwicklungsgeschichte der Oral History sind besonders die beiden mittleren Projekte über die Regierungen Eisenhower und Kennedy interessant, die in die große Expansionszeit der Oral History in den sechziger Jahren fallen und jeweils zwei Phasen gekannt haben.

Die Bearbeitung der Eisenhower-Administration wurde beim Oral-History-Büro in Columbia, wo der Ex-Präsident Universitätspräsident geworden war, in Auftrag gegeben. Das ging weit über die dortigen Kapazitäten hinaus, insbesondere auch hinsichtlich der sachlichen Vertrautheit möglicher Interviewer mit den internen Vorgängen der Ministerien, weshalb man sich z. T. mit einschlägig vorbelasteten Journalisten als Interviewern behalf. Zugang zu den Akten, die in die Präsidenten-Bibliothek nach Abilene, Ka., gebracht und zu einem großen Teil noch geheim waren, hatten die Bearbeiter des Projekts nicht; ihre Zeugen, von den Spitzenpersonen abgesehen, mußten sie sich nach dem Schneeballsystem suchen. Auch hier wird sich ein Außenstehender eines vorschnellen Urteils über mehr als 20 000 Seiten Transkript enthalten[33]. Zu berichten aber ist, daß, seitdem die Arbeit in Columbia abgeschlossen und die Verantwortung an die der nationalen Archivverwaltung unterstehenden Spezialisten in Abilene übergegangen ist, die ihre Fragen anhand der Akten präzisieren und auch die sachnächsten Zeugen leichter lokalisieren können, in einem nicht geringen Umfang eine Zweitauflage von Gesprächen mit schon einmal Interviewten und das Aufsuchen wichtiger, aber bisher übersehener Zeugen auf der Referentenebene begonnen haben[34]. Jetzt aber stehen die einst umfänglichen Finanzen nicht mehr zur Verfügung, und viele Zeugen sind mittlerweile verstorben. Will man Redundanz und finanzielle Verschwendung vermeiden, drängt sich der Schluß auf, daß in den zeitgeschichtlichen Bereichen, in denen Überrestquellen vorhanden oder zu erwarten sind, die Aufbereitung der Quellen und die Interviews von derselben Institution oder doch in einem integrierten Arbeitsprozeß vorgenommen werden sollten. Auf diese Fehlkonstruktion des Eisenhower-Projekts wird hier deshalb verwiesen, weil sie auf eine sachliche Schwierigkeit zurückgeht, die jederzeit zu einer Wiederholung führen kann: Junges Archivgut wird oft nicht vordringlich bearbeitet; selbst wo dies wie in den Presidential Libraries vorbildlich geschieht, gibt es meist Personalmangel, so daß der Einsatz der Archivare als Interviewer oder Interview-Vorbereiter ausfällt. Wird dann auf Interviewer zurückgegriffen, die keine Historiker sind, um wenigstens sachkundige Journalisten die Fragen stellen zu lassen, so entsteht in der Gesprächssituation die Travestie einer Pressekonferenz, und man kann im Protokoll dann selten mehr (und oft weniger) als einst in der Zeitung lesen.

Im Fall des Kennedy-Projekts hatte man das Problem der Sachkundigkeit der Interviewer erkannt, und Arthur Schlesinger jr. und andere Mitglieder des Kennedyschen brain-trusts, die nach der Ermordung des Präsidenten sich sogleich für ein umfassendes Befragungsprogramm einsetzten, wollten das Problem damit lösen, daß sich Beteiligte gegenseitig interviewten, zumal viele Eierköpfe aus Kennedys Tagen unter dem Texaner nicht weiter Dienst tun wollten oder konnten und deshalb für die Durchführung des Oral-History-Projekts zu gewinnen waren. Ganz abgesehen von der aufgewühlten emotionalen Lage der Beteiligten nach dem plötzlichen Ende der Administration, konnten sie nur selten durch ihr allgemeines Dabeigewesensein die detaillierte Sachkunde und die strukturierende und disziplinierende Rolle eines guten Interviewers ersetzen. Zwar vermochten sie ihre Kollegen zum Reden zu bringen, aber die Gefahr anekdotenhaften

33 Kurzbeschreibung in *Elizabeth B. Mason/Louis M. Starr* (Hrsg.), The Oral History Collection of Columbia University, New York 1973, S. 128–31.

34 Der derzeitige Katalog: *Historical Materials in the Dwight D. Eisenhower Library*, Abilene, Ka., 1975, S. 38–57, läßt dies nicht erkennen, weil bisher ganz überwiegend nur Materialien aus der Columbia-Befragung zugänglich bzw. überhaupt transkribiert und ediert sind.

Hüpfens, der bloßen Insider-Anspielung oder des Bramarbasierens, wie es für Veteranentreffen typisch ist, war immer präsent. Außerdem erlahmten die prominenten Beteiligten schnell in ihrem Enthusiasmus für diese kollektive Selbstdarstellung, so daß die Gespräche teils hastig abgedreht, teils auf die Schultern von solchen, die gerade keine andere Beschäftigung hatten, abgeladen wurden. Erst in der Folge sei es dem Archivpersonal gelungen, die Vermischung aus Denkmalbau und historischer Dokumentation auseinanderzudividieren[35]. Die Moral ist hier, daß Oral History ohne die kritische Strukturierung durch den Historiker ebenfalls ihr Ziel verfehlt; andererseits kann aus Gründen der Sachkunde, des Vertrauens und oft auch der Finanzierung ein enges Zusammenwirken mit den Beteiligten bei der Anlage und Durchführung des Projekts so lange von großem Vorteil sein, solange diese wesentlich beratende Funktion haben[36].

b) *Sozialanthropologischer und sozialhistorischer Quellenersatz*

Oral History in USA kennt aber neben der Elitenbiografik noch eine ganz andere Tradition. In ihr kommt die Vielfältigkeit der Volkskultur zum Ausdruck, der »unmelting pot« mit seinen nach Klassen und Rassen, ethnischer Herkunft und regionaler Ansässigkeit, nach Religionszugehörigkeit und der Größe des Wohnorts differenzierten Subkulturen. Diese Tradition geht zum Teil auf Projekte zurück, mit denen im Zuge des New Deal arbeitslose Intellektuelle durch Staatsaufträge sinnvollen Aufgaben zugeführt werden sollten, so eines in Kentucky 1934–1935, das Erinnerungen früherer Sklaven sammelte, und ein anderes in Georgia, wo weiße und schwarze Landarme interviewt wurden, um ihre Kenntnisse und Erfahrungen in die geplante große Beschreibung der einzelnen Bundesstaaten einzubringen[37]. 1936–1938 wurden in den meisten Südstaaten durch das »Federal Writers Project« Sklavenerinnerungen aufgenommen, die erst 1972 in 19 Bänden veröffentlicht wurden, darunter auch zwei Bände aus einem von der schwarzen Fisk-University in Memphis, Ten., durchgeführten Pilotprojekt aus den Jahren 1929 bis 1930[38]. Diese Bestände der National Archives und der Library of Congress sind im vergangenen Jahrzehnt zu einer wichtigen Grundlage für die historische Familienforschung bei Schwarzen geworden.

35 Vgl. den Bericht des derzeitigen spiritus rector des Oral-History-Programms an der Kennedy Library, *William B. Moss,* Oral History Program Manual, New York u. a. (3. Aufl.) 1976, S. 1–5; für die Ansichten der früheren Inspiratoren vgl. *Schlesinger jr.* (Anm. 2) und den Ruf des früheren Projektmanagers, der zunächst beim Truman-Oral-History-Projekt und später u. a. bei einem Oral-History-Projekt der Ford Foundation arbeitete, nach größerer Spezialisierung der Interviewer und mehr Klarheit über die Beziehung zwischen Oral History und Aktenüberlieferung: *Charles T. Morissey,* Truman and the presidency – records and oral recollections, in: The American Archivist 28, 1965, S. 53–61. Vgl. auch *ders.,* On Oral History Interviewing, in: *Louis A. Dexter* (Hrsg.), Elite and Specialized Interviewing, Evanston, Ill., 1970 (Wiederdruck aus *Dixon/Mink* [Hrsg.], S. 67–97) sowie *ders.,* The Case for Oral History, in: Vermont History 31, 1963, S. 145–55; *ders.,* Oral History and the Mythmakers, in: Historic Preservation 16, 1964, S. 232–37. Ein Beratungsausschuß aus Robert Kennedy, Arthur Schlesinger und anderen Harvard-Professoren hatte zur selben Zeit in einem internen Bericht zu größerer Professionalisierung geraten: *The Oral History Project of the John Fitzgerald Kennedy Library,* Harvard 1965. Letzter Katalog der Materialien: *Historical Materials in the John F. Kennedy Library,* Waltham, Mass., Jan. 1975, S. 37–64.

36 Vgl. *Moss,* S. 20 f.: »[. . .] advisors should be disbanded as soon as [. . .] the program is doing well.«

37 So wenigstens die Angaben bei *Jerre Mangione,* The Dream and the Deal: The Federal Writers Project, 1935–1943, Boston 1972, S. 257 f.

38 *George P. Rawick* (Hrsg.), The American Slave. A Composite Autobiography, 19 Bde., Westport, Conn., 1972. Vgl. dazu *Norman R. Yetman,* The Background of the Slave Narrative Collection, in: American Quarterly 19, 1967, S. 534–53, und besonders die kritische Auseinandersetzung mit der Anlage des Projekts und seiner Edition bei *C. Vann Woodward,* History from Slave Sources, in: American Historical Review 79, 1974, S. 470–81.

Im Gegensatz zur Elitenbiografie haben Ansätze einer Geschichte »von unten« in der Nachkriegszeit aber zunächst sehr viel schwerer Mäzene finden können. Die große Ausnahme bildete das sog. »Duke Indian Projekt«, ein seit 1966 aufgrund einer privaten Stiftung an sieben Universitäten des Südens und Westens durchgeführtes und von der University of Utah koordiniertes Vorhaben, um die Mythen und anderen mündlichen Überlieferungen vieler Indianerstämme über ihre Geschichte und Lebensbedingungen aufzunehmen[39]. Im Bereich der »american studies« sind seit den 60er Jahren ethnologische wie auch volkskundliche Dokumentationsarbeiten, für die das protokollierte Interview methodisch nichts Neues war, mit der Sozialgeschichte (und anderen Sozialwissenschaften wie Soziologie, Sozialgeographie, Soziolinguistik etc.) in Berührung gekommen[40]. Ihr Abstand war ohnehin geringer, da in USA sowohl Folklore wie Ethnohistorie primär innenpolitische Wissenschaften mit fließenden Grenzen nach außen sind und in der Sozialanthropologie einen gemeinsamen Nenner finden, während in Europa die Volkskunde vielfach Land und Leute romantisierte, während Ethnologie sich als Kolonialwissenschaft entwickelte. Charakteristisch für Amerika war z. B. eine städtische Volkskunde, die ethnohistorische Elemente der einzelnen Einwanderergruppen aufnehmen und in einen allgemeinen stadtgeschichtlichen Rahmen einbetten mußte. Neben spezifischen ethnischen Einwanderergruppen, denen besondere Oral-History-Projekte gewidmet wurden[41], waren vor allem die Schwarzen interessant, sowohl für kollektive Untersuchungen[42] als auch für bestimmte beispielhafte Einzelstudien[43], die die Erinnerungen eines Einzelnen bzw.

---

39 Vgl. *C. Gregory Crampton*, The Archives of the Duke Projects in American Indian Oral History, in: *Jane F. Smith/Robert M. Kvasnicka* (Hrsg.), Indian-White Relations. A Persistent Paradox, Washington, D. C., 1976, S. 119–128. Ein publizierter Katalog der Sammlungen besteht nicht; sie sind an ihren Entstehungsorten verblieben, und zwar den Universitäten von Arizona in Tucson (State Museum), Florida in Gainesville (Dep. of History), Illinois in Urbana (Dep. of Anthropology), New Mexico in Albuquerque (Dep. of History), Oklahoma in Norman (American Indian Institute), South Dakota in Vermillion (American Indian Research Project) und Utah in Salt Lake City (Marriott Library). Unabhängig vom Duke-Projekt hat es auch noch ein »American Indians program« mit 500 nicht transkribierten Tonbändern in der American Philosophical Society Library in Philadelphia, Pa., gegeben. Dieses ethnographische Material ist erschlossen durch *John E. Freeman*, A Guide to Manuscripts Relating to the American Indian [. . .], Philadelphia 1966, S. 60–66. Erste auf diesen Sammlungen beruhende Bände sind *Joseph H. Cash/Herbert T. Hoover* (Hrsg.), To be an Indian, 1971; The Zunis. Self-Portrayals by the Zuni People, *Alvina Quam*, Translator, Albuquerque 1972. Ein Vorläufer war »Cheyenne Memories« by *John Stands in Timber* and *Margot Liberty* with the Assistance of *R. M. Utley*, New Haven 1967.

40 Vgl. Anm. 4.

41 Die oben erwähnten Kataloge zeigen allein fünf Projekte über amerikanische Juden, zwei über Japaner, zwei über Chinesen und je eines über Deutsche, Skandinavier, Italiener, Mexikaner und Chicanos. In diesem Zusammenhang wären auch die Arbeiten von *Oscar Lewis* zur Culture of Poverty unter lateinamerikanischen Slum-Bewohnern in Puerto Rico und in New York zu erwähnen. Die Kinder von Sanchez (dt. 1967) und La vida (1971). Publizierte Beispiele von Oral History über Immigrantenmilieus sind z. B. National Council of Jewish Women, Pittsburgh Sec. (Hrsg.), *By Myself, I'm a Book!* An Oral History of the Immigrant Jewish Experience in Pittsburgh, Waltham, Mass., 1972; *V. G. Nee/B. d. B. Nee*, Longtime Californ'. A Documentary Study of an American Chinatown, New York 1972. Wegbereiter aus den Sozialwissenschaften waren etwa *William F. Whyte*, Street Corner Society – The Social Structure of an Italian Slum, Chicago 1955; *Herbert J. Gans*, The Urban Villagers – Group and Class in the Life of Italian Americans, New York 1962.

42 So wurde z. B. die in Anm. 33 erwähnte Pionierarbeit an Fisk University in Nashville, Te., seit 1970 mit Unterstützung des National Endowment for the Humanities wieder aufgenommen, wobei vor allem der kulturelle Sektor und die Geschichte schwarzer Frauen berücksichtigt wurden. Unter den neueren Publikationen vgl. vor allem *Eugene D. Genovese*, Roll, Jordan, Roll – The World the Slaves made, New York 1974; *C. B. Stack*, All Our Kin – Strategies for Survival in a Black Community, New York 1974.

43 *Theodore Rosengarten* (Hrsg.), All God's danger – the life of Nate Shaw, New York 1974, die Erinnerungen eines 84jährigen Negers aus Alabama; fragwürdiger der Bestseller »Roots«

die z. T. mit Befragungen durchgeführte autobiografische Ahnenforschung eines schwarzen Schriftstellers wiedergaben. Abgesehen von diesen Einzelerinnerungen Schwarzer und der ethnologischen Aufnahme der mündlichen Überlieferung Roter ist es ein Kennzeichen dieses Traditionsstrangs, daß hier Oral History meist in sozialgeschichtliche Projekte eingebunden ist, die eine besonders enge Verbindung zur Volkskunde auszeichnet[44]. Ein Schwerpunkt solcher Untersuchungen sind die Appalachen geworden, eine zurückgebliebene Gebirgsgegend mit starker Volkstradition und einer auf einer frühen Stufe stehengebliebenen Industrialisierung (Textil, Bergbau). Linker Journalismus, heimatgeschichtlicher Schulunterricht und akademische Lokalstudien[45] haben sich in den Appalachen gleichermaßen der Oral History bedient – ein klassischer Reflex der Quellendefizite der Geschichte des gemeinen Volkes und auch des sozialromantisch zugespitzten Interesses an den Menschen in den am wenigsten entwickelten Regionen. In anderen, moderneren Gebieten – von denen besonders die Bürgerrechtsbewegung, die Frauenemanzipation und die Studentenbewegung[46] erwähnt seien – konnte solches Engagement bis zur Erwartung der Klärung bzw. Veränderung des Bewußtseins der Interviewten durch den Oral-History-Prozeß reichen; tatsächlich erfaßt wurden aber meist mittlere und untere Funktionäre der jeweiligen Organisationen[47]. Jedenfalls hat es auch mehrere größere Unternehmen zur Oral History von Industriearbeitern (besonders Automobil- und Stahlarbeiter) gegeben, die aber im Gegensatz zu den vorgenannten folkloristischen und Basisuntersuchungen vor allem auf den Prozeß der gewerk-

---

von *Alex Haley* (New York 1976), dessen Autor seine afrikanischen Vorfahren und Verwandten suchte und dabei fact and fiction zu einem Konglomerat namens »Faction« verband.

44 Vgl. z. B. *William L. Montell*, The Saga of Coe Ridge: A Study in Oral History, Nashville, Tenn., 1970.

45 Vgl. z. B. *Laurel Shackelford/Bill Weinberg* (Hrsg.), Our Appalachia, an Oral History, New York 1977; oder die einschlägigen Abschnitte in der schönen Beschreibung der Bedingungen von Kindheit in amerikanischen Randschichten von *Robert Coles*, Children of Crisis, 3 Bde., Boston/Toronto 1971. Zu dem heimatkundlichen Unterrichtsversuch »Foxfire«, der durch drei Publikationen seiner Ergebnisse nationales Aufsehen erregte, s. u. Kap. 5. Volkskundliche Oral History wird in den Appalachen an verschiedenen Hochschulen in Kentucky, Georgia, West Virginia und vor allem in North Carolina betrieben. Hier ist vor allem der Schritt zu einer sozialgeschichtlichen Professionalisierung der Oral History gemacht worden, und zwar durch das »Southern Oral History Program« an der University of North Carolina in Chapell Hill mit Kleinstadt-, Arbeiter- und Frauenprojekten; vgl. *Jackelyn D. Hall*, Documenting Diversity: The Southern Experience, in: Oral History Review, 1976, S. 19–28, sowie das hekt. »Interview Inventory (1973–1976)« mit 127 Eintragungen zuzüglich weiterer 3000 Interviews über Politik im Süden. An der Duke University im benachbarten Durham, N. C., wird im Rahmen eines Graduiertenprogramms für sozialgeschichtliche Oral History die Interviewtechnik für die Sammlung »multirassischer« Quellen und für Studien über die Bürgerrechtsbewegung eingesetzt. Die Methode wird in Aufsätzen der Projektleiter deutlich: *Lawrence C. Goodwyn*, Populist Dreams and Negro Rights – East Texas as a Case Study, in: American Historical Review 76, 1971, S. 1434–56; *William H. Chafe*, The Fruits of Moderation – Greenboro and School Desegregation, Ms., 47 S.

46 Neben den eben erwähnten Projekten vgl. bes. *Vincent J. Browne/Norma O. Leonard* (Hrsg.), Bibliography of Holdings of the Civil Rights Documentation Project, hekt., 156 S., Howard University, Washington, D. C., 1974 (mit über 700 Interviews 1964–74) und an Büchern: *R. Hamburger/M. Abramson*, Our Portion of Hell, Fayette Co. Tennessee – An Oral History of the Struggle for Civil Rights, New York 1973; *Paul Bullock*, Watts – The Aftermath, 1969. Zur Frauenbewegung gibt es mehrere Projekte, z. B. in Berkeley, Harvard, am Immaculate Heart College in Los Angeles und bei der Business and Professional Women's Foundation, Washington, D. C. Oral History von fünf Suffragetten in *Sherma Gluck* (Hrsg.), From Parlor to Prison, New York 1976, während *Kathy Kahn* (Hrsg.), Hillbilly Women, Garden City, N. Y., 1973 von größerem sozialgeschichtlichem Interesse ist. Für die Studentenbewegung sei vor allem auf die einschlägigen »Challenges to governance by students projects« in Cornell University hingewiesen; Kurzbeschreibung in: *Meckler/McMullin* (Hrsg.), S. 52 f., 317.

47 *Alice* and *Lynd Staughton* (Hrsg.), Rank and File. Personal Histories by Working Class Organizers, Boston 1973.

schaftlichen Organisierung abhoben[48] und insofern die Frage aufwarfen, ob sie »elitist« oder »non elitist« (d. h. noch ein Bestandteil alternativer Geschichtsschreibung »von unten«) waren[49].

c) *Eine Disziplin?*

Bei zunächst eindeutiger Vorherrschaft der Elitenvariante haben sich beide Traditionsströme der Oral History seit 1966 in der Oral History Association (OHA) vereinigt, einer Gesellschaft, die sich auf ihren Jahreskongressen vor allem zwei Zielen widmete: einmal nach außen Oral History akademisch akzeptabel zu machen und durch Diskussionen mit Historikern und historischen Schriftstellern deren Skepsis zu überwinden, zum anderen den Erfahrungsaustausch im Bereich des Interviewens, der Projektorganisation und der Aufbereitung der Protokolle zu intensivieren. Einschlägige Periodika, die OHA-Kongreßprotokolle 1966–1972, das jährliche Diskussionsorgan »Oral History Review« (seit 1973) und der aktuelle Informationsdienst »Oral History Newsletter« sowie Bibliographien und Kataloge sollten die Vereinigung in diesen beiden Zielen unterstützen[50]. Tatsächlich hat sie sich im Zuge des Oral-History-Booms in den 60er Jahren, die auch in den USA durch reiche finanzielle Unterstützungen zu einer Epoche großer Experimentier- und Innovationsfreude in den Wissenschaften wurden, in diesen Zielen der Legitimierung und der technisch-organisatorischen Kommunikation bewährt. Auf der anderen Seite wurde eine Reihe von Sozialhistorikern, die Oral-History-Projekte der zweiten Variante betrieben, von den OHA-Kongressen frustriert, weil sie in den von Bibliothekaren, Archivaren und Dokumentaristen dominierten Treffen vertiefte Diskussionen von Methodenfragen, insbesondere der mit Oral History verbundenen Erkenntnisinteressen, der Fragen ihrer Auswertung und Beziehung zu anderen Quellengattungen und der speziellen Probleme klassen- und rassengebundener Varianten mündlicher Überlieferung vermißten.

Sicher hat es nicht so sehr an diesem fachlichen Ungenügen der sog. Radikalen gelegen, daß sich in den 70er Jahren im Bereich der OHA zunehmend eine Malaise ausbreitete, da sich die etwas vordergründige Debatte, ob sich Oral History der Elite oder der Basis widmen sollte, zwar in die allgemeinen akademischen und spezifisch historischen Aus-

---

48 Während es kleine Projekte zur Geschichte der Arbeiterbewegung an vielen Orten gibt, sind die wichtigsten, mit der Automobil- bzw. der Stahlarbeitergewerkschaft verbundenen Institutionen die Walter P. Reuther Library in Detroit und Alice Hoffmans Sammlung im Department of Labor Studies an Penn State. Vgl. *Jack W. Skeels*, Oral History Project on the Development of Unionism in the Automobile Industrie, in: Labor History 5, 1964, S. 209–12. Kataloge: *Warner W. Pflug* (Hrsg.), A Guide to the Archives of Labor History and Urban Affairs, Wayne State University Detroit 1974, S. 137–67; The Pennsylvania State University: Oral History Project, Annual Report of Activities July 1975–July 1976, hekt., College Park, Pa. (1976), 89 S. Darin Abschnitte über Stahlarbeiter, Elektriker, graphisches Gewerbe, Bäcker, Lehrergewerkschaften, Frauen in den Gewerkschaften und Arbeiterbildungseinrichtungen.

49 Vgl. *Alice M. Hoffman*, Who Are the Elite, and What Is a Non-Elitist? in: Oral History Review 1976, S. 1–5.

50 Die sieben Colloquia Proceedings der OHA (1966–72) und die ersten acht Jahrgänge des (meist) vierteljährlichen »Newsletter« 1967–74 sind von der Microfilming Corporation of America, Glen Rock, N. J., auf Microfiche ($ 35) oder Microfilm ($ 25) zu beziehen, da die meisten vergriffen sind. Die wesentlichen Ergebnisse der Jahreskonferenzen werden seit 1973 in dem Jahrbuch »Oral History Review« zusammen mit einem Rezensionsteil wiedergegeben. Laufende Nummern des Newsletters und der Review sind zu beziehen vom Secretary Treasurer der OHA, Ronald E. Marcello, North Texas State University, P. O. B. 13734, NTSU Station, Denton, Texas 76203. Nützlich auch die überarbeitete Neuauflage von *Manfred Waserman*, Bibliography on Oral History, New York 1975 (teilweise annotiert). Knapper die gut kommentierte Auswahl von *Ronald J.* and *Gaile A. Grele*, Oral History – An Annotated Bibliography, hekt., 8 S. (Speech Communication Module) Falls Church, Va., 1975.

einandersetzungen seit der Studentenrevolte einordnete, aber sehr wohl mit der expansiven Formel der Präsidentin »laßt viele Blumen blühen« betriebsintern integrieren ließ[51]. Vor allem ließen die finanziellen Restriktionen im Kultursektor seit den späten 60er Jahren Expansion als Problemlösung immer weniger zu. Statt dessen begann ein Projektsterben, das vor allem die Aquisitionsgeschäfte der Privatarchive und damit die Eliteninterviews arg beschnitt. Die mit Idealismus und/oder staatlichen Stiftungsgeldern betriebenen sozialhistorischen Projekte konnten sich zwar auch nicht ausdehnen, wuchsen aber proportional. Und mit ihnen wuchs die Kritik an einem Oral-History-Betrieb, der Interviews im Wege der Warenproduktion mit unbestimmtem Gebrauchswert ausgestoßen und sich einer Diskussion der historischen Problematik seiner Gegenstände und Verfahren geschäftig entzogen hatte. Hinzu kam, daß einige Pioniere die Fahne strichen. Der erste Präsident der OHA, James Fink vom Universitätsarchiv der UCLA, gab das dortige Oral-History-Projekt an einen Untergebenen ab und begann sich sehr abgewogen über dessen archivalischen Nutzen zu äußern. Ein anderer Präsident wurde Leiter der Eisenhower Library und konzentrierte die dortigen Ressourcen auf die Aufarbeitung der Akten, ein Dritter, Gould Coleman in Cornell, liquidierte sein Oral-History-Programm (wie Oral-History-Kollegen sagen: um sich nicht seine Hände mit dem Hausieren für Finanzen schmutzig machen zu müssen), schrieb eine kritische Einschätzung der methodischen Defizite konventioneller Elitenbefragungen und widmete seine Freizeit einem sozialwissenschaftlichen Kleinprojekt zur jährlichen Befragung von 25 Bauernfamilien über ihre Entscheidungsprozesse[52]. Pioniere der Oral History als Instrument der Wissenschaftsgeschichte äußerten sich skeptisch über die Kosten-Nutzen-Relation und forderten methodische Präzisierung[53]. In den Präsidenten-Archiven ging man nur zögernd an die Aufräumungsarbeiten, verzweifelte über der Frage einer sinnvollen Index-Erschließung der Sammlungen, und auch William Moss (Kennedy Library, auch er ehemaliger OHA-Präsident) und Maclyn Burg (Eisenhower Library), die Oral History nach außen vertraten und ihre Erfahrungen veröffentlichten, waren intern über die teilweise dilettantischen Erbschaften, die sie hatten übernehmen müssen, betroffen und strebten nach neuen Ufern. Prominente Sozialhistoriker, die Oral-History-Projekte eingeleitet hatten, wie

51 Wie Anm. 49.

52 *Gould P. Colman*, Ten Year Review and Conclusion, in: Bulletin of Cornell Program in Oral History 3, 1971, Nr. 4, S. 1–6, etwas vom besten, was an selbstkritischer Evaluierung bisher vorliegt. Mittlerweile wurden drei Hefte des Projekts »How Farm Families Make Decisions« herausgebracht, ein methodisch sehr sorgfältig angelegtes Unternehmen sozialwissenschaftlicher Feldforschung, aber nicht eigentlich mehr Oral History. Vgl. auch *ders.*, Theoretical Models and Oral History Interviews, in: Agricultural History 41, 1967, S. 255–66.

53 Peter D. Olch von der National Library of Medicine ist – neben ROHO in Berkeley – einer der ganz wenigen, die präzise die Kosten ihrer Interviews errechnet haben; er kam auf Produktionskosten pro Stunde Interview zwischen 252 $ und 376 $. Im Gespräch mit dem Verfasser meinte er, daß in der Medizingeschichte die Nachlaßsammlung ergiebiger und vordringlicher sei, während sich Oral History angesichts dieses Aufwands nur noch in ganz bestimmten Sonderfällen lohne. Ein anderer Medizinhistoriker mit großer Erfahrung in Oral History legte besonderen Wert auf den Gesprächscharakter der Oral-History-Quelle, vgl. *Saul Benison*, Oral History: A Personal View, in: *Edwin Clark* (Hrsg.), Modern Methods in the History of Medicine, New York 1971, S. 287–296; *ders.*, Reflections on Oral History, in: American Archivist 28, 1965, S. 71–77. Das vielleicht bedeutendste wissenschaftsgeschichtliche Oral-History-Projekt über die Entstehung der Quanten-Physik unter der Leitung von Thomas S. Kuhn (1962–64, 175 Interviews mit ca. 95 Physikern), das sehr sorgfältig vorbereitet worden war, endete mit einer sehr abgewogenen Darlegung des hohen Aufwands und des z. T. unerwarteten Ergebnisses, dessen Wert oft eher im sozialautobiografischen Einblick als im Zeugnis wissenschaftlichen Fortschritts lag, sowie in einer Masse von Archivmaterial, dessen Sammlung z. T. durch Interviews angebahnt worden war. Vgl. *T. S. Kuhn* et al. (Hrsg.), Sources for History of Quantum Physics. An Inventory and Report (Memoirs of the American Philosophical Society, Bd. 68), Philadelphia 1967, S. 3 ff.; Interview-Katalog S. 100–104.

Larry Goodwin (Duke University), blieben nach zweimaligem Besuch den OHA-Kongressen fern, und das änderte sich auch nicht, als man mit der Wahl von Alice Hoffman, einer Gewerkschafterin und Dokumentarin der Arbeiterbewegung, zur OHA-Präsidentin einen Schritt zur Vermittlung zwischen den Fraktionen zu tun versuchte.

Die größten Oral-History-Betriebe haben demgegenüber eine Vorwärtsverteidigung eingeschlagen. Louis Starr und Elizabeth Mason (Columbia, New York) haben einen Vertrag mit dem New-York-Times-Verlag zur Publizierung eines Großteils ihrer umfangreichen Transkriptbestände über Microfiche (mit der Auflage an die New York Times, einen Index zu erstellen) abgeschlossen [54], der eine kleine Finanzierungshilfe darstellt und an vielen großen Bibliotheken zu einem autobiografischen Schub führen wird. Mehrere andere Oral-History-Archive haben sich ihnen angeschlossen oder planen eine entsprechende Veröffentlichung, womit sich der Charakter der Elitenbefragungen als unbestimmte Warenproduktion vollendet. Andere, so das Regional Oral History Office Willa Baums in Berkeley, haben erkannt, daß sich Oral History durch ihren historischen Gebrauchswert legitimieren muß. Deshalb werden nun allenthalben Historiker gesucht, die Teile der Kollektionen rezensieren sollen [55], und man hofft, daß sie die Ergiebigkeit und Verläßlichkeit der Befragungen im Verhältnis zum klassischen Archivgut bescheinigen werden. In Columbia und anderswo weist man mit oft berechtigtem Stolz auf die wachsende Zahl an Bio- und Monografien, die ganz oder teilweise auf Oral-History-Material aus ihren Beständen beruhen [56].

Bei aller finanziellen Knappheit gehen gleichwohl vielerorts die Projekte weiter, z. T. unter Verwendung von Studenten als verbilligter Arbeitskraft (z. B. in Fullerton State University in California). Aber trotz der enormen quantitativen Leistung, der in Europa

---

54 Katalog: *The New York Times Oral History Program* der Microfilming Corporation of America, Glen Rock, N. J., 11 S. (1975). Ausweislich der Einzelbeschreibung in dem ausführlicheren Katalog *The New York Times Oral History Program presents The Columbia University Collection, Part One* (o. D. 46 S.) umfaßte die erste zur Verfilmung freigegebene Abteilung der Columbia Collection 404 Autobiographien, davon 12 aus dem Bereich Künste, 40 Flugwesen, 37 Wirtschaft und Finanzen, 47 Erziehungswesen, 15 Wohnungs- und Kommunalwesen, 58 Diplomatie und Internationale Politik, 74 Publizistik, Literatur, Verlagswesen, 35 Arbeiterbewegung, 51 Rechtswesen, 26 Medizin und Wissenschaft, 18 Schiffahrt, 80 über den »New Deal«, 115 über Politik, 8 Unterhaltung, 13 Rundfunkpioniere, 10 Religion, 45 Sozialreform und Bürgerrechtsbewegung, 24 Pioniere der Frauenbewegung und weiblicher Berufstätigkeit. Mittlerweile sind eine zweite und dritte Abteilung (ca. 1/3 des Gesamtbestands) zur Verfilmung freigegeben worden. Andere von der NYT verfilmte, kleinere Projekte behandelten z. B. Anfänge der Filmindustrie, Missionare in China, republikanische Führer in China von 1949, Indianer in South Dakota, Lastwagenindustrie und -verkehr sowie eine ganze Reihe regionalgeschichtlicher Sammlungen aus verschiedenen Teilen Kaliforniens, aus Texas, Hawaii, Illinois, Tennessee und über den Jazz in New Orleans, La. Die erste Abteilung der Columbia Collection kostet z. B. $ 3700, die anderen Sammlungen zwischen 75 $ und 1175 $.

55 Die Idee wurde wohl zuerst vorgeschlagen von *Peter D. Olch,* A Dirty Mind Never Sleeps and Other Comments on the Oral History Movement, in: Bulletin of the Medical Library Association 59, 1971, S. 438–443.

56 Für Listen entsprechender Bücher vgl. *Waserman,* S. 41–49, und ausführlicher die Jahresberichte »Oral History, Columbia University«, bes. für 1968 (»The first twenty Years«), S. 9–18; für 1974, S. 13–17; für 1975, S. 13–15; für 1976, S. 11–15. Die Titel füllen mittlerweile Regale, zum den bekanntesten Biographien gehören: *Allan Nevins,* Ford, 3 Bde., New York 1945–62; *ders.,* Herbert H. Lehman and his Era, New York 1963; *Saul Benison,* Tom Rivers – Reflections on a Life in Medicine and Science, Cambridge, Mass., 1967; *George Martin,* Madame Secretary (Frances Perkins), Boston 1976, und *Thomas H. Williams,* Huey Long, New York 1969; zu den umstrittensten zählen *William Manchester,* The Death of a President, November 20–25, 1963, New York 1967; *Merle Miller,* Plain Speaking: An Oral Biography of Harry S. Truman, New York 1974. Vor allem sozialgeschichtlich interessante Titel (leider ohne bibliographische Angaben) sind zusammengestellt bei *Steven Trimble,* Annotated Bibliography, in: Red Buffalo, No. 1 und 2, S. 232–241.

nirgendwo Vergleichbares an die Seite gestellt werden kann, ist eine Entwicklungskrise unübersehbar. Viele Historiker sind skeptisch geblieben. Die akademische Etablierung außerhalb des Archivwesens blieb sporadisch, und in der Finanzkrise fand man sich am unteren Ende der Prioritätenliste der Stiftungen. Nach dem ersten Aufschwung steht eine Phase der Konsolidierung auf der Tagesordnung. Man wird bezweifeln dürfen, daß sie mit geschäftsmäßigen Legitimationen zu überwinden ist; vielmehr mehren sich die Stimmen, die eine stärkere methodische Reflexion des Vorgehens, mehr interdisziplinäre Projektarbeit und eine deutlichere Konturierung des spezifischen Quellencharakters der durch Oral History produzierten Überlieferung fordern. Einige dieser methodischen Probleme, die bei einer Nutzung der amerikanischen Erfahrungen in Deutschland hilfreich sein könnten, seien im folgenden erörtert.

## 3. Methodische Probleme der Oral History

Da die folgenden Erörterungen großenteils auf Reiseerfahrungen zurückgehen, sollten vielleicht zwei Bemerkungen darüber vorausgeschickt werden, welche Schwerpunkte meine Gespräche hatten und was im folgenden nicht näher diskutiert werden soll. Im Kern suchte ich Informationen über Organisation und Methodik der einzelnen Projekte, während ich angenommen hatte, daß es mittlerweile unter den Oral-History-Protagonisten einen gewissen Konsens über die grundsätzlichen disziplinären Fragen gebe. Demgegenüber enthielten die allermeisten meiner Gespräche drei unerwartete Elemente: In den grundsätzlichen Fragen hörte ich nahezu an jedem Ort etwas anderes; der Pluralismus dieses neuen Forschungsgebietes hinsichtlich approach und Erwartungshorizont ist überwältigend. Zweitens regnete es Antworten auf eine ungestellte Frage, nämlich wie sich überhaupt Oral History im allgemeinen rechtfertigen lasse. Und drittens erhielt ich regelmäßig keine Antwort – vielmehr meist ein Achselzucken – auf meine Frage nach dem empirischen Gebrauchswert der Tonbänder bzw. Transkripte für die historische Forschung: Das sei nicht die Sache der Interview-Produzenten (sie seien ja nur Archivare etc.). Insgesamt habe ich die Oral History in USA offensichtlich am Ende ihrer Etablierungsphase angetroffen: Die methodischen Standpunkte variieren mit Erkenntnisinteresse und Felderfahrung beträchtlich, während es eher gemeinsame Standards in organisatorischen, technischen und berufsethischen Fragen gab[57]. Frappiert war ich dennoch über die Verdrängung der Gebrauchswertfrage, sei es, daß ich überhaupt auf künftige Erfahrungen verwiesen und damit der Warencharakter der Oral-History-Produktion unterstrichen wurde, sei es, daß – wie Norman Hoyle geschrieben hat – an die Stelle früherer Erwartung einer vollen Kompensation der modernen Quellendefizite »a certain softness is to be noted in the rhetoric here: emphasis, atmosphere, insights, informed guesses, clues, motivations, gists, feelings, intangibles«[58].
Was hier nicht erörtert werden soll, sind die stereotypen Positionen in der offenbar unendlichen Auseinandersetzung, ob Oral History überhaupt eine Berechtigung habe[59].

57 Diese Standards sind vielleicht am besten in einem amüsanten fiktiven Interview zusammengestellt von *Amelia R. Fry,* The Nine Commandments of Oral History, in: Journal of Library History 1968, S. 63–73, währenddessen ein zehntes, alle übrigen zusammenfassendes Gebot geboren wird: »The important thing is to get the interview. Be flexible«. In ernsthafterer Form sei auf die Leitfäden von *Moss, Curtiss/Shumway/Stephenson, Baum,* Local Historical Society, und *Joseph H. Cash* et al., The Practise of Oral History, New York 1975, verwiesen.

58 Vgl. *Hoyle,* a. a. O., S. 77 ff., zit. S. 79.

59 Vgl. z. B. *C. L. Lord* (Hrsg.), Is Oral History Really Worth While? in: *Ideas in Conflict* (American Association for State and Local History), Harrisburg 1958, S. 17–57. Die wichtigsten Beiträge zu dieser Debatte sind besprochen bei *Ronald J. Grele,* Movement Without

Diese Diskussion wurde von institutionellen Zwängen und Vorurteilen beherrscht; Telefon und Photokopierer begründen hier den Bedarf, Gedächtnisschwäche, Lügen und Anekdotenhaftigkeit die Überflüssigkeit des Verfahrens. Mit dem unermüdlichen Austausch von Trivialitäten ist es aber nicht getan, denn der Teufel sitzt auch hier im Detail. Es geht um Näherungslösungen des Quellenproblems und um eine genauere Bestimmung des Charakters von Erinnerungsgesprächen.

Quer durch alle Schulen stellen sich einige allgemeine und aufeinander bezogene Entscheidungsfragen bezüglich diachroner Interviews, die sich auf die vier Ecksteine dieses Problemfeldes beziehen lassen: den Gegenstandsaspekt, den Zeitabstand, den Zeugen und den Interviewer. Es sei zunächst versucht, diese Fragen im allgemeinen zu umreißen [60], um dann in einem zweiten Abschnitt anhand methodischer Kontroversen oder doch Unterschiede auf forschungspolitische Alternativen zur Beantwortung der Entscheidungsfragen einzugehen.

a) *Der Gegenstandsaspekt*

Die Frage, welche Gegenstände durch Oral History erforscht werden können, ist nicht durch eine Aufzählung und Einzelabwägung historischer oder sozialer Sachprobleme zu beantworten; denn es lassen sich nur wenige solcher Probleme in der Zeitgeschichte ausmachen, die ausschließlich durch das diachrone Interview erforscht werden könnten oder für die diese Quellenart von vornherein sinnlos wäre. Anstelle einer unendlichen fruchtlosen Enumeration muß vielmehr die Kennzeichnung der Gegenstandsaspekte treten, die Oral History beleuchten kann.

Zunächst läßt sich ganz schematisch unterscheiden, daß ein diachrones Interview mit einem Einzelnen durchgeführt werden kann oder mit den Mitgliedern einer Gruppe, die etwas Gemeinsames erlebt hat, oder mit einer Anzahl von Menschen, die als Stichprobe beispielhaft für eine bestimmte größere Grundgesamtheit stehen und durch gleiche Auswahlmerkmale verbunden sind. Die Befragten können dabei als Träger unterschiedlicher Informationsqualitäten für den Interviewer interessant sein, nämlich (1) als Medium einer mündlichen Überlieferung, die vor ihnen entstanden und ausgeformt worden ist und die sie nur weitergetragen haben [61]; (2) als Zeugen vergangener Tatsachen und Ereignisse, die sie miterlebt haben; (3) als Personen, die sich an eigene frühere Meinungen, Einstellungen, Gefühle oder Werthaltungen erinnern; oder (4) als Träger von Erfahrung, einer sehr viel komplexeren Kategorie, die sowohl Komponenten von Überlieferung und

---

Aim – Methodological and Theoretical Problems in Oral History, in: *ders.* (Hrsg.), Envelopes of Sound, S. 127 ff. Auf der allgemeinen Ebene findet er zwei Haupttendenzen, die auch meinen Eindrücken entsprechen: »The dominant tendency has been to be overly enthusiastic in public print, and deeply suspicious in private conversation.« Zweitens werde beständig einer methodischen Bestimmung des Charakters von Oral History ausgewichen, so daß sie als produzierende, aber »ziellose Bewegung« erscheine, anstatt zu einem Instrument einer ernsthaften Kulturanalyse zu werden (S. 127, 133).

60 Außer auf meine Gespräche in USA und methodische Literatur stützt sich die folgende Erörterung teilweise auch auf eigene Interviewerfahrungen. Auf Literatur wird dabei nur ausnahmsweise verwiesen; vgl. aber die in Anm. 4, 21, 35, 52 und 57 f. zitierten Studien allgemein.

61 Diese Kategorie, die im Rahmen europäischer Sozial- und Zeitgeschichte fast keine Rolle mehr spielt, aber eine entwickelte methodische Tradition in der Volks- und Völkerkunde hervorgebracht hat, bleibt im folgenden außer Betracht. Innerhalb der amerikanischen Oral History hat die Verschriftlichung längerfristiger mündlicher Überlieferung durch Interviews vor allem in Projekten mit Negern und ganz besonders mit indianischen Geschichtenerzählern eine Rolle gespielt. Die Methode entwickelt an Beispielen schwarzafrikanischer Ethnologie der Belgier *Jan Vansina*, Oral Tradition. A Study in Historical Methodology, zuerst frz. 1961, 2. engl. Aufl. London 1969. Vgl. auch *Ruth Finnegan*, Oral Literature in Africa, Oxford 1970; *John L. Fischer*, The Sociopsychological Analysis of Folktales, in: Current Anthropology 4, 1963, S. 235–95.

durch Miterleben erworbener Kenntnisse als auch ihrer Brechung durch subjektive (vergangene und gegenwärtige) Perzeptionsvoraussetzungen umfaßt, wobei diese Komponenten zuvor in einem Prozeß persönlicher oder kollektiver Identitätsbildung zu einem werthaften lebensgeschichtlichen Selbstbild verarbeitet worden sind. In aufsteigender Linie verstärken sich in diesen Informationsqualitäten zugleich die Elemente des Subjektiven, des Selbstgestalteten, des Normativen und der Überlagerung bloßer (richtiger oder falscher) Erinnerung durch Auswahl und Gestaltung. Während es bei der Verschriftlichung mündlicher Überlieferung nur um die Übermittlung von sprachlich (oft poetisch) bereits Ausgeformtem geht, kann das Zeugnis über Kenntnisse von vergangenen Sachverhalten oder Einstellungen sowohl die Form von Ja-Nein-Antworten auf vorgegebene Alternativen als auch sprachlich selbstgeformter Schilderungen nehmen. Die Darstellung von Erfahrung bringt hingegen stets eine selbstgestaltete und reflektierte Erzählung hervor, die der Interviewer nur durch ergänzende, den Ablauf strukturierende, die Erinnerung provozierende oder den Informationsgehalt kontrollierende Zwischenfragen unterstützen kann.
Aus gesuchter Informationsqualität und Befragtenkategorie läßt sich ein 12-Felder-Schema entwerfen, in dem sich die wichtigsten Beispiele für Gegenstandsaspekte, die durch diachrone Interviews erforscht werden können, verorten lassen.

*Gesuchte Informationen im diachronen Interview*

| | Es wird befragt | | |
|---|---|---|---|
| Der Interviewte ist Träger von | ein Individuum | eine beteiligte Gruppe | die Stichprobe eines abstrakten Kollektivs |
| Überlieferung | Geheimnis | *Mythen u. a. orale Artefakte* | |
| Kenntnissen | Ereignis, spez. Sachverhalt | *Aktion, Organisation, Entscheidungsprozeß* | typische Lebensumstände |
| Einstellungen | | *Beurteilung einer Person, Sache, Ideologie, Corpsgeist* | typische Werthaltungen und Meinungen |
| Erfahrung | *Autobiografie* | kollektiver Lernprozeß | serielle Lebensgeschichten |

Das Schema dient vor allem der Zielklärung[62]; es will nicht sagen, daß alle diese Informationen nur je gesondert erhoben werden könnten. In einer halbstrukturierten Autobiografie können z. B. Informationsanteile zu allen Feldern enthalten sein. Die leeren Felder bezeichnen unzweckmäßige Nachfragen: Mündliche Überlieferung ist immer gemeinschaftsbezogen und kann deshalb schwerlich durch nach Zufallskriterien ausgewählte Gesellschaftssegmente festgestellt werden; nur individuelle Einstellungen, soweit sie überhaupt interessant sind, bedürfen in der Regel des autobiografischen Zu-

62 Zur Analyse eignen sich andere kategoriale Unterscheidungen, wie sie vor allem aus strukturalistischer Sicht *Ronald J. Grele* (Movement, a. a. O., S. 136 ff.; Surmisable Variety, a. a. O., S. 286 ff.) mit der Unterscheidung der Ebenen einer linguistischen, einer Interaktions- (»performatory«) und einer kognitiven Struktur des Interviews vorgetragen hat, worauf in 3. c. zurückzukommen sein wird.

sammenhangs oder des Vergleichs, um bewertet werden zu können. Die kursiv gesetzten Gegenstände bezeichnen die in der amerikanischen Oral History am meisten verfolgten Interviewziele, d. h. neben der Einzelbiografie steht vor allem die Erhebung bei Gruppen, die durch gemeinsame Beteiligung an Institutionen, Aktionen, Entscheidungsprozessen, durch ihr Verhältnis zu einer Person o. ä. definiert sind. Die beiden Felder oben links enthalten – zumindest in reiner Form – Gegenstandsbereiche für klassische Auskünfte, wie sie z. B. im Gerichtswesen gesucht werden; abgelöst von Bewertung und Erfahrungsverarbeitung sind sie in Oral History sehr selten, zumal solche Einzelauskünfte ohne Parallelüberlieferung sehr schwer zu überprüfen sind. Warum die Stichprobenauswahl in diachronen Interviews nur selten praktiziert werden kann, wird unter dem Stichwort »Zeuge« sogleich noch näher zu erläutern sein.

Das Informationsziel eines Oral-History-Projekts und damit sein Gegenstand ist aber nicht nur kategorial zu klären, sondern vor allem durch Prüfung des praktischen Bedürfnisses und seiner Realisierbarkeit. Die Produktion von einer Stunde Interview bis zum archivfähigen Transkript kostet in USA durchschnittlich von DM 500,– aufwärts[63], d. h. fast alle anderen narrativen Quellengattungen (zumindest, soweit sie nicht zuerst durch Computer erschlossen werden müssen) sind billiger. Eine in ihren Ressourcen beschränkte Forschungs- oder Archivplanung wird deshalb Oral History nur in solchen Bereichen einsetzen, in denen andere Quellen für die gesuchte Information nicht, nicht in hinreichender Vollständigkeit oder – bei einem drängenden gesellschaftlichen Bedürfnis nach Aufklärung – noch nicht vorliegen. Orale Autobiografien entheben am leichtesten von der Legitimierungsnot gegenüber anderen Überlieferungsarten, denn wie bei schriftlichen Memoiren gibt es keine konkurrierenden schriftlichen Überreste, deren Informationen ähnlich komplex strukturiert sind. Sie sind aber auch die unzuverlässigste und am schwersten zu interpretierende Gattung, und die Vorliebe für sie reflektiert oft eher die Produktionszwänge von Oral-History-Instituten als die Bedürfnisse der Forschung.

Diese treten vor allem in drei Richtungen auf: (1) Bereiche überhaupt ohne schriftliche Quellen (z. B. spontane Aktionen, informelle Entscheidungsprozesse, Selbstverständlichkeiten der Einstellung oder der täglichen Lebensumstände, Überlieferung in nichtschriftlichen Kulturen oder Subkulturen wie z. B. der Neger, der Indianer oder der Slums). (2) Archivmäßig erschlossenes Gelände, in dem die von den Quellen her nicht beantwortbaren, offenen Fragen bereits erkennbar sind, solange Akteure noch gesprächsbereit sind. (3) Geheimnisgeschützte Bereiche ohne Kunde über das Vorhandensein oder die Ergiebigkeit künftig verfügbarer Quellen. Hierbei erscheinen die ersten beiden Varianten unter dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit relativ unproblematisch; im ersten Fall werden Historiker für jedwede (methodisch durchsichtig produzierte) Quelle dankbar sein, im zweiten läßt sich der Bedarf anhand der schriftlichen Quellen genau eingrenzen und lassen sich die Fragen präzisieren, so daß oft nur noch Auskünfte eingeholt werden müssen und auf eine Gesamtrekapitulation der »story« verzichtet werden kann.

Methodisch am interessantesten und praktisch am häufigsten ist jedoch der letzte Fall, in dem Oral History in Konkurrenz zu (noch) nicht verfügbaren anderen Überlieferungen steht. Die meisten Eliteninterviews werden zu einer Zeit gemacht, zu der die zu den Ereignissen gehörenden internen Vorgänge (staatliche oder Unternehmensakten, Privatbriefe, Tagebücher u. ä.) noch nicht benutzt werden können oder zu umfänglich für eine kurzfristige Aufarbeitung sind. Ob in solchen Fällen die Mittel für Oral History aufgewandt werden sollen, ist oft ein Hasardspiel. Nach dem Interview oder nach der Archivöffnung mag es sich als völlig wertlos herausstellen; mag es sich aber auch zeigen, daß der nicht interviewte Zeuge die einzige mögliche Überlieferung über eine wichtige

63 Vgl. Anm. 53.

Frage mit ins Grab genommen hat. Angesichts dieser spezifisch zeitgeschichtlichen Übergangsproblematik bieten sich einige Zwischenlösungen an: (1) Zwar Interviews zu machen, aber den teuersten Teil der Oral-History-Produktion, die Transkription und evtl. Edition der Tonaufzeichnung, zu vertagen. (2) Interviews nach Möglichkeit immer in gegenstandsbezogenen Projekten durchzuführen, in denen eine Aussage an der anderen geprüft werden kann und der Interviewer, der auf andere Vorbereitungsmöglichkeiten verzichten muß, ein projekt-immanentes Spezialwissen aufbaut. (3) Oral-History-Projekte im Zusammenhang mit gegenstandsgleicher Forschung (z. B. Zeitungsanalysen) zu betreiben. (4) Oral-History-Projekte nicht »flächendeckend« ausbreiten zu wollen, sondern dort zu konzentrieren und zu intensivieren, wo ein aktuelles Interesse nach zwischenzeitlicher näherungsweiser Aufklärung besteht.
Im ganzen wird man dort eine besonders ungünstige Kosten-Nutzen-Relation voraussagen können, wo Interviewte die Edierung des Gesprächs verlangen, seine wissenschaftliche Nutzung aber bis zu einer Zeit sperren, in der auch sonstige Quellen für dieselben Sachverhalte erschließbar sind; denn oft mögen sich dann die meisten Einzelzeugnisse als überflüssig oder unzureichend herausstellen und der Rest mit dem Reiz der Autobiografie in sich, d. h. dem seltenen Vermögen des Interviewten zur lesenswerten mündlichen Selbstdarstellung, stehen oder fallen.
Bei sozialgeschichtlichen Oral-History-Projekten treten diese Probleme sehr viel seltener auf, weil es weniger sekretierte Konkurrenzquellen gibt und Auskünfte ohnehin häufig nur nach immanenten Kriterien überprüft werden können. Hier liegen die Schwierigkeiten in der Regel im Auffinden und in der Auswahl ergiebiger Zeugen sowie in der Auswertung (qualitative Füllung quantitativ ermittelter Strukturen), worauf zurückzukommen sein wird.
Während in den meisten amerikanischen Oral-History-Institutionen die Probleme einer Ausdifferenzierung der gesuchten Informationsqualitäten und der Quellenkonkurrenz durch die Produktion individueller oder sachlich zusammengeordneter Autobiografien legitimatorisch umgangen und auf die auswertenden Historiker verschoben werden, dürfte es sich bei der künftigen Neuanlage von diachronen Befragungen im Sinne methodischer Präzisierung und Kostenersparnis empfehlen, vorab genauere Entscheidungen über die Lösung der Problematik von Projektzuschnitt, Informationsqualität und des Bedürfnisses nach mündlicher Überlieferung zu fällen. Sollte dies in der Praxis ein Hantieren mit zu vielen Unwägbarkeiten bedeuten, so legt sich eine allgemeine Absprache über die Gestalt der Oral-History-Autobiografie nahe, um durch eine Mehrinvestition das Ausfallrisiko herabzusetzen: Insbesondere sollte dem offenen Interview ein Katalog von Fragen zur Sozialisation, zu Lebensgewohnheiten, zu Ausbildungs-, Karriere-, Freizeit- und Familienverläufen nachgeordnet werden, damit die Interviews später zumindest auch als eine Bank von erinnerten sozialgeschichtlichen Daten verwandt werden können.

b) *Der Zeitabstand*
Oral History unterscheidet sich von anderen sozialwissenschaftlichen Interviewverfahren vor allem durch ihren diachronen Charakter. Befragt werden meist alte Menschen (über 60 Jahre), die Erlebnisse auf dem Höhepunkt ihrer Karriere oder sogar aus ihrer Kindheit erinnern sollen. Wenn in den dreißiger Jahren z. B. 90- und 100jährige Schwarze über ihre Erlebnisse als jugendliche Sklaven vor dem Bürgerkrieg (also unter Überwindung von mindestens 70 dazwischenliegenden Jahren) befragt wurden [64], so stellt sich ganz offensichtlich eine Reihe von psychologischen, sozialen und gerontologischen [65] Fra-

64 Vgl. Anm. 39.
65 Insbesondere hat die Erforschung des Gedächtnisses alter Menschen ergeben, daß mit fort-

gen: z. B. an die Leistungsfähigkeit des Gedächtnisses, an die Verbindung von Erinnerung mit anderen Denkvorgängen (neuere Erfahrungen, Motiv des Erinnerns, Perzeption der Lage, in der sich der Erinnernde befindet, Verdrängungsvorgänge), an das Verhältnis zwischen individuellen Erinnerungen und kollektiven Traditionen und an die Gesprächssituation [66] selbst.

Eine explizite Diskussion dieser Fragen hat im Rahmen der amerikanischen Oral History bisher, soweit ich sehe, nicht stattgefunden. Das erscheint insofern verständlich, als es wenig an gesicherten Forschungsergebnissen über das Langzeitgedächtnis in der für den Laien leicht erreichbaren und verständlichen psychologischen Literatur zu geben scheint. Die Gedächtnisforschung der letzten Jahrzehnte war nämlich überwiegend auf Beiträge zur Lernpsychologie konzentriert, d. h. auf kurz- und mittelfristige Gedächtnisleistungen formaler Art und auf den Umsatz zwischen Lernen und Vergessen [67]. Dabei wurden das Gedächtnis als ein mehrgliedriges funktionales Speichersystem ohne zwingende innere Zusammenhänge, das Vergessen als notwendiges Korrelat neuer Informationsaufnahme (»forgetting seems to serve the survival of the individual and the species« [68]) und längerfristige effiziente Lernvorgänge als eine Verkoppelung neuer Information mit bereits organisiertem Wissen in sog. Gedächtnisspuren bestimmt [69]. Aber mit der Erkenntnis, daß die meisten Informationen wieder vergessen werden müssen und nur diejenigen haften, die an eine vorbereitete Wissensorganisation angeschlossen werden können, ist für die über ein Lebensalter sich erstreckenden Gedächtnisleistungen, die in Oral History gefragt sind, noch wenig gesagt.

Ältere Forscher haben sich eher diesem Problem langfristiger Erinnerung zugewendet, das sich aber wegen der Unisolierbarkeit der Bedingungsfaktoren weitgehend quantitativ-empirischer psychologischer Erforschung entzieht. Maurice Halbwachs (1925) und F. C. Bartlett (1932) haben darauf abgehoben, daß langfristige Erinnerung nicht als Abrufen gespeicherter Information, sondern eher als ihre Rekonstruktion, ausgehend von bewahrtem, isoliertem Detail, vorgestellt werden müsse. Die Erinnerung sei eine Organisation im Rahmen von Erfahrungen und von deren Schemata vorstrukturiert [70]. Halbwachs ging darüber noch insofern hinaus, als er diese Rahmen als gesellschaftlich bedingte bestimmte: Die Erinnerung werde nicht nur durch individuelle Introspektion gewonnen, sondern hänge in einem dialektischen Prozeß von der Rekonstruierbarkeit in aktuellen gruppenspezifischen Bezügen (Familie, Klasse, Religionsgruppe etc.) und damit von deren kollektiver Traditionsbildung und ideologischer Persistenz ab [71]. Wenn diese Einsichten richtig sein sollten und noch mit der psychoanalytischen Kategorie der Verdrängung zusammengenommen werden, so legen sie eine erhebliche Skepsis gegenüber der

---

schreitender Senilität ein schneller Gedächtnisabbau einhergeht, der offenbar regressiv wirkt, also zunächst jüngere Erinnerungen betrifft und erst später etwa diejenigen aus der Jugend und Kindheit.

66 Auf diese Fragen kann hier im einzelnen nicht eingegangen werden. Die Diskussion bei *R. Menninger,* Some Psychological Factors Involved in Oral History Interviewing, in: The Oral History Reviewer 1975, S. 68–75, erbringt nichts. Es sei aber z. B. darauf verwiesen, daß empirische psychologische Untersuchungen eine Maximierung von Gedächtnisleistungen dann belegen, wenn sich der Erinnernde zum Zeitpunkt der Erinnerung im selben Gemütszustand (etwa Erregung, Alkoholgenuß etc.) wie zu dem zu erinnernden Zeitpunkt befindet. *R. Fischer,* Ich weiß nicht mehr, was ich gestern abend gesagt habe, aber ich glaube, es war gut, in: Psychologie heute, Jan. 1977, S. 58–63. Zu anderen Aspekten der Interviewsituation s. u.

67 Vgl. z. B. *J. A. Adams,* Human Memory, New York 1967.

68 So der Art.: Memory, in: *Encyclopaedia Britannica,* 15. Aufl., 1977, Bd. XI, S. 891.

69 Vgl. am besten *Donald A. Norman,* Memory and Attention, New York u. a. 1969.

70 *F. C. Bartlett,* Remembering, Cambridge 1932.

71 *Maurice Halbwachs,* Les cadres sociaux de la mémoire, Paris 1925 (Dt. Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Berlin/Neuwied 1966).

Objektivität und Vollständigkeit naiver historischer Erinnerungen nahe, und zwar insbesondere solcher an mittlerweile gesellschaftlich Verlorenes oder gar Verfemtes. Es kann hier jedoch auf einige Ansätze zur Einhegung des Erinnerungsproblems im Rahmen der Oral History verwiesen werden.

Der erste Ansatz erscheint zunächst ganz einfach: *Minimierung der Erinnerungsstrecke,* um dem Gedächtnisabbau zuvorzukommen. Es ist ja nicht zwingend, das für den Historiker interessante Interview als Pipeline in die Vergangenheit zu konzipieren, vielmehr kann theoretisch das Zeugnis für eine Handlung, einen Sachverhalt oder eine Einstellung, die keine sonstigen historisch verwertbaren Quellen produziert, auch synchron, also z. B. handlungsbegleitend, angelegt werden (die Informationsvarianten Überlieferung und Erfahrung scheiden hier allerdings weitgehend aus)[72].

Charakteristisch für unseren Zusammenhang ist die Entwicklung des sog. »narrativen Interviews« in der Soziologie[73], das sich »für die Rekonstruktion kognitiv komplexer [. . .] Sachverhalte« eignet (wie z. B. Interessenkonstellationen und Interaktionsverläufe), die sich einer Dimensionierung durch Indexe entweder überhaupt oder zumindest während einer explorativen Phase entziehen. Damit werden ein Komplexitätsgrad von Zusammenhängen und eine hermeneutische Datengattung angepeilt, die dem Erkenntnisziel und der Methode des Historikers sehr vertraut sind.

Es liegt insofern im Interesse der Zunft, daß Historiker sich künftig vermehrt in die Fragestellungen der Sozialwissenschaftler einmischen, deren Techniken für künftige Auswertungen lernen und größere Institutionen ermuntern, z. B. im Zusammenhang mit »operations research« handlungsbegleitende Befragungen durchzuführen, die dann allerdings mindestens ebensolange der öffentlichen Forschung verschlossen sein dürften wie die zugehörigen schriftlichen Vorgänge. Auch werden solche Dokumentationen nicht die Wirklichkeit selbst abbilden, da kurzfristige Erinnerung ebenfalls der Verfälschung unterliegt und es für gewollte oder unbewußte Verdrängungen in der aktuellen Lage oft noch mehr Anlässe als nach einem halben Leben gibt. Außerdem wird man Oral History die Empfehlung geben können, überall da, wo es nicht um Autobiografie, sondern um das Zeugnis von Kenntnissen und Einstellungen geht, das Interview sobald als praktisch möglich nach dem Untersuchungszeitraum durchzuführen. Hierbei ist jedoch schon aus Kostengründen eine Beschränkung auf die nachgefragte Sache und Informationsqualität notwendig.

Außer durch den Zeitabstand wird Erinnerung auch durch die *spezifische Lage, in der sich der Erinnernde befindet,* beeinflußt. Die halbverhungerten Greise, die in der Weltwirtschaftskrise ihre Kindheit in der Sklaverei erinnerten, schilderten sie z. T. in rosigen Farben, wenn sie einst wenigstens regelmäßig zu essen hatten. Und während der Arisierungsverfahren hat man sich seiner jüdischen Geschäftsfreunde ganz anders erinnert als in den Entnazifizierungsverfahren. Angesichts solcher sich in der Erinnerung bewußt und

72 Im Extrem läßt sich der Wunsch nach Dokumentation im Maßstab 1 : 1 ohne Erinnerungsverlust etwa in Nixons Installierung einer Daueraufzeichnungsanlage im Weißen Haus erblicken. Ein ähnliches Ziel verfolgte die US-Army, als sie im Zweiten Weltkrieg ihren Truppen »historische Abteilungen« attachierte, die nicht nur eine Chronik aufgezeichnet, sondern auch handlungsbegleitende Befragungen vor Ort durchgeführt haben. Oder Oral-History-Spezialisten, die während der Studentenrevolte dokumentarische Interviews mit Beteiligten aufnahmen, um die subjektive Seite eines weitgehend informellen Geschehens archivalisch zu bewahren.

73 *Fritz Schütze,* Die Technik des narrativen Interviews in Interaktionsfeldstudien – dargestellt an einem Projekt zur Erforschung von kommunalen Machtstrukturen (Arbeitsberichte und Forschungsmaterialien der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld, Nr. 1, hekt., August 1977. Das Zit. S. 51.) Vgl. auch *ders.,* Zur Hervorlockung und Analyse von Erzählungen thematisch relevanter Geschichten im Rahmen soziologischer Feldforschung, in: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen, *Kommunikative Sozialforschung,* München 1976, S. 159 bis 260.

unbewußt verschiebender Aspekte haben methodisch besorgte Oral-History-Pioniere den teuren Rat gegeben, die Zeugen mehrmals zum selben Gegenstand zu befragen[74]. Mit derselben Begründung ließe sich zuweilen auch für eine Wiederholung mit einem anderen Interviewer plädieren. Andere drängten zumindest darauf, dem Interviewtranskript eine genaue Schilderung beizugeben, in welcher Verfassung der Zeuge angetroffen wurde, um zumindest eine immanente Kritik seiner Aussagen zu ermöglichen. Wieder andere haben praktische Skepsis erworben, weil sie vor allem bei interviewgewohnten Elitenangehörigen bei wiederholten Interviews auf feste Anekdotenrepertoires stießen, die unabhängig von ihrer Wahrheit immer erneut der Pointe wegen abgespielt wurden, oder die Lernfähigkeit des Interviewten an einer neuen Lüge erkennen konnten, nachdem ihn das erste Gespräch um seinen Nachruhm besorgt gemacht hatte.

Man darf sich insofern nicht versprechen, daß man der »Wahrheit« des Erinnerungsgegenstandes notwendig um so näher komme, je häufiger man mit dem Erinnernden darüber spricht. Die »Wahrheit« des Interviews liegt vielmehr im jeweiligen Interaktionsgeschehen, und dessen Niederschlag ist erst die Grundlage einer interpretierenden Rekonstruktion durch den Auswerter. Darauf deuten insbesondere die Erfahrungen solcher Interview-Theoretiker, die die Einmaligkeit jeder Gesprächssituation u. a. deshalb betonen, weil das Gespräch beim Interviewten Klärungsprozesse in Gang setzen kann, so daß er nach dem Gespräch anders denkt als zuvor – nicht als Ergebnis einer Beeinflussung durch den Interviewer, sondern wegen der im Zuge der dialogischen Interaktion bei ihm selbst in Gang gekommenen Bewußtseinsveränderungen. Diese Dynamik ist ja die Grundlage für die weite Verbreitung von oft auf die Rekonstruktion vergangener Erfahrung gerichteter »helfender« Gespräche im Bereich der praktischen Psychologie und Sozialarbeit[75].

Wird nun unterstellt, daß Erinnerung nicht nur durch Introspektion, sondern auch durch Rekonstruktion unter Benutzung gesellschaftlich präsenter Traditionen und Bezugsrahmen stattfindet[76], so hängt die Wiedererhebung der Erinnerung an mittlerweile verlorene oder diskreditierte Traditionen sicher u. a. davon ab, ob es dem Interviewer gelingt, im Gespräch diese Bezugsrahmen aus seinem historischen Sachverstand heraus wieder präsent werden zu lassen und ihnen, wenigstens in der momentanen Vorstellung, ihre einstige Valenz zurückzugeben. Das muß beim Interviewten nicht immer individuelle und soziale Lernprozesse befördern, sondern kann sie auch – um der historischen Annäherung willen – regressiv gefährden, also zu einer Form wissenschaftlicher Ausbeutung werden.

Zur Eingrenzung der Situationsabhängigkeit der Erinnerung dürften in vielen – besonders auf Ereignisabläufe bezogenen – Fällen allgemeine Faustregeln genügen. Z. B. sollte das Interview so geführt werden, daß es genügend Aussagen auch über die Beziehung des Befragten zum Gegenstand und evtl. über seine derzeitige Lage enthält, um dem Leser eine Einschätzung zu ermöglichen. Daneben sollte der Interviewer die Umstände des Interviews und das Verhalten des Zeugen in einer Beigabe zum Transkript beschreiben – sie wird um so nützlicher sein, je weniger sie der Kontrolle des Befragten unterliegt. Schließlich ist die Herstellung einer Kontrollüberlieferung wünschenswert, zumindest, wenn sich die Lage des Befragten oder die Person des Interviewers oder beider Verhältnis wesentlich verändert haben. Aus Geldmangel oder wegen des Ablebens des

74 Wie Anm. 52. Ähnlich *Coles*, Bd. 2, S. 33, 42 f. u. ö. Zu den Verschiebungen autobiografischer Sichtweisen vgl. auch *Peter L. Berger*, Einladung zur Soziologie, Olten 1970, bes. den Beitrag »Lebenslauf und Lebensläufe, Vergangenheit nach Maß und von der Stange«, auch in *Steinert* (Hrsg.), S. 197–207, stellvertretend für die Literatur zur biografischen Methode.

75 Vgl. allgemein: *Aaron V. Cicourel*, Method and Measurement in Sociology, New York 1964, Kap. III; *A. Benjamin*, The helping Interview, Boston 1969.

76 Vgl. Anm. 70 f.

Zeugen sind jedoch einer solchen Präzisierung Grenzen gesetzt, wenn auch finanziellen Beschränkungen dadurch begegnet werden kann, daß man die Interviews nur auf Tonband aufnimmt und erst nach dem letzten entscheidet, was davon – wenn überhaupt – die Transkription lohnt.

Ein dritter Ansatz zur Präzision von Erinnerungen kann über die *Konzentration auf erinnerungsfreundliche Gegenstände* bereits in die Planung eines Oral-History-Projektes eingehen. Es gehört offenbar zu einem selbstregelnden Prozeß geistiger Ökonomie, daß man das meiste, was man erlebt oder erfahren hat, über kurz oder lang wieder vergißt. Dabei ist unklar, ob und inwieweit die Informationen gelöscht werden oder nur in einen unter besonderen Umständen reaktivierbaren Latenzzustand absinken. Daß das Vorhalten von ehedem selbstverfaßten Dokumenten, die präzise Schilderung eines äußeren Hergangs oder die Erwähnung von Personen das Gedächtnis eines Befragten auffrischen kann, ist eine tägliche Oral-History-Erfahrung. Es fragt sich aber, wo neben solchen im Gespräch aufzubauenden Krücken [77] das Gedächtnis seine autonomen und spontanen Bestleistungen zeigt.

Eine Erfahrungskategorie, die bei behutsamer Behandlung präzise Auskünfte verspricht, umfaßt die alltäglichen Lebensumstände, oft von langer Dauer und großer Einprägsamkeit, seien es Verhältnisse und Riten, sei es in verdinglichter Gestalt. Arbeiter haben ein langes Gedächtnis für Lohnstreifen und Arbeitsplätze, die meisten können die Küche ihrer Mutter und ihr Schulzimmer beschreiben. Noch nach fast einem Jahrhundert wußten ehemalige Sklaven genau, daß sie mit der Flasche aufgezogen wurden, weil ihre Mutter ein Kind der Herrschaft an die Brust nehmen mußte. Insgesamt wird man sagen können, daß im Bereich der Oral History viel zuviel unglaubwürdige bzw. überflüssige Auskünfte über bloße Meinungen und über administrative Details, die schlecht erinnert werden und oft anderweitig dokumentiert sind, eingeholt wurden, während die vielfältigen Möglichkeiten, alltägliche Lebensverhältnisse über Interviews verläßlich zu rekonstruieren, erst in Anfängen genutzt sind [78].

Für die methodische Entwicklung von Oral History dürfte neben den persönlich einprägsamen Erfahrungen mit Bedingungen und Umweltkonstanten aber vor allem der diskontinuierliche, schubhafte Charakter lebensgeschichtlicher Erfahrungen von Bedeutung sein, weil sich hier eine autonome, durch bloße Introspektion erschließbare Erinnerungsdimension auftut, die zugleich zur Identifizierung lebensgeschichtlicher Weichenstellungen geeignet erscheint. Damit wird insofern eine methodische Dimension von besonderer Tragweite für die derzeitige sozialgeschichtliche Diskussion angerissen, als eine Lösung des auch außerhalb des Marxismus ungelösten »Basis-Überbau«-Problems zunächst das Auffinden der bewußtseinsbildenden Kreuzwege zwischen Lebensgeschichte und Sozialstruktur erfordert.

Alltagstheorien [79] lehren: Das offiziell als unvergeßlich Normierte verschwindet hinter den persönlichen Erinnerungen, und unter diesen sondert das Gedächtnis die bahnbrechenden Erfahrungen zur Archivierung aus, auch wenn das damals Neue später zur lieben

77 Zu solchen praktischen Erinnerungsstimulantien vgl. *Robert K. Merton/Majorie Fiskel Patricia L. Kendall*, The Focused Interview, Glencoe, Ill., 1956, Kap. II, bes. S. 26 ff.

78 Daß sozialgeschichtliche Interviews mit Arbeitern für die konkreten Arbeits- und Lebenserfahrungen meist wesentlich fruchtbarer sind als für den über viele Bewertungsinstanzen vermittelten politischen Bereich bestätigen auch englische und französische Erfahrungen. *R. Samuel* (Anm. 13) und *Yves Lequin*, A la recherche d'une mémoire collective [...], Ms. für die in Anm. 18 genannte Konferenz »Mémoire Collective Ouvrière«.

79 *George Brassens* z. B. hat die Unterschiedlichkeit der Gedächtnisleistungen einmal in einem hübschen Chanson beschrieben: Er habe, heißt es da, die Schlachten von Austerlitz bis Waterloo ebenso vergessen wie die vielen Mädchen, mit denen er geschlafen habe; aber der Refrain betont: »Jamais de la vie / On ne l'oubliera / La première fille / Qu'on a pris dans ses bras / La première étrangère / A qui l'on a dit ›tu‹ [...].«

(und vergessenen) Gewohnheit geworden ist. Jeder Memoirenband und jedes offene Interview beweisen, daß zumindest über lange Strecken nicht so sehr Sachverhalte und Personen, mit denen ein Zeuge in unmittelbare Berührung kam, erinnert werden als Erfahrungen, und die ersteren vorzüglich insofern, als sie mit letzteren verbunden waren. Dabei ist unerheblich, ob diese Personen und Sachverhalte nach historischer oder gesellschaftlicher Konvention wichtig waren; sie müssen für den Zeugen wichtig gewesen sein. Die übrigen wird er mit nötiger Nachhilfe vielleicht auch erinnern, aber er wird kaum Wichtiges über sie sagen können.

Mit der Erfahrungsqualität hängt noch eine weitere Schwierigkeit zusammen: Viele Historiker klagen darüber, daß Oral-History-Befragte zu den für die Forschung relevanten Sachverhalten vielfach nur Anekdoten beitragen. Auch hier greift das Argument zu kurz und versäumt auf der Suche nach »facts« und Schlüsseldokumenten in geschäftsmäßiger Eile den Charakter von Erfahrung – und, nebenbei, auch Geschichte[80]. Erfahrung klammert oft die vordergründigen Sachverhalte, sogar die Beteiligten oder sonst Überprüfbares aus, bewahrt sich aber im zunächst nebensächlich erscheinenden Detail in allegorischer Gestalt als Element persönlicher Betroffenheit. Das Ernstnehmen der vom Befragten anvertrauten Geschichten, ihre behutsame Entschlüsselung lohnt sich gerade im sozialgeschichtlichen Kontext, wo Oral History wesentlich qualitative Füllung quantitativer Gerüste erbringt. Auf der anderen Seite haben Anekdoten in Eliteninterviews seltener diese Qualität: Oft sind es hier amüsierliche Geschichten, die sich zur Party-Konversation und zum Klatsch eignen, dort ihre Form, wenn nicht ihren Inhalt gefunden haben; sie werden einer verselbständigten Pointe wegen erzählt und enthalten seltener die Allegorie einer Erfahrung.

Daß es eine autonome Bewahrung wichtiger lebensgeschichtlicher Schlüsselerfahrungen in der Gestalt von Geschichten, Bildern und symbolischen Szenen gibt, gehört auch zu den ersten Ergebnissen einer neuen Disziplin, der Thanatologie, der empirischen Erforschung des Sterbens. In den Berichten Wiederbelebter über ihre Todeserfahrung nämlich schält sich eine feste Abfolge von Sterbenserlebnissen heraus (wie die Scheidung des physischen Leibes von einer zweiten personalen Existenz, deren Hindurchtritt durch einen dunklen Tunnel, das Erscheinen einer Lichtgestalt und die Aufforderung zur Lebensbilanz), alles in die verschiedensten Mythologien längst eingegangene Todeserwartungen. Zu ihnen gehört auch eine sehr schnelle und plastische Abfolge von Bildern und Szenen aus dem eigenen Leben, in denen entscheidende Momente der eigenen Lebensgeschichte ohne Verfälschung aufscheinen und – wie die Wiederbelebten fast regelmäßig formulierten – »wie ein Film« ablaufen. Durchweg werden die Lebensechtheit dieser Szenen und ihr Charakter als eine das Wesentliche zusammenfassende Darbietung betont, d. h. keine mühsame und bruchstückhafte eigene Gedächtnisarbeit, sondern eine Vorführung, in der das sterbende Subjekt Zuschauer ist. Inhaltlich scheint es sich um realistische Szenen des persönlichen Lebens mit hohem Symbolwert für das eigene zwischenmenschliche Verhalten zu handeln; der Ablauf ist chronologisch, betont werden meist Szenen aus der – insbesondere familialen – Sozialisation[81].

Der Befund, der wie der ganze Sterbevorgang physiologisch und psychologisch noch

80 Um meine Zuflucht noch einmal zur Liebeslyrik zu nehmen, sei auf *Bert Brechts* »Lied von der Marie A.« verwiesen. Auch dieser Sänger ist ein sich seiner Männlichkeit nicht sicherer Narziß und kann die Geliebten nicht erinnern, nicht einmal das Gesicht der Besungenen: »[. . .] Ich weiß nur noch, ich küßte es dereinst. / Und auch den Kuß, ich hätt' ihn längst vergessen / wenn nicht die Wolke dagewesen wär' / die weiß ich noch und werd' ich immer wissen / sie war sehr weiß und kam von oben her [. . .].«

81 Vgl. die Berichte Reanimierter vor allem bei *Raymond A. Moody*, Leben nach dem Tod – Die Erforschung einer unerklärten Erfahrung, Reinbek 1977; daneben *E. Kübler-Ross*, Interviews mit Sterbenden, Stuttgart 1969; *J.-B. Delacour*, Aus dem Jenseits zurück, Düsseldorf 1973; *J. C. Hampe*, Sterben ist doch ganz anders, Stuttgart 1975.

weitgehend unerklärt ist, legt die Vermutung nahe, daß das menschliche Gedächtnis plastische Szenen bewahrt, die für die eigene Lebensgeschichte von besonderer Bedeutung waren, und daß es im Zuge des Todes zu einer Art Kurzschluß in diesem Gedächtnisteil kommt, der eine Projektion dieser hintereinander gelagerten Erfahrungsschübe in schneller Abfolge auslöst.
Dieses Gedächtnisreservoir persönlicher Erfahrungen von grundsätzlicher lebensgeschichtlicher Bedeutung, die in der Form von Bildern, Szenen und Geschichten aufbewahrt werden, erscheint mir gleichsam als Kontrollüberlieferung erinnernder Rekonstruktion[82]: Insbesondere könnte seine Aktivierung jene Erfahrungen aussondern, die in narrativen Interviews sich als Schlüsselgeschichten der eigenen Bewußtseinsbildung aufnehmen lassen. Hier stellt sich für Oral History die Aufgabe, lebensgeschichtliche Weichenstellungen zu lokalisieren und zu dokumentieren. Die vergleichende Analyse solcher Quellen könnte zu einer Bedeutungshierarchie der einzelnen Erfahrungsbereiche und zu einer Bestimmung der sozialen Bedingungen bewußtseinsgenerierender Erlebnisse führen. Damit würde sich die Möglichkeit ergeben, abstrakte Zuordnungen von Klassenlagen und bestimmten Ideologien zu überwinden, Erfahrung genetisch als eine dynamische Kategorie zu entwickeln und auf ihre individuellen und gesellschaftlichen Bedingungen zu beziehen.

c) *Der Zeuge*
Die Ergebnisse von Oral History hängen wesentlich davon ab, ob es gelingt, geeignete Zeugen zu lokalisieren und für eine freimütige Darlegung ihrer Erinnerungen zu gewinnen – das ist im übrigen im Falle einer gerichtlichen Vernehmung oder einer sozialwissenschaftlichen Erhebung durch Befragungen nicht anders. Vor Gericht aber wird der am meisten Beteiligte, der Täter, nur selten auch einen guten Zeugen ausmachen, weil er auch am meisten Anlaß hat, den Handlungshergang zu verdrängen oder zu verfälschen. Vordergründig erscheint der historische Akteur nicht in diese Angeklagtenproblematik verwickelt, so daß die amerikanische Oral History zunächst ihr Hauptinteresse auf solche Hauptakteure richtete, die nicht ohnehin Memoiren geschrieben hatten. Dabei wurde jedoch eine Reihe ambivalenter Erfahrungen gemacht. Der Hauptverantwortliche besticht in der Regel durch Ereignisnähe, Motivkenntnis und durch die Fähigkeit zur Einordnung einzelner Sachverhalte in größere Zusammenhänge und zur mündlichen Artikulation. Auf der anderen Seite darf man nicht zu viel von ihm erwarten: Selten hat er eine detaillierte Kenntnis einzelner Sachprobleme erworben. Meist ist er so interviewgewohnt, daß er sich von der Routine der Pressekonferenz nicht freimachen und auf das wissenschaftliche

82 Dabei darf natürlich nicht übersehen werden, daß die Erschließung dieses Potentials durch vielerlei Barrieren wie individuelle Verdrängung und kommunikativen Geheimschutz erschwert wird und eine Annäherung sicher nur möglich wird, wenn die Gespräche relativ angstfrei (z. B. unter dem Schutz massendokumentarischer Anonymität) verlaufen und durch Bemühungen um die Rekonstruktion des Umfeldes unterstützt werden. Annemarie Tröger (Berlin) hat mich nach der Lektüre einer früheren Fassung dieses Berichts mit Recht darauf hingewiesen, daß hier eine besondere Gefahr der wissenschaftlichen Ausbeutung der Interviewten durch die – für sie unbewußte – Anzapfung letzter Reservate eines humanen Datenschutzes liegt. Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei deshalb unterstrichen: Es geht mir bei diesen Hinweisen darum, daß das Subjekt m. E. über einen autonomen Erfahrungsschatz verfügt, von dem es Gebrauch machen kann, um seine eigene Lebensgeschichte zu klären. Es wäre meines Erachtens sowohl ein Mangel an Solidarität als auch an Realismus, wenn der Historiker versuchte, dem Interviewten diesen Schatz abzuluchsen. Ein Erkenntnisgewinn hängt gerade hier besonders davon ab, daß eine solidarische Kooperation zwischen dem Forscher und dem Erinnerungssubjekt zustande kommt. Denn nur dann, wenn der Interviewte nicht übertölpelt worden ist, wird er dem Interviewer auch anvertrauen, wieviel er ihm anvertraut hat, eine für die Auswertung notwendige Information. Menschenverachtung würde hier nur zu falschen Ergebnissen führen. Die Entschlüsselung subjektiver Geschichte ist ohne Achtung vor den historischen Subjekten nicht möglich, allenfalls sind Annäherungen auf einem gemeinsam beschrittenen Weg möglich.

Interesse seines Gesprächspartners umstellen kann – mit dem Ergebnis wiederholter altbekannter Geschichten und einem glättenden, defensiven Gesprächsverhalten. Oft fehlt es ihm auch an Zeit und Lust, sich anhand seiner Unterlagen auf das Interview hinlänglich vorzubereiten. Grundsätzlicher wiegt die Erkenntnis, daß sich in der Führung von Organisationen und Institutionen besonders viele egomane Charaktere behaupten, die sich durch eine oft reichlich gewaltsame Identitätsleistung (d. h. Unterentwicklung von Selbstkritik und Kommunikationsfähigkeit, Überentwicklung von Rationalisierungs- und Verdrängungsleistungen) und ein aus Mangelerfahrungen motiviertes besonderes Macht- und Geltungsstreben zur Führung qualifizieren[83]. Ihre Erinnerungen mögen zwar im Detail Bausteine zur Rekonstruktion von Sachverhalten beisteuern, grundsätzlich sind sie aber meist wenig geeignete Zeugen, weil sie zum euphorischen Gedächtnis, zur nachträglichen Selbststilisierung und zur gröblichen Überschätzung ihrer Rolle wie auch der Geheimhaltungsbedürftigkeit ihrer Aussagen neigen. Dagegen sind ihre Berichte unter dem Gesichtspunkt der Introspektion, der Erfahrung, der Führungspsychologie und des Geflechts der Kontakte innerhalb der Führungsschicht oft geradezu fesselnd.

In den Projekten der »Presidential Libraries« hat man deshalb bald erkannt, daß für die Sachdokumentation ein Zeugenkreis angesprochen werden mußte, der persönlich weniger faszinierend sein mochte, aber als sich ergänzendes Team verläßlicher und ergiebiger aussagte: die Referentenebene der Ministerien, Generalstabsoffiziere statt Kommandeure, die Spezialisten eines Unternehmens anstatt seines General- oder gar Frühstücksdirektors, parlamentarische Ausschuß- statt Fraktionsvorsitzende. Dies ergab nicht nur deshalb ergiebigere Oral Histories, weil mehr Befragte zu Wort kamen, sondern weil sie auch eher als die prominenteren Führer sich für die Rolle des Zeugen eigneten. Sie brachten Sachkenntnis und Artikulationsfähigkeit ein und waren offener und weniger Ich-fixiert im Gespräch und ihren Erinnerungen.

Ein wesentlich schwierigeres Problem ergibt sich, wenn man Zeugen nicht unter dem Gesichtspunkt ihrer Sachnähe auswählen will, sondern als Repräsentanten für eine größere Gruppe, für deren Erfahrungen, Kenntnisse oder Meinungen sie – auch in ihrer quantitativen Verteilung richtig gewichtete – Beispiele darstellen sollen[84]. Dem demoskopischen Vorbild kann man im diachronen Interview schon deshalb kaum folgen, weil die unterschiedliche Lebensdauer der möglichen Zeugen eine Vorauswahl trifft, deren Kriterien mit dem Befragungsgegenstand in Beziehung stehen können, aber nicht müssen. Echte Zufallsstichproben (Random-Verfahren) zur Ermittlung repräsentativer Befragtengruppen führen bei Oral History deshalb oft buchstäblich ins Leere. Das verbietet auch in vielen (nicht allen) Fällen den Umkehrschluß, daß die Repräsentanten der Überlebenden die ganze Geschichte erzählen können. Die Greise, die in dem mehrfach erwähnten Sklavenprojekt sich ihrer Jugend erinnern sollten, wurden zwar nach vielen Kriterien (regionale Herkunft, Betriebsgröße und Produktionssektor des Sklavenhalters, Familiengröße, Stadt/Land-Verteilung etc.) ausgewählt, aber die Kernfrage ließ sich nicht testen, ob ihre Langlebigkeit etwas mit relativ günstigen Sonderbedingungen in der Sklaverei zu tun habe und deshalb für ihre z. T. überraschend nostalgischen Schilderungen verantwortlich sei. Dieser grundsätzliche Makel im Zeugenreservoir sozialgeschichtlicher Oral

83 Der zunächst vielversprechende Titel *R. S. Robins* (Hrsg.), Psychopathology and Political Leadership, New Orleans 1977, behandelt allerdings vor allem »severely psychiatrically impaired political leaders«. Das Problem müßte sehr viel breiter gestellt werden.

84 *Grele*, Movement without Aim, a. a. O., S. 131, wendet sich dagegen, daß überhaupt das Problem der Repräsentativität von Oral-History-Quellen aufgeworfen wird. Denn hier gehe es nicht um abstrakte statistische Normen, sondern um die »Typisierung des historischen Prozesses«. Es scheint mir aber verfehlt, aus der Schwierigkeit einer quantitativen Gewichtung qualitativer Zeugnisse in einen dogmatischen Strukturalismus zu verfallen, der eine Überwindung der geistesgeschichtlichen Dimension nicht mehr ermöglicht.

History kann durch zwei Hilfskonstruktionen eingeschränkt werden: Wo kein möglicher Zusammenhang zwischen Erinnerungsgegenstand und vorzeitigem Tod oder der Verweigerung einer Befragung denkbar ist, kann die Befragtengruppe durch eine Quotenauswahl anhand der Strukturdaten der Grundgesamtheit zum Zeitpunkt der zu erinnernden Erfahrung im Sinne einer näherungsweisen Stichprobe rekonstruiert werden [85]. Wo ein solcher Zusammenhang jedoch wahrscheinlich ist, wären entsprechende Anstrengungen verschwendet, und es bleibt nur übrig, durch intensive Einzelbefragung die mangelnde Repräsentativität durch Problemvertiefung und eine behutsame qualitative Auswertung zu kompensieren.

Selbst wo die besprochenen Probleme nicht bestehen, ist noch eine weitere Schwierigkeit zu beachten. Demoskopische Umfragen kennen zwei Ausfallquoten: die Verweigerung der Teilnahme überhaupt (entgegen weitverbreiteten Vorurteilen weit unter 10 Prozent der Angesprochenen) und die Ablehnung einer speziellen Antwort (weiß nicht, keine Angabe etc.) [86]. Es gehört zum Handwerk, beide Quoten möglichst klein zu halten. Diachrone Interviews müssen zusätzlich vermehrt mit unbewußt falschen Antworten rechnen, da sie eher auf erinnerte Tatsachen als auf zu bekennende Einstellungen abzielen. Aber auch die Ausfallquoten durch Ablehnung der Teilnahme oder der Einzelantwort sind wesentlich höher zu veranschlagen: Gedächtnisschwäche setzt Schranken des Wollens und Könnens, die Rückfrage betrifft oft Verdrängtes oder Haltungen, die durch den allgemeinen Wandel nunmehr problematisch geworden sind. Synchron kann man naiv antworten, diachron selten. Außerdem ist die in der Demoskopie in der Regel gewährleistete Anonymität bei narrativen Interviews nur selten sinnvoll; damit entfällt aber ein wesentliches entspannendes Element im Verhältnis zum fremden Interviewer. Wo aber die Ausfallquoten hoch sind, werden die wahrscheinliche Repräsentativität der Antworten und die Möglichkeit zur Korrelationsanalyse sehr schnell bis zur Sinnlosigkeit vermindert.

Schließlich sind bei sozialgeschichtlichen Oral-History-Zeugen auch die sozialen Kommunikationsbarrieren zu beachten, die im narrativen Interview generell bedeutsamer sind als im demoskopischen »Reaktionsexperiment«. Bei der Elitenbiografie, für die der Interviewer meist einen vergleichbaren Bildungshaushalt mitbringt und sich im übrigen vorbereiten kann, werden solche Barrieren selten zum akuten Problem. Subkulturangehörige aber mögen sich eines speziellen Dialekts bedienen, sich durch eine dem Interviewer verschlossene Metaphorik ausdrücken oder auf Erfahrungen ansprechen, die er nicht mitgemacht hat und nicht erkennt. Die Hochsprache der Fragen mag dem Interviewten unverständlich oder verdächtig sein, selbst der subkulturell verkleidete Interviewer wird sich durch Wortwahl und Gestus als Vertreter der anderen Schalterseite entlarven. Mit ideologischen Anbiederungen sind solche Barrieren nicht zu überwinden, wohl aber zuweilen mit geduldiger und ehrlicher Erläuterung des Untersuchungsvorhabens. Oft wird es jedoch eines Vermittlers bedürfen, zuweilen auch einer längeren Zeit gemeinsamen Zusammenlebens. Dies kann nicht nur die Hemmungen des Befragten abbauen, sondern auch die soziale Sensibilität des Untersuchers erhöhen.

Die Befragtenproblematik besteht indes nicht nur in pragmatischen Kategorien wie der Nützlichkeit, Zugänglichkeit und Verläßlichkeit bestimmter Personen oder Gruppen für ein diachrones Interview. In jedem einzelnen Gespräch schlagen sich vielmehr auf mehreren Ebenen Beziehungsstrukturen nieder, ohne deren Analyse und Berücksichtigung Oral History naiv bleiben müßte – und zwar ganz besonders das individuelle, offene Tiefen-

85 Dieses Verfahren ist vor allem vorgeführt bei *Paul Thompson*, Edwardians, aber selbst hier, wo es auf rückzuerschließende Generalisierungen vor allem im Bereich von Familie, Freizeit, Sozialisation ankommt, bleibt ein Zweifel über den Zusammenhang zwischen Zeugnisinhalt und Verfügbarkeit des Zeugen.

86 *Elisabeth Noelle*, Umfragen in der Massengesellschaft, Reinbek 1963, S. 32.

interview. Darauf hat besonders Ronald Grele unter Bezugnahme auf linguistische, interaktionistische und historisch-anthropologische Strukturalisten[87] hingewiesen und drei Ebenen relativ selbstregulierender Strukturen unterschieden, die den Text des Interviews bestimmen. Auf der linguistischen Ebene geht es um die innere Zuordnung der einzelnen Töne und Silben, ihre *soziolinguistische Rückbindung an spezifische Codes und den Ausweis einer poetischen Struktur* für alle mündliche Äußerung[88]. Auf der zweiten Ebene geht es um die kommunikative Regelhaftigkeit, die das *Interview als besondere soziale Beziehung* einer Kleingruppe steuert – da auf diesen Punkt in dieser Erörterung an anderer Stelle mehrfach eingegangen wird[89], sei hier nur noch einmal unterstrichen, daß der in der Demoskopie vielfach festzustellende Versuch, den Einfluß dieser Beziehungen auf das Interview zu minimieren oder doch zu standardisieren, bei der sehr viel komplexeren Aufgabe der Hervorlockung narrativer Erinnerung von vornherein hoffnungslos wäre, mithin diese Beziehungsebene in der Interpretation des Interviews nicht unberücksichtigt bleiben darf.

Die dritte, von Grele »kognitiv« genannte Ebene ist in unserem Zusammenhang die wichtigste: Gemeint ist die Beziehung des Befragten zu der übermittelten Information, die einerseits auf seine eigene Erfahrung und sein Geschichtsverständnis zurückweist und andererseits auf ein als allgemein unterstelltes und z. T. vom Interviewer repräsentiertes Geschichtsbild bezogen ist[90]. Die abstrakte Tiefenstruktur des Interviews stellt insofern einen *exemplarischen Dialog zwischen persönlicher Erfahrung und hegemonialer Kultur* (im Sinne Gramscis) dar, und zwar in der jeweils vom Befragten perzipierten Form. Jenseits des Informationsaustausches lasse sich insofern im Gespräch das Verhältnis des einzelnen zu seiner Geschichte in einer singulären Weise entschlüsseln[91]; denn das Gespräch sei seinerseits ein jeweiliger Anwendungsfall für die Durchdringung von Mythos und Ideologie, wobei unter Mythos eine bewahrende, kohärente Gemeinschaftsüberlieferung verstanden wird, unter Ideologie aber eine gesellschaftliche Vision, in der historische Beglaubigung und kulturelle Darstellung werthaft zu einer Strategie sozialer Reproduktion zusammengebunden seien und die eine Verortung des einzelnen erlaube. Keine andere Quelle sei so geeignet, dieses Beziehungsgeflecht im Sinne einer »Archäologie

87 Wie Anm. 62. *Grele* geht dabei von Piaget, Barthes, Goffman, Foucault, Althusser, Lacan, Levi-Strauss und Gramsci aus und bezieht sich auf amerikanische Konkretisierungen wie *Ben Halpern,* Myth and Ideology in Modern Usage, in: History and Theorie 1, 1961, S. 129–149; *Warren I. Susman,* History and the American Intellectual – Uses of a Usable Past, in: American Quarterly 16, 1964, S. 243–263.

88 Vgl. zum letzteren bes. *Denis Tedlock,* Oral History as Poetry, in: *R. Grele* (Hrsg.), Envelopes of Sound, S. 90–127.

89 Vgl. den nächsten Abschnitt sowie Anm. 70 und 72.

90 Erst der Interviewer zwinge den Befragten, sich seiner Selbstverständlichkeiten durch anthropologische Verfremdung bewußt zu werden. Das Interview sei jedoch insofern wechselseitig relativ, als die Fragen des Interviewers als Reaktionen auf das Selbstverständnis des Interviewten formuliert würden, der wiederum seine Erfahrungen als eigene in Anpassung oder Abgrenzung gegenüber dem Interviewer bzw. dem hinter diesem vermuteten ideologischen Kontext äußere. Insofern aber die Erfahrung und Konzeption des Befragten den eigentlichen Gesprächsgegenstand ausmachten, sei das Interview durchaus eine selbständige Größe neben den fragend unternommenen Strukturierungsversuchen des Interviewers. *(Grele,* Surmisable Variety, a. a. O., S. 289 f.).

91 In Anlehnung an Althusser formuliert *Grele* (ebda., S. 290): »Wenn richtig gelesen, enthüllen [die Interviews] uns verborgene Gesprächsebenen – die aufzusuchen das Ziel des ›symptomatischen Lesens‹ ist. Werden sie immer wieder gelesen oder besser noch abgehört, und zwar nicht nur nach Tatsachen und Stellungnahmen, sondern auch [. . .] nach Einblicken und Versehen, nach der Verbindung von Vision und Gesichtspunktlosigkeit, und besonders nach Antworten und Fragen, die gar nicht gestellt wurden – dann sollten wir fähig werden, die Problematik zu isolieren und zu beschreiben, aus der sich das besondere Interview, das wir analysieren, speist.«

des Denkens« zu studieren, wie das offene narrative Interview im Bereich von Oral History und Sozialanthropologie[92].

d) *Der Interviewer*

In der Demoskopie soll ein guter Interviewer weder mit der Anlage noch der Auswertung des Projektes befaßt und kein Fachmann auf dem Gebiet des Interviewgegenstands sein, damit er sich auf die Abfragung der Informationen konzentriert und weder die Befragten bekehren noch das Projekt weiterentwickeln will. Er soll nicht mehr als zehn Gespräche mit demselben Fragebogen führen, damit seine Aufnahmefähigkeit nicht abstumpft. Er soll keine persönlichen Beziehungen zum Befragten haben oder anstreben, damit das Gespräch von emotionalen Verzerrungsmomenten frei bleibt. All diese Regeln dienen der Vergleichbarkeit standardisierter Interviews: Es geht um die Quantifizierbarkeit der Ergebnisse, nicht um die Maximierung der einzelnen Erkenntnis[93]. Mit diesen Regeln würde man wohl kaum ein diachrones Interviewprojekt zum Erfolg führen können. Selbst bei der Befragung von Stichproben, die dasselbe quantifizierende Ziel haben, sind bei Oral History wesentlich größere Kommunikationsbarrieren zu überwinden und schwierigere Leistungen zu provozieren als in der Demoskopie; deshalb wird der Interviewer eine aktivere Rolle spielen, im Gespräch seine Fragen dem Gesprächspartner anpassen und um Vertrauen werben müssen.

Da damit ohnehin wesentliche Normen standardisierter Befragungen verletzt werden, ist sozusagen kontrapunktisch das offene narrative Interview mit dem Ziel der Beihilfe zur autobiografischen Selbstdarstellung zum Leitbild aller Oral History geworden, und es braucht einen ganz anderen Interviewer: flexibel und mit dem Lebensweg des Befragten vertraut, von ihm persönlich als Konfident akzeptiert und am Aufbau eines persönlichen Vertrauensverhältnisses orientiert – und meist für Anlage und Durchführung der Oral History als einzelner verantwortlich. Er verbindet eher die Rollen des Wissenschaftlers, des Reporters, des Sekretärs und des Beichtvaters, als daß er dem Vorbild des klassischen Interviewers der Umfrageforschung entspräche. Allerdings ist auch seine Rolle im Verhältnis zum Befragten eine eher passive; die Leitfunktion übernimmt hier anstelle des Fragebogens im besten Fall die Erfahrung des Befragten selbst. Weil es vor allem auf die Herstellung eines produktiven Vertrauensverhältnisses und kritischer Unterstützung durch den Interviewer, also unwägbare Erfahrungsqualitäten ankommt, kann diese Aufgabe auch kaum gelehrt oder regelhaft beschrieben werden[94].

Die aktivste Rolle wird vom Oral-History-Interviewer dann erfordert, wenn er eine Gruppe beteiligter Zeugen zur Rekonstruktion eines Sachverhalts leiten soll. Zur Zeugenauswahl wie zur Gesprächsführung ist vorab eine intensive Kenntnis des Gegenstandes notwendig (intuitives, immanentes Fragegeschick nützt immer, aber ist weniger essentiell). Da der Informationshaushalt des Interviewers vielfach erst während der Gespräche richtig ausgebaut wird, ist die laufende Veränderung der Fragen und der Arbeitshypothesen des Projekts nicht nur nicht verboten, sondern ein unabdingbarer Teil seiner

92 Vgl. auch *Michael Frisch*, Oral History and Hard Times, in: Red Buffalo, No. 1 und 2, S. 217–231, bes. S. 229 f. Es handelt sich um einen vielzitierten Essay, der von einer Besprechung von Studs Terkel's Oral History der großen Depression »Hard Times« (1970) ausgeht.

93 Vgl. *Noelle*, S. 32 ff.

94 In der Oral-History-Literatur gibt es zwar eine Fülle unsystematischer Einzelhinweise, aber keine zusammenfassende »Lehre« des Interviews. Vgl. aber *Gould P. Colman*, Art of Interviewing, in: *ders.* (Hrsg.), The Third National Colloquium on Oral History 1968, New York 1969, S. 124–144; *C. T. Morrissey*, On Oral History Interviewing, a. a. O.; *Paul H. Gebhard*, Securing Sensitive Personal Information by Interviews, in: *Peter D. Olch/Forrest C. Pogue* (Hrsg.), Selections from the Fifth and Sixth National Colloquia on Oral History 1970–1971, New York 1972, S. 63–79; *Moss*, Manual, S. 41 ff.

Aufgabe. Ebenso wird er im Zuge der Interviews durch ein Schneeballsystem von Hinweisen und persönlichen Bürgschaften erst den Kreis seiner Auskunftspersonen finden bzw. erweitern. Das Interview ist im Gruppenprojekt nicht ein funktionierender Bestandteil in einem vorgeplanten arbeitsteiligen Ablauf, sondern Mit- oder Hauptträger eines Erkenntnisprozesses, der sich eher als Entwicklung oder Wachstum charakterisieren läßt.

Eine Gefahr eines solchen Prozesses liegt darin, daß er von der Nutzung der übrigen Überlieferung und von einer theoretischen Konzeption abgelöst wird; dann verselbständigt er sich leicht zur ex-post-journalistischen Recherche, in der Neugier und »human interest« den Interviewer in einen Abgrund irrelevanter Details saugen, gefüllt mit persönlichem Klatsch und Skandalenthüllungen im Westentaschenformat fürs Archiv. Oder der Interviewer verliert sich an seine Zeugen und produziert Bruchstücke von Schein-Autobiografien, die weder existentielle Erfahrung noch präzises Zeugnis erbringen und unverbunden, unstrukturiert und kaum auszuwerten sind[95]. Aber es gibt auch die gegenteilige Gefahr, nämlich daß die Forschungshypothese und die schriftliche Überlieferung im Projekt derart überwiegen, daß das Interview seinen dokumentarischen Wert verliert und Oral History zur Einholung von Auskünften über ungenügend belegte Details degeneriert. Diese Versuchung ist gerade für den forschenden Historiker sehr groß. Jeder, der im Rahmen einer Untersuchung mit Zeugenaussagen gearbeitet hat, kennt die unerfreuliche Gesprächssituation, in welcher der Interviewer unter seiner speziellen Fragestellung nur noch eine zugespitzte Einzelinformation braucht und mit Ungeduld den Zeugen von seinen sonstigen Ausführungen wegzulocken versucht. In einem solchen historischen »Verhör« sind Tonband und Transkription, die ja Dokumente auch für künftige Dritte bewahren sollen und den Zeugen zu größerer Offizialität bewegen, verschwendet; hier würden einige Notizen des Forschers durchaus genügen. Die Schwierigkeit besteht also darin, Forschungs- und Dokumentationsvorhaben so einander zuzuordnen, daß das Forschungsprojekt für die bestmögliche sachliche Einarbeitung des Interviewers sorgt und zu relevanter Fragestellung und Auswahl verhilft, ohne die dokumentarischen Gespräche so zu verengen, daß nur noch Auskünfte für den speziellen Forschungsaspekt aufgenommen werden.

Auf die eigentliche Interview-Technik – Gesprächseröffnung, Zuordnung von offenen und geschlossenen Fragen, deren Formulierung und die Vermeidung der mannigfachen Möglichkeiten zur Beeinflussung des Befragten durch den Interviewer etc. – kann hier nicht eingegangen werden. Hier ist bei aller Verschiedenheit sicher für Oral History noch viel aus der weiteren Rezeption der verfeinerten Interview-Lehre der empirischen Sozialforschung zu lernen[96]. Dies gilt wohl vor allem für das von Fritz Schütze beschriebene »narrative Interview in Interaktionsfeldstudien«[97], weil hier praktisch auf Oral History übertrag-

---

95 *Raphael Samuel* (Anm. 13), S. 18, hat diese – vielleicht für linke englische Sozialgeschichtler besonders präsenten – Gefahren sehr deutlich hervorgehoben, nämlich (a), daß sich der Historiker eines Urteils enthält und schließlich nur noch zum Sprachrohr seiner Belege wird, oder (b), daß er in einem kulturellen Ghetto landet, »with its own arcane subject matter and set of references, its unexplored assumptions, and a literary production which does not touch the wider dimensions of thought«.

96 Neben den zit. Werken von *A. L. Dexter*, von *A. V. Cicourel*, von *E. Noelle* und von *R. K. Merton* et al. vgl. vor allem *René König* (Hrsg.), Das Interview, Köln 1952 (7. Aufl. 1972); *Erwin K. Scheuch*, Das Interview in der Sozialforschung, in: *R. König* (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 2, München 1973 (3. Aufl.), S. 66–190 (mit ausführlicher Auswahlbibliographie) sowie *Raymond L. Gordon*, Interviewing – Strategy, Techniques, and Tactics, Homewood, Ill., 1969; *William H. Banaka*, Training in Depth Interviewing, New York 1970; *Harold Garfinkel*, Studies in Ethnomethodology, Englewood-Cliffs, N. J., 1967.

97 Wie Anm. 73.

bare Maßgaben zur Generierung von Erzählungen, zur Vermeidung des Eindrucks eines »Verhörs« und zur stimulierenden Passivität des Interviewers gegeben werden – in der Tat empfiehlt Schütze die Verwendung von zwei Interviewern, damit deren Konkurrenz sie vor einem Ausbrechen in eine aktive und damit die Erzählung behindernde oder verfälschende Rolle bewahrt. Die Aufarbeitung solcher Erfahrungen eignet sich zur Erhöhung des methodischen Problembewußtseins der Interviewer[98]. Aber dabei wird auch deutlich, daß sich das narrative Interview gerade durch die hohe Flexibilität des Interviewers und seine Einbeziehung in den Forschungszusammenhang, nicht aber durch Regelhaftigkeit und Vorstrukturierung auszeichnet. Diesem Interviewer ist mit festen Fragekatalogen selten gedient; vielmehr muß er anhand einer bloßen Liste zu berührender Gegenstände den Ablauf des Gesprächs und seinen Anteil an ihm aus der Situation frei gestalten, weil er anders den Befragten in der Hervorbringung seiner Erzählungen stören würde.

## 4. Kontroversen in USA

Ein Teil der eben entwickelten Probleme ist auch in Kontroversen unter den Oral-History-Spezialisten in USA eingegangen; soweit sie mehr technischen Charakter hatten, wurden sie z. T. sehr explizit geführt, im übrigen fanden die Standpunkte eher organisatorischen Ausdruck, wurden aber im Gespräch mit den Exponenten deutlich. Diese Auseinandersetzungen, die um den Gebrauchswert und das Erkenntnisinteresse von Oral History kreisen, seien hier in ihren Grundpositionen gekennzeichnet.

a) *Orale Dokumente oder edierte Transkripte?*
Aus der Frühphase der amerikanischen Oral History, als man noch mit Stenogramm oder unhandlichen Tonträgern arbeiten mußte, stammt die in den meisten Projekten vorgenommene Abschrift des Interviews und ihre Edition als buchähnliches Manuskript. Dieses sog. *processing*[99] des Interviews ist zu einer ausgefeilten Kunst geworden, aber sowohl teuer als auch methodisch umstritten, weil es den Quellencharakter des Gesprächs verändert. Dafür, daß fast alle größeren Oral-History-Institute bei der Transkription geblieben sind, gibt es forschungsgeschichtliche und praktische Gründe. In der Pionierzeit bestand Interesse daran, dem Geldgeber ein repräsentatives Produkt vorlegen zu können, das auch von den an schriftlichen Quellen geschulten Historikern benutzt würde. Zugleich wünschten die – in den ersten Jahren meist den Eliten zugehörigen – Befragten die Möglichkeit, auf diesen ihren Beitrag zur Geschichte noch einmal mit mehr Zeit und Vorsicht einwirken zu können, als dies in der Gesprächssituation möglich war. Wurde aber einmal mit dem Abschreiben der Tonbänder begonnen, so erwies sich sehr schnell, daß die Schriftform auch Veränderungen im Sprachduktus (Eliminierung von Füllwörtern, falschen Anfängen etc.) nahelegte und daß viele Angaben in den Gesprächen offensichtlich unrichtig oder erklärungsbedürftig waren. Aus dieser Entwicklung hat sich wiederum ergeben, daß Historiker gewohnte schriftliche Dokumente in den Oral-History-Archiven vorfanden und sich nicht in den Gebrauch oraler Materialien (dem Hantieren mit Tonbändern etc.) einüben mußten. Insofern versichern auch alle Oral-History-Institute, daß

98 Daraus haben auch die Oral-History-Ausbildungskurse in USA (z. B. an Columbia, Fullerton State und Duke Universities) den Schluß gezogen, daß die Fähigkeit zum Interviewen nicht in theoretischen Trockenkursen gelernt werden könne, sondern allein durch die laufende Kritik und Reflexion praktischer Versuche.

99 *Moss*, Manual, S. 46–60; *Curtiss/Shumway/Stepheson*, Guide, S. 71–77; *W. K. Baum*, Transcribing and Editing Oral History, Nashville 1977. Vgl. auch *K. Ehlich/B. Switalla*, Transkriptionssysteme – Eine exemplarische Übersicht, in: Studium der Linguistik 2, 1976, S. 78–105.

sie so gut wie ausschließlich nach Transkripten gefragt werden, während niemand die überwiegend ebenfalls aufbewahrten Tonbänder zu hören wünscht. Das Transkript läßt sich schnell diagonal lesen, ist oft durch einen Index erschlossen und liegt in einer sprachlich und sachlich bereinigten Form vor[100].

Der Widerstand gegen die Transkription oder zumindest gegen bestimmte Teile des Processing kam aus zwei Motiven, Geldmangel und dem Wunsch, die Authentizität des Endprodukts zu steigern[101]. Gerade bei autobiografischen Eliteninterviews beschränken sich die Kosten bis zum Tonband auf die Einarbeitung des Interviewers, ein paar Kassetten und ggf. Reisekosten; die finanzielle Belastung beginnt erst richtig mit der Transkription, der Redaktion, der Erschließung und dem erneuten ein- oder zweimaligen Abtippen. Da autobiografische Interviews in aller Regel auch sehr redundant sind, stehen die Verschönerungskosten oft in keinem Verhältnis zum Gebrauchswert und werden zum Teil auch nur durch die tatsächliche oder unterstellte Eitelkeit der interviewten Person anfallen. Ein erster Schritt betraf insofern bei einigen Projekten (wie Columbia) die Einsparung der letzten Abschrift, so daß die edierte Version vom »Autor« nur noch mit Tinte korrigiert werden konnte, wobei zwar eine Fassung letzter Hand entstand, die ursprüngliche aber für den Leser unter den Streichungen noch erkennbar ist. Große amtliche wie auch einige mehr geschäftsmäßig betriebene Projekte glauben, sich solche Sparsamkeit aber nicht leisten zu können. Auch variiert der Arbeitsaufwand für die Redaktion und Erschließung beträchtlich. Schließlich wird z. T. mit so guten Transkriptoren gearbeitet, daß sogleich eine lesbare Form entsteht und – bei nur geringer Redaktion – auf weitere Abschriften verzichtet werden kann. Die Beschränkung auf solche reine Transkriptionen, die sowohl den Quellencharakter als auch das Budget schonen, ist

100 In seiner vollendeten Form umfaßt das Processing folgende Arbeitsschritte: Die Tonbandkassette wird zur Sicherung auf ein Langtonband überspielt. Von einer speziell qualifizierten Schreibkraft (Vermögen des Einhörens in eine schlechte Tonqualität, in die Gesprächssituation und in den jeweiligen Spezialjargon) wird dann ein Typoskript hergestellt, das dem gesprochenen Wortlaut möglichst genau entsprechen soll. Der Interviewer oder ein spezieller Redakteur gehen das Typoskript auf Fehler durch, glätten seine sprachliche Form, ohne nach Möglichkeit die Stileigentümlichkeiten und die Gesprächsatmosphäre zu tilgen, ergänzen Abgekürztes und berichtigen offensichtlich falsche Angaben. Darüber hinaus erklären sie durch Fußnoten, Klammern o. ä. Vorgänge und Angaben, die einem durchschnittlichen Leser unbekannt sein dürften. Meist hat dann das ursprüngliche Typoskript eine Gestalt angenommen, daß es erneut abgeschrieben werden muß, um dem Interviewten zur Autorkorrektur vorgelegt werden zu können. Dieser ist gehalten, den Entstehungscharakter des Interviews nicht zu verfälschen, aber frei in seinen Korrekturen. Viele ändern gar nichts oder nur ein paar Worte, wo sie meinen, sich nicht schön oder unpräzise oder auch zu freimütig oder unbesonnen ausgedrückt zu haben; andere erschrecken, wenn sie ihr gesprochenes Wort lesen und greifen tief in die Textgestalt ein, wollen das Gespräch in einen Aufsatz umformen, es systematisch umgliedern, fügen ganze Passagen hinzu, an die sie sich erst später erinnert haben, oder streichen Partien, zu denen sie bei genauerem Hinsehen doch nicht stehen wollen; im Extremfall verweigern sie die Herausgabe der Transkripte oder sperren ihren Gebrauch für die Forschung (etwa wegen enthaltener Geheiminformationen oder wegen Äußerungen über lebende Personen) für eine bestimmte Zeit oder bis zu ihrem Tod. Der Freimut des Interviewten in den Eliteninterviews hängt zu einem Großteil davon ab, daß sich die interviewende Institution den Ruf absoluter Loyalität gegenüber den Auflagen des »Autors« erworben hat. Zuweilen schiebt sich noch eine längere Phase von schriftlichen oder persönlichen Diskussionen ein, in der versucht wird, den »Autor« von unsinnigen Streichungen oder Auflagen wieder abzubringen. In der Regel wird nach »Autorkorrektur« das Transkript noch einmal und jetzt in repräsentativer Form getippt, mit einem Titel, einem Personen- und/oder Sachindex versehen, z. T. wird eine Einführung zur Gesprächssituation oder zur Sache hinzugefügt, zuweilen kommen auch Anlagen hinzu, die der »Autor« zugänglich gemacht hat, wie Fotografien, Kopien von Briefen, Urkunden oder Zeitungsartikeln. Das Ergebnis wird fast immer gebunden.

101 Zur Abwägung des Für und Wider in der Praxis vgl. *Baum,* Local Historical Society, S. 52–56; zu den derzeitigen Trends *William Moss,* The Future of Oral History, in: The Oral History Review 1975, S. 5–15.

besonders bei sozial- und lokalgeschichtlichen Oral-History-Projekten häufig. Neben diesen praktischen Gründen gibt es aber auch einen grundsätzlichen Widerspruch gegen die schriftliche Aufbereitung der Interviews, insofern dadurch überhaupt die mediale Qualität verfälscht, Flair durch Finish ersetzt und ganze Auswertungszweige wegpoliert werden. Da sich das Transkript wie ein Buch ausnimmt, begünstigt es das Mißverständnis vieler Historiker, sie könnten es auf der Jagd nach Fakten durchfliegen; tatsächlich liegt sein Hauptwert aber häufig in Unwägbarkeiten des Gesamteindrucks, so daß das einzelne entnommene Faktum einerseits die Hauptinformation des Interviews beiseite läßt, andererseits sich vielleicht bei genauerer Analyse des gesamten Gesprächs leicht als unzuverlässig erkennen ließe. Das Processing fördert aber nicht nur die Beschränktheit naiver Historiker, sondern es schränkt auch weniger naive Auswertungsmöglichkeiten ein, z. B. psychologische, linguistische. Dies hat mittlerweile allenthalben dazu geführt, daß die Tonbänder aufbewahrt werden, um sich für künftige Auswertungen jenseits der Transkripte offenzuhalten. In Einzelfällen, z. B. in Kanada [102], wird das diachrone Interview auch strikt als Tondokument betrachtet, seine Transkription grundsätzlich vermieden und eine Erschließung über Inhaltsangaben und Tonbandindexe versucht; in diesen Fällen wird der Gebrauchswert vor allem in der Verwertung der Tondokumente im Rundfunk oder in audiovisuellen Lehrmaterialien gesehen.

Wer diesen Standpunkt konsequent verfolgt, steht jedoch vor zwei praktischen Problemen. Auf der einen Seite werden viele prominentere Interviewte eine freimütige und produktive Mitwirkung versagen, wenn kein schriftliches Endprodukt, das sie noch einmal zensieren und ergänzen können, herauskommt. Auf der anderen Seite sind Historiker in aller Regel an die Auswertung von Tondokumenten nicht gewöhnt, deren Handhabung außerdem sehr viel schwieriger und vor allem zeitraubender als die Lektüre schriftlicher Quellen ist. Insofern würde ggf. die Benutzung der neuen Quellenart zurückgehen bzw. professionalisiert werden müssen. Im übrigen ist auch die Haltbarkeit der Tonträger noch nicht über allen Zweifel erhaben.

Im Ergebnis erschiene es optimal, sowohl Historiker vermehrt zur Auswertung der ursprünglichen Tondokumente auszubilden und anzuregen, als ihnen auch die arbeitserleichternden Serviceleistungen des Transkribierens und Erschließens zu erbringen. Wo dies auf finanzielle Schranken stößt, sollten Abstriche vor allem beim Processing erfolgen, da es zum Teil ohnehin ebensoviel verschüttet, wie es ergänzt und erschließt. Ein Rohtranskript (evtl. mit ergänzenden Stellungnahmen des Interviewten) und eine Indexierung aber sind in jedem Fall hilfreich.

b) *Folklore oder Elitelore?*

Eine zweite Kontroverse geht nicht auf immanente Probleme der Oral History zurück, sondern bezeichnet allgemeine historiographische Frontlinien, wie sie sich seit den 60er Jahren aus den politischen und Generationsauseinandersetzungen in USA ergeben und auch Oral History geprägt haben. Im Unterschied zu dem in Deutschland in diesem Rahmen bekanntesten Teilkonflikt um die revisionistische Schule unter den Historikern der amerikanischen Außenpolitik geht es dabei nicht um eine Umwertung bei weitgehend gleichbleibender diplomatiegeschichtlicher Methodik, sondern um ein verändertes Erkenntnisinteresse mit weitreichenden methodischen Konsequenzen. Mit der Entwicklung der Neuen Linken verband sich ein wachsendes Interesse in der amerikanischen Geschichtswissenschaft an den Erfahrungen des gemeinen Mannes, d. h. all jener sog. Minderheiten, die zusammengenommen die Mehrheit der Amerikaner ausmachen: die Schwarzen und

102 Vgl. die Zusammenstellung: Oral History and Sound Archives in Canada, in: The Canadian Archivist 2, 1971, S. 52–70; *Leo La Clare*, Oral History in Canada – An Overview, in: The Oral History Review 1973, S. 87–91.

die Indianer, die Puerto-Ricaner, die Polen, die Italiener, die Ostasiaten, Juden, Deutschen, Skandinavier, die Subkulturen der Armen, der Drogenabhängigen, der Studenten, der mexikanischen Gastarbeiter, der Hinterwäldler (z. B. in den Appalachen) und nicht zuletzt der »Frauen«, wobei offenbar nicht die auch in USA weibliche Bevölkerungsmehrheit, sondern die vielfältigen mit der Women's-lib-Bewegung verbundenen Gruppierungen gemeint sind. Verdrängtes und Vergessenes wurde attraktiv: die entwurzelten Kleinbauern der Weltwirtschaftskrise und die Bergarbeiter Westvirginias, die in der McCarthy-Ära verfemten liberalen Intellektuellen und die schon zuvor weitgehend aus der Arbeiterbewegung verdrängten sozialistischen und kommunistischen Kader, die jiddische Mama und die Familienstruktur ehemaliger Sklaven, die Bedeutung und die Managementstruktur bäuerlicher Familienbetriebe und die produktive Erwerbslosenfürsorge für Künstler in der Zeit des New Deal. Zu all diesen Gegenständen und vielen vergleichbaren hat es sozialgeschichtliche Untersuchungen gegeben, die zumindest teilweise Oral-History-Material zugrundelegten [103]. Denn das diachrone Interview erschien als das gegebene Instrument, die Quellendefizite solcher vernachlässigter Geschichtsbereiche auszugleichen. Die neue Schule fühlte sich als Anwalt alternativer Volkstraditionen gegen die von Vietnam, Watergate und die vorgelebte Erfolgsmoral kompromittierte Führungsschicht. Die ältere Oral History, die die Erfahrung bedeutender Amerikaner konservieren wollte, mußte geradezu als pointiertes Beispiel einer Hofhistorie dieser Führungsschicht erscheinen.

Sie wurde als »elitist« angegriffen, alles andere solidarisierte sich unter der Integrationsformel des »non-elitist«. Den »Elitären« wurde Geschäftemacherei mit redundanten Selbstbeweihräucherungen einer perspektiv- und selbstkritiklosen Führungsschicht vorgeworfen, den Nichtelitären Radikalismus, methodische Schludrigkeit und die Umdeutung romantisierter Sackgassen in einen Zukunftsboulevard.

Zwischen den Lagern sind vermittelnde Stimmen laut geworden. Alice Hoffman, die in Philadelphia das größte Oral-History-Projekt im Bereich der Gewerkschaften koordiniert, selbst aus der Arbeiterbewegung kommt und 1976 der Oral History Association vorstand, fragte scheinbar naiv »Who Are the Elite, and What Is a Non-Elitist« [104]? Wegen ihrer Arbeit mit Stahlarbeitern und Gewerkschaftsfunktionären habe sie sich in den letzten Jahren plötzlich in den Kreis der Anti-Elitären aufgenommen gefunden. Aber sie selbst sei etwas stutzig über diesen Ruf geworden, als sie Gewerkschaftsfunktionäre interviewt habe, die gerade von einem längeren Gespräch mit dem Präsidenten der USA gekommen seien und die vor dreißig Jahren dieselben Berufe ausgeübt hätten und denselben Lebensumständen unterworfen gewesen seien wie andere Kollegen, die noch immer am Hochofen standen, als sie sie um ein Gespräch gebeten habe. Sie wies mit anderen Worten auf die innere Mobilität in den Subkulturen und auf die relative Integration ihrer jeweiligen Führer in das allgemeine politische und soziale System der USA hin und plädierte für pluralistische Vielfalt. Freilich praktiziert sie in ihrem Gewerkschaftsprojekt genau jene Techniken der Autobiografie und des Processing, die in den älteren Eliteninterviews der Columbia-Schule entwickelt wurden.

Auch die meisten lokal- und sozialgeschichtlichen »Minderheiten«-Projekte praktizieren die Techniken des Eliteninterviews, übersetzt auf die Elite der Erfahrenen und Mitteilungsfähigen eines Dorfes, eines Slums, eines Betriebes, einer beruflichen oder ethnischen Gruppe oder einer informell organisierten Basisbewegung [105].

---

103 Für Hinweise vgl. oben Anm. 37–48.

104 Wie Anm. 49.

105 Charakteristisch für die Argumentation hier sind sicher *A.* und *S. Lynd*, Rank and File, S. 6: »It may be said, the individuals in this book were not typical. True, the individuals in our collection were organizers. They were leaders. They had radical ideas. But precisely be-

Freilich sollte man die Harmonisierung der Gegensätze nicht bis zur völligen Verwischung der Unterschiede weitertreiben. Die Minderheiten-Oral-History ist ja nicht nur von einem anderen forschungspolitischen Impetus getrieben, sondern ihre Zeugen werden auch in einer anderen Rolle gefragt. Sie stehen nicht primär für sich selbst und für die von ihnen verantworteten oder mitgetragenen Entscheidungen, sondern als teilnehmende Beobachter für einen kollektiven Erfahrungsraum, soweit er sich in ihren Lebensgeschichten reflektiert. Im echten Eliteninterview sieht der Handelnde sich selbst und schafft Quellen für eine individualisierende Geschichtsbetrachtung von oben; die sozialgeschichtlichen Zeugen aber sind Beispiele für die Bedingungen »at the receiving end«, wie sich der Einzelne in diesen Bedingungen zurechtfindet und versucht, dem Leiden an der Gesellschaft auszuweichen; er schafft Quellen für eine Geschichtsbetrachtung von unten, individuelle Zeugnisse kollektiver Lebenswirklichkeiten [106].

Auch diese Unterscheidung ist indessen nicht problemlos. Einwenden ließe sich etwa die Erfahrung aus »Unterschichten«- und Minderheiteninterviews, daß es oft schwierig ist, die individuellen Versuche zur Überwindung oder Umgehung der kollektiven Strukturbedingungen von diesen selbst zu unterscheiden. Ein Effekt sozialgeschichtlicher Oral History ist ja sicher die lebensgeschichtliche Enttypisierung abstrakter Erwartungen klassenspezifischer Regelmäßigkeiten, und es bedarf genauer vergleichender Bemühungen, um jenseits der Individualisierung auf neuer Ebene das Gemeinsame – z. B. im Scheitern der Durchbruchsversuche oder in der Entlassung aus den Loyalitäten einer Subkultur – zu entdecken. Tatsächlich kam ein Einwand jedoch aus der anderen Ecke: Auch die gesamtgesellschaftliche, politische Elite ist weniger individuell, als die einzelne Autobiografie glauben machen möchte. Aus einem gewissen Abstand ist das offenbar leichter erkennbar: James W. Wilkie und Edna Monzón de Wilkie vom Lateinamerikazentrum der UCLA haben viele Jahre lang autobiografische Interviews mit politischen Führern Lateinamerikas durchgeführt und sind dabei auf Regelmäßigkeiten im Karrieremuster, der sozialen Herkunft, der Selbsteinschätzung und der ideologischen Ausrichtung gestoßen. Auf einem Folklorekongreß 1967 hat Wilkie für die durch Oral History sich erschließenden Untersuchungsmöglichkeiten zuerst den Begriff »Elitelore« [107] geprägt, eine Elitenkunde, die durch die Einbeziehung der subjektiven Erfahrensdimension über die in der Soziologie üblichen Analysen zur Zirkulation, zu den Einstellungen und Attituden der Eliten qualitativ hinausweist. Auch hier steht die Oral-History-Autobiografie nicht mehr primär für sich selbst, sondern bietet sich dar als Variante eines Kollektivs und der es bedingenden Strukturen. Soweit ich sehe, ist der prosopografische Ansatz von »Elitelore« bisher noch nicht auf die reiche Oral-History-Überlieferung zur Biografie inneramerikanischer Eliten übertragen worden; hier könnten sich für vom ursprünglichen Dokumentationsinteresse völlig abstrahierende Sekundäranalysen interessante Möglichkeiten ergeben.

---

cause they did not start out as organizers or leaders or radicals, their accounts throw light on what has been experienced or may be experienced with variations by a much larger number of people.«

106 Vgl. die Diskussion über Oral History und Volkskunde zwischen *R. M. Dorson, W. L. Montell, H. Glassie* und *W. Joey* in: *Olch/Pogue* (Hrsg.), Selections, S. 40–62.

107 *James W. Wilkie,* Postulates of the Oral History Center for Latin America, in: Journal of Library History 2, 1967, S. 45–54; *ders.*, Alternative views in history – historical statistics and oral history, in: *Richard E. Greenleaf/Michael C. Meyer* (Hrsg.), Research in Mexican History, Lincoln, Ne., 1973, S. 49–62; und bes. *ders.*, Elitelore (hekt., 87 S., Vol. 22 der Latin American Studies der UCLA), Los Angeles 1973. Ein Fragebogenbeispiel in *ders./Edna Monzón de Wilkie,* Dimensions of Elitelore – an Oral History Questionnaire, in: Journal of Latin America Lore 1, 1975, S. 60–85; biographische Dokumentationsbeispiele in *dies.*, Mexico Visto en el Siglo XX, Mexico 1969.

c) *Instrument von Forschungsprojekten oder archivalische Aufgabe?*
Die dritte Kontroverse stellt sich vor allem in organisatorischer Form dar, nämlich ob Oral History eher ein produktiver Zweig des Archivwesens oder ein mit archivalischen Nebenaspekten versehenes Instrument im Rahmen umfassenderer Forschungsvorhaben sein solle. Die Option hat methodische Konsequenzen. Fast alle größeren Oral-History-Kollektionen in USA werden nicht nur von Archiven oder Forschungsbibliotheken verwaltet, sondern sind auch in ihrem Rahmen zustande gekommen. In den Universitäten ressortieren die Oral-History-Stäbe gewöhnlich nicht in den historischen Departments, sondern bei den Special Collections der Universitätsbibliotheken – eine der wenigen größeren Ausnahmen ist das Projekt in Fullerton, Ca., wo Oral History vor allem auch als eine geschichtsdidaktische Methode verstanden und gelehrt wird. Entsprechend ihrer archivalischen Verortung ist es das Ziel der meisten Oral-History-Projekte, Erinnerungsquellen für den Gebrauch künftiger Generationen herzustellen, deren Erkenntnisinteresse noch unbekannt ist. Deshalb verbieten sich die Projekte auch meist, unter den Aussagen eines Befragten nach irgendwelchen Kriterien eine Auswahl zu treffen; statt dessen legen sie alles Gewicht auf Authentizität, d. h. möglichst weitgehende Selbstverantwortung des Befragten als Autor seiner Story[108]. Je weniger aktuelle Forschungsinteressen in das Gespräch hineingetragen würden, desto mehr werde das Transkript auch für künftige, heute noch gar nicht vorstellbare Auswertungsinteressen offen sein und Ansatzpunkte für eine immanente Quellenkritik bieten.

---

108 Instruktiv dafür ist der Code, den sich die OHA gegeben hat (OHA Newsletter 3, 1969, Nr. 1, S. 4):
ORAL HISTORY ASSOCIATION, Goals and Guidelines. The Oral History Association recognizes Oral History for what it is – a method of gathering a body of historical information in oral form usually on tape. Because the scholarly community is involved in both the production and use of oral history, the Association recognizes an opportunity and an obligation on the part of all concerned to make this type of historical source as authentic and as useful as possible.
Guidelines for the Interviewee:
1. The person who is interviewed should be selected carefully and his wishes must govern the conduct of the interview.
2. Before undertaking a taped interview for the purpose stated above the interviewee (or narrator) should be clear in his mind regarding mutual rights with respect to tapes and transcripts made from them. This includes such things as: seal privileges, literary rights, prior use, fiduciary relationships, and the right to determine whether the tape is to be disposed of or preserved.
3. It is important that the interviewee fully understands the project, and that in view of costs and effort involved he assumes a willingness to give useful information on the subject being pursued.

Guidelines for the Interviewers:
1. It should be the objective of the interviewer to gather information that will be of scholarly usefulness in the present and the future. The interviewer who is collecting oral history materials for his own individual research should always bear in mind this broader objective.
2. In order to obtain a tape of maximum worth as a historical document, it is incumbent upon the interviewer to be thoroughly grounded in the background and experiences of the person being interviewed, and, where appropriate and if at all feasible, to review the papers of the interviewee before conducting the interview. In conducting the interview an effort should be made to provide enough information to the interviewee to assist his recall.
3. It is important that all interviews be conducted in a spirit of objectivity and scholarly integrity and in accordance with stipulations agreed upon.

Guidelines for Sponsoring Institutions:
1. Subject to meeting the conditions as prescribed by interviewees, it will be the obligation of sponsoring institutions to prepare easily usable tapes and/or accurate typed transcriptions, and properly to identify, index, and preserve such oral history records for use by the scholarly community, and to state clearly the provisions that govern their use.

Auf der anderen Seite gibt es zunehmend Stimmen vor allem (aber nicht nur) von Sozialhistorikern, die unter praktischen und methodischen Gesichtspunkten dafür plädieren, Oral History nur als eine unter mehreren Dokumentationstechniken im Rahmen laufender Forschungsvorhaben zu betreiben [109]. An praktischen Gründen gibt es vor allem zwei: Die hohen Kosten des Oral-History-Processing sind oft verschwendet, wenn archivalische Forschung Überrestquellen freilegen kann, die präziser, umfassender und kostengünstiger informieren als parallele Erinnerungen; deshalb sollte die Nachfrage bei Zeugen auf jene Aspekte konzentriert werden, die anderweitig nicht dokumentiert sind. Nur ein Forschungsprojekt – das ist der zweite Grund – informiert auf rationelle Weise seine Mitarbeiter hinreichend über die sachlichen Probleme und den Überlieferungsstand, um im Interview dem Befragten Assoziationshilfe leisten, seine Erinnerung auf das Undokumentierte konzentrieren und seine Aussagen kontrollieren zu können. Zugleich beschränkt das Projekt die potentiell unendliche Erinnerung eines Befragten auf bestimmte Gegenstände bzw. Gegenstandsaspekte, vermag aber innerhalb dieser Bereiche mehr und präzisere Zeugnisse zu evozieren als bloße, durch Erfahrung stimulierte Erinnerung.
In einem Forschungsprojekt ist zugleich ein weiterer methodischer Gewinn institutionalisiert, nämlich die Besinnung auf die Auswertungsmöglichkeiten diachroner Interviews. Auch die archivalische Produktion von Oral History hat die Zeit hinter sich gelassen, wo die Prioritätenlisten der Interviews nach der Senilität bekannter Persönlichkeiten geordnet war. Auch sie faßt heute meist zur Rationalisierung der Interviewvorbereitung und zur Erschließung geeigneter Finanziers ihre Einzelvorhaben zu gegenstandsbezogenen Befragungsprojekten zusammen. Sie zeichnet sich aber dadurch aus, daß sie Dokumentation und Auswertung trennt, die letztere auf künftige Dritte vertagt und aus deren noch unbekannten Fragestellungen den Verzicht auf eigene herleitet. Hinter dieser Offenheit und technischen Strenge mögen sich aber auch die naive Annahme, unbewußte Selektionsmechanismen seien weniger wirksam als bewußte, und auch eine fundamentale Ratlosigkeit verbergen, wozu ein Berg künstlicher narrativer Quellen in einer Phase zunehmend analytischer Historiografie eigentlich nütze sei. Diese Verlegenheit der Dokumentare setzen Historiker z. T. noch fort und verlagern sie auf den Leser, indem man einfach »interessante« Interviewausschnitte zu publizierten Dokumentationen zusammenordnet und die Zeugen für sich sprechen läßt, anstatt die Auswahlkriterien offenzulegen, zu begründen und einer empirischen Bewährungsprobe auszusetzen [110]. Im Forschungsprojekt wird man hingegen von vornherein darauf achten, daß die Interviews mehr erbringen als Material für Textmontagen, oder dort, wo nur Illustrationen gefragt sind, diese zielgerichteter und damit billiger produzieren.
Wenn es eines der Hauptprobleme der Zeitgeschichte ist, unübersehbare Quellenberge nach wenigen Indikatoren durchzusieben und redundantes Material zu kondensieren, so ist es sicher ratsam, in dem einen Fall, in dem der Historiker Einfluß auf die Entstehung der Quellen hat, diesen zur Vorbereitung späterer Kondensierungsprozesse – insbesondere Quantifikation – zu nutzen. In einem Projekt können quer durch alle Gespräche hindurch quantifizierungsfähige Fragebatterien einem sonst offenen oder nur lose strukturierten Erfahrungsinterview nachgeschaltet werden; in vielen Fällen können dem Befragten Alternativen oder Skalen vorgegeben werden. Es entstehen dann vergleich- und kodier-

109 Hierin waren sich mittlerweile Sozialhistoriker wie Larry Goodwyn (Duke University), ein militärhistorischer Biograf wie Forrest C. Pogue (Marshall Library) und solche Archivare wie Peter Olch und James Fink, die Oral History *und* Manuskripte zu betreuen haben, im Gespräch mit dem Verfasser einig – die letzten drei ehemalige OHA-Präsidenten.

110 Vgl. Anm. 95. Ein unter amerikanischen Oral Historians und anderen Historikern besonders unrühmliches Beispiel einer sorglos und effektheischend zusammengestellten Textmontage ist *Merle Miller*, Plain Speaking. An Oral Biography of Harry S. Truman, New York 1974.

bare Antworten, d. h. Aussagen einer Gruppe lassen sich wenigstens teilweise numerisch reduzieren und korrelieren.
Auf der anderen Seite hat die Erarbeitung von Oral History im Rahmen allgemeiner historischer Forschungsprojekte auch Nachteile gegenüber einer kontinuierlichen archivalischen Produktion. Denn in deren Rahmen kann sich mehr technischer Sachverstand beim Interviewen und Processing entwickeln. In den Archiven können auch Aussagen solcher Befragter, die zunächst noch nicht an die Öffentlichkeit gehen wollen, aufgenommen und aufbewahrt werden. Hier geht überhaupt die Überlieferung nicht verloren oder ist unauffindbar oder unbenutzbar, die Materialien werden nicht zu sehr aufgesplittert, sie zerfasern sich nicht in ad-hoc- und Spezialterminologien, sondern werden auf einer der Umgangssprache nahen Ebene gehalten, die die Erstellung eines Index für größere Bestände erleichtert, während eine zusammenfassende Tiefenerschließung zahlreicher, aus Forschungsprojekten hervorgegangener Spezialbestände beinahe unmöglich sein dürfte[111].
Es liegt deshalb nahe, daß künftig beide Formen der Oral-History-Produktion näher aneinander heranrücken. Zentralisierung des technischen Sachverstands und der Erschließung muß die dezentrale – durch Beratung und Verabredung mit den kontinuierlichen Spezialinstitutionen verbundene – Anlage und Durchführung von Befragungsprojekten im Rahmen von Forschungsprojekten keineswegs ausschließen.
Gibt es aber einen bleibenden Bedarf für eine institutionalisierte Oral History? Bei aller gebotenen Zurückhaltung wird man dies für die zeitgeschichtliche Politikforschung eindeutig bejahen können.
Die besondere Dringlichkeit sozialgeschichtlicher Oral-History-Erhebungen für ein Übergangsphänomen zu halten, ist aber sicher nicht ganz unberechtigt. Denn es kann kein Zweifel bestehen, daß in den letzten Jahrzehnten in einem früher unbekannten Maß subjektive Quellen für die Erfahrungen und Einstellungen breiter Bevölkerungsschichten und Subkulturen entstanden sind und künftige Historiker in den Datenbanken der empirischen Sozialforschung, in den Protokollen von Psychologen, Sozialstationen, in Rundfunk- und Fernseharchiven etc. erwarten. Derzeit bietet Oral History also hauptsächlich die Möglichkeit, über das Gedächtnis der älteren Generation ähnliche Dimensionen für eine frühere Phase zu erschließen, die bei uns vom Kaiserreich bis zur Ära Adenauer reicht. Angesichts ihrer institutionalisierten Praxisanbindung (z. B. an Markt- und Meinungsforschung) erscheint es als höchst unwahrscheinlich, daß sich die empirische Sozialforschung in hinreichendem Umfang dieser Aufgabe annähme. Auf lange Sicht dürfte sich das Bedürfnis der Historiker, die Erfahrungslücke durch Erinnerungsquellen zu schließen, zwar wieder etwas reduzieren, aber schwerlich ganz wegfallen: Dafür werden schon die praktischen Entstehungszusammenhänge der erwähnten subjektiven Massenquellen, die damit verbundenen Scheuklappen und Überlieferungsverluste und die Weiterentwicklung sozialgeschichtlicher Fragestellungen sorgen.

## 5. Oral History als didaktisches Medium

Bisher wurde in diesem Bericht Oral History nur unter dem Gesichtspunkt historischer Dokumentation und Forschung betrachtet; abschließend sei auf ihre Rolle als Medium historischer Bildung hingewiesen. Dabei sei hier nur kurz berichtet, daß mehrere Universitäten besondere Oral-History-Kurse im Rahmen ihrer Historiker-Ausbildung eingerichtet haben, daß viele Doktor- und Magisterthesen zumindest teilweise auch diese

111 Zu den Fragen institutioneller Geschäftsführung vgl. die Diskussion bei *E. Mason*, Inside Oral History Offices, in: *Gould P. Colman* (Hrsg.), The Third National Colloquium, S. 102 ff.

Dokumentationstechnik benutzen, manche Examensarbeiten sogar nur aus einem oder mehreren sorgfältig edierten Interviews bestehen und daß schließlich in vielen Universitäten Oral-History-Materialien der Schulung in historischer Quellenkritik zugrunde gelegt werden [112]. Bei der geschilderten weiten Verbreitung des Befragungswesens sind solche Rückwirkungen auf die akademische Ausbildung besonders von Archivaren, Bibliothekaren, Volkskundlern, Sozial- und Zeithistorikern beinahe selbstverständlich, mögen sie auch im Einzelfall mühsam erfochten sein. Außerdem erlaubt die Mitarbeit von Studenten und Graduierten als Interviewern, Transkriptoren und Redaktoren ein kostengünstigeres Arbeiten, vor allem bei breit angelegten Gemeinde- oder Subkulturstudien. Soweit ich erkennen konnte, ist eine solche Mitarbeit eine motivierende Herausforderung für die beteiligten Studenten. Andererseits scheint dabei die Vermittlung von Interviewerfahrung sowie der Regeln des »processing« ganz im Vordergrund zu stehen, wodurch eine weiterführende intellektuelle Durchdringung, die den tieferliegenden Methodenfragen (individuelles und kollektives Gedächtnis, Interaktion im Interview, Ebenen struktureller Auswertung) gelten müßte, wohl häufig versäumt wird.

Wichtiger als die Didaktik der Oral History ist freilich Oral History als didaktisches Medium einerseits für Schüler, andererseits für historisch interessierte Laien besonders in den lokalen Geschichtsvereinen [113]. Dabei wurde offenbar von dem Gedanken ausgegangen, daß sich Geschichtsbewußtsein nicht so sehr aus der Konsumtion vorgefertigter Erzählungen und Darlegungen als vielmehr aus der Verknüpfung des individuellen Erfahrensrahmens mit dem kollektiven ergibt. Der geschichtlich Interessierte soll aus einer nur rezeptiven Haltung herausgeholt und an der Rekonstruktion des gesellschaftlichen Gedächtnisses in seinem Bereich beteiligt und über die Verbindung eigener Erfahrung mit den Angeboten der Geschichtswissenschaft zu deren kritischer Benutzung befähigt werden. »Everyman his own Historian« nannte Carl Becker [114] seine Einführung in die Geschichte, und er meinte damit einen Einstieg, der bei der Rekonstruktion der eigenen Lebensgeschichte, Herkunft, Umwelt und kleinen Gemeinschaften beginnen sollte. Aus dieser progressiven, das lernende Subjekt aktivierenden Tradition heraus haben viele höhere Schulen und Colleges seit der Mitte der 60er Jahre Kurse eingerichtet, in denen Jugendliche über die Interviewtechnik in eine produktive Beziehung zur Vergangenheit ihrer Umwelt gesetzt werden [115].

Am meisten Aufmerksamkeit hat dabei eine Landschule in Georgia gefunden, wo in Journalismus-Kursen eine von den Schülern getragene Zeitschrift »Foxfire« gestaltet wurde, deren beste Beiträge mittlerweile zu drei Sammelbänden zusammengestellt worden sind, die zuerst zu volkskundlichen Geheimtips und dann auch zu nationalen Best-

112 Vgl. Anm. 89 sowie *Johnye Mathews*, Oral History in the College Classroom, und *Thomas Charlton*, Oral History in Graduate Instruction, in: The Oral History Review 1975, S. 61–65 bzw. 65 f. Einschlägige Ratschläge finden sich in der Broschüre: *John A. Neuenschwander*, Oral History as a Teaching Approach, Washington D. C., 1976.

113 Vgl. z. B. *Charles T. Morrissey*, Oral History and Local History: Opportunities for Librarians, in: Journal of Library History 4, 1969, S. 341–346; *ders.*, Oral History in the Classroom, in: *G. P. Colman* (Hrsg.), The Third National Colloquium, S. 41–60.

114 *Carl Becker*, Every Man His Own Historian, New York 1935.

115 Aus einer Erhebung an Oberschulen faßt *John A. Neuenschwander* (Oral History in the High School Classroom, in: The Oral History Review, 1975, S. 59–61) als wichtigste Ziele zusammen: »(1) To enliven the social studies by tying history and society more directly to the students community and family, so as to convince students that history is not something that only comes in a textbook but is all around them; (2) To aid students in developing basic social skills for meaningful human interaction, and to bridge the generation gap; (3) To introduce students to research methods such as information gathering, corroboration and evaluation of sources.«

sellern geworden sind[116]. Foxfire verdankt seinen Ruf der Tatsache, daß hier ein besonders produktiver Ansatz forschenden Lernens zu einem sichtbaren Erfolg geführt worden ist und daß es sich bei der Volks- und Heimatkunde, die bei diesen Gesprächen zusammengetragen worden ist, um jene ländlich traditionale Rückständigkeit der Appalachen handelt, deren »einfaches Leben« im letzten Jahrzehnt weit über das Lager linker Dissenters hinaus faszinierte. In diesem Milieu gab es viele Tätigkeiten und Gerätschaften der Jagd, Siedlung, Landwirtschaft und des Handwerks, die von den Kindern bei alten, noch kaum in arbeitsteilige Produktionsweisen eingespannten Menschen erfragt werden konnten. Zugleich sollten sie lernen, Gespräche zu führen, die den Partner nicht blockieren, sondern ihn zum Erzählen ermuntern, und aus dem Abstand der Generationen Nutzen zu ziehen. Neben solchen Lernzielen wurden auch sprachliche, technische und systematisierende Aufgaben gelöst: Transkription der Tonbänder, Erstellung von Sachindexen, Auswahl und Anordnung der prägnantesten Abschnitte für den Abdruck in der Zeitschrift, Teamwork etc.[117]. Aus der Entwicklung von Foxfire und ähnlichen Experimenten andernorts scheint hervorzugehen, daß diese Unterrichtsform stark vom Engagement und von der inhaltlichen Führung durch den Lehrer abhängt, aber auch von der räumlichen und gesellschaftlichen Umwelt – ohne Zweifel ist eine auf Landarme und Jäger gerichtete dörfliche Volkskunde für Kinder leichter erschließbar als die komplexeren Verhältnisse der Großstadt, Industriearbeit und Bürokratie.

Das zeigt sich insbesondere bei jenen Oral-History-Projekten mit Studenten oder lokalen Geschichtsvereinen, die im großstädtischen Milieu unternommen worden sind. Denn hier ergab sich häufig eine Entkonkretisierung des Lebenszusammenhangs und damit eine Verschiebung der Fragestellung hin zu den Bedingungen lokaler oder auf ethnische Abkunft gerichteter Gemeinschaftsbildung[118]. Dies darf gewiß nicht nur negativ gesehen werden, denn als eine Gefahr der Foxfire-Richtung für die Geschichtsdidaktik droht sicher das antiquarische Abseits; in den Subkulturprojekten konnte über Bedingungen und mehr passive Erfahrungen hinausgegangen, konnten dynamischere historische Prozesse untersucht werden. Gleichwohl war damit meist ein Rückzug auf den Reproduktions- und politischen Bereich verbunden, was aber kein notwendiges Ergebnis ist.

Die professionelle Oral History hat ihre dilettantischen bzw. pädagogischen Varianten teilweise mit patronisierendem Wohlwollen, teilweise aber auch mit offener Ablehnung verfolgt. Auf der einen Seite ersetzt der Erfolg in den Geschichtsvereinen oder in Publikumsrennern wie Foxfire oder Studs Terkels lebensgeschichtlichen Interviewsammelbänden[119] die ausbleibende oder zögerliche Anererkennung durch die akademisch etablierte Historie. Auf der anderen Seite erschwerte sie sie aber auch, insofern sie den Vergleich der Bemühungen der Oral-History-Institute mit den »Blagen, die mit einem Kassettenrecorder herumrennen«, und all jene Assoziationen erleichterte, für die diese Metapher steht: unzureichende Sachkunde der Interviewer, naives Fragen, Degeneration von History zu Story, unkritische Auswertung etc. . . . Außerdem machte sich eine gewisse Interviewmüdigkeit bemerkbar. Trotz solcher Kosten scheint mir der Gewinn,

116 *Eliot Wigginton* (Hrsg.), The Foxfire Book, Garden City, N. J., 1972; *ders.* (Hrsg.), Foxfire 2, ebda. 1973; *ders.* (Hrsg.), Foxfire 3, ebda. 1975.

117 Vgl. den Bericht von *Eliot Wigginton* u. a. in: Oral History as a Teaching Tool, in: The Oral History Review 1973, S. 29–47.

118 Vgl. *Willa K. Baum,* Building Community Identity Through Oral History – A New Role for the Local Library, in: California Librarian, 1970, S. 271–284, und die Community- und ethnischen Projekte, die an Fullerton State University durchgeführt wurden. *Curtiss/Shumway/Stephenson* (Hrsg.), S. 169 ff. (Hier auch den Bericht aus Baylor University von *Thomas Charlton,* Classroom Instruction of Oral History, S. 45–52.)

119 *Studs Terkel,* Division Street: America (1966); Hard Times (1970); Working (1974). Vgl. die Rezension von *Louis M. Starr,* Studs Terkel and Oral History, in: Chicago History 3, 1974, S. 123–126, und Anm. 92.

den historischen Konsumenten zu aktivieren und zugleich die sozialgeschichtlichen Quellendefizite (wenn auch manchmal recht fragwürdig) und die Generationskluft zu überwinden, zum Positivsten an der amerikanischen Oral History zu gehören.
Oral History kann aber nicht nur als Medium forschenden Lernens eingesetzt werden, sondern auch als schlichtes Unterrichtsmedium. Die Foxfire-Schüler sammelten ihre Interviews ja nicht zum Selbstzweck, sondern es war für sie sicher ein besonderer Ansporn, daß die besten Partien in ihrer Zeitschrift auch veröffentlicht wurden[120]. Diese Texte konnten dann andernorts wieder als von Natur aus kindgerechtes Unterrichtsmaterial für Interpretationen eingesetzt werden. Ähnliches ist von den Tonbändern von Geschichtsvereinen, Stadtarchiven oder Nachbarcolleges zu berichten, die zusammen mit Dias auch die Lokalgeschichte oder die Beschäftigung mit Volkskunde, Minderheitenproblemen etc. zur Multi-Media-Schau zu machen erlaubten[121]. Sie sind näher und überprüfbarer als die Schulfunkkassetten mit ihrem weiten Verbreitungsgebiet und entsprechend generalisierten Fragestellungen – aber auch bei diesen wird in USA zunehmend auszugsweise von Oral-History-Mitschnitten Gebrauch gemacht[122]. Ähnliches ist auch von der Verwendung von Interviews in historischen Büchern zu sagen: Ihr human touch motiviert zur Lektüre und umgeht das Sprachproblem sonstiger historischer Popularisierungen.
Diesen Vorzügen stehen aber auch Schwierigkeiten gegenüber – und zwar gewichtigere als im Fall des forschenden Lernens. Die modisch gewordenen Textmontagen aus Interviewfragmenten können durch naive, gesichtspunktlose Erzählerei (»as it was«) die analytische Aufgabe historischer Rekonstruktion vernebeln, und in diesem Nebel kann in schlimmeren Fällen der Konsument verkennen, daß er einem Arrangeur aufsitzt, der ihm mit suggestiven Erzählungen werthafte Lernziele übermittelt, ohne seine Auswahlkriterien und sein Erkenntnisinteresse oder überhaupt sich selbst zu erkennen zu geben. Es brauchte dann schon viel größere Sachkenntnis, als sie der Lernende in der Regel hat, um sich durch immanente Kritik (die bei Darstellungen leichter ansetzen kann) der Manipulation zu entwinden. Der Einsatz des Mediums Oral History verlangt vom Lehrer bzw. Schriftsteller ein hohes Maß an Kritik und Disziplin, wenn es nicht zur unproduktiven Stillbeschäftigung oder zur Übertölpelung der Schüler bzw. Leser führen soll.
Weitverbreitet, praktisch und ziemlich anspruchslos ist der Einsatz von Oral-History-Material als motivierende oder belebende Illustration, also ein wesentlich formaler Gebrauch im Rahmen eines inhaltlich aus anderen Materialien und Denkimpulsen strukturierten Lernprozesses. Reizvoller, aber auch sehr viel schwieriger wird die Verwendung von Oral-History-Materialien dann, wenn sie zum eigentlichen Gegenstand des Lernens gemacht werden. Denn sie gewinnen durch ihre Narrativität, dialogische Struktur und ihre Vermittlung zwischen individuellem und kollektivem Gedächtnis einen Komplexitätsgrad, der weit über den sonst üblicher Quellen hinausreicht. Das mag sie in spezifischer Weise zur Schulung in Quellenkritik, in strukturalistischer Textanalyse und in der Verfremdung von Überlieferung zu Rekonstruktionsmaterialien prädisponieren. Ihre

120 Die deutschen Schülerzeitungen erreichen selten einen derartigen Grad ernsthafter Originalität der Dokumentation. Früher imitierten sie auf »jugendeigene« Weise die Erwachsenenpresse, später konzentrierten sie sich auf Inhalte der Jugendkultur. Sie wären aber das geeignete Medium, um die Ergebnisse einschlägiger Projekte zu publizieren.

121 Vgl. Anm. 104 und *Margaret Sullivan*, Into Community Classrooms – Another Use for Oral History, in: The Oral History Review 1974, S. 53–58.

122 So hat z. B. der Center for History of Physics am American Institute of Physics (New York City) 1976 aus seinen Oral-History-Bändern ein Kassettenprogramm für die Verwendung im Schulunterricht »The Living History of Physics« zusammengeschnitten.

Entschlüsselung gehört aber, wie weiter oben erörtert[123], zu den subtilsten Aufgaben eines Historikers.

Michael Frisch hat an Studs Terkels »Hard Times«, einer zum Bestseller gewordenen Zusammenstellung von über 150 Erinnerungsinterviews über die große Depression in USA, gezeigt[124], daß es gerade diese Komplexität der Quellengattung ist, die auch ihre Vieldeutigkeit ausmacht. Während er und einige andere skeptische Rezensenten deprimiert waren über diese Dokumente eines großen Leidens an der Gesellschaft, wurde es in den großen Zeitungen als eine Hymne auf die Regenerationskraft und den Anstand des amerikanischen Geistes gefeiert. Trotz subtiler Entschlüsselungen, auf jeden Fall aber ohne diese lädt die humane Qualität von Oral History zur emotionalen Auseinandersetzung mit der Geschichte, damit aber auch zur Extrovertierung der Voraussetzungen und Wünsche der Leser und insofern zur Polarisierung innerhalb eines jeweiligen Publikums ein. Hier dürfte ihr eigentlicher didaktischer Wert für eine lernende Gruppe liegen: In einem ersten Schritt wird durch scheinbare Verständlichkeit und eine hintergründige Provokation zur Übertragung der Werthorizont einer Frage aufgerissen, im zweiten, der einer Klärung der Widersprüche durch die strukturelle Analyse der Texte gilt, die Relativität und Komplexität geschichtlicher Überlieferung und Erkenntnis veranschaulicht.

123 Vgl. 3. b und c.
124 Wie Anm 92.

*Karl-Heinz Ludwig*

# Entwicklung, Stand und Aufgaben der Technikgeschichte

Geschichtliche Forschung vermochte bislang nirgendwo in der Welt das Bedürfnis einer Gesellschaft zufriedenzustellen, mehr über jenes Phänomen Technik zu erfahren, das sich in seinen Wirkungen und Folgewirkungen weder genau abschätzen, geschweige denn selbst ausreichend lenken oder als gesellschaftliches Steuerungsmittel einsetzen läßt. Der aufkommenden Technikgeschichte räumt die »allgemeine« Geschichtswissenschaft im Bewußtsein der eigenen Legitimationskrise daraufhin zwar »Möglichkeiten und Chancen« ein[1], doch stehen diese wieder in krassem Gegensatz zu dem, was eine begrenzte Forschung in der Vergangenheit zu leisten vermochte und gegenwärtig als effektive Leistungsbasis personal-, etat- und damit forschungsmäßig zugebilligt erhält.

Von einer historischen Technikforschung muß heute mehr erwartet werden, als sich aus einer engeren Definition der Technik bei *Karl Marx* (1818–1883) als »Mittel zur Produktion von Mehrwert« ergeben könnte[2]. Einige Schritte weiter zu dem heute geforderten Teilziel einer Geschichte der Arbeit[3], in deren Zentrum das Arbeitsmittel gehört, führt eine ergänzende Auffassung desselben, schon früh auf die Probleme gestoßenen Autors, wonach »durch Maschinerie, chemische Prozesse und andre Methoden [...] mit der technischen Grundlage der Produktion die Funktionen der Arbeiter und die gesellschaftlichen Kombinationen des Arbeitsprozesses« beständig umgewälzt werden[4].

Die Aussage vom revolutionären Charakter der Technik oder – in jenem System – der »technischen Basis« galt für Marx allgemein, wenngleich ihm allein »die Natur der großen Industrie [...] in ihrer kapitalistischen Form« (sc. um 1867) als bevorzugter Anschauungsgegenstand erschien. Zwanzig Jahre früher hatte derselbe Marx auch Ansichten des englischen Chemikers und Ökonomen Andrew Ure (1778–1875) übernommen – den alten aristotelischen Traum vom selbsttätigen Weberschiffchen –, wonach das beständige Ziel der Technik auf die Freiheit des Menschen von der Arbeit gerichtet sei[5]. Zwar folgte er im Hinblick auf die damalige (sic!) »automatische Fabrik« noch einer falschen Fährte[6], doch erkannte er selbst auf dem ganz niedrigen Niveau der Mitte des 19. Jahrhunderts – die

1 Vgl. *Arnold Sywottek*, Geschichtswissenschaft in der Legitimationskrise (= Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 1), Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 120.

2 *Karl Marx / Friedrich Engels*, Werke (fortan MEW), Bd. 23, Berlin (Ost) 1970, S. 391.

3 Vgl. diese Forderung bei *Reinhard Rürup*, Die Geschichtswissenschaft und die moderne Technik, in: *Dietrich Kurze* (Hrsg.), Aus Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaft. Festschrift für Hans Herzfeld zum 80. Geburtstag, Berlin / New York 1972, S. 83; ebenso bei *Kurt Düwell*, Die Technik des Industriezeitalters und die »allgemeine« Geschichtswissenschaft, in: *Wilhelm Treue* (Hrsg.), Deutsche Technikgeschichte. Vorträge vom 31. Historikertag am 24. September 1976 in Mannheim (= Studien zu Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im 19. Jahrhundert, Bd. 9), Göttingen 1977, S. 19 f.

4 MEW 23, S. 511.

5 MEW 4, S. 157.

6 Kinderarbeit verdrängte um 1840/50 nicht die Facharbeit, sondern umgekehrt. Vgl. *Karl-Heinz Ludwig*, Die Fabrikarbeit von Kindern im 19. Jahrhundert. Ein Problem der Technikgeschichte, in: VSWG, Bd. 52, 1965, S. 63–85. Für *Marx'* Korrektur MEW 23, S. 496 et passim.

Roheisen-/Stahlproduktion lag in Deutschland bei einem viertel Prozent der gegenwärtigen, die Nennleistung der Energieerzeuger sogar noch weit darunter – bestimmte säkulare Wirkungen der Technik. Dieselben ließen sich zumindest im abendländischen Kulturkreis[7] seither kaum ernsthaft bestreiten, in den wissenschaftlichen Debatten durch rein idealistische Konstruktionen aber zeit- und teilweise neutralisieren. Erst in der Gegenwart weicht unter dem Eindruck erreichter Quantitäten und Qualitäten die traditionelle Abstinenz gegenüber Interpretationen der Technik als Mittel der gesamten Daseinsbewältigung und -beeinflussung immer stärker dem gesellschaftlichen Bedürfnis einer erweiterten Technikforschung, und zwar nicht zuletzt im geschichtswissenschaftlichen Bereich.

## I.

In Zusammenhang mit den in der Einleitung erwähnten Studien forderte der Forscher Marx schon vor ziemlich genau 120 Jahren eine »kritische Geschichte der Technologie«[8]. Geschrieben werden sollte sie als Sozialgeschichte, da in der »Technologie« (ein Begriff, der hier mit »Technik« gleichzusetzen ist) das »aktive Verhalten des Menschen zur Natur« zu enthüllen sei. Diese frühe Forderung nach interdisziplinärer historischer Zusammenschau technischer und gesellschaftlicher Wirkfaktoren eilte ihrer Zeit voraus. Vor dem tiefgreifenden »Methodenstreit« um *Karl Lamprecht* (1856–1915), mit dem noch vor der Jahrhundertwende eine vorherrschende Entwicklungstendenzen verfolgende »Kulturgeschichte« als synthetische Wissenschaft entstand und als »Oppositionswissenschaft«, wie jüngst formuliert wurde[9], der traditionell politisch, militärisch, dynastisch und diplomatisch orientierten Historiographie entgegentrat, gab es für ihre Verwirklichung in Deutschland keine Chance.

Bei aller verständlichen Klage über das Fehlen technikgeschichtlicher Darstellungen konnte Marx Mitte des 19. Jahrhunderts doch schon auf einige einschlägige Werke zurückgreifen. Unter ihnen sind vor allem die auch ins Englische übertragenen »Beyträge zur Geschichte der Erfindungen« (1780–1805) von *Johann Beckmann* zu nennen. Der Göttinger Ökonom Beckmann, übrigens ein guter Freund des Historikers A. L. Schlözer, erscheint dann auch hierzulande ebenso wie in Übersee gelegentlich als »Vater« einer wissenschaftlichen Technikgeschichtsschreibung[10]. Seine »Beyträge« werden als unentbehrliches Nachschlagewerk für die Zeit vor 1800 gepriesen[11]. Tatsächlich trug Beckmann, in seiner Arbeit wie auch andere deutsche Kameralisten von französischen Vorbildern, den »Descriptions des arts et métiers« und der aufklärerischen »Encyclopédie«, inspiriert, mit anerkennenswerter Akribie aus dem ihm seinerzeit verfügbaren Material[12] technisch-gewerbliche Einzelangaben zusammen,

7 Namentlich China beschritt andere Wege der Kultivierung durch Technik, und zwar schon in unserem Mittelalter. Auch nach 1949 erfolgte bekanntlich wieder eine Abkehr von der »Verwestlichung«. Vgl. *Joseph Needham*, Science and Civilization in China. Bisher Bd. 1–5, 2, Cambridge 1965–1974. Im gleichen Zusammenhang verdient Interesse *Hans Ebert*, Die Technische Hochschule Berlin und die deutsch-chinesischen Ingenieurbeziehungen, in: TUB (= Zeitschrift der TU Berlin), Jg. 9, 1977, S. 81–96.

8 MEW 23, S. 392 f., Anm. 89.

9 Vgl. *Thomas Nipperdey*, Kulturgeschichte, Sozialgeschichte, historische Anthropologie, in: VSWG, Bd. 55, 1968, S. 149.

10 Vgl. *Ulrich Troitzsch*, Zu den Anfängen der deutschen Technikgeschichtsschreibung um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert, in: Technikgeschichte, Bd. 40, 1973, S. 34; ferner *Robert P. Multhauf*, The Historiography of Technology, in: Technology & Culture, Vol. 15, 1974, S. 1.

11 *Troitzsch*, a. a. O., S. 35. Diesem Lob kann man nicht ganz ohne Bedenken folgen, auch dann nicht, wenn es auf die Werke *J. H. M. Poppes* (Geschichte der Technologie, 1807; Geschichte aller Erfindungen und Entdeckungen im Bereich der Gewerbe, Künste und Wissenschaften, 1837) ausgedehnt wird. Heute muß jede einzelne historische Angabe in jenen Werken kritisch überprüft werden.

12 Als neueren Überblick vgl. *Magdalene Humpert*, Bibliographie der Kameralwissenschaften, Köln

die eher ein lexigraphisches als ein historiographisches Werk entstehen ließen. Gattungsmäßig ging dasselbe dann auch zumindest bis auf *Polidorus Vergilius* zurück, dessen Buch »De inventoribus rerum« (1499) in Augsburg 1537 als deutsche Übersetzung erschien. In die gleiche Reihe gehörte in England beispielsweise das »Lexicon Technicum, or, an Universal Dictionary of Arts and Sciences« von *John Harris*. In zwei Bänden wurde es erstmals 1704 bis 1710 und später in mehreren, ergänzten Ausgaben veröffentlicht.

Neben die deskriptiven Gesamtverzeichnisse traten schon frühzeitig Kompendien technischer Einzeldisziplinen, die ebenfalls auf die Geschichte zurückgriffen, um aus ihr heraus praktisch verwertbare Erkenntnisse zu gewinnen. Nach der Kriegstechnik, die an dieser Stelle ihrer Sonderrolle wegen ausgeklammert wird[13], ging es vor allem um die Montanistik mit den beiden Arbeitsgegenständen Bergbau und Hüttenwesen. Wer die Spuren dieser technischen Geschichtsschreibung über das besonders ergiebige 18. Jahrhundert hinweg weiter zurückverfolgt, stößt unweigerlich auf *Georg Agricola* (1494–1555). Ihm als typisch humanistischem Forscher wird die Begründung der Bergbaugeschichte zugeschrieben[14]. Seine höchst beachtenswerten Schriften erschienen in allerjüngster Zeit mehrfach als Neuausgaben[15].

Wichtiger als die hier nur in subjektiver Auswahl genannten unterschiedlichen Vorläufer der Technikgeschichte wurden in Deutschland Neuanfänge um die Wende zum 20. Jahrhundert. Nach den klärenden Auseinandersetzungen um Lamprecht stießen sie mitten in die noch heute nicht abgeschlossene, wenngleich wissenschaftlich teilweise obsolet gewordene Debatte um den Kulturwert der Technik hinein. Personell getragen wurden sie von *Lamprecht* selbst, der mit dem 2. Ergänzungsband seiner »Deutschen Geschichte« in Ingenieurkreisen als »Bahnbrecher« für eine die Technik einbeziehende Geschichtsauffassung gefeiert wurde[16], sowie von den Vertretern der historischen Schule der Nationalökonomie und einigen weiteren Kulturhistorikern. Zu dieser kleinen Gruppe geschichtswissenschaftlich geschulter Personen trat ungefähr zur gleichen Zeit eine zweite, die sich aus interessierten Ingenieuren zusammensetzte und den gesellschaftlichen Wert der technischen Arbeitsleistung historisch zu begründen suchte.

Abseits blieben bei alldem die »politischen« Historiker, die innerhalb der »Zunft« noch lange dominieren sollten. Hochbedeutsame Ausführungen über die Integration der Technik in geschichtliche Betrachtungsweisen bot allein *Johann Gustav Droysen* in seinem »Grundriß der Historik« (1868). Sein erklärtes Ziel, die wertorientierte Dimension technischen Handelns zu erschließen, konnte jedoch ein ganzes Jahrhundert lang übersehen werden[17].

---

1937. Hier werden für die Technik aus der Zeit von 1520 bis 1850 rund 1400 Titel verzeichnet, S. 19 ff. und 282 ff. Vgl. dazu, teilweise mit zeitgenössischer Kommentierung der kameralistischen Literatur, *Josef Stummvoll*, Technikgeschichte und Schrifttum (= Technikgeschichte in Einzeldarstellungen, Nr. 36), Düsseldorf 1975, S. 42 ff.

13 Als ein frühes Beispiel wäre der »Bellifortis« von 1405 des *Konrad Kyeser* aus Eichstätt zu nennen, hrsg. von *Götz Quarg*, 2 Bde., Düsseldorf 1967.

14 Vgl. *Helmut Wilsdorf*, Die Begründung der Bergbaugeschichte durch Georgius Agricola, in: *Georgius Agricola 1494–1555 zu seinem 400. Todestag*, Berlin (Ost) 1955, S. 182 ff.

15 *Georgius Agricola*, Ausgewählte Werke. Gedenkausgabe des staatlichen Museums für Mineralogie und Geologie zu Dresden, 10 Bde. und ein Ergänzungsbd., Berlin (Ost) 1970 ff. Nicht minder groß, wenn auch mehr privater Natur, ist das Interesse an Georg Agricola in der Bundesrepublik Deutschland. Unter Mitwirkung der Georg-Agricola-Gesellschaft (Sitz Essen) erschien inzwischen eine vierte Auflage (Düsseldorf 1977) und zugleich eine wohlfeile dtv-Taschenbuch-Ausgabe seines Hauptwerks »Vom Berg- und Hüttenwesen«.

16 Vgl. *C(onrad) Matschoß*, Die Technik in der heutigen Geschichtswissenschaft, in: Technik und Wirtschaft, Jg. 3, 1910, S. 296–300.

17 Erst jüngst wurden die Gedanken Droysens wieder aufgenommen und in ihrer Aktualität verdeutlicht durch *Jörn Rüsen*, Technik und Geschichte in der Tradition der Geisteswissenschaften – geistesgeschichtliche Anmerkungen zu einem theoretischen Problem, in: HZ 211, 1970, bes. S. 544 ff.

Die Debatte, in der sich interpretierende Wissenschaften um 1900 auch der Technik in ihrem historischen Kontext zuwandten, blieb praktisch mehr eine Randerscheinung. Als eine der entscheidenden Berufsgruppen der industriellen Gesellschaft gewannen zumal die Ingenieure keine verbindlichen oder wenigstens mehrheitlich akzeptierten Maßstäbe für verantwortliches technisches Handeln. Anfang der 30er Jahre setzten auch sie dann dem Nationalsozialismus keinen besonderen Widerstand entgegen[18]. Offensichtliche Unterlassungssünden der Geschichtswissenschaft hielten Friedrich Meinecke (1862–1954) freilich nicht von der kurzschlüssigen Behauptung ab, gerade »der moderne utilitaristisch-technische Geist« habe die »deutsche Katastrophe« heraufbeschworen[19].

Erstaunlicherweise haben auch jüngste kritische Anmerkungen zur Entwicklung der Technikgeschichte in Deutschland weder die Vertreter der historischen Schule der Nationalökonomie berücksichtigt, die nach 1900, während einer ersten Konsolidierungsphase der eigenen Disziplin, auch die historische Funktion der Technik zu bestimmen suchten, noch die Kulturhistoriker mit den gleichen Absichten. Die Herausgeber eines Sammelbandes sahen nach der »älteren Technikgeschichte« in der »neueren Technikgeschichte« (vor der gegenwärtigen »modernen«) während der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts fast ausschließlich Ingenieure am Werk[20]. Demgegenüber wären *Gustav v. Schmoller, Ferdinand Tönnies* und *Werner Sombart* in ihrer Bedeutung für die historische Technikforschung durchaus zu würdigen. Ebenso wie Lamprecht wurden die genannten Wissenschaftler mit eigenen Aufsätzen, Rezensionen ihrer einschlägigen Bücher oder zumindest gezielten Hinweisen in dem umfangreichen Schrifttum der deutschen Ingenieurvereinigungen wiederholt herausgestellt.

Schon *v. Schmoller* (1838–1917) bezog die Technik in seine thematisch außergewöhnlich weitgespannten und teilweise bahnbrechenden Arbeiten ein. Auf weite Strecken trug er zur Technikgeschichte nach jener modernen Auffassung bei, die eine interdisziplinäre Zusammenschau technischer, ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Faktoren verlangt. Seine ausführliche Arbeit »Zur Geschichte der deutschen Kleingewerbe im 19. Jahrhundert« wurde demzufolge in die Reihe der Neudrucke »Documenta Technica-Darstellungen und Quellen zur Technikgeschichte« aufgenommen[21]. In späteren Jahren bezog v. Schmoller seine historischen Erkenntnisse über »den ungeheuren technischen Fortschritt« perspektivisch auf den »denkbar größten moralisch-politischen« Begleiterfolg, wobei sein Glaube an eine in der Geschichte angelegte Entwicklung eingetretene Veränderungen schon optimistisch einschätzte[22]. Im übrigen finden sich bei v. Schmoller nicht nur einzelne Rahmenelemente für eine allgemeine Theorie der Technikgeschichte, sondern auch systematische Entwürfe, vor allem zum Thema Technik und Wirtschaft, das in der wissenschaftlichen Diskussion seinerzeit erheblichen Raum beanspruchte. Die entsprechenden Ausführungen, besonders im »Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre«[23], der unter anderem die »Entwicklung der Technik in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung« verfolgt, erhalten auch deshalb paradigmatische Bedeutung, weil die Ausgangspunkte der »reinen« Theorie auf ihre Bestätigung durch die historische Praxis hin untersucht und Verifizierungen angestrebt werden.

Zumindest kurz gestreift werden muß hier auch *Tönnies (1855–1936)*, der zu Anfang des Jahrhunderts eine historisch-soziologische Skizze über »Die Entwicklung der Technik« vor-

18 Man vgl. hierzu *Karl-Heinz Ludwig*, Technik und Ingenieure im Dritten Reich, Düsseldorf 1974, S. 69 ff. et passim.
19 Vgl. *Friedrich Meinecke*, Die deutsche Katastrophe, 3. Aufl., Wiesbaden 1947, bes. S. 59 ff.
20 *Karin Hausen / Reinhard Rürup* (Hrsg.), Moderne Technikgeschichte, Köln 1975, S. 11 f.
21 Hildesheim / New York 1975.
22 *Gustav v. Schmoller*, Das Maschinenzeitalter in Zusammenhang mit dem Volkswohlstand und der sozialen Verfassung der Volkswirtschaft, Berlin 1903, S. 24.
23 Bd. 1, 1. Aufl., München / Leipzig 1900; Bd. 2, 1. Aufl., ebda. 1904 (2. Aufl. 1920).

legte[24] und naturwissenschaftliche, technische und sozialwissenschaftliche Betrachtungsweisen, namentlich bei der Differenzierung der Unterscheidungsmöglichkeiten von Werkzeug und Maschine, voneinander abhob. Obgleich Tönnies im Anschluß an Adolph Wagners großes Lehr- und Handbuch der politischen Ökonomie[25] die Herausschälung des Generellen und Typischen aus den konkreten individuellen Erscheinungen, die Ableitung von Regelmäßigkeiten und Gesetzmäßigkeiten der Gestaltung, der Wiederkehr, des Verlaufs, der Entwicklung des Typischen und Individuellen in den Erscheinungen als »zweite Aufgabe« nur andeutete und zu einem wissenschaftlichen Wagnis erklärte, wurden wiederum Wegzeichen für eine technikgeschichtliche Forschung gesetzt.

In einem relativ großen Umfang berücksichtigte vor allem *Sombart* (1863–1941) die historische Technik, und zwar schon in der ersten Auflage seines Hauptwerkes »Der moderne Kapitalismus«[26]. In der Folgezeit trat er auch mit materialreichen Einzelstudien, beispielsweise über »Die Technik im Zeitalter des Frühkapitalismus«, hervor[27]. Anläßlich des ersten deutschen Soziologentages 1910 in Frankfurt am Main gab Sombart Anregungen zum Thema »Technik und Kultur«, die zu den frühesten Versuchen einer theoretischen Fundierung technikgeschichtlichen Arbeitens zu rechnen sind[28]. Eine zukünftige Technikgeschichte, für die Sombart allerdings »nicht die geringsten Ansätze« sah, sollte als hauptsächliche Untersuchungsgebiete die Voraussetzungen und die Auswirkungen der Technik betrachten. Sie müsse somit:

1. verfolgen, »welche objektiven Bedingungen und welche treibenden Kräfte eine bestimmte Kulturgestaltung für die Entwicklung der Technik« erzeuge, und
2. den Einwirkungen nachgehen, »die die Technik auf die übrigen Gebiete der menschlichen Kultur auszuüben vermag«[29].

Sombart bemühte sich weiterhin um den Nachweis, daß Marx' materialistische Geschichtsauffassung stärker »technologisch« als »ökonomisch« bestimmt sei, um danach, der eigenen Zielsetzung entsprechend, beständige Wechselwirkungen zwischen Technik und Kultur zu betonen und damit monokausalen Geschichtserklärungen entgegenzutreten. »Die Konstruktion: Wirtschaft durch Technik, übrige Kultur durch Wirtschaft bestimmt«, wies er zurück, da es ihm auf die unmittelbaren, d. h. sich nicht (oder nicht mehr) über die Wirtschaft äußernden Wirkungen der Technik ankam. Diese führten ihn dann auch wieder auf die Notwendigkeit eigenständiger Forschungen zurück, da der Technik »nicht nur eine größere, sondern in gewissem Sinne auch eine wesensverschiedene Bedeutung für die Geschichtsinterpretation zukommt [. . .] als anderen Kulturerscheinungen«[30].

In bewußter Abwendung von allgemeinen »Geschichtstheorien« trat Sombart ähnlich wie vor ihm v. Schmoller für wissenschaftliche Untersuchungen der möglichen Zusammenhänge oder auch Nichtzusammenhänge ein, wobei als erkenntnisleitendes Interesse zunächst allein die Tatsache dienen sollte, daß der Einfluß der Technik – »der Stellung der Technik im natürlichen System der Menschheitsgeschichte entsprechend – überall sich verspüren lassen muß und in der Mehrzahl aller Kulturerscheinungen ein bestimmender sein wird«[31]. Indem Sombart verschiedene Beispiele anführte und Anwendungen der Technik im positiven wie

---

24 *Festgaben für Adolph Wagner zur siebenzigsten Wiederkehr seines Geburtstages,* Leipzig 1905, S. 127–148.

25 *Adolph Wagner,* Grundlegung der politischen Oekonomie, 3. Aufl., 1. Teil, 1. Halbbd., Leipzig 1892, S. 220.

26 Historisch-systematische Darstellung des gesamten Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, München / Leipzig 1902 (2. verb. Aufl. 1916).

27 Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik XXXIV, 1912, S. 721–760.

28 Vgl. ebda. XXXIII, 1911, S. 305–347; ferner *Verhandlungen des ersten Deutschen Soziologentages* (= Schriften der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, I, 1), Tübingen 1911.

29 *Sombart,* Technik und Kultur, S. 314.

30 *Ebda.,* S. 319.

31 *Ebda.,* S. 320 ff.

im negativen Sinne unterschied, entstand ein erstes Modell technikgeschichtlicher Forschung. Bestimmte kulturpessimistische Züge, erinnert sei an Sombarts Abneigung gegen »Automobile mit Lärm und Stank«[32], mochte hingegen kaum jemand als eine frühe Form von Technikfolgenabschätzung, geschweige denn als Aufforderung zur Entwicklung alternativer Technologien betrachten.

Die in ihrer großen Mehrheit von der Präponderanz des Staatlichen überzeugten und dementsprechend beschäftigten deutschen Historiker dürften die spezifischen Anregungen Sombarts kaum beachtet haben. Selbst von den Teilnehmern am Soziologentag wurden sie nach selbstkritischer Reflexion des Vortragenden »gründlich verkannt«. Einige seiner Gedanken und Formulierungen gingen später jedoch auf jenen Seiten in den bekannten »Grundriß der Sozialökonomik« ein, die das komplizierte, historisch eben auch voneinander gelöste Verhältnis von Wirtschaft und Technik behandeln[33]. Sombart selbst sah sich schließlich veranlaßt, »zwei Nationalökonomien« zu unterscheiden, eine statisch-mechanistische Tauschlehre und eine dynamisch-organische Produktionslehre auf der Grundlage historischer Prozesse[34]. Wissenschaftliche Arbeiten, die in der Folgezeit spezifische Fragestellungen der einen oder der anderen Seite aufnahmen, lassen sich in relativ großer Zahl nachweisen[35], und zwar bis hin zur gegenwärtigen Innovationsforschung[36]. Für die weitere theoretische Fundierung einer »modernen« Technikgeschichte werden sie ebenso noch heranzuziehen sein wie die früheren Beiträge der eigentlichen Kulturhistoriker zur Technikdiskussion[37] sowie die der »Technikphilosophen«, die gegen kulturkritische Behauptungen einer Ahistorizität der Technik deren wirkliche Geschichtlichkeit zu bestimmen und zu interpretieren suchten[38].

Die einzelnen Ingenieure, die ihrerseits, namentlich beginnend mit den Gebrüdern *Ludwig* und *Theodor Beck*[39], noch vor und verstärkt nach der Jahrhundertwende Technikgeschichte zu schreiben begannen, scheuten vor theoretischen Reflexionen über das Verhältnis der Technik zu anderen geschichtlichen Wirkfaktoren in der Regel zurück. Ständischen Interessen der Gesamtberufsgruppe entsprechend[40], kam es ihnen mehr darauf an, die Technik in

32 *Ebda.*, S. 325.

33 Vgl. *Friedrich v. Gottl-Ottlilienfeld*, Wirtschaft und Technik (= Grundriß der Sozialökonomik, II. Abt.), Tübingen 1914 (2. Aufl. 1923), bes. S. 348 ff.

34 *Sombart*, Der moderne Kapitalismus, 6. Aufl., Bd. 2, München / Leipzig 1924, S. 920.

35 Man vgl. hier die Aufstellung bei *Knut Borchardt*, Technikgeschichte im Lichte der Wirtschaftsgeschichte, in: Technikgeschichte, Bd. 34, 1967, S. 1 f.; und zusätzlich *A. Sartorius von Waltershausen*, Wirtschaft und Technik als Entwicklung und in der Geschichte, Jena 1936. Interesse verdienen auch die noch kaum ausgewertete Zeitschrift »Technik und Wirtschaft«, die seit 1908 im Verlag des Vereins Deutscher Ingenieure erschien, sowie die mehr als ein Dutzend frühen »Fallstudien«, die L. Sinzheimer seit 1908 als »Technisch-Volkswirtschaftliche Monographien« herausgab.

36 Als jüngste Anregungen für eine historische Betrachtungsweise vgl. *Ludwig Bress*, Das Verhältnis von Wirtschaft und Technik aus der Sicht der Wirtschaftswissenschaften, in: Technikgeschichte, Bd. 43, 1976, S. 135–151; *ders.*, Politik, Ökonomie und Technologie, in: deutsche studien, Jg. XV, 1977, S. 34–50; ferner *Peter Lundgreen*, Wissenschaft und Wirtschaft. Methodische Ansätze und empirische Ergebnisse, in: Technikgeschichte, Bd. 44, 1977, S. 302–314.

37 Vgl. hier wieder als vorzüglichen Überblick insbesondere *Georg Steinhausen*, Technik und Kultur, in: *Kultur- und Universalgeschichte*. Festschrift für W. Goetz, Leipzig / Berlin 1927, S. 460–484.

38 Als zwei noch brauchbare frühe Überblicke vgl. *Manfred Schröter*, Kulturfragen der Technik. Versuch einer kritischen Sichtung des Schrifttums, in: Z. VDI, Bd. 77, 1933, S. 349–353; *Friedrich Dessauer*, Streit um die Technik, 2. Aufl., Frankfurt/Main 1958.

39 Vgl. *Ludwig Beck*, Die Geschichte des Eisens in technischer und kulturgeschichtlicher Beziehung, 5 Bde., Braunschweig 1884–1903; *Theodor Beck*, Beiträge zur Geschichte des Maschinenbaus, Berlin 1899, Neudruck: Hildesheim 1969 (verfaßt nach Vorlesungen, die Th. Beck seit 1886 an der T. H. Darmstadt hielt).

40 Vgl. die historisch-soziologische Studie von *Gerd Hortleder*, Das Gesellschaftsbild des Ingenieurs. Zum politischen Verhalten der Technischen Intelligenz in Deutschland, 3. Aufl., Frankfurt am Main 1973, S. 30 ff., 43 f. et passim.

einer spezifischen, Sachkompetenz erfordernden Eigengesetzlichkeit herauszustellen. Die Begründung einer historischen Schule der Technikwissenschaft lag ihnen fern, obwohl sich im Methodenstreit um eine Theorie des Maschinenbaus seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts mancherlei Ansatzpunkte gefunden hätten [41].

Von Anfang an ergaben sich bei der historischen Materialsammlung der Ingenieure gewisse Widersprüchlichkeiten. Einerseits wollte man die eigene Arbeit in der Geschichtswissenschaft zwar »aufgehoben« haben, andererseits aber hegte man ein nur schlecht verhülltes Mißtrauen gegenüber technischen »Laien«, denen man jenes Verfahren letztlich hätte überlassen müssen [42]. Zumindest als ebenso problematisch wie unter standespolitischen Gesichtspunkten bezeichnend erwies sich die Tatsache, daß trotz einiger Ansätze in Darmstadt und später in Berlin nur halbherzig auf die Integration technikgeschichtlicher Veranstaltungen in die Studiengänge der Technischen Hochschulen gedrungen wurde. Technikgeschichte sollte in die Allgemeinbildung eingehen und erst in zweiter Linie in die Ingenieurbildung. Das Fehlen einer historisch-humanistischen Dimension der Technik in der Lehre an den Hochschulen wurde gelegentlich beklagt [43], doch blieben Konsequenzen in der curricularen Gestaltung aus. Erst in unserer Zeit zeichnen sich mancherorts Änderungen ab, zumal auch die großen Ingenieurvereinigungen inzwischen deutlicher für die Aufnahme der Technikgeschichte in Studien- und Prüfungspläne eintreten [44].

Die von Ingenieuren geschriebene Technikgeschichte fand noch im deutschen Kaiserreich zwei Mittelpunkte, die durch die beiden Namen *Conrad Matschoß* und *Franz Maria Feldhaus* bezeichnet, aber auch unterschieden werden. *Matschoß* (1871–1942), ein Diplomingenieur der Fachrichtung Maschinenbau, stieg in der Berliner Geschäftsstelle des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) auf, wo ihm – seit 1916 auch als Direktor des Vereins – mancherlei Mittel zur Verfügung standen. Als »Historiker« der Dampfmaschine [45] erhielt Matschoß im Wintersemester 1909/10 an der Technischen Hochschule Charlottenburg einen Lehrauftrag zur »Geschichte der Maschinentechnik«, den er in der Folgezeit thematisch ausweitete.

Zu einem Spiegelbild des technikgeschichtlichen Wirkens Matschoß' wurde das Jahrbuch des VDI »Beiträge zur Geschichte der Technik und Industrie«. Als erstes Periodikum dieser Art im Weltmaßstab erschien es seit 1909 als enumerierter Vorläufer der heutigen Vierteljahresschrift »Technikgeschichte«. Die in ihm oder in seinem Umkreis veröffentlichten Arbeiten boten seinerzeit eine spezielle Geschichte technischer Verfahren, Arbeitsmittel und Umweltgestaltung, ferner Beschreibungen »großer Ingenieure« sowie »Männer der Technik« und schließlich, zumal nach Gründung und Eröffnung des Deutschen Museums, eine erste Sichtung »technischer Kulturdenkmale«. Größere Zusammenhänge wurden in der Regel insoweit erforscht, als sich technische Entwicklungen in ganzen Unternehmens- und Indu-

41 Vgl. dazu *Hans-Joachim Braun*, Methodenprobleme der Ingenieurwissenschaft, 1850 bis 1900, in: Technikgeschichte, Bd. 44, 1977, S. 1–18; und, aber doch wohl in starker Überschätzung von Moritz Rühlmanns Ambitionen in seiner »Maschinenlehre«, *Friedrich Klemm*, Der Ertrag der naturwissenschafts- und technikgeschichtlichen Forschung für die Wissenschaft im allgemeinen, in: *Technikgeschichte*. Voraussetzung für Forschung und Planung in der Industriegesellschaft (DVT-Schriften, Nr. 2/1972), Düsseldorf 1972, S. 46.

42 Das Mißtrauen ging im Extremfall so weit, daß sich praktisch tätige Ingenieure in bezug auf technikgeschichtliches Arbeiten auch gegen »die berufsmäßigen Schreiber im Bereich der Technik« aussprachen, d. h. gegen Ingenieure der Verwaltung, da sie »mit der wirklichen Entwicklung nicht vertraut« seien. Vgl. *A(lois) Riedler*, Emil Rathenau und das Werden der Großwirtschaft, Berlin 1916, S. 247.

43 Vgl. beispielsweise *W. Franz*, Die Beteiligung technischer Geistesrichtung bei den Aufgaben der Lebensführung, der Reichs-, Staats- und Selbstverwaltungen, in: ETZ, Jg. 38, 1917, S. 254.

44 Vgl. die Entschließung des Deutschen Verbandes Technisch-Wissenschaftlicher Vereine (DVT) vom Juli 1972. Beilage zur DVT-Schrift nach Anm. 41; auch Anm. 54.

45 Vgl. als Hauptwerk: Die Entwicklung der Dampfmaschine. Eine Geschichte der ortsfesten Dampfmaschine und der Lokomobile, der Schiffsmaschine und der Lokomotive. Im Auftrage des Vereins Deutscher Ingenieure bearbeitet von *Conrad Matschoß*, 2 Bde., Berlin 1908.

striezweigen durchsetzten[46]. Nach 1933 erschien das Jahrbuch, wie schon einmal acht Jahre zuvor, als das Rheinland behandelt wurde, stärker auf die aktuelle Politik bezogen. 1934 beispielsweise, im Jahr des beginnenden großen Autobahnbaus, enthielt es vornehmlich Aufsätze über historische Straßen- und Wegeanlagen.

Grundsätzliche Ausführungen über die Beziehungen von Staat und Technik hätten sich spätestens mit *Franz Schnabels* »Deutscher Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert« angeboten. Ihr dritter Band, der 1934 veröffentlicht wurde[47], stellte seinerzeit eine absolute Ausnahmeleistung der deutschen Geschichtsschreibung dar, da er die gesamte Spezialliteratur zu nutzen und die Technik daraufhin als Ausdruck bürgerlich-liberaler Geisteshaltung einzuordnen wußte. Entsprechende Interpretationen fehlen in dem technikhistorischen Jahrbuch des VDI aber ebenso wie überhaupt methodisch-theoretische Erwägungen[48]. Seine eigene Einstellung zum Staat und partiell auch zu den Grundfragen seiner geschichtlichen Arbeit legte *Matschoß* an anderen Stellen dar[49], während Historiker der etablierten Zunft in seinem Periodikum auch weiterhin kaum zur Sprache kamen[50] und wohl auch kein Interesse zeigten. Als Autoren traten vornehmlich ältere, oftmals im Ruhestand befindliche Ingenieure auf, die eine langjährige Erfahrung im technisch-industriellen Produktionsprozeß auch zu spezieller geschichtlicher Arbeit befähigte. Ihre materialreichen, thematisch oftmals aber engen, auf schmaler wissenschaftsgeschichtlicher Quellenbasis, nur historische Originaldeskriptionen heranziehenden Darstellungen betrafen ziemlich gleichmäßig die Zeit vom Altertum bis zur Gegenwart. Verkürzungen auf eine scheinbar »moderne« Technikgeschichte seit Ende des 18. Jahrhunderts, wie sie heute gelegentlich vertreten werden[51], finden unter den »technischen« Technikhistorikern kein Vorbild. Sie würden einer deutschen Technikforschung vermutlich auch mehr schaden als nützen und sie theoretisch im Vergleich mit dem Ausland zurückwerfen[52]. Technische Innovationen bedeuteten Ende des 18. Jahrhunderts weder auf dem Gebiet der Werkzeugmaschinen noch auf dem der Kraftmaschinen etwas grundsätzlich Neues. »Revolutionierend« wirkten sie in der Masse und in der Kombination, in Deutschland übrigens relativ spät. Echte Formveränderungen

46 Als herausragendes Beispiel vgl. *Conrad Matschoß*, Ein Jahrhundert deutscher Maschinenbau. Von der mechanischen Werkstätte bis zur deutschen Maschinenfabrik 1819–1919, 2. erw. Aufl., Berlin 1922.

47 Erfahrungswissenschaften und Technik, 3. Aufl., Freiburg 1954.

48 *Hugo Th. Horwitz* beispielsweise, der regelmäßig mit Beiträgen in Matschoß' Jahrbuch erschien, veröffentlichte seine wichtigen, gegenüber der rein deskriptiven Methode seiner Berufskollegen kritischen Aufsätze in den von F. M. Feldhaus hrsg. »Geschichtsblättern für Technik, Industrie und Gewerbe«, Jg. 11, 1927, S. 32–36, sowie in der ebenfalls, wenngleich mehr standespolitisch konkurrierenden Zeitschrift des Verbandes Deutscher Diplom-Ingenieure »Technik und Kultur«, Bd. 20, 1929, S. 213–220, und Bd. 22, 1931, S. 111–115 und 156.

49 Vgl. *Conrad Matschoß*, Staat und Technik. Ein Beitrag zu den Studien über wechselseitige Beziehungen zwischen Staat und Technik mit besonderer Berücksichtigung der neueren Entwicklung, in: Z. VDI, Bd. 55, 1911, S. 1185–1197; dazu *Ludwig*, Technik und Ingenieure, S. 28 ff. Auf unbeachtete Ausführungen Matschoß' machte jüngst aufmerksam: *Dieter Leuthold*, Grundfragen der modernen Technikgeschichte im Referat von Conrad Matschoß auf dem Kongreß des Deutschen Ausschusses für Erziehung und Unterricht von 1926? Reflexion und Dokument, in: Problemaspekte. Schriftenreihe der Hochschule für Wirtschaft Bremen, Bd. 1, Bremen 1976, S. 70–84.

50 Als nennenswerte Ausnahme vgl. *Jakob Strieder*, Die Entstehung eines deutschen frühkapitalistischen Montanunternehmertums im Zeitalter Jacob Fuggers des Reichen (1459–1525), in: Bd. 19, 1929, S. 1–12.

51 Man vgl. hier neben *Hausen / Rürup* (Anm. 20), S. 9, vor allem *Düwell* (Anm. 3), S. 10 ff., der die Technik des Industriezeitalters pauschal als ein »Novum« betrachtet und dann selbst die Frage stellt, was es heißt, die Technikgeschichte für die Zeit seit dem Ende des 18. Jahrhunderts zu einem integralen Bestandteil der »allgemeinen« Geschichtswissenschaft zu machen.

52 Vgl. die Handbücher nach Anm. 65 und für die Wertschätzung des Mittelalters als Erkenntnisquelle in der amerikanischen technikgeschichtlichen Arbeit beispielsweise *Eugene F. Ferguson*, Toward a Discipline of the History of Technology, in: Technology & Culture, Vol. 15, 1974, S. 26 f.

der Technik ergaben sich mit deren totaler »Verwissenschaftlichung« seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Gerade die Fragen der Periodisierung, der Übereinstimmung oder Nichtübereinstimmung verschiedenartiger Entwicklungsprozesse, der »gleichzeitigen Ungleichzeitigkeit« werden die Technikgeschichte freilich noch stärker zu beschäftigen haben.
Der Personenkreis um Matschoß schuf keine methodisch geschlossene oder gar theoretisch abgesicherte »Disziplin« Technikgeschichte, legte mit den Jahrbüchern des VDI aber einen ersten sicheren Grund[53]. Unter dem Eindruck der sogenannten Kulturwertdebatte um die Technik setzte sich auch Matschoß, vermutlich nach einem Besuch im Leipziger Institut Lamprechts, die Einbeziehung der Technik in die allgemeine Kulturgeschichte ganz pauschal als ein nicht näher bestimmtes Dauerziel[54]. Dasselbe ergab sich im übrigen fast von selbst, nachdem man die Ingenieurtätigkeit schlechthin und von vornherein als Kulturarbeit verstand. Die These von der Eigengesetzlichkeit und Wertneutralität der Technik wirkte dann nicht als Widerspruch, sondern wurde geradezu Grundlage einer scheinbar »sachgerechten« Geschichtsdarstellung, die den sozialen, ökonomischen und politischen Kontext ausschloß.
Ohne den sicheren Rückhalt durch einen großen technisch-wissenschaftlichen Verein hatte der Ingenieur *Feldhaus* (1875–1957) auf historischem Gebiet einen weit schwierigeren Start als der Kreis um Matschoß. Seit der Jahrhundertwende widmete sich Feldhaus einer Stichwortkartei für Gegenstände aller technischen Wissensgebiete. Jeweils in ihrem spezifischen Entwicklungsprozeß erforscht, sollten dieselben die Grundlage für eine große Zusammenschau bilden. Mit dem 1914 veröffentlichten ersten Ergebnis »Die Technik der Vorzeit, der geschichtlichen Zeit und der Naturvölker« trat Feldhaus in die Fußstapfen der lexikographischen Kameralisten, um zugleich ein neueres Nachschlagewerk mit partiell noch heute wertvollen technikgeschichtlichen Primärinformationen vorzulegen[55]. Als Publikationsorgan für die weitere Sammel- und Forschungstätigkeit dienten bis zur Einstellung im 11. Jahrgang (1927) die von Feldhaus selbst herausgegebenen »Geschichtsblätter für Technik, Industrie und Gewerbe«. Das gesamte Material, das bis in die Zeit nach dem 2. Weltkrieg recht unkritisch zu dem inzwischen so genannten »Feldhaus-Archiv« zusammengetragen wurde, lagert heute in Berlin[56].
Gleich Matschoß strebte auch Feldhaus – trotz erbitterter persönlicher Konkurrenz – die Einordnung der Technik in eine allgemeine Kulturgeschichte an[57]. Im Gegensatz zu jenem, der für eigene Forschungen die einträgliche Unternehmensgeschichte seit dem 19. Jahrhundert bevorzugte, wandte sich dieser aber auch früheren Geschichtsperioden zu. Seine detaillierte Arbeit über »Die Technik der Antike und des Mittelalters« (1931) konnte vierzig Jahre später ebenfalls als Neudruck erscheinen[58]. In ihrer Materialfülle liest sie sich noch immer außergewöhnlich anregend, obwohl außertechnische Zusammenhänge – im Gegensatz zu einigen vorbildlichen Studien der jüngeren Mediävistik[59] – nur gelegentlich berücksichtigt werden.

53 Vgl. dazu das Vorwort von *Hans Schimank* zu Bd. 31, 1965, der Zeitschrift »Technikgeschichte«: Inhaltsverzeichnis und Register zu »Technikgeschichte. Beiträge zur Geschichte der Technik und Industrie«, Jahrbuch des Vereins Deutscher Ingenieure, Bd. 1 bis 30 (1909 bis 1941), 6 S., unpag.
54 Für die Kontinuität dieser Zielvorstellung vgl. die Entschließung des DVT aus dem Jahr 1972 (Anm. 41), die von einer Subdisziplin der allgemeinen Kulturgeschichte ausgeht: »Technikgeschichte und Geschichte der Naturwissenschaften müssen entsprechend ihrer Bedeutung für eine systematisch aufbauende Lehre und für die allgemeine Kulturgeschichte nicht nur in Forschung und Lehre der Natur- und Technikwissenschaften, sondern auch in der allgemeinen Geschichte sowie der Wirtschafts- und Sozialgeschichte behandelt werden«.
55 2. Aufl., München 1965.
56 Vgl. dazu *Ilja Mieck*, Bemerkungen zum Feldhaus-Archiv (Berlin), in: Der Archivar, Jg. 22, 1969, Sp. 383–390.
57 *Ebda.*, Sp. 284; vgl. auch Feldhaus' Mitwirkung am Deutschen Kulturatlas, hrsg. von *Gerhard Lüdtke* und *Lutz Mackensen*, 5 Mappen, Berlin / Leipzig 1928/38.
58 Documenta Technica – Darstellungen und Quellen zur Technikgeschichte, Reihe I, Hildesheim / New York 1971.
59 Vgl. bes. Anm. 116.

Trotz kritischer Maßstäbe, die namentlich der theoriebewußte Historiker der Gegenwart an die deutsche Technikgeschichtsschreibung der Ingenieure anzulegen geneigt ist, sei hier abschließend betont, daß sich in den Darstellungen aus dem Umkreis von Matschoß und Feldhaus nicht etwa ein gänzlich überholter historiographischer Entwicklungsschritt manifestiert. Viele, sogar die meisten jener Beiträge sind zumindest für erste Informationen über bestimmte technische Probleme noch heute unentbehrlich. Der Historiker wird die Fragestellungen oftmals als zu eng empfinden, zumal dann, wenn sie das Mensch-Technik-System, beispielsweise die Probleme der Betätigung bestimmter Maschinen, vernachlässigen, doch muß er sich wohl damit abfinden, daß Ingenieure geschichtliche Beiträge auch aus ihrer Sicht schreiben. Die Mitarbeit technischer Fachleute und deren Koordinierung in den technisch-wissenschaftlichen Vereinen bleibt jedenfalls conditio sine qua non technikgeschichtlicher Forschung. Angesichts der in der Technik heute erreichten Auffächerung werden an den Elektrotechniker, den Maschinenbauer, den Berg- und Hüttenmann usw. immer wieder Fragen zu stellen sein, auf die nur noch er als Spezialist Antworten zu geben vermag, Antworten allerdings, die ihrerseits dann vielleicht den geschichtswissenschaftlichen Prozeß zu fördern und im Hinblick auf eine Lösung des Gesamtproblems Technik und Gesellschaft voranzubringen vermögen.

## II.

Als Matschoß im Jahre 1940 über den Stand der damaligen Technikgeschichte berichtete, vermochte er einige neuere vor- und frühgeschichtliche Arbeiten zu nennen, die der zeitgenössische Germanenkult hervorgebracht hatte, und weiterhin einen Aufschwung der Unternehmensgeschichte. Ansonsten blieb ihm die eher resignierte Erkenntnis, daß die Technikgeschichte noch immer arm an Mitarbeitern sei. Im Bereich der Hochschulwissenschaft hatte Matschoß seinen Lehrauftrag zu einem »Seminar« ausweiten können, während als zweiter »bescheidener Ansatz« nur das Forschungsinstitut für Technikgeschichte in Wien zu erwähnen blieb, das seit 1932 die »Blätter für Geschichte der Technik« (heute »Blätter für Technikgeschichte«) als Jahresband herausgab und dem Technischen Museum für Industrie und Gewerbe unterstand [60].

Die deutsche Technikgeschichte, die, von einigen hilfswissenschaftlichen Funktionen und jeweils für politisch »relevant« gehaltenen Ansätzen abgesehen, von den technisch-wissenschaftlichen Vereinen und musealen Organisationen als Nebentätigkeit getragen wurde, konnte auch nach dem 2. Weltkrieg ihren Entwicklungsstand zunächst nicht erhöhen. Als in der Demokratie die Chance bestand, die Gegenstände der Geschichtswissenschaft nach ihrer gesellschaftlichen Wertigkeit zu befragen, blieb die Technikgeschichte im Verhältnis zur Wirtschaftsgeschichte und zur Sozialgeschichte, zwei Disziplinen, denen sich immer mehr Historiker zuwandten, noch zwei Jahrzehnte abseits. Nachdem sich *Werner Conze* 1956 für eine Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters eingesetzt hatte [61], vermutete *Theodor Schieder* ein Jahr später aber ganz richtig, daß sich die Frage nach dem geschichtlichen Bewußtsein der Technik, nach »dem historischen Aspekt ihrer menschlichen Entwicklung« im Verlauf der seinerzeit einsetzenden Automatisierung immer stärker stellen, wenngleich »selbst nur von der Technik her wenigstens in Gang zu bringen« sein werde [62].

Der entscheidende Schritt ging dann tatsächlich wieder vom Verein Deutscher Ingenieure

60 *Conrad Matschoß*, Die neuere Entwicklung der deutschen Technikgeschichte, in: Forschungen und Fortschritte, Jg. 16, 1940, S. 73–75.

61 Vgl. *Werner Conze*, Die Strukturgeschichte des technisch-industriellen Zeitalters als Aufgabe für Forschung und Unterricht, Köln/Opladen 1957.

62 Vgl. *Theodor Schieder*, Geschichte als Standortbestimmung, in: Offene Welt, Nr. 57, 1958, S. 441.

aus. Als dieser nach einem wissenschaftlichen Gespräch zwischen Ingenieuren und Historikern, an dem unter anderen *Knut Borchardt, Günther Franz, Erich Keyser, Friedrich Klemm, Karl-Heinz Ludwig, Kurt Mauel, Hans Schimank, Albrecht Timm, Klaus Tuchel, Wilhelm Treue, Rudolf Vierhaus* und *Wolfgang Zorn* teilnahmen, Anfang 1965 die Zeitschrift »Technikgeschichte« neu herausgab, verband sich damit eine Herausforderung der deutschen Geschichtswissenschaft: Ausdrücklich erhielt die neue Vierteljahresschrift eine integrierende Aufgabe, nämlich die geschichtliche Entwicklung der Technik und der Industrie »in die Darstellung der allgemeinen Geschichte einzuordnen«[63]. In die wissenschaftliche Leitung der Zeitschrift wurden überwiegend Historiker berufen: *Friedrich Klemm, Wilhelm Treue* und *Adam Wandruszka*, später *Kurt Mauel*, der allein auch die Redaktion behielt, sowie *Karl-Heinz Ludwig* und *Ulrich Troitzsch*. Nach wiederholten Vorstellungen in der Düsseldorfer Zentrale des VDI konnte endlich – ab Heft 1/1978 – mit *Wolfgang König* wieder ein junger Nachwuchshistoriker für die Redaktionsarbeit angestellt werden, so daß es nunmehr auch gelingen sollte, die lange geplanten inhaltlichen Verbesserungen durchzusetzen. Insgesamt gesehen war ab 1965 mit der genannten Zeitschrift und wenig später mit einer zusätzlichen Schriftenreihe »Technikgeschichte in Einzeldarstellungen«, die bis 1977 auf immerhin 36 Bände, darunter annähernd die Hälfte Dissertationen, anwuchs, ein neuer Mittelpunkt für wissenschaftliche Arbeiten entstanden. Der methodische Auf- und Ausbau des Arbeitsfeldes Technikgeschichte hatte begonnen.

Auch in den 60er Jahren setzten die Fortschritte bei der schwierigen Aufarbeitung der Technik durch die Geschichtswissenschaft Lösung etlicher Grundprobleme voraus. Nachdem 1958 noch einmal nach einer Technikgeschichte gefragt worden war, die mehr als ein Nebeneinander von Geschichten der technischen Fächer sei[64], traten im Zusammenhang mit einer konzeptionellen Diskussion der ersten umfassenden Handbücher in England und Frankreich, später auch in Amerika[65], zwei Möglichkeiten des methodischen Ansatzes hervor, die es sinnvoll zu verknüpfen galt. Gefordert war die möglichst weitgehende Synthese einer primär ingenieurwissenschaftlich, an einzelnen technischen Fachrichtungen orientierten speziellen Technikgeschichte, einer technischen Verfahrens-, Anlagen- und Instrumentengeschichte also, und einer am historischen Gesamtprozeß orientierten allgemeinen Technikgeschichte[66]. Der neuen »Disziplin« mit verschiedenen Möglichkeiten schwerpunktmäßiger Arbeit mußte jedenfalls ein erweiterter, die Technik als Wissenschaft, als Arbeitsmittel und als (vermitteltes Arbeitsmittel der) Umweltgestaltung des Menschen einbeziehender Technikbegriff zugrunde gelegt werden, der aber selbst nur wieder in einer geschichtlichen Abhängigkeit verstanden werden konnte. Spätestens der Übergang von der empirisch-rationalen Technik zur wissenschaftlichen Technik im 19. Jahrhundert bedurfte in historiographischer Sicht dann beispielsweise der Ausdifferenzierung einer einschlägigen Wissenschaftsgeschichte.

Die methodische Unterscheidung zur Integration verschiedener Betrachtungsweisen in der Technikgeschichte verstärkte zunächst traditionelle Animositäten der »zwei Kulturen«, da sie mit Bewertungen und zudem mit Identifikationsschwierigkeiten unter Ingenieuren und

63 Programmatischer Satz der Bde. 32–43. Ab Bd. 44, 1977, sollte es heißen: »Die Zeitschrift veröffentlicht Beiträge über die geschichtliche Entwicklung der Technik in ihren wissenschaftlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenhängen«.

64 Vgl. *Otto Mahr*, Zur Autonomie der Technikgeschichte, in: Sudhoffs Archiv, Bd. 42, 1958, S. 47.

65 *Charles Singer / E. J. Holmyard / A. R. Hall* (Hrsg.), A History of Technology, 5 Bde., London 1954–1958; *Maurice Daumas*, Histoire générale des Techniques, 3 Bde., Paris 1962–1968; *Melvin Kranzberg / Carroll W. Pursell jr.* (Hrsg.), Technology in Western Civilization, 2 Bde., New York 1967. Als sowjetisches Pendant vgl. *A. A. Sworykin* u. a., Geschichte der Technik, 2. Aufl., Leipzig 1967; als jüngeres Beispiel für ein kleineres Land *Luboš Nový* (Hrsg.), Dějiny techniky v Československu (do konce 18 století), Prag 1974.

66 *Karl-Heinz Ludwig*, Grundfragen der Technikgeschichte, in: GWU, Jg. 15, 1964, S. 76 ff.; *Hans Schimank*, Technikgeschichte als Forschungsaufgabe und als Bildungsmittel, in: Jahrbuch der Schiffbautechnischen Gesellschaft, Bd. 58, 1964, S. 181.

Historikern verbunden schien. Inzwischen hat sie in die großen geschichtlichen Handbücher Eingang gefunden[67] und neben fortgesetzten Diskussionen über die günstigsten Formen der gemeinsamen Arbeit spezifische Aufgabengebiete eröffnet. In der neuen Zeitschrift »Technikgeschichte« wurden sie zusammengefaßt, freilich ohne daß in allen Einzelfällen das gesteckte Ziel, die Integration der Technik in gesamtgeschichtliche Zusammenhänge, gleich erreicht worden wäre. Andererseits unterschätzen aber auch nur naive Kritiker ohne eigene Erfahrung in der technikgeschichtlichen Arbeit die tatsächlichen Schwierigkeiten, die es zu bewältigen gilt, wenn es darum gehen soll, technikinterne und technikexterne Wirkfaktoren genauer zu analysieren und zueinander in Beziehung zu setzen.

Nach den ersten fachkonstitutiven Beiträgen zur deutschen Technikgeschichte[68] ergab sich in der methodischen Diskussion eine längere Pause. Sie wurde zu einer ersten organisatorischen Konsolidierung und zur Erprobung der gewonnenen Erkenntnisse in der historiographischen Praxis genutzt. Schwerpunkte technikgeschichtlicher Lehre und einer dieselbe – kaum mehr – stützenden Forschung entstanden an den Universitäten und Hochschulen in Berlin, Bochum, Bremen, Darmstadt, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart. Geht man die Liste einzeln durch, dann bedürfte es zahlreicher zusätzlicher Bemerkungen, die einen nicht immer günstigen Eindruck moderner Hochschulpolitik hinterlassen könnten und deshalb hier gar nicht erst beschrieben werden[69]. Die in Zusammenhang mit Berufungen entstandenen Probleme zeigen aber auch wieder, daß technikgeschichtliche Fragen heute mehr denn je ein außerordentlich großes Arbeitsfeld beanspruchen, auf dem nicht nur die Geschichtswissenschaft und die Technikwissenschaften zusammentreffen, sondern, wenngleich mit spezifischen Interessen und Fragestellungen, auch die Naturwissenschaften, die Philosophie sowie die Wirtschafts- und die Sozialwissenschaften. Schließlich gehen dann auch noch von einer modernen Pädagogik Impulse aus, den Bildungswert der Technik in der Technikgeschichte zu erschließen[70], die sich in der letzten Zeit im Rahmen spezifischer Bemühungen um die Technik als Schulfach verstärkten[71].

Wollte man die deutschen Historiker, die Technikgeschichte allein oder in Verbindung mit Wirtschaftsgeschichte, mit Sozialgeschichte oder mit Naturwissenschaftsgeschichte an Universitäten und Hochschulen lehren, zahlenmäßig zusammenfassen, dann käme eine schon beachtliche Größenordnung heraus. Zu berücksichtigen wäre dann weiterhin, daß zahlreiche »allgemeine« Historiker in den letzten Jahren auf technikgeschichtliche Herausforderungen reagierten und in der Zeitschrift »Technikgeschichte« publizierten. Andere, wie *Reinhard Rürup*, wurden durch *Wilhelm Treue* als Veranstalter sogenannter Assistentenkolloquien an die historische Technikforschung herangeführt. Wenn jetzt in der Rezension eines Buches über die Lage in Großbritannien die dortigen Zahlen – zwei Professoren,

---

67 Vgl. *Wilhelm Treue*, Wirtschaft, Gesellschaft und Technik in Deutschland vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, in: *Gebhardts* Handbuch der deutschen Geschichte, 9. Aufl., Bd. 2, Stuttgart 1970, S. 466.

68 Nach *Mahr* (Anm. 64), *Ludwig* und *Schimank* (Anm. 66) wurde die Diskussion hauptsächlich in der neuen Zeitschrift »Technikgeschichte« fortgesetzt. Vgl. *Wilhelm Treue*, Technikgeschichte und Technik in der Geschichte, in: Technikgeschichte, Bd. 32, 1965, S. 3–18; *Karl-Heinz Ludwig*, Technikgeschichte als Strukturgeschichte, ebda., Bd. 33, 1966, S. 105–120; *Borchardt* (Anm. 34); schließlich *Albrecht Timm*, Geschichte der Technik und Technologie – Grundsätzliches vom Standort des Historikers, ebda., Bd. 35, 1968, S. 1–13, sowie *Rüsen* (Anm. 17).

79 Allein in bezug auf die Streichung des Lehrstuhls in Hannover vgl. man die kritischen Bemerkungen von *Treue* (Anm. 3), S. 8.

70 Vgl. hierzu die einschlägigen Beiträge in dem von *Heinrich Roth* hrsg. Sammelband: Technik als Bildungsaufgabe der Schulen, Hannover usw. 1965, S. 231–267, und sodann – nach einer charakteristischen Pause – die Arbeiten von *Alfred Heggen*, Technikgeschichte und Geschichtsunterricht, in: GWU, Jg. 26, 1975, S. 749–770, und *Helmut Christmann*, Technikgeschichte in der Schule, Ravensburg 1976; seit 1977 auch die Zeitschrift des Deutschen Museums München »Kultur & Technik«, die sich u. a. die Information von Pädagogen zum Ziel gesetzt hat.

71 Vgl. *Düwell* (Anm. 3), S. 13.

dreißig »lecturers« – für günstiger gehalten werden als in Deutschland[72], dann scheint dieser Eindruck eher auf Komparations- und Additionsschwierigkeiten zu beruhen. Lehrveranstaltungen werden wohl schon in ausreichendem Maße angeboten; was hierzulande fehlt, sind arbeitsfähige Forschungsstätten.

Ausgehend vom Umfang des Lehrpotentials, wäre nun nach dem wissenschaftlichen Stand des technikgeschichtlichen Arbeitsfeldes zu fragen. Antworten könnten nach einem einfachen Vergleich der überblicksartigen Arbeiten von 1975/77 mit den ähnlichen Publikationen von 1964/1968 verhältnismäßig leicht erscheinen. Das entsprechende Verfahren ließe sich auf die Tatsache stützen, daß in der Zwischenzeit nur wenige zusammenfassende Berichte veröffentlicht wurden: vor allem die Vorträge anläßlich einer gemeinsamen Jahresversammlung des Deutschen Verbandes Technisch-wissenschaftlicher Vereine und der Georg-Agricola-Gesellschaft zur Förderung der Geschichte der Naturwissenschaften und der Technik[73], weiterhin eine Einführung durch *Albrecht Timm*[74] sowie *Rürups* Beitrag zur Herzfeld-Festschrift, der aber schon eine Art Vorstudie bildete für die Einleitungen und Vorbemerkungen zu dem 1975 zusammen mit *Karin Hausen* herausgegebenen Sammelband[75]. Der Versuch, die 1975/77 erschienenen theoriekritischen Beiträge zur Technikgeschichte en bloc zu analysieren, stößt dann aber auf die erwarteten Schwierigkeiten: einer allmählich stärker ausdifferenzierten historischen Technikforschung entsprechend, wurden in den fraglichen Arbeiten unterschiedliche Standorte bezogen und manche Aussagen nicht immer hinreichend oder mit deutlicher Bevorzugung ausländischer Beispiele belegt. Erst die *Vorträge vom 31. Historikertag in Mannheim* wandten sich tendenziell wieder stärker der »deutschen Technikgeschichte« zu[76]. Zur gleichen Zeit unterzog sich *Rainer Stahlschmidt* der Aufgabe eines gründlichen Studiums annähernd der gesamten technikgeschichtlichen Literatur für das 20. Jahrhundert[77], so daß seine umfassende Materialanalyse im folgenden gelegentlich als Korrektiv herangezogen werden kann.

Mancherlei Zustimmung unter den jüngst erschienenen Arbeiten fand zunächst die relativ überblicksreiche Studie von *Werner Rammert*[78], die im Rahmen des Forschungsschwerpunkts Wissenschaftsforschung der Universität Bielefeld entstand, und zwar nicht zuletzt in der Absicht, historische Ansätze im Hinblick auf eine sozialwissenschaftliche Technikforschung kennenzulernen. Im Ergebnis bemängelte Rammert das Fehlen »übergreifender Relevanzkriterien« in der Technikgeschichte, die erforderlich seien, um partikuläre Orientierungen zu überwinden. In der tatsächlichen Multidisziplinarität bei verkürzter Interdisziplinarität erblickte er »die Ursache für die Unfähigkeit der Technikgeschichte, ein theoretisch relevantes Forschungsprogramm zur technischen Entwicklung in der Gesellschaft zu erstellen«[79]. Abgesehen davon, daß hier wohl aus der in Bielefeld bevorzugten Forschungssicht heraus argumentiert wurde, traf die Kritik an der fehlenden Rezeption der »soziologischen, sozial-psychologischen, politologischen, politökonomischen und kulturwissenschaftlichen Ansätze«, der amerikanischen »History of Technology« sowie der unge-

---

72 Technikgeschichte, Bd. 44, 1977, S. 185 f.

73 Vgl. Anm. 41.

74 *Albrecht Timm*, Einführung in die Technikgeschichte, Berlin / New York 1972.

75 Vgl. Anm. 20.

76 Vgl. hier vor allem die Beiträge von *Kurt Düwell* (Anm. 3) sowie von *Ulrich Troitzsch / Wolfhard Weber* (Anm. 97), womit im übrigen die Notwendigkeiten vergleichender Studien nicht in Zweifel gezogen werden sollen.

77 *Rainer Stahlschmidt*, Quellen und Fragestellungen einer deutschen Technikgeschichte des frühen 20. Jahrhunderts bis 1945 (= Studien zu Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im 19. Jahrhundert, Bd. 8), Göttingen 1977.

78 Vgl. *Werner Rammert*, Technik, Technologie und technische Intelligenz in Geschichte und Gesellschaft. Eine Dokumentation und Evaluation historischer, soziologischer und ökonomischer Forschung zur Begründung einer sozialwissenschaftlichen Technikforschung (= Wissenschaftsforschung, 3. Report), Bielefeld 1975.

79 *Ebda.*, S. 34 f.

nügenden Auseinandersetzung mit der marxistisch-leninistischen Theorie und Forschung zur Produktivkraftentwicklung partiell sicherlich ins Schwarze.

Die globale Aufforderung zur methodologischen und institutionellen (!) Integration aller (!) in Frage kommenden Disziplinen[80] schoß dann aber weit über die zur Zeit überhaupt schon erreichbaren Ziele hinaus. Eine interdisziplinär ausgerichtete Vortrags- und Diskussionsveranstaltung, die sich Anfang März 1976 ausdrücklich die Rammert-Studie zur Grundlage nahm[81], offenbarte als eigentliches Problem der Interdisziplinarität schnell den geringen Entwicklungsstand der angesprochenen Wissenschaften in bezug auf die eigene Technikinterpretation. Aus verständlichen Gründen versuchte man sich den eigenen, mühsam erarbeiteten und vielleicht personal- und etatmäßig schon abgesicherten Forschungsweg eher abzugrenzen und jedenfalls zu bewahren. Die Vertreter der Geschichtswissenschaft vermochten im Wissen um die ganze Breite des Arbeitsfeldes für die Schwierigkeiten interdisziplinärer Kommunikation noch am ehesten Verständnis aufzubringen. Wirklich integrierend wirkten auch die sozialwissenschaftlichen Argumente nicht. Die These, daß eine allgemeine Theorie der Technikentwicklung, die das Verhältnis ›interner‹ Eigengesetzlichkeiten und ›externer‹ Entwicklungsfaktoren zu klären habe, »letztlich« eine sozialwissenschaftliche sein müsse[82], blieb ein mageres Ergebnis. Im übrigen wagte sich an das schwierige Unternehmen, möglichst viele, in verschiedenen Disziplinen getroffene Aussagen über Technik zusammenzufassen, in jüngster Zeit nur ein außeruniversitärer Kreis um den Chemiker *Hans Sachsse* heran[83].

Stärker noch als Rammert heben *Hausen* und *Rürup* den höheren Diskussions- und Entwicklungsstand der Technikgeschichte in Frankreich, der DDR und in den USA hervor. Konsequent publizieren sie in ihrem Sammelband vornehmlich amerikanische Beiträge, ohne damit in jedem Falle die eigene kritische Distanz gegenüber der deutschen Forschung auch wirklich konstruktiv zu ersetzen[84]. Inzwischen liegen in *Stahlschmidts* fundierter Darstellung genauere Angaben über bestimmte Entwicklungslinien der deutschen Technikgeschichtsschreibung vor, so über Erfinder, Innovationen, Fragen der Technischen Intelligenz[85], über Veränderungen im Bereich der Produktionstechnik[86] und sogar über die Arbeitsverhältnisse[87], obwohl von anderen gerade hier die große Forschungslücke gesehen wird[88]. Im Hinblick auf das 20. Jahrhundert[89] könnte vielleicht sogar der Verdacht aufkommen, daß die allgemeine Geschichtswissenschaft die Rezeption technikgeschichtlicher Ergebnisse gelegentlich in ganz traditioneller Weise zurückzustellen sucht[90].

---

80 *Ebda.*, S. 35.

81 Vgl. Technikgeschichte, Bd. 43, 1976, Nr. 2.

82 *Peter Weingart*, Die historische Funktion der Technik aus der Sicht der Soziologie, ebda., S. 156.

83 *Hans Sachsse* (Hrsg.), Technik und Gesellschaft, 3 Bde., München 1974/76.

84 Vgl. *meine* Rezension in dieser Zeitschrift, Bd. XVI, 1976, S. 672 ff.; ähnlich auch *Wilhelm Treue* in: Technikgeschichte, Bd. 44, 1977, S. 66 ff.

85 *Stahlschmidt*, S. 50 ff. und 100 ff.

86 *Ebda.*, S. 57 ff.

87 *Ebda.*, S. 105 ff.

88 Vgl. Anm. 3; als neuesten Beitrag zum Thema dann aber in derselben Veröffentlichung vom 31. Historikertag, S. 52–98, *Lothar Burchardt*, Technischer Fortschritt und sozialer Wandel. Das Beispiel der Taylorismus-Rezeption. Im übrigen steht die Publikation einer mehrbändigen historisch-sozialwissenschaftlichen Arbeit zum Thema »Arbeit und Technik« durch Bernd Biesecker bevor.

89 *Stahlschmidts* Arbeit bezieht sich – von Einzelhinweisen abgesehen – nur auf das 20. Jahrhundert. Wie schwierig es demgegenüber ist, effektive Arbeitsergebnisse zusammenzufassen und zu strukturieren, beweisen die von *Wilhelm Treue* und *Kurt Mauel* hrsg. Sammelbände: Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im 19. Jahrhundert, 2 Teile, Göttingen 1976.

90 So muß beispielsweise auffallen, daß ein grundsätzlicher Beitrag des Amerikaners T.P. Hughes über die Technik als geschichtliche Wirkkraft in der Weimarer Republik in den Diskussionsprozeß eines internationalen Symposions, soweit derselbe veröffentlicht wurde, überhaupt nicht einging: Vgl. *Thomas Parke Hughes*, Technology as a Force for Change in History: The Effort to Form a Unified Electric Power System in Weimar Germany, in: *Dietmar Petzina / Hans*

Bestimmte Vorbildeigenschaften der amerikanischen Technikgeschichte können im übrigen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich in den USA qualitative Forschungsfortschritte ziemlich genau parallel zum Forschungsumfang einstellten. *Eugene S. Ferguson* beispielsweise sah deutliche Merkmale einer Disziplin, vermißte aber noch 1974 sowohl den konzeptionellen Rahmen als auch den theoretisch begründeten Zusammenhalt[91]. *Derek de Solla Price* schließlich, der sich besonders dem historischen Verhältnis von Naturwissenschaft und Technik zuwandte[92], beklagte zur selben Zeit, daß mehrere Schulen ihre Publikationen gegenseitig kaum jemals zur Kenntnis nähmen. Das Gesamtarbeitsfeld der Technikgeschichte sei einfach zu groß und zu verzweigt, um den Kollegen mehr als begrenzte Kompetenz zuzutrauen[93]. Solcher Erkenntnis entsprechen dann auch manche der nach dem Urmuster der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte ausgerichteten Jahrestagungen der Deutschen Gesellschaft für Geschichte der Medizin, Naturwissenschaft und Technik und sogar des Internationalen Komitees für Geschichte der Technik (ICOHTEC)[94], anläßlich derer der Anteil der für alle Teilnehmer verständlichen Vorträge eher sinkt. Dergleichen Veranstaltungen haben in der Regel nicht mehr als eine persönlich-kommunikative Funktion, während sich »Diskussionen« meistens auf einzelne Fragen und Anmerkungen beschränken und ein zielgerichteter Fortschritt der Wissenschaft selten erreicht wird.

Allein den Stand der deutschen Technikgeschichte untersucht schließlich *Hellmuth Lange*, ein Sozialwissenschaftler, als bislang jüngster Kritiker der Technikgeschichte. Ähnlich wie Rammert zeigt er sich frei von einem fachgebundenen Vorurteil, das innerhalb der »Zunft« gelegentlich – man denke an die »Kompetenzthese« von Price – wohl unvermeidlich ist. Um »die Krise der Disziplin« als Krise der Technik im Kapitalismus zu verdeutlichen, wendet sich Lange in einem bei Pahl-Rugenstein erschienenen Taschenbuch vornehmlich den partiell ohnehin kontroversen Aussagen der Fachvertreter über die langjährigen Ausdifferenzierungsprobleme ihrer Wissenschaft zu, um dann methodologische und theoretische Widersprüche zu entdecken und diese wieder »begrifflich zu bestimmen und [...] theoretisch zu erklären«[95]. Diese Absichten sind von politischer Art und von politischem Nutzen, da sie bewußt darauf abzielen, den derzeitigen Stellenwert der historischen Technikforschung als Resultat »der gesellschaftswissenschaftlichen Entwicklungen im gesamtgesellschaftlichen Funktionszusammenhang« zu bestimmen[96].

Ähnlich den anderen Kritikern fordert Lange vor allem ein höheres Niveau der theoretischen Verallgemeinerung, ohne selbst allerdings Zweifel daran aufkommen zu lassen, daß er an die Rezeption marxistischer und marxistisch-leninistischer Ansätze denkt. Jüngste Anmerkungen zur Technikgeschichte[97] würdigt er dann immerhin als Entkrampfung gegen-

---

*Mommsen / Bernd Weisbrod* (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.–17. Juni 1973, Düsseldorf 1974, S. 153–166, dazu die Diskussionsbeiträge S. 167–172.

91 *Ferguson* (Anm. 52), S. 13–15.

92 *Derek de Solla Price*, The Difference between Science and Technology, Detroit 1968. In Deutschland wurde jener Fragenkomplex nach vorherigen Materialsammlungen (Anm. 89) in der Technikgeschichte erst in jüngster Zeit verstärkt diskutiert. Vgl. *Peter Lundgreen* (Hrsg.), Zum Verhältnis von Wissenschaft und Technik. Erkenntnisziele und Erzeugungsregeln akademischen und technischen Wissens (Wissenschaftsforschung, 7. Report), Bielefeld 1976; sowie, stärker bezogen auf eine »Finalisierung der Wissenschaft«, die Starnberger Studien I: *Die gesellschaftliche Orientierung des wissenschaftlichen Fortschritts*, Frankfurt am Main 1978.

93 *Derek de Solla Price*, On the Historiographic Revolution in the History of Technology: Commentary on the Papers by Multhauf, Ferguson, and Layton, in: Technology & Culture, Vol. 15, 1974, S. 43.

94 Die Veranstaltung der ICOHTEC findet 1978 unter dem Generalthema »Zur Geschichte des Bergbaus und des Hüttenwesens« in Freiberg i. Sa. statt.

95 *Hellmuth Lange*, Technik im Kapitalismus, Köln 1977, S. 17.

96 *Ebda.*, S. 11.

97 *Ulrich Troitzsch / Wolfhard Weber*, Methodologische Überlegungen für eine künftige Technikhistorie, in: Deutsche Technikgeschichte (Anm. 3), S. 99–122.

über marxistischen Auffassungen[98]. Das Gegenteil freilich, die Verkrampfung, vermochte auch Lange nur an einzelnen, keineswegs signifikanten Beispielen nachzuweisen. Im allgemeinen nämlich ergab sich mit dem Desinteresse an einem höheren theoretischen Abstraktionsgrad in der deutschen Technikgeschichte auch das Desinteresse am historischen Materialismus. Marx wurde wenig bemüht, geschweige denn schulmäßig oder gar dogmatisch zitiert. Andererseits widmete ihm *Friedrich Klemm* schon Mitte der 50er Jahre neun von vierhundert Seiten[99], und das schien in einem Werk mit Schriftquellen der Technik in der Antike bis zur automatischen Fabrik Norbert Wieners angemessen.

Die einfache Linie »Theorie reproduziert Theorie« muß in der Geschichtswissenschaft allerdings grundsätzlich in Frage gestellt werden, weil sie die historische Darstellung vernachlässigt und die Notwendigkeit andauernder Wechselwirkung mit der Praxis negiert. Wenn heute Geschichtswerke in offensichtlich zunehmendem Maße auch die Technik, sei es als Wissenschaft, als Arbeitsmittel oder als Umweltgestaltung, berücksichtigen, dann wäre vor allem ein hoher Integrationsgrad zu bewerten, denn letztlich ist überhaupt nicht einzusehen, weshalb umfangreichere Bücher auf wenige Seiten theoretischer Konklusion komprimiert werden sollten, um bei Beurteilungen des Standes der Forschung Berücksichtigung zu finden. Immerhin können Gebiete wie die Geschichte der Ingenieurausbildung in Deutschland dank der Arbeiten von *Treue, Manegold, Lundgreen* und anderen[100] weithin als abgehandelt gelten, während amerikanische Forscher für ihr Land die entsprechende Lücke beklagen[101]. Auch die Montanindustrie des 16. sowie des 18. Jahrhunderts, die Innovationsprozesse in ihrem Bereich, und vor allem die Frühindustrialisierung des 19. Jahrhunderts fanden in der letzten Zeit zahlreiche treffliche Bearbeitungen[102], deren Relevanz für die Lösung des Problems Technik und Gesellschaft kaum bestritten werden kann. Gleiches gilt schließlich für die Geschichte der Rüstungstechnik, wenngleich bei der Brisanz des Themas und zweier Weltkriege naturgemäß noch Einschränkungen zu machen sind[103].

Je mehr technikgeschichtliche Forschung andererseits interdisziplinär vorgeht, desto mehr muß sie notwendigerweise den »monodisziplinären« Charakter verlieren und den Anspruch einer geschlossenen »Disziplin« aufgeben. Die »allgemeine« Technikgeschichte führt regelmäßig zur Kombination von Sozial-, Technik- und Wirtschaftsgeschichte, zur Sozialgeschichte der Technik, zur »Technik in der Geschichte«[104] oder einfach zur Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Technik. Die Kritiker einer »Disziplin« stoßen dann aber

98 *Lange*. S. 165.

99 Vgl. *Friedrich Klemm*, Technik. Eine Geschichte ihrer Probleme, Freiburg / München 1954, S. 317 ff.

100 Als Überblick *Ulrich Troitzsch*, Technisches Schulwesen, Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftspolitik in Deutschland (1850–1914). Literaturbericht, in: Technikgeschichte, Bd. 42, 1975, S. 35–44; *Karl-Heinz Manegold*, Die Emanzipation der Technik und die deutschen Hochschulen, in: Deutsche Technikgeschichte (Anm. 3), S. 29–51; *Peter Lundgreen*, Techniker in Preußen während der frühen Industrialisierung. Ausbildung und Berufsfeld einer entstehenden sozialen Gruppe, Berlin 1975. Bemerkenswerterweise tauchte das Thema jüngst sogar in der Historischen Zeitschrift auf. Vgl. *Robert H. Locke*, Industrialisierung und Erziehungssystem in Frankreich und Deutschland vor dem 1. Weltkrieg, in: HZ, Bd. 225, 1977, S. 265–296.

101 Vgl. *Ferguson* (Anm. 52), S. 18, Anm. 14.

102 Man vgl. hier die Arbeiten von *Kellenbenz* und *Suhling* (Anm. 117 und 118), ferner *Wolfhard Weber*, Innovationen im frühindustriellen deutschen Bergbau und Hüttenwesen. Friedrich Anton von Heynitz, Göttingen 1976; im übrigen aber die gesamte jüngere Literatur zum Komplex der Frühindustrialisierung, der sich ohne Technikgeschichte überhaupt nicht abhandeln läßt.

103 Vgl. wieder die Analyse von *Stahlschmidt* (Anm. 77), S. 116 ff.

104 Vgl. hier den entsprechenden Benennungsvorschlag von *Wilhelm Treue*, Technikgeschichte und Technik in der Geschichte, in: Technikgeschichte, Bd. 32, 1965, bes. S. 6, der dann verworfen wurde, weil er das Arbeitsfeld der historischen Technikforschung nicht eindeutig genug absteckte, während zumindest seinerzeit genau darin eine Voraussetzung für die »Anerkennung« in der Geschichtswissenschaft erkannt werden mußte; dazu auch *Düwell* (Anm. 3), S. 12 ff.

ins Leere, ihr Gegenstand müßte allgemein letztendlich die Fähigkeit der Geschichtswissenschaft sein, auch das Phänomen Technik nach historischer Methode zu bewältigen.
Die Chancen, daß eine die Technik integrierende Geschichtsschreibung marxistische und marxistisch-leninistische Herausforderungen anzunehmen vermag, stehen im übrigen nicht schlecht. Die jüngere Historikergeneration hat die Zusammenhänge technischer und gesellschaftlicher Entwicklungen forschungsmäßig längst ins Auge gefaßt. In der letzten Zeit ist kaum eine Publikation vorgelegt worden, die, sofern es sich thematisch ergab, nicht auch auf das DDR-Schrifttum einging. Kam es gar zu Doppelveröffentlichungen wie 1975, nachdem *Lothar Burchardt* und *Günter Wendel* unabhängig voneinander Arbeiten über die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft verfaßt hatten [105], dann erwies sich der marxistisch-leninistische Ansatz nicht etwa als überlegen. Auch die Geschichte der Produktivkraftentwicklung sieht sich vor die Probleme historisch-strukturorientierter Betrachtungsweisen gestellt und bedarf theoretischer Fortentwicklung [106].
Hier wie da ergaben sich zudem weitere Herausforderungen, als sich seit Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre die Diskussion um die moderne Technik als Wissenschaft bzw. um die Produktivkraft »Wissenschaft« und damit um die Wissenschaftsgeschichte im Rahmen einer Wissenschaftswissenschaft verstärkte. In der Geschichtswissenschaft stellten sich damit neue Probleme. Zwar wurde nirgendwo bestritten, daß sie nur integrativ zu lösen seien [107], doch zeichneten sich zur gleichen Zeit auch wieder Ausdifferenzierungsprozesse ab, in denen die bisherige Wissenschaftsgeschichte zumindest dann als Impulsfaktor wirkte, wenn sie dem eigenen Selbstverständnis nach die ingenieurwissenschaftlich orientierte spezielle Technikgeschichte stärker abkoppelte und unter dem Einfluß moderner Wissenschaftspolitik die Technik zwischen die Pole Wissenschaft und Gesellschaft stellte [108]. In den Vordergrund als Forschungsstrategie rückten damit allgemeine Bedingungen der Entstehung neuer Technik, während die Untersuchung der Auswirkungen, der Technisierungsfolgen – vgl. das grobe Differenzierungsmodell Sombarts –, der Technikgeschichte in Verbindung mit der Sozialgeschichte sowie der Wirtschaftsgeschichte überlassen blieb.
Im marxistisch-leninistischen Denkbereich sah sich die »Geschichte der Naturwissenschaft und Technik« der Geschichte der Produktivkräfte zwar ebenso verbunden wie der Geschichte der Philosophie, doch setzte sie sich als Wissenschaftsgeschichte in der erklärten Ab-

---

105 Vgl. *Lothar Burchardt*, Wissenschaftspolitik im Wilhelminischen Deutschland. Vorgeschichte, Gründung und Aufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Göttingen 1975; *Günter Wendel*, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Zur Anatomie einer imperialistischen Forschungsgesellschaft, Berlin (Ost) 1975.

106 Man vgl. hier die bemerkenswert offen geführte Diskussion um Methoden-, Theorien- und Forschungsfragen, die sich bei den Vorbereitungen zur Herausgabe eines ersten von mehreren Bänden zur Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland (und in der DDR?) erhoben: Fünfte Jahrestagung des interdisziplinären Arbeitskreises Geschichte der Produktivkräfte, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1974/III, S. 311–319. Das zunächst für 1976 geplante Erscheinen des ersten Bandes (19. Jahrhundert) hat sich offensichtlich verzögert. Für weitere Einzelheiten läßt sich verweisen auf *Hans-Dieter Hellige*, Grundlinien der Technikgeschichtsschreibung in der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft, Jg. 4, 1978, S. 272–287.

107 Vgl. *Rudolf Vierhaus*, Geschichte der Wissenschaft: zentraler Gegenstand auch der Geschichtswissenschaft, in: Wirtschaft und Wissenschaft, H. 3/1975, S. 22–26; und, mit dem Anspruch, daß alle Lösungen nur auf marxistisch-leninistischer Grundlage erfolgen könnten, *Joachim Streisand*, Die marxistisch-leninistische Geschichtswissenschaft als Gesellschaftswissenschaft und ihre Beziehungen zu den Naturwissenschaften, in: ZfG, Jg. 21, 1973, S. 289–300.

108 Die deutsche Naturwissenschaftsgeschichte zeigt hier eine schwankende Haltung, was wiederum auf von der Wissenschaftsgeschichte wegführende Fortschritte der Technikgeschichte zurückgehen mag. Vgl. als (internationalen) Überblick *Ina Spiegel-Rösing / Derek de Solla Price* (Hrsg.), Science, Technology and Society. A Cross-Disciplinary Perspective, London / Beverly Hills 1977; für Interpretationsversuche *Lundgreen* (Hrsg.) nach Anm. 92; für die methodologisch begründete Tendenz zur Abkoppelung zuletzt *Fritz Krafft*, Die Naturwissenschaften und ihre Geschichte, in: Sudhoffs Archiv, Bd. 60, 1976, S. 317–337.

sicht, auf diese Weise direkt zur Entwicklung der Naturwissenschaft beizutragen, die Aufdeckung allgemeiner Gesetzmäßigkeiten der Erkenntnis (sic!) zum Ziel[109]. Anscheinend sogar vorrangig wurde ein »genetisches Herangehen«, und zwar »neben strukturellen Untersuchungen«, für erforderlich gehalten. Zum einen sollten die materiellen und geistigen Lebensbedingungen einer Technik produzierenden Gesellschaft erforscht werden, zum anderen die konkreten Wege der Entstehung und Entwicklung der einzelnen Wissenschaften[110]. Auch mit dieser scheinbar weiteren Aufgabenstellung war das methodisch-theoretische Problem der Wissenschaft als Produktivkraft in der Geschichte nicht gelöst. Man stand im Gegenteil vor den gleichen Schwierigkeiten, die sich auf dem Arbeitsfeld der Technikgeschichte aufgrund eines Technikbegriffs ergeben müssen, der die Wechselwirkung von Theorie und Praxis der Herstellung von Technik mit der von Praxis und Theorie des Gebrauchs von Technik in ein Bezugssystem bringt[111]. Es kann alles in allem kein Trost, sondern nur Ansporn sein, wenn die Arbeiten zur Integration der Technik in die Geschichtswissenschaft bisher weder im Osten noch im Westen als abgeschlossen gelten können.

## III.

Die wichtigsten Aufgaben der Technikgeschichte, verknüpft mit Kurzbeschreibungen bisheriger Schwerpunktarbeit, wurden während des *Historikertages 1976 in Mannheim* vorgetragen[112]. An dieser Stelle können sie thematisch nur noch ergänzt und chronologisch differenziert werden. Sollte sich das Unternehmen eines deutschen Handbuchs der Technikgeschichte, das zur Zeit in zwei Varianten diskutiert wird, nicht als verfrüht erweisen, sollte es in der Zusammenarbeit von Historikern und Ingenieuren gar erfolgreich verlaufen und in einigen Jahren abgeschlossen werden können, dann wäre damit eine vorrangige Aufgabe vermutlich gelöst: die Analyse, Strukturierung und inhaltliche Zusammenfassung bisheriger Forschungsergebnisse.

Als Hauptforschungsgebiet und erstrangige Aufgabe der Technikgeschichte erscheint manchen Historikern heute die »Geschichte der Arbeit«. Bei allen schon erwähnten und in Aussicht stehenden Fortschritten[113] erweist sie sich in der Praxis aber doch als ein zu großes Feld, um nicht kontinuierlicher Untersuchungen durch die gesamte Geschichtswissenschaft zu bedürfen. Allein schon um die Entstehung der Lohnarbeit im Mittelalter zu erhellen, bedarf es der Integration sozial-, technik- und wirtschaftsgeschichtlicher Fragestellungen sowie der Hinzuziehung von Ergebnissen der Rechtsgeschichte. Im allgemeinen wird die Technikgeschichte weiterhin am Arbeitsmittel anzusetzen haben, das bekanntlich den spezifisch menschlichen Tätigkeitsbereich charakterisiert, und schließlich am Tun der Ingenieure.

---

109 Vgl. *S. R. Mikulinskij / N. I. Rodnyj*, Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftskunde, in: *Günther Kröber / Helmut Steiner* (Hrsg.), Wissenschaft. Studien zu ihrer Geschichte, Theorie und Organisation, Berlin (Ost) 1972, S. 58 und 62.

110 *Ebda.*, S. 59 f., und für eine spezielle Forschungsrichtung *A. T. Grigor'jan*, Die Forschungen auf dem Gebiet der Geschichte der Mechanik in der UdSSR, in: Janus LXIV, 1977, S. 147–157.

111 Für dieses auch geschichtswissenschaftlich relevante Schema vgl. *Klaus Tuchel*, Herausforderung der Technik. Gesellschaftliche Voraussetzungen und Wirkungen der technischen Entwicklung, Bremen 1967, S. 30 ff. Zur Technikphilosophie, die sich heute wieder verstärkt auch der »Geschichtlichkeit« der Technik zuwendet, vgl. außer den Sammelarbeiten bei *Sachsse* (Anm. 83) auch *Hans Lenk / Simon Moser* (Hrsg.), Techne, Technik, Technologie. Philosophische Perspektiven, Pullach bei München 1973, und zuletzt *Simon Moser / Alois Huning* (Hrsg.), Werte und Wertordnungen in Technik und Gesellschaft, Düsseldorf 1975; sowie erneut *Hans Sachsse*, Anthropologie der Technik, Braunschweig 1978, bes. S. 54 ff. Im übrigen findet die gegenseitige Rezeption von Arbeitsergebnissen in Technikphilosophie und Technikgeschichte erstaunlicherweise noch kaum statt.

112 Vgl. *Düwell* (Anm. 3), S. 26 f.; *Troitzsch / Weber* (Anm. 97), passim.

113 *Ebda.* und Anm. 87 f.

Jüngsten Forschungsrichtungen adäquat, muß die Entwicklung des Arbeitsmittels dann in eine Sozialgeschichte technischer Schaffensergebnisse hinein ausgeweitet werden. Verstärkter Beachtung bedürfen somit auch die Rückwirkungen auf die Gesamtgesellschaft, die von den technischen Infrastrukturen, von einer zunehmend technisierten Umwelt (als vermitteltem Arbeitsmittel) ausgehen. Technikhistorische Verhältnisse, Ereignisse und Prozesse werden hier nach dem Grad ihrer Bedeutung für spätere Zeiten zu beurteilen sein. Andererseits darf die historische Rekonstruktion alternativer, faktisch jedoch zurückgedrängter Stränge und Zusammenhänge in einem wohlverstandenen gesellschaftlichen Interesse keineswegs vernachlässigt werden.

Für die permanenten Umstrukturierungsprozesse, welche die Natur und die menschliche Arbeit gleichermaßen durch Technik, durch Umwelt- und Freizeittechnik ersetzen, fehlen der Geschichtswissenschaft noch immer ausreichende theoretische Erklärungen. Die inhaltlich begründete Zusammenschau technikphilosophischer und technikgeschichtlicher bzw. techniktheoretischer und geschichtstheoretischer Modelle der internationalen Diskussion bleibt ein Desiderat. Stärker beachtet werden müßte auch das Verhältnis von Wissenschaft und Technik und damit die Ausdifferenzierung der technischen Einzelwissenschaften als Gegenstand der Wissenschaftsgeschichte und die Konkretisierung eines Gesamtphänomens Technik als Gegenstand der Technikgeschichte. In theoretischer Hinsicht wären zudem die prognostischen Möglichkeiten zu überprüfen, die 1972 unter dem anspruchsvollen Thema »Technikgeschichte – Voraussetzung für Forschung und Planung in der Industriegesellschaft« diskutiert wurden[114], ohne bisher realisiert werden zu können. Die anhaltende politische Debatte einer industriellen Gesellschaft bedarf aber verstärkter geschichtswissenschaftlicher Untersuchungen beispielsweise zum Thema Technik und Arbeitszeit, vor allem dann, wenn es wirklich das große, humane Ziel der Technik sein sollte, den Menschen arbeitsfrei (nicht arbeitslos!) zu machen.

Um neue Erkenntnisse zu gewinnen und bisherige zu überprüfen, wird auf dem Gesamtarbeitsfeld der Technikgeschichte die Zeit vor 1800 stärker zu beachten sein. Diese wichtige, gelegentlich wohl unterschätzte Aufgabe soll etwas ausführlicher begründet werden. Zwar war es schon längere Zeit üblich, das Spätmittelalter als »technisches Zeitalter« zu sehen[115], doch haben erst neuere Studien auch für das deutschsprachige Gebiet überzeugende Beweise für technische und ökonomische »Sachzwänge« erbracht, die im 15./16. Jahrhundert eine »industrielle Revolution« mit erheblichen sozialen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt hervorriefen[116]. Innovatorische Fortschritte stimulierten im Übergang vom Spätmittelalter zur frühen Neuzeit den gesamten Produktionsbereich: *Hermann Kellenbenz* hat in einem Sammelband mit Beiträgen international bekannter Forscher, einschließlich Ingenieuren, jüngst die Eisenerzeugung in ihren drei Prozeßschritten, Bergbau, Hüttenwesen, Hammerarbeit, besonders hervorgehoben[117]. Technische Entwicklungen bestimmten nach einer wirtschaftlichen Depressionsphase seit dem letzten Drittel des 15. Jahrhunderts aber auch

---

114 Vgl. Anm. 41. Für die beschränkten Möglichkeiten konkreter Vorhersagen vgl. *Robert L. Heilbroner*, The Future as History, New York / Evanston / London 1968, S. 158 ff.; andererseits aufgrund erkannter »Gesetzmäßigkeiten« in marxistischer Sicht den interessanten Beitrag von *Hans Mottek*, Wirtschaftsgeschichte und Entwicklung von Wissenschaft und Technik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975 / IV, S. 13–22.

115 Vgl. *Walter Kuhn*, Das Spätmittelalter als technisches Zeitalter, in: Ostdeutsche Wissenschaft, Bd. 1, 1954, S. 69–93; *Albrecht Timm*, Technologie und Technik im Übergang zwischen Mittelalter und Neuzeit, in: VSWG, Bd. 46, 1959, S. 350–360; ferner, für den Bereich der Baugeschichte, *Martin Warnke*, Bau und Überbau. Soziologie der mittelalterlichen Architektur nach den Schriftquellen, Frankfurt/M. 1976.

116 Vgl. die entsprechenden Ausführungen bei *Wolfgang v. Stromer*, Innovation und Wachstum im Spätmittelalter: Die Erfindung der Drahtmühle als Stimulator, in: Technikgeschichte, Bd. 44, 1977, S. 89–120.

117 *Hermann Kellenbenz* (Hrsg.), Schwerpunkte der Eisengewinnung und Eisenverarbeitung in Europa 1500–1650, Köln / Wien 1974.

den Aufschwung im Edel- und im Buntmetallbergbau[118], in der Textilproduktion sowie bei der Herstellung von Feuerwaffen[119]. Aufgrund der bisher schon gewonnenen Erkenntnisse werden die Aussagen über die Rolle des Handelskapitals zu differenzieren sein. Einen gewaltigen Aufschwung nahm um 1500 schließlich die Energieausnutzung, wobei noch kaum abgeschätzt werden kann, was es bedeutete, wenn beispielsweise auf einem Landgebiet mit rund dreihundert angesessenen Familien 135 »Gmachmühlen« arbeiteten[120]. Hier werden viele zusätzliche Studien erforderlich, zumal das Aktenmaterial der Archive unter technikgeschichtlichen Gesichtspunkten bisher kaum ausgewertet wurde. Teilweise fehlen sogar noch Analysen der von der Patentrechtsgeschichte längst georteten Bestände[121]. Ob eine zukünftige Technikhistorie dann auch das Modell bestätigt, das *Otto Brunner* als »alteuropäische Ökonomik«, zeitlich und geographisch begrenzt, für Alteuropa entwarf[122], dazu die Thesen der »Proto-Industrialisierung«, die als Formationsperiode des Kapitalismus eine »Industrialisierung vor der Industrialisierung« erkennen[123], bleibt abzuwarten. Berücksichtigt man die zwei Hauptphasen der »Proto-Industrialisierung«, eine erste im 16. und eine zweite im 18. Jahrhundert, dann ergibt sich sofort das Problem, daß auch in der späteren Zeit auf weiten Gebieten der zwei- bis dreihundert Jahre zuvor erreichte Stand der frühmodernen, empirisch-rationalen Technik nicht übertroffen wurde. Die auf Marx gegründete Auffassung, daß die Produktivkraftentwicklung vor dem 19. Jahrhundert nicht »revolutionierend« wirkte[124], ändert nichts an der gestellten Aufgabe, die Funktion der Technik im »Frühkapitalismus« des 15./16. Jahrhunderts und später im »Manufakturwesen« genauer zu bestimmen[125].

Im gleichen Zusammenhang ergibt sich ganz allgemein die Notwendigkeit zur verstärkten Erforschung der Ursachen, des Verlaufs und der Auswirkungen von Technisierungsprozessen. Die aktualisierten Fragestellungen kreisen heute zumeist um den neuen Begriff »Innovation«, der allerdings nicht statisch verstanden, sondern im Geschichtsverlauf analog zum Technikbegriff differenziert interpretiert werden sollte. Grundsätzlich erfaßt er zunächst Einzelentwicklungen, und zwar von der »Invention«, die von einzelnen geschaffen oder von vielen in einem Forschungs- und Entwicklungsvorgang hervorgebracht worden sein kann, über die Ausreifung derselben bis zur massenhaften Anwendung respektive Verbreitung in einem bestimmten raumzeitlichen Bezugssystem[126]. Die aktuelle Innovations-

---

118 Vgl. *Lothar Suhling*, Der Seigerhüttenprozeß, Stuttgart 1976; ferner Aufsätze und Berichte in »Der Anschnitt« als montanhistorischem Periodikum.

119 Vgl. hierzu *Volker Schmidtchen*, Riesengeschütze des 15. Jahrhunderts – technische Höchstleistungen ihrer Zeit, in: Technikgeschichte, Bd. 44, 1977, S. 153–183 und 213–237. Für die Rolle der Technik im Textilwesen (Spinnerei, Weberei, Bleiche, Färberei) fehlt eine neuere Fallstudie.

120 Vgl. *Felix F. Strauß*, »Mills without Wheels« in the 16th-Century Alps, in: Technology & Culture, Vol. 12, 1971, S. 36 und 40.

121 Vgl. die Hinweise bei *Hansjörg Pohlmann*, Neue Materialien zur Frühentwicklung des deutschen Erfinderschutzes im 16. Jahrhundert, in: Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Jg. 62, 1960, S. 272–283.

122 Vgl. *Otto Brunner*, Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, 2. Aufl., Göttingen 1968, bes. S. 103 ff.

123 Vgl. *Peter Kriedte / Hans Medick / Jürgen Schlumbohm*, Industrialisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus, Göttingen 1977.

124 *Ebda.*, S. 234.

125 Zur »Unterentwicklung« der frühmodernen Technikforschung, aber auch für weitere Fragestellungen vgl. zuletzt *Bert S. Hall / Delno C. West*, On Pre-Modern Technology and Science. A Volume of Studies in Honor of Lynn White jr., Malibu 1976, S. 1 ff.

126 Vgl. hierzu das informative Modell von *Ludolf v. Mackensen*, Bedingungen für den technischen Fortschritt. Dargestellt anhand der Entwicklung und ersten Verwertung der Rechenmaschinenerfindung im 19. Jahrhundert, in: Technikgeschichte, Bd. 36, 1969, S. 89–102. Auch ganz allgemein können die Modelle, die Ende der 60er Jahre entwickelt wurden, für die historische Forschung, die sich inzwischen mit »Innovationen« befaßt, noch als maßgeblich ange-

debatte wird seit einigen anregenden, auf einen höheren Abstraktionsgrad zielenden Publikationen namentlich von *Gerhard Mensch*[127], die in globaler Sichtweise anstelle eines kontinuierlich verlaufenden technischen Forschritts Innovationsschübe erkennen, zunehmend interdisziplinär geführt[128]. Vor allem im Blick auf die vorgelegten Innovationstabellen, die als Ausgangspunkte spezifischer Verallgemeinerungen dienen, bedarf sie des technikgeschichtlichen Korrektivs[129]. Endogene und exogene Faktoren der Technikentwicklung einschließlich der Kommunikationssysteme sind stärker in das jeweils zugehörige historische Koordinatensystem zu versetzen. Zahlreiche »Basisinnovationen« im Dritten Reich beispielsweise dienten bekanntlich einer ganz spezifischen Kriegsvorbereitung ohne jede Rücksicht auf die Kosten und den Nutzen für die Volkswirtschaft[130].

Einen Forschungsschwerpunkt bildete schon bisher die Entstehung und Funktionalisierung der Ingenieurberufsgruppe als Technische Intelligenz[131]. In den Funktionsuntersuchungen treffen heute sozialwissenschaftliche und geschichtswissenschaftliche Ansätze in der Regel zusammen[132]. Grundsätzliche theoretische Kontroversen bei der »Einschätzung« der Technischen Intelligenz[133] dürfen die Technikgeschichte hier von weiteren Untersuchungen nicht abhalten: Erforderlich sind zusätzliche Studien über die gesellschaftliche Rolle der Ingenieurberufsgruppe sowie einzelner ihrer Vertreter, wobei nun aber auch ein über die Berufsarbeit hinausgehendes oder aus ihr heraus aktiviertes, beispielsweise auf alternative Technikgestaltung ausgerichtetes Engagement zu beachten wäre[134]. Mit den zuletzt angesprochenen biographischen Arbeiten müßte weiterhin auch das Ziel verfolgt werden, allmählich eine Gesamtübersicht über die Ingenieurberufsgruppe in Deutschland zu erreichen, und zwar entsprechend den ersten, quantifizierende Aussagen vorbereitenden Verzeichnissen, die jüngst für England und die USA erschienen[135].

---

sehen werden. Vgl. *François Russo*, L'analyse des techniques et de leur évolution. Anhang zu: Sidérurgie et croissance économique en France et en Grande-Bretagne (1735–1913), Paris 1965, S. 232–237; dazu die ausführliche, konstruktiv-kritische Rezension von *Bertrand Gille* in: Revue d'histoire de la sidérurgie, Bd. 7, 1966, S. 45–53; und schließlich *Maurice Daumas*, L'histoire des techniques: son objet, ses limites, ses méthodes, in: Revue d'histoire des sciences et de leurs applications, Bd. 22, 1969, bes. S. 21 ff. Daumas' Aufsatz findet sich in deutscher Übersetzung abgedruckt auch bei *Hausen / Rürup* (Anm. 20), vgl. bes. S. 42 ff. Partiell berücksichtigt wurde er in dem Sammelband von *Frank R. Pfetsch* (Hrsg.), Innovationsforschung als multidisziplinäre Aufgabe, Göttingen 1975.

127 Vgl. zuletzt *Gerhard Mensch*, Das technologische Patt. Innovationen überwinden die Depression, Frankfurt am Main 1975.

128 Dazu *Bress*, Politik, Ökonomie und Technologie (Anm. 36), S. 44 ff.

129 Vgl. dazu jetzt *Ákos Paulinyi*, Kraftmaschine oder Arbeitsmaschine. Zum Problem der Basisinnovation in der industriellen Revolution, in: Technikgeschichte, Bd. 45, H. 2, 1978.

130 Vgl. *Ludwig* (Anm. 18), S. 161 ff.

131 Vgl. hier die Hinweise bei *Ulrich Troitzsch*, Die Rolle des Ingenieurs in der Frühindustrialisierung – ein Forschungsproblem, in: Technikgeschichte, Bd. 37, 1970, S. 289–309.

132 Vgl. *Hortleder* (Anm. 40) und *Ludwig* (Anm. 18).

133 Als (neomarxistische) Position mit der entscheidenden Fragestellung vgl. hierzu *Hellmuth Lange*, Wissenschaftlich-technische Intelligenz. Neue Bourgeoisie oder neue Arbeiterklasse? Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung zum Verhältnis von sozialer Differenzierung und politischem Bewußtsein, Köln 1972.

134 Vgl. dazu *Karl-Heinz Ludwig*, Ingenieure in hundert Jahren sozialen Wandels, in: VDE-Fachberichte, Bd. 28, Berlin 1974, S. 10 f.; und als eine erste Realisierung *Hans-Joachim Braun*, Allgemeine Fragen der Technik an der Wende zum 20. Jahrhundert. Zum Werk P. K. von Engelmeyers, in: Technikgeschichte, Bd. 42, 1975, S. 306–326. Noch immer aber fehlen neuere, kritische Arbeiten über Franz Reuleaux, Alois Riedler u. a., vor allem über deren technikgeschichtliches Bewußtsein.

135 Vgl. *Peter S. Bell*, A Biographical Index of British Engineers in the 19th Century, New York 1975; *Christine M. Roysdon / Linda A. Khatri*, American Engineers of the Nineteenth Century. A Biographical Index, New York 1977. Ähnliche Anregung unter Berücksichtigung der NDB gibt jetzt *Wilhelm Treue*, Zur Gesellschafts- und Berufsgeschichte des deutschen Ingenieurs, in: Technikgeschichte, Bd. 45, 1978, S. 27–36.

Weiterer Hinweise bedarf es abschließend auf die interessante Aufgabe der Industriearchäologie[136], die sich in Deutschland teilweise auf eine lange – manchmal problematische – Tradition der Bemühungen um »Denkmalpflege und Heimatschutz« sowie um »technische Kulturdenkmale« stützen kann. Aktuelle Bedeutung gewinnen heute auch neue Fragestellungen der »Energiegeschichte«[137] sowie der Kriegswirtschaftsgeschichte, deren technische Lenkungsmechanismen in das Blickfeld der ökonomischen Theorie geraten sind[138]. Zudem sei noch einmal das alte Problem des Transfers technikgeschichtlicher Erkenntnisse in die Ingenieurausbildung und ganz allgemein in die Schulen erwähnt. Von der aktuellen Bildungspolitik geschaffene neue Schulfächer wie Polytechnik / Arbeitslehre / Technik zeigen sich in der curricularen Praxis nicht zuletzt auf historische Materialien angewiesen, mit denen die ersten Darstellungen von *Christmann* und anderen[139] in Zukunft ergänzt werden müssen. Vielleicht gibt sich auf dem Bildungssektor der gestiegene Stellenwert der Technikgeschichte sogar am deutlichsten zu erkennen: Noch Anfang 1978 lief ein nationaler Schülerwettbewerb um den Preis des Bundespräsidenten unter dem Thema »Arbeitswelt und Technik im Wandel«[140].

In einer Situation allgemeiner Herausforderung bedarf die Technikgeschichte freilich auch kritischer Selbstbescheidung, um nicht Gefahr zu laufen, im Eingehen auf mehrfache aktuelle Ansprüche das eigene wissenschaftliche Fundament zu vernachlässigen. Noch ist das große, umfassende Programm einer interdisziplinären Technikforschung, in dem die Historie eine wichtige Rolle spielen könnte, aber sich mit dem bloßen Entwerfen strukturtheoretischer Modelle der verschiedenen Determinanden, Einflußgrößen, Wirkungen und Folgewirkungen nicht zufrieden geben dürfte, sondern auf ständige Überprüfung in Fallstudien – nicht nur über die letzten 200 Jahre – dringen müßte, nicht in Sicht. Selbständig jedoch vermag die Technikgeschichte die eingangs apostrophierten Chancen und Möglichkeiten nur bedingt zu nutzen, auch wenn sie ohne Zweifel auf dem Wege ist, ein klareres Wissen und Verständnis für das Wesen, die Entwicklung und die Wirkkräfte der Technik in der Geschichte zu verbreiten und damit zunächst ihren ureigenen Beitrag zur Lösung des Gesamtproblems der gesellschaftlichen Organisation der Technik zu leisten.

136 Vgl. *Ákos Paulinyi*, Industriearchäologie. Neue Aspekte der Wirtschafts- und Technikgeschichte, Dortmund 1975; *Rainer Slotta*, Technische Denkmäler in der Bundesrepublik Deutschland, Bochum 1975.

137 Man vgl. hier die Vorträge und Diskussionsergebnisse des Symposions »Energie in Kontext und Kommunikation. Nutzung der Technikgeschichte zur Darstellung der Zusammenhänge zwischen Energie, Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Gesellschaft«, das vom 22. bis 24. Februar 1978 in Essen stattfand. Eine Druckfassung ist vorgesehen.

138 Vgl. dazu *Ludwig Bress / Winfried Schlaffke*, Marktwirtschaft. Kulturelle Motivation und Innovation, Köln 1977, S. 102 ff.

139 Vgl. Anm. 70.

140 Getragen von der Kurt A. Körber Stiftung, Hamburg.

*Utz Haltern*

# Bürgerliche Gesellschaft. Probleme der Forschung

Wie kaum ein anderer gesellschaftswissenschaftlicher Terminus steht der Begriff der »Bürgerlichen Gesellschaft« aus Gründen, die vor allem in der Tradition der deutschen Philosophie- und Ideengeschichte liegen, mehrdeutigen Interpretationen offen. Insbesondere der Historiker sieht sich vor die Frage gestellt, wie die vielfältigen Beziehungen zwischen »Bürgertum« und neuzeitlicher »Gesellschaft« im einzelnen von dem Erklärungsmodell einer allgemeinen »Bürgerlichen Gesellschaft« her aufgeschlüsselt werden können, das selbst von einer Vielzahl sich überlagernder theoretischer, soziologischer und historischer Definitionsmerkmale geprägt ist. Der folgende Literaturbericht bringt diese Problematik recht deutlich zum Ausdruck. Er zeigt aber auch, wie über die (in anderen Ländern bereits fortgeschrittenere) Erforschung der Sozialgeschichte einzelner Epochen, z. B. der Aufklärung, oder einzelner Schichten, wie des Bildungsbürgertums, trotz der teilweise vorherrschenden ideenhistorischen Ausgangslage, diese Schwierigkeiten verringert und Gegenstand und Theorie einer bürgerlichen Gesellschaftsgeschichte einander angenähert werden können.

Geht man von dem Stellenwert aus, den die Kategorie der »Bürgerlichen Gesellschaft« im heutigen Sprachgebrauch einnimmt, so scheint sie auf der einen Seite auf die Wiederbelebung eines sozialen Kontinuitätsbewußtseins hinzudeuten, auf der anderen Seite ein anhaltendes politisches Interesse an der Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft und ihrer Veränderung zu signalisieren. Während der französische Historiker *Guy Palmade* auf die gewandelte, in ihrer Substanz aber offenbar ungebrochene Macht der modernen bürgerlichen »Wohlstandsgesellschaft« verweist, der es gelungen sei, »in den westlichen Ländern immer weitere Teile nichtbürgerlicher Gesellschaftsgruppen sozial zu integrieren«[1], behaupten Gegenstand und Begriff der »Bourgeoisie« im Rahmen des orthodoxen Marxismus nach wie vor ihre zentrale, ideologisch festgelegte Bedeutung für die Herausarbeitung der materialistischen Geschichtsauffassung[2]. In der Bundesrepublik scheint hingegen der im Gefolge der allgemeinen Marxismusrezeption seit den 1960er Jahren zu verzeichnende literarische Niederschlag seinen Höhepunkt überschritten zu haben[3]. Hier waren es vor allem die auf die »Kritik« an »bürgerlicher« Gesellschaft und »bürgerlicher« Wissenschaft ausgerichteten, in der Regel aber stereotyp verengten Reflexionen, die den

1 *Guy Palmade* (Hrsg.), Das bürgerliche Zeitalter (= Fischer Weltgeschichte, Bd. 27), Frankfurt 1974, S. 318.

2 Zusammenfassend jetzt *Helmut Bleiber*, Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland. Zum Stand und zu Problemen der Forschung, in: ZfG 25, 1977, S. 305–332.

3 Symptomatisch sind hierfür die Kritik am »bürgerlich-idealistischen« Hochschulmarxismus und das Plädoyer für einen realitätsbezogeneren und arbeiternahen Antikapitalismus bei *Walter Wangler*, Marxismus und Bürgertum. Zur Vereinnahmung einer Sozialidee durch die Gegenmacht, Köln 1977.

Blick für bestimmte soziale und ideologische Struktur- und Traditionszusammenhänge des modernen, kapitalistisch-industriellen Gesellschaftssystems offenzuhalten und im Interesse ihrer Aufhebung theoretisch zu verarbeiten suchten [4].

Einen Einblick in diese Betrachtungsweise und die damit verbundenen Probleme bietet der in der Campus-Reihe erschienene Band von *Manfred Hahn* »Historiker und Klassen. Zur Grundlegung einer Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft« [5]. In einem ersten, hier vor allem interessierenden Teil behandelt der Verfasser die »Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft« als primär sozialtheoretisch begriffene Forschungsaufgabe. Ausgehend von einer Kritik an Karl August Wittfogels »Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft« (1924), stellt er den 1767 zum erstenmal veröffentlichten und für die englische Aufklärung einflußreichen »Essay on the History of Civil Society« von Adam Ferguson in den Vordergrund des Interesses, um schließlich über eine Auseinandersetzung mit Saint-Simon, Fourier und Lorenz v. Stein sich der Praxis der Sozialgeschichte in der Bundesrepublik zuzuwenden. Dieses zunächst willkürlich anmutende Verfahren findet seine Erklärung in der gesellschaftskritisch-emanzipatorischen Intention des Verfassers, die er wie folgt umschreibt: »Aufklärende Gesellschaftsgeschichte, Gegenstandssicherheit und die Absicht wirklicher Befreiung vereinend, erreicht einen frühen Höhepunkt in Fergusons *Essay on the History of Civil Society* von 1767, setzt sich im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts fort bei Saint-Simon und Fourier und wird Mitte des Jahrhunderts bei Marx/Engels endgültig gesichert. Gleichzeitig kommt der Prozeß zum Abschluß, in dessen Verlauf aus gesellschaftsgeschichtlich angebbaren Gründen – Bourgeoisie contra Proletariat – die alte Einheit der Absicht verlorengeht. Die Absicht wirklicher Befreiung äußert sich jetzt notwendig *antikapitalistisch*, im Gegenzug zu dieser Herausforderung, die mit Fourier beginnt, wird Gesellschaftsgeschichte an bürgerlich-konservative Zwecke gebunden.« (S. 75 f.)

Sieht man von der immer problematisch bleibenden Konstruktion theoretischer Entwicklungslinien ab, die in diesem Fall eher demonstrierenden Charakter haben, so weichen die Stringenz und Differenziertheit in der Argumentation des Verfassers, die in den begriffsanalytischen Auslassungen zu Ferguson noch deutlich zum Ausdruck kommen, in zunehmendem Maße einer allgemeineren Beweisführung, die ihren Grund nicht zuletzt in einer allzu pauschal vorgehenden Begriffsbildung hat. Für eine ernst zu nehmende, aufklärerische Gesellschaftsgeschichte reicht es sicherlich nicht aus, wie Hahn am Ende selbst klar wird, nur von *»der* bürgerlichen Gesellschaft« zu sprechen und diese allein auf die kapitalistische Produktionsweise und die Grundklassen der Lohnarbeiter und Kapitalisten zurückzuführen. Der an die neuere Sozialgeschichte in der Bundesrepublik (warum nicht auch in anderen Ländern?) gerichtete und durchaus bedenkenswerte Vorwurf der »Gleichgültigkeit gegen *Gesellschafts*geschichte« (S. 62) muß in dem Maße an Glaubwürdigkeit verlieren, in dem die forschungspraktische Notwendigkeit der Spezialisierung nicht genügend beachtet und die empirischen, sozialhistorischen Forschungsergebnisse selbst, etwa zur Geschichte und Soziologie der bürgerlichen Mittelschichten, ignoriert werden. Hahns Erkenntnisinteresse ist auf das »Allgemeine« der bürgerlichen Gesellschaft gerichtet, deren Geschichte als die eines »Ganzen« erscheint, wobei unklar bleibt, ob dies im idealtypischen, strukturhistorischen oder teleologischen Sinne eines gesetzmäßig ablaufenden Geschichtsprozesses gemeint ist (S. 78 f.). Das »Ganze« der einmal erkannten bürgerlichen Gesellschaft führt schließlich aus unerfindlichen Gründen zur Einsetzung

4 Vgl. zuletzt *Irmingard Staeuble*, Die bürgerliche Gesellschaft als Problem und Probleme in der bürgerlichen Gesellschaft. Zur Kritik der Sozialwissenschaften, Phil. Diss. FU Berlin 1976.

5 *Manfred Hahn*, Historiker und Klassen. Zur Grundlegung einer Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft (= Campus Studium: Sozialgeschichte, Bd. 524), Campus Verlag, Frankfurt/New York 1976, 183 S., Pb., 15 DM.

einer besonderen »Wissenschaft von der Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft«, flankiert von »Wissenschaften« der feudalen und der sozialistischen Gesellschaft (S. 78)! Damit ist allerdings das theoretische Problem der Sozialgeschichte als einheitlicher Gesellschaftswissenschaft zugunsten der Übernahme überkommener Synthesen des historischen Materialismus entschieden. Es ist so nur folgerichtig, wenn Hahn der neueren historischen Sozialwissenschaft ihr freies und undogmatisches Verhältnis zur theoretischen Intention zum Vorwurf macht und die Forderung erhebt, parteiisch zu sein »für die bessere Gesellschaft nach dem geschichtlich fälligen Sturz des kapitalistischen Systems der Ausbeutung« (S. 62).
Wie sehr Hahn in Gefahr gerät, Gesellschaftsgeschichte von ideologischen Prämissen her zu betreiben, zeigt der zweite Teil des Bandes, in dem der Verfasser der Sozialfunktion des deutschen Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert nachgeht. Dem hier herausgearbeiteten Begriff des »bürgerlichen Konservatismus« als Widerstandshaltung der kapitalistischen Gesellschaft gegen ihre revolutionäre Aufhebung korrespondiert ein merkwürdig eindimensionaler und undifferenzierter Sozialismus-Begriff, mit dessen Hilfe einerseits der Revisionismus als Vermittler bürgerlich-konservativen Bewußtseins zu einem indirekten Wegbereiter des Faschismus abgestempelt wird (S. 140 ff., 154), andererseits der Sozialismus selbst als »zielgerichtet angreifender Gegner« unterschiedslos auf die Vorkriegs-Sozialdemokratie, den proletarischen Internationalismus der KPD und die Gründung der DDR (S. 159) angewandt wird. Indem Hahn es unterläßt, nach den historischen Gründen und soziologischen Bedingungen der von ihm beschriebenen Bewußtseinsphänomene zu fragen (z. B. Organisierter Kapitalismus, verspäteter Nationalismus, Demokratieentwicklung in Deutschland), erweist sich seine »Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft« wie manch anderer Versuch auf marxistischer Grundlage trotz theoretisch differenzierender Ansätze letztlich als Ausdruck ideologischer Beschwörungen, vor denen eine sozialhistorisch zureichend begründete Gesellschaftsanalyse zurücktritt und keine Gestalt anzunehmen vermag.
Von einem vergleichbaren Ansatz aus behandelt ein von *Urs Jaeggi* und *Sven Papcke* herausgegebener Sammelband im Rahmen einer auf drei Bände konzipierten Reihe Entstehung und Funktion bürgerlicher Revolutionstheorien[6]. Entsprechend der allgemeinen marxistischen Terminologie werden Begriff und Gegenstand von »Bürgertum«, »bürgerlich« oder »Bourgeoisie« nicht näher thematisiert und weithin dem Kapitalismus-Begriff subsumiert. So ergeben sich zwangsläufig Verallgemeinerungen, Verkürzungen und Ungereimtheiten, die angesichts der polemischen Auseinandersetzung mit neueren sozialhistorisch fundierten Interpretationen etwa der Französischen Revolution die Überzeugungskraft der Argumente nicht gerade fördern. Ausgangspunkt der aufwendig und notwendig abstrakt geführten und hier nur anzudeutenden Diskussion ist die ideologiekritisch begründete Behauptung, das Erkenntnisinteresse der bürgerlich-positivistischen, d. h. nichtmarxistischen Soziologie habe grundsätzlich revolutionsvermeidenden Charakter und sei daher präventiv auf die Ausarbeitung von Sozialkontroll-Theorien im politischen Interesse einer »Counterinsurgency«-Praxis gerichtet. Demgegenüber suchen die Herausgeber unter Anknüpfung an die nicht näher ausgeführte Tradition aufklärerischer Soziologie einen gesamtgesellschaftlich orientierten, systemtransformierenden, sozialistischen Revolutionsbegriff zu entwickeln, der über das ambivalente marxistische Paradigma dialektischer Umschwünge wie davon abgeleiteter mechanistischer Entwicklungsmodelle hinausgeht. Es spricht für die Aufrichtigkeit der Verfasser, wenn sie am Ende etwas ratlos feststellen, das kapitalistische System habe bisher »nirgends immanente Gesetze erkennen lassen, die auf eine Revolution notwendig hinauslaufen« (S. 106). Wenn aber »Freiheit«

6 *Urs Jaeggi/Sven Papcke*, Revolution und Theorie 1. Materialien zum bürgerlichen Revolutionsverständnis (= Fischer Athenäum Taschenbücher Sozialwissenschaften 4017), Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1974, 335 S., kart., 15,80 DM.

und »Humanismus« als Elemente eines undogmatischen Marxismus nur noch mit Skepsis am Rande vermerkt werden (S. 12 f.), dann zeigt sich daran eine theoretisch wie historisch-politisch gleicherweise befremdliche Distanz zu der nur noch abstrakt begriffenen Tradition bürgerlichen Denkens, als deren Kritik Jaeggi und Papcke ihre Veröffentlichung verstanden wissen wollen.

Welche Schwierigkeiten gerade im aktuellen Verständnis das »Bürgertum« als soziale Kategorie aufwirft, machen zwei in den letzten Jahren erschienene Bände des *»Kursbuchs«* deutlich[7]. Hatte das »Kursbuch« in der Tradition kulturkritischer Publizistik in früheren Jahren oft neue Bewußtseinshaltungen artikuliert und namhaft gemacht, so kommt der Versuch einer Ortsbestimmung der bundesrepublikanischen »bürgerlichen« Gesellschaft weithin nicht über oberflächliche Polemik und ideologiebefrachtete, ins Leere gehende Beschreibungen hinaus. Selbst wenn an die Beiträge keine strengen wissenschaftlichen Maßstäbe anzulegen sind, bleibt der soziale Befund auf seltsame Weise diffus und ohne besondere Konturen. Dies gilt vor allem für das Heft *»Unsere Bourgeoisie«*, das die Ober- und Mittelschichten zum Gegenstand hat, im alten Sinne Besitz und Bildung, um schließlich im Kern auf die Darstellung ihrer Rolle als »Party-Society« zusammenzuschrumpfen. Sicherlich nicht zufällig gehören die satirischen Momentaufnahmen von *Ellen v. Friedeburg* (Bürgerliche Attrappen) und *Bernt Engelmann* (Eure Elite) zu den Glanzstücken des Bandes. In einem »Dossier« werden in der Form von Exzerpten, Zitaten und Statistiken im einzelnen nützliche »Materialien zur Naturgeschichte und zum Sozialcharakter der in Deutschland herrschenden Klasse« zum Abdruck gebracht, die immerhin einen Eindruck von der historischen Dimension des Gegenstands vermitteln. Die hier nachzulesenden Analysen liefern einen direkteren und erhellenderen Einblick in die Macht, Größenordnung und Mobilität der westdeutschen Führungsschichten, als dazu theoretisierende Reflexionen wie der Beitrag von *Rudolf Hickel* (Kapitalfraktionen. Thesen zur Analyse der herrschenden Klasse) imstande sind. Der Versuch, aus einem vorgegebenen Meinungsspektrum heraus eine Bestandsaufnahme der Ober- und Mittelschichten der Bundesrepublik zu geben, kann in dieser Form in der Tat nicht mehr als auf die »Beschreibung einer Lücke« (Untertitel des »Dossier«) hinauslaufen, hinter der sich unterschwellig die intellektuelle Sehnsucht nach der vergangenen repräsentativen Geltung eines Bürgertums der Bildung, Muße und Kultur verbirgt.

Einem wesentlich schwierigeren Unterfangen stellt sich der Band *»Wir Kleinbürger«*, der jedoch nicht zuletzt dank der Vorgaben der Herausgeber *Hans Magnus Enzensberger* (Von der Unaufhaltsamkeit des Kleinbürgertums. Eine soziologische Grille) und *Karl Markus Michel* (Wir Überbauarbeiter. Ein Brief über mich und Meinesgleichen) dem Leser in manchem ertragreichere Einsichten vermittelt. Das Kleinbürgertum, als Zwischenschicht zwischen »Bourgeoisie« und »Proletariat« angesiedelt, gilt seit Marx als Repräsentant der einfachen Warenproduktion und ursprünglichen Kapitalakkumulation (Mittelstand). Abhängig von der einen, bedroht von der anderen Klasse, erscheint sein Sozialbewußtsein von ausgeprägten Sekuritätsbedürfnissen und Anpassungszwängen beherrscht. Der Wille zum Aufstieg ist stets von der Angst vor dem sozialen Abstieg begleitet – »der soziale Widerspruch in Aktion« (Marx).

Verschiedene Definitionsvorschläge suchen über das Bewußtseinsphänomen des »Kleinbürgerlichen« hinaus, etwa unter Berücksichtigung der soziologischen Trennung von »altem« und »neuem« Mittelstand, den konkreten Ort des »Kleinbürgertums« in der Gesellschaft der Gegenwart neu zu bestimmen, indem sie es einerseits als das eigentliche Bürgertum oder den »peuple« minus Arbeiterklasse bezeichnen, andererseits auf seine »Vermassung« und sich vollziehende Symbiose mit dem Proletariat verweisen. In einem

7 *Unsere Bourgeoisie*. Kursbuch 42, Kursbuch Verlag, Berlin 1975, 188 S.; *Wir Kleinbürger*. Kursbuch 45, Kursbuch Verlag, Berlin 1976, 189 S., kart., je 8 DM (Abonnementpreis 6 DM).

instruktiven Beitrag von *Heinz-Gerhard Haupt* über die Bedeutung des Kleinbürgertums für die Arbeiterbewegung am Beispiel der Pariser Commune wird auf eine historische Form der Zusammenarbeit beider Klassen verwiesen, die jedoch trotz politisch-ideologischer Gemeinsamkeiten nur partiell und innerhalb eines kurzen Zeitraums verwirklicht werden konnte.

Es entspricht zunächst der Spannbreite gesellschaftlicher Mittelschichten und ist nicht nur der ideologischen Werthaftigkeit des Kleinbürger-Begriffs zuzuschreiben, wenn die Beiträge des Bandes nicht ausmachen können, wo und in welchem Umfang ein einheitliches »Kleinbürgertum« in der Bundesrepublik zu verorten ist, in welchen Gliederungen es auftritt und in welchem sozial-ökonomischen Verhältnis es zu den übrigen Bevölkerungsschichten steht. Ohne eine derartige, die historische Herkunft einbeziehende Sozialanalyse müssen Funktionsbestimmungen des modernen westeuropäischen »Kleinbürgertums« wie »kulturelle Klasse« oder »Klasse der industriellen Zivilisation« (Enzensberger), »politisch dominante Klasse« *(Alfred Krovoza/Axel R. Oestmann,* Kleinbürger in Deutschland. Soziale und politische Konturen einer »verhinderten« Klasse) oder »gesellschaftlicher Machtblock« *(Urs Jaeggi,* Zwischen den Mühlsteinen. Der Kleinbürger oder die Angst vor der Geschichte) allerdings widersprüchlich und beziehungslos bleiben, wenngleich sie die angewachsene soziologische Bedeutung eines allgemeinen Verbürgerlichungsprozesses sichtbar machen.

Den ambitionierten Versuch einer Geschichte des Kleinbürgertums in kritischer Absicht liefert die Erlanger Dissertation von *Annette Leppert-Fögen,* die unter dem Titel »Die deklassierte Klasse« inzwischen als Taschenbuch vorliegt[8]. Die Verfasserin geht von dem Kleinbürgertum als gewerblichem, warenproduzierendem, gegen Kapital und Proletariat gleicherweise agierendem Mittelstand und seiner Funktion als »Übergangsklasse« aus, wobei als zentrales Motiv ihrer Untersuchung seine oft hervorgehobene konterrevolutionäre Rolle als Wegbereiter des Faschismus fungiert. In einem ersten Abschnitt werden die ambivalente Stellung des Kleinbürgertums im Rahmen des kapitalistischen Klassenverhältnisses, der Zusammenhang von Kleinbürgertum und Proletariat im Antikapitalismus der frühen Arbeiterbewegung und dessen Niederschlag in der sozialistischen und anarchistischen Theorie (Proudhon) behandelt. Ihm folgt ein Abschnitt über die Beziehungen zwischen Kleinbürgertum und Liberalismus auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft im 19. Jahrhundert, in der die in der Französischen Revolution zum Durchbruch gekommene radikal-egalitäre Demokratie des jakobinischen Kleinbürgertums an den ökonomischen Bedingungen der industriellen Klassengesellschaft wie an den eigenen, am Ideal sozialer Gerechtigkeit orientierten restaurativen und zunehmend ideologischer werdenden Vorstellungen zum Erliegen kommt. Leppert-Fögen schreibt: »Entsprach die soziale Utopie des Kleinbürgertums von jeher dem Gerechtigkeit verbürgenden Ideal einer Gesellschaft kleiner Warenproduzenten, so sollte dieses Ideal *nach* der Konsolidierung der bürgerlichen Gesellschaft um keinen Preis mehr auf revolutionärem Wege verwirklicht werden. Denn dieser wurde von nun an von einer anderen Klasse repräsentiert, die, als *eigentumslose,* jene Grundnorm potentiell in Frage stellte, an die jede kleinbürgerliche Ideologie wie schließlich auch jede kleinbürgerliche Rebellion strikt fixiert bleibt.« (S. 160).

Das dritte Kapitel »Zur Sozialpsychologie des Kleinbürgertums« hat unter anderem den spezifischen, an bürgerlichen Normen wie Pflicht, Ehrlichkeit, Ordnungsliebe, Sauberkeit und Sparsamkeit orientierten Sozialisationsprozeß der kleinbürgerlich-patriarchalischen Familie zum Inhalt. Der von ihm erzeugte »autoritäre Charakter« liefert mit zunehmender Diskrepanz zwischen gesellschaftlichem Anspruch und tatsächlichem sozialen Status

8 *Annette Leppert-Fögen,* Die deklassierte Klasse. Studien zur Geschichte und Ideologie des Kleinbürgertums (= Texte zur politischen Theorie und Praxis. Fischer Taschenbücher 6523), Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1974, 346 S., kart., 8,80 DM.

die Grundlage für aggressive, dysfunktionale Verhaltensweisen der Projektion (Antisemitismus), Überanpassung und Unterwerfung, die in der Form der »kollektiven Ich-Schwäche« zu den psychosozialen Voraussetzungen des Faschismus gehören. In einem letzten Teil behandelt die Verfasserin im Rahmen des Verhältnisses von Kleinbürgertum und Faschismus die Nazifizierung des Mittelstandes und den Mittelstandssozialismus der NSDAP, um schließlich in Auseinandersetzung mit überlieferten marxistischen Faschismus-Interpretationen auf die zuerst von Trotzki aufgestellte These der »dritten Klasse« zu rekurrieren, nach der es allein auf der Basis der autonomen Massenbewegung des deklassierten Kleinbürgertums dem Faschismus möglich war, die parlamentarische Demokratie und damit die institutionell in das bürgerlich-kapitalistische System integrierte Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Ob allerdings das radikale Kleinbürgertum, wie die Autorin meint, »in der Spätphase des Kapitalismus für die Machtposition der Bourgeoisie ebenso gefährlich wie in der Frühphase, in konterrevolutionärer, faschistischer Gestalt ebenso wie in revolutionärem, jakobinischem Gewande« gewesen ist (S. 315), muß, abgesehen von den historischen wie realsoziologischen Unterschieden, angesichts der Vorgänge der nationalsozialistischen Machtergreifung bezweifelt werden.

Betrachtet man die Untersuchung unter dem Aspekt bürgerlicher Gesellschaftsgeschichte, so lassen sich einige Einwände grundsätzlicher Art nicht vermeiden. Sie betreffen einmal die von der marxistischen Grundposition her konsequent herausgearbeitete Kategorie des »Kleinbürgertums«, die als vorkapitalistischer Mittelstand zu eng gefaßt und in ihrer Tendenz zur logischen Verselbständigung nicht die realen Größenordnungen (Quantitäten?) und das Ausmaß an ökonomischer, sozialer und kultureller Verbreiterung und Differenzierung zum Ausdruck bringt, das sich in der Sozialgeschichte der im Zuge der Industrialisierung starken gesellschaftlichen Umwälzungen ausgesetzten bürgerlichen Mittel- und Unterschichten seit dem 18. Jahrhundert beobachten läßt. Der Entschluß der Autorin, den »neuen Mittelstand« der Angestellten aus ihren Analysen auszuklammern, aus Angst, die »Ideologie« dieser Schicht zu reproduzieren (!), muß vor diesem Hintergrund und angesichts seiner Bedeutung für den Aufstieg des deutschen Faschismus merkwürdig berühren und ist wohl selbst nur auf eine eigene ideologische Befangenheit zurückzuführen (vgl. S. 19 ff.). Vielfach dient die theoretisch-kritische Anlage und Ausrichtung der Arbeit dazu, auf historisch-empirische Forschungsergebnisse zu verzichten und diese überwiegend durch Zitate marxistischer Klassiker und Autoren zu ersetzen. Durch die undifferenzierte Verwendung von weiträumigen Globalbegriffen wie »Bourgeoisie«, »Kapitalismus« und »Proletariat« wird der soziologische *Bias* gegenüber den als »historizistisch« abqualifizierten sozialhistorischen Interpretationen etwa des Deutschen Kaiserreichs verstärkt und läuft schließlich auf eine Vernachlässigung der relativen Selbständigkeit politischer Systeme, Führungsschichten und Mentalitätsstrukturen hinaus, ohne die beispielsweise das Problem der ausgebliebenen bürgerlich-liberalen Revolution in Deutschland wie auch der Demokratisierung als Prozeß gesellschaftlicher und politischer Partizipation nicht hinreichend erklärt werden kann. Hier erweist es sich als eine bei vielen ähnlich begründeten Untersuchungen zu beobachtende Schwäche, historische Beweise für die Gesetzmäßigkeit der »bürgerlichen« Revolution oder die Funktionsweise der »bürgerlichen« Demokratie fast nur aus der deutschen oder der prototypisch verstandenen französischen Revolutionsgeschichte zu entnehmen, während die (erfolgreichere!) englische und amerikanische Entwicklungslinie meist ausgespart bleibt. Daß der historische Faschismus nur in halb- bzw. nichtdemokratischen Ländern an die Macht gelangte, ist eine Tatsache, die vom Klassengegensatz allein her nicht zu erklären ist und eher für die Selbständigkeit, Dauerhaftigkeit und Stärke der politischen Traditionen des bürgerlich-liberalen Gesellschaftssystems spricht.

Entwicklungsprobleme des politischen und gesellschaftlichen Liberalismus sind in den ver-

gangenen Jahren Gegenstand eines intensiven Forschungsinteresses geworden, durch das insbesondere die relative Rückständigkeit der liberalen Bewegung in Deutschland herausgearbeitet und belegt wurde. Vor diesem Hintergrund ist auch eine Untersuchung von *Michael Gugel* zu sehen, die am Beispiel des preußischen Verfassungskonflikts das Verhältnis von Zielsetzung und Interessenlage des bürgerlichen Liberalismus um die Mitte des 19. Jahrhunderts einer eingehenden Analyse unterzieht[9]. Die Arbeit Gugels behandelt in Abgrenzung zu bisherigen Auffassungen vor allem den Einfluß, der von der sich seit 1850 verstärkt herausbildenden kapitalistisch-industriellen Erwerbsgesellschaft auf das Bewußtsein, die Ziele und die Handlungen des politischen Liberalismus in Preußen, namentlich der den Verfassungskonflikt tragenden Deutschen Fortschrittspartei, ausgegangen ist. Diese keineswegs neue Fragestellung wird an der Programmatik und sozialen Zusammensetzung liberaler Organisationen wie dem 1858 gegründeten »Kongreß deutscher Volkswirte« und dem »Deutschen Nationalverein«, an der Politik der Fortschrittspartei und den Stellungnahmen und Jahresberichten der preußischen Handelskammern exemplifiziert. Die hier artikulierten »bürgerlichen Grundinteressen«, nationale Einheit, starker Staat und wirtschaftliche Expansion, liefen auf eine rechtlich-politische Herrschaftsform hinaus, mit deren Hilfe die Furcht des Bürgertums vor der sozialen Revolution gebannt und unter Verzicht auf die politische Machtausübung eine weitergehende, die eigenen Besitzinteressen gefährdende Parlamentarisierung abgewehrt werden konnte. Diese im »System Bismarck« verwirklichte Form bürgerlich-konservativer Herrschaft war »gekennzeichnet durch eine starke, von der Gesellschaft nicht unmittelbar kontrollierte Exekutive, die mit dem Anspruch auftrat, allen Klassen gleichmäßig wohlwollend gegenüberzustehen, deren Aktionsradius aber beschränkt ist durch die notwendige Rücksicht auf die Belange der ökonomisch führenden Schicht« (S. 239). Das Bismarcksche Herrschaftssystem stand, wie Gugel unter Hinweis auf den französischen Bonapartismus feststellt, in einem europäischen Kontext und war »seinem Kern nach letztlich nicht in spezifisch deutschen Bedingungen, sondern [. . .] in Struktureigentümlichkeiten der sich entwickelnden bürgerlich-industriellen Gesellschaft begründet.« (S. 240). Es kann sich hier nicht darum handeln, der Erörterung und Beurteilung des preußischen Verfassungskonflikts durch den Verfasser im einzelnen nachzugehen. Im Hinblick auf die für sich plausibel und einleuchtend vorgetragene Grundthese ergeben sich jedoch zwei Einwände. Sie betreffen zum einen die weithin deterministisch aufgefaßte Rolle des »Wirtschaftsbürgertums« als »entscheidender, weil stärkster Teil« des Gesamtbürgertums (S. 233) und dessen Position innerhalb der liberalen Bewegung. Die von Gugel unterstellte politisch-soziale Dominanz der wirtschaftlichen Gruppen hängt eng mit der wiederholten Postulierung bestimmter »bürgerlicher Interessen« zusammen, die, abgesehen von der Frage, ob überhaupt zur Zeit des Verfassungskonflikts schon von eindeutig abzugrenzenden Klasseninteressen gesprochen werden kann, vor allem den Einfluß des akademisch und juristisch gebildeten Bürger- und Beamtentums als »politischer Klasse« verkürzt und seine besondere, historisch zu erklärende Stellung innerhalb der Verfassungsbewegung nicht genügend berücksichtigt[10]. Die Schwäche des den Konflikt tragenden Beamtenliberalismus, die sich aus dem engen politischen Spielraum des konstitutionellen Systems wie dem von Gugel übersehenen geringen Rückhalt in der Bevölkerung ergab, lieferte

9 *Michael Gugel*, Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herrschaft. Sozioökonomische Interessen und politische Ziele des liberalen Bürgertums in Preußen zur Zeit des Verfassungskonflikts 1857–1867 (= Sammlung Junge Wissenschaft), Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1975, 304 S., kart., 48 DM.

10 Auf die noch wenig erforschte Rolle des Bildungsbürgertums verweisen auch *Bernd Peschken/Claus-Dieter Krohn* unter Mitarb. von *Elke Neumann* (Hrsg.), Der liberale Roman und der preußische Verfassungskonflikt. Analyseskizzen und Materialien (= Literaturwissenschaft und Sozialwissenschaften, Bd. 7), Metzler Verlag, Stuttgart 1976, S. 58.

erst die Voraussetzung für jene »Diskrepanz zwischen wirtschaftlich-sozialer Macht und institutionell gesichertem politischen Einfluß« (S. 213), die für das Gesellschaftssystem des Deutschen Kaiserreichs später charakteristisch wurde. Die strukturellen Schwächen des in der bürokratischen Tradition des aufgeklärten Absolutismus beheimateten politischen Liberalismus erklären es schließlich auch, warum es nicht zu einer »außerkonstitutionellen« Lösung des Verfassungskonflikts gekommen ist, die, wie Gugel unterstellt, »im Rekurs auf die Erprobung der tatsächlichen sozialen Machtverhältnisse« z. B. das Budgetrecht als »zentrales Mittel zur Demokratisierung des Staates« hätte einsetzen müssen (S. 134).

Mit dem ständigen Verweis auf versäumte Möglichkeiten innenpolitischer Systemveränderung, die zur »Auslösung eines Prozesses demokratischer Selbstbestimmung des Volkes« (S. 138) hätten führen können, setzt sich Gugel selbst in Gegensatz zu seiner Grundthese, nach der von Anfang an »eine emanzipatorische Stoßrichtung bürgerlicher Politik« den wirtschaftlich-kapitalistischen Gruppeninteressen untergeordnet war, die eo ipso nur die Durchsetzung begrenzter Forderungen, nicht aber »eine Demokratisierung der Gesellschaft« zum Ziel hatten (S. 230). Die Vorstellung einer »um ihrer selbst willen« (!) verfochtenen Liberalisierung und Demokratisierung (S. 231) macht allerdings ein Politikverständnis deutlich, das mehr am Ideal einer interesselosen, egalitären Gesellschaft freier Menschen orientiert zu sein scheint als an den realhistorischen, zweck- und machtgebundenen Gegebenheiten, unter denen der bürgerliche Liberalismus in Deutschland politisch zu handeln gezwungen war.

Trotz der erheblichen Bedeutung für die Entfaltung des politischen Liberalismus ist dem »Bildungsbürgertum« des 19. Jahrhunderts in der bisherigen Forschung ein relativ geringes Augenmerk zuteil geworden. Auf diese Lücke macht ein von *Klaus Vondung* in der Vandenhoeck-Reihe herausgegebener Sammelband von Originalbeiträgen aufmerksam[11]. Er hat sich explizit zum Ziel gesetzt, über eine Lagebeschreibung der Wilhelminischen Gesellschaft, der Rahmenbedingungen und herrschenden Ideen hinaus einer genaueren Definition des »Bildungsbürgertums« als einem vor allem für die deutsche Gesellschaftsgeschichte eigentümlichen sozialen und geistigen Phänomen näherzukommen. Der Schwierigkeit, das Bildungsbürgertum angesichts der »begrenzten Bedeutung sozioökonomischer Kriterien« (S. 22) soziologisch eindeutig zu bestimmen, sind sich die Autoren des Bandes vollauf bewußt. Dennoch liefern die vom Herausgeber in einem einleitenden Aufsatz zusammengetragenen Charakteristika ein verläßliches Instrumentarium, mit dessen Hilfe die soziale Anatomie der bildungsbürgerlichen Schichten der Wilhelminischen Epoche aufgedeckt werden kann. Zu ihr gehören, idealtypisch gesehen, durchgehend akademische Bildung, ein hohes Maß an Selbstrekrutierung aus dem überwiegend protestantischen und beamteten Mittelstand, als dessen sozialaktiver Kern Universitätsprofessoren nahezu aller Disziplinen, Gymnasiallehrer, Geistliche, Schriftsteller, Journalisten und Künstler anzusehen sind, deren gesellschaftliches Prestige sich jedoch nicht primär auf wirtschaftliche Prosperität, sondern auf das eigene und in der Öffentlichkeit verankerte Bewußtsein einer kulturellen Elite gründet.

In dem Maße nun, in dem gegen Ende des Jahrhunderts das Wirtschaftsbürgertum sich den konservativen Ordnungs- und Interessenparteien zuwandte und auf der Linken sich die Sozialdemokratie als Massenpartei formierte, sieht sich das Bildungsbürgertum in seiner sozialen Stellung gefährdet und in seinem politisch-gesellschaftlichen Einfluß von neuen, tendenziell nivellierenden Entwicklungen bedroht. Die Angst vor der sozialen Desintegration und zunehmende »Defizienzerfahrungen« (Vondung) verstärken das Be-

11 *Klaus Vondung* (Hrsg.), Das wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen (= Kleine Vandenhoeck-Reihe 1420), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 208 S., kart., 15,80 DM.

dürfnis nach Identität und Sinngebung, das sich einerseits in der hohen Beteiligung bildungsbürgerlicher Kreise an der organisatorischen und ideologischen Durchsetzung des Imperialismus, andererseits in verschiedenen Versuchen niederschlägt, den gesellschaftlichen Führungsanspruch durch eine kulturelle Erneuerung und Selbstreform wiederzugewinnen. Die für das Wilhelminische Bildungsbürgertum charakteristische »Ambivalenz der Gesinnung« (Vondung, S. 32) kommt auf diese Weise in einer Reihe von »Widerstandsphänomenen« zum Ausdruck, unter denen der Band die »Jugendkulturbewegung« *(Ulrich Linse)* und die »Lebensreformbewegung« *(Janos Frecot)* in besonderen Beiträgen hervorhebt. Suchen diese breit gefächerten und in sich heterogenen Bewegungen und Gruppierungen auf der einen Seite einen von esoterisch-regressiven wie utopisch-revolutionären Zügen gleicherweise gekennzeichneten »Dritten Weg« jenseits der vom Organisierten Kapitalismus und der organisierten Arbeiterklasse beherrschten gesellschaftlichen Entwicklung einzuschlagen, so bleiben sie auf der anderen Seite als »Gebildeten-Revolte« an die sozialen Bedingungen und Strukturen des bürgerlich-industriellen Gesellschaftssystems gebunden. Es gelang ihnen nicht, wie Janos Frecot formuliert, »die bildungsbürgerliche Vorstellungswelt und Mentalität zu durchbrechen« (S. 151) und das Problem der kulturellen Erneuerung, unbeschadet vieler praktischer und weiterreichender Erfolge, im Sinne einer umfassenden »Gesellschaftsreform« zu lösen.

Die soziale Funktion, die der »Bildung« für den Aufstieg des europäischen Bürgertums in allen seinen Schichten zukommt, verfestigte sich im neuhumanistischen Selbstverständnis des deutschen Bildungsbürgertums des 19. Jahrhunderts zu einem Statusmerkmal, durch das der Ausschluß von der politischen Macht überdeckt und gesellschaftlich kompensiert werden konnte. »Bildung« wurde zu einem Wert an sich, zu einem Symbol, das die politischen und sozialen Antagonismen der Epoche überdauerte und sich dadurch zunehmend von den Ursprüngen der Aufklärung entfernte, in der die Bildung als »Erziehung des Menschengeschlechts« noch mit dem Bewußtsein des geistigen und gesellschaftlichen Fortschritts verknüpft war.

Das besondere Verhältnis, das Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland miteinander eingegangen sind, ist das Thema eines von *Franklin Kopitzsch* herausgegebenen Sammelbandes, der einen vorzüglichen Einblick in den Stand der gegenwärtigen Forschung vermittelt[12]. Das Buch enthält elf zentrale, bereits anderenorts veröffentlichte Aufsätze ausgewiesener Autoren, die unter drei Abschnitten zusammengefaßt sind. Im ersten Abschnitt »Zur politischen und sozialen Wirklichkeit Deutschlands im 18. Jahrhundert« kommen Beiträge von *Rudolf Vierhaus* (Deutschland im 18. Jahrhundert: soziales Gefüge, politische Verfassung, geistige Bewegung), *Eberhard Weis* (Absolute Monarchie und Reform im Deutschland des späten 18. und des frühen 19. Jahrhunderts) und *Rudolf Endres* (Das Armenproblem im Zeitalter des Absolutismus) zu Wort. Ein zweites Kapitel behandelt den spezifischen Charakter der deutschen Aufklärung in Beiträgen von *Ernst Troeltsch, Friedrich Paulsen, Klaus Scholder* und *Thomas P. Saine* (Was ist Aufklärung? Kulturgeschichtliche Überlegungen zu neuer Beschäftigung mit der deutschen Aufklärung). Der dritte Abschnitt enthält unter der Überschrift »Aufklärung und Literatur« Untersuchungen von *Wolfgang Martens* (Bürgerlichkeit in der frühen Aufklärung), *Werner Rieck* (Literaturgesellschaftliche Prozesse in der deutschen Frühaufklärung/Literaturgesellschaftliche Aspekte der Lessing-Phase in der deutschen Aufklärung) und *Herbert G. Göpfert* (Lesegesellschaften im 18. Jahrhundert).

Von besonderem Wert erweist sich die umfangreiche und überaus detailliert dokumentierte Einleitung des Herausgebers, in der die Aufgaben einer »Sozialgeschichte der deutschen

12 *Franklin Kopitzsch* (Hrsg.), Aufklärung, Absolutismus und Bürgertum in Deutschland. Zwölf Aufsätze (= nymphenburger texte zur wissenschaft 24), Nymphenburger Verlagshandlung, München 1976, 440 S., Pb., 36 DM.

Aufklärung« im Zusammenhang der bisherigen Forschung diskutiert werden. Hier sind neben dem Plädoyer für eine intensivere interdisziplinäre und internationale Zusammenarbeit die kritischen Bemerkungen über die großen empirischen Lücken im Gesamtbild der Aufklärung wichtig, die nicht mit methodisch bedenklichen Globalkonzepten wie »bürgerliche Emanzipationsbewegung« verdeckt werden sollten. Der Historiker kann nach Kopitzsch »nicht energisch genug darauf hinweisen, daß unser Wissen sowohl über die politische und soziale Umwelt der deutschen Aufklärung als auch über deren Entfaltung noch immer sehr begrenzt ist« (S. 15).

So wirft die Tatsache, daß Stadt und Bürgertum zu den sozialen Voraussetzungen der Aufklärung zählen, Fragen nach der noch zu wenig erforschten Geschichte der frühneuzeitlichen Stadt, ihrer Sozialstruktur und der tatsächlichen Partizipation des Bürgers auf, der im 18. Jahrhundert bereits nicht mehr mit dem Stadtbewohner gleichgesetzt werden kann. Eine neue »bürgerliche« Schicht entsteht mit den landesherrlichen Beamten, die weder zum absolutistischen Staat noch zum Adel, der sich ihm zum Teil anschloß, in Gegensatz standen. Ebenso kann von einem Klassenantagonismus zwischen Feudaladel und Manufakturbourgeoisie nicht eigentlich gesprochen werden. Die Tatsache, daß wesentliche wirtschaftliche und soziale Innovationen wie etwa die Preußischen Reformen von dieser adelig-bürgerlichen Führungsschicht, weniger dagegen von dem erst allmählich sich entwickelnden, lokal gebundenen »Wirtschaftsbürgertum« ausgingen, d. h. die Entfaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse primär mit bürokratischen Mitteln vorangetrieben wurde, verhinderte in hohem Maße die Entstehung einer selbstbewußten »Bourgeoisie«, deren Ziel die politisch-institutionelle Veränderung des absolutistischen Regimes gewesen wäre. Alle bisherigen Forschungen legen den Schluß nahe, daß es eine revolutionäre »bürgerliche Klasse«, ja selbst eine umfassende politische Reformbewegung in Deutschland nicht gab. Der aufgeklärte Absolutismus, so Rudolf Vierhaus, »hatte zum geistigen Selbständigwerden einer wachsenden Zahl von Gebildeten direkt und indirekt beigetragen; von seinen eigenen Voraussetzungen her aber gab er den Weg nicht frei zur eigenständigen, mitbestimmenden Teilnahme des politisch mündigen Bürgers an der Gestaltung der öffentlichen Dinge« (S. 186). Das aufgeklärte, aber territorialstaatlich und ständisch gebundene Bürgertum blieb in seiner Masse auf die schmale Bildungsschicht der kleinen Städte beschränkt. Während hier die Einrichtung von Lesegesellschaften als »Selbsthilfe des Bürgertums« (Rieck, S. 369; Göpfert, S. 409) für die Verbreitung der Ideen der Aufklärung wie für die soziale Selbstverständigung sorgten, blieben für die kleinbürgerlichen Schichten die Kirchen bis weit in das 19. Jahrhundert hinein die entscheidende Bildungsmacht; Gesangbuch, Katechismus und Bibel waren hier oft die einzige Lektüre.

Es liegt auf der Hand, daß der komplexe Begriff der »Bürgerlichen Gesellschaft« angesichts dieser Befunde zu Fehldeutungen führen muß. Übertragen auf die Epoche der deutschen Aufklärung, bezeichnet er noch nicht die Realität der Erwerbs- und Bedürfnisgesellschaft des 19. Jahrhunderts im Hegel-Marxschen Verständnis und auch nicht die nach besitzindividualistischen Kriterien organisierte Marktgesellschaft (Macpherson), sondern weitaus abstrakter den allgemeinen Entwurf eines nach den Vernunftprinzipien der Freiheit und Gleichheit geordneten, »staatsbürgerlichen« Gemeinwesens. Über den Gedanken der Gemeinnützigkeit bzw. des Patriotismus ist dieser Entwurf in der Praxis auch nicht hinausgegangen. »Die potentiellen demokratischen Elemente«, schreibt Wolfgang Martens, »die einem bürgerlichen Engagement für das Gemeinwesen innewohnen – sie entfalten sich z. B. in der Neuen Welt in der Initiative Benjamin Franklins –, treten im deutschen Bereich nicht hervor. Aus dem gemeinnützigen Bürger wird kein Citoyen« (zit. S. 336). Das aber heißt zugleich, daß der aufgeklärte Gedanke einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, sollte er über die Gemeinschaft der Hausväter hinaus verwirk-

licht werden, einer politischen Theorie bedurfte, die jenseits der Regelung der Beziehungen zwischen Obrigkeit und Untertan (vgl. Christian Wolff, Deutsche Politik) vor allem »das Verhältnis zwischen Bürger und Staat bzw. Bürger und Machthaber auf eine rechtliche und soziale Grundlage gestellt und dieses Verhältnis anders als durch die bloße Macht oder durch die Tradition und das sogenannte gottgegebene Recht des Herrschers [. . .] legitimiert hätte« (Saine, S. 334).
Es war die Französische Revolution, in der in Europa die in den Vereinigten Staaten von Amerika bereits erfolgreich verlaufene Entwicklung zum bürgerlichen Staatswesen erstmals zum Durchbruch kam. Die in langwierigen Prozessen vorbereitete politische Umwälzung konnte aber, wie *Walter Markov* von einem differenziert angelegten marxistischen Ansatz aus in einem Beitrag zu einem anderen Sammelband ausführt[13], nur mit Hilfe der »demokratischen Allianz« des *menu peuple* vollzogen werden, der in der Jakobinerdiktatur selbst zu kurzfristiger Herrschaft gelangte. Daß die bürgerliche Revolution jetzt als »öffentlich-rechtlicher Nachvollzug einer an der gesellschaftlichen Basis bereits ergriffenen Option für den Übergang zu einer ertragreicheren, am Gewinn meßbaren Produktions- und Austauschweise« (S. 222 f.) definiert werden kann, weist allerdings auf Bedingungen hin, die nicht mehr in der Reichweite der deutschen Aufklärung lagen und erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts die gewandelte Realität der »bürgerlichen Gesellschaft« und ihre weitere Entwicklung bestimmen sollten.

Es braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß die hier in unvermeidbarer Kürze vorgestellten Veröffentlichungen in ihrer Mehrheit nicht die explizite Darstellung der »Bürgerlichen Gesellschaft« zu ihrem Gegenstand haben. Indem sie aber thematisch relevante Teilgebiete wie die Entwicklung des Kleinbürgertums, des Bildungsbürgertums oder des bürgerlichen Liberalismus behandeln, geben sie, unbeschadet der Zufälligkeit und Begrenztheit der Auswahl, indirekt einen Einblick in gegenwärtige Wissensbestände, Trends und Forschungsinteressen, die auf Begriff und Gegenstand einer Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft nicht ohne Einfluß bleiben können.
Das uneinheitliche Bild, das diese Bestandsaufnahme vermittelt, spiegelt jedoch darüber hinaus die grundsätzlichen Schwierigkeiten wider, denen sich eine bürgerliche Gesellschaftsgeschichte gegenübergestellt sieht. Sie liegen zum einen im theoretisch-terminologischen Bereich, in dem vor allem der Begriff der »Bürgerlichen Gesellschaft« selbst entweder zu allgemein und undifferenziert oder in zu einseitiger Weise verwandt wird, um als soziale Kategorie oder Erklärungsmodell empirisch wirksam zu werden. Nur allzu leicht verwandelt die »Kritik« an der bürgerlichen Gesellschaft diese in ein Stereotyp, das, losgelöst von jeder theoretischen und historischen Vermittlung, bewußt oder unbewußt, nur noch die Funktion eines ideologischen Versatzstücks ausübt. Zum anderen liegen die Schwierigkeiten in der Forschungssituation selbst, in der erst allmählich und noch weitgehend unverbunden Bürgertum und Bürgerliche Gesellschaft als sozialtheoretisches wie sozialhistorisches Problem in den Vordergrund des Interesses rücken.
Für eine theoretisch wie empirisch befriedigende Erforschung der Entwicklung der modernen »Bürgerlichen Gesellschaft« scheinen daher vor allem koordinierte sozialhistorische Untersuchungen des neuzeitlichen Bürgertums notwendig zu sein, durch die auf der Ebene einzelner Länder und Perioden seine ökonomischen Funktionen und spezifischen sozialen Gliederungen, sein Verhältnis zu den übrigen Gesellschaftsschichten, zur geistigen und kulturellen Entwicklung und nicht zuletzt zu den politischen Systemen, moralischen

13 *Walter Markov*, 1789: Bürgertum zwischen Aufklärung und Revolution, in: *Friedrich Engel-Janosi/Grete Klingenstein/Heinrich Lutz* (Hrsg.), Fürst, Bürger, Mensch. Untersuchungen zu politischen und soziokulturellen Wandlungsprozessen im vorrevolutionären Europa (= Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit, Bd. 2), Oldenbourg Verlag, München 1975, S. 215–237.

Normen und Mentalitätsstrukturen näher zu analysieren wären, deren relative Selbständigkeit der Annahme einer direkten, monokausalen Dominanz und Determinierung widerspricht, wie sie in der Regel dem marxistisch begründeten »Bourgeoisie«- und »Kapitalismus«-Modell unterliegen. Erst eine im internationalen Vergleich vorgehende Forschung wäre überdies in der Lage, den engen, primär auf die deutsche Entwicklung eingestellten Blickwinkel zu überwinden, der neben der begriffsgeschichtlichen Tradition die meisten Darstellungen zum Problem der bürgerlichen Gesellschaft kennzeichnet und in unverhältnismäßiger Weise belastet. Eine den nationalen Rahmen überschreitende, differenzierte Sozialgeschichte des Bürgertums böte schließlich in weitaus größerem Maße, als es sozialtheoretische Abhandlungen allein vermögen, die Voraussetzung, die Kategorie der »Bürgerlichen Gesellschaft« als ein im Begriff schon immer impliziertes systemorientiertes, gesellschaftshistorisches Erklärungsmodell anzuwenden, das in der Lage wäre, die soziale Entwicklungsgeschichte der europäischen Neuzeit auch als Geschichte der Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft zu verstehen.

*Beatrix W. Bouvier*

# Zur Geschichte der Französischen Revolution

Eberhard Schmitt, Einführung in die Geschichte der Französischen Revolution (= Beck'sche Elementarbücher), Verlag C. H. Beck, München 1976, 141 S., Pb., 16,80 DM.

Die Französische Revolution, hrsg. von Eberhard Schmitt (= Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 86, Geschichte), Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1976, 261 S., brosch., 24 DM.

Eberhard Schmitt/Matthias Meyn, Ursprung und Charakter der Französischen Revolution bei Marx und Engels, Studienverlag Dr. N. Brockmeyer, Bochum 1976, 88 S., kart., 9,80 DM.

Albert Soboul, Die Große Französische Revolution. Ein Abriß ihrer Geschichte (1789–1799), verbilligte Sonderausg. in 1 Bd., hrsg. und übers. von Joachim Heilmann und Dietfrid Krause-Vilmar, 2. durchges. Aufl. der dt. Ausg. (1973), Europäische Verlagsanstalt, Köln 1976, XVIII, 598 S., kart., 29,80 DM.

Die Französische Revolution. Eine Dokumentation. 68 Quellentexte und Zeittafel, hrsg. von Walter Grab (= Nymphenburger Texte zur Wissenschaft. Modelluniversität 14), Nymphenburger Verlagshandlung, München 1973, 331 S., Pb., 22 DM.

Die Französische Revolution im Spiegel der deutschen Literatur, hrsg. von Claus Träger unter Mitarbeit von Frauke Schaefer (= Röderberg-Taschenbuch, Bd. 36), Röderberg-Verlag, Frankfurt 1975 (Lizenzausg. des Verlags Philipp Reclam jun., Leipzig 1975), 1135 S., Ln., 7,50 DM.

Zweck der vorliegenden *Einführung in die Geschichte der Französischen Revolution* ist zum einen die Erleichterung des Studiums dieser unumstritten bedeutsamen Epoche, zum anderen will sie Grundorientierungen für eine eventuelle wissenschaftliche Weiterbeschäftigung mit diesem Themenkomplex bieten. Diese Hilfestellung scheint schon allein deswegen sinnvoll und notwendig, weil das internationale Schrifttum für einen einzelnen Historiker inzwischen längst unüberschaubar geworden ist. So zählt die Forschung über die Revolution von 1789 allein seit dem 1. Weltkrieg ca. 40 000 Titel in allen modernen Sprachen (S. 7). Ausgehend von der Position der vergleichenden Strukturgeschichte – zu der sich der Verfasser eingangs bekennt –, sollen Schwerpunkte, Hauptergebnisse, Kontroversen und Desiderate der heutigen Forschung umrissen werden. Zudem ist die Revolutionshistoriographie trotz aller sachlichen und methodischen Differenzierungen immer noch aufgrund starker ideologischer Belastungen zerrissen (S. 8). Auch von daher scheinen sachliche Zuordnungen, Hinweise auf tagespolitisch-aktuelle Bezüge von manchen wissenschaftlichen Arbeiten sowie Erläuterungen von Konzepten angebracht zu sein.

Beginnend mit einer Phaseneinteilung der Revolutionsepoche, wird zunächst ein kurzer Überblick über die bisherige Historiographie gegeben, woran sich die Vorstellung und Skizzierung folgender Interpretationsrahmen anschließt: die konservative Interpretation,

die liberale oder bürgerlich-idealisierende Interpretation, die französische sozialistische Interpretation, die marxistisch-leninistische Interpretation und schließlich der strukturanalytische Forschungs- und Interpretationsansatz.

Ausgangspunkt der konservativen Interpretation der Französischen Revolution ist der grundsätzliche Respekt vor der traditionellen gewachsenen Ordnung, der die Revolution als Prinzip der willkürlichen Veränderung gegenübergestellt wird. Zu den frühen Kritikern der Revolution gehören Burke und Taine, deren Ablehnung der Revolution (wie die späterer konservativer Interpreten auch) von einer allzu positiven Schilderung der Zustände vor 1789 ausgeht.

Kennzeichnend für die liberale Interpretation ist die Betonung der Rolle der Aufklärung als einer der Bedingungen der Revolution. Höhepunkt der Revolution aus der Sicht des zeitgenössischen Bürgertums waren die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789 und die Verfassung vom 3. September 1791. Diese bürgerlichen Errungenschaften der Revolution fanden vor allem auch in Deutschland Zustimmung (u. a. Fichte, Görres, Forster, Herder), schlugen aber zumeist mit der revolutionären Expansion und der Jakobinerdiktatur in Ablehnung um. Eine daraus resultierende zwiespältige Haltung charakterisiert bis heute die liberale Interpretation der Französischen Revolution (S. 20).

Die französische sozialistische Interpretation kreist zum großen Teil um das Problem der Diktatur von Robespierre und gilt dem Autor als Beispiel einer »weitgehend verselbständigten Version des historischen Materialismus, die soviel Tradition und Selbstbewußtsein besitzt, daß sie eines besonderen Bezugs auf Marx entraten kann« (S. 22). Sie hat in Frankreich eine starke Resonanz; zu ihren führenden Vertretern zählen J. Jaurès, A. Mathiez, G. Lefebvre und A. Soboul. Die Tradition dieser Auffassung reicht zurück bis in die Zeit vor der Veröffentlichung des Kommunistischen Manifests, denn bereits 1847 hatte Louis Blanc eine erste sozialistische Darstellung der Geschichte der Französischen Revolution veröffentlicht. Wiederaufgenommen wurde diese Interpretation durch Jean Jaurès, der seinerseits die Generation um L. Febvre, A. Mathiez und G. Lefebvre prägte und begeisterte. Wenn schon Blanc und Jaurès auf die Bedeutung von Robespierre hinwiesen, so wurde A. Mathiez in den zwanziger Jahren zu seinem eigentlichen Wiederentdecker. Er verglich ihn mit Lenin, dem »Robespierre, der Erfolg gehabt hat« (S. 23). In der folgenden Diskussion ging es weitgehend um die Frage, ob die Oktoberrevolution als eine Fortsetzung der Revolution von 1792 angesehen werden könne oder nicht.

In der marxistisch-leninistischen Interpretation bildet – nach der offiziellen Sprachregelung – »die französische bürgerliche Revolution des 18. Jahrhunderts« das klassische Beispiel einer vollendeten bürgerlichen demokratischen Revolution, wobei großes Gewicht darauf gelegt wird, daß die Französische Revolution als Ergebnis eines Klassenkampfes, also eines sozialen Konflikts, anzusehen ist (S. 26). In der modernen sowjetischen Revolutionshistoriographie (deren Tendenz auch nichtsowjetische Autoren wie W. Markow und A. Mazauric nahestehen) überwiegt heute – etwa im Unterschied zu den Auffassungen von Marx und Engels, wie vorher dargelegt wurde – eine Betonung des aktivistischen Elements der Revolution. Hauptsächliche Themen sind hier vor allem Babeuf, die Enragés, die Sansculotten, die Bauern, die Außenpolitik der Jakobinerdiktatur und das kommunistische Gedankengut der Revolution (S. 30).

Der im folgenden skizzierte strukturanalytische Interpretationsansatz geht zurück auf Barnave (1792) und Tocqueville (1856). Heute rechnet man zu dieser Gruppierung Forscher wie C. Brinton, L. Gottschalk, A. Cobban, J. Godechot, R. R. Palmer, D. Richet, F. Furet, G. V. Taylor (S. 37). Mit neuen Fragestellungen und Methoden versucht man, zu neuen Aussagen über die Französische Revolution zu kommen. Dabei geht es nicht in erster Linie um Gesamtinterpretationen, sondern um eine Überprüfung der bisherigen Ergebnisse anhand der Quellen in Verbindung mit Neubearbeitung und Neuinterpretation von bisher vernachlässigten oder einseitig interpretierten Phänomenen. Im einzelnen be-

rühren sich dabei die Aussagen mit denen der französischen sozialistischen und marxistisch-leninistischen Interpretation, deren Grundthesen man jedoch skeptisch gegenübersteht.
Palmer und Godechot haben z. B. die Französische Revolution in eine größere »atlantische Revolution« zwischen 1770 und 1799 eingeordnet und damit ihren Einzelfallcharakter in Frage gestellt (S. 37). Gottschalk und Cobban haben versucht, die marxistisch-leninistische These zu modifizieren, die Revolution sei das Ergebnis eines Klassenkonflikts, sowie die Vorstellung widerlegt, die Revolution sei in Ursachen und Ablauf determiniert gewesen (ebda.). Richet und Furet – zwei bekannte Vertreter der sogenannten »Annales«-Schule – haben im Gegensatz zur marxistisch-leninistischen Interpretation dargelegt, daß die Französische Revolution ein weitaus komplexerer Prozeß war, »ein Prozeß, der sowohl vorwärts- wie rückwärtsgewandte Züge trug und eine Fülle von verschiedenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zielsetzungen in sich vereinte« (S. 38). Sie kommen in ihren Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß 1789 drei verschiedene Revolutionen nebeneinander stattfanden: die der Abgeordneten in Versailles, die der klein- und unterbürgerlichen Schichten in den Städten (Paris) und die der Bauern auf dem Land (ebda.). Schließlich sehen beide Historiker auch nicht wie die Marxisten-Leninisten in den innenpolitischen Kämpfen der Jahre 1792–1794 den Höhepunkt der bürgerlichen Revolution, sondern diese Phase ist ihnen eine Unterbrechung, »ein überflüssiges, für die Entwicklung des bürgerlichen 19. Jahrhunderts so gut wie folgenloses Zwischenspiel« (S. 40).
In einem dritten Kapitel schließlich stellt der Autor die hauptsächlichen Kontroversbereiche der gegenwärtigen Forschung dar. Zu diesen Bereichen gehört z. B. die durch Alfred Cobban ausgelöste Diskussion um Mythos und Realität der Französischen Revolution. Dabei geht es um die Frage nach Charakter und Inhalt, nach Ursachen, Trägerschaft und Auswirkungen der Revolution, wobei Cobban die marxistisch-leninistischen Antworten auf diese Fragen bzw. ihre Grundinterpretation als mythisch bezeichnet hat, nicht jedoch die Revolution selbst (S. 45). Weiter in dem Zusammenhang der Kontroversen ist das Konzept einer »atlantischen Revolution« bzw. der »demokratischen Revolution des Westens« von Palmer und Godechot zu nennen. Dieses Konzept warf ein zentrales Problem des Selbstverständnisses für alle die auf, die sich selbst und die republikanische Vergangenheit Frankreichs mit der Revolution von 1789 identifizierten, nämlich die Frage nach ihrer Einzigartigkeit und ob sie der Wendepunkt der Geschichte des 18. Jahrhunderts gewesen ist oder ob sie Bestandteil eines eher globalen Emanzipationsprozesses war, in dessen Verlauf sie einen Höhepunkt darstellte (S. 52). Ein nicht ganz unberechtigter Einwand gegen dieses Konzept geht dahin, daß bis heute komparatistische Methoden noch zu wenig entwickelt sind, als daß damit tiefgreifende Veränderungsprozesse wie z. B. die Revolutionen des 18. Jahrhunderts zufriedenstellend analysiert werden könnten. Im folgenden werden als weitere Kontroversbereiche genannt: das Problem der »réaction féodale«, die oben erwähnte These von Furet und Richet, daß es 1789 drei Revolutionen gegeben habe, sowie die immer noch anhaltende Diskussion um die Jakobinerdiktatur als Höhepunkt der Französischen Revolution. Dabei wird auch deutlich, daß Unterschiede zwischen der sozialistischen Interpretation z. B. von Mathiez und der modernen marxistisch-leninistischen Interpretation bestehen (S. 67). Abschließend sei in diesem Zusammenhang noch die Diskussion um die Französische Revolution als »bürgerliche Revolution« erwähnt. Für die Anhänger der marxistisch-leninistischen Interpretation war die Revolution von 1789 deshalb eine »bürgerliche Revolution«, weil sie den Übergang zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung und zur kapitalistischen Produktionsweise vollzogen hat. Dagegen gilt für die Anhänger der »Annales«-Schule (Richet und Furet) die Bezeichnung »bürgerliche Revolution« nur für jenen Strang der Französischen Revolution, der von den aufgeklärten Eliten der drei Stände des ausgehenden 18. Jahrhunderts getragen war und der jene Züge aufwies, die sich im französischen Konstitutionalismus des 19. Jahrhunderts und im Wirtschaftsliberalismus schließlich wiederfinden. Dementsprechend gehören die sozialen Bewe-

gungen der Bauern und der städtischen Mittel- und Unterschichten nicht zur »bürgerlichen Revolution« (S. 73). Gestützt wird diese These durch Untersuchungen von Wirtschaftshistorikern, die ergeben, daß die Französische Revolution keineswegs die Durchsetzung des Kapitalismus in Frankreich zur Folge hatte oder auch nur beschleunigt hat (S. 74).
In einem sich daran anschließenden Kapitel werden die Forschungslücken und Desiderate aufgezeigt. Dabei handelt es sich vorwiegend um folgende Bereiche: Verfassungs- und Verwaltungsstruktur des Ancien Régime, seine Wirtschafts- und Sozialstruktur, 1789 – Bruch oder Kontinuität (denn vieles spricht dafür, die eigentliche Zäsur erst mit dem Jahr 1792, also mit der Abschaffung der Monarchie, anzusetzen), Probleme der sozialen Herkunft, Motivationen und Zielsetzungen von revolutionären Akteuren, Gruppenmentalität und revolutionäre Dynamik und schließlich Ursprung und Charakter der Französischen Revolution bei Marx und Engels. Abschließend sei noch erwähnt, daß diese Einführung auch Hinweise zur wissenschaftlichen Organisation der Fachdisziplin, zu Hilfsmitteln wie Bibliotheken und Archiven sowie eine weiterführende Auswahlbibliographie enthält, womit sie ihren eigenen Zielen und Ansprüchen mehr als gerecht wird.
Im Unterschied zu der oben vorgestellten Einleitung in die Geschichte der Französischen Revolution handelt es sich bei dem vorliegenden Band der *Neuen Wissenschaftlichen Bibliothek* um einen Sammelband mit Beiträgen von vorwiegend französischen Historikern. Damit reiht er sich ein in eine Serie von Sammelbänden, die in den letzten Jahren in Deutschland zur Geschichte der Französischen Revolution publiziert worden sind. Das Nebeneinander von ähnlichen Publikationen scheint dem Herausgeber, *E. Schmitt,* dennoch gerechtfertigt, dokumentiere es doch das ungewöhnliche Interesse unserer Zeit an den Vorgängen der Jahre 1789–1799, die »ganz zu Recht als der Beginn der eigentlichen Moderne in der europäischen Geschichte gesehen werden« (S. 9). In der Einleitung legt der Herausgeber dar, daß heute weitgehend Übereinstimmung hinsichtlich des Gewichtes der Wirkung dieser Französischen Revolution auf die Entwicklung Frankreichs und Europas im 19. und 20. Jahrhundert herrscht. Sie hat z. B. mit der Zerstörung des alten Römischen Reiches deutscher Nation das europäische Staatensystem tief erschüttert und verändert. Nach der Phase der französischen Hegemonie hat sie in ihren Auswirkungen den Grundstein gelegt »zum folgenreichen europäischen Dualismus zwischen den sogenannten ›westlichen Demokratien‹ (E. Fraenkel) und den autoritativ-monarchischen Staaten Mittel- und Osteuropas, zu einer Konstellation, die vor allem die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts bestimmte und die sich erst mit dem Ende des Ersten Weltkrieges auflöste« (S. 11). Trotz dieser weitgehenden Übereinstimmung in der Einschätzung der Wirkungen der Französischen Revolution bleiben erhebliche Schwierigkeiten und Differenzen in ihrer Deutung im einzelnen bestehen. Diese Differenzen werden im Anschluß daran vorgestellt und umrissen, wobei vornehmlich die marxistisch-leninistische Interpretation und der strukturanalytische Forschungs- und Interpretationsansatz der »Annales«-Schule als wichtigste Grundinterpretationstendenzen gegenübergestellt und bewertet werden. Da beide Interpretationsrahmen bereits weiter oben erwähnt worden sind, soll an dieser Stelle nicht noch einmal darauf eingegangen werden. Bemerkenswert ist, daß beide Gruppierungen in der *praktischen* Forschung ähnlich verfahren: Beide interessieren sich in erster Linie für die Geschichte der sozialen Gruppen, beide setzen moderne – häufig quantitative – Techniken zur Aufarbeitung des Materials ein, beide arbeiten mit neueren historischen Hilfswissenschaften wie der Demographie, Soziolinguistik oder der Ökonometrie. So lassen sich zwar im Arbeitsansatz und auch in zahlreichen Einzelergebnissen nicht wenige Übereinstimmungen konstatieren, doch bleibt die Differenz in der Einordnung dieser Einzelergebnisse in die Gesamtinterpretation bestehen, und um diese Problematik kreisen schließlich auch die wesentlichen Kontroversen. Wenn der Herausgeber auch beiden Interpretationsrahmen eine gewisse Überzeugungskraft nicht absprechen kann (S. 20), so macht er doch hauptsächlich gegen die materialistische Revolutionsdeutung einige Einwände geltend, die vornehmlich darin

bestehen, daß ihre Prämissen nicht akzeptabel seien, zumal diese Revolutionshistorie zumeist der empirischen Überprüfung und Bestätigung dieser Prämissen ausweiche. Kennzeichnend hierfür ist ein Satz Mazaurics in seinem Beitrag in dem vorliegenden Band, wo Einzelergebnisse als durchaus fruchtbar bezeichnet werden »unter der Bedingung, daß man nicht die wesentliche historische Richtung (sens) der Französischen Revolution in ihrer Tiefendimension aus den Augen verliert« (S. 118). Wenn dem Herausgeber die Prämissen der materialistischen Revolutionsdeutung – These vom aufbrechenden Klassenantagonismus im Jahre 1789 und These von der Französischen Revolution als der Revolution des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus – als fragwürdig bzw. als in dieser Form nicht haltbar erscheinen, so erscheint ihm die These der »Annales«-Schule (Furet, Richet) – Nebeneinanderherlaufen von drei Revolutionen mit komplexem Charakter und verschiedenen Zielen – wesentlich plausibler, zumal er sich, wie bereits erwähnt, selbst zu diesem Forschungsansatz bekennt.

Im übrigen bezeichnen beide erwähnten Schulen den gesamten Revolutionsprozeß als »bürgerliche Revolution«, ein Begriff, dessen Ursprung und Entwicklung bis heute nicht geklärt sind (S. 22). Bekannt und gebräuchlich geworden ist er jedenfalls im Anschluß an Marx und Engels im Sinne des revolutionären Übergangs von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft. Für Marx und Engels war die Französische Revolution Musterfall einer politischen Revolution, d. h. einer Anpassung »des Überbaus des modernen Staatsgebäudes« an veränderte ökonomische Bedingungen (S. 23). In der marxistisch-leninistischen Interpretation wird der Begriff austauschbar mit kapitalistisch, und der Begriff »bürgerliche Revolution« bezeichnet in dieser Verwendung etwas anderes als bei Marx und Engels, nämlich den Übergang zur kapitalistischen Produktion und die gleichzeitige Errichtung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie (ebda.). Der Herausgeber ist schließlich der Ansicht, daß eine eingehende und gründliche Erörterung des Begriffs der bürgerlichen Revolution »sowohl auf seine Entstehung wie auf seinen unterschiedlichen Gebrauch hin eines der größten Desiderate der Revolutionshistoriographie« ist (S. 24).

Die in dem vorliegenden Sammelband vorgestellten Beiträge sollen nun dazu dienen, in die Debatten der nächsten Jahre einzuführen und vor allem über den gegenwärtigen Forschungsstand und die jüngsten Kontroversen zu informieren. Zu diesem Zweck werden bewußt keine narrativen Beiträge präsentiert, sondern es werden in sich geschlossene, selbständige Artikel vorgelegt, »die entweder eine kritische Zusammenfassung bestimmter Problembereiche vom Standpunkt der neuesten Forschung aus geben oder einen beachtenswerten neuen Forschungsbeitrag liefern« (S. 24). Zur Einführung in die Forschungsperspektiven ist den Beiträgen ein Interview vorangestellt, das *Albert Soboul* 1971 der Zeitschrift »La Nouvelle Critique« gab, in dem er neue Orientierungen der Revolutionshistorie und ihre Öffnung zu Nachbardisziplinen und deren Fragestellungen darlegte. Soboul, ein überzeugter Sozialist, gilt als einer der wenigen gründlicheren Kenner der Gesamtrevolution, und seine theoretischen Aussagen können – trotz gewollter und bewußter Parteilichkeit – einiges Interesse beanspruchen. Zu den heftigsten Kritikern Sobouls gehört der mehrfach erwähnte *François Furet*, bekannter Vertreter der »Annales«-Schule. Sein Beitrag im vorliegenden Band ist ein eindringliches Exempel für die tagespolitische Aktualität, die jede wertende Aussage über die Revolution nach wie vor in Frankreich besitzt (S. 25). Als Replik auf Furet bzw. die »Annales«-Schule sowie andere westliche Forscher, die Bedenken gegen die marxistisch-leninistische Interpretation der Revolution erhoben haben, kann hier exemplarisch der Beitrag von *Claude Mazauric* stehen, der als einer der bedeutendsten und ernsthaftesten Vertreter dieser Schule bisher mit Studien über Babeuf und den Babouvismus hervorgetreten ist. Die Überleitung zur Erörterung von begrenzten Problembereichen bildet der Beitrag von *Ernst Hinrichs*. In einer Übersicht faßt er neuere Forschungsergebnisse zusammen, die zum Themenkomplex der feudalen und seigneurialen Belastungen der Bauern gegen Ende des Ancien Régime und zu den Eigentumsvorstellungen der bürger-

lichen Phase der Revolution gehören. Daran schließt sich ein kritischer Literaturbericht von *Robert R. Palmer* über neuere Arbeiten zur demokratischen Volksbewegung in der Französischen Revolution an. Die in diesem Beitrag behandelten Arbeiten befassen sich alle mit den sans-culottes. Dieser Begriff kennzeichnet zum einen ganz einfache Menschen unterhalb eines gewissen Grades von Einkommen und sozialer Stellung, zum anderen charakterisiert er sie in einem »Zustand politischer Aktion und Erregung« (S. 162). Sie hatten keine ausgeprägten ökonomischen Leitvorstellungen, waren aber negativ gegenüber den Reichen eingestellt. Im allgemeinen waren ihre ökonomischen Vorstellungen eher rückwärts als vorwärts gerichtet. Sie wollten ein überkommenes Wirtschaftssystem gegen neue Kräfte bewahren, von denen sie sich bedroht fühlten (S. 165). *Shepard B. Clough* behandelt den Einfluß des Revolutionsprozesses auf die wirtschaftliche Entwicklung in Frankreich und vertritt die bereits erwähnte Ansicht, daß sie gebremst wurde und als Verzögerungsfaktor für die industrielle Entwicklung im 19. Jahrhundert wirkte. Die den vorliegenden Band abschließende Analyse von *Régine Robin* hebt sich von den vorhergehenden Beiträgen stark ab. Sie ist ein reiner Forschungsbeitrag und bietet den Versuch eines theoretischen Modells zur Erklärung der Französischen Revolution im Rahmen der Problematik des Übergangs vom Ancien Régime zur Revolution. Im Vordergrund steht die Frage nach dem Charakter des Staates am Ende des Ancien Régime. Das Modell geht von der Theorie des Übergangs aus, »die eine wechselseitige Durchdringung der Produktionsweisen innerhalb einer Gesellschaftsformation impliziert« (S. 213). Damit wird dann der Revolution die Rolle zugewiesen, »einen sozialen und einen Überbauriegel gesprengt zu haben, um [...] eine bessere Entsprechung zwischen Produktivkräften und sozialen Verhältnissen zu ermöglichen« (S. 214).

Die vorliegende kleine Schrift von *Schmitt/Meyn* über »Ursprung und Charakter der Französischen Revolution bei Marx und Engels« kommt den oben erwähnten Forderungen Eberhard Schmitts nach Untersuchung des Begriffs der »bürgerlichen Revolution« nach.

Das Skriptum basiert auf einem Vortrag und ist gleichzeitig erstes Arbeitsergebnis einer umfassenderen Arbeit. In ihrer Vorbemerkung stellen die Autoren zunächst fest, daß es als erstaunlich gelten muß, daß bisher noch keine gründliche Studie über die Gesamtvorstellung vorliegt, die Marx und Engels vom historischen Prozeß der Französischen Revolution samt Ursachen, Verlauf, tragenden Kräften und Ergebnissen besaßen, wenn auch zahlreiche Einzeläußerungen – vor allem von Marx – zu diesem Komplex bekannt sind (S. 2). Die Gliederung des Stoffes folgt den aus der Durchsicht des Materials sich ergebenden Gesichtspunkten. Sie geht – hier Marx und Engels folgend – von der systematischen Deutung des Geschichtsverlaufs zur historischen Kasuistik der Französischen Revolution, um dann zur Gesamteinschätzung der Revolution durch Marx und Engels zurückzukehren, wobei die Frage behandelt wird, in welchem Maße die Ereignisse zwischen 1789 und 1814 nach Auffassung von Marx und Engels eine politische, soziale bzw. ökonomische Revolution bilden (S. 5). Die ersten drei Abschnitte (formuliert von M. Meyn) befassen sich mit den Grundlagen (Periodisierungs- und Entwicklungsmodelle, Dialektik, Verhältnis Revolution und Evolution), mit dem Begriffsinstrumentarium (Feudalismus, bürgerliche Gesellschaft und Kapitalismus) und mit den Ebenen des Übergangs (dazu gehören: Sozialstruktur, Wirtschaftsstruktur, Kooperation – Manufaktur – große Industrie, Landwirtschaft, Geld und Kapital sowie Überbau); die Abschnitte vier und fünf (E. Schmitt) schließlich beschäftigen sich mit dem historischen Verlauf der Revolution bei Marx und Engels und ihrer theoretischen Gesamteinschätzung. Im Rahmen der historischen Äußerungen von Marx und Engels zur bürgerlichen Revolution war es Engels, der den Rahmen zur Einordnung der Französischen Revolution absteckte, indem er davon ausging, daß drei bedeutende bürgerliche Revolutionen die Geschichte der Neuzeit geprägt hätten: die Reformation, die englische »Great Rebellion« einschließlich der Revolution von 1688 und schließlich die Französische Revolution (S. 51). Entgegen der neueren sozialistischen Revolutionshistorie

zeigt ein Gesamtvergleich von Äußerungen von Marx und Engels zur Geschichte Europas in der frühen Neuzeit und im 19. Jahrhundert, daß Frankreich darin keine bevorzugte Rolle einnimmt, daß die Französische Revolution nur eine unter anderen »bürgerlichen Revolutionen« war, wenn dem auch eine Reihe von isolierten Äußerungen entgegenstehen (S. 54 f.). Wenn sie auch nach Marx und Engels die dritte Erhebung der Bourgeoisie war, so war sie doch die erste, »die den religiösen Mantel gänzlich abgeworfen hatte und auf unverhüllt politischem Boden ausgekämpft wurde« (S. 59). Die Revolution dauerte nach Marx und Engels zwar von 1789 bis 1814, die Verwirklichung ihrer Ziele sei aber erst mit der Julirevolution von 1830 erreicht worden. Denn im Jahre 1830 sei die Bourgeoisie bzw. eine Fraktion in ihr, die Finanzaristokratie, endgültig an die Macht gekommen (S. 75). Als wichtiges Ergebnis der Revolution bleibt die Zerschlagung des Feudalismus sowie die Etablierung der »Bourgeoisieherrschaft« (S. 76). Von zentraler Bedeutung für Marx und Engels war aber auch, daß die Französische Revolution die Idee des Kommunismus hervorgebracht habe, gipfelnd in der Verschwörung von Babeuf, dessen Gedankengut dann von Buonarroti nach der Julirevolution wieder in Frankreich verbreitet wurde.

Abschließend wird dann die Frage behandelt, was Marx und Engels unter einer politischen, sozialen oder ökonomischen Revolution verstanden haben und welche Kriterien davon in Beziehung zur Französischen Revolution zu setzen sind. Eine politische Revolution ist nach Marx und Engels immer nur eine partielle Revolution, da sie lediglich eine Anpassung des »Überbaus« an veränderte ökonomische Bedingungen ist. In diesem Sinne war die Französische Revolution für sie der Musterfall einer solchen politischen Revolution (S. 83). Dem rein politischen Charakter dieser Revolution entsprechend, habe sich daraus keine völlige Emanzipation des Menschen ergeben, sondern nur eine politische Emanzipation durch den Staat. Diesem Zustand setzten Marx und Engels die humane Emanzipation entgegen, die jedoch die Abschaffung des Privateigentums zur Voraussetzung habe, was wiederum nur durch eine umfassende soziale Revolution (die eine proletarische sein werde) möglich sei, für die Marx und Engels zu ihrer Zeit lediglich in England die Voraussetzungen gegeben sahen (S. 84). Dennoch seien in den bisherigen politischen Revolutionen auch schon Elemente einer sozialen Revolution vorhanden gewesen, da es in ihnen – wie das Beispiel der Französischen Revolution zeigt – auch um soziale Bedürfnisse gegangen sei (S. 85).

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, ist der Autor des vorliegenden Werkes über die Geschichte der Französischen Revolution, *Albert Soboul*, überzeugter Sozialist und gilt als einer der besten Kenner der Geschichte der »großen Revolution«, wie sie im Titel genannt wird, was gleichzeitig auch als Bekenntnis zu dieser Revolution und ihrem Erbe gelten kann. Seine hier vorliegende Darstellung, bereits in mehreren Auflagen in französischer und deutscher Sprache erschienen, will nicht nur den Fachwissenschaftler, sondern einen breiteren Leserkreis ansprechen. Aus diesem Grund wurde auf einen Anmerkungsapparat weitgehend verzichtet. Erleichtert wird die Lesbarkeit des Werkes zusätzlich durch jedem Kapitel vorangestellte thesenartige Zusammenfassungen. Die Darstellung ist insgesamt ein bemerkenswertes Zeugnis sowohl der Kenntnisse als auch der Darstellungskraft Sobouls, ein in sich geschlossenes System, dem man die Überzeugungskraft nicht absprechen kann. Um in dieses System eindringen und es gegebenenfalls distanziert betrachten zu können, sollte man von dessen Prämissen ausgehen, d. h. in diesem Fall von dem Bekenntnis zu dem Erbe der Revolution, was ein politisches Bekenntnis impliziert. Bemerkenswert ist zunächst, daß Soboul seine Darstellung mit dem Jahr 1799, d. h. mit dem 18. Brumaire, abschließt, also anders als Marx und Engels die persönliche Herrschaft Napoleons nicht mehr in die Revolution mit einbezieht. Er ist der Meinung, daß mit dem 18. Brumaire bereits Entscheidendes erreicht war: Die auf dem Eigentum beruhende gesellschaftliche Vorrangstellung der Notabeln sei nicht mehr in Frage gestellt worden; gesellschaftlich gesehen, sei die Revolution bereits seit dem Frühjahr 1795 und der Liquidierung der Pariser Sansculotterie beendet gewesen (S. 515). Die Periode des Konsulats ist von daher nur noch Epilog. Im Verlauf des

Revolutionsprozesses nimmt das Jahr II, ausgehend von der Revolution vom 10. August 1792, eine besondere Stellung ein. Schon vor 1789 hatten Revolutionen in England und den Vereinigten Staaten die Bourgeoisie an die Macht gebracht, Vorläufer also, deren Einfluß nicht unterschätzt werden sollte. »Die Ausdehnung der Klassenkämpfe aber und der Versuch im Jahre II, die Gleichheit herzustellen, verliehen der Französischen Revolution eine ganz andere Bedeutung« (S. 516). Die Revolution des 10. August 1792 bedeutete nach Soboul den Beginn der politischen Demokratie, denn sie gliederte das Volk durch das allgemeine Wahlrecht und die Bewaffnung der Passivbürger in die Nation ein (S. 558). Im Jahre II schließlich tauchten »Forderungen und Drohungen des Volkes« auf, die im Sinne von Einschränkung des Eigentumsrechts, der Durchsetzung des Rechtes auf Arbeit, auf Fürsorge und Bildung zu verstehen sind. Aber dieser Versuch einer sozialen Demokratie, der nach Soboul die egalitäre Republik des Jahres II kennzeichnet, konnte nicht lebensfähig sein. Auf der Grundlage des Privateigentums, das nie in Frage gestellt wurde, versuchte das »System der gelenkten Wirtschaft«, die Interessen der Besitzenden und der Besitzlosen, der Produzenten und Konsumenten, der Unternehmer und Lohnarbeiter miteinander zu versöhnen. Selbst innerhalb der Sansculotterie widerstritt die Forderung nach Reglementierung und Preisfestsetzung dem Prinzip des Privateigentums, an dem die Handwerker und Kleinhändler festhielten (S. 559). Vielfältige Widersprüche mußten unausweichlich zum Niedergang des gesellschaftlichen Systems des Jahres II und der Revolutionsregierung führen. »Die politische und soziale Demokratie war abgewiesen, und die Nation, kurze Zeit für die Volksmassen geöffnet, zog sich von neuem auf die Besitzenden zurück, auf den engen Rahmen einer zensitären, bürgerlichen Republik« (S. 560). Die eben aufgeführten Widersprüche zwischen Gleichheit der Rechte und der wirtschaftlichen Freiheit, die den geforderten »gleichen Genuß aller Güter« illusorisch machte, wurden, folgt man Soboul, bei Babeuf und Buonarroti, den Theoretikern der Verschwörung der Gleichen, aufgehoben; denn sie machten den entscheidenden Schritt, indem ihre Kritik sich auch auf die private Aneignung der Produktionsmittel erstreckte. Im »Manifest der Plebejer« vom 9. Frimaire IV (30. November 1795) wurde das Ackergesetz abgelehnt und ausdrücklich die Abschaffung des Grundbesitzes gefordert: Güter- und Arbeitsgemeinschaften sollen gleichen Genuß ermöglichen und sind geradezu die Grundbedingung der realen Gleichheit der Rechte. »Eine weitreichende Gedankenführung, an der die Überlegungen der sozialistischen Theoretiker sich orientieren sollten«, kommentiert an dieser Stelle Soboul (S. 560).

Trotz seines endgültigen Scheiterns ist für Soboul der Versuch des Jahres II von beispielhaftem Wert. »Ein grandioser Versuch, dramatisch selbst in seiner Ohnmacht, der den unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Erwartungen einer sozialen Gruppe und dem objektiven Stand der historischen Notwendigkeiten erahnen läßt« (S. 572). Aber dieser Versuch habe die Gesellschaftstheorie des 19. Jahrhunderts geprägt, und die Erinnerung daran habe seine politischen Kämpfe vorwärts getrieben. Zwar seien einige Entwürfe der Montagnards mit der Zeit realisiert worden, doch zur gleichen Zeit vertieften sich die sozialen Gegensätze, und die Widersprüche verschärften sich. Die gleichen Widersprüche und die gleiche Ohnmacht kennzeichnen demnach nach Soboul den Juniaufstand von 1848 (S. 573). Noch einmal weist Soboul darauf hin, daß bereits in der Revolutionszeit Babeuf diesen Widerspruch gelöst habe (ebda.). Seine Theorie sei eine Veränderung gegenüber der des Jahres II: Sie sei der erste Entwurf einer revolutionären Theorie der neuen Gesellschaft, die schließlich Buonarroti der Generation von 1830 übermittelte; er stehe am Beginn sozialistischen Denkens und Handelns. »So entstehen aus der Französischen Revolution heraus Ideen, die nach einem Ausdruck von Marx ›über die Ideen des ganzen alten Weltzustandes‹ hinausweisen: die einer neuen Gesellschaftsverfassung, die nicht mehr die bürgerliche Ordnung sein wird« (S. 473 f.). Dies ist ein wohl eindeutiges politisches Bekenntnis.

Angesichts des in noch vielfacher Weise nachwirkenden Erbes der Französischen Revolution und der Berufung auf ihr Gedankengut scheint es erstaunlich, daß bisher im deutschen

Sprachraum eine umfassende Sammlung von Quellentexten über diese Revolution fehlt, anhand derer sich deutsche Leser über die wichtigsten Etappen des Revolutionsprozesses orientieren könnten. Dies will *Walter Grab* mit der vorliegenden Sammlung von Texten nachholen, die den Zeitraum von der Einberufung der Generalstände bis zur Proklamation der Konsuln über die Beendigung der Revolution (15. Dezember 1799) abdecken. Wie auch z. B. Soboul bezieht Grab hier die Herrschaft Napoleons nicht mehr mit ein; denn »der Staatsstreich vom 18. Brumaire VIII (9. November 1799) bedeutete das Ende der Revolution und die Vernichtung der Republik« (S. 23), und Napoleons Machtübernahme markierte den Aufbruch in das »Jahrhundert der Bourgeoisie«.

Eine Dokumentation dieses Umfangs zwingt zur Auswahl, so daß viele Aspekte revolutionärer Umwandlung – hier z. B. Neuordnung des Rechts, der Verwaltung, Wandlungen in der Provinz und Kulturpolitik – ausgelassen werden müssen. Die präsentierten Quellen stammen aus französischen Sammlungen, die in der Bibliographie angeführt sind; 46 von den insgesamt 68 Quellentexten lagen bisher nur in französischer Sprache vor, die übrigen Texte entstammen früheren deutschen Übersetzungen. So sind z. B. die beiden letzten Konstitutionen – die des Direktoriums und die des Konsulats – zum letztenmal 1833 vollständig in deutscher Sprache veröffentlicht worden (S. 8). Bei einigen Texten wurden Kürzungen vorgenommen; sie betreffen Stellen, die nach Meinung des Herausgebers heute keine Aufmerksamkeit mehr beanspruchen. Ungekürzt abgedruckt sind jedoch die vier Revolutionsverfassungen. Bei der Auswahl der Texte sollten nicht nur solche politischen Inhalts vorgestellt, sondern auch soziale Bestrebungen berücksichtigt werden. »Daher kommen auch untere Volksklassen zu Wort, die die Last der Revolution trugen und alle ihre Schlachten schlugen, jedoch niemals politische Macht errangen« (S. 9). Zu diesen insgesamt 11 Texten sansculottischen Ursprungs gehören auch die Manifeste von Roux, Babeuf und Maréchal.

Einer dieser Texte betrifft die Gleichheitsforderungen der Sansculotten und ist die Adresse der Sektion »Sans-Culottes« an den Nationalkonvent vom 2. September 1793. Die Adresse fordert als vordringlichste wirtschaftliche Maßnahme Preisfixierung und Festsetzung eines Maximums für Vermögen, das jeder einzelne besitzen darf. Als Ziel stellt man sich vor, »daß diese Maßnahmen Überfluß und Ruhe wieder herbeiführen, nach und nach die zu große Ungleichheit der Vermögen beseitigen und die Zahl der Besitzenden ansteigen lassen werden« (S. 176). An diesem Text läßt sich deutlich nachweisen, daß es den Sansculotten keineswegs um die Abschaffung von Besitz oder Privateigentum ging, sondern im Gegenteil um die Herstellung von Besitz, wenn auch eines gleichen Besitzstandes für alle. Ganz anders geartet ist das »Manifest der Gleichen« (Jan. 1796) von Sylvain Maréchal, das zu dem Erbe gehört, das Buonarroti der Generation von 1830 vermittelte und dessen Auswirkungen im 19. Jahrhundert nicht nur in Frankreich zu spüren waren. Hier heißt Gleichheit und Gerechtigkeit nun deutlich Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden, denn die Erde gehöre niemandem, und das Ziel dieser Gerechtigkeit heißt Gütergemeinschaft. »Wir erklären, es nicht länger dulden zu wollen, daß die überwiegende Mehrheit der Menschen arbeite und ihren Schweiß vergieße im Dienste und nach Lust und Laune einer verschwindenden Minderheit« (S. 286). Dies sind Fragen, die nicht nur das 19. Jahrhundert beschäftigten.

Eine weitere Quellenedition – *Die Französische Revolution im Spiegel der deutschen Literatur* – gilt es hier vorzustellen. Diese Textsammlung, als Arbeitsinstrument durch Bereitstellung von Material gewiß von großem Nutzen, will sich an einen großen Leserkreis wenden. Von daher schien es den Herausgebern geboten, auf eine herkömmliche Systematik (wie Phasen der Revolution oder politische Position der Autoren) zu verzichten; ihnen schien durch die Gruppierung der Autoren nach Beruf und sozialer Stellung (»Publizisten und Journalisten«, »Politiker, Beamte, Militärs«) eine leichtere literarhistorische Orientierung gewährleistet. Zusätzlich soll damit die Entwicklung der »politisch-ideologischen Position«

des einzelnen Schriftstellers faßbar werden (S. 23). Die so entstandene Schwierigkeit, auch unbekanntere Autoren in diese Systematik einzuordnen, wurde dadurch gelöst, daß sie teils unter »Journalisten und Publizisten«, »teils unter dem Signum ihrer politischen Tätigkeit, als ›Revolutionäre‹ erscheinen« (ebda.). Diese Art der Eingruppierung macht bereits die Intentionen deutlich, mit denen diese Textsammlung vorgelegt wird; denn diese soll, einem »objektiven Bedürfnis« entsprechend, der »Aneignung einer großen Tradition« dienen. Nicht nur Inhalte dieser Revolution, sondern auch ihre Aneignung durch die Zeitgenossen in Deutschland gehören »zum unveräußerlichen Traditionsbestand der deutschen Arbeiterklasse und aller demokratisch-humanistischen Kräfte« (S. 11). Diese recht unverhüllte Programmatik kennzeichnet die gesamte Einleitung. Ganz selbstverständlich wird der Bogen gespannt von dieser »grandiosesten Revolution der Weltgeschichte vor der des Proletariats« (S. 9) bis zur Oktoberrevolution, von den Sansculotten bis zu den revolutionären Arbeitern Rußlands, und modellhaft verkürzt werden in den verschiedenen Phasen der französischen Revolution alle jene »Stufen politisch-ideologischer Klassenkämpfe« durchlaufen, »von denen die Welt seitdem gezeichnet ist« (S. 8). Hier werden ständig Marx, Engels und Lenin herangezogen, aber die streckenweise mehr als undifferenzierte Argumentation dieser Einleitung ist nicht unbedingt dazu geeignet, den intendierten Beitrag in der »aktuellen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie« (S. 19) zu leisten, es sei denn, man verstehe darunter Polemik. Der Wert des vorliegenden Bandes als Quellensammlung bleibt damit jedoch unbestritten.

*Jürgen Kocka*

# Stadtgeschichte, Mobilität und Schichtung

Stephan Thernstrom / Richard Sennett (Hrsg.), Nineteenth-Century Cities. Essays in the New Urban History, Yale University Press, New Haven / London 1969, 430 S., Ln., $ 22.50; kart., $ 5.95.
Tamara K. Hareven (Hrsg.), Anonymous Americans. Explorations in Nineteenth-Century Social History, Prentice-Hall, Inc., Englewood Cliffs, N. J., 1971, XXII, 314 S., Pb., $ 6.95.
Howard P. Chudacoff, Mobile Americans. Residential and Social Mobility in Omaha, 1880–1920 (= The Urban Life in America Series), Oxford University Press, New York 1972, XI, 195 S., Ln., $ 8.95.
Peter R. Knights, The Plain People of Boston, 1830–1860: A Study in City Growth (= The Urban Life in America Series), Oxford University Press, New York 1971, XX, 204 S., kart., $ 3.00.
Stephan Thernstrom, The Other Bostonians. Poverty and Progress in the American Metropolis, 1880–1970 (= Harvard Studies in Urban History), Harvard University Press, Cambridge, Mass., 1973 (2. Aufl. 1976), XVIII, 348 S., Ln., $ 15.00.
Howard M. Gitelman, Workingmen of Waltham. Mobility in American Urban Industrial Development, 1850–1890, The Johns Hopkins University Press, Baltimore/London 1974, XVI, 192 S., HLn., $ 12.75.
Michael B. Katz, The People of Hamilton, Canada West. Family and Class in a Mid-Nineteenth-Century City (= Harvard Studies in Urban History), Harvard University Press, Cambridge, Mass. / London 1975, XVI, 381 S., Ln., £ 13.10.

## I.

Die hier vorzustellenden Titel sind typisch für die Eigenart, die Stärken und Schwächen, aber auch für die Entwicklungsmöglichkeiten eines bestimmten Typs nordamerikanischer sozialgeschichtlicher Untersuchungen, der sich – mit Vorläufern – seit den späten 60er Jahren entwickelt hat. Er ist häufig als »New Social History« oder akkurater als »New Urban History« bezeichnet worden[1]. *Stephan Thernstrom* kann als ihr bekanntester Exponent, das hier u. a. anzuzeigende Buch von *Michael Katz* als ihr bisher bestes Produkt gelten.
Die hier vorzustellenden Publikationen haben vieles gemeinsam: Jede von ihnen beschränkt sich auf die Untersuchung einer Stadt während einer vergleichsweise kurzen Zeitspanne (meist wenige Jahrzehnte). Gleichwohl sind es keine thematisch umfassenden modernen

1 Vgl. *J. Modell*, Die »Neue Sozialgeschichte« in Amerika, in: Geschichte und Gesellschaft I, 1975, S. 155–170; *R. Gallman*, Some Notes on the New Social History, in: Journal of Economic History XXXVII, 1977, S. 3–12.

Stadtgeschichten, sondern die untersuchte Stadt ist vielmehr die Arena, in der bestimmte soziale Prozesse und Strukturen, vor allem die verschiedenen Arten individueller Mobilität, zunehmend aber auch andere Aspekte und Dimensionen sozialer Ungleichheit, studiert werden. Dies geschieht primär auf der Basis von standardisierbaren und quantifizierbaren Daten über Massen von Einzelpersonen. Diese Daten werden aus Quellenbeständen systematisch erhoben, die bis in die 1960er Jahre nur ganz selten benutzt wurden: vor allem aus dem Rohmaterial der Bundesstatistik, die in den USA alle zehn Jahre ausführliche Personen- und Berufszählungen durchführte und bis 1880 voll einsehbar ist; der Bestand von 1890 scheint weitgehend einem Brand zum Opfer gefallen zu sein, die Quellen für 1900 wurden aus gesetzlich festgelegten Geheimhaltungsgründen erst sehr selektiv zugänglich gemacht, die Bestände der Jahrzehnte ab 1910 sind noch verschlossen. Ergänzend werden Adreßbücher, Heiratsregister, Steuerlisten und ähnliche Quellen herangezogen. Die Aufnahme, Ordnung und Auswertung der Quellen geschehen primär mit Hilfe von EDV und immer vollkommeneren statistischen Techniken. Diese sind selbst Gegenstand einer ausführlichen Expertendiskussion, die vor allem im »Historical Methods Newsletter« (1967 ff.) geführt wird, und sie haben die Praktiker dieser »Neuen Sozialgeschichte« dazu veranlaßt, ihre Begriffe relativ explizit zu machen und scharf zu definieren, großes Gewicht auf Präzision zu legen sowie Testverfahren und auch Darstellungsformen (Tabellen) aus den systematisch-empirischen Sozialwissenschaften zu übernehmen. Die quantitativ-statistische Ausrichtung dieser Studien beeinflußt auch oft ihre Gliederung und entscheidet mit darüber, was als weniger wissenswert oder als nicht machbar weggelassen wird. Diese gemäßigt »szientifische« Ausrichtung verbindet sich in allen hier vorzustellenden Studien mit einem letztlich auch politischen Interesse an der Geschichte des »kleinen Mannes« (weniger: der »kleinen Frau«), der lange historisch vernachlässigten, weil wenig traditionelle Quellen hinterlassenden Massen. Als »history from the bottom up« verstehen sie sich. Sehr deutlich wird das in *Tamara Harevens* Vorwort zu der Aufsatzsammlung »Anonymous Americans«, die nicht nur Studien der hier besprochenen Art, sondern auch spannende Aufsätze über Kindheit in Neu-England 1800–1840, über die Lieder und das Bewußtsein von Negersklaven, über das amerikanische Irrenhaus im 19. Jahrhundert und andere Themen enthält.

Nach *Thernstroms* bahnbrechender Pionierstudie über die neuenglische Kleinstadt Newburyport von 1964 (»Poverty and Progress. Social Mobility in a Nineteenth Century City«) dauerte es einige Jahre, bis die Fragestellungen, Techniken und Quellenpräferenzen dieser Studie Nachfolger fanden. Diese stellten sich in einem 1969 erschienenen, von *Thernstrom* und *Sennett* herausgegebenen Sammelband vor[2]. Die Studien von *Chudacoff* und *Knights* sowie *Thernstroms* zweites Buch über Boston setzten diese so entstandene Tradition fort.

*Chudacoff* studierte eine schnell wachsende Handels-, Gewerbe- und Verwaltungsstadt westlich des Mississippi: Omaha (Nebraska) mit 1880 30 000 und 1920 200 000 Einwohnern. Er konzentrierte sich auf das Muster, die Ursachen und die Bedeutung des Wohnungswechsels innerhalb der Stadt. Er wählte zwei Querschnitte von 1000 und 770 männlichen Einwohnern aus dem Rohmaterial der Bundesstatistik von 1880 und aus einem Schulbezirkszensus von 1900 und verfolgte die identifizierten Individuen mit Hilfe von Adreßbüchern durch die jeweils folgenden 20 Jahre. Er fragte, ob und wie sie ihre Wohnung

2 In *Thernstrom / Sennett* (Hrsg.), Nineteenth-Century Cities; vgl. insbesondere die Beiträge von *C. Griffen* über Poughkeepsie, N. Y., 1850–1880; *St. Blumin* über Philadelphia vor dem Bürgerkrieg; *M. B. Katz* über Hamilton, Ontario 1850–1860; *P. Knights* über Boston 1830–1860 (z. T. zus. mit *L. F. Schnore*) und *St. Thernstrom* über Boston 1890–1940. – Diese Arbeiten bauen auf einigen anderen Traditionen und Vorläufern auf, zu denen vor allem eine relativ weit entwickelte, wenn auch weniger quantitativ zugespitzte und breitere Stadtgeschichtsschreibung gehört (*M. Curti, O. Handlin, E. E. Lampard* und *S. B. Warner);* dazu vor allem der in Anm. 1 genannte Aufsatz von *Modell*, a. a. O., S. 155–160.

und ihren Berufsstatus wechselten. Er fand bemerkenswert hohe Fluidität sowohl innerhalb der Stadt wie über die Stadtgrenzen hinweg. Nach 5 Jahren hatten fast die Hälfte, nach zwei Jahrzehnten mehr als zwei Drittel derer, die 1880 bzw. 1900 in Omaha wohnten, die Stadt verlassen. Von denen, die 20 Jahre lang in Omaha wohnen blieben, behielten nur 3 % ihre Wohnung bei; zwei Drittel von ihnen zogen in diesem Zeitraum mindestens zweimal um. Für die zwei Perioden 1880–1900 und 1900–1920 fand Chudacoff bemerkenswert ähnliche Zahlen, obwohl sich die Situation der Stadt, insbesondere auch ihre Ökonomie, in diesen vier Jahrzehnten stark veränderte. Chudacoff verglich Leute verschiedenen Alters und Familienstands, verschiedenen Berufs und verschiedener ethnischer Zugehörigkeit; er verglich verschiedene Stadtteile, aber er verglich nicht – mangels Daten – verschiedene Einkommens- und Vermögenskategorien. Es ergab sich, daß alle diese Leute fast in gleichem Ausmaß wanderten, keineswegs nur die aus unteren Berufsgruppen. Jedoch waren die Angehörigen schlechter gestellter Berufe (vor allem Handarbeiter) und die Aufsteiger ein wenig mobiler als die Angehörigen besser gestellter Berufe (vor allem leitende Angestellte und freie Berufe) und als diejenigen, die ihren Berufsstatus beibehielten oder abstiegen. Die innerstädtischen Wandlungen folgten in der Mehrzahl bestimmten Mustern: in die Vorstädte aus der Innenstadt, die durch neu zuziehende Personen wieder gefüllt wurde oder auch an Bevölkerungsdichte verlor. Ausgenommen die schwarze Bevölkerungsgruppe, gab es nur wenig Wohnsegregation zwischen den ethnischen Gruppen. Chudacoff schließt, daß die meisten Umzüge Konsequenzen rationaler Entschlüsse bei der Suche nach angemessenen Wohnungen waren und häufig auch dann stattfanden, wenn keine beruflichen Auf- oder Abstiege damit verbunden waren. Er folgert, daß diese hohe Mobilität kein Ausdruck oder Faktor besonderer sozialer Unstabilität war, sondern als »normal« zu betrachten ist. Andere Studien haben inzwischen ähnlich hohe Mobilitätsraten für andere Städte gefunden. Es bleibt aber noch zu erforschen, ob nicht – was Motive und soziale Folgen von Umzügen angeht – zwischen Wohnungswechsel als Ausdruck »normalen« Erfolgs- und Lebenszyklus' einerseits und Wohnungswechsel als Folge proletarioder Unsicherheit, Unstetigkeit und Erfolglosigkeit andererseits schärfer unterschieden werden muß, was mit den von Chudacoff benutzten Quellen nicht möglich war.

*Peter Knights* untersuchte die Handels-, Industrie- und Hauptstadt Boston von 1830–1860. Boston war damals die viert- bzw. fünftgrößte Stadt der USA mit 61 000 (1830) bzw. 178 000 (1860) Einwohnern. Der Autor konzentrierte sich ebenfalls auf Wohnungs- und Wohnortwechsel, betonte aber stärker als Chudacoff die Zuwanderung in die Stadt und die Abwanderung aus der Stadt. Er bezog Veränderungen in der Vermögensverteilung mit ein, weil seine hauptsächliche Quelle, das Zensusrohmaterial 1830, 1840, 1850 und 1860, entsprechende Angaben enthielt. Viermal 385 Haushaltsvorstände wurden aus diesen Quellen ausgewählt. Knights versuchte, diese Individuen in möglichst vielen Quellen der jeweils folgenden Jahrzehnte (einschließlich Adreßbüchern, Steuerlisten, Meldeamtslisten und Beisetzungslisten) wiederzufinden, um so ihre geographische Mobilität (in der Stadt und über die Stadtgrenzen hinweg), Veränderungen ihrer Berufsposition und Veränderungen ihrer Vermögenslage zu erfassen. Im Unterschied zu allen anderen Studien dieser Art hat Knights in mühsamer Kleinarbeit versucht, auch jenem so großen Teil der Bevölkerung nachzugehen, der Boston im Untersuchungszeitraum verließ. Er arbeitete sich durch Zensusmaterial und lokale Statistiken von 150–200 anderen Städten des Staates Massachusetts durch und identifizierte auf diese Weise ca. ein Drittel der Auswanderer nach dem Zeitpunkt ihres Wegzugs; wahrscheinlich fand er auf diese Weise die beruflich und ökonomisch eher erfolgreichen Abwanderer, von denen viele weiterhin mit Boston in engem Kontakt waren, u. a. durch Pendeln. Unter den zwei Dritteln, die er aus den Augen verlor, dürften die weniger Erfolgreichen stärker vertreten gewesen sein. Dieser schwer abschätzbare »bias« reduziert die Nützlichkeit der so mühsam erarbeiteten Informationen über die Abwanderer ganz ungemein.

Knights fand, daß nur ca. 40–50 % der Bostoner Einwohner nach zehn Jahren noch in Boston wohnten, die Mehrzahl aber abgewandert war. Doch die Zu- und Abwanderung war noch viel intensiver, als diese Zahl erkennen läßt, denn diejenigen, die innerhalb der Dekade kamen *und* gingen, werden ja in jener Zahl nicht erfaßt. Knights fand heraus, daß die Zahl derer, die in einem Jahr aus der Stadt verschwanden, zusammen mit der Zahl jener, die im selben Jahr in der Stadt neu auftauchten (einschließlich Geburten und Todesfälle), um 1850 ungefähr so groß war wie die Gesamtzahl der Einwohner an einem beliebigen Tag desselben Jahres. Von den Haushalten, die blieben, zogen etwa 30 % pro Jahr innerhalb der Stadt um. Das sind Zu- und Abwanderungsraten, die eher oberhalb als unterhalb der Werte liegen, die man für die USA der Gegenwart errechnet hat. Die im Land Geborenen erwiesen sich als etwas »persistenter« als die Einwanderer; und die Neigung zum Wandern war größer in den unteren als in den oberen Berufs- und Vermögensgruppen. Knights zeigt für Boston (im Unterschied zu Omaha) deutliche Tendenzen zur Wohnsegregation nicht nur zwischen Reichen und Armen, sondern auch zwischen »natives« und Einwanderern, die im Untersuchungszeitraum zum Teil mehr als die Hälfte der Stadteinwohner darstellten. Knights präsentiert eine Vielzahl weiterer Informationen in insgesamt 69 Tabellen und seinem darum gruppierten Text, so über zunehmende Vermögenskonzentration und über wechselnde Raten sozialen Auf- und Abstiegs. Interessanterweise gelangt er zu sehr verschiedenen Aussagen über Aufstiegs- und Abstiegshäufigkeit, je nachdem er diese an der Zugehörigkeit zu (neun) hierarchisch angeordneten Berufsgruppen oder aber an der Zugehörigkeit zu bestimmten Vermögens- und Einkommenskategorien mißt.
Dem Buch wurde häufig vorgeworfen, daß es sich zu stark auf die Präsentation von Zahlen und damit auf schiere, wenn auch quantitative Deskription beschränke und darauf verzichte, seine Ergebnisse in den allgemeinen sozialen und ökonomischen Kontext oder in einen theoretischen Rahmen einzuordnen. »It is a capital mistake, Watson, to theorize without data«, so zitiert der Autor sein Vorbild Sherlock Holmes, um sich dann aufs intensive und raffinierte Sammeln und Aufarbeiten von Daten zu beschränken. Diese Tendenz findet sich bei manchem Autor dieser Ausrichtung. Als »Spekulation« gilt manchem von ihnen gleich alles, was nicht statistisch zu erhärten ist. Man kann einer Rezensentin nur zustimmen, die dem Autor vorhält: »After all, even the author's mentor, Sherlock Holmes, did not rest content with collecting data – he went on to solve problems«[3]. Doch hat Knights in zwei separaten Aufsätzen, jeweils zusammen mit einem Mitautor, einige Konsequenzen aus seinen Bostoner Ergebnissen gezogen und damit zu einer Interpretation beigetragen[4], die im übrigen besonders von Thernstrom beeinflußt und vorgetragen worden ist.

## II.

*Thernstroms* »The Other Bostonians« stellt bis heute den Höhepunkt dieser auf individuelle Mobilität konzentrierten Untersuchungen dar. Das Buch bezieht sich auf den langen Zeitraum 1880–1970, in dem Boston von 350 000 auf knapp 3 Mill. Einwohner wuchs. Fast 8000 männliche Einwohner haben Thernstrom und seine Mitarbeiter auf IBM-Karten aufgenommen; sie benutzten Zensusrohmaterial, städtische Heirats- und Geburtsregister, Adreßbücher und ähnliche Quellen, deren Aussagekraft, Vergleichbarkeit und Dichte notwendig schwanken. Daten über Einkommen und Vermögen wurden in der Regel nicht erhoben. Auch fehlen, wie in fast allen Arbeiten dieser Art, Angaben über Erziehung und

3 *K. N. Conzen* in: Journal of Social History VI, 1973, S. 364.
4 Residence and Social Structure: Boston in the Ante-Bellum Period, in: *Thernstrom / Sennett* (Hrsg.), Nineteenth-Century Cities, S. 247–257 (zus. mit *L. F. Schnore);* sowie: Men in Motion: Some Data and Speculations about Urban Population Mobility in Nineteenth-Century America, in: *Hareven* (Hrsg.), Anonymous Americans, S. 17–47 (zus. mit *St. Thernstrom*).

Ausbildung. Was Thernstrom über vorhergehende Arbeiten hinaushob, waren die Länge des Untersuchungszeitraums, die Ausdehnung der Analyse auf ethnische und konfessionell-religiöse Gruppen sowie der vorsichtige Versuch, zu Erklärungen und Einordnungen im vergleichenden Kontext vorzustoßen.

Thernstrom bestätigt die andernorts[5] ebenfalls festgestellten hohen Zu- und Abwanderungsraten, die in den üblichen gedruckten Angaben über das (Netto-)Wachstum von Städten so völlig untergehen. Allerdings lag der Anteil der 1880 in Boston gezählten Einwohner, die 1890 noch in der Stadt wohnten, mit 64 % etwas höher als in den meisten anderen untersuchten Städten und auch etwas höher als in Boston vor dem Bürgerkrieg. Dieser Anteil wuchs überdies nach 1920 noch leicht an, die Bevölkerung kam also, wie Thernstrom es ausdrückt, ein wenig zur Ruhe. Immer mehr wurde die Wanderung nach dem Ersten Weltkrieg zu einem Phänomen besser gestellter Gruppen, der Angestellten, Beamten und Freiberuflichen; damit kehrte sich das aus dem 19. Jahrhundert bekannte Grundmuster graduell um. Aus der hohen Wanderungsrate im 19. Jahrhundert schließt Thernstrom, daß die einzelnen amerikanischen Regionen schon früher und enger miteinander verknüpft waren, als die These von der »Nation locker verknüpfter Inseln« (so Robert Wiebe über die USA vor 1870) unterstellt. Dies ist ein erfolgreicher Versuch unter vielen, die Thernstrom unternimmt, um spezielle Ergebnisse von Mobilitätsuntersuchungen für die Diskussion allgemeinerer sozial- und gesellschaftsgeschichtlicher Fragen nutzbar zu machen.

Konsequent verbindet Thernstrom die Analyse der Wanderungsmobilität mit der Analyse der intra-generationellen (»beruflichen«) und der inter-generationellen (»sozialen«) Aufstiegs- und Abstiegsmobilität. Seine Angaben über Aufstiegs- und Abstiegsmobilität gewinnen an Aussagekraft dadurch, daß er sie vergleicht: einmal mit der errechneten Minimum-Aufstiegsmobilität, die sich aus der Veränderung der Bostoner Beschäftigungsstruktur mit Notwendigkeit ergab, zum andern mit jenen Mobilitätsraten, die aufgetreten wären, wenn volle Chancengleichheit bestanden hätte und also die soziale Herkunft der einzelnen Person keinen Einfluß auf ihren Aufstiegs- und Abstiegsweg gehabt hätte. Er unterscheidet fünf Schichten: a) ungelernte, b) halbgelernte (semi-skilled) und c) gelernte »manual workers« sowie d) »low white collar« und e) »high white collar«, wobei zumindest die Kategorien c), d) und e) sowohl Selbständige wie Lohn- und Gehaltsempfänger enthalten. Jeder Übergang von einer zu einer anderen Schicht gilt als Aufstieg oder Abstieg (als Mobilitätsfall).

Ungefähr die Hälfte der Arbeiter stieg durchschnittlich im Laufe ihres Berufslebens (intragenerationell) um eine Stufe auf; ungefähr ein Viertel der Arbeiter kletterte über die »Kragenlinie«, in einen White-collar-Posten. Im ganzen gab es viel mehr Aufwärts- als Abwärtsmobilität. Langfristig änderte sich wenig: Weder wurde das System starrer noch offener. Nur die Depressionen der 1890er und 1930er Jahre verengten die Aufstiegswege vorübergehend und trafen damit vor allem die unteren Arbeiterkategorien. Wenn Aufstieg also in bemerkenswertem Maß möglich war, so zeigen die Ergebnisse andererseits, daß Startvorteile eine große Rolle spielten und insofern keineswegs Chancengleichheit bestand. Wer auf der obersten Stufe begann (als »professional« oder als Unternehmer z. B.) stieg in aller Regel nicht ab. Wer von unten aufstieg, kletterte in der Regel nur um eine, höchstens um zwei Stufen. Vom Fensterputzer zum Hotelkönig stieg man selten auf. Thernstrom vergleicht seine Ergebnisse mit jenen, die bei der Analyse anderer Städte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts gewonnen wurden, und findet große Ähnlichkeiten für die Zeit ab 1850, obwohl es sich um Städte sehr verschiedener Größe und Struktur handelt (S. 232–240)[6].

---

5 Vgl. neben den Büchern von *Chudacoff* und *Knights* vor allem *Thernstroms* eigene Pionierstudie: Poverty and Progress (1964) sowie: *P. B. Worthman*, Working Class Mobility in Birmingham, Alabama, 1880–1914, in: *Hareven* (Hrsg.), Anonymous Americans, S. 172–213, bes. S. 180 ff.

6 Insbesondere wird verglichen mit *C. Griffen*, Workers Divided: The Effect of Craft and Ethnic

Diese Ähnlichkeit der intra-generationellen Mobilitätsraten könnte sich, so meint Thernstrom, als Folge der vielen Wanderungen erklären, die zu einem regen interregionalen Austausch führten.
Ähnlich stellen sich die Ergebnisse für die soziale Mobilität im Vergleich der Berufe von Vater und Sohn dar. Zweifellos hingen die Chancen des Sohnes sehr stark vom Beruf des Vaters ab: Innerhalb des gewählten Fünf-Schichten-Schemas betrug die »Berufsvererbung« (also der Anteil der Söhne, die derselben Schicht angehörten wie ihr Vater) im Durchschnitt 40 % (am Schluß etwas ansteigend); am meisten »Vererbung« dieser Art geschah an der Spitze der sozialen Pyramide (mit ca. 60 %), und nur einer von 10 Söhnen von »High white collar«-Vätern mußte befürchten, über die »Kragenlinie« in eine Handarbeiterposition abzurutschen. Wiederum gab es deutlich mehr Aufstiege als Abstiege. Wiederum fand sich kein Langzeit-Veränderungstrend. Für die Söhne der unteren Arbeiterkategorien galt, daß die Chance, in eine gelernte Arbeiter- oder in eine Angestelltenposition aufzusteigen, durchweg ein wenig größer war als die Chance, in einer unteren Arbeiterposition zu verbleiben. Mit diesem Ergebnis wendet sich Thernstrom gegen die Thesen, daß Armut in der amerikanischen Geschichte des letzten Jahrhunderts wieder Armut erzeugt habe und diese von Generation zu Generation in einem Zirkel der Unvermeidbarkeit weitergereicht worden sei. Jedoch ist zu fragen, ob in seiner relativ groben Kategorisierung kleinere, aber stabile »Taschen der Armut«, die über Generationen hinweg tradiert wurden, nicht notwendig übersehen werden, so daß ihre Existenz durch Thernstroms Studie weniger eindeutig verneint wird, als der Autor meint.
Thernstrom beschreibt typische Unterschiede zwischen alteingesessenen »Yankees«, Einwanderern sowie Söhnen von Einwanderern (»second generation«). Boston eignet sich gut für eine solche Untersuchung: Zwei Drittel bis drei Viertel seiner Bevölkerung gehörten 1880–1930 zum »foreign stock«, d. h. zur Kategorie der Einwanderer und ihrer Kinder. 1850 waren drei Viertel der Einwanderer Iren, 1920 stammte die Mehrheit aus Süd- und Osteuropa. Zu 80 % begannen die Einwanderer als Handarbeiter; sie stiegen langsamer und seltener auf als die Eingesessenen. Wichtig jedoch ist auch: Der Mobilitätsunterschied zwischen »foreign stock« und Eingesessenen nahm seit 1900 kontinuierlich ab; Einwandersöhne befanden sich in jeder Hinsicht in der Mitte zwischen Eingesessenen und Einwanderern. In bezug auf die aus Europa kommenden Einwanderer bestätigt Thernstrom grosso modo das »Fahrstuhlmodell«: Die Neuzuwanderer kamen an, erhielten die schlechtesten Jobs, stiegen – entweder selbst oder in der nächsten Generation – ganz allmählich nach oben und machten unten den frisch ankommenden Einwanderern Platz. Nur für die schwarze Bevölkerung funktioniert der sich in diesem Befund abzeichnende langsame Aufstieg über mehrere Generationen hinweg bis heute nicht oder kaum.
Verglichen mit seinem ersten Buch über Newburyport kommt Thernstrom unter Einbeziehung anderer vorliegender Mobilitätsstudien zu einem weniger pessimistischen Urteil über die Realität hinter dem sprichwörtlichen amerikanischen Glauben an die Machbarkeit des Aufstiegs und die Erreichbarkeit des Erfolgs für jeden einzelnen. Der Aufstieg »rags-to-riches« sei zwar selten, der bescheidenere Aufstieg »rags-to-respectability« dagegen häufig gewesen, häufig genug, um jenem »Amerikanischen Traum« als Grundlage zu dienen, auch wenn er sich längst nicht für alle erfüllte. Durch vorsichtigen Vergleich mit den spärlichen Ergebnissen, die über Mobilität außerhalb der USA im 19. und 20. Jahrhundert vorliegen, glaubt er überdies zu erkennen, daß die Chancen individuellen Aufstiegs in der »neuen Welt« in der Tat etwas höher waren als in der »alten«, und zwar vor allem wegen der Rolle, die immer wieder neu nachrückende Einwanderermassen in den USA lange gespielt haben – aber heute nicht mehr spielen. Damit unterscheidet sich Thernstrom von der lange herrschenden Sichtweise, die nationale Unterschiede in Aufstieg und Abstieg gering schätzte

Differences im Poughkeepsie, N. Y., 1850–1880, in: *Thernstrom / Sennett* (Hrsg.), Nineteenth Century Cities, S. 49–97.

und dafür hielt, daß Industriegesellschaften ähnlichen Entwicklungsstandes notwendig ähnliche Mobilitätsfrequenzen aufweisen[7].

Diese Hinweise auf einige der Ergebnisse dieses Buches mögen genügen, um den großen Zugewinn an Wissen deutlich zu machen, den es aufgrund hohen Arbeitseinsatzes, fortgeschrittener Methoden und scharfsinniger Interpretation gebracht hat. Man wird hoch einschätzen müssen, daß Thernstrom und die Autoren ähnlicher Studien auf stark diskutierten Forschungsgebieten (relative Offenheit moderner kapitalistischer Industriegesellschaften, Gleichheit und Ungleichheit von Lebenschancen der breiten Bevölkerungsmehrheit, Realität oder Ideologie von Aufstiegsträumen, Ausmaß und Dauer der Benachteiligung von Einwanderern und ethnischen Minoritäten, Ausmaß und Eigenarten der Wanderungen u. a. m.) erstmals genaue Auskünfte für weiter zurückliegende Zeiten erarbeitet, Fragestellungen präzisiert und gängige Allgemeinannahmen bestätigt, modifiziert oder als Stereotype enthüllt haben. Diese Studien haben nicht nur die Einsicht in wichtige Aspekte der amerikanischen Gesellschaftsgeschichte ungemein verbessert, sondern auch neue komparative Fragestellungen entwickelt und Grundinformationen für die Geschichte einzelner sozialer Klassen und Gruppen geliefert. Man würde sich wünschen, daß für die deutsche Geschichte ähnliche Arbeiten in gleicher Dichte und ähnlicher Zahl existierten[8].

Doch Thernstroms Arbeit hat nicht nur höchstes Lob, sondern auch verbreitete Kritik erfahren, und ein Teil dieser Kritik wendet sich gegen die bisher vorgestellten Mobilitätsuntersuchungen überhaupt. Um Wandlungen im vertikalen Mobilitätsmuster über einen langen Zeitraum hinweg zu erfassen, benutzt Thernstrom ein einfach konstruiertes fünfstufiges Schichtungsschema als Meßlatte, gewissermaßen eine Leiter, deren Sprossen durch die hierarchisch und in gleichem Abstand voneinander angeordneten Berufsgruppen (ungelernte Handarbeiter bis »high white collar«) gebildet werden. Veränderungen in der Zahl, Richtung, Distanz und Art der Bewegungen von Sprosse zu Sprosse werden als Veränderungen der beruflichen und sozialen Mobilität beschrieben. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß sich der Abstand zwischen den Sprossen dieser Leiter realiter während des Untersuchungszeitraums ein wenig verschob, so daß die Bewegung von einer Sprosse zur anderen 1890 etwas anderes bedeutete als 1960; diese Verschiebung findet aber auf der starren Meßlatte keine Berücksichtigung. Zum Beispiel dürfte der Wechsel vom gelernten Facharbeiter zum einfachen Angestellten nicht immer dasselbe Maß an Aufstieg bedeutet haben – aufgrund

---

7 Vgl. *S. M. Lipset / R. Bendix*, Social Mobility in Industrial Society, Berkeley 1960; etwas anders bereits das Standardwerk: *P. M. Blau / O. D. Duncan*, The American Occupational Structure, New York etc. 1967, S. 435 f.

8 Vgl. aber nach dem Vorbild der hier besprochenen Literatur *D. Crew*, Definitions of Modernity: Social Mobility in a German Town [Bochum], 1880–1901, in: Journal of Social History VII, 1973, S. 51–74; *ders.*, Regionale Mobilität und Arbeiterklasse. Das Beispiel Bochum 1880–1901, in: Geschichte und Gesellschaft I, 1975, S. 99–120; *ders.*, Industry and Community. The Social History of a German Town, 1860–1914, Cornell University 1974 (unveröff. Diss.); *W. H. Hubbard*, A Social History of Graz, Austria, 1861–1914, Columbia University 1973 (unveröff. Diss.); *ders.*, Forschungen zur städtischen Haushaltsstruktur am Ende des 19. Jahrhunderts. Das GRAZHAUS-Projekt, in: *W. Conze* (Hrsg.), Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart 1976, S. 283–291; *A. N. Sharlin*, Social Structure and Politics. A Social History of Frankfurt am Main, 1815–1864. University of Wisconsin-Madison 1976 (unveröff. Diss.). Vgl. die laufenden Projekte von J. H. Jackson (über Duisburg 1840–1890) und J. Brockstedt (über Kiel, Neumünster und Aarhaus, 1803–1864), mitgeteilt in *W. Bick* u. a. (Hrsg.), Quantitative historische Forschung 1977, Stuttgart 1977, S. 241, 284. Mit anderen Quellen und unter anderen Fragestellungen: *H. Schomerus*, Die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen. Forschungen zur Lage der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1977, und die dort S. 348 aufgeführten Aufsätze derselben Autorin; und vor allem die Arbeiten von *H. Kaelble*, zuletzt zusammenfassend: Geschichte der sozialen Mobilität, in: *ders. u. a.*, Probleme der Modernisierung in Deutschland. Sozialhistorische Studien im 19. und 20. Jahrhundert, Opladen 1978, S. 235–327. Literatur zusammenfassend und andere Quellen weiterführend auswertend: *D. Langewiesche*, Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode. Regionale, interstädtische und innerstädtische Mobilität in Deutschland 1800–1914, in: VSWG, Bd. 64, 1977, S. 1–40.

schrumpfender Verdienst-, Status-, Autonomie- und Lebenschancenunterschiede zwischen diesen beiden Positionen. Doch der Autor zählt und gewichtet Übergänge von der »high manual«- zur »low white collar«-Kategorie um 1890 ebenso wie um 1960. Überhaupt kann man gerade mit Bezug auf die USA fragen, in wie vielen Fällen die Bewegung von der gelernten Facharbeiterposition zur niederen Angestellten- oder Selbständigenposition überhaupt einen Aufstieg darstellte, in wie vielen Fällen dagegen nicht. Die Tatsache, daß Söhne von ungelernten bzw. angelernten Arbeitern in jedem der untersuchten Jahrzehnte ungefähr doppelt so leicht in niedere White-collar-Positionen wie in gelernte Arbeiterpositionen einrücken konnten (S. 89), müßte zu denken geben! Weder die Überlegenheit der niederen White-collar-Positionen gegenüber der Arbeiterposition noch die ungefähre Konstanz der gewählten Schichtung über neun Jahrzehnte kann Thernstrom hinreichend wahrscheinlich machen, obwohl er es in Anhang B versucht. Käme man nicht zu einer bescheideneren, skeptischeren Einschätzung der tatsächlichen Aufstiegsmobilität, wenn man die Geringfügigkeit und die Schrumpfung dieser und anderer Abstände zwischen den Berufsgruppen stärker in Rechnung stellte? Doch sollte man mindestens das Argument vom sich allmählich verändernden Sprossenabstand nicht zu stark gegen Thernstrom halten. Denn einerseits fällt es schwer, sich eine tragfähige Alternative, d. h. eine bessere, weil die sich verschiebenden Abstände in Rechnung stellende Meßlatte vorzustellen, wenn man denn nicht den quantitativen Mobilitätsvergleich über fast ein Jahrhundert hinweg überhaupt für illegitim erklären will. Zum anderen haben Umfrageforschungen gezeigt, daß jedenfalls seit den 1920er Jahren die Statushierarchie der Berufe relativ konstant geblieben ist[8a].

Zum andern faßt Thernstrom in seinen einzelnen Kategorien Selbständige und in abhängiger Stellung Arbeitende zusammen. Sein Schichtungsschema steht quer zur Unterscheidung zwischen Klassen in der Marxschen Tradition. Als »Klassenunterschied« bezeichnet er die Unterscheidung zwischen »manual« und »white collar«. Wer sich für die Mobilität und die Ungleichheit zwischen jenen, die Produktionsmittel besitzen, und denen, die das nicht tun, interessiert, muß das Rohmaterial Thernstroms, das im Prinzip auch andern Forschern zur Verfügung stehen soll, neu ordnen und selbst auswerten.

Thernstrom und die Verfasser ähnlicher Studien wissen sehr wohl, daß die in den benutzten Quellen nicht faßbaren, aber so zahlreichen Abwanderer ein großes methodisches Problem darstellen. Wahrscheinlich blieben im 19. Jahrhundert – im Unterschied zu heute – im ganzen doch die Erfolgreicheren am Ort, während der Tendenz nach die weniger Erfolgreichen abwanderten. Wenn das stimmt, stellen all diese Studien die von ihnen untersuchten städtischen Sozialstrukturen als »offener« dar, als sie in Wirklichkeit waren, übertreiben also ein wenig das Ausmaß der beruflichen und der sozialen Aufstiege. Um wieviel, ist nicht zu sagen. Knights' wenig erfolgreiche Anstrengung, die Abwanderer in die Umgebung mit einzubeziehen, läßt wenig Hoffnung, daß Studien des hier besprochenen Typs dieses Problem überhaupt je lösen können. Das entwertet sie aber nicht, vor allem insoweit nicht, als sie Situationen *vergleichen*, die alle mit demselben »bias« untersucht wurden.

Vergleiche zwischen einzelnen Städten zu verschiedenen Zeiten und gar in verschiedenen Ländern sind aber methodisch ungeheuer schwer und bisher nur annäherungsweise geleistet. Die entsprechenden Aussagen im sehr empfehlenswerten Schlußkapitel von Thernstrom sind deshalb nur als grobe Annäherungen zu werten. Vergleichsaussagen setzen möglichst identische »Meßlatten«, also die Anwendung möglichst identischer Schichtungsschemata voraus, innerhalb derer Mobilitätsvorgänge dann beschrieben, gemessen, verglichen und – was noch weitgehend fehlt – durch Vergleich auch erklärt werden können. Darüber hinaus ist es erforderlich, weitgehend identische Zähl-, Einordnungs- und Meßverfahren zu ver-

8a Vgl. *R. W. Hodge* u. a., Occupational Prestige in the United States: 1925–1963, in: *R. Bendix / S. M. Lipset* (Hrsg.), Class, Status, and Power. Social Stratification in Comparative Perspective, New York 1966², S. 322–335.

wenden. Beides ist bisher noch kaum geschehen, setzt im Grunde auch kollektive Forschungsunternehmen voraus, deren Kosten und anderweitigen Nachteile nicht zu unterschätzen sind[9]. Wie schwer sich der Vergleich aber tut, wenn jene beiden Voraussetzungen nicht erfüllt sind, zeigt sich, wenn man ernst nimmt, was *Katz* in seiner Hamilton-Studie (S. 120 f.) en passant bemerkt: Das bekannte und für diese Studien zentrale Problem der »historical record linkage« – d. h. das Problem, eine in einer Quelle identifizierte Person in einer anderen Quelle wiederzufinden, um Informationen über sie zu vermehren oder in der Zeit eingetretene Veränderungen festzustellen – ist so trickreich, enthält so viele Unsicherheiten und hat, je nach Prozedur, so verschiedenartige Lösungen, daß die bisher beobachteten Unterschiede zwischen den Befunden über einzelne Städte durchaus das Resultat verschiedener Lösungen dieses Datenverknüpfungsproblems sein können, statt, wie man annehmen möchte, verschiedenartigen Realitäten zu entstammen[10].

Schließlich ist Thernstrom wie zum Teil auch den anderen Studien dieser Art vorgeworfen worden, daß sie *eine* Dimension sozialer Ungleichheit – nämlich die in bestimmter Weise gemessene individuelle Mobilität – unziemlich isolieren und damit die komplexe Wirklichkeit verfehlen. Manchmal verstecken sich hinter diesem Einwand neo-historistische Positionen, die den Mobilitätsstudien vorwerfen, zu »mechanisch« zu quantifizieren und die »Erfahrung« – manchmal gar: »the total experience« – der Zeitgenossen zu wenig zu betrachten. Die Voraussetzungen solcher Kritik sind problematischer als ihr Gegenstand – auch wenn diese Neo-Historismen oft im modischen kulturanthropologischen Kleid auftreten. Doch trifft zu, daß diese Mobilitätsstudien, insbesondere wenn sie wie Thernstroms Boston-Studie vertikale Mobilität ausschließlich als Auf- und Abstieg zwischen Berufsgruppen verstehen, manchmal ihr Thema so stark aus seinem Zusammenhang lösen, daß seine Erfassung darunter leidet. Die oben geäußerte Kritik an der Vernachlässigung der sich verschiebenden Bedeutung von Abständen zwischen Berufspositionen und damit von Aufstieg und Abstieg ist ein Beispiel dafür. Denn solche Vernachlässigung resultiert daraus, daß die soziale Struktur, innerhalb deren soziale Mobilität geschieht, nicht genügend berücksichtigt wird[11]. Damit hängt auch ein zweites Problem der meisten historischen Mobilitätsuntersuchungen zusammen: Thernstrom und viele andere Autoren gehen von der Annahme aus, daß der Beruf (oder die Berufsgruppenzugehörigkeit) in jeder modernen Industriegesellschaft hoch mit anderen sozial relevanten Variablen (wie Einkommen, Vermögen, Erziehung, Einfluß, Lebenschancen der verschiedensten Art) korreliert[12]; daß also die Erfassung von Mobilität zwischen Berufspositionen ein ausgezeichneter Zugriff zur Erfassung der Verbesserung oder Verschlechterung der sozialen Position von Individuen überhaupt ist. Dagegen finden nun immer mehr Forscher heraus, daß im 19. Jahrhundert dem Aufstieg, gemessen an der Berufszugehörigkeit, häufig keine Verbesserung in der Einkommens- und Vermögenslage parallel ging, daß somit zwischen dem Aufstieg auf der einen Skala und dem Aufstieg auf anderen Skalen keine hohe Korrelation bestand (so z. B. *Katz*, S. 152–160). Falls dieses Ergebnis generalisierbar ist (und dafür spricht einiges), stellt es eine deutliche Einschränkung der Aussagekraft jener historischen Mobilitätsstudien dar, die sich auf die Erfassung von Mobilität in Berufszugehörigkeitskategorien beschränken. Und dies tun bisher, schon aus Mangel an anderen Quellen, die meisten.

---

9 Vgl. zum Fünf-Städte-Vergleichsprojekt von Blumin, Glasco, Griffen, Hershberg und Katz: Historical Methods Newsletter VII, 1974, S. 174–216.

10 Vgl. auch *E. A. Wrigley*, Identifying People in the Past, London 1973.

11 Vgl. *Katz*, People, S. 136: »[. . .] the work has concentrated more on the fate of individuals than on the nature and degree of inequality. In fact, much of the work on social mobility has lacked a sufficiently developed concern with social structure, for scholars began to measure mobility before they had acquired any precise understanding of the social structure in which mobility occurred«.

12 *Thernstrom*, Bostonians, S. 46; anders noch *ders.*, Poverty and Progress, S. 132.

III.

Der zuletzt geäußerten Kritik entgehen die jüngsten Beispiele des hier vorzustellenden Studientyps wenigstens zum Teil. *Howard M. Gitelmans* Studie von 1974 interessiert sich zwar auch primär für die Wanderungs-, die Karriere- und die soziale Mobilität der (männlichen) Bevölkerung von Waltham, einer Industriestadt in der Nähe von Boston (1850–1890). Er untersucht fast 18 000 Personen. Auf der Basis ähnlicher Quellen und mit ähnlichen Fragestellungen kommt er in dieser Hinsicht zu ähnlichen Ergebnissen wie die bisher besprochenen Studien. Die von ihm angewandte berufliche Klassifikation ist überzeugender als die seiner Vorgänger[13], unterscheidet er doch u. a. zwischen Selbständigen und Beschäftigten in abhängiger Stellung. Da er sich auf einen kürzeren Zeitraum beschränkt, entgeht er mancher Kritik, der sich Thernstrom aussetzt. Ähnlich wie Knights bezieht er die Einkommens- und Vermögensverteilung sowie die Mobilität der Individuen auf diesen Skalen in die Untersuchung ein. Seine Ergebnisse verstärken den aus anderen Studien bekannten Eindruck, daß die Vermögensverteilung im Zuge der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts ungleicher wurde.

Über seine Vorgänger gelangt er jedoch dadurch hinaus, daß er neben den Daten aus städtischen und Zensusquellen auch Daten aus firmengeschichtlichen Quellen benutzt; auf dieser Basis gelingt es ihm, vertikale Mobilität auf verschiedenen Meßlatten nebeneinander abzubilden (S. 69 z. B.) und damit zu demonstrieren, wie abhängig die jeweiligen Ergebnisse von den gewählten Kriterien bzw. Schichtungsschemata sind. Er entdeckt und beschreibt kleine Aufstiegsphänomene, Lohnerhöhungen und geringfügige Beförderungen z. B., die in den üblichen Kategorien keine Beachtung finden. Während in einem Zeitraum von 5 Jahren rund einer von 4 Arbeitern der Waltham Watch Company vom ungelernten zum gelernten Status aufrückte, stiegen 3 von 4 Arbeitern derselben Firma im selben Zeitraum auf, wenn man auf jene feineren Unterschiede blickt, die wahrscheinlich von den Betroffenen ebenfalls intensiv erfahren wurden. Auch bezieht Gitelman den Bildungs- und Ausbildungsstand in seine Untersuchung ein und zeigt im einzelnen, daß der berufliche Aufstieg bis etwa 1890 in dieser Stadt nur sehr wenig von Bildungsfaktoren abhängig war – sicher in graduellem Unterschied zu Deutschland.

Vor allem aber bettet er seine Mobilitätsuntersuchung besser als seine Vorgänger in die Sozialgeschichte seiner Stadt ein. Unternehmensinterne Berufsmobilität, die von Firma zu Firma stark variierte, wird mit der diskriminatorischen oder kompensatorischen Personalpolitik der Unternehmensleitungen in Verbindung gebracht. Mit Hilfe anderer, auch verbaler Quellen untersucht Gitelman Gemeinschaftsbeziehungen, Wohnmuster und Nachbarschaftsstrukturen, und er vermag zu zeigen, daß mit wachsender Bevölkerung, industrieller Differenzierung und Zunahme des Einwandereranteils die Linien sozialer Stratifikation schärfer durchgezeichnet wurden, wobei geradezu zwei relativ selbständige hierarchische Systeme nebeneinander entstanden: ein katholisches (vor allem irisch-amerikanisches) und ein protestantisches. Er bezieht, und auch das ist leider selten in dieser Art von Studien, das politische System der Stadt in seine Untersuchung ein. Er sieht eine recht klar abgrenzbare lokale Elite entstehen, deren Mitglieder in jeder Hinsicht »hoch oben« standen: Sie waren lange ansässig, vermögend, Hausbesitzer, übten einen Beruf mit hohem Prestigerang aus und kannten sich untereinander. Sie leiteten Unternehmen, städtische Ämter und städtische Vereine häufig in Personalunion. Eine gegenläufige Bewegung beobachtet Gitelman nur in der Parteipolitik und allmählich in der Besetzung von Wahlämtern: In beiden Parteien fand sich eine breite Streuung von Einkommen, Berufen, Konfessionen und Herkunftsbereichen.

13 Mit der Ausnahme von *Griffen* (s. oben Anm. 6), der auch zwischen Selbständigen und Lohn- bzw. Gehaltsempfängern trennt. Auch *Katz* (s. unten) macht diese Unterscheidung.

Wenn auch die Verknüpfung von Mobilitätsuntersuchung, Sozialstrukturanalyse und sozio-politischer Fragestellung nicht durchweg gelingt und obwohl die Arbeit sehr viel bescheidenere Ansprüche und Perspektiven entwickelt als die Thernstroms, auch leider der Vergleich mit anderen einschlägigen Stadtstudien zu kurz kommt, scheint mir hier doch ein wichtiger Ansatz zur Erweiterung der Fragestellung und damit ein deutlicher Fortschritt gegenüber den vorhergehenden Mobilitätsstudien gegeben zu sein.

Erst recht gilt das für das hervorragende Buch von *Michael B. Katz* über die mittelgroße kanadische Handelsstadt Hamilton in Ontario mit 1860 19 000 Einwohnern. Das Buch ist das erste größere Resultat eines weiterlaufenden Team-Projekts, das Hamilton durch mehrere Jahrzehnte verfolgen will, während die vorgelegte Monographie von Katz auf die 1850er Jahre und damit auf das Jahrzehnt beschränkt ist, das der Industrialisierung in jener Stadt unmittelbar vorausging. Katz benutzt ähnliche Quellen wie die anderen hier besprochenen Autoren, doch in größerer Dichte und Vielfalt; er erschließt und korreliert deshalb mehr Variablen als die anderen Stadtstudien; überdies zieht er weitere Quellen hinzu, so Zeitungsberichte, die Unterlagen einer kommerziellen Detektei sowie Autobiographien. Das Buch entwickelt ein hohes Maß von methodischer Reflexion und Selbstkritik. Mehr implizit als explizit stellt es insofern eine Kritik der ihm vorangehenden Stadt-Mobilitäts-Untersuchungen dar und weist neue Wege.

1. Katz bemüht sich, die vielen Aspekte seiner Studie locker unter ein oder zwei übergreifenden Fragestellungen zusammenzuschließen, die allerdings nicht immer durchscheinen. Als Grundparadoxie der von ihm untersuchten städtischen Gesellschaft sieht er die Spannung zwischen der *Konstanz* eines Musters ausgeprägter sozialer Ungleichheit und der hohen *Fluidität* aufgrund häufiger Wanderungen von Individuen. Mit P. Laslett meint er: »[. . .] structural rigidity counterbalanced transiency. Persistent patterns of inequality preserved social stability and assured the continuity of social forms by staving off chaos and anomie that otherwise might have accompanied a population moving with such astonishing rapidity« (S. 44). Und umgekehrt: Die häufigen Wanderungen machten die existierenden Ungleichheiten erträglich. Eine spekulative und beiläufige Konsequenz: Wer die Gesellschaft radikal verändern möchte, müßte zuerst die Wanderungsbewegungen eindämmen (S. 93).

An diese Generalisierungen knüpft sich die Frage, wie die in allen Studien dieser Art festgestellte hohe Wanderungsmobilität besonders der unteren Bevölkerungsschichten die Protestbereitschaft, Militanz und Aktionsfähigkeit der Arbeiterschaft beeinflußt hat. Früher wog die Meinung vor, daß die starke Fluktuation (»Entwurzelung«) der Massen zu ihrer Protest- und Konfliktbereitschaft, zu ihrer »Gefährlichkeit« stark beigetragen habe; der in den neueren Untersuchungen bestätigte Befund, daß eher die Wohlhabenden, Erfolgreichen und Bessergestellten im 19. Jahrhundert seßhaft wurden und die Ärmeren, Erfolgloseren eher abwanderten, deutet in dieselbe Richtung. Dagegen entspricht es der im letzten Absatz zitierten allgemeinen These von Katz, anzunehmen, daß gerade die hohe Wanderungsmobilität zur Entschärfung sozialer Spannungen beitrug oder die Artikulation sozialer Proteste erschwerte, schon weil sie die Kommunikation und Kohäsion der möglichen Protestgruppen schwächte; so ist in der Tat in der letzten Zeit häufig argumentiert worden, und Thernstrom hat sogar die Schwäche des Sozialismus in Amerika – gewissermaßen in einer modifizierten Neuauflage der alten Frontier-These von Turner – auf diese Weise mit der hohen amerikanischen Wanderungsmobilität zusammengebracht[14]. Katz schlägt diffe-

14 Vgl. schon *Thernstrom*, Working-Class Social Mobility in Industrial America, in: *M. Richter* (Hrsg.), Essays in Theory and History. An Approach to the Social Sciences, Cambridge, Mass., 1970, S. 221–238. Dieses Argument erscheint schon deshalb als sehr hypothetisch, weil keineswegs eindeutig klar ist, daß die Wanderungshäufigkeit in den USA im 19. Jahrhundert stärker ausgeprägt war als etwa in Deutschland. Für Bochum im späten 19. Jahrhundert ist jedenfalls eine ähnlich geringe Persistenzrate (44 % nach 10 Jahren) herausgefunden worden wie für

renzierend eine vermittelnde Position vor (S. 113): Seßhaftigkeit habe (nur) dann soziale Stabilisierung bewirkt, wenn gleichzeitig Aufstiegschancen in größerer Zahl vorhanden waren; und häufige Wanderung habe (nur) dann zur Entschärfung oder Unterdrückung von Protestbereitschaft geführt, wenn sie als Wanderung von einzelnen Personen oder Familien stattfand, während sie Militanz begünstigte, wenn Massen von entwurzelten und ausgebeuteten Migranten zusammengeworfen wurden (wie z. B. beim Eisenbahnbau). Leider wird diese für die Geschichte von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung anregende Hypothese von Katz in dieser Studie nicht weiter verfolgt.

Überhaupt stellt das Buch viel mehr Fragen, als es beantwortet, so etwa die nach den Mechanismen, die die Strukturen sozialer Ungleichheit so konstant hielten (wie Katz das im einzelnen durch die Untersuchung der Verteilung von Einkommen, Vermögen, Hausbesitz, Einfluß und Macht auf verschiedene ethnische, konfessionelle und Berufsgruppen 1851–1861 nachzuweisen sucht), obwohl die individuelle Wanderungsmobilität in diesem Gehäuse struktureller Ungleichheit so groß war. Allerdings vermutet er, daß sozialer Wandel sehr häufig sprunghaft vor sich gehe und deshalb in Perioden vor einem solchen Sprung – so im Hamilton der 1850er Jahre – große Konstanz der sozialen Strukturen bestehe.

2. Zum anderen interessiert sich Katz unter einer leitenden Fragestellung für verschiedene Dimensionen sozialer Ungleichheit in ihrem Verhältnis zueinander. Zunächst beschreibt er diese verschiedenen Dimensionen meist quantitativ: die funktionale und hierarchische Verteilung der Berufspositionen; die Verteilung von Vermögen und Hausbesitz; die Verteilung des Gesindes; die Macht in der Stadt; die Größe und Struktur der Familien; die ethnische und konfessionelle Zusammensetzung. Dann korreliert er sie mit dem Ziel herauszufinden, ob die Tendenz zur Kongruenz zwischen diesen Dimensionen (Tendenz zur »Kristallisation«, wie er mit Triman sagt) zunahm, ob also *der Tendenz nach* für bestimmte Gruppen eine tiefe Position auf der Skala »Vermögen« mit einer tiefen Position auf der Skala »Macht«, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Beschäftigungsgruppe und der Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen und konfessionellen Gruppe zusammenfiel. Dies wird bejaht. »Occupation, ethnicity, and wealth combined [. . .] to form distinctive clusters« (S. 68). In einem brillanten Kapitel wird die herschende Klasse (»entrepreneurial class«) jener Stadt untersucht, ausgehend von einem Konfliktfall, in dem sie als gemeinsam auf Interessenbasis Handelnde in Erscheinung trat. Positionsanalyse und prosopographische Analyse werden verknüpft und eine recht homogene »overlapping elite« von alteingesessenen, protestantischen und wohlhabenden Geschäftsleuten vorgeführt, die nicht nur ökonomische Macht, sondern auch die Leitung der städtischen Ämter, des Schulwesens und der verschiedenen »voluntary associations«, zum Teil in Personalunion, innehatten. (Sehr irritierend und nicht überzeugend wirkt aber die Einbeziehung der Angestellten, bis hinunter zum »clerk«, in diese herrschende Klasse – S. 194). Im Vergleich dazu bleiben die Klasse der tendenziell irisch-katholischen Arbeiter und gar die mittlere Klasse der »artisans« unterbelichtet, ja ununtersucht.

Katz betont die zentrale Bedeutung des Eigentums – »the linchpin in the structure of inequality in a nineteenth-century city« (S. 80). Er betont allerdings zugleich andere Quellen sozialer Ungleichheit, die vom sozialökonomisch bestimmten Stratifikationsmuster relativ unabhängig waren. Zum einen behandelt er, wenn auch nur kurz, den riesigen Lebenschancenunterschied zwischen Frauen und Männern (S. 55–60). Die ansonsten hier vorgestellten Studien spielen ja durchweg in einer reinen Männerwelt, da die ausgewerteten Quellen die Erfassung von Männern, insbesondere von Haushaltsvorständen, viel besser erlauben als die von Frauen. – Zum andern behandelt Katz ausführlich die Eigenarten der Familien- und Haushaltsstruktur. Heiratsalter, Familiengröße u. ä. variierten, so findet er

Boston (39–49 %) oder Atlanta/Georgia (43 %) oder Hamilton/Ontario (40 %). Vgl. *Crew*, Regionale Mobilität, a. a. O., S. 102 f.; generell ähnlich *Langewiesche*, Wanderungsbewegungen, a. a. O., S. 4.

heraus, kaum mit sozialökonomischem Status, eher schon mit Konfession und ethnischer Zugehörigkeit. Dagegen nahm die Haushaltsgröße mit dem Reichtum zu, weil eher die Wohlhabenden Untermieter beherbergten, und zwar in einem Ausmaß, daß damals kaum eine Einzelperson in Hamilton allein lebte. In einem reizvollen Vergleich zwischen Hamilton 1861 und Hamilton 1961 (S. 312) stellen sich die Zunahme der Einzelpersonenhaushalte von 2 % auf 9 % und der scharfe Rückgang der Vielpersonenhaushalte als statistisch sichtbarste Veränderung heraus, wobei 1961 die Tendenz zur Aufnahme von Untermietern mit steigendem Reichtum abnahm. Eine deutliche Veränderung des Familienideals wird statistisch sichtbar.

3. Erst im Rahmen dieser Strukturanalysen, die den Großteil des knappen, aber ungemein reichhaltigen Buches einnehmen, wird der Wanderungs-, Karriere- und sozialen (intergenerationellen) Mobilität Aufmerksamkeit geschenkt. Im ganzen bestätigt Katz hier die Ergebnisse von Thernstrom und anderen, trotz leicht abgeänderter Klassifikationsschemata (vgl. Katz, S. 144, mit Thernstrom, S. 37), ohne allerdings die Langzeitperspektive der anderen Studien zu besitzen. Während aber in Boston und anderen US-amerikanischen Städten die Zahl der Aufstiege die der Abstiege deutlich übertraf, hielten sie sich 1850–1860 in Hamilton etwa die Waage. Im Unterschied zu Thernstrom faßt Katz vertikale Mobilität in mehrfacher Weise; mißt er sie als Bewegung zwischen Vermögensklassen statt als Bewegung zwischen Berufsgruppen, ergibt sich ein deutlich höherer Mobilitätsgrad, erst recht, wenn sie mit dem Kriterium Hausbesitz und Gesindehaltung gemessen wird.

Der Verfasser kritisiert, daß die bisherigen Mobilitätsuntersuchungen sich vor allem mit sozialem Aufstieg, aber kaum mit sozialem Abstieg beschäftigt haben. Er zeigt, daß die Mitglieder der »entrepreneurial class« jener Stadt eine fast 50 %ige Chance besaßen, ökonomisch-beruflich abzusteigen (S. 188); er analysiert einzelne Fälle dieses Abstiegs und die dahinter steckenden Geschäftspraktiken durch Verwendung der Unterlagen von R. G. Dun & Co., später Dun & Bradstreet, des berühmten kommerziellen Auskunftsbüros. Er beschreibt die Unsicherheit und die Aggressivität jener Führungsgruppe und schreibt: »commercial Hamilton was something like a jungle« (S. 205).

Insgesamt scheint insbesondere das Buch von Katz, das nur ein Zwischenbericht ist, zu demonstrieren, daß die Verknüpfung von Sozialstruktur- und Mobilitätsanalyse die größeren Chancen bieten dürfte. Übrigens hat eine andere bekannte Gruppe von amerikanischen Stadt-Studien, Untersuchungen neu-englischer Gemeinden der Kolonialzeit, die hier nicht besprochen wurden, eine solche Verknüpfung immer praktiziert[15]. Doch heißt das: noch größerer Arbeitsaufwand und noch größeres methodisches Raffinement, selbst bei Beschränkung auf kleinere Städte und kürzere Untersuchungszeiträume.

15 Vgl. etwa *Philips J. Greven*, Jr., Four Generations: Population, Land and Family in Colonial Andover, Massachusetts (= Cornell Paperbacks 134), Cornell University Press, Ithaca, N. Y./ London 1970, XX, 329 S.; *J. Demos*, A Little Commonwealth. Family Life in Plymouth Colony, Oxford 1970; *K. Lockridge*, A New England Town: The First Hundred Years. Dedham, Massachusetts, 1636–1736, New York 1970. Siehe auch die Sammelbesprechung in: American Historical Review 76/III, 1971, S. 728–737.

*Frank R. Pfetsch*

# Neuere Arbeiten zur historischen Wissenschaftsforschung

Reinhard Riese, Die Hochschule auf dem Wege zum wissenschaftlichen Großbetrieb. Die Universität Heidelberg und das badische Hochschulwesen 1860 bis 1914 (= Industrielle Welt, Bd. 19), Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1977, 414 S., brosch., 64 DM.

Lothar Burchardt, Wissenschaftspolitik im Wilhelminischen Deutschland. Vorgeschichte, Gründung und Aufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (= Studien zu Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im 19. Jahrhundert, Bd. 1 – Forschungsunternehmen »Neunzehntes Jahrhundert« der Fritz Thyssen Stiftung), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1975, 158 S., kart., 28 DM.

Rainald von Gizycki, Prozesse wissenschaftlicher Differenzierung. Eine organisations- und wissenschaftssoziologische Fallstudie (= Soziologische Schriften, Bd. 21), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1976, 151 S., kart., 49,80 DM.

Peter Borscheid, Naturwissenschaft, Staat und Industrie in Baden (1848–1914) (= Industrielle Welt, Bd. 17), Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1976, 242 S., brosch., 39 DM.

Mit diesen vier Publikationen wird die historische Wissenschaftsforschung um Untersuchungen bereichert, die sich, jede für sich, auf eine der für die moderne Wissenschaft typischen vier zentralen Wissenschaftsinstitutionen konzentrieren: auf die Hochschule, auf das lehrverpflichtungsfreie Forschungsinstitut, auf wissenschaftliche Gesellschaften und auf naturwissenschaftliche Forschung im Dienste industrieller Verwertung. Mit diesen Arbeiten wird ein Forschungsinteresse dokumentiert, das, von unterschiedlichen historischen Fragestellungen ausgehend, früher vor allem von Franz Schnabel und Karl Griewanck, in neuerer Zeit von Joseph Ben-David, Karl-Heinz Manegold, Frank Pfetsch, Steven Turner und Avraham Zloczower bearbeitet wurde.

Während die sozialwissenschaftlich orientierte Wissenschaftsforschung interessiert war und ist an Prozessen der Institutionalisierung wissenschaftlicher Tätigkeiten und Rollen, an dem Verhältnis von Wissensentwicklung und sozialer Organisation, an Wachstumsbedingungen der Wissenschaftsentwicklung etc., konzentrierte sich die mehr zunftmäßig betriebene Geschichtsforschung vor allem in Verbindung mit sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Studien auf Fragen zum Verhältnis Wirtschaftsentwicklung – Wissenschaftsentwicklung bzw. vice versa, auf das Verhältnis Technik – Naturwissenschaft und in Verbindung mit wachstumstheoretischen Überlegungen auf den Beitrag des sogenannten dritten Faktors zum Wirtschaftswachstum bzw. allgemeiner auf den Beitrag des technischen Fortschritts zur industriellen Revolution.

Die Aktualität dieser Fragestellungen spiegelt sich in institutionellen und publizistischen Vorgängen wie der Gründung der Sektion Wissenschaftsforschung innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der Diskussion von Themen der Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte auf dem Historikertag in Mannheim 1976, der Aufnahme wissenschaftspolitischer

Themen in den Jahreskongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Bonn 1977. Zwei neuere Publikationen zur Wirtschafts- und Technikgeschichte nehmen Themen der Wissenschaftsgeschichte auf: Die Europäische Wirtschaftsgeschichte, hrsg. von C. M. Cipolla und K. Borchardt, Stuttgart/New York 1976, enthält ein Kapitel zu »Technischer Fortschritt und Industrielle Revolution 1700–1914« von Samuel Lilley, und die »Moderne Technikgeschichte«, hrsg. von K. Hausen und R. Rürup, Köln 1975, hat ein Kapitel über das Verhältnis Naturwissenschaft und Technik bzw. Technik und Wirtschaft. Ist so das Interesse an der historischen Wissenschaftsforschung durch unterschiedliche Spezialisierung im Wissenschaftsbetrieb gekennzeichnet, lassen sich darüber hinaus zwei relevante moderne Fragestellungen formulieren: Welche Hinweise ergeben europäisch-amerikanische Modelle der historischen Entwicklung für die Entwicklungsländer? Und zweitens: Findet die aktuelle Situation der deutschen Hochschule zumindest in Teilaspekten geschichtliche Präzedenzfälle? In beiden Fällen kann – wie die hier zu besprechenden Arbeiten zeigen – die historische Forschung einmal aus der ideologischen Enge der Entwicklungsländerdiskussion herausführen und zum anderen zu einem besseren Verständnis der gegenwärtigen deutschen Hochschulsituation beitragen.

Historische Arbeiten über die deutsche Hochschulentwicklung sind noch immer erstaunlicherweise selten. Gibt es solche, so sind sie in neuerer Zeit entweder von Soziologen mit organisationssoziologischen Fragestellungen behandelt worden (vgl. Helmut Schelsky[1]) oder – und dies trifft für den überwiegenden Teil der Arbeiten zu – es sind Monographien zu einzelnen Hochschulen ohne Bezug zur allgemeinen Sozial-, Wirtschafts- und Wissenschaftsgeschichte im Zeitalter der Industrialisierung (nichtsdestoweniger vorbildlich die Jubiläumsschrift: Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen 1870–1970, hrsg. von Hans-Martin Klinkenberg, mit Tafeln und Übersichten). Zu einzelnen Aspekten sind ferner wichtig die Arbeiten von Plessner[2], Busch[3], Bock[4] und Manegold[5].

In seiner Arbeit über das badische Hochschulwesen läßt sich *Reinhard Riese* von Entwicklungstendenzen leiten, die bereits Adolf von Harnack als Entwicklung zum »Großbetrieb der Wissenschaft« bezeichnet hat und Theodor Mommsen als »Großwissenschaft« typisierte. Als Indikatoren einer solchen Entwicklung »auf dem Wege zum wissenschaftlichen Großbetrieb« befaßt sich die Arbeit von Riese mit der finanziellen, personellen und baulichen Ausweitung, der Differenzierung der Fachgebiete und dem Funktionswandel in der Lehrkörperstruktur. Diese fünf Indikatorenbereiche werden vor allem anhand der Entwicklung der Heidelberger Universität, aber auch der Universität Freiburg und der Polytechnischen Schule bzw. Technischen Hochschule Karlsruhe nachgezeichnet. Daneben werden auch Genesis und Entwicklung von außeruniversitären Wissenschaftsinstitutionen wie der Handelshochschule Mannheim, der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, der Landessternwarte, des Instituts für experimentelle Krebsforschung und des Radiologischen Instituts behandelt. Die Institutionsgeschichte badischer Wissenschaftsorganisationen wird dabei nicht in der regionalen Betrachtung belassen, sondern – wo möglich – in den Zusammenhang vor allem mit der preußischen Wissenschaftspolitik gebracht. Damit ist der Gefahr isolierter Fallstudienbetrachtung vorgebaut. Die Arbeit basiert u. a. auf der Analyse quantitativen Datenmaterials über Studentenfrequenz, Lehrkörperausstattung, Personal-

1 *Helmut Schelsky*, Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen, Düsseldorf 1972.

2 *Hellmuth Plessner*, Zur Soziologie der modernen Forschung und ihrer Organisation in der deutschen Universität – Tradition und Ideologie (1924), in: ders. (Hrsg.), Untersuchungen zur Lage der deutschen Hochschullehrer, Bd. 1, Göttingen 1956.

3 *Alexander Busch*, Die Geschichte des Privatdozenten. Eine soziologische Studie zur großbetrieblichen Entwicklung der deutschen Universitäten, Stuttgart 1959.

4 *Klaus-Dieter Bock*, Strukturgeschichte der Assistentur. Personalgefüge, Wert- und Zielvorstellungen in der deutschen Universität des 19. und 20. Jahrhunderts, Düsseldorf 1972.

5 *Karl-Heinz Manegold*, Universität, Technische Hochschule und Industrie, Berlin 1970.

und Sachausgaben der Hochschulen nach verschiedenen Kategorien (Fakultäten, Hochschulen Heidelberg, Freiburg, Karlsruhe, Bundesstaaten, Geschlecht, Konfession, Beruf des Vaters etc.). Dieses statistische Material wird in 41 Tabellen im Anhang abgedruckt und ist von hohem Wert für die quantitative Wissenschaftsforschung. Die Arbeit ist einerseits »klassisch« historisch angelegt, d. h. es werden Materialien aus verschiedenen Archiven (Badisches Generallandesarchiv Karlsruhe, Stadtarchive Heidelberg und Mannheim, Universitätsarchive, Großherzogliches Familienarchiv Karlsruhe etc.) zusammengetragen und viele Verläufe und Ereignisse aus Aktenbeständen rekonstruiert. Andererseits werden, wie der Autor selbst sagt, »generalisierende, oft modellartige Aussagen der Soziologie über die deutsche Hochschulgeschichte für die historische Arbeit nutzbar gemacht«. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht wäre zu wünschen gewesen, daß der im ersten Teil der Arbeit wiedergegebene Forschungsstand noch mehr mit dem historischen Material verarbeitet, zumindest aber im Schlußkapitel wieder aufgegriffen worden wäre.

Eine zweite Anmerkung betrifft die fast vollständige Ausblendung der kognitiven Seite der Wissenschaftsentwicklung. Hat der Fortschritt an wissenschaftlichen Kenntnissen neue Institutionen erzwungen, oder ist eine Wissenserweiterung erst auf der Grundlage neuer oder veränderter Wissenschaftsorganisationen zustande gekommen? Dies sind zentrale Fragen, die die Wissenschaftsforschung beschäftigen.

Rieses materialreiche, methodisch saubere und differenzierende Analyse und Gewichtung der geschichtlichen Ereignisse wird auch gerade im Zeichen von Universitätsjubiläen (Mainz 1977, Marburg 1977, Tübingen 1977, Heidelberg 1986 etc.) von großem Interesse sein.

Die Arbeit von *Lothar Burchardt* hat die Entstehungsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) zum Gegenstand. Diese »Fallstudie« versucht auf der Grundlage umfassender Archivstudien (Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Deutsches Zentralarchiv, Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Staatsarchiv Koblenz, Stadtarchiv Mülheim-Ruhr) die Motive für die Bildung eines solchen, für seine Zeit neuartigen Institutstyps nachzuzeichnen und die gesellschaftlichen Gruppen, die für und wider die Errichtung dieser Wissenschaftsorganisation waren, zu ermitteln. Im Ergebnis kommt Burchardt zu folgenden Schlußfolgerungen: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist eine Schöpfung von Wissenschaft und Großbourgeoisie, unterstützt vor allem durch Kaiser Wilhelm II. Als finanzielle Förderer dieser Organisation sind insbesondere das Bankgewerbe und hier insbesondere die jüdischen Bankiers hervorzuheben, ebenso die Grundstoffindustrie vor allem in Schlesien und der Rheinprovinz. Die Analyse der finanziellen Förderer zeigt eine fast totale Abstinenz der altpreußischen Eliten, also der Großgrundbesitzer und Offiziere; und dies aus allerdings naheliegenden Gründen: Für die alten »Säulen der Monarchie« bestand kein direktes wirtschaftliches Interesse, ja es war zu fürchten, daß die Hauptnutznießer dieser Wissenschaftsinstitution, Industrie und Großunternehmer, sich dadurch einen wirtschaftlichen und Prestigevorteil verschaffen könnten. Die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (1910) fällt nicht in eine akute Krisensituation, sondern erfolgte, als die Großbourgeoisie in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht auf dem ersten Höhepunkt stand. Kennzeichnend für den Gründungsablauf war auch, daß die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht einer längerfristigen Planung zuständiger staatlicher Stellen zu verdanken war, sondern mehr »Produkt einer Fülle von einzelnen Anregungen und Improvisationen« (S. 143) war. Das qualitativ Neue im Vergleich zu anderen wissenschaftspolitischen Innovationen, wie der Gründung der »Physikalisch-Technischen-Reichsanstalt« (1887), der »Göttinger Vereinigung für angewandte Physik und Mathematik« (1898), war also »die unmittelbare und gleichberechtigte Mitarbeit interessierter Bankiers und Unternehmer an der Planung und Verwirklichung wissenschaftspolitischer Großprojekte« (S. 141). Ein Versuch, die Motive der Gründung zu gewichten, verweist zuerst auf das nationalpolitische Motiv der preußischen Monarchie, sodann auf das wirtschaftliche Firmen- oder Brancheninteresse, drittens auf das mit einer vor allem finanziellen Beteiligung verbundene Sozialprestige und

viertens auf ein weniger genau bestimmbares Motiv des Mäzenatentums. Ablehnungs- oder Abstinenzgründe waren vor allem wirtschaftliches Desinteresse, bundesstaatlicher Egoismus (insbesondere in Bayern) und schließlich der Grund, daß andere Projekte bevorzugt wurden und damit die Mittel erschöpft waren.

Die Arbeit ist somit eine sozialhistorisch-politische Studie, die absieht von wissenschaftsinternen Prozessen und bewußt von der Annahme ausgeht, daß »im hochindustriellen Zeitalter ein bedürfnisadäquater Wissenschaftsbetrieb nur nach Schaffung der nötigen wissenschaftspolitischen Voraussetzungen möglich ist« (S. 7). Besonders gelungen erscheint die Analyse der Spender, die zum Teil mit quantitativen Verfahren angegangen wurde und Grundlage der soeben referierten Schlußfolgerungen bildet. Die Analyse von Trägern und ihrer Motive läßt allerdings eine wichtige Fragestellung ausgeklammert, nämlich die, warum sich die Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bzw. der Max-Planck-Gesellschaft zu Organisationen der »reinen Grundlagenforschung« haben entwickeln können und warum eine Institution wie die Physikalisch-Technische-Reichsanstalt (PTR), die etwa 20 Jahre früher gegründet worden war, zu einer wissenschaftlichen Dienstleistungsanstalt geworden ist. Bei sozialhistorisch gleichem Gründungsverlauf in der Triade Wissenschaft – Wirtschaft – Staat bei zum Teil ähnlichen Zielen wäre eine Entwicklung wie die der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu erwarten gewesen. Der Grund für die unterschiedliche Entwicklung liegt wohl in der größeren Abstinenz des Staates bei der Leitung der Kaiser-Wilhelm-Institute, der organisatorischen Eingliederung der PTR in das Reichsministerium des Inneren und Ressortierung der KWG im preußischen Kultusministerium. Der Warnung von Harnacks, der Wissenschaft drohe eine Abhängigkeit von »Clique und Kapital«, hat die historische Entwicklung insofern nicht recht gegeben, als trotz der nachgewiesenen und nachweisbaren Verbindung der in den Max-Planck-Instituten betriebenen Forschung und der Industrie sich dennoch die Grundlagenforschung hat entwickeln können. Der puristischen Anschauung von unabhängiger Forschung entspricht ein Neutralitätsethos, das ebenso realitätsfern wie utopisch ist.

Eine solche praxisfeindliche Ideologie weiter Kreise der deutschen Professorenschaft im 19. Jahrhundert konnte auch *Rainald von Gizycki* in seiner organisations- und wissenschaftssoziologischen Fallstudie »Zur Entwicklung der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte« nachweisen. Die von Ringer als Mandarinenideologie bezeichnete Haltung ist in der Arbeit einer von acht Gründen, die zur Abspaltung wissenschaftlicher Fachgesellschaften von der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte (GDNÄ) geführt haben. Diese erste gesamtdeutsche, 1822 gegründete Gesellschaft erlebte durch Einrichtung von Sektionen einen internen Differenzierungsprozeß, der die arbeitsteilige Fachspezialisierung in der modernen Naturwissenschaft und Medizin widerspiegelt. Einige Jahrzehnte danach, also etwa um die Mitte des 19. Jahrhunderts, wurden auch die Untereinheiten oder Sektionen zu eng, so daß sich der größte Teil der deutschen wissenschaftlichen Fachgesellschaften von der Muttergesellschaft abspaltete. Weitere Gründe, die Gizycki in seiner Arbeit zentral behandelt, sind: 1. Forschungsexpansion und Enge der Sektion, 2. Vernachlässigung der Disziplin innerhalb der GDNÄ, 3. institutionelle Verselbständigung, 4. disziplin-spezifische Umgebung, 5. Universitätsausbildung, 6. Widerstand der GDNÄ und Generationsprobleme, 7. Vorbild anderer Gesellschaften und schließlich 8. die schon erwähnte Mandarinenideologie. Diese acht Phänomene verursachten einzeln oder in Verbindung miteinander die Abspaltung von Fachgesellschaften aus der zu groß gewordenen Dachgesellschaft. Die Differenzierungsprozesse, als Primär- und Sekundärdifferenzierung bezeichnet, werden mit Hilfe systemtheoretischer bzw. organisationssoziologischer Theorien zu erfassen versucht, wobei insbesondere Autoren wie Luhmann, Selznick und Smelser bemüht werden. Das Neue an dieser Arbeit besteht vor allem in der Ermittlung und Analyse von Abspaltungs- und damit Gründungsprozessen deutscher wissenschaftlicher Gesellschaften und bringt Material, das bisher in diesem Umfang nicht erarbeitet worden ist. Die Liste von 55

Gesellschaften im Anhang klassifiziert das Verhältnis zur Dachgesellschaft GDNÄ. Gizycki unterscheidet drei Verhältnisbeziehungen von spezialisierter Fachgesellschaft und Muttergesellschaft: ein symbiotisches, ein indifferentes und ein unabhängiges Verhältnis. Methodisch gesehen ist die Arbeit eine historisch orientierte sozialwissenschaftliche Untersuchung, die sowohl systematisch-theoretische Ansätze als Erklärungsrahmen wie auch historische Primärmaterialanalysen enthält.

*Peter Borscheids* Arbeit über »Naturwissenschaft, Staat und Industrie in Baden 1848–1919« konzentriert sich auf den vierten Typ wissenschaftlicher Institutionen bzw. Aktivitäten, nämlich auf industrienahe naturwissenschaftliche Forschung bzw. genauer: Untersucht werden in einer geographischen Fallstudie die Beziehungen zwischen naturwissenschaftlicher Forschung, Industrie und Staat. Die Arbeit liegt auf dem Grenzgebiet zwischen Wissenschaftspolitik bzw. Wissenschaftssoziologie, Wirtschafts- und Technikgeschichte sowie der Wissenschaftsgeschichte. Im Mittelpunkt stehen ganz allgemein die Beziehungen zwischen Wissenschafts- und Wirtschaftsentwicklung, speziell zwischen Chemie, Physik und deren Nachbardisziplinen, Agrikulturchemie, Physiologie und physikalische Chemie, Elektrotechnik und Ingenieurwissenschaften einerseits und den entsprechenden Wirtschaftszweigen andererseits. Der Frage nach den Zusammenhängen wird insbesondere mit biographischer Methode nachgegangen und die bekannte, bisher aber nicht im einzelnen belegte These (vgl. z. B. Hohenberg) verifiziert, wonach die Erfolge der industriellen organischen Chemie (und der elektrotechnischen Industrie) in Deutschland auf dem engen Wechselverhältnis zwischen Wissenschaft und Wirtschaft beruhen. Der Wert von Borscheids Arbeit besteht in dem Versuch, die für die Sozialgeschichte der Wissenschaft wichtigen Fragen zu beantworten, nämlich wer – Wissenschaftler, Kaufleute oder Staat – im einzelnen und bezogen auf die Entwicklung zu welchem Zeitpunkt dieses Verhältnis initiativ bestimmte. Bei dieser Frage kommt Borscheid für den badischen Raum zu einer Periodisierung in drei Phasen: Ab Mitte des 19. Jahrhunderts förderte der Staat nach den Hungersnöten und der 48er Revolution insbesondere die chemische, speziell die agrikultur-chemische Forschung und Ausbildung; die günstig erscheinenden Berufserwartungen führten zu hohen Frequenzzahlen in den Universitäten, die vom Arbeitsmarkt aber nicht in vollem Umfang absorbiert werden konnten. Diese »Chemikerschwemme« erzwang neue Berufspositionen, unter anderem die Gründung chemischer Firmen. Wissenschaft und Wirtschaft gehen in Gestalt von Firmengründern eine »Personalunion« ein. In dieser zweiten Periode wird wissenschaftliches Wissen und technisches know how in den Hochschulen produziert und vom Hochschulpersonal transferiert. In der dritten Phase ändert sich dieses Verhältnis: Aufgrund von Geheimhaltungs- und Wettbewerbsbeschränkungsstrategien gehen Firmen zur eigenen Produktion von naturwissenschaftlichem Wissen über. Die Industrieforschung gewinnt an Bedeutung. Neben dieser im historischen Ablauf gekennzeichneten Entwicklung fallen auch einige interessante Detailergebnisse ab: so insbesondere eine Korrektur des klassischen Liebig-Bildes, das in der deutschen und ausländischen Geschichtsschreibung allzusehr glorifiziert und idealisiert worden ist. Borscheids realistischeres Bild wird dabei von neueren amerikanischen Forschungen (z. B. R. Hahn) gestützt. Ferner muß als gelungen bezeichnet werden die Darstellung der Emanzipation der Chemie von einer Hilfswissenschaft für Pharmazie und Medizin zu einer eigenständigen Grundlagenwissenschaft. Methodisch bedient sich Borscheid des klassischen Handwerkszeugs eines Historikers, vor allem der biographischen Methode, wobei quantitative Analysen zur Bestätigung von Thesen herangezogen werden. Das Quellen- und Literaturverzeichnis enthält Archivalien des badischen Generallandesarchivs Karlsruhe, der Universitätsarchive von Heidelberg und Freiburg, der Handschriftensammlung des Deutschen Museums München, des Firmenarchivs der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen. Die Auswertung von Archivalien führt nun bei Borscheid nicht zu einer narrativen Wiedergabe des Gewesenen, sondern es werden Konzepte bzw. Theorie der Wissenschaftsforschung, so insbesondere der Kuhnsche Begriff

des Paradigmas, zur Interpretation und Erklärung herangezogen. Das zentrale Kapitel, das am Beispiel der Agrikultur-Chemie das Zusammenwirken von Wissenschaft, Staat und Industrie besonders klar beleuchtet, hat Borscheid inzwischen zu einem Aufsatz erweitert (vgl. Fortschritt und Widerstand in den Naturwissenschaften. Die Chemie in Baden und Württemberg 1850–1865, in: Soziale Bewegung und politische Verfassung, hrsg. von U. Engelhardt, V. Sellin und H. Stuke, Stuttgart 1976, S. 755 ff.; Festschrift für W. Conze). Hier wie auch in dem vorliegenden Buch wird gezeigt, wie Ernährungs- und, damit zusammenhängend, soziale Probleme politisch relevant werden, durch staatliche Initiative wissenschaftliche Lösungen für das verursachende Krisenphänomen gesucht werden. Die staatliche Förderung der Agrikultur-Chemie nach Liebigschem Vorbild war eine der Antworten des Staates auf die 48er Revolution und sollte die verursachende Nahrungsmittelknappheit verbessern helfen. Dies ist eine Fallstudie über »externe Steuerungsprozesse« in der Wissenschaft, ein Vorgang, der in der sogenannten »Finalisierungsdebatte«, wenn auch unter anderen Prämissen (nur im Reifestadium ist eine Wissenschaft offen für Außensteuerung), thematisiert worden ist[6]. Borscheids Arbeit zeigt, daß auch eine noch nicht »fertige« Wissenschaft durch Interessen von außen »gesteuert« werden kann.

6 Vgl. *G. Böhme / W. van den Daele / W. Krohn*, Finalisierung in der Wissenschaft, in: Zeitschrift für Soziologie 1973.

*Rudolf Lill*

# Kirche und Revolution

## *Zu den Anfängen der katholischen Bewegung im Jahrzehnt vor 1848*

In einem breit angelegten Aufsatz hat Wolfgang Schieder es unternommen, die Entstehung der katholischen Bewegung Deutschlands unter sozialgeschichtlichen Aspekten zu erklären[1] und diese Aspekte am Beispiel der für die Anfänge der Bewegung zweifellos wichtig gewesenen, von Josef Görres publizistisch unterstützten[2] Trierer Massenwallfahrt von 1844 aufzuweisen. Da von den früheren Werken zur Geschichte des deutschen Katholizismus nur wenige, so die für den Vormärz als klassisch geltende, bei Schieder gleichwohl nicht erwähnte Darstellung von Franz Schnabel[3], sozialen Hintergründen und Zusammenhängen nachgegangen sind, verdient sein Versuch volle Aufmerksamkeit. Die manche neue Materialien auswertende Studie ist freilich ganz auf die angebliche »negative Signalwirkung dieser Wallfahrt für die deutsche Revolution« (S. 419) angelegt. Die Wallfahrt, »die vom katho-

---

1 *Wolfgang Schieder,* Kirche und Revolution. Sozialgeschichtliche Aspekte der Trierer Wallfahrt von 1844, in: Archiv für Sozialgeschichte 14, 1974, S. 419–454.
Daß diese Kritik recht spät erscheint, hat zwei Gründe:
1. Schieder hat es bei seinem Aufsatz nicht bewenden lassen, sondern soeben ein Heft mit dem allzu anspruchsvollen Titel »Religion und Gesellschaft im 19. Jahrhundert« (Geschichte und Gesellschaft, Jg. 3, H. 3, 1977, S. 291–428) herausgegeben, in dem etliche der m. E. nicht hinreichend begründeten oder falschen Thesen des Aufsatzes über die Trierer Wallfahrt wiederholt und weitergeführt werden. Schieder selbst wiederholt in seiner Einleitung (S. 297 f.) die Behauptung, daß auch in Trier »die Wallfahrt von oben« entstand, »die von der institutionalisierten Kirchenhierarchie zu politischen Zwecken organisiert wurde [. . .]«. Von einem Mitarbeiter des Heftes, *Gottfried Korff* (vgl. hier auch Anm. 22), wird ihm bescheinigt (S. 354 f.), daß sein hier diskutierter Aufsatz die Wallfahrt von 1844 als Versuch einer »reaktionären Systemstabilisierung« erkannt und »fundiert untersucht« hätte. Ein weiterer Mitarbeiter, *Michael R. Marrus,* resumiert Schieders Ergebnisse mit der grotesken Behauptung, daß 1844 in Trier »auch eine Koalition konservativer und bürgerlicher Kräfte, denen es um die Festigung des preußischen Staates ging«, entstanden sei (S. 330).
2. Einige Zeit nach Erscheinen seines Aufsatzes hatte ich Herrn Schieder auf die ihm darin unterlaufene falsche Zitierung und Fehlinterpretation meiner einschlägigen Arbeiten (vgl. hier S. 567 f. mit Anm. 12 und 13) aufmerksam gemacht. Es erschien mir danach richtig abzuwarten, ob eine Berichtigung erfolgen würde, die jedoch ausgeblieben ist.

2 *Joseph Görres,* Die Wallfahrt nach Trier, Regensburg 1844.
Die von *Schieder* im Anschluß an einen Aufsatz von Wolfgang Frühwald gegebene, ganz kurze Charakteristik dieser Schrift ist ebenso einseitig wie unvollständig. Nicht einmal erwähnt wird, daß es sich um eine aus spätromantischem Denken erwachsene, oft allzu langatmige kirchen- und nationalpolitische Streitschrift handelt. Mit der gegen die Staatsomnipotenz gerichteten Forderung nach Kirchenfreiheit schloß Görres direkt an seinen »Athanasius« (Regensburg 1838) an; darüber hinaus versuchte er nun, historische Beiträge der Katholiken zur Ausbildung der deutschen Nation aufzuweisen, eine historisch-religiöse Begründung des Großdeutschtums zu geben und die Kirche als Kraft der Versöhnung zwischen Klassen und Nationen zu erweisen.

3 *Franz Schnabel,* Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Taschenbuchausgabe, Bd. 7: Die katholische Kirche in Deutschland, Freiburg 1965. Für die Auswirkungen der 1848er Revolution auf das Verhältnis von Liberalismus und Katholizismus wäre ebenfalls der erste Band des viele innenpolitische Zusammenhänge erhellenden Werkes von *Karl Bachem* heranzuziehen: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei (1927), Neudruck Aalen 1967.

lischen Klerus und Adel inszeniert und begleitet wurde« (S. 429), wird als frühes und symptomatisches Beispiel eines Zangenangriffs geschildert, in dem konservativer Staat und Kirche die Unterschichten gegen die entstehende bürgerlich-liberale Bewegung mobilisiert hätten. Ob eine solche Begrenzung der Optik mehr als periphere Aspekte ihres Gegenstandes erfassen kann, ist von vornherein zu bezweifeln: Zur Entstehung der katholischen Bewegung haben sehr verschiedene ideologische, kirchenpolitische, politische und soziale Faktoren beigetragen; die »peregrinatio religiosa«[4] hatte stets vielschichtige Motivationen, die nur zum Teil sozialgeschichtlich zu erfassen sind.

Schieders anspruchsvoller Obertitel hätte vermuten lassen, daß die Perspektive zum Gesamtproblem des Verhältnisses von Kirche und Revolution im 19. Jahrhundert ausgezogen würde. Es ist ja unbestritten, daß die katholische Kirche und besonders das Papsttum gewichtige Kräfte in der antirevolutionären Front gewesen sind, welche auf dem ganzen europäischen Kontinent gegen die Ideen von 1789 erstanden ist[5]. Andererseits ist der Katholizismus bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts weniger monolithisch gewesen, als unter dem Eindruck der seitdem durchgesetzten ultramontanen Doktrin oft angenommen und bei Schieder schon durch die Verwendung des Begriffs »Kirchenführung« (unter der dann meist nur der Bischof von Trier zu verstehen ist) suggeriert wird. Nicht selten ist es in der ersten Jahrhunderthälfte zu partiellen Bündnissen zwischen Liberalen und Katholiken gekommen. Sie waren in Westeuropa, welches die rheinischen Entwicklungen stets mitbeeinflußt hat, vom Streben nach Verständigung beider Ideologien getragen, darüber hinaus in Belgien wie auch in Irland und Polen durch gemeinsame nationale Interessen nahegelegt[6]. Im deutschen Vormärz hat sich zudem die gemeinsame Gegnerschaft gegen den spätabsolutistischen Polizeistaat ausgewirkt. Die bisherige, von Schieder nicht berücksichtigte Katholizismusforschung meint, daß erst nach dessen Überwindung in der Revolution von 1848/49 der Gegensatz zwischen Liberalismus und Katholizismus, der in die Kulturkämpfe führte, voll ausgeprägt worden sei[7]. Von diesen Problemen ist in Schieders Aufsatz jedoch nicht die Rede; auch wird nicht nach dem sozialreformerischen, gelegentlich schon sozialpolitischen Engagement der in den 1840er Jahren erstandenen ultramontanen Bewegung gefragt, welches doch eine leicht nachprüfbare Erklärung für deren Massenwirkung nahelegt.

Die Aufmerksamkeit für Schieders Ansatz wird auch dadurch nicht gemindert, daß in seinem Aufsatz ausgerechnet die erste Anmerkung etliche Fehler, Auslassungen und Verzeichnungen enthält[8]. Bei einigen davon ist es mit bloßer Berichtigung nicht getan: Sie

---

4 Vgl. Anm. 15.

5 Zum Gesamtproblem: *Hans Maier*, Revolution und Kirche. Studien zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie (1789–1901), Freiburg ²1965, s. bes. S. 125–173.
Zur restaurativen Politik der Päpste des 19. Jahrhunderts vgl. *Rudolf Lill*, in: *Ökumenische Kirchengeschichte*, hrsg. von *Raymund Kottje* und *Bernd Moeller*, Bd. III, Mainz/München 1974, S. 135–140, 152–162, 175–190.

6 Vgl. hierzu jetzt den umfassend informierenden Sammelband: *Les catholiques libéraux au XIX^e siècle*. Actes du Colloque internationale d'histoire réligieuse ... Avant-propos de Jacques Gadille, Grenoble 1974. Vgl. darin für Deutschland den Beitrag von *Victor Conzemius*, Les foyers internationaux du catholicisme libéral hors de France au XIX^e siècle, S. 15–51, bes. S. 25–36. Vgl. dagegen *Schieder*, S. 436 unten mit Anm. 87.

7 Vgl. außer den Werken von *Schnabel* und *Bachem* auch *Hubert Jedin*, Freiheit und Aufstieg des deutschen Katholizismus zwischen 1848 und 1870, in: ders., Kirche des Glaubens – Kirche der Geschichte. Ausgewählte Aufsätze und Vorträge 1, Freiburg/Basel/Wien 1966, S. 469–484.

8 Als *Joseph Hergenröther* 1877 den zweiten Band seines Handbuchs der Kirchengeschichte veröffentlichte, war er nicht Kardinal, sondern Professor der Kirchengeschichte in Würzburg.
Hergenröthers Werk erschien nicht auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes, sondern in der Zeit seines allmählichen Abflauens.
Die Behauptung, daß *ich* die Trierer Wallfahrt ähnlich beurteilt hätte wie *Buchheim*, trifft nicht zu. Das von *Schieder* als Beleg angeführte Zitat ist falsch, vgl. Anm. 12.

zeugen von einer die wissenschaftliche Diskussion erschwerenden Einseitigkeit, die auch später wiederkehrt. So setzt Schieder sich ab von der »katholischen Konfessionshistorie«, als deren Vertreter er so unterschiedlich orientierte und in ganz verschiedenen historischen Situationen arbeitende Forscher wie Joseph Hergenröther, Karl Buchheim, Roger Aubert, Karl Bihlmeyer, Hermann Tüchle und den Verfasser dieser Miszelle nennt[9]. Ihr wird vorgehalten, daß sie bei der Erforschung der Trierer Wallfahrt und der Anfänge der katholischen Bewegung den Akzent ganz auf die Frage »der sogenannten Kirchenfreiheit« gelegt habe und daß in ihr die Tendenz bestehe, »auch die Trierer Wallfahrt für die Entstehungsgeschichte der christlichen Demokratie zu vereinnahmen« (S. 419, Anm. 1). Der erste dieser Vorwürfe erweckt den Eindruck, als ob die genannten Autoren den Begriff der »Kirchenfreiheit« aufgebracht hätten, obwohl er nach Ausweis der von Schieder anscheinend nicht genügend studierten Quellen ein Leitmotiv der Bewegung war[10] – eben jenes, welches zeitweilige Übereinstimmungen mit liberalen Kräften begründete. Der zweite Vorwurf rennt offene Türen ein: Nur Buchheim hat die ultramontane Bewegung als »die katholische Vorform der christlichen Demokratie« hingestellt. Die meisten Katholizismusforscher urteilen differenzierter, indem sie erst der durch Zentrum, christliche Gewerkschaften und Volksverein charakterisierten späten Stufe der katholischen Bewegung gewichtige Beiträge zur politischen und gesellschaftlichen Demokratisierung zuschreiben, wobei deren Herleitung, die teils gewiß auf die Anfänge zurückreicht, noch genauer erforscht werden müßte[11]. Ausgerechnet der Verfasser dieser Miszelle, dem Schieder mit Hilfe eines manipulierten Zitats[12] unterstellt, ähnlich wie Buchheim zu urteilen, ist dessen Interpretation seit langem entgegengetreten. In einer Rezension des Buchheimschen Werkes habe ich die Meinung vertreten,

---

*Roger Aubert* ist kein Jesuit, er hat vielmehr zur Revision des von den Jesuiten tradierten ultramontanen Geschichtsbildes entscheidende Beiträge geleistet.
Auf der von Schieder angegebenen Seite 420 des *Handbuchs der Kirchengeschichte*, hrsg. von *Hubert Jedin* (HKG), Bd. VI/1 findet sich kein Wort Auberts zur Trierer Wallfahrt.

9 Deren Zuordnung zu einer damit als kontinuierlich hingestellten »katholischen Konfessionshistorie« kann mißverständliche Assoziationen erwecken. Ist sie als Infragestellung wissenschaftlicher Objektivität gemeint? Was würde *Schieder* sagen, wenn man ihn, weil er ein gutes Buch über die Frühgeschichte der Arbeiterbewegung geschrieben und sich mit historischen Argumenten für Brandts Außenpolitik eingesetzt hat, als Vertreter einer »SPD-Parteihistorie« hinstellen würde?

10 Vgl. dazu *Eduard Hegel*, Libertas ecclesiae. Zur Entwicklung des Begriffs »Freiheit der Kirche« seit der französischen Revolution, in: Trierer theologische Zeitschrift 60, 1951, S. 197–207.

11 Vgl. dazu die Beiträge von *Erwin Iserloh, Adam Wandruszka, Christoph Weber* und *Rudolf Lill* in dem von *Ettore Passerin d'Entrèves* und *Konrad Repgen* besorgten Sammelband: *Il cattolicesimo politico e sociale in Italia e Germania dal 1870 al 1914*, Bologna 1977.

12 Bei *Schieder* heißt es: »Ähnlich ist für *Rudolf Lill* im Handbuch der Kirchengeschichte [...] Bd. 6/1 [...], S. 400, die Wallfahrt von 1844 nach dem Abbruch der angeblich die ›Protestantisierung der westlichen Provinzen‹ betreibenden Politik zu einer ›ungewohnt machtvollen Demonstration des erstarkten Katholizismus‹ geworden, die allerdings ›als Herausforderung an den Geist des Jahrhunderts‹ auch den Deutschkatholizismus habe entstehen lassen«.
Der erste der hier von *Schieder* »zitierten« Satzteile steht nicht in meiner handbuchartig kurzen Darstellung der Trierer Wallfahrt auf S. 400, sondern in einem ganz anderen Zusammenhang auf S. 395 f. Dort wird die Übertragung des altpreußischen Staatskirchenrechts auf das Rheinland und in deren Zusammenhang die den Keim zum späteren Mischehenstreit legende Kabinettsorder von 1825 behandelt, welche »als gezielte Maßnahme zur Protestantisierung der westlichen Provinzen erscheinen [mußte]«. Der Satz gibt also die aus vielen Quellen nachweisbare damalige Stimmung im Rheinland wieder und nicht etwa, wie Schieders Zitat nahelegt, mein Urteil über die preußische Politik.
Die beiden Sätze, die ich auf S. 400 über die Wallfahrt geschrieben habe, lauten: »Arnoldi organisierte 1844 die Wallfahrt zum Hl. Rock, die sich mit mehr als einer Million Pilgern zu einer ungewohnt-machtvollen Demonstration des erstarkten Katholizismus ausweitete, von vielen Protestanten und Liberalen aber als Herausforderung an den Geist des Jahrhunderts heftig befehdet wurde. Sie bildete den äußeren Anlaß für die Abspaltung des Deutschkatholizismus«.
Wo ist darin eine Ähnlichkeit mit *Buchheims* Urteil festzustellen?

daß die Konzepte Pius' IX. und des von ihm so nachhaltig geförderten Ultramontanismus »wohl weitgehend dem plebiszitären Cäsarismus Napoleons III. entlehnt [waren], welcher eher totalitären als demokratischen Regierungsformen vorgearbeitet hat«[13].
Schon diese Hinweise mögen zeigen, daß die von Schieder aufgegriffene Problematik komplexer und dementsprechend viel mehr diskutiert worden ist, als aus seinem Aufsatz und besonders aus dessen Einleitung hervorgeht. Daß die Trierer Wallfahrt auch sozialgeschichtliche Aspekte hatte, hat zudem schon Schnabel in seinem von Schieder übersehenen Werk erwähnt[14]; was dem großen Historiker der dreißiger Jahre an modernerem sozialwissenschaftlichen Instrumentarium fehlen mußte, scheint mir durch seinen Rückgriff auf Quellen und durch deren Einordnung in ihre Zusammenhänge mehr als hinreichend ausgeglichen zu sein.
In Schieders Überblick über die Geschichte der Trierer Wallfahrten (v. a. S. 430–435) ist von deren religiöser Dimension und vom »Bildcharakter« der Reliquien nicht die Rede. Reliquien, besonders die darum hoch verehrten Salvatorreliquien, als sinnliche Vergegenwärtigung der Heilsgeschichte und als »Beweise« für deren Historizität, Wallfahrten zu Christusmemorien als Vergewisserung seiner Heilstaten – das sind Vorstellungen, für die im aufgeklärten Weltbild kein Platz ist. Wer sich aber als Historiker mit Wallfahrten befaßt, sollte davon ausgehen, daß solche Vorstellungen seit der Spätantike eine elementare emotive Wirkung ausgeübt und Wallfahrten zu Massenphänomenen gemacht haben[15]. Im Mittelalter und in der Barockzeit besonders stark ausgeprägt[16], sind sie im 19. Jahrhundert von kirchlichen Restaurationsbewegungen wieder aufgegriffen und weiter tradiert worden. Ein Blick auf Italien, wo Kultur und soziale Prozesse stärker als in anderen europäischen Nationen katholisch geprägt und bis in unser Jahrhundert traditional bestimmt gewesen sind, genügt, um das Fortwirken solcher Vorstellungen und die daraus entstehende primäre Motivation von Wallfahrern zu erkennen[17].
Reliquienkult und Wallfahrten haben freilich zu allen Zeiten innerkirchliche Kritiker gefunden, die an der Veräußerlichung der Religion, an der Überbetonung der Werkfrömmigkeit, an der geschäftstüchtigen Ausnutzung und Manipulation von Pilgern Anstoß nahmen – sehr oft zu Recht! Nie ist solche Kritik gründlicher durchdacht worden als in der katholischen Aufklärung, die auch im Deutschland des 18. Jahrhunderts weitgehende Konzentration des kirchlichen Lebens auf Messe, Sakrament und Predigt, zugleich die Orientierung an der idealisierten Urkirche durchgesetzt hat. Hand in Hand damit gingen Ablehnung des seit dem Trienter Konzil erstarkten römischen Zentralismus und religiöse Toleranz, welche auch von Wallfahrten abraten ließ, da diese Andersgläubigen schwer oder gar nicht verständlich waren. Dieser Umschlag wird von Schieder (S. 432 f.) gesehen, der Hinweis darauf aber sogleich entwertet durch eine der voreiligen, nicht aus Quellen belegten Interpretationen, die auch in diesem Abschnitt unterlaufen: »Die letzten Trierer Kurfürsten des 18. Jahrhunderts hatten die Möglichkeiten der kirchenpolitischen Wallfahrtsmanipulation noch nicht erkannt«. War es nicht eher umgekehrt, d. h. haben jene Erz-

13 *Rudolf Lill*, Zur Geschichte des Ultramontanismus: QFIAB 45, 1965, S. 442–450, bes. S. 446. Dasselbe Urteil habe ich wiederholt in: *Ökumenische Kirchengeschichte*, Bd. III, S. 178 u. ö.
14 *Schnabel*, Bd. 7, S. 331 f.
15 Vgl. *Bernhard Kötting*, Peregrinatio religiosa. Wallfahrten in der Antike und das Pilgerwesen in der alten Kirche, Münster 1950.
16 Gerade im Rheinland haben sich dafür in den Bildprogrammen der mittelalterlichen Reliquienschreine eindrucksvolle Zeugnisse erhalten. Vgl. *Rhein und Maas, Kunst und Kultur 800–1400*, hrsg. vom Schnütgen-Museum der Stadt Köln, Bd. I, 1972, S. 131–149, 263, 314, 323 f. u. ö.; Bd. II, 1973, S. 65–75, 123 ff., 263–278 u. ö.
17 Eine das Wallfahrtswesen adäquat einbeziehende Erforschung von religiöser und sozialer Geschichte und deren Interdependenzen betreibt, vor allem anhand italienischer Beispiele, der Arbeitskreis um Gabriele De Rosa (Rom – Vicenza). Vgl. dafür exemplarisch Ricerche di Storia sociale e religiosa, Nuova serie 7–8, Roma 1975.

bischöfe die Wallfahrten nicht gerade unterdrückt, weil sie solchen Möglichkeiten, die ihren Reformplänen zuwiderliefen, vorbeugen wollten[18]?
Die Beschränkung des religiösen Lebens auf das den Aufklärern als »wesentlich« Erscheinende ist zwar gerade im konservativen Rheinland von der Mehrzahl der Bevölkerung weder begrüßt noch verstanden worden, hat sich hier aber bis in die 1830er Jahre halten können. Die ersten Bischöfe nach der kirchlichen Restauration hielten nämlich weithin an aufgeklärten Grundsätzen fest, Ferdinand August Graf v. Spiegel (Erzbischof von Köln 1825–1835) und Josef v. Hommer (Bischof von Trier 1824–1836). Es ist aber zumindest eine Vereinfachung, beide als »verspätete Repräsentanten der alten adeligen Reichskirche« (S. 434) zu bezeichnen. Abgesehen davon, daß nur ein Teil der Reichskirche sich der Aufklärung erschlossen hatte und nur Spiegel deren sozialer Führungsschicht angehörte, haben sich beide ja gerade um die Annäherung der Kirche an die bürgerlich bestimmte Kultur ihrer Zeit bemüht. Partielle, durch rationalistische Grundhaltung gegebene Übereinstimmungen mit dem preußischen Kultusminister Altenstein sollten nicht zu der ausgerechnet einen ultramontanen Vorwurf wieder aufnehmenden, durch die neuere Forschung widerlegten Annahme verleiten, als seien »Spiegel und Hommer stets bereit gewesen, die ihnen von staatlicher Seite angesonnene Aufgabe zu erfüllen« (S. 435)[19]. Geeignete Mittel und Helfer bei der ihnen vorschwebenden Kirchenreform sahen beide Bischöfe in Lehre und Schule des rationalistischen Bonner Theologen Georg Hermes, dessen Anhänger sie darum in wichtige Positionen beriefen[20]. Die Hermesianer bemühten sich um Ausgleich von Dogma und Vernunft, gerade sie wollten eine von barocken und feudalen Resten befreite »bürgerliche« Kirche. Durch ihren Appell an die Autonomie der individuellen Vernunft gerieten sie in Gegensatz zur traditionalistisch-ultramontanen Bewegung, deren Sieg in der kirchenpolitischen Wende um 1840 denn auch für den Wiederbeginn der Wallfahrten wichtiger gewesen ist als die von Schieder betonten sozialgeschichtlichen Fakten[21].
Schieder erwähnt (S. 431 f.), daß nach 1844 drei weitere Wallfahrten zum Hl. Rock stattgefunden haben. Daß, wie er ohne Quellenangabe meint, zwischen der von 1891 und der Aufhebung des Sozialistengesetzes ein Zusammenhang bestand, ist unwahrscheinlich; richtiger, aber ergänzungsbedürftig ist sein Hinweis auf das Ende des Kulturkampfes. Daß Bischof Korum die Wallfahrt »als offensives agitatorisches Mittel katholischer Sozialpolitik« benutzte, ist insofern nicht erstaunlich, als Korum stets für konservativ begründete Sozialrefom eingetreten ist[22]. Hinzuzufügen wäre aber, daß der ultramontan-kämpferische

18 Vermutungen, die *Schieder* über weitere Motive der Kurfürsten anstellt, sind wenig nützlich, wenn die neueste Literatur dazu nicht einbezogen wird: *Heribert Raab*, Clemens Wenzeslaus von Sachsen und seine Zeit, Bd. I, Freiburg 1962.

19 Es hätte sich gelohnt, hierzu das Werk von *Walter Lipgens* (Ferdinand August Graf Spiegel und das Verhältnis von Kirche und Staat, 2 Bde., Münster 1965) gründlich auszuwerten, anstatt es mit einem Satz abzutun (*Schieder*, S. 434, Anm. 75).

20 *Schieder* (S. 439 f., Anm. 109) ist anscheinend nicht aufgefallen, daß die Trierer Geistlichen, die ein Manuskript Hommers über den »Hl. Rock« veröffentlichten, führende Hermesianer und als solche wallfahrtsfeindlich eingestellt waren. Die Veröffentlichung erfolgte im Organ der hermesianischen Bewegung. Sollte sie einen Wiederbeginn des Wallfahrtswesens nicht eher verhindern als fördern?

21 Über diese innerkatholischen Parteikämpfe und ihre Auswirkungen im Bistum Trier unterrichtet ausführlich das Buch von *Christoph Weber*, Aufklärung und Orthodoxie am Mittelrhein 1820–1850, München 1973, welches sehr viele Quellen auswertet, dabei ideologie-, personen- und sozialgeschichtliche Betrachtung in gelungener Weise verbindet und auch zu *Schieders* Fragestellung gewichtige Antworten erbringt. Vgl. z. B. *Webers* Ausführungen (S. 88 ff.) über das Streben der Ultramontanen nach »äußerer liturgischer Prachtentfaltung«. Es verstimmt, daß Schieder (S. 436, Anm. 86 a) Weber nur vorzuhalten weiß, daß er einen Faszikel im Koblenzer Staatsarchiv (über die Trierer Bischofswahl 1841/42, nicht Webers eigentliches Thema!) nicht benutzt habe.

22 Bei *Schieder* bleibt unerwähnt, daß die neuere Forschung sich verschiedentlich mit Korum beschäftigt hat, der im preußischen Episkopat die ultramontane, gegenüber dem Staat lange äußerst

Bischof mit dem kirchenpolitischen Kompromiß von 1886/87 nicht eben einverstanden war und vielleicht deshalb eine Demonstration kirchlicher Geschlossenheit heraufführte, die ebenso an die Adresse des Staates wie an die des Sozialismus gerichtet war. – Den ersten Anstoß zur Wallfahrt von 1933 gab wohl kaum die von Schieder angeführte Aufhebung der alliierten Besatzung, sondern die Tatsache, daß Pius XI. das Jahr 1933 wegen des Zentenars des Todes Christi zum »Heiligen Jahr« erklärt hatte. Solche für den damaligen Triumphalismus Roms typischen Demonstrationen mag man aus guten Gründen als abwegig erachten, aber wenn man die Wallfahrt des Jahres 1933 behandelt, sollte man diesen Hintergrund kennen und mitteilen. Zu erwähnen wäre ein weiteres: Die seit längerem vorbereitete Wallfahrt von 1933 fiel in die kurze Periode nach Abschluß des Reichskonkordats, in der viele Katholiken ein befriedigendes Einvernehmen mit dem NS-Regime für möglich hielten, welches seinerseits an der Verbreitung dieser Stimmung im Trierer Land schon deshalb interessiert sein mußte, um Bischof und Klerus in ihrem Engagement für die Rückgliederung des Saargebiets zu bestärken[23]. – Daß die Wallfahrt von 1959 »im Ursprung auf den Höhepunkt christlich-demokratischer Regierungsmacht [...] im Jahre 1957 zurückverweist« (S. 432), ist zumindest eine arge Vereinfachung. Angemessen wäre höchstens ein Hinweis auf das geistige Klima im deutschen Katholizismus der beiden ersten Jahrzehnte nach 1945, in dem viele auf einen Wiederaufbau aus »abendländischen« Traditionen gesetzt und daraus der europäischen Einigungsbewegung keineswegs unwichtige Impulse gegeben haben. In dieses Gesamtklima, nicht aber in die durch einen CDU-Sieg geschaffene konkrete politische Situation, können wohl auch kirchliche, bewußt übernational angelegte Veranstaltungen wie die Trierer Wallfahrt oder schon das Kölner Domfest von 1948 und die Aachener Heiligtumsfahrten von 1951 und 1958 eingeordnet werden.
Auch dieser Überblick zeigt somit, daß Schieder den »weiteren Zusammenhang«, in den er dann die Wallfahrt von 1844 hineinstellt, auf einige und nicht immer zentrale Aspekte reduziert hat und dabei manche Vermutungen äußert, für die die Quellen keine Belege hergeben.
Auf den S. 436–446 unternimmt es Schieder, »über die Intentionen der Wallfahrtsorganisatoren Klarheit« (S. 446) zu verschaffen. Dabei wird endlich, wenngleich zu kurz und fragmentarisch (S. 436 f.), der in den sog. »Kölner Wirren« (1836–1842) gipfelnde Konflikt zwischen Preußen und der katholischen Kirche erwähnt, ohne daß dabei deutlich würde, daß wohl er den eigentlichen Hintergrund für die Erneuerung von Frömmigkeitsformen von der Art der Trierer Wallfahrt gebildet hat[24]. Von seinen beiden Ergebnissen wird das

---

mißtrauische Richtung anführte. Vgl. *Christoph Weber*, Kirchliche Politik zwischen Rom, Berlin und Trier 1876 bis 1888, Mainz 1970, passim.
*Gottfried Korff*, der in dem von Schieder herausgegebenen Heft über Religion und Gesellschaft (s. hier Anm. 1) die Trierer Wallfahrt von 1891 behandelt (Formierung der Frömmigkeit. Zur sozialpolitischen Intention der Trierer Rockwallfahrten 1891, a. a. O., S. 352–383) folgt weitestgehend dem Schiederschen Interpretationsmodell, arbeitet dabei jedoch viel gründlicher; immerhin erwähnt er den Zusammenhang mit Korums Ultramontanismus (S. 367 f.). – Bedenklich ist Korffs Umgang mit der scharfsinnigen Kritik, die *Franz Xaver Kraus* (s. hier auch Anm. 34) in seinen Tagebüchern an der Wallfahrt von 1891 geübt hat (S. 360 f.). Beim ersten Zitat (S. 360 unten) wird der Satz weggelassen, der Kraus als langjährigen persönlichen Gegner des Wallfahrtsorganisators Korum erweist. – Das abschließende Verdikt (S. 361) bezieht sich nicht auf die Wallfahrt. Die 1½ Jahre nach deren Abschluß niedergeschriebene Notiz formuliert vielmehr eine liberalkatholische Gesamtkritik am Ultramontanismus. Sie erweist, daß die Gegensätze vor allem theologisch und kirchenpolitisch begründet waren.

23 Wenn schon in Anm. 64 ein Satz aus einer Schrift des Trierer Domherrn Irsch als Beleg dafür genommen wird, daß »die Trierer Wallfahrtsstrategen [!] von 1933 sich an das neue Regime des Nationalsozialismus anpaßten«, so ist nicht recht einzusehen, weshalb die politische Haltung des für die Wallfahrt verantwortlichen Bischofs Bornewasser nicht eingehender untersucht wird. Vgl. dazu z. B. *Bernhard Stasiewski* (Hrsg.), *Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945*, Bd. I, Mainz 1968, S. 463 f., 590–598, 600.

24 Vgl. hierzu HKG VI/1, S. 396–400 sowie die dort auf S. 392 angegebene Literatur, außerdem

innerkirchlich, der Sieg der ultramontan-traditionalistischen Partei (vgl. hier S. 569), zu wenig gewürdigt, die Charakterisierung der unterlegenen Partei als »Staatsepiskopalismus« ist in sich widersprüchlich, vom Hermesianismus und seinen Reformanliegen[25] ist nicht die Rede. Das kirchenpolitische Ergebnis wird durch die Aussage verzeichnet, daß »Katholische Kirchenführung und Staatsregierung in Preußen [...] vielmehr weiterhin auf konservativer Basis verbunden [blieben]«. Gerade die Führer der ultramontanen Partei, darunter die 1842 im Zuge der Konfliktbereinigung berufenen Bischöfe Geissel und Arnoldi (der Organisator der Wallfahrt von 1844!), waren gegenüber dem preußischen Staat sehr mißtrauisch[26]. Indem der Kirche 1842 weitgehende Autonomie zugestanden wurde, kam eine für Preußen ganz neuartige Gleichberechtigung von Staat und katholischer Kirche zustande, welche ein Bündnis beider erst ermöglicht hat![27] Unerwähnt bleibt eine unter sozialgeschichtlicher Fragestellung doch wohl wichtige Konsequenz des Ausgleichs von 1842: Die kirchliche Autonomie ermöglichte die Ausbreitung von Vereinen, die von den Ultramontanen propagierte Rückkehr der geistlichen Orden und darüber neuartige sozial-karitative Initiativen, z. B. Krankenhausgründungen, die meist von Orden und Vereinen getragen wurden[28]. Gerade solche Initiativen (und keineswegs nur die von Schieder herausgestellte Vertröstung auf Ausgleich im Jenseits für irdische Not!) haben der entstehenden katholischen Bewegung breiten Konsens in den von den Liberalen vernachlässigten unteren Mittelschichten und Unterschichten eingebracht.

Die kirchenpolitische Wende von 1842 war großenteils das Werk des bei Schieder gar nicht erwähnten Königs Friedrich Wilhelm IV., der, geprägt von der gewiß anachronistischen, weil ganz an der vorindustriellen Gesellschaft ausgerichteten politischen Romantik, einen christlichen Staat und dessen Bündnis mit den Kirchen begründen wollte[29]. Als Gegner betrachtete der König nicht so sehr die von ihm in ihren wirklichen Dimensionen noch nicht durchschaute soziale Revolution, sondern die Kräfte, die nach seiner Meinung die »legitime« alte Ordnung zerstört hatten: Polizeistaatlicher Absolutismus, Hegelsche Philosophie, Liberalismus. Als große Demonstration seines romantischen Patriotismus wie der Versöhnung von Staat und Kirche veranstaltete Friedrich Wilhelm 1842 das Kölner Dombaufest[30]. Den Festen der Bewegungspartei (Wartburg 1817, Hambach 1832) wurde erstmals eine vergleichbare, Massen mobilisierende Manifestation der konservativen Kräfte entgegengesetzt – nur zwei Jahre vor der Trierer Wallfahrt, die dann ähnliche Anliegen (aber

---

*Weber*, Aufklärung und Orthodoxie, S. 79–112.
Zur historischen Einordnung der »Kölner Wirren« in die innere Entwicklung des deutschen Parteiwesens wie des Katholizismus sei wieder auf das erwähnte Werk von *Schnabel* und auf *Ernst Rudolf Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. II, Stuttgart 1960, S. 185–265, verwiesen.

25 *Weber*, Aufklärung, S. 59–78 u. ö. – Vgl. außerdem die Beiträge von *Sebastian Merkle*, in: Historisches Jahrbuch 60, 1940, S. 179–200 und von *Eduard Hegel*, in: Westfälische Lebensbilder, Bd. VII, Münster 1959, S. 83–104.

26 *Otto Pfülf*, Cardinal von Geissel, Bd. I, Freiburg 1895, passim, bes. S. 127–140, 149 ff., 299. Vgl. *Schieder*, S. 428, Anm. 43 a.

27 Vgl. hierzu die ganz ähnlich intendierte Kirchenpolitik Metternichs, der sich darum ja auch eindringlich für die Beilegung des Kölner Konflikts eingesetzt hat. Seit den 1820er Jahren verfocht der Staatskanzler den Abbau des Josephinismus und zudem eine weitgehende »Koordinierung« von Staat und Kirche, weil nur darüber das »Bündnis von Thron und Altar« zu erreichen war, dem in seiner konservativen Gesellschaftskonzeption hohe Bedeutung zukam. *Heinrich v. Srbik*, Metternich, Bd. II (1925), Neudruck 1957, S. 1–45, bes. S. 40 ff. u. ö.

28 *Erwin Gatz*, Kirche und Krankenpflege im 19. Jahrhundert. Katholische Bewegung und karitativer Aufbruch in den preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen, München/Paderborn/Wien 1971.

29 *Walter Bußmann*, Eine historische Würdigung Friedrich Wilhelms IV., in: Spiegel der Geschichte. Festgabe für Max Braubach, Bonn 1964, S. 711–726; vgl. außerdem *Rudolf Lill*, Die Beilegung der Kölner Wirren 1840–1842, Düsseldorf 1962, passim.

30 *Lill*, Beilegung, S. 228–231. Vgl. aus der äußerst umfangreichen älteren Literatur v. a. *Leonard Ennen*, Der Dom zu Köln . . ., Köln 1880, S. 153–163 u. ö.

eben nicht nur diese!) auf eine populäre Ebene übertragen hat. Hier scheint ein direkter, von Schieder nicht gesehener Zusammenhang zu bestehen.
Friedrich Wilhelm IV. ist es auch gewesen, der 1842 die Berufung Geissels nach Köln und Arnoldis nach Trier[31] ermöglicht hat. Der Bedeutendere war Geissel, der schnell zum Führer des rheinischen, zeitweise des deutschen Episkopats aufgestiegen ist und als solcher 1848 dem konservativen Staat keineswegs die von Schieder angenommene unbedingte Unterstützung gewährt, sondern mit einer Politik des *do, ut des* weitere Autonomierechte für die Kirche erreicht hat und als Gegenleistung für die bedrohte Autorität von Krone und Staat eingetreten ist. Als Mitveranstalter des Kölner Festes hatte Geissel dessen kirchlichen Charakter betont und schon dadurch eine gewisse Distanz zum preußischen Staat bekundet.
Mit dem von ihm in seiner persönlichen und hierarchischen[32] Führungsrolle anerkannten Geissel hat Arnoldi eng zusammengearbeitet[33]. Daß Arnoldi überhaupt für die ultramontane Erneuerung aktiv gewirkt und dabei auch die während der »Kölner Wirren« entstandene katholische Presse eingesetzt hat (S. 437 ff.), ist wiederum keine neue Erkenntnis[34]. Daß ihn bei der publizistischen Abstützung der Trierer Wallfahrt der Apost. Vikar Laurent in Luxemburg sehr unterstützte (S. 438), weist in eine ganz andere als die bei Schieder vorherrschende Interpretationsrichtung: Gerade Laurent ist meist als kämpferischer Gegner Preußens aufgetreten; er hat sich nie um Verständigung mit dessen konservativen Autoritäten, sondern stets um eine ganz nach Rom ausgerichtete Kirche und deren Unabhängigkeit vom Staat bemüht[35].
In dieselbe, von Schieder abgewertete Richtung paßt sein Hinweis (S. 440 f.) auf erste Trierer Wallfahrtspolemiken aus dem Jahre 1841. Nicht soziale Konservation, sondern traditionalistische Frömmigkeitskonzeption hat den dort erstmals erwähnten, im weiteren mit Recht als wichtigen Mitarbeiter Arnoldis herausgestellten Jakob Marx zur Propagierung der von Aufklärern und Hermesianern unterdrückten Wallfahrten bewogen. Dieselbe Konzeption spricht aus der von Schieder (S. 442) zitierten Programmschrift von Marx aus dem Jahre 1844 sowie aus dem ebenfalls (S. 445) zitierten, aber anscheinend mißverstandenen Fazit, welches derselbe Autor nach Ende der Wallfahrt gezogen hat. Vergegenwärtigt man sich aus den erreichbaren Quellen die Persönlichkeiten Arnoldis und seiner Mitarbeiter wie überhaupt den um 1840 im rheinischen Katholizismus vollzogenen Klimawandel, so kann eigentlich kein Zweifel daran bestehen, daß diese Konzeption die Motiva-

31 Daß es gleichzeitig mit dem Kölner Streit auch »Trierer Wirren« (mit denselben Problemen und Frontstellungen) gegeben hat und daß Arnoldi im direkten Zusammenhang der Gesamtbereinigung Bischof von Trier wurde, wird in der einschlägigen Literatur behandelt und ist somit in Fachkreisen bekannter, als *Schieder* (S. 436) annimmt. Vgl. *Lill,* Beilegung, S. 57 f., 115–118, 153 ff., 179, 200, 202–205, 227, 234.

32 Das Bistum Trier gehörte zur Kölner Kirchenprovinz. Geissel hat die 1842 erlangte Kirchenfreiheit auch dazu genutzt, die Zusammenarbeit zwischen Metropole und Suffraganen zu aktivieren, welche die staatliche Kirchenaufsicht zuvor weitgehend unterbunden hatte.

33 *Pfülf,* Geissel I, S. 299, 326 ff., 401 f. u. ö.

34 *Schieder* (S. 437 mit Anm. 87 a) erweckt den falschen Eindruck, daß es über Arnoldi nur »hagiographische Konfessionshistorie« des 19. Jahrhunderts gebe. Es beleuchtet das Informationsniveau des Verfassers, daß dieser dort ausgerechnet der Trierer Franz Xaver Kraus zugerechnet wird, der sich in einer frühen historisch-kritischen Arbeit gegen den dortigen Reliquienkult gewandt hat und im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts der bedeutendste liberalkatholische und antiultramontane Kirchenhistoriker und Publizist Deutschlands gewesen ist. Vgl. *Franz Xaver Kraus,* Tagebücher, hrsg. von Hubert Schiel, Köln 1957, S. 256 f., 263 f. u. ö. In der bei *Schieder* nur erwähnten Kurzbiographie Arnoldis (ADB 1, 1875, S. 593 ff.) geht Kraus auf die Problematik der Wallfahrt von 1844 durchaus ein. Sein Fazit, welches zwischen deren primär religiösem Charakter und ihrer sekundären Benutzung für die kirchenpolitischen Ziele der Ultramontanen unterscheidet, hätte es verdient, in die Argumentation einbezogen zu werden.

35 *Karl Möller,* Leben und Briefe von Joh. Theodor Laurent, 3 Bde., Trier 1887–1889; *Joseph Goedert,* Joh. Theodor Laurent, Luxemburg 1957.

tion zur Massenwallfahrt hervorgebracht hat. Es ging ihren Organisatoren anscheinend eben doch vor allem um die Wiederbelebung traditioneller Frömmigkeitsformen, um die Aktivierung der katholischen Massen auf deren Grundlage und darüber durchaus um eine Demonstration der wiedergewonnenen »Kirchenfreiheit«[36]. Was Schieder statt dessen in den Mittelpunkt rückt, dürfte sekundär sein: Die Abstützung seiner Interpretation auf ein Schreiben Arnoldis an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz und auf das allerdings ungewohnte Wohlwollen der Regierung überzeugt nicht. Der Bischof wird sein religiöses und zugleich auf Eigenständigkeit der Kirche zielendes Anliegen nicht unbedingt dem evangelischen Oberpräsidenten mitgeteilt, sondern ihm gegenüber jene Aspekte hervorgehoben haben, welche geeignet waren, die Bürokratie für den Wallfahrtsplan zu gewinnen. Die Unterstützung der Behörden dürfte wiederum aus dem kirchenpolitischen Konzept Friedrich Wilhelms IV. zu erklären sein; den staatskirchlich gesinnten Oberpräsidenten v. Bodelschwingh hatte er 1842 abgelöst und seinem Nachfolger v. Schaper den konkreten Auftrag mitgegeben, für die weitere kirchenpolitische Entspannung zu wirken und kirchliche Aktivitäten zu fördern. Die nachgeordneten Beamten haben sich nach dem Kurswechsel an der Spitze gerichtet.

Kirchliche wie staatliche Stellen haben verschiedentlich unterstrichen, daß die allerdings minutiös durchorganisierte Wallfahrt in »Ruhe und Ordnung« abgelaufen ist. An diese Formel knüpft Schieder (S. 443) aber wohl zu weitgehende Folgerungen, wenn er glaubt, »sie geradezu als Gegenformel zur revolutionären Trias von ›Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit‹ bezeichnen« zu können, als »eine der Standardformeln der restaurativen Herrschaftsideologie«. So einfältig waren deren Verfechter nun nicht![37] Wollte man der revolutionären eine restaurative Trias-Formel entgegenhalten, so könnte man vielleicht von »Autorität, Hierarchie und Legitimität« sprechen.

Wie leichtfertig Schieder größere Zusammenhänge konstruiert, zeigt auch die Bemerkung (S. 445), daß das »antirevolutionäre[s] Sicherheitsdenken« von 1844 »die Grundlage für eine langfristige Verständigung von katholischer Kirche und preußisch-deutschem Staat auf konservativer Grundlage bilden sollte«. Daß im Revolutionsjahr die Kirchenführer für Krone und Staatskontinuität eingetreten sind, ist längst bekannt und gerade von der von Schieder abqualifizierten »Konfessionshistorie« herausgestellt worden[38]. Daß aber daraus kein langfristiges Bündnis geworden ist, zeigen die Spannungen der 1860er Jahre und erst recht Bismarcks Kulturkampf! Schieders Beleg, die Zustimmung von Arnoldi und Marx zu einem durchaus konstitutionellen Wahlprogramm im April 1848, erweist eher die von ihm bestrittene, hier eingangs angedeutete partielle Übereinstimmung katholischer und liberaler Postulate bis ins Revolutionsjahr. Daß auch im Trierer Raum das politische Verhalten der Katholiken 1848 vielschichtiger war, als Schieder annimmt, erweist u. a. eine von ihm nicht herangezogene Untersuchung politischer Wahlen im Regierungsbezirk Trier[39]. Danach hat zwar Arnoldi mäßigend gewirkt, aber »von einer übereinstimmenden politischen Haltung des Klerus, wie in den späteren Jahren, kann zu dieser Zeit noch keine Rede sein«[40]. Viele Katholiken waren zunächst in dem auch von einem Teil der Pfarrer unterstützten Demokratischen Verein tätig. Wegen kirchenpolitischer Differenzen haben sie sich im Herbst als »Katholischer demokratischer Verein« verselbständigt, der auch nach Eingliederung in die

36 Vgl. die von *Schieder* (Anm. 43 a) nur erwähnte, nicht aber inhaltlich analysierte Korrespondenz Arnoldis mit Geissel über die Wallfahrt: *Pfülf*, Geissel I, S. 326 ff.

37 Vgl. zur ersten Information jetzt *Peter Berglar*, Metternich, Zürich/Frankfurt 1973.

38 Vgl. die von *Schieder* in Anm. 190 zitierte Feststellung *Hergenröthers*, aus der neueren Forschung u. a. *Lill*, Beilegung, S. 236.

39 *Hansjürgen Schierbaum*, Die politischen Wahlen in den Eifel- und Moselkreisen des Regierungsbezirks Trier 1849–1867, Düsseldorf 1960. Siehe bes. S. 23–27, 44, 48, 51, 222–226. Siehe auch *Weber*, Aufklärung und Orthodoxie, S. 163–177.

40 *Schierbaum*, S. 27.

»Pius-Vereine«[41] unter Jakob Marx keinen Kurswechsel gegen die Demokraten vollzogen hat, mit diesen vielmehr ein Wahlbündnis eingegangen ist. Das Organ der demokratischen Katholiken (»Katholischer Volksbote für Stadt und Land«) wurde von einem Geistlichen redigiert.

Sehr nützlich ist die detaillierte, aus vielen Quellen belegte Schilderung des Wallfahrtsverlaufs in der Einleitung (S. 421–424) und im letzten Abschnitt (S. 446–453) des Aufsatzes. Sie macht deutlich, in welchem Ausmaß die katholische Bewegung damals bereits Massen zu mobilisieren vermochte: Nach Schieders einleuchtender Schätzung haben ungefähr 500 000 Pilger zwischen August und Oktober 1844 Trier besucht! Gelegentlich enthält seine Schilderung auch Selbstverständlichkeiten, die sich aber, in neudeutsche Soziologendiktion umgesetzt (so z. B. S. 446), recht amüsant lesen.

Als Hauptbestandteile der »Mentalitätsstruktur des Trierer Wallfahrtskollektivs« (S. 449) bezeichnet Schieder den Glauben an die Echtheit der Reliquie, naiven Wunderglauben und Kompensation, d. h. Vertröstung der »verelendeten« Pilger auf eine imaginäre Zukunft. Reliquienverehrung und Wunderglaube werden leider gar nicht in die hier eingangs angedeuteten Perspektiven eingeordnet; auch wird eben nirgends gesagt, daß die entstehende katholische Bewegung sich mit billiger Vertröstung aufs Jenseits nicht begnügt hat. Auch andere Fragen drängen sich auf: Müßte nicht genauer analysiert werden, weshalb auch viele bürgerliche Pilger kamen? Verweist nicht das dankenswerterweise mitgeteilte Faktum, daß aus der Mainzer Nachbardiözese nur wenige nach Trier pilgerten, darauf, daß die Entscheidung für oder wider die Wallfahrt nicht primär sozial-, sondern eben ideologiegeschichtlich zu erklären ist? Der damalige Mainzer Bischof Kaiser war einer der letzten im deutschen Episkopat, der an der Aufklärungstradition festhielt; er dürfte daher die Wallfahrt nicht eben propagiert haben. Gehörte nicht der Klerus soziologisch und seiner Mentalität nach großenteils zu den Unterschichten, von denen Schieder ihn abhebt, um seine Führerrolle und deren Manipulation zu belegen? Wird nicht überhaupt die Urteilskraft der sog. kleinen Leute unterschätzt?

Manche interessante Details werden von Schieder mitgeteilt, aber nicht gewürdigt: Die Trierer Sammlung für den zwei Jahre zuvor begonnenen Weiterbau des Kölner Domes verweist ebenso auf die hier angedeuteten Zusammenhänge wie das große Aufsehen, welches die angebliche Heilung einer Gräfin Droste-Vischering erregte: Ihr Name hatte für die damaligen rheinischen Katholiken einen besonderen Klang; denn ihr Verwandter, Erzbischof Clemens August v. Droste-Vischering, galt ihnen seit seiner Verhaftung, dem spektakulären Höhepunkt der Kölner Wirren, als Märtyrer der Kirchenfreiheit. Als solchen hatte ihn Görres im »Athanasius« gefeiert, in jener Streitschrift, an die er mit seinem Buch zur Trierer Wallfahrt direkt angeschlossen hat[42].

Schieders sozialgeschichtlicher Ansatz verdient es, weiter verfolgt zu werden. Sein Wert wird jedoch durch die Lösung der sozialen Aspekte aus ihrem historischen Kontext erheblich verringert. Die Folge sind zahlreiche Fehlurteile. Die meisten davon wären vermieden worden, wenn Schieder die bisherige Forschung diskutiert hätte, anstatt sie teils oberflächlich, teils anmaßend abzutun. In der vorliegenden Fassung enthält der Aufsatz anregende Perspektiven und nützliche Details aus der Trierer Szenerie von 1844. Darüber hinaus mag er zur Abstützung modischer Säkularisationstrends dienen, welche Anliegen des klassischen Liberalismus in verdünntem Aufguß wiederholen. Insgesamt gesehen, erbringt er aber kaum Neues zur Entstehung und zur Motivation der katholischen Bewegung, die eben nicht nur

41 Über die Pius-Vereine, deren politische Aussagen konstitutionell und föderalistisch, also keineswegs antiliberal waren, vgl. vor allem *Buchheim*, Ultramontanismus und Demokratie, S. 55–72.

42 In unserem Zusammenhang ist ebenso wichtig, daß der streitbare Erzbischof auch der Gründer einer Schwesterngenossenschaft zur Krankenpflege (Clemens-Schwestern) gewesen ist, die bei der Bevölkerung Westfalens großes Ansehen genoß. Vgl. *Bernhard Wilking*, Die Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern, Münster 1927.

retardierende, sondern auch modernisierende Elemente enthalten hat. Einige davon kennzeichnen schon die Anfänge in den 1840er Jahren: soziales Engagement, welches der von den Trägern des liberalen Fortschritts meist ignorierten Verelendung der Massen entgegengewirkt hat, oft organisiert in tendenziell demokratisch strukturierten Vereinen; im Jahre 1848 deren Anwachsen zur politischen, die Partizipation ihrer Mitglieder fördernden Massenbewegung mit konstitutioneller, partiell mit dem Liberalismus übereinstimmender und gegen den Obrigkeitsstaat gerichteter Zielsetzung; nach konservativer, auch durch kulturkämpferische Frontstellungen bedingter Rückwendung dann seit den 1860er Jahren der Durchbruch von der Sozialreform zur Sozialpolitik [43], die gemeinsam mit dem Konstitutionalismus des Zentrums und der Bildungsarbeit des Volksvereins Beiträge zur evolutionären Modernisierung der politischen und sozialen Strukturen geleistet hat.

43 Die Trierer Region hat in Georg Friedrich Dasbach (1846–1907) einen kämpferischen Exponenten dieses Durchbruchs hervorgebracht. Dasbach, seit 1874 Priester, scharf antigouvernementaler Kulturkampfpublizist und Presseorganisator, gründete und leitete den Trierer »Katholischen Volksverein« (1876), den »Trierischen Bauernverein« (1884), die »Landwirtschaftliche Bank A. G.« und den »Trierischen Genossenschaftsverband« (1895). Ebenso energisch trat er für die saarländischen Bergarbeiter ein und wurde als »Zentrumsdemokrat« 1889 in den Landtag, 1898 in den Reichstag gewählt. Obwohl er in den Jahren um die Wallfahrt von 1891 seine größte Breitenwirkung erzielte, wird er bei *Schieder* gar nicht, bei *Korff* nur ganz am Rande genannt (S. 374) *Korff* erwähnt auch nicht die neue Literatur über Dasbach, wiewohl sie viele Postulate einer Sozialgeschichte der Religion erfüllt: *Hubert Thoma,* Georg Friedrich Dasbach. Priester, Publizist, Politiker, Trier 1975; *Ulrich Fohrmann,* Trierer Kulturkampfpublizistik im Bismarckreich. Leben und Werk des Preßkaplans Friedrich Dasbach, Trier 1977. – Vgl. zum Gesamtproblem jetzt auch: *Erwin Iserloh,* Die soziale Aktivität der Katholiken im Übergang von caritativer Fürsorge zu Sozialreform und Sozialpolitik, dargestellt an den Schriften W. E. v. Kettelers, Mainz/Wiesbaden 1975.

*Patrik von zur Mühlen*

# Von der Restauration zum Faschismus

## *Bemerkungen zu einigen Neuerscheinungen*

Léon Poliakov, Der arische Mythos. Zu den Quellen von Rassismus und Nationalismus, Europaverlag, Wien/München/Zürich 1977, 439 S., Ln., 48 DM.
George L. Mosse, Die Nationalisierung der Massen. Politische Symbolik und Massenbewegungen in Deutschland von den Napoleonischen Kriegen bis zum Dritten Reich, Ullstein Verlag, Frankfurt/Berlin 1976, 285 S., Ln., 38 DM.
Umberto Silva, Kunst und Ideologie des Faschismus. Aus dem Italienischen übersetzt und mit Zeittafel und Register versehen von Arno Widmann. Mit über 200 teils farbigen Abbildungen (= Fischer Format), S. Fischer Verlag, Frankfurt 1975, 257 S., kart., 26,80 DM.
Jutta Sywottek, Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 18), Westdeutscher Verlag, Düsseldorf 1976, 398 S., Fol., 65 DM.
Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, hrsg. und mit einem Nachwort »Franz Neumanns Behemoth und die heutige Faschismusdiskussion« von Gert Schäfer (= Studien zur Gesellschaftstheorie), Europäische Verlagsanstalt, Köln 1977, 784 S., kart., 45 DM.
Richard Saage, Faschismustheorien. Eine Einführung (= Beck'sche Schwarze Reihe, Bd. 141), Verlag C. H. Beck, München 1976, 184 S., kart., 16,80 DM.
Renzo De Felice, Der Faschismus. Ein Interview von Michael A. Ledeen. Mit einem Vorwort von Jens Petersen, Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 1977, 166 S., kart., 18 DM.

Unter den politischen Doktrinen gewann im 19. Jahrhundert der Rassengedanke in wachsendem Maße an Gewicht, verband sich teilweise mit der zuvor überwiegend soziokulturell bedingten Judenfeindschaft und durchwirkte in einigen Ländern nachhaltig den dort herrschenden Nationalismus. Angesichts der bislang geringen Zahl von einschlägigen Untersuchungen zu diesem Thema, die über den engeren Rahmen von Antisemitismus und völkischen Ideologien hinausgehen, ist es zweifellos ein begrüßenswertes Unterfangen *Poliakovs*, den Wurzeln des in Europa gängigsten Rassendünkels – der »arischen« Abstammung – nachzugehen. Diese Wurzeln reichen weit zurück ins Mittelalter, teilweise in vorchristliche Mythen, und fanden im Zusammenhang mit der Nationwerdung einiger Völker fruchtbaren Boden. Im Bestreben, sich einen besonders erlauchten nationalen Stammbaum zu schaffen, betrachteten sich Spanier als Nachfahren der Goten; französische Adlige fühlten sich als Abkömmlinge der Franken; in England griffen derartige Genealogien auf das Alte Testament zurück und in Italien auf die Aeneas-Sage. In Deutschland schließlich tauchte frühzeitig der Gedanke einer an der gemeinsamen Sprache erkennbaren Abstammung von germanischen Völkerschaften auf. Gemeinsam war allen diesen Konstrukten der Versuch, eine nationale Identität in Verbindung mit einem ausgesprochen wertenden Akzent nachzuweisen.

Im zweiten, umfangreicheren Teil seines Buches konzentriert sich Poliakov auf die Entstehung des arischen Mythos. Bereits zweihundert Jahre vor Darwin wurde die Abstammung des Menschengeschlechts diskutiert. Zwar wurde Adam als Stammvater nicht in Frage gestellt, jedoch wurde daran gezweifelt, ob alle Völker gleichermaßen seine Nachfahren seien. Die genealogische Einheit des Menschengeschlechts wurde angezweifelt und daraus die Möglichkeit einer durch unterschiedliche Abstammung begründeten Ungleichwertigkeit der Völker gefolgert. Mit dem Zerfall des biblischen Menschenbildes im Zeitalter der Aufklärung erhoben derartige Theorien unter Verarbeitung biologischer und anthropologischer Erkenntnisse erstmals den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit. Im späten 18. Jahrhundert und in der Romantik lieferten Geschichts- und Sprachwissenschaften, die die engen historischen und sprachlichen Verbindungen der meisten Völker Europas mit den frühgeschichtlichen (»arischen«) Indern aufzeigten, Argumente für die Annahme einer durch ihre gemeinsame indogermanische Ursprache nachgewiesenen arischen Urrasse. Der Mythos der überlegenen germanischen Abstammung hatte damit seine modernisierte Fassung gewonnen. Poliakov verfolgt nunmehr, wie sich im 19. Jahrhundert die Beiträge zu einem derart gestalteten Rassengedanken häuften und zum arischen Mythos verdichteten. Bei Gobineau und seinen Epigonen wurde die Rasse bereits zum Schlüssel zum Verständnis des Weltgeschehens, um schließlich den Charakter einer Weltanschauung anzunehmen. Griff der Rassengedanke dankbar jede Unterstützung von Fachwissenschaften auf, so flutete er gewissermaßen auch in einzelne Disziplinen zurück und hinterließ in Historie, Sprachwissenschaft, Psychologie, Soziologie und Anthropologie nachhaltige Spuren. Poliakov weist an Hand zahlreicher Schriften und Zitate bedeutender Persönlichkeiten, für deren Übersicht ein Personen- und Literaturverzeichnis hilfreich gewesen wäre, die zunehmende Verbreitung und aggressive Stimmung des Rassengedankens, seine Entwicklung in Richtung Hitler und Rosenberg, nach.

Soweit Poliakov sich vorgenommen hatte, die Geschichte des arischen Mythos zu schreiben, wird man die Materialfülle, die er herangezogen hat, und die detaillierte Behandlung des Themas lobend hervorheben müssen. Aber eine textimmanente Kritik würde der Studie nicht gerecht, vielmehr sollte die Fragestellung des Buches selbst zur Disposition gestellt werden. Poliakov betrachtet den Rassengedanken ausschließlich als geistesgeschichtliches und psychologisches Phänomen, so daß ihm wesentliche Aspekte des Problems völlig entgehen. Er ignoriert die Tatsache, daß ethnozentrisches Denken – auch in Form nationaler Genealogien – in der Geschichte die Regel darstellt, nicht die Ausnahme, und ebenso bei Indern, Chinesen, Japanern, Azteken oder auch bei Naturvölkern anzutreffen ist. Die Tatsache, daß europäische Völker sich einer besonders edlen Abstammung und überragenden Begabung rühmten, ist also kein Einzelfall. Interessanter ist dagegen die von Poliakov *nicht* aufgeworfene Frage, warum es in anderen Gesellschaften und Kulturkreisen eine dem »arischen« Mythos entsprechende Entwicklung zu Rassenideologien nicht gegeben hat. Er bleibt die Antwort darauf schuldig, warum und in welchen Völkern und zu welchen Zeiten Rassenlehren politische Bedeutung gewinnen konnten. Poliakov unterschlägt vollends ihren gesellschaftlichen Kontext, indem er die Frage unterläßt, ob sie nicht vielleicht bestimmte Interessen artikulieren bzw. eine legitimatorische Funktion wahrnehmen sollten. Er fragt nicht danach, wie verbreitet derartiges Ideengut in einzelnen Ländern und Zeiten war: Gelehrte Abhandlungen des 18. Jahrhunderts über die Spezifikationen des Menschengeschlechts, die über enge Studierstuben hinaus keinerlei öffentliche Bedeutung hatten, behandelt er unterschiedslos wie politische Erfolgsautoren vom Schlage H. St. Chamberlains oder antisemitische Massenbewegungen.

Aus dieser Einseitigkeit heraus übersieht Poliakov weitgehend die grundlegende Zäsur des frühen 19. Jahrhunderts: Besaßen frühere Spekulationen über die Einteilung der Menschheit durch bestimmte Gattungsbegriffe nur durch weitläufige Vermittlungen politischen Charakter, so entwickelten sich in der Restaurationsepoche nach 1820 aus den Spekulatio-

nen über die Bedeutung von Rassenunterschieden *biologische Gesellschaftstheorien* zur Rechtfertigung sozialer Ungleichheit. Je nach der Orientierung an gesellschaftlichen Vorbildern verkörperte der arische Mythos mit seinen statischen, unveränderbaren Rassen ein ständisch-feudales Weltbild, während sozialdarwinistische Rassenideologien mit ihrem »Kampf ums Dasein« und dem Züchtungsgedanken eine anthropologische Interpretation des Manchester-Kapitalismus darstellten. Stellen wir diese restaurative Tendenz der Rassenlehren in Rechnung, dann ist der Zeitpunkt ihrer beginnenden politischen Bedeutung kein zufälliger und kommt dem Grafen Gobineau und seinen unmittelbaren Wegbereitern und Vorläufern allerdings eine zentrale Bedeutung zu.
Angesichts seiner ausschließlich geistesgeschichtlichen Betrachtungsweise müssen Poliakov naturgemäß derartige Marksteine in der Geschichte der Rassenlehren völlig entgehen. Er widmet zwei Drittel seines Buches praktisch nur der *Vorgeschichte* des politischen Rassengedankens, die aus der Sicht einer Ideologiekritik von absolut zweitrangigem Interesse ist, und behandelt dagegen nur kursorisch den historischen Abschnitt, in dem derartiges Ideengut überhaupt erst zum ideologischen Repertoire reaktionärer Kräfte wurde. Frei von der irdischen Last gesellschaftlicher Zusammenhänge wird bei Poliakov der arische Mythos selbst zum Mythos. Es bleibt daher zu hoffen, daß seine Fleißarbeit wenigstens bei stärker analytisch und ideologiekritisch orientierten Arbeiten als Materialsammlung behilflich sein kann.
Walther Benjamin war es, der auf den ästhetischen Charakter des Faschismus aufmerksam machte; dieser Hinweis blieb unwidersprochen – auch von jenen, für die diese Aussage galt: Mussolini wie Hitler und ihre Anhänger haben wiederholt Bekenntnisse zum politischen Nutzwert von Zeremonien und Ritualen abgelegt und sie durch Schaffung neuer oder Wiederbelebung alter Traditionen in öffentlichen Feiern, Denkmälern und repräsentativen Pracht- und Prunkbauten in die Praxis umgesetzt. Haben aber beide Regime dabei manches massenpsychologische Novum entdeckt bzw. entwickelt, so waren sie doch nur Nutznießer und Erben einer älteren politischen und kulturellen Tendenz, deren Wurzeln bis in die Französische Revolution zurückreichen.
Politische Ideengeschichte, dargestellt als politische Stilgeschichte, am Beispiel nationalistischer und zunehmend reaktionärer Bewegungen: Dies ist das Anliegen der Studie von *George L. Mosse,* die gewissermaßen die massenpsychologischen Komponenten des Nationalsozialismus und teilweise auch des italienischen Faschismus untersucht. Völlig richtig sieht Mosse die Anfänge dieser Entwicklung im Zusammenhang mit der Idee der Volkssouveränität, die gewissermaßen die Monopolstellung der Fürsten und des Adels durch die Vorstellung verdrängte, daß das Volk nicht nur im politischen Bereich der Souverän geworden sei oder werden müsse, sondern dem auch durch einen eigenen Kult, durch Zeremoniell und Monumente Ausdruck zu verleihen habe. Diese Erscheinung war selbst zunächst keineswegs an restaurative Ideen geknüpft, nahm aber mit der Verwandlung des Nationalismus von einer revolutionär-bürgerlichen Bewegung in einen aggressiven, tief in irrationalen Mutterböden wurzelnden Chauvinismus zunehmend reaktionäre Züge an.
Mosse verfolgt diese Entwicklung an einer Reihe von markanten Beispielen. Öffentliche Feiern beispielsweise wurden in der Romantik mit Absicht zu sakralen Riten ausgestaltet, wobei zunächst liturgische Elemente aufgenommen, im Laufe der Zeit jedoch ihres religiösen Inhalts entleert wurden und nur als Zeremoniell bestehen blieben. Der Wagner-Kult in Bayreuth, Sedanstage und Tannenbergfeiern bildeten sichtbare Marksteine dieser Entwicklung, die in Turner- und Schützenvereinen ihre kleinbürgerliche Fortsetzung fanden und den Ritualorgien des Dritten Reiches den Weg ebneten. Einen ähnlichen Wandel erlebten nationale Denkmäler und nationale Bauwerke, die mit ihren altertümelnden Stilelementen oder aber kolossalen, neoklassizistischen Fassaden den optischen Hintergrund irrationaler Ideologien und ihrer choreographischen Darstellungen bildeten. Mosses Studie gipfelt in der Beschreibung von Hitlers Geschmack und dem politischen Kult der NSDAP,

die – im Kontrast zu dem von der Partei verbreiteten deutschtümelnden neoagrarischen Gesellschaftsbild – an den architektonischen Pomp des Wilhelminischen Deutschland und des späten Österreich-Ungarn anknüpften. Der Nationalsozialismus profitierte davon, daß das Wilhelminische Deutschland und schon gar die Weimarer Republik unerfüllte nationale Sehnsüchte und emotionale Bedürfnisse nicht befriedigen konnten. Mosse beschreibt recht gut, wie stark im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert Organisationen, vor allem Kriegervereine, mystischen Symbolen und mythischen Heilslehren und Ritualen Breitenwirkung verschafften. Dabei ist der Titel seines Buches etwas irreführend. Es handelt sich nicht allein um eine »Nationalisierung« der Massen, sondern um einen allgemein um sich greifenden Irrationalismus, der Rassenideologien, Lebensphilosophie, Kulturpessimismus und Antimodernismus gleichermaßen umfaßte, wobei das ästhetische Element als Argumentations- und Legitimationsersatz für überholte Gesellschaftsbilder diente. Aber gerade diesen Sachverhalt läßt Mosse zu kurz kommen. Anders als Poliakov bleibt er nicht vor der Oberfläche des Problems stehen, dringt jedoch nicht bis zur Frage vor, warum ein so verbreitetes Bedürfnis nach Irrationalismen die Entstehung faschistischer Ideologien begünstigte. Er zitiert Walther Darrés Ausspruch vom »Mut zum Analphabetismus«, erklärt jedoch nicht, aufgrund welcher gesellschaftlichen Entwicklung eine solcherart gestaltete Negation aller Kultur in so erschreckendem Maße Platz greifen konnte. Eine Auseinandersetzung mit Lukács' »Zerstörung der Vernunft« hätte die Arbeit bereichert. Gleichwohl verdienen Fragestellung und Schlußfolgerungen aus Mosses Buch Interesse und Aufmerksamkeit, und seiner These (S. 12) ist grundsätzlich zuzustimmen, wonach eine Untersuchung des Phänomens Faschismus ein immanentes Verständnis seiner Lehren, Mythen und Kulte nicht zu kurz kommen lassen darf.

Mit einer ähnlichen Problematik wie Mosse, nur geographisch nach Italien und zeitlich mehr in die jüngere Vergangenheit verlagert, befaßt sich die in deutscher Übersetzung herausgegebene Studie von *Umberto Silva*. Im Gegensatz zu den früher aufgeworfenen Thesen behauptet dieser mit Nachdruck, daß es sehr wohl eine eigenständige faschistische Ideologie gegeben habe, deren Neuartigkeit jedoch gerade nicht im Inhaltlichen gelegen habe. Dort reproduzierten gutgläubige oder opportunistische Intellektuelle weitgehend Ideen vorangegangener Epochen. Vielmehr entwickelte der Faschismus neue Stilelemente, Methoden ihrer öffentlichen Vermittlung und der psychologischen Breitenwirkung von Propaganda. An der Tatsache fehlender charakteristischer Inhalte zeigt sich, daß diese Ideologie ein geschaffenes und mit Werbemethoden der Öffentlichkeit, vor allem kleinbürgerlichen Massen aufgestülptes Bewußtsein war: Silva nennt sie eine reine »Exportideologie«, die aus herrschaftstechnischen Gründen – als Herrentrug – unterdrückten Klassen aufgezwungen wurde.

Der marxistische Ansatz bietet Silva die Möglichkeit, alle Erscheinungsformen faschistischer Ideologie eben aus dieser ihrer instrumentalen Funktion heraus zu deuten. Ihre inhaltliche Leere versteht er so als Fähigkeit, das Herrschaftsinstrument allen sozialen Konfliktkonstellationen anzupassen. Mit gelegentlichen Rückgriffen auf Freud deutet er den faschistischen Kollektivismus, den Rückzug auf Irrationalismen, Ekstase und Fanatismus als Ausdruck kollektiver Frustrationen, als intellektuelle Selbstaufgabe, als Erscheinungsform von Entfremdung und als Manipulierbarkeit und Disponierbarkeit der Massen zu konkreten, aber ihrer Kenntnis entzogenen Zielen. Denken verkümmert hierbei zum Mythos, politisches Handeln zur bloßen Theatralik, wodurch jede aus dieser Haltung geborene Kunst sich in formaler Dynamik erschöpft und dabei inhaltlich tot ist. Dieser Sachverhalt stellte somit den Hintergrund der faschistischen Kunst- und Kulturpolitik dar, deren theoretischen Niederschlag Silva skizziert.

Die Studie beruft sich auf einen materialistischen Ansatz, der aber nicht konsequent durchgehalten wird. In der etwas feuilletonistischen Darstellungsweise gehen die wirklichen konkreten Hintergründe faschistischer Ideologien weitgehend verloren. Es wäre sicher ein Plus

für diese insgesamt verdienstvolle Arbeit gewesen, wenn sie ihren gelegentlich weit ausholenden Gedankenreichtum verkürzt, mehr referiert statt interpretiert, den Duktus der Untersuchung gestrafft und stärker auf die gesellschaftlichen und politischen Grundlagen der faschistischen Ideologien konzentriert hätte. – Die dem Text vorangestellten über 200 teils farbigen kommentierten Abbildungen von Beispielen faschistischer Kunst sind eine eindrucksvolle Illustration zum theoretisch Dargelegten.

Wie für Italien galt auch für Deutschland, daß Kunst im Dienste des Herrschaftsapparates stand und daher nur im Methodischen unterschieden war von Propaganda. Waren Literatur, Malerei und Bildhauerei Mittel ideologischer Indoktrination, so bediente sich die Propaganda teilweise künstlerischer Ausdrucksmittel, um die Bevölkerung im Interesse der jeweilig geltenden Politik manipulieren zu können. Die propagandistische Vorbereitung der Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg, die den Gegenstand der Studie von *Jutta Sywottek* bildet, bringt hierfür anschauliche Beispiele. Literatur, Film, Presse und Rundfunk wurden bald nach der Machtergreifung staatlichen oder parteiamtlichen Institutionen und damit einer vom Regime gesteuerten Lenkung unterworfen, Kunstkritik dagegen verboten, um eine Bloßstellung der dahinter stehenden Interessen zu unterbinden. Zusammen mit irgendwelchen pseudowissenschaftlichen Disziplinen wurde so die Grundlage für die Remilitarisierung und damit für die propagandistische Vorbereitung auf den Zweiten Weltkrieg geschaffen.

Der Gedanke an den Einsatz auch nicht-militärischer Mittel im Kriegsgeschehen ging auf die Niederlage 1918 zurück, die nach Ludendorffs Ansicht nicht zuletzt durch die mangelnde propagandistische Aktivität ziviler Dienststellen mitverursacht worden war. Bereits 1923 wurde in internen Papieren der Reichswehr in diesem Zusamenhang der Begriff des »totalen Krieges« geprägt, der alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in die Kriegführung einbezog und ihr unterordnete. Hitlers in »Mein Kampf« entwickelte Propagandatechniken zur »Nationalisierung der Massen« konnten später in der Praxis auf bereits bestehende Konzeptionen zurückgreifen.

Inhaltlich lassen sich in der propagandistischen Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges durch das NS-Regime zwei Schwerpunkte feststellen: die wirtschaftliche Mobilmachung und die Schaffung eines Feindbildes. Zum ersten gehörte der 1935 einsetzende Kampf gegen die »materialistische Weltanschauung«, mit der wirtschaftliche Entbehrungen der Bevölkerung zugunsten der Rüstungsindustrie gerechtfertigt bzw. Opferbereitschaft und Hingabe für »höhere« Ziele motiviert werden sollten. Bekanntgeworden ist dieses Propagandaziel unter der von Goebbels geprägten Metapher »Kanonen statt Butter«. Treffend dürfte hier Jutta Sywotteks Mutmaßung sein, daß damit eine Solidarisierung der Unzufriedenen leichter behindert werden konnte.

Den zweiten Schwerpunkt bildete die antikommunistische und antisowjetische Propaganda, die über eine Reihe von privaten, parteiamtlichen und staatlichen Organisationen und Institutionen in wachsendem Maße betrieben wurde. Führend in diesem Bereich war die 1933 als Dachverband aller antikommunistischen Vereine gegründete Organisation »Antikomintern«, die de facto eine dem Propagandaministerium nachgeordnete Dienststelle war. Ihre Arbeitsweise war indirekt, scheinbar unpolitisch, indem Berichten über Hungersnöte in der Ukraine die umfangreichen sowjetischen Getreideexporte gegenübergestellt wurden. Die Propaganda gegen den »Weltfeind Bolschewismus« konzentrierte sich auf die Diffamierung einheimischer Kommunisten bei weitgehender, außenpolitisch motivierter Schonung der Sowjetführung, die ihrerseits aus taktischen Gründen die Trennung von Innen- und Außenpolitik akzeptierte. Später verschärfte sich jedoch die antisowjetische Propaganda, für deren inhaltliche Ausgestaltung die Moskauer Schauprozesse 1936–1938 gerade gelegen kamen. Systematisch wurden auch Antibolschewismus und Antisemitismus miteinander verschmolzen, indem der Eindruck einer zunehmenden »Verjudung« der Sowjetunion vermittelt wurde; Nachrichten, die diesem Bilde widersprachen, wurden unterschlagen und schlicht

verfälscht. Das im Zweiten Weltkrieg verbreitete Bild vom »Untermenschen« nahm hier bereits Konturen an.

Der Verteufelung des Gegners entsprach die hierzu parallele eigene Glorifizierung. Dies ließ sich beispielsweise verbinden mit der Darstellung der wirklichen oder angeblichen Unterdrückung deutscher Minderheiten in den osteuropäischen Ländern. Ebenso wurde frühzeitig eine Kriegsschuldpropaganda eingeleitet, die eine militärische Bedrohung und »Einkreisung« Deutschlands suggerieren sollte. Die Angst diente als Legitimation der eigenen Aggression. Mit zunehmender Annäherung an den Ausbruch des Krieges rückte schließlich Polen in den Vordergrund deutscher Propaganda, in der es bislang einen nur zweitrangigen Platz besetzt hatte. Die Ängste vor angeblichen großpolnischen Expansionsgelüsten wurden bereits von zeitgenössischen ausländischen Beobachtern zutreffend als propagandistischer Vorwand zum Angriff auf Polen gedeutet. Die Propagandapolitik des Dritten Reiches erfüllte indessen zunächst die in sie gesetzten Erwartungen des Regimes nicht: Im Gegensatz zum August 1914 herrschte bei Kriegsausbruch 1939 keine Kriegsbegeisterung. Aber man wird der Verfasserin entgegenhalten müssen, daß eine langfristige Manipulierbarkeit des deutschen Volkes für den Marsch in den Abgrund doch erreicht wurde. Dieser Hinweis dürfte jedoch der einzige kritische Einwand gegen die sorgfältige und auf solider Quellenkenntnis beruhende Arbeit von Jutta Sywottek sein, die gleichermaßen aufschlußreich ist für das politische Erbe, das der Nationalsozialismus durch die Beschlagnahme älterer völkischer Ideologie antrat, und für dessen herrschaftstechnische Verwendung in einem totalitären System.

Die Herausgabe der deutschen Übersetzung von *Franz Neumanns* »Behemoth« 35 Jahre nach ihrer amerikanischen Erstauflage stellt zweifellos ein editorisches und bibliographisches Unikum dar. Denn diese Schrift war die erste umfassende Analyse des nationalsozialistischen Herrschaftssystems und ist ungeachtet neuerer Forschungen ein Standardwerk zu diesem Themenkomplex geblieben. Verfasser und Titel waren zwar allseits bekannt und wurden oft zitiert, jedoch selten gelesen. Die Sprachbarriere und – in den 1950er Jahren – ideologische Vorbehalte gegen politökonomische Theorien über das Dritte Reich haben eine Breitenwirkung des Buches in Deutschland behindert. Dies ist um so bedauerlicher, als es die Forschung maßgeblich hätte bereichern und manche Diskussion in fruchtbarere Bahnen hätte lenken können.

Neumann gibt auf der Grundlage der ihm damals bekannten und zugänglichen Quellen eine Analyse und Übersicht über die Herrschaftsstrukturen, Machtkonstellationen und Interessengruppen des NS-Staates bis in einzelne Verästelungen. Er beschränkt sich also nicht auf den staatlichen und polizeilichen Repressionsapparat, parteiamtliche und militärische Funktionsträger, sondern geht in besonderem Maße auf den bürokratisch-militärisch-industriellen Interessenverbund ein. Neumann berücksichtigt auch herrschaftstechnische Bereiche wie Ideologie, Propaganda und Massenpsychologie. Nach einer kurzen Skizzierung vorbereitender Entwicklungen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik erläutert er deren notwendiges Scheitern, aus dem dann der Nationalsozialismus seinen Nutzen gezogen hat. Am ehesten überholt dürften dabei die Darstellungen der ideologischen Komponenten sein. Entgegen seiner wiederholt vorgetragenen These, derzufolge die Ideologiegeschichte nicht auf eine deutsche Sonderentwicklung oder einen nicht weiter zu hinterfragenden deutschen Nationalcharakter zurückgeht, führt Neumann beispielsweise die Genealogie der »Lebensraum«-Doktrinen bis ins deutsche Mittelalter zurück. Ähnlich verfährt er mit dem Antisemitismus, dessen zeitgeschichtliche Varianten er nicht von der religiösen und soziokulturellen Judenfeindschaft differenziert; es trifft auch nicht zu, daß im Kaiserreiche die Arbeiterschaft gegen antisemitische Strömungen immun geblieben sei! Auch Neumanns Darstellung des Rassengedankens ist durch neuere Forschungen überholt und korrigiert worden. Chamberlain war *kein* Gobinist, und die frühen Rassenlehren waren weder antisemitisch noch auf bestimmte Minderheiten fixiert, sondern bio-

logistisch drapierte Gesellschaftsdoktrinen mit restaurativer Zielsetzung. Gleichwohl hat Neumann sehr treffend die ideologische Prinzipienlosigkeit der NS-Ideologie erkannt, das völlige Fehlen einer inhaltlich fixierten und politisch verbindlichen Doktrin sowie den bloß taktisch-propagandistischen Charakter ideologischer Selbstdarstellungen des Regimes.
Am besten gelungen ist Neumann die Behandlung des wirtschaftlich-bürokratischen Machtkomplexes, die allenfalls in einzelnen Details Korrekturen oder Ergänzungen verdient, in ihrer analytischen Kraft jedoch zweifellos das Attribut klassisch verdient. Von thematisch sehr eng gefaßten Spezialuntersuchungen abgesehen, hat m. W. keine Gesamtdarstellung des Dritten Reiches eine so klare und zugleich detaillierte Übersicht über Macht- und Befehlsstrukturen, Kompetenzen, organisatorische und politische Entscheidungszentren geliefert. Neumann beschreibt, in welchem Maße das Dritte Reich entgegen der kleinbürgerlich-mittelständischen Phraseologie des NSDAP-Programms die großen Konzerne begünstigt und damit die Entstehung von großen Monopolindustrien gefördert habe. »Arisierungen« auf Kosten jüdischen Eigentums, »Germanisierung« von Firmen in annektierten oder besetzten Gebieten und schließlich technologische Veränderungen führten zum Zusammenbruch zahlreicher mittelständischer Betriebe bzw. zu deren Einverleibung in die großen Industrie- und Finanzimperien. Die dominierende Stellung der Monopole in den staatlich dekretierten Kartellen mit ihren Kompetenzen für Rohstoffkontrolle und Materialzuweisungen, die Rolle des staatlich-parteiamtlichen Exekutivapparates in den Wirtschaftskomplexen und seine Funktionen bei der Steuerung der Arbeitskräfte, in die dann im Kriege Arbeitsdienstler, Häftlinge, Kriegsgefangene und deportierte Fremdarbeiter einbezogen wurden, beschleunigten den ökonomischen Konzentrationsprozeß. Neuartig war in dieser Entwicklung die NSDAP als Wirtschaftsmacht, die sich mit den aus geraubten oder zusammengepreßten Vermögen errichteten »Hermann-Göring-Werken« ihre Herrschaft auch ökonomisch verankern wollte.
Ein Staat der Kapitalisten also? Neumann verneint diese Frage. Charakteristisch für das NS-Regime war die zunehmende Verflechtung von verschiedenen Machteliten, unter denen die Großindustrie eine zwar dominierende, aber nicht allein entscheidende Rolle spielte. Partei, staatliche Bürokratie und Militär traten je nach Kompetenzbereich als einflußreiche Partner oder Konkurrenten neben sie. Neumann weist dieses gesetzlose Gestrüpp von Machtzentren an den engen personellen und organisatorischen Verflechtungen von Industrie, Staat, Partei und Militär nach. Dabei hielt er es durchaus für möglich, daß beispielsweise Partei und Staat die private Industrie entmachteten und verstaatlichten, was dem Machtapparat des NS-Regimes allerdings eine andere Funktion als die eines Erfüllungsgehilfen des Kapitals zuerkennt. Gleichwohl bliebe der NS-Staat auch danach ein kapitalistischer, in dem eine der ursprünglichen Akkumulation vergleichbare, durch Gewalt herbeigeführte Konzentration gesellschaftlicher Reichtümer sich vollzöge. Macht- und Profitgier sowie Angst vor den unterdrückten, atomisierten Massen seien die einzigen Bindemittel, die diesem staatsähnlichen Chaos den inneren Zusammenhalt gäben. Neumann verweigert dem Dritten Reich das Attribut »Staat«, da es ein System der Gesetzlosigkeit sei, ohne in sich stimmige Theorie oder auch nur partiell rationale Staatsidee, ein wuchernder Machtkampf, dem er in Anlehnung an Hobbes' *Leviathan* den Namen des anderen biblischen Ungeheuers, *Behemoth*, als Kennzeichnung eines Unstaates verleiht.
Die vorliegende Ausgabe enthält neben der *Behemoth*-Fassung von 1942 auch Neumanns Korrekturen und Ergänzungen zur Auflage von 1944. In seinem sehr lesenswerten Nachwort konfrontiert *Gert Schäfer* das Werk mit den Ergebnissen der Faschismustheorien; er zeigt, mit welcher Weitsicht und Scharfsicht noch vor Errichtung der Hitler-Diktatur und – im Falle des *Behemoth* – während ihres Kulminationspunktes die inneren Gesetze des Nationalsozialismus erkannt wurden. Die vorliegende Ausgabe ist sorgfältig übersetzt und ediert worden. Neumanns Literaturangaben wurden nach Möglichkeit durch Verweise auf leichter zugängliche Neuauflagen ergänzt. Zu bemängeln sind allenfalls die zahlreichen

Druckfehler, die bei Zahlenangaben besonders ärgerlich sind, und das Fehlen eines Personenregisters. Wenn es Franz Neumanns Hauptwerk gelingen sollte, sich anregend und befruchtend gerade auf die zeitgenössischen Faschismustheorien auszuwirken, dann dürfte seine deutsche Übersetzung immer noch nicht zu spät herausgegeben worden sein.

Gerade die Zahl der Faschismustheorien mit ihren unterschiedlichen Ansätzen und Schlußfolgerungen ist inzwischen derart angewachsen, daß orientierende Schriften, die hierzu kritische Übersichten bieten, als Einführung in die Problematik unentbehrlich geworden sind. Neben den älteren, von Nolte herausgegebenen Schriften über Wippermann, Grebing und andere bildet sich damit gewissermaßen eine eigene neue Literaturgattung heraus, in der sich die Probleme der Faschismustheorien selbst wiederholen und durch ihre zwangsläufig verkürzende Darstellung noch verschärft darbieten. Das Problem liegt darin, daß Faschismus einmal als Bewegung verstanden wird, ein andermal als Herrschaftssystem; er wird hier zur Kennzeichnung des Hitler- oder Mussolini-Regimes verwendet, dort als – meist polemisch eingefärbter – Gattungsbegriff für eine Reihe teilweise recht unterschiedlicher Herrschaftssysteme, die wiederum in verschiedenartigen nationalen und gesellschaftlichen Mutterböden verwurzelt waren. Die Folge ist eine inhaltliche Aufblähung des Begriffs, der dadurch Gefahr läuft, seiner kategorialen Verwendungsmöglichkeiten völlig verlustig zu gehen. Dieser Mangel gilt auch für *Richard Saages* Problematisierung des Verhältnisses von Nationalsozialismus und Großindustrie: Er schreibt Faschismus und meint Drittes Reich, ohne Vergleiche mit Italien oder politisch verwandten Regimen und Bewegungen zu ziehen. Diese terminologische Ungenauigkeit macht sich gleich im zweiten Kapitel störend bemerkbar, das die »strukturelle Identität von Monopolkapital und Faschismus« nachzuweisen sucht, wobei anhand der fehlenden Faschismusdefinition offenbleibt, *womit* denn nun das Monopolkapital strukturell identisch sei.

Wenn wir von dieser begrifflichen Unschärfe einmal absehen, gibt die Schrift einen recht guten Überblick über die verschiedenen theoretischen Ansätze zur herrschaftstechnischen Bestimmung des NS-Regimes. Saage macht deutlich, in welchem Maße gerade sowjetmarxistische und ostdeutsche Veröffentlichungen zur Stützung ihrer Theorie von der strukturellen Identität von Monopolkapital und NS-Regime auf teilweise recht unmarxistische Erklärungsmuster wie Verschwörertheorien zurückgreifen müssen. Differenzierter sind nach seiner Auffassung die an Marx' Bonapartismustheorie angelehnten Deutungen, für die vor allem der Name August Thalheimer steht; sie versuchen, die Entstehung von radikalisierten kleinbürgerlichen Massenbewegungen in die Erklärung einzubeziehen und ihre Funktion gegenüber dem Herrschaftssystem auszuloten. Zentrale Aussage dieser Richtung ist die Annahme einer innen- und wirtschaftspolitisch bedingten Schiedsrichterrolle des Staates, die diesem eine relative Eigenständigkeit und Entscheidungsfreiheit gegenüber wirtschaftlichen und politischen Interessengruppen verleiht.

Saage präsentiert anschließend verschiedene Theorien über die soziale, klassenmäßige Verankerung des Nationalsozialismus. Bekanntlich war für Marx das Kleinbürgertum nicht als eigenständige Kraft denkbar, sondern nur als Annex der Bourgeoisie oder des Proletariats. Darauf fußt auch die sowjetmarxistische Faschismustheorie, die den Nationalsozialismus einseitig als bourgeoise Gegenrevolution definiert und dabei die gesamte Mittelschichtenproblematik weitgehend unterschlägt. Differenzierter war hier schon Ernst Blochs Theorie der *Ungleichzeitigkeit* des sozialen Entwicklungsstandes in verschiedenen sozialen Sektoren, aus der verschiedene atavistische Charakterzüge des Nationalsozialismus zu erklären seien. Allerdings weist Saage überzeugend die Mängel solcher Theorien auf, die sich auf eine deutsche Sonderentwicklung berufen. Insgesamt vermögen doch die auf Marx' Bonapartismustheorie fußenden Ansätze (Thalheimer, Trotzki, Otto Bauer) am überzeugendsten sowohl die relative Eigenständigkeit des nationalsozialistischen Herrschaftsapparates als auch die Eigendynamik seiner kleinbürgerlichen, mittelständischen Anhängerschaft zu erklären: als Selbstentmachtung eines bedrohten, geschädigten Bürgertums und

dessen freiwillige Unterwerfung unter eine autoritäre Exekutive, die sich wiederum auf eine radikalisierte, entwurzelte Massenbewegung mit stark lumpenproletarischen Zügen stützte. Die sowjetmarxistischen Interpretationen stellen die Frage nach den Zusammenhängen zwischen Nationalsozialismus und Kapitalismus nicht, sondern halten sie a priori für beantwortet. Der Rückgriff auf die Bonapartismustheorie bietet noch die überzeugendsten Ansätze zum Verständnis der »Vermitteltheit mit den systemnotwendig privilegierten Interessen großindustrieller Gruppen und der gleichzeitigen Verwurzelung seines Massenanhanges in den Zwischenschichten«. Die Diskussion ist hier freilich nicht abgeschlossen, die Forschung im vollen Gange. Dabei ist es zweifellos von Wert, gelegentlich innezuhalten und einen Rückblick auf das bisher Geleistete zu werfen, um eine Orientierung für das noch zu Leistende zu gewinnen.

Abgeschreckt durch den inflationären Gebrauch des Faschismusbegriffs, scheint sich – beginnend mit Karl Dietrich Brachers »Zeitgeschichtlichen Kontroversen« – in den letzten Jahren eine gegenläufige Entwicklung abzuzeichnen, die stärker auf die ersten normierenden Beispiele dieses Phänomens und vor allem auf seine italienische namengebende Variante zurückführen. Anders als Saages Übersicht über die Faschismustheorien konzentriert sich das Interview des renommierten italienischen Historikers *Renzo De Felice* mit seinem amerikanischen Fachkollegen Michael A. Ledeen ausschließlich auf die Mussolini-Diktatur, der dann mehr in kontrastierender Absicht das NS-Regime oder geistig und politisch verwandte Erscheinungen in Rumänien und Spanien gegenübergestellt werden. Dabei unterscheidet De Felice streng zwischen Faschismus als Bewegung und Faschismus als Regime; letzteres stellt sich ihm nur dar als diskontinuierliches, herrschaftstechnischen Veränderungen und politischen Konstellationswechseln unterworfenes Phänomen, wogegen er in der Bewegung das eigentlich Originäre sieht. Ungeachtet späterer taktischer Kurswechsel des Mussolini-Regimes bezeichnet er – ohne jeden apologetischen Hintergedanken – die faschistische Bewegung als gesellschaftlichen Ausdruck aufsteigender Mittelschichten und somit als eine »revolutionäre«, in jedem Falle modernisierende Kraft. De Felice betont den Kontrast zu älteren Konservatismen, mit denen der Faschismus – im Gegensatz zum deutschen Nationalsozialismus – wenig gemein gehabt habe. Wollte dieser eine von der Rassenideologie her bestimmte Gesellschaft restaurieren, die sich an teilweise fiktiven archaischen Vorbildern orientierte, so propagierte jener einen neuen Menschen, dessen Antlitz sich nur äußerlich an historische Ideale anlehnte.

Eine weitere These De Felices, die in Italien heftigen Widerspruch hervorgerufen hat, gilt der Partizipation der Massen, deren Eigendynamik er wiederum als Beweis für den originären und authentischen Charakter der Bewegung begreift: Sie war für ihn – anders als für Umberto Silva – *keine* Exportideologie, sondern entsprach zumindest teilweise und zeitweilig einem von den italienischen Massen getragenen Denken, Trachten und Fühlen. Bis etwa zum Abessinienkrieg glaubt De Felice einen breit und tief verwurzelten politischen Konsensus im italienischen Volke feststellen zu können. Erst die darauf folgenden kriegerischen Entwicklungen hätten den Charakter des Regimes geändert. Mussolini habe den Krieg nicht gesucht, sondern sei gewissermaßen in einen außen- und innenpolitischen Mechanismus geraten, dem er nicht mehr entweichen konnte.

Grundsätzlich ist dem Anliegen De Felices zuzustimmen, dem Faschismusbegriff seinen ursprünglichen, durch meist polemischen Gebrauch verzerrten oder verfälschten Inhalt zurückzugeben, wozu detaillierte Untersuchungen gerade über das namengebende »Urmodell« resümierenden Faschismustheorien vorangehen müssen. Das in Buchformat herausgegebene Interview wird hoffentlich das Interesse einer breiten deutschsprachigen Öffentlichkeit an dieser bislang stark vernachlässigten Thematik wecken. Ohne Zweifel wird man auch die von De Felice vorgenommene strenge Trennung von Bewegung und Herrschaftsform akzeptieren können, der auch von marxistischer Seite niemals grundsätzlich widersprochen wurde. Es dürfte auch zutreffen, daß der Faschismus als Bewegung eine Eigen-

dynamik besaß, die mit einer bloßen Klassenanalyse nicht oder nur unvollständig erfaßt werden kann. Dennoch bleibt zu fragen, ob De Felice den sozialgeschichtlichen Rahmen nicht zu stark in den Hintergrund drängt. In seinem lesenswerten Nachwort zur deutschen Ausgabe des Buches weist Jens Petersen darauf hin, daß die italienische Mittelschichtenproblematik eher eine Folge von rund zwei Jahrzehnten faschistischer Herrschaft war als deren Ursache. Zum andern wirft die Preisgabe des Faschismus als eines politischen Gattungsbegriffs die Frage nach einem Ersatz für eine Reihe verwandter und doch spezifisch unterschiedener zeitgenössischer politischer Bewegungen auf, der zur Kennzeichnung einer charakteristischen Verbindung sozialgeschichtlicher Komponenten, parteigeschichtlicher und ideologischer Inhalte erforderlich ist. Es bleibt zu hoffen, daß diese geistreiche Schrift, deren Lektüre aufgrund der in diesem Fachbereich ungewohnten Interviewform auch stilistisch und rhetorisch ein Genuß ist, Anregungen zu der bei uns vielfach im Doktrinären steckengebliebenen Faschismusdiskussion geben und diese durch neue Fragestellungen beleben wird.

*Michael Schneider*

# Führungskräfte in Wirtschaft und Arbeiterbewegung

Führungskräfte der Wirtschaft in Mittelalter und Neuzeit 1350–1850. Teil I: Büdinger Vorträge 1968–1969, hrsg. von Herbert Helbig (= Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, Bd. 6), C. A. Starke Verlag, Limburg/Lahn 1973, XII, 374 S., Ln., 36 DM.

Führungskräfte der Wirtschaft im neunzehnten Jahrhundert 1790–1914. Teil II: Büdinger Vorträge 1969–1970, hrsg. von Herbert Helbig (= Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, Bd. 7), C. A. Starke Verlag, Limburg/Lahn 1977, XII, 269 S., Ln., 36 DM.

Herkunft und Mandat. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung (= Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung, Bd. 5), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1976, 217 S., kart., 12 DM; in erweiterter Fassung veröffentlicht unter dem Titel:

Führende Kräfte und Gruppen in der deutschen Arbeiterbewegung. Büdinger Vorträge 1973–1975, hrsg. von Hanns Hubert Hofmann (= Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit, Bd. 9), C. A. Starke Verlag, Limburg/Lahn 1976, XXIII, S. 9–226, Ln., 24 DM.

Seit 1961 haben die Ranke-Gesellschaft für Geschichte im öffentlichen Leben (Hamburg) und das Institut zur Erforschung historischer Führungsschichten (Bensheim) im Schloß Büdingen mehrtägige Konferenzen über das Problem der deutschen Führungsschichten in der Neuzeit veranstaltet; behandelt wurden bisher Adel (1430–1555, 1555–1740), Patriziat (1430–1740), Universität und Gelehrtenstand (1400–1800), Beamtentum und Pfarrerstand (1400–1800), Bauernschaft und Bauernstand (1500–1970) sowie – auf den Tagungen 1968 bis 1970 – die wirtschaftlichen Führungsschichten und schließlich 1973 bis 1975 die führenden Kräfte und Gruppen der deutschen Arbeiterbewegung.

Die in zwei Bänden vorgelegten Referate zum Problem der *wirtschaftlichen Führungsschichten* lassen sich zu folgenden Themenkomplexen gruppieren: Führungsschichten in großen Kaufmannsstädten (Nürnberg und Augsburg), im Erzbergbau (Sachsen und Harz), die Bedeutung von Emigranten (aus den Niederlanden und Frankreich) für die deutsche bzw. preußische Wirtschaftsentwicklung, die wirtschaftlichen Führungsschichten in einzelnen Regionen (Bd. 1: Sachsen, Bayern, Württemberg, Saarland, Rheinland und Westfalen; Bd. 2: Berlin, Schlesien, Mitteldeutschland, Österreich und Ruhrgebiet) und schließlich in einzelnen Industriezweigen (Baumwoll- und Leinenindustrie, chemische Industrie und Schwerindustrie). Daß sich bei dieser thematischen Gliederung – insbesondere zwischen den beiden letztgenannten Gruppen – Überschneidungen ergeben, mag als ebenso selbstverständlich gelten wie die Tatsache, daß hier nicht alle Aufsätze ausführlich im einzelnen gewürdigt werden können. Insgesamt kann jedoch schon vorab das (indessen nicht immer von Erfolg gekrönte) Bemühen nahezu aller Autoren hervorgehoben werden, vor allem mit biographisch-prosopographischem bzw. vielfach genealogischem Zugriff über alle Viel-

falt im Detail hinaus die Eigenart der wirtschaftlichen Führungskräfte als Schicht zu untersuchen. Daß dieses Verfahren für die »Wirtschaftsführer« grundsätzlich Erfolg versprechen konnte, macht schon auf einen prinzipiellen Unterschied zur »Führungsschicht« der Arbeiterbewegung aufmerksam, deren Legitimation durch das Element der Wahl – im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Führungskräften – direkt mit Bedürfnissen und Erwartungen von weiten Teilen der Arbeitnehmerschaft, d. h. der »Geführten«, verbunden ist. Zudem haben es die Untersuchungen zu den wirtschaftlichen Führungskräften einfach dank der besseren Materiallage auf den ersten Blick leichter, ihren »Gegenstand« nach beruflich-sozialer Herkunft, wirtschaftlicher und familiärer Verflechtung, konfessioneller bzw. landsmannschaftlicher Zugehörigkeit usw. zu befragen. Wegen des vielfach biographisch orientierten Zugriffs, der durch die relativ kleine Zahl der zur »Führungsschicht« zu zählenden Personen erleichtert wird, bieten die einzelnen Beiträge ein zwar fakten- und facettenreiches, aber dadurch in seinen Hauptlinien auch nur schwer erkennbares Porträt der wirtschaftlichen Führungsschichten. Von daher ist es zu bedauern, daß diesen beiden Bänden keine Einleitung o. ä. beigegeben worden ist, die Verlauf und Ergebnis der Büdinger Tagungen zusammenfassend dargestellt und somit die Einzelinformationen strukturiert hätte.

So stehen auch im *1. Band* die zahlreichen Einzelinformationen über die wirtschaftlichen Führungsschichten in Nürnberg (*Wolfgang von Stromer,* Reichtum und Ratswürde. Die wirtschaftliche Führungsschicht der Reichsstadt Nürnberg 1348–1648, S. 1–50) und in Augsburg (*Friedrich Blendinger,* Die wirtschaftlichen Führungsschichten in Augsburg 1430–1740, S. 51–86) nebeneinander, ohne daß – etwa auf der Basis der doch wohl füglich vorauszusetzenden Diskussion über derartige Probleme – ein Vergleich der jeweiligen Angaben etwa unter dem Aspekt »Strukturwandel der Führungsschicht einer Kaufmannsstadt auf dem Weg vom Mittelalter zur Neuzeit« geboten würde. Dieses Prinzip der Aneinanderreihung von Aufsätzen, die allenfalls in den Fußnoten auf den Verlauf der Büdinger Gespräche eingehen, schmälert indessen nicht die Bedeutung der einzelnen Beiträge, für die von Stromer – wenn auch nicht explizit allgemeinverbindlich – eine Skizze dessen formuliert, was unter wirtschaftlichen Führungsschichten zu verstehen sei: Diese zeichneten »sich vor anderen Bevölkerungsgruppen nicht nur durch überdurchschnittlichen Reichtum oder sonstige außergewöhnliche wirtschaftliche Erfolge aus. Um ihnen zuzuzählen, muß man vielmehr auch, als einzelner oder im Zusammenwirken untereinander, über das eigene private oder gewerbliche Vermögen hinaus Einfluß haben auf wesentliche Anteile des gesamten öffentlichen und privaten Vermögens und Sozialprodukts seiner Stadt, seines Staates oder Wirtschaftsbereichs. Aus dieser Position heraus erwächst den Angehörigen der Schicht besondere gesellschaftliche Geltung, politischer Einfluß und in einer ständischen Gesellschaftsordnung meist auch rechtlicher Vorzug. Dazu bedarf es eines gewissen Zugehörigkeitsgefühls und Solidaritätsbewußtseins innerhalb der Schicht, sowie subjektiver Vorstellungen oder objektiver Kriterien, aus denen die Umwelt einzelne oder Familien der Führungsschicht zurechnet. Regelmäßig bestehen innerhalb der Schicht stärkere wirtschaftliche Verflechtungen und ein gewisser Grad ›sozio-ökonomischer Inzucht‹ « (S. 1).

Von Stromer betrachtet die wirtschaftliche Führungsschicht Nürnbergs auf der Basis dieses »Kriterienkatalogs«, den er zugleich für die 1. Hälfte des 15. Jahrhunderts durch den detaillierten statistischen Nachweis des Zusammenhangs von »Reichtum und Ratswürde«, von wirtschaftlichem und politischem Einfluß konkretisiert; er weist allerdings darauf hin, daß Vermögen nicht die alleinige Voraussetzung für den Erwerb der Ratswürde war, daß dieses vielmehr durch »ständische und höchste persönliche Qualifikation« (S. 12) zu ergänzen, indessen nur selten zu ersetzen war. Eine ähnliche Problematik entfaltet Blendinger, der die gute Zusammenarbeit zwischen Patriziern und Zünften sowie – damit verknüpft – die »scheinbar engen und sich doch immer wieder erneuernden Heiratskreise« (S. 74) als Voraussetzung für die Entstehung der ebenso erfolgreichen wie geschlossenen wirtschaftlichen Führungsschicht Augsburgs darstellt; dabei zeichnet er den Weg der Augs-

burger Großkaufleute vom Warenhandel über Montangeschäfte zur Staatsfinanz im Dienste der Kaiser, Könige und Fürsten nach.

Die Arbeiten zu den Führungsschichten des Erzbergbaus (*Walter Bogsch*, Die Führungsschichten im sächsischen Erzbergbau zwischen 1430 und 1740, S. 87–107; *Herbert Dennert*, Die Führungskräfte im Harzer Bergbau von 1430 bis 1740, S. 109–122) beleuchten einen bislang in der Erforschung der Frühindustrialisierung weitgehend übersehenen Problemkreis. Sowohl für das Marienberger Revier als auch den Harz wird die (je nach Erzart zu differenzierende) Verflechtung von privatwirtschaftlicher Grundlage und fürstlicher Protektion bzw. obrigkeitlicher Reglementierung deutlich, die den Bergbau auch in späteren Zeiten kennzeichnen sollte: »Im Silberbergbau spielte [...] die zum Teil aus rührigen Unternehmern neu geformte Beamtenschaft die führende Rolle, wenn auch die Wichtigkeit der aus geldbesitzenden Schichten stammenden Gewerken als Träger der Finanzierung nicht übersehen werden darf. Im Bergbau auf die Erze niederer Metalle bot sich dem Handel größere Möglichkeit, unmittelbar oder mit Hilfe rühriger Steiger und Schichtmeister in den Bergbau einzugreifen« (S. 102). Hervorzuheben ist zudem, daß die Kapitalbeschaffung frühzeitig überregionale Formen annahm, so daß z. B. für das Marienberger Revier außer den ortsansässigen Kaufleuten auch Gewerke in Nürnberg, Augsburg, St. Gallen, Frankfurt, Köln, Antwerpen, Hamburg, Berlin und Breslau herangezogen wurden.

Unter sehr speziellem Aspekt wird die Frage der Führungsschicht in den Beiträgen zur Bedeutung von Emigranten für die deutsche Wirtschaftsentwicklung behandelt (*Robert von Roosbroeck*, Niederländische Glaubensflüchtlinge und die Wirtschaftsentwicklung der deutschen Städte, S. 123–148; *Nikolaus von Preradovich*, Die Hugenotten in der Brandenburg-Preußischen Wirtschaft 1685–1786, S. 149–166). So wird im ersten Aufsatz vor allem auf die Rolle niederländischer Kaufleute beim wirtschaftlichen Aufstieg insbesondere von Köln, Frankfurt und Hamburg seit dem Ende des 16. Jahrhunderts hingewiesen; daß es damit verbunden (natürlich) auch zu Konkurrenz und Konflikt mit eingesessenen Kaufleuten und – so vor allem bei der Einwanderung der Hugenotten – Gewerbetreibenden kam, kann kaum verwundern. Gerade das Beispiel der aufgrund des Edikts von Potsdam nach Preußen–Brandenburg gezogenen Hersteller von Wollstoffen, Tuchen, Strümpfen, Handschuhen, aber auch der Metallverarbeiter macht die Bedeutung der Führungskräfte deutlich: Die Emigration der Hugenotten brachte den betroffenen französischen Städten starke wirtschaftliche Einbußen, bedeutete jedoch für das Kurfürstentum und spätere Königreich eine wichtige Hilfe zum wirtschaftlichen Aufbau.

Die folgenden regional orientierten Untersuchungen erlauben – betrachtet werden übereinstimmend die Jahre 1790 bis 1850 – einen Einblick in den mit der Industrialisierung verbundenen Wandlungsprozeß auch in den wirtschaftlichen Führungsschichten; dieser Begriff wird indessen zugunsten der Formulierungen »Führungskräfte« bzw. »führende Familien« weitestgehend gemieden. So wie für Sachsen (*Herbert Pönicke*, Die wirtschaftlichen Führungsschichten in Sachsen von 1790–1850, S. 167–201) wird insbesondere für das Saarland (*Hans-Walter Herrmann*, Die wirtschaftlichen Führungskräfte im Saarland in der Zeit der Frühindustrialisierung 1790–1850, S. 281–309) und auch für das Rheinland und Westfalen (*Helmut Croon*, Die wirtschaftlichen Führungsschichten im Rheinland und in Westfalen 1790–1850, S. 311–336) der Wandlungsprozeß dargestellt, in dessen Verlauf der Unternehmer »in der Gesellschaft [...] etwa die Bedeutung [gewann], wie sie in der mittelalterlichen Stadt der Großkaufmann besessen hatte. Der Fabrikant war der führende Typ geworden, der Bankier trat ihm allmählich an die Seite«. (Pönicke, S. 170) Diese neue Schicht, das macht zumindest das Beispiel Sachsen deutlich, rekrutierte sich nur zu einem geringen Teil – 6 Familien – aus dem Adel, während 40 aus dem Bürgertum, insbesondere der Handwerkerschaft, kamen (S. 178). Durchaus nach Region unterschiedlich scheint die Beziehung der wirtschaftlichen Führungskräfte zur Politik gewesen zu sein: Während Pönicke für Sachsen feststellt, daß »das wirtschaftliche bürgerliche Unternehmertum am

politischen Leben wenig Anteil nahm« (S. 198), kommt Croon zu dem Ergebnis, daß im Rheinland und in Westfalen gerade die großbürgerlichen Familien, zusammengefaßt vielfach in »Bürgergesellschaften«, die ehrenamtlichen Bürgermeister, Beigeordneten und Gemeinderäte stellten (S. 317 f.). Die Angaben Pönickes über die Herkunft sächsischer Unternehmer stimmen im Prinzip mit denen überein, die *Hans Jaeger* (Wirtschaftliche Führungsschichten in Bayern 1790–1850, S. 203–227) für 100 Manufakturgründer in Kurbayern bietet: Die beiden größten Gruppen stellten, ordnet man nach vorherigem Beruf, die Kaufleute (34) und Handwerker (25); ähnlich lauten die Zahlen für den fränkischen Raum: Hier waren von 98 Manufakturgründern 38 ehemalige Kaufleute und 34 Handwerker.
Ähnlich wie Jaeger entwirft auch *Otto Borst* (Die wirtschaftlichen Führungsschichten in Württemberg zwischen 1790 und 1850, S. 229–279) das Bild einer – gegenüber Preußen – verspäteten Industrialisierung; dabei legt er besonderen Wert auf die eher geistes- und kulturgeschichtlich orientierte Darstellung des Lebensstils württembergischer Unternehmer, dessen religiös-pietistische und musisch-ästhetische Elemente er in den Vordergrund stellt. Hervorzuheben ist, daß Borst (S. 256 ff.) mit dem Unternehmer auch die sich im Zuge der Industrialisierung herausbildende Arbeiterschaft und damit die Zuspitzung der »sozialen Frage« zumindest streift und nicht nur dabei stehenbleibt, den Unternehmern patriarchalische Fürsorglichkeit gegenüber »ihren« Arbeitern zu bescheinigen (so Herrmann, Bd. I, S. 302; Croon, Bd. I, S. 329; Fuchs, Bd. II, S. 74 f.).
Den *zweiten Band* eröffnet ein Beitrag (*Eberhard Schmiederer*, Die wirtschaftliche Führungsschicht in Berlin 1790–1850, S. 1–58), der nach Thema und vor allem behandeltem Zeitraum direkt an den ersten Band anknüpft; Schmiederer analysiert geographische Herkunft (Ausland, deutsche Landschaften, Berlin), soziale Herkunft (Adel, Bürgertum), Ausbildungs- und schließlich beruflichen Werdegang führender Berliner Unternehmer und untersucht dann deren Lebensstil und politische Einstellung. Doch auch diese Darstellung bleibt trotz des systematischen Ansatzes im informativen Detail stecken – ein Problem, das sich in den Aufsätzen zu der Zeit seit Mitte des 19. Jahrhunderts in verstärktem Maße stellt, hat man es hier doch – bei regionalem Zugriff – mit einer sich zunehmend ausdifferenzierenden Wirtschaftsstruktur zu tun, die in der Führung einzelner Zweige durchaus unterschiedliche Qualifikationen verlangte.
Diese Frage wird denn auch von *Konrad Fuchs* (Wirtschaftliche Führungskräfte in Schlesien vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zum Beginn des ersten Weltkrieges, S. 59–108) angerissen; um den Eindruck zu vermeiden, eine Schichtenanalyse leisten zu können, wählt er – wie andere Autoren auch – den Begriff der »Führungskräfte«, mit dem nicht zuletzt der beanspruchte Grad der Repräsentativität der Ergebnisse verringert wird. So vermag er für die Zeit von 1850 bis 1914 für 31 oberschlesische Wirtschaftsführer – die Gesamtzahl bleibt offen – die Herkunftsregion anzugeben: 12 stammten aus dem rheinisch-westfälischen Raum, 11 aus Oberschlesien und 8 aus anderen deutschen Landschaften; die Mehrzahl der von ihm beleuchteten führenden Berg- und Hüttenleute war – nach beruflichem Werdegang befragt – zuvor im Staatsdienst beschäftigt (S. 80). Auch *Richard Dietrich* (Die wirtschaftlichen Führungsschichten in Mitteldeutschland von 1850 bis zum ersten Weltkrieg, S. 109–143) weist auf die Heterogenität innerhalb der Führungsschicht hin, zumal er ihr – durchaus berechtigt – Unternehmer aus Industrie, Verlagswesen, Versicherungswesen, Landwirtschaft, Rauchwarenwirtschaft und Beamtentum zuzählt (S. 109 f.). So finden sich auch in diesem Beitrag zahlreiche Hinweise zur Biographie einzelner Unternehmer, die indessen nicht zur Analyse der Konstituierung einer Schicht führen; dies gilt im übrigen erst recht für den Beitrag von *Ferdinand Tremel* (Wirtschaftliche Führungskräfte in Österreich 1850–1914, S. 145–175), der in Zeit- und Wirtschaftsraum einfach zu weit ausgreift, als daß Ergebnisse hätten erwartet werden dürfen, die über Einzelinformationen hinausgehen.
Demgegenüber sind die Untersuchungen ohne Zweifel im Vorteil, deren Forschungsfeld nicht nur regional und zeitlich, sondern zudem branchenspezifisch eingegrenzt ist. Da ist

zunächst die Untersuchung *Gerhard Adelmanns* (Die wirtschaftlichen Führungsschichten der rheinisch-westfälischen Baumwoll- und Leinenindustrie von 1850 bis zum ersten Weltkrieg, S. 177–199) zu nennen; Adelmann weist nicht nur das zum Teil zu beobachtende Verfahren zurück, »wirtschafts- und sozialgeschichtliche Phänomene mit eingeborenen landsmannschaftlichen Eigenschaften der Beteiligten zu erklären« (Adelmann, S. 179; vgl. jedoch z. B. Fuchs, S. 111); zu berücksichtigen dürften auch seine Hinweise zur Differenzierung und Relativierung der Reichweite einer Führungsschicht sein: »In ihren Unternehmen und ihrer Branche sind die rheinisch-westfälischen Textilindustriellen selbstverständlich die Führungskräfte. Im gesellschaftlichen und politischen Bereich bilden sie nur in kleinen und mittleren Textilstädten die Führungsschicht. In den Großstädten zählen sie noch als eine unter mehreren Führungsschichten mit, während ihnen im gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Bereich der Charakter einer Führungsschicht abgeht« (S. 192). Diese relativierenden Bemerkungen gelten in dieser Form allerdings kaum für die von *Helmuth Croon* untersuchte »Wirtschaftliche Führungsschicht des Ruhrgebietes 1850–1914« (S. 201–234), handelte es sich hier doch eindeutig – gerade bei den implizit angesprochenen Schwerindustriellen – um eine Führungsschicht von überregionaler Bedeutung; aktiv an der Politik beteiligt war indessen wohl nur die Gründergeneration, vorwiegend jedoch nur auf örtlicher Ebene; im Preußischen Abgeordnetenhaus und im Reichstag traten in zunehmendem Maße die berufsmäßigen Interessenvertreter, die Geschäftsführer der industriellen Verbände, in den Vordergrund (S. 219 ff.). Den zweiten Band beschließt eine Untersuchung von *Wilhelm Treue* (Unternehmer und Finanziers, Chemiker und Ingenieure in der chemischen Industrie im 19. Jahrhundert, S. 235–254), in der die Entwicklung der großen deutschen Chemiekonzerne im angegebenen Zeitraum skizziert wird; Treue hebt dabei besonders ab auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit von Wissenschaft bzw. Forschung und Unternehmensleitung gerade in diesem Industriezweig, die nicht zuletzt durch die vielfach anzutreffende wissenschaftliche Ausbildung führender Unternehmer unterstrichen wird.

Mit diesen beiden Bänden zu den Führungskräften der Wirtschaft vom Mittelalter bis zur Neuzeit wird ein detaillierter, sowohl regional als auch zeitlich umfassender Überblick geboten; zu vermissen ist jedoch, wie bereits einleitend vermerkt, die Integration der vielgestaltigen Beiträge oder auch nur eine Information über den Diskussionsverlauf der Büdinger Tagungen. Sowohl diesem Mangel als auch dem inhaltlich von Dietrich (Bd. II, S. 139) formulierten, indessen innerhalb dieser beiden Bände nicht eingelösten Postulat, eine Untersuchung der Unternehmer dürfe »nicht am Arbeiter vorübergehen« – was wohl auch für die Arbeiterbewegung gilt –, versucht der Band über *»Führende Kräfte und Gruppen in der deutschen Arbeiterbewegung«* positiv zu entsprechen. Eben durch eine Einführung von *Hanns Hubert Hofmann* (S. IX–XX), die auch die nicht abgedruckten Referate und vor allem die Diskussionsbeiträge der Büdinger Tagungen 1973 bis 1975 knapp zusammenfassend vorstellt, hebt sich die in der Schriftenreihe »Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit« als Bd. 9 veröffentlichte Fassung der EVA-Publikation »Herkunft und Mandat« positiv von letzterer ab. Offenbar bieten beide ansonsten textgleichen Publikationen jedoch nur eine kleine Auswahl der zahlreichen Vorträge, die wohl vor allem im Hinblick auf eine möglichst breite zeitliche Abdeckung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vom Kaiserreich bis in die Gegenwart zusammengestellt worden ist.

Den Anfang macht *Gerhard Beiers* Aufsatz »Das Problem der Arbeiteraristokratie im 19. und 20. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte einer umstrittenen Kategorie« (S. 9–71). Ausgehend von dem Schichtenmodell, das Ralf Dahrendorf in seiner Untersuchung »Gesellschaft und Demokratie in Deutschland« (München 1966, S. 105) vorgelegt hat, entwickelt Beier eine Dreiteilung der zwischen Arbeiterschicht und Mittelstand eingeordneten Arbeiterelite: Spitzenverdiener = Leistungselite, Arbeiterbürokratie = Funktionselite, Arbeiteraristokratie = Wertelite. Nachdem dieses Konzept historisch mit dem Beispiel der

Buchdrucker in Deutschland untermauert worden ist, skizziert Beier die Analysen der Arbeiteraristokratie von Marx und Engels sowie den Weg dieses Begriffs in der polemischen Polarisierung durch Kautsky, Bernstein und Lenin »zum verbalen ›Knüppel‹ in den Fraktionskämpfen der Arbeiterbewegung« (S. 37). Schließlich setzt sich Beier mit dem Vorwurf der besonderen Faschismusanfälligkeit der Arbeiteraristokratie auseinander und weist diesen unter Hinweis auf die Organisationsloyalität dieser »Schicht« gerade auch unter Krisenbedingungen zurück.

Während sich Beier mit diesem Beitrag umfassend auf einen Teil der Arbeiterschaft und damit auf ein wichtiges Rekrutierungsfeld für Führungskräfte der Arbeiterorganisationen konzentriert, untersucht *Wilhelm Heinz Schröder* »Die Sozialstruktur der sozialdemokratischen Reichstagskandidaten 1898–1912« (S. 72–96); er eruiert den Anteil einzelner Berufsgruppen (vor allem Holzarbeiter, Buchdrucker, Metallarbeiter, Bauarbeiter, Akademiker und Handlungsgehilfen); auffallend ist, daß bei einer Aufschlüsselung der Reichstagskandidaten nach den ausgeübten Berufen für die Jahre 1898 und 1903 die Anzahl der Selbständigen deutlich die der unselbständigen Arbeitnehmer überstieg; in der Folgezeit zeichnet sich dann eine Zunahme des Anteils von Parteifunktionären und Parteiredakteuren auf Kosten der Selbständigen ab. Schröder untersucht damit eine eindeutig zur Führungsschicht der Arbeiterbewegung gehörende Gruppe, die schon dank ihrer Breite Beachtung verdient.

Vergleichsweise kleinen Gruppen widmen sich indessen *Eberhard Kolb* (Zur Sozialbiographie einer Führungsgruppe der SPD am Anfang der Weimarer Republik: die Mitglieder des ›Zentralrats‹ 1918/1919, S. 97–109), *Werner Link* (Führungseliten im Internationalen Sozialistischen Kampfbund [ISK], S. 110–119) und *Walter Fabian* (Arbeiterführung und Arbeiterbildungswesen im Freistaat Sachsen. Ein Beitrag zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik, S. 120–127). *Kolb* untersucht – ähnlich vorgehend wie Schröder, aber auf die kleine Zahl der analysierten Lebensläufe hinweisend – 26 der 27 Zentralratsmitglieder nach Alter, sozialer Herkunft, Schulbildung, erlerntem Beruf und Karriereverlauf; interessant ist vor allem die Frage nach »sozialem Status und politischer Aktivität« der »zweiten Generation« – ohne daß indessen gesicherte Antworten hätten vorgelegt werden können. Hier macht sich der grundsätzliche Unterschied zwischen wirtschaftlichen Führungskräften und den führenden Gruppen der Arbeiterbewegung deutlich, ist doch erstens das auf Wahl beruhende Mandat – im Gegensatz zum Eigentum – nicht vererbbar; zum zweiten trat der soziale Aufstieg in Führungspositionen zumeist erst in einer Lebensphase ein, in der die Kinder bereits einen der Herkunftsschicht entsprechenden Sozialisationsprozeß durchlaufen hatten, so daß schon von daher der Aufstiegseffekt in der zweiten Generation relativiert wurde (vgl. auch Einleitung, S. XVI f.). Im Mittelpunkt der Untersuchung *Links* steht mit dem ISK eine Gruppe, die sich – gemäß ihrer antizipatorischen gesellschaftspolitischen Orientierung und der Kritik an den bestehenden Organisationen – als Elite der Arbeiterschaft verstand; die Einstufung des ISK als »Gegenelite« kann von daher überzeugen. Abweichend vom Zugriff der meisten anderen Beiträge wird mit dem Aufsatz *Fabians* ein Erfahrungsbericht vorgelegt; dabei geht es zunächst um den Sachsenkonflikt 1923/24, dann aber vor allem um eine Würdigung der sozialdemokratischen Schulungsarbeit als Faktor zur Stabilisierung der Partei auch in Krisenjahren, d. h. in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Diese Krisenjahre untersucht *Henryk Skrzypczak* (Führungsprobleme der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Endphase der Weimarer Republik, S. 128–147); er zeichnet den Konflikt zwischen rechtem und linkem Flügel der SPD in der Frage der Bürokratie- bzw. Führungskonzeption nach, ohne dabei das parteipolitische Konfliktfeld – die Auseinandersetzungen mit KPD und NSDAP – außer acht zu lassen. Damit bietet er vor allem einen Beitrag zur innersozialdemokratischen Diskussion um die organisatorischen Probleme einer erfolgreichen Strategie gegen die wachsende faschistische Bedrohung.

Als problematisch mag auf den ersten Blick die Firmierung des Beitrages von *Hans-Gerd Schumann* (Die Führungsspitzen der NSBO und der DAF, S. 148–164) unter dem Gesamtthema »Arbeiterbewegung« anmuten, betont er doch selbst die Abhängigkeit dieser »Arbeiterorganisationen« von der NSDAP (S. 156 f.). Abgesehen davon, bietet diese Untersuchung jedoch einen ausgezeichneten Einblick in den »typischen« Werdegang der Führungsgruppen der genannten Organisationen, den Schumann wie folgt zusammenfaßt: »Summiert man die einzelnen Lebenslaufraster, so herrscht eindeutig ein soziales Schicksal vor: Aus kleinbürgerlichen Schichten stammend (Handwerker, untere Laufbahnbeamte, nur vereinzelt Facharbeiter mit handwerklicher Ausgangsbildung, Lehrer oder Beamte), mangelt es häufig durch Abbruch der Ausbildung oder Unterbrechung der begonnenen Berufstätigkeit an beruflicher Fundierung. An die Stelle der früher üblichen Wanderschaft als Geselle zwecks beruflicher Horizonterweiterung oder an die Stelle kontinuierlicher Aufeinanderfolge von Schule, fortführender Bildung, Ausbildung im Berufsfeld und Besetzung des Berufsfeldes tritt aufgrund der ökonomischen Krise nach dem Kriege die Wanderung durch wechselnde Gelderwerbsstationen, nicht selten eingeleitet durch eine Periode der Zugehörigkeit zu Freikorps. An die Stelle sozialen Sicherheitsbewußtseins aufgrund der tradierten Berufs- und Schichtenbilder mit genormtem Rollenverhalten und genormter Rollenerwartung tritt die soziale Verunsicherung und Angst. Die von Herkunftssozialisation, Ausbildung und Kriegserleben geprägte Rollenerwartung sucht sich in der Gefährdungssituation nicht einen Ausweg durch bewußte Klasseninteressenentscheidung, die der tatsächlichen Rolle entspricht, sondern reagiert in der Weise, daß das eigene soziale Interesse irrational, kleinbürgerlich-antikapitalistisch, aber völkisch-nationalistisch artikuliert wird. Mitgliedschaften in sozialistischen Parteien bleiben eine der Episoden auf dem Zickzackkurs der Suche nach einem Ausweg aus der persönlichen Misere bei wenigen. Für alle nahm – was ihren Äußerungen immer wieder zu entnehmen ist – die NSDAP die Funktion eines Erfüllungsgehilfen für ihre sozialen Hoffnungen ein: entweder um verlorene Positionen wiederzuerlangen oder noch eingenommene zu bewahren. Daß sie dabei den ideologisch übergreifenden Totalitätsanspruch der Nationalsozialisten mit spezieller Interessenvertretung zu verbinden suchten, liegt nicht nur darin begründet, daß die Partei schon im Namen die spezielle Interessenvertretung vorzugeben suchte, sondern auch darin, daß sie in den ökonomischen und sozialen Nachkriegskonflikten schon sehr bald feststellten, daß die gewerkschaftlichen Interessenvertretungen – trotz ihrer Zersplitterung – den einzigen Schutz für sie selbst wie auch für ihre politischen Gegner in den Betrieben boten« (S. 62 f.).

Ähnlich wie bei Fabian stehen auch bei *Susanne Miller* (Deutsche Arbeiterführer in der Emigration, S. 165–170) eigene Erfahrungen im Vordergrund des Aufsatzes; ihren Eindruck faßt sie dahingehend zusammen, daß es in der Sozialdemokratie weder einen »bestimmten ›Typus‹ des Emigranten« noch andererseits Ressentiments gegen zurückgekehrte Emigranten gegeben habe bzw. gebe. Daß Susanne Miller den Einfluß der ehemaligen Emigranten in der Zeit bis 1959 vor allem auf höchster Parteiebene wirksam werden sieht, stimmt zu den Ergebnissen der Analyse *Helga Grebings* (Zur Problematik der personellen und programmatischen Kontinuität in den Organisationen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland 1945/1946, S. 171–194): Auf der Basis vor allem von Staatsexamensarbeiten über die Wiedergründung der SPD in Niedersachsen (insbesondere in Hildesheim, Osnabrück, Hannoversch-Münden, Northeim, Braunschweig und Göttingen) werden die diesen Prozeß tragenden Kräfte beleuchtet; dabei zeigt sich deutlich – bei den Mandatsträgern bis zur Bezirksebene – die dominierende Rolle der über 40jährigen, die also die Weimarer Zeit noch politisch bewußt erlebt haben. Den Band schließt ein Beitrag von *Georges Haupt* über »Internationale Führungsgruppen in der Arbeiterbewegung« (S. 195–217) ab; insbesondere für die Zeit der 2. Internationale stellt Haupt ein Geflecht von Faktoren vor, durch die er die Inhaber von Führungspositionen auf internationaler Ebene bestimmt sieht: Hervorzuheben ist, daß neben den personalen Faktoren wie persönlichem Prestige, Auf-

treten, Nimbus usw. gerade auch das Ansehen der delegierenden Partei eine wesentliche Rolle spielte.

Auch dieser Band, so kann zusammenfassend gesagt werden, ist durch die Heterogenität der Beiträge gekennzeichnet, die für sich genommen interessante Streiflichter auf die Problematik der Führungsgruppen werfen, indessen wegen der fehlenden begrifflichen und soziologischen Konkretisierung von Masse (Wähler- und Mitgliedschaft) und Führung (vom Parteiredakteur bis zum Minister) und dann der mangelnden Vermittlung dieser über das Medium der Organisation aufeinander bezogenen Faktoren keinen einheitlichen Gesamteindruck entstehen lassen können. So verwarf auch – wie Hofmann in der Einführung betont (S. XV) – die abschließende Generaldebatte den Begriff einer »Führungsschicht«, verstand »die führenden Kräfte der Arbeiterbewegung jedoch als Gruppen einer sich erst um 1900 und vor allem nach 1919 differenzierenden ›funktionalen Elite‹ [. . .], die sich mit wachsender Mobilität der Gesellschaft aus ›Organisationsgenerationen‹ (Kolb) rekrutierte. Sie stieg auf durch das Vertrauen der Kollegen und Genossen, durch Begabung, Selbststudium und allmählich von Partei und Gewerkschaften entwickelte Schulung als den Momenten der Qualifikation, und – aus beiden resultierend – dem Demokratieverständnis der Arbeiterbewegung entsprechend durch Legitimation. Dies zeitigte notwendig das organisationsgeschichtliche Phänomen, daß dieser neue – dem biologischen nur manchmal und zeitweise sich annähernde – ›Generations‹-Begriff an den von der Expansion geprägten Organisationsphasen der Arbeiterbewegung und deren politischen Sozialisationsmustern anzupassen ist, wobei Überlappungen zwar wesentlich durch die Erfahrungs-, Erlebnis- und Bildungs- (= Schulungs-) Horizonte bestimmt sind«, die Organisation als das eigentliche Sozialisationsraster aber entscheidend bleibe (Matthias). (S. XV) Auch die Lücken der bisherigen Kenntnis, die auch nach den Büdinger Tagungen bestehen bleiben, werden von Hofmann markiert; so geht es in der Tat einerseits darum, mit biographisch-prosopographischen Methoden die Karrieren der Gewerkschafts- und Parteiangestellten, der Mandatsträger usw. zu analysieren; zum anderen »sollte künftig auf die Rolle einzelner Berufsgruppen und regionaler – sozialgeographisch zu begründender – Schwerpunkte besonders geachtet werden« (S. XIV). Interessant scheint zudem eine Untersuchung der Frage, ob es einen spezifischen Lebensstil, ein in-group-Bewußtsein der Führungskräfte der Arbeiterbewegung gegeben hat, durch die sie sich von der Arbeiterschaft einerseits, vom Bürgertum andererseits hätten abgrenzen können oder wollen. So wichtig also die hier vorgestellten Beiträge zu den Führungskräften in Wirtschaft und Arbeiterbewegung auch sind, sie zeigen doch insgesamt gesehen die Notwendigkeit einer systematischen und umfassend-integrierten Erforschung dieses Problemkomplexes.

*Helga Grebing*

# Über den Zusammenhang von Gewaltlosigkeit und demokratischem Weg zum Sozialismus

Wolfgang Huber / Johannes Schwerdtfeger (Hrsg.), Frieden, Gewalt, Sozialismus. Studien zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung (= Forschungen und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Bd. 32), Klett Verlag, Stuttgart 1976, 850 S., Ln., 72 DM.

Diesem Band gebührt aus doppeltem Grunde umfängliche und umständliche Aufmerksamkeit: 1. Hier haben sich Autoren, entweder einschlägig bereits als hochqualifiziert ausgewiesen oder doch zumindest mit vielversprechenden Arbeitsprojekten bekannt geworden, zusammengetan, um eine umfassende Fragestellung – Frieden, Gewalt, Sozialismus – in ihrem umfassenden historischen Kontext zu diskutieren; von diesem Ansatz her betrachtet, präsentiert der Band gewissermaßen den letzten Reflexionsstand der Forschungen zur Geschichte und Theorie der europäischen Arbeiterbewegung. 2. Zugleich aber findet sich der aufmerksam und unverdrossen 808 Seiten Text bewältigende Leser mit manchem »seltsamen Zeichen analytischer Schwäche« (so *Lademacher*, S. 407, über Hilferding) konfrontiert, über deren symptomatischen Wert eine Klärung herbeizuführen ist.

Wer solche Projektarbeit kennt, weiß, wie schwierig, wenn nicht unmöglich es ist, Fragestellungen wirklich gleichgewichtig bearbeiten zu lassen. Die Herausgeber befanden sich in dieser Schwierigkeit, sie unterrichten darüber, und so gebietet es die Fairneß, kommentarlos zu bemerken, daß für »Sozialismus« (siehe eines der Titelwörter) vor allem die deutsche Arbeiterbewegung steht (fünf Beiträge und entsprechende Anteile aus den »Theoriestudien«); auf die österreichische Arbeiterbewegung entfällt ein Beitrag, auf die englische zwei; je eine Studie bezieht sich auf die Kommunistische Internationale und die ČSSR während des »Prager Frühlings«.

Der Band ist aufgeteilt in »Theoriestudien« und »Fallstudien«; schon diese Trennung beleuchtet schlaglichtartig die methodologischen Schwierigkeiten, die das Gesamtprojekt, konstitutiv bedingt, begleiteten. In der Tat werfen die »Theoriestudien« von *Günter Freudenberg* (»Zur Theorie der Gewalt und des Gewaltwerdens der Theorie als Bedingung positiven Friedens im Werk von Karl Marx und Friedrich Engels« – S. 11–87), *Heinz Kimmerle* (»Der Begriff der Gewalt in Lenins politischer Theorie und Praxis bis 1917« – S. 88–131) und *Jakob Schißler* (»Die Diskussion über Gewalt in der russischen Revolution« – S. 132–176) die Frage auf, was es denn heißt und zu welchem Ende man Theoriegeschichte studiert.

*Freudenberg* führt aus, daß nach Marx' Theorie des Kapitals die umfassende gesellschaftliche Revolution (zu unterscheiden von der nur partiellen politischen) das notwendige Resultat des Bewegungsgesetzes der kapitalistischen Produktionsweise ist, wobei die historischen Bedingungen der Durchführung der Revolution im voraus nicht vollständig bestimmbar sind. Das Kriterium des Übergangs ist die Grenze der Reproduktionsmöglichkeiten des bestehenden Systems (der bürgerlichen Gesellschaft), das sich aber erst a posteriori aus der vollendeten Revolution ableiten läßt.

Freudenberg wendet gegen Popper ein – und dem läßt sich folgen –, daß die Marxsche Theorie damit durchaus nicht die Politik, politisches Handeln, zur Impotenz verurteile. Zwar unterliegt bei Marx auch das Proletariat als die revolutionäre Kraft den strukturbedingten Entwicklungsgesetzen, »doch ist die Befreiung des Menschen als historische Überwindung des kapitalistischen Verhältnisses und seiner immanenten, es als solches gerade konstituierenden Zwänge nur als Ergebnis politischer Prozesse denkbar, die die Entwicklung innerhalb des Systems, dem Reich der Notwendigkeit, ihrerseits freisetzt« (S. 83). Deshalb sind Reformen Vorbereitungen der Revolution, Ausnutzung des bestehenden Systems in seinen immanenten Befreiungsmöglichkeiten in einem strukturellen Zustand, der noch nicht in den Grenzbereichen des Systems anzusiedeln ist. Und Revolution ist nach Marx – wie Freudenberg darlegt – auf »historische Initiative« angewiesen.

Hier an diesem Punkt stellt sich die von Marx zwar abstrakt-logisch beantwortete, jedoch konkret-historisch unbeantwortbare bzw. erst a posteriori beantwortbare Frage, wie denn bereits durch der bürgerlichen Gesellschaft noch immanent bleibende »historische Initiative« strukturelle Gesetzmäßigkeiten modifiziert werden; daß sie es werden, scheint außer Frage zu stehen, denn sonst wäre »historische Initiative« a priori sinnlos. Allgemeine Gesetzmäßigkeiten (von Marx auch Tendenzen genannt bzw. als solche begriffen) der kapitalistischen Entwicklung sind nach Marx durch historisch-konkrete Umstände modifizierbar. Logisch notwendige Resultate der Analyse der Bewegungsgesetze des Kapitals sind deshalb nicht abstrakte Antizipation historisch-konkreter Realität, sondern Orientierungsmuster und Erklärungsmodelle für die Erkenntnis der Bedingungen der jeweiligen »historischen Initiative«.

Es ergibt deshalb wenig Sinn, wie es Freudenberg im Gefolge anderer Autoren (vor allem Bo Gustafsson) tut, die Abweichungen der realen Arbeiterbewegung von Marx' Theorie des Kapitals oder gar deren Pervertierung zu registrieren und zu konstatieren. Die Frage ist vielmehr, warum sie sich historisch ergeben haben und worüber dieses Warum aufklärt.

Ein gelungenes Beispiel in dieser Richtung – Theoriegeschichte im Medium ihrer historisch-konkreten Bedingtheit zu betreiben, als determinierten und determinierenden Teilaspekt eines je immer in seiner ganzen umfassenden Fülle nur denkbaren historischen Gesamtzusammenhangs – ist die Arbeit von *Kimmerle* über Lenin. Da die Frage nach dem Theorie-Praxis-Verhältnis bei Lenin als eine gleichzeitig inhaltliche und methodische aufgegriffen wird, gelingt es Kimmerle, von normativ begründeten Erwartungshaltungen geprägte Lenin-Interpretationen positiv zu unterlaufen, ohne daß neue Normen der Beurteilung benutzt werden.

*Schißlers* Vorgehen bei der Exegese einiger einschlägiger Schriften von Kautsky, Lenin und Trotzki ist »eher auf Typisierung und Stilisierung der Positionen als auf die dichte historische Rekonstruktion der Situation, in der diese Schriften entstanden sind, ausgerichtet« (S. 136, Anm. 11); er will gewissermaßen »von außen als totaler Ideologie-Kritiker fungieren« (S. 165, Anm. 88).

Theoriegeschichte hat nun gewiß nicht nur die oben angedeutete instrumentelle Funktion im Rahmen eines Bemühens, den historischen Gesamtprozeß zu begreifen, sondern auch ein spezifisches Eigengewicht als Ideen- und Dogmengeschichte oder als »totale Ideologiekritik«. Im letzteren Falle hat Theoriegeschichte dann wiederum einen instrumentellen Wert: Bewußt wird post festum erworbenes Wissen als Mittel der Exegese mitbenutzt, um die Defizite, die Konsequenzen und den Rechtfertigungscharakter eines Denkens offenzulegen – zur Aufklärung aktuellen Denkens, das vorgegebenen Positionen direkt oder abgeleitet folgt.

Dies alles gelingt Schißler weitgehend; es ist allerdings zu fragen, wie sich »totale Ideologiekritik« methodologisch zu schützen vermag vor eigener ideologischer Befangenheit – die Herausgeber deuten dieses Problem in ihrer Schlußbetrachtung an (vgl. S. 802): Auch Ideologiekritik kann ideologisch sein –, wie sie sich davor bewahren kann, doch wieder

zurückzufallen in einfache normative Feststellungen. Die Ergebnisse des exegetischen Verfahrens könnten dann leicht einen lapidaren Charakter annehmen: »Die Kautskysche Interpretation der Arbeiterbewegung und des Kapitalismus im 19. Jahrhundert kann nicht einmal als annähernd zutreffend bezeichnet werden. Weder verlief die Entwicklung zur Humanität so eindimensional, wie er es charakterisiert, noch wird die historische Faktizität von ihm zufriedenstellend dargestellt« (S. 157). Nun besteht schon seit längerem kein Zweifel darüber, daß Kautsky nicht geleistet hat, was sein Exeget von ihm erwartet; es wäre deshalb a) zu fragen gewesen, ob Kautsky dieser Erwartungshaltung (der Zeitgenosse als Metahistoriker) überhaupt entsprechen konnte; und b) wäre, da er ihr offensichtlich nicht entsprochen hat, die Fragehaltung zu ändern gewesen: Warum Kautsky meinte denken zu müssen, wie er gedacht hat, also sich doch der mühevollen dichten historischen Rekonstruktion der Situation, in der die Aussagen Kautskys entstanden, zuzuwenden.

Der Beitrag von *Friedhelm Boll* über »Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Resignation und Revolution. Zur Friedensstrategie 1890–1919« (S. 179–281), der den Reigen der Fallstudien eröffnet, ist insgesamt eine konzise, aspektreich reflektierte Zusammenfassung vorliegender Forschung und eigener Quellenarbeit, die der Frage nach den Motiven, den Formen ihrer Realisierung und ihren Folgen nachgeht. Bei aller analytischen Schärfe des Verfassers bleiben dennoch einige Wünsche offen.

Der Verfasser folgt m. E. noch viel zu traditionalistisch den inzwischen stereotypisch verengten Topoi der Interpretation der Forschung der letzten Jahre: Da ist die Rede von der Verflachung des Revolutionsbegriffs von Marx durch die sozialdemokratischen Theoretiker, von fatalistischem Abwarten, von Organisationsfetischismus, von der pseudorevolutionären Reformstrategie, von der verbalradikalen, pseudorevolutionären Sozialdemokratie, die an den Wilhelminischen Staat gekettet ist, den Klassenkampf aufgegeben hat und die im Krieg unfähig ist, sich stärker (als es geschah) für die Demokratisierung des Reiches einzusetzen.

Dies ist die Demonstration einer Erwartungshaltung auf einem Anspruchsniveau, das zu Bewertungen führt, die sich aus einer Vorstellung davon ableiten, was die SPD hätte tun sollen, um das zu erreichen, was nachfolgende Generationen (zu ihrer eigenen Entlastung womöglich?) als Resultat des Wirkens der SPD sich wünschen, was diese aber eben nicht erreicht hat. Hier haben wohl Karl Korschs Überinterpretationen Pate gestanden, ohne daß die ideologische Bedingtheit der Korschschen Kritik beachtet worden wäre.

Als noch nicht geglückt ist der Versuch zu bezeichnen, Negt / Kluges »Öffentlichkeit und Erfahrung«[1] für die historische Forschung verwertbar zu machen. Boll versucht (S. 218 ff.), mit Negt / Kluges Begriff der »gesamtgesellschaftlichen Scheinsynthese«[2] den August 1914 zu erklären. In der bürgerlichen Gesellschaft besteht das Bedürfnis nach gesamtgesellschaftlicher Identität (wohl gemeint: Identifikation), das zur legitimatorisch begründeten Herstellung einer gesamtgesellschaftlichen Öffentlichkeit benutzt wird; diese Form von Öffentlichkeit kann aber in der Klassengesellschaft nur Schein sein, der allerdings (ein physikalisches Wunder) »einen harten materiellen Kern« hat[3]: im entfremdeten Arbeitsprozeß der »bürgerlichen Produktionsweise« und in ihren Sozialisationsformen, die beide die »Bereitschaft der Massen, Hoffnungen zu investieren und ihre Bedürfnisse anzuvertrauen« – und dies entgegen den wichtigsten Interessen der unterdrückten Klassen –, hervorrufen. Die Erklärungskraft dieses begriffsmonströsen theoretischen Rahmens scheint indessen vergleichsweise gering, denn Boll stellt fest: »Im historischen Kontext kann man das Augusterlebnis begreifen als eine emotionale Vorwegnahme der erhofften materialen Gleichberechtigung, der Abschaffung aller Ausnahmegesetze [. . .], unter denen die Sozialdemokratie zu leiden hatte« (S. 219 f.). Demgegenüber ist einzuwenden, daß das »August-

1 *Oskar Negt / Alexander Kluge,* Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt 1972.
2 *Ebda.,* S. 132 ff.
3 *Ebda.,* S. 135.

erlebnis« nicht »begriffen« werden kann, solange die Faktoren der allgemeinen politisch-gesellschaftlichen Kultur im Kaiserreich, die Permanenz der Anziehung und Abstoßung, denen die Arbeiterklasse seit der Mitte der 90er Jahre ausgesetzt war, und der Entstehungsprozeß der doppelten Loyalität nicht präzise beschrieben sind. Insofern kann dem Verfasser nicht angelastet werden, was die Forschung über das Kaiserreich bisher nicht geleistet hat. Allerdings muß man auch nicht partout begreifen wollen, was sich noch nicht begreifen läßt[4].

Es wäre auch zu überlegen, ob der vom Verfasser verwendete Frageansatz nicht zu eindimensional die Sicht der historischen Realität präformiert, ob nicht einige Hinweise, die wir den Forschungen von Susanne Miller verdanken, Alternativen nahelegen könnten. Die Analyse der Überlegungen zu den wirtschaftlichen und den sozialen Bedingungen und Aufgaben, die der Arbeiterbewegung gestellt waren, wie sie z. B. Scheidemanns Rede auf dem Würzburger Parteitag der MSPD 1917 enthielt, oder eine Analyse des Aktionsprogramms der MSPD vom Januar 1918 könnte zu dem Ergebnis führen: Gemessen an den programmatischen Vorstellungen der anderen sozialistischen Gruppierungen und bezogen auf die konkrete historische Situation, hatte nur die MSPD ein klares Programm und eine eindeutige Zielprojektion – beides allerdings entsprechend einer in das Mittelfeld des Parteienspektrums gerückten sozial-liberal-demokratischen Reformpartei. Demgegenüber erschiene es dann nicht angemessen, als Historiker in der MSPD etwas zu sehen, was sie gar nicht mehr war, von ihr etwas zu erwarten, was sie weder tun konnte noch wollte.

Den Beweis ex negativo für die Möglichkeit dieser alternativen Betrachtung liefert gewissermaßen *Wolfram Wette* mit seiner Studie »Frieden durch Revolution? Das Scheitern der Friedenskonzeption der Radikalen Linken in der deutschen Revolution von 1918/19« (S. 282–357). Wettes Absicht ist es, zu erklären, warum das Modell »Frieden durch Revolution« nicht verwirklicht werden konnte; die dem historischen Material entnommene theoretische Position wird als Hypothese gesetzt, nach den Ursachen des Scheiterns gesucht, aber auch danach, »ob in der gescheiterten Praxis auch eine Schwäche der Theorie selbst zu sehen ist« (S. 286).

Dieser an sich plausible Verfahrensvorschlag ist in einer Hinsicht problematisch: Ihm liegt m. E. eine allzu strenge Fassung des Begriffs »Theorie« zugrunde, die Wette dann allerdings selbst im Verlaufe seiner Untersuchung gelegentlich unterläuft, wenn er an einigen Stellen statt von »Theorie« von »Programm« oder »Konzeption« spricht. Vielleicht läge es inzwischen näher, von der generalisierenden, begriffsklotzigen dualistischen Gegenüberstellung von Theorie und Praxis, wie sie sich in der veröffentlichten Forschung durchgesetzt hat, Abstand zu nehmen und nach anderen komplementären Begriffen zu suchen, die die Relationen konkreter und dichter bestimmen: Programm und Praxis oder Weltanschauung und Handeln, Vorstellung und Aktion, auch selbstverständlich: Theorie und Praxis, wenn es sich darum handelt.

Wette nennt seine Analyseergebnisse unnötigerweise etwas defensiv »nur historische Thesen« (S. 344, vgl. auch S. 286); er will (und tut dies auch) zu Aussagen gelangen, die sich auf einen relativ abgeschlossenen Zeitraum und zudem noch auf ein bestimmtes Land beziehen; er will das Bündel von Rahmenbedingungen aufweisen, die den Handlungsspielraum der Radikalen Linken begrenzten, und erbringt damit einen die meisten Fallstudien überragenden Ertrag.

Mit selten erreichter Präzision beschreibt und interpretiert er diese Rahmenbedingungen, darunter einige, die von der Forschung über die Novemberrevolution bisher gar nicht oder nur unzureichend in ihrer Bedeutung zur Kenntnis genommen worden sind: u. a. daß die Novemberereignisse fast auf den Tag zusammenfielen mit dem Waffenstillstand und daß

4 *Friedhelm Boll* hat inzwischen einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er einige Aspekte seines Bezugs auf Negt/Kluge verdeutlicht: Spontaneität der Basis und politische Funktion des Streiks 1914–1918. Das Beispiel Braunschweig, in: AfS XVII, 1977, S. 337–366.

deshalb die Friedensparole nicht (wie in Rußland) zum Weitertreiben der Revolution benutzt werden konnte; daß die Siegermächte vor »bolschewistischen Experimenten« warnten und für solchen Fall die Gefährdung der Lebensmittellieferungen und die Verschärfung der Friedensbedingungen ankündigten; daß die nicht-gesetzliche Gewalt der Novemberrevolutionäre nachträglich legitimiert wurde, indem sie die Basis der legalen Gewalt der Volksbeauftragten bildete; dem entsprach die Loyalität der Revolutionäre gegenüber den Parteien, die den Rat der Volksbeauftragten trugen. Wette zeigt aber auch die Kompensation der Ohnmacht der Radikalen Linken auf, die z. T. bedingt war durch diese ungünstigen Rahmenbedingungen, z. T. durch innere Konstitutionsmängel: die abstrakten Schlagworte, die fehlende konkrete Handlungsanweisungen nicht ersetzen konnten, und das »Alles-oder- Nichts-Maximalprogramm«.

So sehr *Wettes* Interpretationsleistung in diesem Beitrag überzeugt, so wenig die in seinem zweiten Beitrag »Mit dem Stimmzettel gegen den Faschismus? Das Dilemma des sozialdemokratischen Antifaschismus in der Endphase der Weimarer Republik« (S. 358–403). Die Kritik an diesem Beitrag Wettes muß auf zwei Ebenen ansetzen: 1. Die Argumentation Wettes, verbleibt man zunächst in dem Rahmen, den Wette verwendet, ist an vielen Stellen einfach falsch, verkürzt oder kurzschlüssig; 2. die Argumentation beschränkt sich überwiegend auf die der Arbeiterbewegung immanenten, in ihrer eigenen Tradition begründeten restriktiven Faktoren und vernachlässigt die Diskussion der äußeren gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen und der ihnen entsprechenden Handlungsspielräume der Arbeiterbewegung. Diese Einwände treffen z. T. auch den Beitrag von *Horst Lademacher* »Gewalt der Legalität oder Legalität der Gewalt. Zur Theorie und Politik der SPD von Kiel (1927) bis Prag (1934)« (S. 404–460); es erfolgen deshalb bereits bei der Auseinandersetzung mit dem Beitrag von Wette Vorgriffe auf diesen Beitrag bzw. bei der Kritik von Lademacher Rückgriffe auf Wettes Auffassungen.

Zunächst sei festgestellt, daß *Wette* eine Reihe von Fragen stellt, von deren Beantwortung man sich viel verspricht: Warum scheiterte der sozialdemokratische Antifaschismus? Wurde die faschistische Gefahr überhaupt erkannt? Wurde der Gewaltcharakter des Faschismus rechtzeitig erkannt? Gab es den sozialdemokratischen Antifaschismus nur auf dem Papier? Im Zuge der Beantwortung dieser Fragen behauptet Wette (S. 369 f.) unter Bezug auf den Magdeburger Parteitag 1929, das Protokoll der SAI-Tagung 1930 und das Jahrbuch der SPD 1930: »Kurzum, die Gefahr einer faschistischen Entwicklung im eigenen Lande wurde 1929 auch nicht andeutungsweise gesehen« (S. 369); es lasse sich aus den oben angegebenen Dokumenten ablesen, daß »es während der zwanziger und noch zu Beginn der dreißiger Jahre in der deutschen Sozialdemokratie eine Faschismusdiskussion, geschweige denn eine solide Analyse nicht gegeben« hat (S. 370).

Dies stimmt einfach nicht. Zunächst muß man darauf hinweisen, daß z. B. Hilferding bereits im »Finanzkapital« antizipatorisch die Bedeutung der Mittelschichten im Faschismus behandelt hat (vgl. das Kapitel: Das Finanzkapital und die Klassen), von anderen Antizipationen hier einmal abgesehen, die insgesamt eine theoretische Grundlage für spätere Faschismusanalysen abgegeben haben. Überdies gab es[5] zwischen 1922 und 1924 Analysen des italienischen Faschismus sowie erste Anwendungen eines über Italien hinausreichenden Faschismusbegriffes von sozialdemokratischen Autoren: Julius Braunthal, Wilhelm Ellenbogen, Oda Olberg[6], Julius Deutsch, Ernst Hamburger, Paul Kampffmeyer. Ihre Arbeiten

5 Die Rezensentin bezieht sich hier auf die unveröffentlichte Staatsexamensarbeit von *Reinhard Sturm*, Untersuchungen zu frühen sozialdemokratischen Faschismus-Theorien, Göttingen 1977.

6 Oda Olberg wird von *Lademacher*, S. 442, zu einer reformistisch eingestellten Sozialdemokratin gestempelt, die zu wenig in Parteitradition und -geschichte steckte. Die 1873 geborene Olberg schloß sich Anfang der 90er Jahre der Arbeiterbewegung an und wurde durch eine 1896 erschienene Arbeit über »Das Elend in der Hausindustrie« mit August Bebel bekannt. Seitdem arbeitete sie in der »Neuen Zeit« mit. Nach ihrer Heirat mit dem italienischen Sozialisten G.

bieten ansatzweise außerordentlich differenzierte Analysen, die in der besten Tradition der Theoriearbeit der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland und in Österreich vor 1914 stehen; sie zeigen überdies zumindest für die Frühzeit sozialdemokratischer Faschismusanalyse, daß keine Rede davon sein kann, es seien KPD und NSDAP für antidemokratische Gegner identischen Charakters gehalten worden. Erst weitere historische Erfahrungen haben zu dieser Identifikation geführt.

*Wette* behauptet nun auch für die Zeit nach 1930 ein »Defizit an Faschismus-Analysen in der SPD«. Er belegt dies mit Aufsätzen von Schifrin, Decker und Hilferding; auch *Lademacher* teilt im wesentlichen unter Bezug auf Schifrin Wettes Auffassung (vgl. S. 409, 417 ff.). Nimmt man aber »in der SPD« ernst, so wäre auch zu sprechen von den Beiträgen zur Faschismusdiskussion, die aus dem Kreis der Autoren um die »Sozialistischen Monatshefte« und die »Neuen Blätter für den Sozialismus« (C. Mierendorff, Th. Haubach, E. Nölting, E. Heimann, A. Rathmann, G. Keiser, R. Küstermeier) stammen, von R. Breitscheid, von H. Heller (Europa und der Faschismus, 1929), von dem Teil der Linksopposition, der 1931 in der SPD blieb (S. Aufhäuser, A. Gurland, den Lademacher allerdings kurz nennt, vgl. S. 417), und jenem Teil der Linksopposition um M. Seydewitz, der 1931 die SAP(D) mitgründete[7]. Überdies wird man, um das gesamte Spektrum der Faschismusdiskussion in der SPD zur Kenntnis nehmen zu können, zu berücksichtigen haben, daß auch die außerhalb der SPD links von ihr entstandenen Faschismusinterpretationen teils zustimmend, teils ablehnend diskutiert worden sind, so die Arbeiten von Fritz Sternberg, der übrigens schon 1926 in »Der Imperialismus« auf die Gefahr neuer imperialistischer Kriege als Konsequenz der Entwicklung des Kapitalismus hingewiesen hatte[8].

Erst wenn man dieses ganze, hier nur schemenhaft gekennzeichnete Spektrum der theoretischen Auseinandersetzung mit dem Faschismus in die Betrachtung einbezieht, wird man in der Lage sein zu entscheiden, ob wirklich ein »Defizit an Faschismus-Analysen« in der SPD behauptet werden kann oder ob man nicht mit Analyseergebnissen konfrontiert ist, die den Vergleich mit anderen zeitgleichen Interpretationen sehr wohl aushalten. Trifft dies zu, so wird die Erklärung der Niederlage der Arbeiterbewegung in der Auseinandersetzung mit dem Faschismus noch schwieriger als bisher schon.

Für *Wette* und *Lademacher* ist die Sache indessen klar: Die Hypertrophie des auf die demokratische Republik bezogenen Legalismus der SPD verhinderte eine offensive, Gewalt als Möglichkeit des politischen Handelns nicht »perspektivlos« ablehnende Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die – so kann man doch wohl die Intentionen der Verfasser deuten – andernfalls hätte erfolgreich verlaufen können (vgl. Wette, S. 363 ff.; Lademacher, S. 405 ff., 420 ff.).

Der von der SPD konsequent durchgehaltene Legalismus beruhte auf zwei Prämissen: 1. auf der im Görlitzer Programm ausgesprochenen politischen Überzeugung, daß die demokratische Republik »die durch die geschichtliche Entwicklung unwiderruflich gegebene Staatsform« war; 2. auf der Auffassung, daß die Verwirklichung des Sozialismus wegen

---

Lerda übersiedelte sie Ende der 90er Jahre nach Rom, war dort als Korrespondentin des »Vorwärts« tätig und schrieb außerdem weiter in der »Neuen Zeit«, im »Kampf« und in der »Gesellschaft«.

7 Vgl. hierzu *Ernst-Viktor Rengstorf*, Links-Opposition in der Weimarer SPD. Die »Klassenkampf-Gruppe« 1928–1931, Hannover 1976. – Auf S. 387 behauptet *Wette* unter Berufung auf *Hanno Drechsler*, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), Meisenheim a. G. 1965, S. 73, die SAP sei der Auffassung gewesen, die Nationalsozialisten müßten an der Regierung beteiligt werden, damit sie sich abnützten. Drechsler spricht jedoch von der Linksopposition in der SPD auf dem Parteitag 1931; auch sind deren Aussagen inhaltlich nicht so interpretierbar, wie *Wette* sich äußert.

8 Vgl. *Helga Grebing*, Faschismus, Mittelschichten und Arbeiterklasse. Probleme der Faschismus-Interpretation in der sozialistischen Linken während der Weltwirtschaftskrise, in: IWK, Jg. 12, 1976, H. 4, S. 443–460.

der Bewahrung seiner humanen Inhalte ohne die Mittel der Gewalt auf dem Boden des demokratischen Staates erfolgen mußte (vgl. z. B. Hilferdings Rede auf dem Kieler Parteitag 1927). Beide Prämissen, die gewiß in Teilaspekten abwichen von Auffassungen, wie sie vor 1918 vertreten worden waren, resultierten aus den historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung im Kaiserreich und aus der Reflexion der Ergebnisse der Oktoberrevolution. Keineswegs widersprüchlich, wie *Wette* meint, sondern naheliegende strategische Konsequenz aus dieser prinzipiellen Haltung war die Auffassung, daß zum Schutze der Demokratie Gegengewalt von der Arbeiterbewegung organisiert und ausgeübt werden mußte, wenn der demokratische Staat diesen Schutz nicht mehr garantierte[9].

Historiker mögen diese Prämissen, in Kenntnis ihrer historischen Konsequenzen, kritikwürdig finden, weil der historischen Lage nicht angemessen. Doch ist es m. E. noch weniger angemessen, das Aufgeben von Prinzipien zu erwarten, das die inhaltliche Substanz der sozialistischen Überzeugungen zerstören mußte. Ganz abgesehen von dem nicht voraussehbaren Ausgang einer gewaltsamen, bürgerkriegsartigen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (Preisfrage: Hätte Lenin die Oktoberrevolution gemacht, wenn er vorher deren humane Kosten gekannt hätte?): Es gibt historische Lagen, in denen humane Prinzipien und auf ihnen beruhende Bewegungen nicht erfolgreich sein können. *Gottfried Niedhart* hat in seinem Beitrag über die Friedenspolitik der Labour Party nach 1919 auf diesen Zusammenhang aufmerksam gemacht (S. 641–679, hier vgl. S. 652 f.). Wenn – wie es die Auffassung der Labour-Politiker war – Sozialismus mit keiner Form von Gewalt korrelieren sollte, dann war – und auch dies sahen die Labour-Politiker – für den Fall gewaltsamer Auseinandersetzungen die Niederlage der Arbeiterklasse voraussehbar; deshalb waren sie der Auffassung, daß das kapitalistische System langsam seinem natürlichen Ende entgegengehen müsse; wolle man dies beschleunigen, riskiere man eine faschistische Reaktion.

Solche Interpretationsvarianten – weitere werden folgen – müssen wohl ausdrücklich dagegen verwahrt werden, daß sie einen rechtfertigenden Charakter haben. Inzwischen scheint es eine gewisse Ängstlichkeit unter Historikern aller Richtungen zu geben, daß in den Verruf der Affirmation gelangt, wer »richtig«- und »falsch«-Konstatierungen vermeidet oder gar ablehnt. Daraus folgt leider eine bisweilen fast schon unerträglich werdende Besserwisserei des Nachbetrachters, der häufig noch in der Pose des Anklägers auftritt. Der Rezensentin geht es vielmehr darum, auf die Notwendigkeit der umfassenden und zugleich präzisen Beschreibung von Denken und Handeln und der sie bedingenden Faktoren hinzuweisen, ihr geht es um die möglichst genaue Analyse von Situationen, um den Aufweis, wie Bedingtes seinerseits Bedingung wird. Dies könnte davor bewahren, historische Möglichkeiten, in diesem Fall der SPD, zu überschätzen und einen Katalog von Fehlern aufzustellen, der schließlich auch nichts wiedergutmacht. Dies ist übrigens keine Absage an die kategoriale Durchdringung des historischen Materials, wohl aber die Forderung, die »simplistische Neigung« (Bloch) zu Homogenisierungen des historischen Materials zu vermeiden.

*Lademacher* setzt seine Kritik am Legalitätsprinzip der SPD tiefer an, als bisher vermittelt werden konnte: »Indem die Partei sich darauf fixierte, den Status der Legislative zu erhalten und die Parteiendemokratie in ihrem ganzen Pluralismus anzuerkennen, vollzog sie insofern eine Trennung von Politik und Gesellschaft, als sie den Grundwiderspruch eben dieser Gesellschaft, den Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Ordnung der Produktionsverhältnisse, nicht mehr hinterfragte oder gar politisch aktualisierte. Der in der kapitalistischen Wirtschaftsweise prinzipiell enthaltene Gewaltcharakter, der sich in der privaten Aneignung als permanente Enteignung des Produ-

9 Vgl. *Helga Grebing*, Arbeiterbewegung und Gewalt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 29, 1978, H. 2, S. 65–77.

zenten äußert, wurde einem Legalitätsdenken unterworfen, das sich als Anerkennung vorhandener Strukturen bietet und im eigentlichen Sinne als Überbau-Phänomen klassifizieren läßt« (S. 405). Lademacher exemplifiziert diese Auffassung auf zwei Ebenen: 1. an den theoretischen Vorstellungen von Rudolf Hilferding; 2. an der Praxis der Legalität.

Hilferding wird von *Lademacher* m. E. gleichzeitig über- und unterschätzt; überschätzt, weil dessen Rede in Kiel hochgespielt wird zu einem theoretischen Entwurf, beinahe möchte man sagen: vom Range eines Werkes wie »Das Finanzkapital«; unterschätzt, weil er so dargestellt wird, als sei er ein Ignorant, der nicht mehr in seinem Kopfe hatte, was er selber im »Finanzkapital« geschrieben hatte.

»Hinterfragt« wurde nämlich durchaus, wenn zwar auch nicht von »der Partei«, so doch von Hilferding und den Autoren der »Wirtschaftsdemokratie«, der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und den – wie Hilferding sich ausdrückte – aus den früheren Epochen des Kapitalismus stammenden Eigentumsverhältnissen. Hilferding hatte keine Illusion über das Ergebnis der Revolution: »eine kapitalistische Demokratie – bis zur nächsten geschichtlichen Gelegenheit«[10]. Die Autoren der »Wirtschaftsdemokratie« ließen auch keinen Zweifel daran, daß »der organisierte Kapitalismus das Kapitalverhältnis nicht verändert« habe[11]. Wenn Hilferding nach Lademacher dem Staat in der vorliegenden Form »die ausschließliche Hebelfunktion im Übergang vom planenden, organisierten Kapitalismus zum Sozialismus« anvertraut haben soll, so ist das verkürzt ausgedrückt. Denn die Staatsmacht in der Demokratie ist nach Hilferding von den Kräfteverhältnissen unter den sozialen Klassen abhängig, die durch die Parteien und die Wirtschaftsverbände repräsentiert werden. Hilferding sah also durchaus (was Lademacher ihm nicht zugesteht) die Beschränkung des Herrschaftsmonopols des Staates durch außerparlamentarische Kräfte. Auf dieser Einsicht beruht nämlich die das Verhältnis von Arbeiterbewegung und demokratischer Republik bestimmende Feststellung Hilferdings, daß in der demokratischen Republik der Staatswille »im steigenden Maße« durch den politischen Willen der organisierten Arbeiterbewegung beeinflußt werde. Insofern ist die Kennzeichnung der Funktionen, die Hilferding dem Staat zuweist, durch Lademacher als »ausschließliche Hebelfunktion« unscharf. Auch noch aus einem anderen Grunde: Hilferding teilt nämlich den Transformationsprozeß vom Kapitalismus in den Sozialismus in zwei Abschnitte (jedenfalls 1924 in »Probleme der Zeit«[12]): 1. »die Ausgestaltung der Ökonomie«; sie geht »in andauernder organischer Entwicklung«, also »evolutionär« vor sich; 2. der »Übergang der politischen Macht von einer Klasse auf eine andere«; er vollzieht sich »in einem relativ kurzen Akt, also revolutionär«.

Im Kontext solcher Vorstellungen Hilferdings erhält seine Rede in Kiel ein anderes Gewicht, eine mehr taktische Funktion im Zusammenhang mit den beiden Abschnitten der Transformation. Es galt, Handlungsspielräume anzugeben und mit den unveränderten allgemeinen sozialistischen Zielvorstellungen so zu vermitteln, daß die konkrete historische Situation und die Bewußtseinshorizonte der konkreten Arbeiterbewegung in Übereinstimmung gebracht werden konnten; deshalb gab Hilferding als mittelfristige Zielprojektion an: Es sei die gesamte Arbeiterklasse zur Partei zu erheben, was hieß: die christlichen und die kommunistischen Arbeiter überhaupt zu bzw. zurückzugewinnen; deshalb wurde mit Preußen als Etappenziel die Eroberung der Staatsmacht im Rahmen der Bedingungen der demokratischen Republik postuliert.

Daß die Lage nicht so günstig war, wie man zu hoffen wünschte, zeigt nicht nur das Mißtrauen der Linken in Hilferdings Analyse der Staatsfunktionen, dies zeigt auch der starke appellativ-beschwörende Charakter mancher Aussagen von Hilferding selbst und – be-

10 So überliefert *Julius Braunthal* ein Gespräch mit Hilferding 1919; vgl. Auf der Suche nach dem Millenium, Wien 1964, S. 238.

11 Vgl. *Fritz Naphtali*, Wirtschaftsdemokratie, Frankfurt 1966, S. 27, 153.

12 Vgl. Die Gesellschaft, Bd. 1, 1924, S. 3.

trachtet man den ganzen Parteitag – auch die Reaktion der Nur-Pragmatiker bzw. der Rechten: »[...] aber wenn wir nicht alle Macht konzentrieren und alle Machtpositionen aufrecht erhalten, kann uns in der Tat ein deutsches Mussolinien beschert werden, und es ist dann auch um alle bescheidenen Bestimmungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik vorbei. Dann wird uns das Kapital viel mehr diktieren als in Italien, weil wir eine andere wirtschaftliche Struktur haben«[13].

Diese korrigierenden Bemerkungen zu Lademachers Hilferding-Interpretation bedeuten keine generelle Distanzierung von seiner Interpretation; besonders in zwei Punkten ist Lademacher zuzustimmen: daß Hilferdings Annahme von der Ausschaltung der Konkurrenz zu optimistisch war; daß seine Auffassung von der krisenmildernden Effizienz des Organisierten Kapitalismus »eine unrealistische Prospektion« war – beides übrigens gemessen an anderen zeitgleich erfolgten Analysen des Kapitalismus.

Wenn nun aber Lademacher an Hilferding (S. 408) kritisiert, er habe nicht »die Formen und Möglichkeiten der Bewußtseinsbildung hinterfragt«, bzw. wenn er der SPD insgesamt (S. 412) vorwirft, sie habe ihre Aufgabe der »Förderung von Klassenbewußtsein« nicht wahrgenommen, so ist dieser Beurteilung zu widersprechen; zumindest muß hier wieder einmal differenziert werden: Hilferding war sehr wohl über die defizitäre Bewußtseinslage der Arbeiterschaft – gemessen an ihren historischen Aufgabenstellungen – besorgt. Denn nach Hilferdings Auffassung mußte der umfassenden gesellschaftlichen Zentralisation der Produktion die Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Betriebe vorausgehen; Hilferding war skeptisch, ob die Arbeiter dazu in der Lage seien; deshalb legte er ein großes Gewicht auf die Erziehungs- und Bildungsprobleme: »Das notwendige Korrelat der politischen Demokratie, Bedingung und Erfolgsbürgschaft des Gebrauchs und des Besitzes politischer Macht, ist die Eroberung der Bildung, des Wissens, der Kultur, über die die Gesellschaft verfügt«[14].

Nun ist der Gedanke (Hilferdings) gewiß nicht die Tat (der Partei) gewesen; aber was die Partei hätte tun sollen, läßt sich weder entscheiden mittels Ratschlag von Autoren wie z. B. Frank Deppe (Das Bewußtsein der Arbeiter) oder Paul Mattick (Spontaneität und Organisation)[15], die vom negativen Ausgang her zu denken in der bevorzugten Lage sind, noch durch die ständige Berufung auf artikulationsfähige linke und rechte Randgruppen in der SPD – Randgruppen jedenfalls, gemessen an den 937 381 Mitgliedern (ohne SAJ), die die Partei am 31. 12. 1928 hatte. Über sie müßte man über sozialstatistische Angaben hinaus qualitativ viel mehr wissen, ehe man sagen kann, was der »Bewußtseinsformung« der Arbeiterklasse dienlich gewesen wäre und was nicht.

Wie Wette wendet sich auch Lademacher der »Praxis der Legalität« der SPD, insbesondere nach dem Staatsstreich Papens in Preußen, zu. Er verwertet in seiner Analyse u. a. die Protokolle der Parteiausschußsitzungen vom November und Dezember 1932 und Januar 1933, die ihm im Archiv der sozialen Demokratie zugänglich waren; die Materialien sind inzwischen in der hervorragenden Edition von Hagen Schulze allgemein zugänglich[16]. Lademachers sich auf die Protokolle beziehendes Analyseergebnis ist deshalb überprüfbar. Lademacher stellt fest, daß von der Sozialdemokratie »die Gewalt als Möglichkeit politischen Handelns, als Weg einer Konfliktlösung perspektivlos abgelehnt wurde« und die

13 *Carl Severing*, in: *Protokoll des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Kiel 1927*, S. 202.

14 Probleme der Zeit, in: Die Gesellschaft, Bd. 1, 1924, S. 4.

15 Auf diese Autoren bezieht sich *Lademacher;* vgl. *Frank Deppe*, Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971; *Paul Mattick*, Spontaneität und Organisation. Vier Versuche über praktische und theoretische Probleme der Arbeiterbewegung, Frankfurt 1975.

16 *Hagen Schulze* (Hrsg.), Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33 (= AfS-Beiheft 4), Bonn-Bad Godesberg 1975.

Partei, »ohne recht eigentlich über den Willen der Basis zu reflektieren, letztlich zur Tagesordnung« überging (S. 422).
Die Durchsicht desselben Materials ergibt für die Rezensentin ein wesentlich differenzierteres Bild; nur auf einige unterschiedliche Punkte der Deutung sei hingewiesen: 1. Es gab offenbar eine Art gegenseitiger Blockierung zwischen der Parteiführung (diese meint wohl Lademacher, wenn er zwischen der Partei und deren Basis unterscheidet) und den Mitgliedern vor Ort, die hervorgerufen worden war durch eine auf gegenseitigem Mißverstehen beruhende Erwartungshaltung: Beide warteten auf das Zeichen von der jeweils anderen Seite. Wels sagte in seinem Schlußwort auf der Sitzung des Parteiausschusses am 10. November 1932 u. a. unter Bezug auf das Jahr 1918 und unter direkter Verwendung des berühmten Satzes von Kautsky: »Damals haben wir das Wort erlebt, daß Revolutionen nicht gemacht werden, sondern daß Revolutionen werden. [. . .] Wir machen keine Revolution, sie kommt«[17]. Nun kann man über einen solchen Satz hinweggehen, indem man ihn als typisches Produkt revolutionären Attentismus qualifiziert. Man kann aber auch diese im Traditions- und Erfahrungshorizont der Sozialdemokratie fest verankerte Auffassung ernst nehmen und situationsbezogen überprüfen.
Es hatte schließlich – und dies auch nicht erst seit 1930 – auf lokaler Ebene bemerkenswerte Zeichen militanter Aktivität gegen die Nationalsozialisten gegeben, die zusammengenommen eine erhebliche Kampfbereitschaft ergaben. Wenn die Massen begannen, dann – so wieder Wels in seiner Antwort an Lipinski – »wirst Du Dich nicht verblüffen lassen. Wir haben auch nicht geschlafen«[17] (was, auf Wels' eigene Erfahrung im November 1918 bezogen, stimmt). Die Parteimitglieder, zwar geübt in spontanen lokalen Aktionen auf einem Feld unmittelbar durchschauter Erfahrung (insofern gehörte spontanes politisches Handeln durchaus zu ihrem Repertoire, aber eben nur unter bestimmten Bedingungen), warteten jedoch für den strategisch angelegten Großkampf auf das Zeichen der Führer, das bekanntlich nicht kam.
Hier stellt sich 2. die Frage nach den Gründen der Resignation der Führer. Es ging ja nicht um eine bloße Demonstration, zu der die Massen alleine auf die Straße gehen würden und die Führer allenfalls zu überlegen hatten, wie man sie wieder nach Hause bringen konnte. Es ging schließlich um einen revolutionären Bürgerkrieg – so muß doch wohl das, was seinerzeit erwartet oder befürchtet worden ist und was Historiker meinen, wenn sie alternative Möglichkeiten ins Kalkül ziehen, genannt werden. War der spontane lokalbezogene Radikalismus zu transformieren in den langen Atem, der zum erfolgreichen Bestehen eines so exorbitanten Kampfes notwendig war? Welches ins strategische Kalkül einzubeziehende Ausmaß hatten die Demoralisierung der Arbeiter und die Schwächung ihrer Organisationen durch die Weltwirtschaftskrise? Diese produzierte zwar aggressive Radikalität als Ausdruck von Verzweiflung; doch auch unbeirrbares Durchstehvermögen selbst dann, wenn sich die Lebenssituation der potentiellen Kämpfer und ihrer Familien vorübergehend noch mehr verschlechtern würde? Wie weit, wie generell gilt eigentlich das Argument, das Lademacher selbst bringt (S. 425), daß man sich in der Tat wird fragen müssen, »ob nicht das Erlebnis und die Erfahrung des Krieges, durch den der größte Teil der sozialdemokratischen Mitglieder hindurchgegangen war, jede Form der Gewaltanwendung hat ablehnen lassen«? War dann aber nicht zu unterscheiden zwischen akuter Kampfbereitschaft und langfristiger Kampffähigkeit? Erklärt diese Differenz nicht einiges von dem Widerspruch zwischen den zeitgleichen Äußerungsformen und den späteren Erinnerungen der seinerzeit Kampfbereiten und den zeitgleichen oder späteren Einlassungen der Parteiführer?
Hier sind erst einmal Fragen zu stellen gewesen, die dazu veranlassen sollen, gegen den überwiegenden Trend in der Historiographie gewissermaßen antizyklisch die Überlegungen der Parteiführung nicht einfach als bloße Schutzbehauptungen abzutun, sondern sie zu

17 *Schulze*, Anpassung, S. 70.

überprüfen. Dazu hat schon Hagen Schulze angesetzt, der auf den zunehmenden Gegensatz zwischen Partei- und Gewerkschaftsführung hingewiesen hat, der sich eindeutig aus den Protokollen ergibt, und auf die Bedeutung des »Neins« der Gewerkschaftsführer zum Generalstreik für die Verstärkung der resignativen Beurteilung der Kräfteverhältnisse[18].
Hier an dieser Stelle ist überzuleiten zum 3. Punkt der Differenz zur Interpretation von Lademacher. Nicht nur die SPD und die Gewerkschaften stellten – beginnend mit der Auseinandersetzung um den Charakter der Krise 1931, verstärkt dann 1932 – keine Einheit mehr dar; die Arbeiterbewegung insgesamt war hoffnungslos zerspalten. Aber es war weder »sozialdemokratische Intransigenz« noch »Kommunistenfurcht« (S. 429), die »unter der Drohung des Faschismus« (so der Titel eines Artikels von Hilferding in der »Gesellschaft« im Januar 1932) keine Einheitsfront zustande kommen ließ, sondern auf handfeste Erfahrungen gegründetes, jahrelang angesammeltes Mißtrauen, das sich nicht in wenigen Wochen beseitigen ließ. Merkwürdige kommunistisch-nationalsozialistische, gegen die Sozialdemokratie gerichtete Allianzen infolge der Sozialfaschismus-Politik hatten zusätzliche Irritationen hervorgerufen: im Juli 1931 die Beteiligung der KPD am Volksbegehren von Stahlhelm, NSDAP, DNVP u. a. zur Auflösung des Preußischen Landtages; im Mai 1932 nach den Landtagswahlen der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die Regierung Braun; im November 1932 der Berliner Verkehrsarbeiterstreik, bei dem KPD- und NSDAP-Vertreter die Streikleitung bildeten. Das ZK der KPD hatte im Februar 1932 seine Politik nochmals eindeutig festgelegt: Der Hauptstoß war gegen die Sozialdemokratie zu richten, die Arbeitermassen sollten gegen den Sozialfaschismus mobilisiert werden; denn die SPD galt als der »gegenwärtig aktivste Faktor der Faschisierung« und als »Wegbereiter für Hugenberg-Hitler«. Diese Linie war im Laufe des Jahres 1932 durch mehrere inhaltsgleiche Verlautbarungen bestätigt worden[19]. Weder dies alles erwähnt Lademacher noch die aufschlußreiche Tatsache, daß, wie aus den Parteiausschuß-Protokollen zu entnehmen gewesen wäre, gerade die ehemaligen USPD-Führer – Hilferding, (mit Einschränkungen) Breitscheid, Crispien, Mathilde Wurm, Dittmann, Aufhäuser – dringend von einer Einheitsfront mit der KPD abrieten (wie übrigens Otto Bauer auch).
Insgesamt sind Lademacher wie Wette bei ihrer Darstellung der »Praxis der Legalität« zu stark fixiert auf die Arbeiterbewegung selbst, bzw. sie blenden die Rahmenbedingungen, die den Handlungsspielraum der gesamten Arbeiterbewegung einengten, und dies seit 1920, weitgehend aus. Die Frage nach der Macht des Gegners und nach den ihn begünstigenden Momenten im historischen Prozeß wird nicht gestellt; dabei würde erst eine Antwort auf diese Frage zu einer Antwort auf eine weitere Frage führen: ob denn die organisierte Arbeiterbewegung überhaupt über das Maß an proletarischer Gegenmacht verfügen konnte, um dem gegen sie entfesselten Vernichtungsfeldzug erfolgreich widerstehen zu können[20].
Hilferding hatte diese verengte Perspektive nicht, als er sich an der Diskussion über das Scheitern der Arbeiterbewegung beteiligte. Lademacher benutzt zur Darlegung der Position Hilferdings nach 1933 dessen Briefwechsel mit Karl Kautsky und Paul Hertz; die Rezensentin kennt diesen Briefwechsel ebenfalls und hat wiederum einige Einwände dagegen, wie Lademacher Hilferding interpretiert. Diese Einwände mögen nicht von großem Gewicht, aber vielleicht doch insofern nützlich sein, als sie das bei Lademacher etwas einseitig geratene Bild von Hilferding korrigieren: Im April 1933 schreibt Hilferding an Kautsky, wie Lademacher auch überliefert (S. 434), daß man den Willen der Arbeiterklasse, »unter

18 *Schulze*, Anpassung, S. XVIII.
19 Vgl. hierzu *Siegfried Bahne*, Die KPD und das Ende von Weimar. Das Scheitern einer Politik 1932–1935, Frankfurt 1976.
20 Die Rezensentin bezieht sich hier auf einen noch unveröffentlichten Aufsatz von *Richard Saage*, Reformismus und Krise. Vergleichende Anmerkungen zum Handlungsspielraum der reformistischen Arbeiterbewegung in den ersten parlamentarischen Demokratien in Deutschland und in Österreich.

allen Umständen die Demokratie zu erhalten, das Politische, die Freiheit, über das Materielle zu stellen, wohl unterschätzt« habe. Gleichzeitig ist die Rede davon, daß das Niederdrückendste »die Leichtigkeit ist, mit der der Faschismus gesiegt hat und den Sieg befestigt«. Im September 1933 (Lademacher erwähnt diesen Brief an Kautsky nur im Vorbeigehen, vgl. S. 441) wird er noch deutlicher: »Es war aber ein Versagen der Arbeiterklasse selbst, gewiß erklärlich aus der historischen Situation, das aber nicht unkritisiert bleiben kann, wenn man den Mangel an Freiheitswillen und die sich immer wiederholende Kapitulation vor dem Nationalsozialismus in den deutschen Arbeitermassen bekämpfen will«[21].

Dies ist wirklich wieder die Haltung der Führenden, die sich im nachhinein beklagen, das »falsche Volk« gewählt zu haben. Aber in diesem Brief deutet Hilferding auch an, daß es eine Zeit gegeben hat, in der die (das Folgende determinierenden) Fehler gemacht worden sind: »Unsere Politik in Deutschland war seit 1923 sicher im großen und ganzen durch die Situation erzwungen und konnte nicht viel anders sein. Zu diesem Zeitpunkt hätte auch eine andere Politik kaum ein anderes Resultat gehabt. Aber in der Zeit von 1914 und erst recht von 1918 bis zum Kapp-Putsch war die Politik plastisch und in dieser Zeit sind die schlimmsten Fehler gemacht worden«[22].

Ein großer Teil der grundsätzlichen Einwände gegen Wettes und Lademachers methodologische Verfahrensweise und inhaltliche Interpretation trifft auch den Aufsatz von *Almut Schunck* und *Hans-Josef Steinberg* über die österreichische Sozialdemokratie (»Mit Wahlen und Waffen. Der Weg der österreichischen Sozialdemokratie in die Niederlage« – S. 461–495); sie sollen nicht wiederholt werden, statt dessen werden einige neue kontroverse Diskussionspunkte aufgegriffen.

Der Beitrag der Autoren beruht im wesentlichen auf der Wiederholung und Fortführung der in der Motivation entgegengesetzten, im Ergebnis jedoch ähnlichen Untersuchungen von Hans-Jörg Sandkühler / Rafael de la Vega und Norbert Leser über den Austromarxismus[23]. Lesers Diktum über den Austromarxismus: »ein fast perfekter Irreführungsmechanismus« wird als ein Motto dem Beitrag vorangestellt. Die austromarxistische Strategie, niedergelegt im Linzer Programm von 1926, erwies sich im Ergebnis ihrer praktischen Anwendung nach Auffassung der Autoren als eine phrasenhafte »Politik des Bluffs« (Leser), an der einzig der »Mechanismus des routinierten Rückzugs« (Leser) den Autoren eine gewisse Bewunderung abzuverlangen scheint. Der 12. Februar 1934 war dann der Schlußpunkt des »Fiasko[s] der austromarxistischen Strategie«, das am 15. Juli 1927 begonnen hatte: »Die Strategie des Austromarxismus hat sich hinter dem Schwall von Drohungen mit Gewalt als attentistisch und gegenüber dem Faschismus als untauglich erwiesen, weil sie in der Tat nur ein in Zwiespältigkeit begründeter Bluff war, den seit 1927 die Gegenseite nicht mehr ernst nahm« (S. 482). Die permanente Drohgebärde und die Abqualifizierung der bürgerlichen Gegner als eine reaktionäre Masse verhinderten auch den Weg in die Koalition, die sich nach 1927 einige Male anbot.

Nun hat schon Gerhard Botz zur Erklärung der defensiven Haltung der Parteiführung im Juli 1927 (indirekt gegen Leser gerichtet) eingewendet, daß es 1927 »noch nicht um die Alternative halbfaschistische Diktatur oder parlamentarische Demokratie [ging], die gerade als Kampfboden der sozialdemokratischen Bewegung praktisch unumstritten war. Diese Alternative wird erst aus historischer Sicht erkennbar«[24]. Und Rudolf Neck hat über-

21 Hilferding an Kautsky, 23. Sept. 1933, Nachlaß Kautsky, D XII 661, IISG Amsterdam.

22 Auf die Bedeutung dieser Stelle hat schon einmal *Eberhard Kolb*, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962, S. 7, hingewiesen.

23 Vgl. *Norbert Leser*, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien 1968; *Hans-Jörg Sandkühler / Rafael de la Vega*, Austromarxismus, Frankfurt 1970.

24 *Gerhard Botz*, Der ›15. Juli 1927‹, in: *Rudolf Neck / Ludwig Jedlicka* (Hrsg.), Österreich 1927 bis 1938, Bd. 1, München 1973, S. 38.

zeugend dargelegt, daß, gemessen an der Unterdrückung, die vorausgegangen war, die Bewegung im Februar 1934 »gewaltig« gewesen sei. Die Schwäche der Führung 1933/34 sei offenkundig, aber verständlich; die Niederlage beruhe aber nicht auf militärischen Führungsmängeln, sondern habe ihre Ursache in dem Fehlen eines politischen Kampfzieles gehabt. Dies weise weiter zurück: auf die »ideologischen Mängel« des Linzer Programms und auf die unzulängliche (schizoide) gesellschaftliche Bewußtseinsbildung der österreichischen Arbeiterklasse[25]. Das heißt im Klartext, daß nicht klar war: Wofür kämpft man, wen, was verteidigt man? Den Sozialismus (welchen? den demokratischen, den der Sowjetunion?), die Demokratie, die Republik?

Friedrich Adler hat die Problematik der Konsequenzen einer solchen unklaren Zielperspektive wohl schon 1926 auf dem Parteitag in Linz erkannt, da er unter Hinweis auf die Konsequenzen von Faschismus und Bolschewismus für die demokratisch-sozialistische Arbeiterbewegung dazu aufforderte, den Arbeitern, den Soldaten, den Gendarmen klarzumachen, »daß es für alle ein Ideal ist, diese Republik zu verteidigen«[26]. Und Otto Leichter hat das nicht mehr auflösbare Dilemma, den dialektischen Gegensatz, wie er sagte, 1932 so definiert: Das Anwachsen des Mißtrauens gegen die Demokratie bei den Arbeitern stehe im diametralen Gegensatz zu der Notwendigkeit, den Kampf um die Demokratie als Kampf für den Sozialismus zu führen[27]. Otto Bauer hat dann erst im Juli 1933 die Parole ausgegeben, die nicht mehr anfeuerte: Wir kämpfen um die Demokratie[28]. Er hat nach der Niederlage wie Hilferding einen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen 1918 und 1933 gesehen, und in dieser Sicht steckt doch wohl mehr als ein magerer Selbsttrost: Die Revolution 1918 hat unter schwerstem äußeren Druck die sozialistische Umwälzung der Gesellschaft nicht auf die Tagesordnung der Geschichte gestellt; die Folge davon war die Niederlage 1933 bzw. 1934.

Der umfangreiche Beitrag von *Arnold Sywottek* über »Die Opposition der SPD und der KPD gegen die westdeutsche Aufrüstung in der Tradition sozialdemokratischer und kommunistischer Friedenspolitik seit dem Ersten Weltkrieg« (S. 496–610) kann in seinen einzelnen Argumentationslinien hier nicht nachvollzogen werden. Er ist – insgesamt gesehen – ein außerordentlich gelungenes Beispiel für die Einordnung einer speziellen Fragestellung in die gesamte Tradition der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Der Arbeitsansatz ist präzise: Es geht um die Darlegung der Grundsatzdiskussionen in beiden Parteien als Momente der Erfahrung. Auf Forschungslücken und -probleme wird immer wieder aufmerksam gemacht, jede Homogenisierung des noch nicht voll erschlossenen historischen Prozesses vermieden: vgl. z. B. S. 516 die Bemerkung, daß über das Bewußtsein, die Ideologie der Masse der KPD-Mitglieder (am Ende der Weimarer Republik) kaum etwas bekannt sei; oder S. 538 im Zusammenhang mit der Feststellung, daß die Aufrüstung offensichtlich keine so zentralen Bedürfnisse der Bevölkerung tangierte, die Bemerkung, daß die politische Kultur der Gründungsphase der Bundesrepublik noch zu wenig erforscht sei. Auch mit häufig zustimmend rezipierten Literaturpositionen wie denen von Theo Pirker[29] oder von Wolf-Dieter Narr[30] setzt sich Sywottek (im Unterschied zu Wette und Lademacher, die in ihren Beiträgen entgegengesetzte Literaturpositionen vermischt und ungewichtet benutzen) kritisch auseinander (vgl. S. 539, 561, 600, Anm. 496).

---

25 *Rudolf Neck*, Thesen zum Februar 1934. Ursprünge, Verlauf und Folgen, in: Protokoll des Symposiums in Wien, 5. Februar 1974, Wien 1975. – Die Thesen wurden erweitert in dem von Neck vorgelegten Arbeitspapier für die 10. Linzer Konferenz der Historiker der Arbeiterbewegung 1974.

26 *Protokoll des Parteitages in Linz*, S. 300 f.

27 *Otto Leichter*, Ende des demokratischen Sozialismus? Wien 1932.

28 *Otto Bauer*, Um die Demokratie, in: Der Kampf, Jg. 26, 1933, H. 7, S. 269–276.

29 Vgl. *Theo Pirker*, Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei 1945–1964, München 1965.

30 Vgl. *Wolf-Dieter Narr*, CDU – SPD. Programm und Praxis seit 1945, Stuttgart 1966.

Die Arbeiten von *Frank Ernestus* (»Independent Labour Party 1910–1918. Versuch einer Friedenspolitik« – S. 611–640) und *Gottfried Niedhart* (»Friedensvorstellungen, Gewaltdiskussion und Konfliktverhalten in der britischen Labour Party 1919–1926« – S. 641–679) beziehen sich auf Themenfelder, die von der Geschichtsschreibung in der Bundesrepublik über die Arbeiterbewegung bisher völlig vernachlässigt worden sind (die Ausnahme Gerhard A. Ritter bestätigt die Regel). Beide Beiträge unterstreichen indirekt die Notwendigkeit eines vergleichenden Arbeitsansatzes über die Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung; vieles inzwischen stromlinienförmig Zurechtgemachte in der Geschichtsschreibung der deutschen Arbeiterbewegung würde relativiert. Nur ein Beispiel sei nochmals hervorgehoben: Der Zusammenhang von Gewaltlosigkeit und demokratischem Weg des Sozialismus ist – in Auseinandersetzung mit dem Weg der Bolschewiki und in scharfer Abgrenzung von ihm – unmittelbar nach 1917 von den Labour-Führern im Vergleich zu den deutschen Parteiführern nicht minder prononciert zum zentralen politischen Thema gemacht worden: Die im parlamentarischen System verankerte Sozialdemokratie sollte als Bollwerk gegen Bolschewismus und Bürgerkrieg gestärkt und reorganisiert werden (vgl. S. 649 f.).

*Siegfried Bahne* untersucht in seinem Beitrag (»Einige Bemerkungen zum Gewaltproblem in der Kommunistischen Internationale« – S. 680–697) die Kontinuität in der kommunistischen Beurteilung der Gewaltfrage, aber auch die Anpassung der Beurteilung an die jeweils gültige Taktik. Stärker als in der Komintern-Periode werde im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen mit der KPCh hervorgehoben, daß die Arbeiterklasse zwar durch den Klassengegner in die Lage versetzt werden könne, Gewalt anwenden zu müssen, daß sie aber die gewaltlosen Methoden vorziehe.

*Vladimir Horsky* bearbeitet auf der Basis seiner großen 1975 erschienenen Studie »Prag 1968« unter dem Titel »Gewaltloses Freiheitsengagement als Faktor der Systemtranszendierung« (S. 698–759) noch einmal den Fall Tschechoslowakei 1968. Das Ergebnis seiner Überlegungen ist: Ohne Gewaltverzicht wäre die Einheit zwischen Volk und Reformern nicht möglich gewesen oder: »Positiv ausgedrückt: die tschechoslowakische Erfahrung hat gezeigt, daß auf dem Boden einer postkapitalistischen Gesellschaft sich die Reformbewegung ihrer inneren Gegner mit gewaltlosen Methoden entledigen kann; zugleich legte sie nahe, daß diese Methoden mehr bewirken können als die gewaltsamen« (S. 751).

In ihrer Zusammenfassung: »Frieden und Gewalt in den Handlungsmustern der sozialistischen Arbeiterbewegung« (S. 763–808) vermeiden die beiden Herausgeber *Johannes Schwerdtfeger* und *Wolfgang Huber* ein zu anspruchsvolles generalisierendes Verfahren. Ihre Vogelschauperspektive ermöglicht es ihnen, Ungleichgewichtungen, die zwischen den bzw. innerhalb der Einzelbetrachtungen aufgetreten sind, zu korrigieren, Fragen, die offen sind, offen zu lassen, vor allem aber auch die Rahmenbedingungen klarer zu bezeichnen. Daß sie einige analyseersetzende Topoi und blickverengende Interpretationsmuster aus den Einzelbeiträgen übernehmen, ist nicht anders zu erwarten.

Es wird klargestellt, daß es exogene »Begrenzungs- und Verhinderungsbedingungen« gibt, die die Handlungsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung unmittelbar einschränken oder gar eliminieren: Krisen entschärfen ihr wichtigstes Kampfmittel, den Streik (S. 783); die Weltwirtschaftskrise bedeutete sogar nicht nur Begrenzung, »sondern Auslöschung sozialistischer Handlungsmöglichkeiten« (S. 784); insgesamt stellen sich die gesamtgesellschaftlichen Bedingungen, die Organisationsfragen und die Theorieprobleme »nicht selten als spannungsreiche, mitunter auch dichotomische Konstellationen« dar (S. 768).

Zu den Begrenzungs- und gegebenenfalls Verhinderungsbedingungen zählen die Herausgeber insbesondere auch – ein Aspekt, den die Einzelbeiträge leider nicht untersuchten – die sozialisationsbedingten Verzögerungen in der Veränderung von Bewußtseinsstrukturen und Handlungsmustern: »Dies kann dazu führen, daß für das Handeln in objektiv richtig eingeschätzten Situationen nur Handlungsmuster zur Verfügung stehen, die als gravierende

Begrenzung der Handlungsmöglichkeiten wirken und unter Umständen die mögliche Erreichung des Zieles verhindern« (S. 773). Diese sozialisationsbedingten Verzögerungen bzw. ihr Ausmaß bzw. die Chance, Lücken zu überwinden, sehen die Herausgeber abhängig von der politischen Kultur (ebda.).
Auch die Tatsache der überwiegenden Wirksamkeit der Arbeiterbewegungen im nationalen Rahmen bedeutete eine »objektive Handlungsbegrenzung« insofern, als die Arbeiterbewegungen in diesem nationalen Rahmen vielleicht Teilerfolge errungen haben, »aber doch immer wieder auf dieses, auch die nationalen Ordnungsprinzipien bestimmende System und die in diesem System bestehenden Machtstrukturen« (S. 785) stießen.
Es sind aber auch innere Begrenzungs- oder Verhinderungsbedingungen zu konstatieren. Die Herausgeber zeigen, daß dazu die Nicht-Reflexion veränderter Bedingungen gehört; aus ihr folgt eine »Art habitualisierter Selbstbegrenzung der Handlungsmöglichkeiten« wie z. B. das geschichtsphilosophisch begründete Vertrauen in den Sieg der Arbeiterklasse, der nicht verfrüht aufs Spiel gesetzt werden dürfe; eine derartige Selbstbegrenzung kann dem Gegner Handlungsvorteile verschaffen (S. 774 f.).
Zu der theoretischen Nicht-Reflexion von Handlungsformen und -möglichkeiten in ihrem situations- und bedingungsbezogenen Zusammenhang gehörte auch der Komplex »Spontaneität der Massen«: »Das Problem des Verhältnisses zwischen Spontaneität der Massen und einem auf den Frieden gerichteten Handeln scheint seinen eigentlichen Grund darin zu haben, daß offenbar weder die SPD 1918 noch Lenin noch heutige Theoretiker wirklich theoretisch und praktisch verstanden haben, was mit der ›Spontaneität der Massen‹ gemeint sei, und daß deshalb die entsprechenden Handlungsbedingungen nicht oder nur sehr begrenzt bekannt sind« (S. 781).
Statt der in der sozialistischen Theorie postulierten Einheit der Widersprüche, die im Handlungsvollzug durchzuhalten ist, stellte sich bei der Überprüfung konkreter Handlungssituationen ein Zurückfallen hinter dieses Postulat heraus: statt Einheit der Widersprüche ein Nacheinander, oft Gegeneinander. Der resümierende Schluß, den die Herausgeber daraus ableiten, lautet: Die Handlungsorientierung (via Theorie) und die Handlungsmöglichkeiten (in einer konkreten Situation) sind im Hinblick auf die Verwirklichung angestrebter Ziele »potentiell ambivalent« (S. 769, 803).

Daraus ergibt sich nach Auffassung der Rezensentin zweierlei:
1. Handlungsorientierungen bzw. Weg-Ziel-Vorstellungen werden nur dann die Chance haben, Handlungsmöglichkeiten im Sinne angestrebter Ziele zu nutzen, wenn sie freigehalten worden sind von der unfruchtbaren Spannung zwischen (normativem) Denken und (gedankenlosem) Handeln bzw., wie die klassische Kennzeichnung dieser Spannung in der europäischen Arbeiterbewegung lautet: von dem Dualismus zwischen Theorie und Praxis. Dieser Dualismus »erklärt« dann regelmäßig das Scheitern der Praxis im Horizont der Anforderungen der Theorie; so jedenfalls ist inzwischen wohl die überwiegende Einstellung der Historiker der deutschen Arbeiterbewegung zu kennzeichnen, wobei ja die nachträgliche Option für die (richtige) Theorie meist die Erwartungshaltung des Historikers ausdrückt.
Seltener wird umgekehrt danach gefragt, ob nicht die winzige Praxis oder gar die erfolglose Praxis in Wirklichkeit die Unzulänglichkeit oder gar das Scheitern der Theorie bedeutet. »Schuld« am jeweiligen Debakel der Praxis wäre dann der Theorie zu geben, die nichts anderes gewesen wäre als selbstzweckgesetzte Normativität und instrumentell funktionslos. Die Gefahr bloßer Umkehrung des »Schuldverhältnisses« ist bei einem solchen Verfahren eklatant. Der Problemlage angemessener wäre es daher – und der besprochene Band fordert dazu heraus –, nach den Bedingungen der Reduzierung der potentiell offensichtlich immer vorhandenen Ambivalenz von Handlungsorientierung und Handlungsmöglichkeiten zu fragen. Dies wäre dann vielleicht auch ein Stück – annehmbarer – Lehre aus der Geschichte;

denn während manche Historiker sich noch immer weigern, solche Lehren zu ziehen, betreiben andere dieses Geschäft inzwischen mit allzu ungebrochener Vehemenz.
2. Spätestens nach der russischen Oktoberrevolution des Jahres 1917 lernten demokratische Sozialisten in Europa die Lektion, daß der Sozialismus nur als ein gewaltloser sich verwirklichen lassen konnte; denn Ziel und Mittel mußten unabdingbar miteinander verbunden bleiben: Anders würden die Mittel das Ziel zerstören, ja schließlich an die Stelle des Zieles treten, das nur noch der bloßen Rechtfertigung der zielwidrigen Mittel dient. Diese Einsicht zu haben, bedeutete nach 1918 – in Deutschland und in Österreich –, daß u. U. eine Niederlage des demokratischen Sozialismus angesichts der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse programmierbar war. Um es zu wiederholen: Es gibt historische Lagen, in denen humane Prinzipien und auf ihnen beruhende soziale Bewegungen nicht erfolgreich sein können; deshalb sind diese Prinzipien nicht falsch.

*Ulrich Kluge*

# Krisen des politischen und sozialen Wandels in Deutschland zwischen Kaiserreich und Republik

*Bemerkungen zu jüngsten Beiträgen der neueren westdeutschen Revolutions- und Räteforschung*[1]

## 1. Der Stand der neueren westdeutschen Revolutions- und Räteforschung

Weniger spektakulär als andere Problembereiche der neueren deutschen Geschichte ist die Revolutions- und Rätebewegung von 1918/19 seit etwa zwanzig Jahren immer mehr in den Mittelpunkt des Interesses historischer Forschung gerückt. Zahlreiche Quelleneditionen und Darstellungen in- und ausländischer Historiker sind die vorläufigen Ergebnisse intensiver Bemühungen um die Analyse eines der ereignis- und folgenreichsten Zeitabschnitte in Deutschland. Diese Ergebnisse sind nicht immer kritiklos von der Fachwelt, hauptsächlich in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR, akzeptiert worden, aber es existiert heute eine Reihe von Grundpositionen, die allenthalben Anerkennung gefunden haben. Insgesamt betrachtet, befindet sich die Revolutions- und Räteforschung in unserem Lande auf einer erfolgreichen Entwicklungsstufe: Sie verfügt über ein solides Fundament an Quellen und Darstellungen, sie ist frei geblieben von fruchtlosen und lähmenden Theoriedebatten, und immer neue Forschungsergebnisse werden in nicht allzu ferner Zukunft die Voraussetzungen für eine Gesamtdarstellung der Ereignisse von 1918/19 schaffen.

Die meisten Kritiker der westdeutschen Revolutions- und Räteforschung, vor allem die im eigenen Lande, haben relativ früh eine solche Gesamtdarstellung gefordert, aber bisher selbst keine positiven Forschungsergebnisse vorgelegt und beharren dabei auf dem Standpunkt der Negation der bisherigen Forschungserträge. Ein sachlicher Dialog zwischen den wissenschaftlichen Kontrahenten scheint immer schwieriger und komplizierter zu werden. In der Kritik geht es im einzelnen darum, das Bild von der deutschen Revolution von 1918/19, wie es bis etwa in die Mitte der fünfziger Jahre hinein bestand, in großen Zügen zu restaurieren. Bis zu dieser Zeit herrschte in der Bundesrepublik Deutschland das nur oberflächlich korrigierte nationalsozialistisch geprägte Geschichtsbild vom »bolschewistischen Umsturz« vor, das auf Rechtfertigungsversuchen alter sozialdemokratischer Parteifunktionäre des rechten Flügels (Noske und Stampfer, 1947; Braun und Löbe, 1949; Severing, 1950), ehemaliger Offiziere (Groener und Rossbach, 1950) und konservativer wie rechtsliberaler Historiker (Meinecke, 1946; Eschenburg, 1951; Eyck, 1954) basierte. Allen diesen Versuchen gemeinsam waren Bemühungen, das politische Desaster von 1933 mit der Revolutionszeit von 1918/19 zu verknüpfen und die politischen sowie strukturellen Schwächen der parlamentarischen Demokratie von Weimar als tiefes Dilemma ihrer Genesis herauszustellen, für das die angeblich linksextremistischen Arbeiterräte und Soldatenräte in der Hauptsache verantwortlich gemacht wurden. Einzelne Ansätze zu einer prinzipiell andersartigen Deutung des Revolutionsgeschehens, wie z. B. der Ansatz von Arthur Rosen-

1 *Horst Dähn*, Rätedemokratische Modelle. Studien zur Rätediskussion in Deutschland 1918–1919 (= Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 30), Verlag Anton Hain, Meisenheim 1975, VIII, 584 S.; *Eberhard Kolb / Klaus Schönhoven* (Bearb.), *Regionale und lokale Räteorganisationen in Württemberg 1918/19* (= Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, Bd. 2), Droste Verlag, Düsseldorf 1976, LXXXV, 504 S.

berg (1935) und seine Charakterisierung der Revolutions- und Rätebewegung als demokratischer Bewegung, blieben völlig unberücksichtigt und daher ebenso unbekannt wie in der nationalsozialistischen Zeit. Die neuere hiesige Revolutions- und Räteforschung, die sowohl das Phänomen der »Revolution« als auch die Frage nach den »Chancen der Demokratie in Deutschland nach 1918«, besonders die nach den »in der Revolution verpaßten Chancen« (Rürup) in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses gestellt hat, wird in der Bundesrepublik Deutschland seit einiger Zeit zum Teil heftig attackiert und abgelehnt. Mit dieser Ablehnung verbunden sind Bemühungen einiger Historiker, die relative Offenheit der innen- und außenpolitischen Situation seit November 1918 zu leugnen, eine schicksalhafte Zwangsläufigkeit der Entwicklung und die Handlungsunfähigkeit der politischen Akteure, insbesondere Friedrich Eberts, zu konstruieren, ferner den Popanz der »Bolschewisierung« und des »politischen Chaos«, verursacht durch die Rätebewegung, wieder aufzubauen, weiterhin alle reaktionären Attacken auf die spontane republikanische Gesellschaftsordnung zu verharmlosen, indem die grundsätzlich loyale Haltung Hindenburgs und Groeners gegenüber den neuen Machtverhältnissen betont wird; schließlich gibt es sogar Bemühungen, die längst totgeglaubte »Dolchstoßlegende« behutsam wieder mit Leben zu füllen. Diese Art der Kritik an der neueren Revolutions- und Räteforschung ist bewußt politisch zugespitzt und versucht mit anderen Mitteln als mit forcierter historischer Forschung jahrelanges und durch reiches Quellenmaterial abgesichertes Bemühen um die Darstellung und Analyse der Ereignisse von 1918/19 in Verruf zu bringen. Aber diese oft von radikaler Polemik durchsetzte Art der Auseinandersetzung ist im Grunde unfruchtbar und stößt zumeist ins Leere.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt befindet sich die Revolutions- und Räteforschung einerseits notwendigerweise in der Abwehr solcher Angriffe, andererseits steht sie am Punkt einer neuen wissenschaftlichen Entwicklung: Nachdem die drei Hauptträger der Rätebewegung, die Arbeiterräte (1962), die Betriebsräte (1963) und die Soldatenräte (1975) ausführlich analysiert worden sind, nachdem die wichtigsten innen-, wirtschafts-, militär- sowie außenpolitischen Aspekte der Revolutionszeit berücksichtigt worden sind, gewinnt die Forschung neue Dimensionen. Zum einen sind es quantitative Dimensionen, indem die Zahl der thematisch lokal und regional akzentuierten Quellensammlungen und Studien über das Revolutionsgeschehen, die Entstehung, Entwicklung und über den Abbau der Rätebewegung wächst, zum anderen sind es qualitative Dimensionen, und zwar im Sinne eines neuen gesellschaftsgeschichtlich orientierten Forschungsansatzes, der auch das Problem einer zweifelsfreien Periodisierung des Revolutionsgeschehens in Deutschland aktualisiert.

Aus einem starken Nachholbedarf an Fakten und Analysen stand vornehmlich die Zeit zwischen November 1918 und Frühjahr 1919 im Mittelpunkt des bisherigen Forschungsinteresses, während die *vorhergehende Zeit* und die Entwicklung nach Errichtung der parlamentarisch-demokratischen Ordnung im Reich und in den Ländern im Zusammenhang mit der Frage nach den *Folgen der deutschen Revolution* weitgehend unberücksichtigt geblieben sind. Diese zeitliche Begrenzung steht auch im Zusammenhang mit der weitverbreiteten Anschauung, daß die deutsche Revolution (diese Bezeichnung hat sich statt des unzutreffenden Terminus »Novemberrevolution« mehr und mehr durchgesetzt) vom November 1918 (Beginn der Matrosenrevolte in Kiel) bis zum Februar 1919 (Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar) gedauert habe. Hierdurch aber entsteht die Gefahr, daß vier Monate bedeutender innenpolitischer Entwicklung als eine Art exotischen politischen Intermezzos aus der Reihe der historisch-politischen Ereignisse herausgehoben, mit einem besonderen Etikett versehen und weder zum Ende des Deutschen Kaiserreichs noch zum Beginn der Weimarer Republik gerechnet werden.

Zweifel an der Stichhaltigkeit des Versuchs, die revolutionären Ereignisse als plötzlich eintretende und nur kurzfristig wirksame Sonderentwicklung zu sehen, verstärken seit einiger Zeit historische Studien, die den verfassungspolitischen Bruch mit dem Kaiserreich

und die gesellschaftlichen bzw. politischen Veränderungen während der Zeit des Weltkrieges im engen Zusammenhang sehen, darüber hinaus die Revolution von 1918/19 als Höhe- und Endpunkt der Krise des Deutschen Kaiserreichs herausstellen. In diesem Zusammenhang ist überzeugend nachgewiesen worden, daß die deutsche Revolution »mit Kriegsmüdigkeit, Friedenssehnsucht und Niederlage allein« nicht erklärt werden könne und daß sie »nicht als Mißverständnis, sondern als folgerichtige Konsequenz deutscher Gesellschaftsgeschichte im Weltkrieg« erscheine[2]. Der Kriegsausbruch 1914 und die von schweren inneren Widersprüchen gekennzeichnete Politik der Führungs- und Machteliten des Deutschen Kaiserreichs stehen in engem, unlöslichem Zusammenhang. In innenpolitischer Hinsicht befand sich Deutschland seit spätestens 1890 in einer permanenten Strukturkrise; sie konnte u. a. nur durch eine krisenbewältigende »Strategie begrenzter Kompromisse« gelöst werden mit dem Ziel, das politisch organisierte Bürgertum zu einigen, die Widersprüche innerhalb der Macht- und Führungselite zu neutralisieren und die bestehende Front gegenüber der Sozialdemokratie zu stabilisieren[3]. Bei aller seit Caprivis Abschied (1894) wechselnden Intensität und Taktik der Krisenbewältigung blieb die Feindmarkierung »Sozialdemokratie« bestehen[4], auch nach dem taktisch konzipierten Stillhalteabkommen zwischen Staat und SPD-Führung von 1914 (»Burgfrieden«), das die Interessengegensätze für die Zeit des Krieges einfrieren und eine Art konfliktfreier »Volksgemeinschaft« (Wehler) entstehen lassen sollte. Die Fragwürdigkeit einer nationalen und sozialen Einheitsfront wurde während des Krieges, spätestens seit 1916, immer spürbarer und die dichotomische Entwicklung innerhalb der deutschen Gesellschaft immer stärker[5]. Sie zeigte sich u. a. im »Verhältnis der industriellen Unternehmer zur Arbeiterschaft; an der wachsenden sozialen Distanz, die den ›Mittelstand‹ von der Oberschicht trennte, und an der schrumpfenden Distanz, die ihn an das Proletariat heranrücken ließ; an den Beziehungen zwischen den Klassen und dem Staatsapparat; an den Streiks, Repressionsmaßnahmen, Realeinkommen usw.«[6].

Der tradierte Gegensatz zwischen Wilhelminischem Staat und organisierter Arbeiterschaft, das widersprüchliche Verhältnis von Kapital und Arbeit, die ungleiche Verteilung politischer Rechte und politischer Pflichten und die während des Krieges allenthalben existierenden ungleichen Chancen für die Befriedigung sozialer und materieller Bedürfnisse zwischen traditionell Privilegierten und Unterprivilegierten ließen vor allem in der Arbeiterschaft, aber auch in mittelständischen ländlichen und städtischen Schichten die latent vorhandenen Spannungen immer mehr anwachsen und die unzureichenden staatlichen Versuche, »Ökonomie und Gesellschaft zu organisieren und zu integrieren«[7], mit letzter Deutlichkeit hervortreten. Aber nicht nur diese ungelösten Widersprüche gehören zu den »sozialgeschichtlichen Bedingungen der Revolution«, sondern auch die Paralysierung von Bürokratie, Armee und Staat infolge permanenter Überforderung durch kriegsbedingte Maßnahmen, durch schrumpfende Anerkennung bei den ökonomischen Machteliten und durch starken Legitimitätsverlust im »Volk«[8]. Der Staatsapparat verfiel mit fortschreitendem Funktionsverlust, ein Prozeß, der durch den zunehmenden Machtverlust des Militärapparats, ins-

2 *Jürgen Kocka*, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Göttingen 1973, S. 136.

3 In diesem Sinne: *Wolfgang J. Mommsen*, Die latente Krise des Wilhelminischen Reiches, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 15, 1974, S. 15 f. (unter Berücksichtigung der wichtigsten Literatur).

4 Hierzu sehr detailreich, wenngleich nicht immer in gelungener Präsentation: *Dieter Groh*, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt 1973.

5 Hierzu auf großer Materialbasis: *Kocka*, passim.

6 *Hans-Ulrich Wehler*, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen 1973, S. 212.

7 *Kocka*, S. 136.

8 In diesem Sinne *ders.*, S. 136.

besondere der Obersten Heeresleitung, seit Anfang August 1918 forciert wurde. Der Aufstand der kriegsunwilligen Matrosen auf den Hochseegeschwadern, die rapide anwachsende Streikbewegung im Heimatheer und in der Industriearbeiterschaft, die indirekte Unterstützung der republikanischen Bewegung durch mittelständische Schichten in den Städten und auf dem Lande, besonders im nord- und süddeutschen Raum, vollendeten den Sturz der von strukturellen Dauerkrisen entscheidend geschwächten Monarchie.

Mit diesen Erkenntnissen ist die Revolutions- und Räteforschung zu einem wichtigen Bestandteil der sozialgeschichtlich orientierten Weltkriegsforschung geworden. Hieraus ergibt sich künftig die Aufgabe, mehr als bisher die während der Zeit des Staatsumsturzes und der republikanischen Neuorientierung hervortretenden gesellschaftlichen und politischen Strukturen in die Zeit des Weltkrieges zurückzuverfolgen und auf größtmöglicher Quellenbasis zu analysieren. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß die Revolutions-, Räte- und Weltkriegsforschung – von der hier zitierten Arbeit J. Kockas abgesehen – bisher auf einen gesellschaftsgeschichtlich orientierten Theorieansatz verzichtet und sich statt dessen auf eine Vielzahl von begrenzten historisch-politischen Teilproblemen rein deskriptiv konzentriert hat, wobei verfassungs-, wirtschafts-, partei- und individualgeschichtliches Erkenntnisinteresse dominierte, während das Problem der Kontinuität bzw. Diskontinuität sozialer Entwicklung gegenüber der Zeit vor 1914 und nach 1918/19 immer außerhalb eines viel zu engen Fragerasters stand.

Welcher von den in letzter Zeit wiederholt diskutierten theoretischen Ansätzen für die Erforschung der historischen Ereignisse (zumindest) in Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg und danach[9] auch für den vorliegenden Zusammenhang, d. h. für das Problem der Revolution, am besten geeignet wäre, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit feststellen, da es noch an spezieller Erfahrung im Umgang mit diesen Ansätzen fehlt. Künftige Forschungsbeiträge zur Revolutions- und Rätegeschichte werden also Experimente wagen müssen. Aber es sei gleich vor einem Zuviel an Theorie gewarnt, das die Empirie zu einem Teil oder vollständig verdrängen, vielleicht sogar in Vergessenheit geraten lassen könnte (was von der westdeutschen Faschismusforschung der vergangenen fünf Jahre gesagt werden muß). Von den in der Sozialgeschichte diskutierten theoretischen Ansätzen böten der historisch-materialistische Ansatz[10], der Ansatz der »Langen Wellen« konjunktureller Entwicklung[11], ferner der »Modernisierungs«-Ansatz[12], schließlich der auf die Analyse der sozialen Schichtung und Mobilität[13] gerichtete Ansatz für die künftige gesellschaftsgeschichtlich orientierte Analyse und Darstellung der Revolution in Deutschland eine Reihe nicht zu übersehender Vorteile, die hier nicht in allen Einzelheiten vorgeführt werden müssen.

Vieles deutet darauf hin, daß der von *Hans Rosenberg* so überzeugend benutzte theoretische Zugriff der »Langen Wellen«[14], der die konjunkturelle Trendperiode von 1873–1896 zum Forschungsgegenstand hat, und der diesen Ansatz in zeitlicher Hinsicht fortführende Theorieentwurf des »Organisierten Kapitalismus«[15] für die Zeit von 1894 bis zum Ersten

9 Siehe hierzu: *Jürgen Kocka*, Sozialgeschichte, Strukturgeschichte, Gesellschaftsgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte 15, 1975, S. 1–40, besonders S. 38 f.; *ders.*, Theorien in der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte. Vorschläge zur historischen Schichtungsanalyse, in: Geschichte und Gesellschaft 1, 1975, S. 9–42, besonders S. 22–31.

10 *Ders.*, Theorien, a. a. O., S. 22–25.

11 *Hans Rosenberg*, Große Depression und Bismarckzeit, Berlin 1967; siehe hierzu *Kocka*, Theorien, a. a. O., S. 25–27.

12 Siehe hierzu die Kritik und Zusammenfassung von *Hans-Ulrich Wehler*, Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975, ferner *Kocka*, Theorien, a. a. O., S. 27–29.

13 Ausführlich vorstellend: *Kocka*, Theorien, a. a. O., S. 32–42.

14 Präziser: Die »von den grundlegenderen linearen Säkulartrends der ökonomischen Entwicklung überlagerten und von kurzlebigen Konjunkturzyklen überschnittenen langen Schwingungsphasen des Wirtschaftsablaufs«. *Hans Rosenberg* in den Vorbemerkungen zur Neuauflage, S. XII.

15 *Heinrich August Winkler* (Hrsg.), *Organisierter Kapitalismus.* Voraussetzungen und Anfänge,

Weltkrieg und für die Zeit danach[16] eine Reihe von neuen Problemstellungen und Erklärungsmustern bereithalten und fürs erste zumindest die künftige Revolutions- und Räteforschung anregen und weiterentwickeln würden. Zu diesen neuen Problemstellungen und Erklärungsmustern gehören u. a. die längst fällige Kombination von ökonomischem, staatlichem und gesellschaftlichem Umfeld, weiterhin die »Messung« sozialen, politischen und kulturellen Wandels an den nationalen wirtschaftlichen Auf- und Abwärtsbewegungen, schließlich die Frage, in welchem Maße die »vorherrschende epochenspezifische Konjunkturdynamik« (H. Rosenberg) politische, soziale und kulturelle Wirklichkeitsbereiche beeinflußt. Eventuelle Nachteile dieses theoretischen Ansatzes, z. B. die bisher noch nicht befriedigend darzustellenden Wirkungszusammenhänge zwischen ökonomischen Veränderungen und spezifischen sozialen Prozessen (Anwendung staatlicher Zwangsmittel, Massenproteste, Formierung von politischen und ökonomischen Interessen), diese Nachteile sollten *nach*, nicht vor seiner Anwendung diskutiert und gegebenenfalls eliminiert werden. Es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß durch diesen Ansatz mehr Wirklichkeitsbereiche als bisher berücksichtigt werden können; hierzu zählen z. B. Bevölkerungsverhältnisse[17], materielle Bedingungen der gesellschaftlichen und politischen Hauptakteure, wirtschaftliche Hauptbedingungen und ihre Veränderungen im gegebenen Untersuchungszeitraum, soziale Gebilde (Klassen, Gruppen, Schichten), soziales Verhalten (Proteste, Konflikte, Willensbildungsprozesse, soziale Koalitionen), schließlich politische Institutionen im breitesten Sinne (Bürokratie, Verbände, Parteien, Militär, Vereine). Hierdurch würde sich auch eine Antwort auf die Frage nach dem Ende des revolutionären Prozesses in Deutschland ergeben, es würde die Freikorpsbewegung nicht mehr ausschließlich als militärisches, sondern als soziales Phänomen charakterisiert, schließlich, um nur diese Beispiele zu nennen, wäre die Aufmerksamkeit auch auf andere als nur auf die in den Parteien organisierten gesellschaftlichen Gruppen gelenkt, womit der sozialen Dimension der Rätebewegung besser, als bisher möglich, Rechnung getragen würde.

---

Göttingen 1974, bes. S. 19–35, 84 f., 150–153 und passim; siehe auch die zusammenfassende und kritische Würdigung dieses Ansatzes von *Udo Bermbach*, in: Geschichte und Gesellschaft 2, 1976, S. 264–273.

16 *Kocka* äußert sich optimistisch über die Analysierbarkeit der Zeit seit dem Ersten Weltkrieg und betont die Möglichkeit, diese letzte Periode weiter aufzugliedern und »nach zusätzlichen Kriterien« zu unterteilen; *Winkler*, S. 33; zum Problem der Periodisierung siehe *ebda.*; vgl. *H. A. Winkler*, ebda., S. 214–218. *Dieter Petzina* begreift die Jahre nach dem Sturz des Kaiserreichs bis zur Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft als dreigeteilten Zeitraum. Für den vorliegenden Zusammenhang wäre die erste Phase, die »Phase der Nachkriegskrise und Inflation (1919–1923)«, von Bedeutung. Grundriß der deutschen Wirtschaftsgeschichte 1918 bis 1945, in: *Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg*, Bd. 2, Stuttgart 1973, S. 672. Doch wie vielschichtig – und wie kontrovers in der wissenschaftlichen Interpretation – besonders die 20er Jahre sind, zeigen Referate und Diskussionsbeiträge in den Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum (Juni 1973), abgedruckt in: *Hans Mommsen / Dietmar Petzina / Bernd Weisbrod* (Hrsg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974, hierin besonders zum vorliegenden Zusammenhang: *Dietmar Petzina / Wolfgang Abelshauser*, Zum Problem der relativen Stagnation der deutschen Wirtschaft in den zwanziger Jahren, S. 57–76.

17 Hierzu *Kocka:* Die historische Untersuchung von »Wanderungsbewegungen, sozialer Mobilität, Familienstrukturen, Sozialisationsprozessen, Stratifikationsmustern, kollektiven Verhaltensweisen und Mentalitäten« sei z. B. innerhalb dieses Ansatzes »zu kurz« gekommen. Theorien, a. a. O., S. 30. Einen geeigneten Ansatz sieht er in der von ihm vertretenen »Analyse der sozialen Schichtung (einschließlich der sozialen Mobilität)«; *ebda.*, S. 32–42. Diesen Ansatz sollten künftige Beiträge zur Revolutions- und Räteforschung berücksichtigen, da er prima vista für die Untersuchung des städtischen Umfeldes und industrieller Regionen eine Fülle wertvoller Anregungen bringt. Kockas Skepsis hinsichtlich des nicht vollkommen zufriedenstellenden Ansatzes der »Langen Wellen« kann ich nicht a priori, sondern eventuell erst nach der Anwendung dieses theoretischen Zugriffs teilen. In der gegenwärtigen Situation scheint mir die Benutzung eines theoretischen Minimalprogramms sinnvoll zu sein, um der vielerorts verbreiteten Theoriefeindlichkeit die Spitze zu nehmen.

## 2. Rätetheorien als Gegenstand der historischen Forschung

Durch die Anwendung der oben als empfehlende Anregung beschriebenen theoretischen Zugriffe würde die Revolutions- und Räteforschung von der noch vorherrschenden Methode der deskriptiven Aneinanderreihung zahlreicher historisch-politischer Ereignisse und vom organisations- bzw. partei-, institutions- und individualgeschichtlichen Ansatz allmählich Abstand gewinnen. Auch die Analyse des Theorienspektrums der Rätebewegung, die sich ganz besonders in der vorliegenden Darstellung von Horst *Dähn* des parteigeschichtlichen Ansatzes bedient, würde mit sehr großer Wahrscheinlichkeit durch den gesellschaftsgeschichtlichen Ansatz um eine Reihe wichtiger Ergebnisse bereichert werden.
Räte*theorie* und Räte*praxis* haben stets gemeinsam im Mittelpunkt der neueren westdeutschen Revolutions- und Räteforschung gestanden, deshalb überrascht Dähns so wortreiche Studie rätedemokratischer Modelle auf den ersten Blick, und die Frage stellt sich, ob angesichts der bisherigen Ergebnisse der wissenschaftliche Ertrag dieser Arbeit am Ende auch tatsächlich groß genug sein wird. E. Kolb untersuchte in seiner Darstellung[18] »Nationalversammlung und Arbeiterräte in der politischen Konzeption von Spartakusbund, USP und SPD« zwischen November 1918 und Januar 1919; P. v. Oertzen stellte u. a. die Theorie des »reinen Rätesystems« dar[19], fragte nach der »Vereinbarkeit von Rätesystem und parlamentarischer Demokratie« und untersuchte die »Struktur der Rätebewegung und die Idee des Rätesystems« über weite Passagen seines Buches hinweg; schließlich ist im Zusammenhang mit der Analyse der militärischen Rätebewegung nach dem Inhalt und nach den Protagonisten rätedemokratischer Modelle in der deutschen Armee 1919 gefragt worden[20]. Dähn berücksichtigt die vorliegenden Ergebnisse fast alle, aber er gibt sich offenbar mit ihnen nicht zufrieden, da er der Rätetheorie mehr Bedeutung beizumessen scheint als der Rätepraxis.
Er konzentriert sich zum einen auf die Frage »nach den in der Rätediskussion erörterten verschiedenen Verfassungsmodellen«, zum anderen, aber weitaus geringeren Teil, auf die Frage, welchen Einfluß die Programmatik, die Organisationsstruktur und die parteipolitische Haltung süd- und südwestdeutscher Räteorganisationen (in Bayern, Baden und Württemberg) auf die Entstehung und Ausformung theoretischer Vorstellungen hatte (S. 2). Die Arbeit umfaßt mit dem Schlußteil insgesamt 10 Kapitel von unterschiedlicher Länge; den Text- und Anmerkungsteil schließen bibliographische Angaben über ausgewählte Politiker von SPD, USPD und Spartakusbund/KPD, ein detailliertes Quellen- sowie ein außerordentlich ausführliches Literaturverzeichnis ab. Im *ersten* Kapitel seiner Darstellung geht Dähn auf die Vorgeschichte der Rätediskussion und -praxis in Deutschland von 1918/19 ein, das *zweite und dritte* Kapitel sind der USPD gewidmet, und zwar werden hierin einerseits die Rätekonzeption des linken Parteiflügels (u. a. das Modell des »reinen« Rätesystems Ernst Däumigs) und andererseits die des rechten Parteiflügels (u. a. Karl Kautskys Haltung zum Rätesystem und Kurt Eisners Rätekonzeption) vorgestellt; das *vierte* Kapitel handelt von den Rätekonzeptionen einiger Führungspersönlichkeiten des Spartakusbundes bzw. der KPD (u. a. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Clara Zetkin); das *fünfte* Kapitel schließt mit den rätetheoretischen Vorstellungen der Hamburger Linksradikalen (insbesondere Heinrich Laufenbergs) die Reihe der Einzelentwürfe für eine Räteherrschaft in Deutschland ab. Im *sechsten, siebten* und *achten* Kapitel untersucht Dähn »strukturelle

18 *Eberhard Kolb*, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Düsseldorf 1962, S. 138–182.

19 *Peter v. Oertzen*, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1963, 2., erw. Aufl., Berlin/Bonn–Bad Godesberg 1976.

20 *Ulrich Kluge*, Soldatenräte und Revolution. Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975, S. 347–350; zur militärischen Rätepraxis siehe bes. S. 167–205 und 301–347.

Gemeinsamkeiten bzw. Affinitäten« in den Rätekonzeptionen von linker USPD und Spartakusbund/KPD bzw. von rechter USPD und linker SPD, wobei er auf die Vorstellungen über Organisation und Funktion der Räte bei einigen Theoretikern des linken SPD-Flügels, z. B. M. Cohen, J. Kaliski und H. Sinzheimer eingeht; im *neunten* Kapitel stellt Dähn anhand regionaler Beispiele aus Württemberg, Baden und Bayern die Entstehungsbedingungen von Rätemodellen während der »ersten Revolutionsphase (November 1918 – Januar/Februar 1919)« dar.

Zu Beginn seiner Gesamtdarstellung geht er von der Feststellung aus, daß im Rahmen empirischer Analysen zahlreicher Einzelbeiträge aus der Sicht der nichtmarxistischen und marxistischen Historiographie besonders in Deutschland versucht wurde, »die Frage nach den Triebkräften und dem Verlauf der Rätebewegung« und »nach dem Stellenwert der Räte« zu klären, »als Instrument zur Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse zu dienen«, während die »Problematik der Rätediskussion« noch eine bemerkenswerte Forschungslücke darstellt. Dähn kritisiert an den Arbeiten von E. Kolb und P. Lösche[21], daß diese »meist von den Ergebnissen der Rätediskussion und -praxis« ausgehen, und bemängelt an den Beiträgen von U. Bermbach[22] u. a., daß hier vor allem die Frage nach der Rätedemokratie als »reale Verfassungsalternative zur bürgerlich-parlamentarischen Demokratie« in den Wochen und Monaten nach dem Staatsumsturz gestellt wurde. Demgegenüber rückt Dähn zwei Fragen in den Mittelpunkt: erstens die Frage nach den »in der Rätediskussion erörterten verschiedenen Verfassungsmodellen«, zweitens die »nach den Einflüssen der Rätepraxis, genauer Programmatik, der organisationsstrukturellen und parteipolitischen Befunde von Rätebewegungen [...] auf die Konzeptionalisierung rätetheoretischer Vorstellungen«. Hierbei setzt sich Dähn bewußt die zeitliche Grenze Februar 1919, obwohl, wie er betont, die politische Bewegung vom Frühjahr 1919, insbesondere in den Industriegebieten West- und Mitteldeutschlands, einen »stärkeren Anteil« hatte als die Entwicklung vom November 1918 bis Januar/Februar 1919 (S. 1 f.).

Für seine Untersuchung verwendet er eine Fülle von archiviertem und publiziertem Material; hierzu zählen z. B. Unterlagen aus den staatlichen und städtischen Archiven Süd- und Südwestdeutschlands, aus dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam, aus dem Institut für Marxismus-Leninismus (Zentrales Parteiarchiv) beim Zentralkomitee der SED in Berlin – DDR und dem Zentralen Staatsarchiv in Potsdam, weiterhin zählen hierzu außerordentlich zahlreiche monographische Schriften bekannter Partei- und Rätetheoretiker[23].

Bei seinen Textanalysen macht es sich Dähn nicht leicht: Ein präziser, langer, dem jeweiligen Textteil nachgestellter Anmerkungsapparat spricht für die Ausdauer und Akribie des Autors, der zu folgenden Hauptergebnissen kommt: Die Rätetheoretiker des *linken USPD-Flügels* und des *Spartakusbundes/KPD* erstrebten »die Errichtung einer breiten, nicht nur den staatlich-politischen, sondern auch den ökonomischen Bereich miteinbeziehenden demokratischen Ordnung«, die das »reine Rätesystem« genannt wird. Dieses System zeichnet sich durch die »Zerschlagung tradierter Herrschaftsapparaturen« aus, durch die Ersetzung alter politischer Funktionsträger durch Räte, d. h. durch jederzeit abberufbare,

21 *Peter Lösche*, Rätesysteme in historischem Vergleich, in: Politische Vierteljahresschrift 11, 1971, Sonderheft 2, S. 70–85.

22 *Udo Bermbach*, Rätesysteme als Alternative?, ebda., S. 110–138, und *ders.*, Das Scheitern des Rätesystems und der Demokratisierung der Bürokratie 1918/19, ebda. 8, 1967, S. 445–460.

23 Nachzutragen wären wegen ihrer Bedeutung folgende Titel: *Karl Kautsky*, Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft, Leipzig 1918; *ders.*, Schwierigkeiten der Sozialisierung, in: Der Kampf 12, 1919, S. 469–474; *ders.*, Wer ist ein Arbeiter?, ebda. 13, 1920, S. 443–450; *Otto Neurath / W. Schumann*, Können wir heute sozialisieren?, Leipzig 1919; *Otto Neurath*, Vollsozialisierung. Von der nächsten und übernächsten Zukunft, Jena 1920; *Max Schippel*, Die Sozialisierungsbewegung in Sachsen, Leipzig 1920; ferner eine Reihe von Titeln, die im *Deutschen Bücherverzeichnis* für die Jahre 1915/20, S. 821 f., 1221 f., 1266, 1269 f. stehen.

kontrollierbare und rechenschaftspflichtige »Beauftragte der sozialen Unterschichten (Arbeiter, Kleinbauern u. a.)«, weiterhin durch die »Ablehnung des bürgerlich-parlamentarischen Systems und des Organisationsprinzips der politischen Gewaltenteilung«, ferner durch den »pyramidenhaften Verfassungsaufbau des rätedemokratischen Herrschaftssystems«, schließlich durch die »Vergesellschaftung des Privateigentums an Produktionsmitteln und die planmäßige Regelung der ökonomischen Produktions-, Kontroll- und Verteilungsprozesse« (S. 470). Dieses Grundmuster einer Räteherrschaft trug nach Dähn »systemüberwindenden Charakter«, da es im Gegensatz zu Rätemodellen stand, welche das »Verfassungs- und Gesellschaftsgefüge der bürgerlich-liberalen Demokratie« grundsätzlich nicht in Frage stellten und keine »Verfassungsalternativen zum System der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie« bildeten (S. 471). Alle von Dähn untersuchten Rätetheoretiker bekannten sich in abweichender Weise zu diesem Grundmuster. Am stärksten identifizierten sich die der *KPD und der linken USPD* mit ihm, während die des *rechten USPD-* und des – von Dähn als besonders ideenreich herausgestellten – *linken SPD-Flügels* Rätemodelle »systemerhaltenden Charakters« entwickelten (S. 472–476).

In dem an regionalen Gesichtspunkten orientierten *zweiten Teil* seiner Studie stellt Dähn den provisorischen Charakter der Räte und die »gesamtgesellschaftlich kaum relevanten Einwirkungsmöglichkeiten der – auch von linken Parteigruppierungen beherrschten – Räte auf strukturelle Veränderungen in Staat und Gesellschaft heraus, sieht die Aktivität der Räte »vornehmlich im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich begrenzt« und hebt abschließend hervor, »daß die rätetheoretische Diskussion erst seit dem Frühjahr 1919 verstärkt wurde« (S. 477 f.), also erst *nach* der rasch fortschreitenden politischen Konsolidierung im Zeichen der »Weimarer Koalition« und *nach* dem hier von Dähn selbst ausgewählten Untersuchungszeitraum.

Hier stellt sich die Frage, ob Dähns Arbeit der Problematik im größtmöglichen Maße gerecht wird. Aus der Lektüre seines Buches ergibt sich in der Tat eine Reihe kritischer Einwände, die sich zunächst auf die *Konzeption* der Darstellung beziehen. Da ist der Titel des Buches, der eine größere thematische Breite andeutet, als die Analyse bietet bzw. in dem gebotenen Rahmen bieten kann. Um mit dem Thema nicht zu hohe Erwartungen zu erwecken, hätte im Titel ausgedrückt werden müssen, daß nicht *die* Rätediskussion in Deutschland im weitesten Sinne behandelt werden soll, sondern nur die in den Linksparteien, und da auch nur die Beiträge ausgewählter prominenter Persönlichkeiten[24]. Außerdem drückt der Buchtitel nicht aus, daß sich die Analyse nur auf die relativ kurze Anfangsphase der Rätediskussion bezieht, ferner nur die Arbeiterräte und Betriebsräte, also nur den proletarischen Teil der Rätebewegung berücksichtigt, dagegen die Diskussion um die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Umgestaltung des militärischen und

24 Die Rätediskussion in Deutschland, besonders die an der »Basis« in den west- und mitteldeutschen Industrieregionen, hätte auf jeden Fall in der Arbeit Berücksichtigung finden müssen. Schließlich ist diese Diskussion keine Sache der organisierten Arbeiterbewegung allein gewesen, sondern sie ging durch fast alle sozialen und politischen Gruppierungen, und daraus ergaben sich nicht nur rätefeindliche Konzeptionen. Hinweise auf die im gewerblichen Mittelstand geführten Diskussionen gibt *Heinrich August Winkler*, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus, Köln 1972, S. 77. Hier geht es um die Frage, wie der gewerbliche Mittelstand zur »Umänderung der Verfassung im berufsständischen Sinne und der Bildung einer Ersten Kammer durch Zusammenlegung von Reichsrat und Reichswirtschaftsrat unter schärfster Beschränkung und Verringerung des Reichstages« sich verhielt. Winkler bezieht sich auf die Aktualisierung dieser Frage im Jahre 1923 unter dem Eindruck der Inflation, was nicht ausschließt, daß auch in den Jahren davor die Idee einer berufsständischen Ordnung in Deutschland im gewerblichen Mittelstand Befürworter hatte.
Einen weiteren Höhepunkt der Rätediskussionen in Deutschland 1919 bildeten die Verfassungsberatungen auf Reichs- und Länderebene, auf die *Dähn* überhaupt nicht eingeht. Siehe hierzu ausführlich *Reinhard Schiffers*, Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem, Düsseldorf 1971, bes. S. 37–96.

agrarischen Sektors auf der organisatorischen Basis von Soldatenräten und Bauernräten weitgehend ausklammert[25].

Bei aller Wertschätzung der Leistungen Dähns erheben sich kritische Einwände gegen die Konzeption der Arbeit überall dort, wo der Politikwissenschaftler den Ansprüchen des Historikers nicht gerecht wird bzw. wegen des hier gewählten systematischen Ansatzes nicht gerecht werden kann, z. B. bei der Darstellung der historisch-politischen Ereignisse in Deutschland 1918/19. Dähn verzichtet darauf, Informationen über den jeweiligen Stand der innenpolitischen Entwicklung, über die Machtverhältnisse, zumal der Räte, zu liefern und über den sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund, vor dem »seine« Rätetheoretiker, deren politisches Gewicht in den jeweiligen Gruppierungen unbekannt bleibt, argumentierten. Auf diesen Orientierungsrahmen kann der Historiker nicht verzichten, wenn er zu einer sachlich richtigen Einschätzung seines Untersuchungsobjektes kommen will. Mit seinem systematischen Ansatz begibt sich Dähn der Chance, die Inhalte rätetheoretischer Diskussionen mit den tagespolitischen Ereignissen zu konfrontieren und den Wandel in den Aussagen einzelner Theoretiker über die gesellschaftliche Neuordnung zu erklären. Dähn verpflanzt die von ihm untersuchten Theoretiker in eine von tagespolitischen Ereignissen unbeeinflußte Sphäre, was ihm die vom Standpunkt des Historikers anfechtbare Gelegenheit bietet, ohne Rücksicht auf den jeweiligen Stand der Entwicklung seinen Sachverhalt darzustellen. So wechselt er z. B. über von der »Vorgeschichte der Rätediskussion und Rätepraxis in Deutschland 1918/19« (S. 3–43) (was schon von der Fragestellung her stark angezweifelt werden muß) zum »reinen« Rätesystem Ernst Däumigs (S. 44); dessen Modellentwurf wurde aber erst im Jahre 1920 publiziert und ist von ganz speziellen Erfahrungen geprägt worden, über die Dähn hinweggeht. Da aber Dähn hinter diesem Entwurf die sehr wichtigen Däumigschen »Leitsätze« vom November 1918 erörtert, liegt auf der Hand, beide Entwürfe in Beziehung zu bringen und danach zu fragen, wie und warum sich die rätetheoretischen Aussagen Däumigs *gewandelt* haben. Durch die Berücksichtigung des chronologischen Aspekts wäre auch eine Erklärung für das auffallend improvisierte und heterogene Räte-»Modell« Eisners möglich gewesen, und die Umstände wären zu charakterisieren gewesen, unter deren Einfluß E. Däumig von der Hoffnung auf eine schnelle Realisierbarkeit einer Räteherrschaft in Deutschland Abstand gewann und sich mehr als bisher mit den unverrückbaren Tatsachen in der innenpolitischen Entwicklung auseinanderzusetzen begann. Dähn unterschätzt weiterhin die Abhängigkeit bestimmter Aussagen von politischen Zwängen, Rücksichtnahmen und Allianzen und kann so den Gehalt an *Opportunität* in diesen Aussagen nicht erkennen – so z. B. in Aussagen, die im Zusammenhang mit der Konfrontation von SPD und USPD, von USPD bzw. KPD und Freien Gewerkschaften, von Regierung und Berliner Vollzugsrat, schließlich von Zentralrat und Vollzugsrat standen.

Ein weiterer kritischer Einwand richtet sich dagegen, daß Dähn nie nach dem *Realitätsgehalt* der Rätetheorien fragt, nach Blindstellen, z. B. in den Fragen nach einer Neuordnung des sozialen Verteilungsmechanismus und der Stellung der Intellektuellen sowie der gewerblichen und bäuerlichen Mittel- und Kleinbetriebe unter rätedemokratischem Vorzeichen. Es werden von ihm auch nie die *utopischen Züge* in den einzelnen Rätemodellen kritisiert und die Durchsetzungsmöglichkeiten erörtert. Durch seine Art der bloßen Auflistung rätedemokratischer Absichtserklärungen wird z. B. das Schlagwort vom notwendigen »Abbau obrigkeitsstaatlicher Denk- und Verhaltensstrukturen« (S. 131) kommentarlos präsentiert oder werden Aussprüche wie der folgende in ihrer Fragwürdigkeit nicht erkannt: »Es sind«, sagte E. Däumig auf dem außerordentlichen Parteitag der USPD (März

25 Hierdurch wird die 1918/19 so folgenreiche Frontstellung einiger Theoretiker, besonders Ernst Däumigs, gegen die weitgehend nichtproletarisch geprägte militärische Rätebewegung bei *Dähn* bedauerlicherweise gegenstandslos.

1919 in Berlin), »in der Arbeiterschaft, vor allem in der heranwachsenden Generation so viele Intelligenzen, die, *wenn man ihnen die richtigen Anweisungen gibt*, sehr wohl ihre Aufgaben erkennen und erfüllen werden« (S. 50; Hervorhebung - U. K.). Hieran müßte sich notwendigerweise die Frage nach Leitungsgremien, -funktionen und Kontrollmechanismen rätedemokratischer Institutionen anschließen.

In einigen besonders zwingenden Fällen wird in der vorliegenden Arbeit unterlassen, Begriffe aus den Modellentwürfen zu untersuchen. So schreibt Dähn in diesem Zusammenhang, E. Däumig sei nicht bereit gewesen, unreflektiert die Übernahme der russischen Rätepraxis zu empfehlen (S. 48). Was diese Rätepraxis Mitte November 1918 den deutschen Räten bedeutete, bleibt aber unbekannt. Oder: Däumig sprach sich wiederholt gegen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter und gegen das gewerkschaftliche Bildungssystem aus. Die Quelle dieser Ablehnung hätte aus der politischen Biographie Däumigs herausgearbeitet werden müssen[26]. Im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen und politischen Neuordnungsvorstellungen Eisners fällt der Begriff der »Arbeiterkammer« (S. 139 und 246). Dähn übergeht ihn, ohne sich die notwendige Frage nach der Art dieser Organisation, nach dem Stand der Diskussion hierüber und den Möglichkeiten der Realisierbarkeit in Deutschland 1919 zu stellen[27].

Besonders an Ernst *Däumig*, dem Paradebeispiel deutscher Rätetheoretiker, ließe sich sehr gut die Räte*praxis* mit der Räte*theorie* kombinieren und die Abhängigkeit der Theorie von der politischen Realität, schließlich der *Wandel theoretischer Vorstellungen* unter dem Einfluß spezifischer Ereignisse darstellen, und zwar am Beispiel des Berliner Vollzugsrates, in dem Däumig eine bedeutende Rolle gespielt hat.

In den (auch von Dähn benutzten) Protokollen dieses Gremiums finden sich Hinweise darauf, warum die Ausformung eines rätedemokratischen Modells bei einigen führenden Vertretern der Berliner USPD relativ spät erfolgte[28] und mit welcher Unsicherheit und Naivität an die Bestimmung der Elemente einer künftigen Räteherrschaft gegangen wurde[29]. Die Protokolle geben hinreichend Auskunft darüber, daß es mit der Vermittlung rätetheoretischer Inhalte an die politische Öffentlichkeit schlecht bestellt war und gesell-

---

26 Besonders reizvoll wäre z. B. die Frage nach den Quellen des antimodernistischen Ideengutes bei Georg Ledebour gewesen. Siehe hierzu *Klaus Bergmann*, Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, Meisenheim a. G. 1970, der die vehemente Ablehnung der Verstädterung und ihrer gesellschaftlichen Folgen durch konservative Ideologen (z. B. W. H. Riehl) untersucht. Hieran anknüpfend, hätte Dähn ohne viel Aufwand untersuchen können, welche Gemeinsamkeiten etwa zwischen dieser konservativen Richtung und der Richtung Gustav Landauers bzw. der sozialistischen Jugendbewegung zionistischer Provenienz bestanden haben.

27 Eine frühe Übersicht über den Stand der Diskussionen in Deutschland und die organisatorische Ausformung in Österreich bringt *Fritz Rager*, Aus der Praxis der österreichischen Arbeiterkammern, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 49, 1922, S. 780–799. Überdies befinden sich in diversen sozialpolitischen Zeitschriften des Jahres 1919 zahlreiche Beiträge zum Diskussionsstand über die Arbeiterkammern besonders in Deutschland. Zur Frage der bayerischen Bauern- (bzw. Landwirtschafts-)kammern, die Dähn ebenfalls übergeht, siehe die knappe Darstellung von *Heinz Haushofer*, Zur Geschichte des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, München 1969 (mit Literaturhinweisen).

28 Der Vollzugsrat war innerhalb kurzer Zeit verbürokratisiert und ließ seinen Mitgliedern kaum Zeit für mittelfristige politische Planung. Hierzu IML, ZPA, St 11/1, Bl. 35 f.; Däumig in der Plenarsitzung am 23. XI. 1918: »Wir Berliner haben in 14 Tagen ganz das Auge für die politischen Vorgänge verloren. An praktischer Arbeit ist nichts getan worden« (ebda., Bl. 67).

29 Die Definition des Begriffes »Arbeiter« machte Däumig besonders zu schaffen. Am 24. XI. 1918 erklärte er im Plenum des Vollzugsrates, »daß alle diejenigen eine Vertretung [in den Räteorganisationen] haben müßten, die als Kopf- und Handarbeiter ihren Lohn verdienen« bzw. die »gesellschaftliche Arbeit« leisteten. Der Antrag, der im Vollzugsrat zur Frage der Intellektuellen einstimmig angenommen wurde, ging von der Feststellung aus, »daß auch die intellektuellen Kreise in den Arbeiterkreisen [!] vertreten sind. Selbstverständlich erhalten sie der Zahl ihrer Mitglieder entsprechend eine Vertretung« (ebda., Bl. 90 f., 93).

schaftliche Realitäten für Däumig zum Teil unlösbare Probleme darstellten[30]. Aus der politischen Tätigkeit Däumigs im Vollzugsrat läßt sich erkennen, daß er sich 1919 auf die rätedemokratische Neuordnung des *kommunalen Raumes,* zumal des Berliner Raumes, beschränkte, sich mit dem repräsentativen System einer Stadtherrschaft abfand und, so gesehen, von dem Modell eines jegliche parlamentarischen Elemente ablehnenden »reinen« Rätesystems Abschied nahm[31]. Schließlich lassen sich Folgerungen ziehen, daß Däumig im Frühjahr 1919 resignierte und die Ausweglosigkeit seiner Neuordnungsvorstellungen selbst erkannte[32]. Hierin wäre eine Wurzel für seine stark utopischen Vorstellungen aus dem Jahre 1920 zu sehen.

Dähn versucht, rätetheoretische Gemeinsamkeiten und Affinitäten von linkem USPD-Flügel und Spartakusbund/KPD, von rechtem USPD- und linkem SPD-Flügel herauszuarbeiten, wobei der Grund für diese Art des Vorgehens nicht klar wird. Diese Untersuchungsperspektive trägt den historisch-politischen Verhältnissen zwischen November 1918 und Januar 1919 nicht Rechnung, da sie nicht die Möglichkeit bietet, nach dem politischen *Minimalkonsens* der Linksparteien, wie er sich aus dem tagespolitischen Neben- und Gegeneinander ergab, zu fragen. Dähn hätte sich viel Aufwand an Material und Darstellung sparen können, wenn er die Entscheidungen des I. Reichsrätekongresses (Mitte Dezember 1918) zum Ausgangspunkt seiner Analyse politischer Gemeinsamkeiten gewählt hätte. Folgendes steht durch intensive Quellenforschung fest: Mit den nur zu einem Teil eingelösten politischen Aufträgen der Reichsdelegierten an die Regierung der Volksbeauftragten begann die anfangs weitgehend in ihren Absichten homogene Rätebewegung aufzusplittern. Diese Aufsplitterung machte die extrem schmale Interessenbasis von SPD, USPD und KPD

30 Am 4. I. 1919, also mehrere Wochen nach dem Rätekongreß in Berlin und kurze Zeit vor den Wahlen zur Nationalversammlung, stellte Däumig fest, daß innerhalb der Großbetriebe »sehr viel Unklarheit« (über die rätedemokratische Neuordnung – U. K.) bestehe; bei den Kleinbetrieben sei es nicht anders, »so daß es allerhöchste Zeit ist, daß bestimmte Richtlinien mit einem festen Arbeitsplan aufgestellt werden«. (IML, ZPA, St 11/4, Bl. 56). Das Problem der »geistigen Arbeiter« und anderen Berufsgruppen außerhalb der Industriearbeiterschaft hat Däumig wiederholt angeschnitten: »Ich war mir von vornherein darüber klar«, führte er Anfang Januar 1919 in einer Vorbesprechung der »Arbeiterräte der freien Berufe« aus, »daß die Aufstellung von Richtlinien für die geistigen Arbeiter und freien Berufe ein ziemlich schwieriges Problem sein wird, weil in keiner anderen Kategorie die ökonomischen und politischen Interessen so auseinandergehen wie gerade in dieser Berufsart. Bei Großbetrieben handelt es sich um Interessen, die für viele Tausende festgelegt werden müssen. Etwas schwieriger ist es bei den Handwerkern. [...] Aus der geringen Beteiligung muß ich schließen, daß die weitaus größte Mitgliederzahl dieser Berufsgruppen herzlich wenig Wert auf die weitere Existenz dieser Arbeiterräte legt« (ebda., Bl. 52).

31 In der Plenumssitzung am 5. II. 1919 sagte Däumig: »Das Rätesystem ist nur eine vorübergehende Sache, bis eine gesellschaftliche Form gefunden worden ist, nach der gearbeitet werden kann«. Nach der Erringung einer sozialistischen Mehrheit in den Gemeindeparlamenten sei die Tätigkeit der Arbeiterräte »bedeutend verblaßt«. Er schlug die Neuordnung – nicht die Abschaffung – der Städteverfassung vor. (IML, ZPA, St 11/6, Bl. 60). Däumig riet in der Plenumssitzung am 25. III. 1919, die in Berlin existierende Einrichtung von kommunalen Arbeiterräten nicht auf andere Kommunen zu übertragen, »das würde zu große Umwälzungen mit sich bringen«. (IML, ZPA, St 11/7, Bl. 283).

32 In der Vollversammlung der Großberliner Arbeiter-, kommunalen und Soldatenräte am 19. VII. 1919 sagte Däumig hierzu: »Ich will es auch ehrlich aussprechen: mit den Mitteln des bewaffneten Bürgerkrieges ist die soziale Revolution in Deutschland nicht mehr weiter zu treiben, nicht bloß aus Menschlichkeitsgründen, sondern aus ruhiger, nüchterner, klarer Erwägung der militärischen Machtverhältnisse, der militärischen Technik. [...] Wir können unsere Revolution nur weitertreiben mit den eigentlichen Kräften des Proletariats und mit seiner Hauptkraft, die in seiner Arbeitskraft selbst liegt. Diese Arbeitskraft als Waffe anzuwenden, so anzuwenden, daß sie wuchtig wirkt, das ganze Wirtschafts- und Staatsgebäude in seinen Grundfesten erschüttern, kann ich nur, wenn ich die große proletarische Masse zusammenfasse. [...] Ich fasse sie nur zusammen, wenn ich die revolutionäre Institution des Rätesystems aufbaue von unten auf« (IML, ZPA, St 11/9, Bl. 62).

deutlich. Der größte Teil der Arbeiterräte und Soldatenräte, der die Linie der SPD-Regierungspolitik verfolgte, bekannte sich zunächst zur Gesamtheit der Kongreßbeschlüsse (Nationalversammlung, Sozialisierung und Volkswehr). Als aber nur noch die *Nationalversammlung* Chancen hatte, realisiert zu werden, zogen sich die meisten Räte in eine Resignationshaltung zurück und verzichteten aus der Notwendigkeit sozialer Rücksichtnahmen heraus und aus Gründen politischer Loyalität, hierin besonders gegen die Parteizentrale (wie das bei den Soldatenräten vielerorts deutlich wird), auf eine Oppositionshaltung oder offene Gegnerschaft zur Regierung der Volksbeauftragten. Die Gruppe der Räte, die der USPD-Linie folgte, verfocht vor allem seit dem Bruch der Regierungskoalition in Berlin (Dezember 1918) vehement den *Sozialisierungs- und Volkswehr-Beschluß* des Kongresses, während sie der Einberufung der Nationalversammlung hauptsächlich wegen der angeblich zu frühen Wahlen eher negativ als positiv gegenüberstand. Schließlich erkannte die sehr kleine Gruppe der Arbeiterräte und Soldatenräte, die sich mit der Politik des Spartakusbundes/KPD identifizierte, von den Kongreßbeschlüssen allenfalls den Sozialisierungsbeschluß an. So gesehen, muß die Frage nach dem politischen Minimalkonsens der drei Linksparteien von der zweiten Dezemberhälfte 1918 ab ebenso wie die Frage nach der Realisierbarkeit rätedemokratischer Vorstellungen durch diese drei Parteien und die mit ihnen verbundenen lokalen und regionalen Räteorganisationen prinzipiell negativ beantwortet werden. Daß begrenzte Koalitionen aller drei Parteien im kleineren Rahmen möglich waren, zeigt z. B. die Essener Sozialisierungsbewegung[33], die Dähn jedoch aus zeitlichen Gründen ausklammert. Es gibt aber auch Beispiele dafür, daß sich andernorts, z. B. in Berlin, linke USPD und KPD – trotz starker rätetheoretischer Gemeinsamkeiten – voneinander zu entfernen begannen[34].

Der letzte, die Konzeption einschränkende Hinweis bezieht sich auf Dähns Auswahl *Bayerns, Badens* und *Württembergs* unter Verzicht auf die wichtigen Vorgänge in Preußen für die von ihm intendierte Untersuchung der Wechselwirkung von Theorie und Praxis. Eine Begründung für die Berücksichtigung des südwestdeutschen Raumes scheint wohl ausschließlich vom Material, aber nicht von der Sache selbst gegeben zu sein.

Daß Dähn sehr leicht zur Verengung seines Analysehorizontes neigt, zeigt sich besonders im Falle dieser drei Regionalstudien: Er stellt nicht die Beziehungen zwischen den sozialen bzw. wirtschaftlichen Bedingungen und den politischen Ereignissen her, konzentriert sich ausschließlich auf die Funktion der Arbeiterräte und löst die wichtigen Entscheidungen in diesen Regionen aus dem Gesamtzusammenhang, d. h. aus der deutschen Rätebewegung, heraus. Besonders hierdurch bleibt unklar, was regionale Aktion und was Reaktion auf Ereignisse, Entscheidungen usw. zentraler Herkunft war. Jede seiner drei Regionen, Baden, Bayern und Württemberg, wird dadurch zu einem Fall für sich.

Im regionalen Teil häufen sich besonders die thematischen Überschneidungen mit dem allgemeinen Teil; die Hauptverantwortung hierfür trägt Dähns zusätzliches Ordnungsprinzip der Modellentwürfe nach biographischem Gesichtspunkt. Viele Überschneidungen hätten bei der Überarbeitung und Straffung des Textes (und vor allem der Anmerkungen) vermieden werden können. Indem Dähn nur referiert und Organisationsschemata aneinander-

33 Siehe hierzu *Peter v. Oertzen*, Die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft im Frühjahr 1919, in: *Eberhard Kolb* (Hrsg.), *Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik*, Köln 1972, S. 185–217.

34 Besonders Däumig hatte sich gegen starke Anschuldigungen der Kommunisten zu wehren. Die KPD erhob im Juli 1919 den Vorwurf, die USPD habe nicht mitgeholfen, einen dritten Rätekongreß einzuberufen, »um in die Arbeiterräte einen neuen Zug reinzubringen«. Auf der Vollversammlung der Großberliner Arbeiter-, kommunalen und Soldatenräte am 19. VII. 1919 brachten die Kommunisten den Antrag ein, die SPD aus dem Berliner Vollzugsrat auszuschließen, und gaben zum Ausdruck, »daß die Arbeiterräte tief sinken konnten, war nur möglich dadurch, daß die Unabhängigen durch ihre Politik in der gemeinsamen Regierung Ebert–Haase und durch ihre zweideutige Haltung den Rätefeinden in die Hände gearbeitet haben [...]« (IML, ZPA, St 11/9, Bl. 64–68 und 78).

reiht, schwindet sehr bald die Spannung, mit der die Lektüre dieses langerwarteten Buches begonnen wurde. Eine kritische Überarbeitung der Studie hätte nicht nur den in tausend Details zerfließenden Text in überschaubaren Grenzen halten können, sondern wäre auch zahlreichen stilistischen und inhaltlichen Flüchtigkeiten auf die Spur gekommen. So werden z. B. auf S. 68 Namen von Personen genannt, die Dähn für wichtig hält, die jedoch dem interessierten Leser unbekannt bleiben; außerdem taucht häufig der Begriff »reines« Rätesystem auf. Definiert wird dieser Begriff an einer für den Leser nicht sogleich auffindbaren Stelle. Die Liste dieser Einschränkungen ließe sich noch um eine Reihe anderer Punkte verlängern, soll aber hier nicht fortgeführt werden, um nicht vollends den Eindruck zu erwecken, daß Dähn mit seiner Studie total »danebengegriffen« habe. Der Wert seiner Arbeit ist erkennbar, wenn auch unter Mühen. Er liegt vor allem in der inhaltlich sehr dichten Zusammenstellung aller Rätetheorien, -entwürfe, -modelle und -vorstellungen oder auch aphorismenhafter Äußerungen[35], und zwar für die ersten Wochen der republikanischen Ära in Deutschland. Zum Verständnis dieser Anfangsphase unter der Fragestellung nach dem Inhalt gesellschaftlicher Neuordnungsvorstellungen unter rätedemokratischem Vorzeichen bei einer Reihe prominenter Politiker ist Dähns Buch brauchbar.
Aus diesen Ausführungen ergibt sich der Wunsch nach einer umfassenden Darstellung der Rätebewegung in Deutschland seit 1918 unter theoretischem Aspekt. Diese Darstellung müßte – von den gesellschaftlichen und ökonomischen Wechsellagen Nachkriegsdeutschlands ausgehend – die proletarisch und bürgerlich akzentuierten Rätetheorien und -modelle einbeziehen und den Rätediskussionen nicht nur in elitären Zirkeln und Parteikadern, sondern vor allem an der »Basis« Rechnung tragen; sie müßte auch den Vergleich mit den österreichischen Verhältnissen, die den deutschen sehr ähnlich waren, berücksichtigen, die Theorien auf ihren Realitätsgehalt hin prüfen, schließlich ihre Wurzeln und ihren Wandel in bestimmten Verhältnissen und Zeiteinheiten verfolgen. Weiterhin dürfte diese Darstellung keinen dominierenden individual- oder parteigeschichtlichen, sondern müßte einen sachlich orientierten Ansatz haben und die politischen Sektoren Verfassung und Exekutive, Wirtschaft (Industrie, Landwirtschaft, Handel und Gewerbe), Militär, Bürokratie, Erziehung und Kultur berücksichtigen. Alles in allem eine anspruchsvolle, aber lohnende Aufgabe.

## 3. Quellen zur Revolutions- und Rätegeschichte Württembergs

Seit geraumer Zeit bemüht sich die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien um eine ausgedehnte Editionsreihe zur regionalen und lokalen Revolutions- und Rätegeschichte. Der vorliegende Band von *Eberhard Kolb* und *Klaus Schönhoven* über Württemberg schließt an den 1968 erschienenen Band der Sitzungsprotokolle des Zentralrats[36] an; wegen der »ungewöhnlich günstigen Quellenlage« dürfte er nicht nur »in mancher Hinsicht exemplarischen Charakter« haben, sondern lenkt – wie *Rudolf Morsey* im Vorwort zu Recht hervorhebt – den bislang auf die politischen Ereignisse in Berlin und München fixierten Blick nun auf eine andere Region Deutschlands, die für die politische, soziale und militärische Entwicklung 1918/19 von erheblicher Bedeutung gewesen ist.

35 So bei *Kurt Eisner* (S. 143); dessen gelegentliche, in der Regel unklare Vorstellungen von der rätedemokratischen Zukunft Bayerns bzw. Deutschlands können nicht, wie *Dähn* das macht, als »Modell« bezeichnet werden; denn dazu fehlt als wichtigste Voraussetzung die inhaltliche Geschlossenheit der Vorstellungen.

36 *Eberhard Kolb / Reinhard Rürup* (Bearb.), *Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, 19. 12. 1918 – 8. 4. 1919*. Vom Ersten zum Zweiten Rätekongreß (= Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, Bd. 1), Leiden 1968.

Die beiden Bearbeiter stellen der Edition eine längere Einführung voran: Sie skizzieren die politische, wirtschaftliche und soziale Struktur Württembergs in der Zeit vor 1918/19, stellen die württembergische Sozialdemokratie »im Zeichen von ›Parteistreit‹ und Parteispaltung 1907–1918« dar und beschreiben den »Staatsumsturz und Aufbau der Räteorganisation« im Lande. Die Quellentexte sind in insgesamt sieben Abschnitten zusammengefaßt; hierin sind sie nicht primär nach chronologischen oder sachlichen Gesichtspunkten, sondern (bis auf den letzten Abschnitt mit »Aufrufen, Richtlinien, Gesetzen und Verordnungen«) nach dem Urheberprinzip geordnet. Zu diesen Urhebern gehören der *Arbeiter- und Soldatenrat Stuttgart* »als zentraler Rat Württembergs«, die *Landesversammlungen* der Soldatenräte und der Arbeiterräte, die *Landesausschüsse* der Arbeiter- und Soldatenräte, die *lokalen und regionalen Arbeiter- und Bauernräte,* schließlich die württembergischen *Garnisonsräte.* Innerhalb der einzelnen Abschnitte sind die Protokolle chronologisch angeordnet. Den Abschluß des Bandes bilden zwei Anlagen über die württembergische Verwaltungsgliederung und die nach Oberämtern aufgestellten Wahlergebnisse von 1919/20 sowie ein detailliertes Personen- und Sachregister.

Die Ergebnisse der neueren westdeutschen Revolutions- und Räteforschung werden durch diese Quellensammlung bestätigt, darüber hinaus wird aus württembergischer Sicht eine Reihe grundsätzlicher Einwände gegen diese Ergebnisse in Frage gestellt[37]. So waren – was *Entstehungsbedingungen* und *Organisationsformen* betrifft – die Arbeiterräte und Soldatenräte in Württemberg Ausdruck der in den Kommunen, Industriebetrieben und Formationen während des Krieges entstandenen politischen und sozialen Verhältnisse[38]. Die Räte repräsentierten den größten Teil der Industriearbeiterschaft und der Militärangehörigen; sie wurden toleriert und in vielfältiger Hinsicht von jenen Bevölkerungsgruppen nach dem Umsturz unterstützt, die sich im obrigkeitsstaatlichen Regierungssystem von den Parlamentariern, Parteien und Interessengruppen in ihren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ansprüchen nicht mehr vertreten fühlten[39]. Das im November 1918 sichtbar und aktiv werdende Protestpotential reichte weit über das meuternde Militär und die streikende Arbeiterschaft hinaus. *Organisationsgeschichtlich* betrachtet, lassen sich in Württemberg bei den Räten der Arbeiter und Soldaten deutlich zwei Phasen unterscheiden: die sehr kurzlebige Phase der Improvisation direkt nach dem Staatsumsturz und die des durch Mehrheitsbeschlüsse reglementierten Organisationsaufbaus (bis zur ersten Dezemberhälfte 1918)[40].

37 Die massivsten allgemeinen Einwände hat *Gerhard A. Ritter* 1968 bereits erhoben und in letzter Zeit nochmals bekräftigt (*in: Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft,* hrsg. von *Erwin K. Scheuch,* Köln 1968, S. 188–216, besonders S. 200–204; *G. A. Ritter,* Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus, Göttingen 1976, S. 292–316, besonders S. 302–305). Diese Einwände sind insofern interessant und diskussionswürdig, weil sie auf die zentralen Problembereiche der Revolutions- und Räteforschung zielen, sie sind aber insofern problematisch, als sie von inneren Widersprüchen nicht frei sind, in vieler Hinsicht zu pauschal formuliert wurden und weder von dem breiten, aber überschaubaren Quellenmaterial noch von den quellenfundierten Darstellungen zur Bewegung der Arbeiter-, Betriebs- und Soldatenräte ausgehen.

38 Vgl. hierzu die Einleitung von *Eberhard Kolb* und *Klaus Schönhoven* zum vorliegenden Quellenband, passim.

39 Über die Breite des Interessenspektrums vor Kriegsende siehe *Der Tag der Heimkehr. Soziale Fragen der Übergangswirtschaft* (= Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform, H. 59), Jena 1918; zusammenfassend, aber teilweise stark ergänzungsbedürftig: *Ludwig Preller,* Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949, besonders S. 34–88; vgl. *Albin Gladen,* Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Wiesbaden 1974; über die Rolle der Gesellschaft für Soziale Reform, ihre Beziehungen zu den Freien Gewerkschaften während des Krieges und über die Aktivitäten bürgerlicher Sozialreformer in den ersten beiden Kriegsjahren siehe *Ursula Ratz,* »Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland«. Eine bürgerlich-sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft aus dem Jahre 1915, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz (IWK) 13, 1971, S. 1–25. Frau Ratz danke ich für wichtige Hinweise über die Gesellschaft für Soziale Reform.

40 Vgl. hierzu das Kapitel 3 in der Einleitung zum vorliegenden Quellenband.

Auch in Württemberg hat es keine permanente politische und organisatorische Einheit von Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten gegeben. Man wird künftig noch weniger als bisher die Berechtigung haben, von *der* Rätebewegung zu sprechen; die dem parlamentarischen Neubeginn unmittelbar vorlaufende Zeit ist allerdings durch eine weitgehende politisch-programmatische Geschlossenheit gekennzeichnet gewesen[41], während sich danach infolge neuer Machtstrukturen und -verhältnisse eine breite Auffächerung des Interessenspektrums proletarischer wie nichtproletarischer Gruppen der Bevölkerung Deutschlands vollzog. Während Soldatenräte und Arbeiterräte unmittelbar mit dem Staatsumsturz zusammenhingen, waren Betriebs-, Bauern-, Bürger-, Studenten- und Angestelltenräte sowie die Räte »geistiger Arbeiter« erst im Gefolge der politischen Bewegung vom November 1918 entstanden[42]. Jenseits der sich erst allmählich formierenden bürgerlichen Parteien organisierten sich vielfältige politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Interessen in einem von parlamentarischen und staatsbürokratischen Einflüssen weitgehend freien Raum. Diese Interessen schufen sich vorübergehend neue, bis dahin kaum bekannte, aber sehr schnell populär gewordene Organisationsformen (»Räte«), die sich ihren Platz in der politischen Landschaft teils mit den Arbeiter- und Soldatenräten, teils in deutlicher, manchmal feindseliger Abkehr von ihnen suchten.

Von den wenigen politisch aktiven Gruppen unmittelbar nach dem Staatsumsturz besaßen die Räteorganisationen der Arbeiter und Soldaten für die Eindämmung des drohenden materiellen Chaos und für die Bewältigung der aus dem verlorenen Krieg entstandenen vielfältigen, vor allem sozialen und wirtschaftlichen, Probleme im städtischen Raum ein über Sonderinteressen weit hinausreichendes, aus der aktuellen Situation abgeleitetes praktikables *Konzept*, an dessen Umsetzung sie teils mit den Kräften der kommunalen Bürokratie, teils gegen deren Widerstand gingen, und zwar in den vom Zentrum beeinflußten ländlichen und kleinstädtischen Regionen. Zu den augenfälligsten Resultaten energischer Krisenbewältigung in Württemberg gehörte ein solides, organisatorisch sich sehr schnell konsolidierendes *Sicherheitssystem*. Die »Errungenschaften der Revolution«, wie im allgemeinen die machtpolitischen Voraussetzungen genannt wurden, unter denen die obrigkeitsstaatlich geprägte Sozialverfassung auf parlamentarisch-demokratischem Wege

41 *Kluge*, Soldatenräte, S. 124.

42 Die historische Forschung hat bisher kein Interesse an den Bürger-, Beamten und Angestelltenräten sowie an den Räten »geistiger Arbeiter« gezeigt. Die Basis zeitgenössischer Literatur hierüber ist nicht besonders groß: *Der Reichsbürger*. Amtliche Zeitschrift der deutschen Bürgerräte, Berlin 1919 ff.; *Der Wagenlenker*. Organ des Reichsbundes geistiger Arbeiter, München 1918 ff.; *Bürger-Blatt*. Nachrichtenblatt der ostdeutschen Landes-Bürgerräte 1–4, Stettin 1918–1923; *Jahresberichte des Bezirks-Bürgerrates Leipzig-Land*, Leipzig 1919 ff.; *Toni Sender*, Frau und Bürgerrätc, Berlin 1920; *Beamtenräte*. Richtlinien für die Einrichtung von Beamtenräten, aufgestellt vom Unterausschuß für Beamtenfragen der Gesellschaft für Soziale Reform, Jena 1919; *Albert Falkenberg*, Die deutsche Beamtenbewegung in Gegenwart und Zukunft, in: Soziale Praxis 28, 1919, Sp. 359–364; *W. Kulemann*, Der Gewerkschaftsgedanke in der Beamtenbewegung, Berlin 1919; *Leitsätze für ein Beamtenrätegesetz*, in: Soziale Praxis 28, 1919, Sp. 774; *Die Verbände der Unternehmer, Angestellten, Arbeiter und Beamten im Jahre 1918*, mit Berücksichtigung ihrer Entwicklung in der Folgezeit (= 22. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatte), Berlin 1920; *Lujo Brentano*, Die Beamtenorganisation und ihre wirtschaftlichen Ziele (= Forderungen der Zeit, H. 1), München 1920; *Bruno Rauecker*, Die Proletarisierung der geistigen Arbeiter (= Forderungen der Zeit, H. 4), München 1920. Einen knappen Einblick in die politische Studentenbewegung gibt *Ulrich Linse*, Hochschulrevolution. Zur Ideologie und Praxis sozialistischer Studentengruppen während der deutschen Revolutionszeit 1918/19, in: Archiv für Sozialgeschichte 14, 1974, S. 1–114. Interessante Überlegungen zur Position der Räte im gesamten Interessenspektrum stellte an *Gerhard Schulz*, Räte, Wirtschaftsstände und die Transformation des industriellen Verbandswesens am Anfang der Weimarer Republik, in: *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.), *Gesellschaft, Parlament und Regierung*, Düsseldorf 1974, S. 355–366. Schulz' Darstellung wird in ihrer Kürze der Problematik aber nicht gerecht, außerdem bleibt der Verfasser am alten Räteklischee hängen.

zu ändern gewesen wäre, diese Voraussetzungen wurden gegen Angriffe von »links« und »rechts« gesichert[43].

Die meisten württembergischen Räteorganisationen strebten die unverzügliche Einrichtung einer *parlamentarischen Gesamtrepräsentanz* des deutschen Volkes an. Dementsprechend ist die Frage einer »Rätedemokratie«, was immer man 1918/19 darunter verstand, niemals ernsthaft als verfassungspolitische Alternative diskutiert worden[44].

Das soziale und wirtschaftliche Tätigkeitsspektrum der zivilen Rätebewegung in Württemberg[45] war sehr breit. Es umfaßte erstens die *Lösung aktueller Versorgungsprobleme* bei Lebensmitteln und Brennstoffen[46], zweitens die *Sozialfürsorge*[47], drittens die Regelung der *Übergangswirtschaft*[48] und viertens die Veränderung bisheriger agrar- und industriewirtschaftlicher *Strukturen* und der bisherigen *Wirtschaftspolitik*[49]. In den Fragen der Sozialfürsorge und der Übergangswirtschaft reagierten die Räteorganisationen auf die schon während des Krieges immer stärker werdenden, aber bis November 1918 ungelöst gebliebenen Probleme, ferner auf die Probleme, die unmittelbar aus dem verlorenen Krieg entstanden waren. Hierbei knüpften sie deutlich an Forderungen der sozialreformerischen Vereinigungen, der Gewerkschaften und Berufsverbände verschiedenster Art zwischen 1914 und 1918 an, ohne allerdings deren Mindestforderungen zu überschreiten[50].

---

43 Über die Tätigkeit im lokalen Rahmen siehe im Quellenband insbesondere die Berichte der Räteorganisationen auf S. 341–380; über den Aufbau und die Funktionen der Sicherheitskompanien siehe *ebda.*, passim.

44 Über die Einberufung des württembergischen Landesparlaments siehe *ebda.*, S. LXV; über die Stellung der Räte im parlamentarischen System siehe *ebda.*, S. 274, 278 und 288; siehe ferner die einzelnen diesbezüglichen Gesetze und Verordnungen im Abschnitt VII, S. 443–466.

45 Vornehmlich der *Arbeiterräte;* denn über eine ausgedehnte Organisation der Betriebsräte wie in Mittel- und Westdeutschland finden sich für das südwestdeutsche Industriegebiet in den Quellen keine Belege.

46 Siehe im Quellenband unter den Schlagwörtern *Kohlenversorgung, Lebensmittelversorgung, Landesversorgungsstelle, Lebensmittelwucher* und *Schleichhandel.* Siehe ergänzend hierzu *Richard Moes,* Zur Systematik der kommunalen Kriegslebensmittelpolitik (= Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Jena, Bd. 14, H. 4); für die Lebensmittelversorgung in den Städten und Gemeinden forderten die Freien Gewerkschaften 1917 »bis zur Wiederkehr normaler Verhältnisse [...] die öffentliche Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel, Höchstpreise, Beschlagnahme und Rationalisierung sowie die Strafbestimmungen gegen übermäßige Preisforderungen beizubehalten«. Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Jg. 27, Nr. 42 vom 20. X. 1917, S. 390; von mehrheitssozialdemokratischer Seite siehe *Paul Hirsch,* Kommunalpolitische Probleme, Leipzig 1920, S. 38–53.

47 Siehe im Quellenband unter *Wohnungs-, Erwerbslosen- und Invalidenfürsorge.* Siehe über die Sozialfürsorge und ihre Mängel während des Krieges von sozialdemokratischer Seite *Paul Hirsch,* S. 16–37. Im Kriege (1917) schickten die Freien Gewerkschaften in *Stuttgart* je ein Mitglied in folgende Stellen der Kriegsfürsorge: Konsumentenausschuß, Preisprüfungsstelle, Ausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge, Kriegsküchenverwaltung und Miets- oder Einigungsamt. Correspondenzblatt . . ., Jg. 27, 1917, S. 118–120. Es ist anzunehmen, daß die Räte in Stuttgart in einigen dieser Gremien ihre Arbeit fortsetzten.

48 Siehe im Quellenband unter *Arbeitsbeschaffung, Arbeitsvermittlung, Arbeitszeit* und *Demobilmachung.*

49 Siehe *ebda.* unter *Fideikommiß, Sozialisierung* und *Wirtschaftspolitik.*

50 Besonders zur Lösung des akuten Wohnungsproblems existiert eine breite zeitgenössische Literatur, die auf die Kontinuität der Forderungen, wie sie seit 1918 von den Räten erhoben wurden, hindeutet. Siehe u. a. *Carl Johannes Fuchs* (Hrsg.), *Die Wohnungs- und Siedlungsfrage nach dem Kriege.* Ein Programm des Kleinwohnungs- und Siedlungswesens, Stuttgart 1918. (Über die Aktivitäten des Württembergischen Landeswohnungsvereins in Stuttgart seit 1918 liegen bisher keine publizierten Ergebnisse vor). Siehe ferner *Bernhard Dernburg,* Wohnungs- und Siedlungsfrage nach dem Krieg (= Schriften zur Wohnungsfrage, hrsg. vom badischen und württembergischen Landeswohnungsverein, H. 2), Karlsruhe 1918; *Die Wohnungsreform als Volkswille.* Bericht über die Wohnungsreformkundgebung des deutschen Wohnungsausschusses am 30. X. 1917 in Berlin (= Schriften des deutschen Wohnungsausschusses, H. 4), Berlin 1918. Siehe hierzu von sozialdemokratischer Seite: *Paul Hirsch,* S. 38–53 und *Hugo Lindemann,* Die Wohnungsfürsorge in der Übergangswirtschaft, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 45,

Im Mittelpunkt der agrarwirtschaftlichen Forderungen stand die Aufhebung der Fideikommisse; denn immerhin waren 6,6 % des württembergischen Staatsgebietes durch Fideikommiß gebundene Flächen, und in einigen Oberamtsbezirken schwankte der Anteil dieser Flächen an der landwirtschaftlichen Gesamtfläche zwischen 15,2 und 24,7 %[51]. An diesem Punkt griffen die Räte längst bestehende Forderungen der bürgerlichen Bodenreformer auf[52] und aktivierten zumindest die Bemühungen um den späteren Zusammenschluß von 532 der 790 Fideikommißgemeinden zu einer Interessengemeinschaft[53]. Auffallenderweise fehlte in Württemberg eine von den Räten betriebene Agitation für die innere Kolonisation[54]. Aufs ganze gesehen, blieben die auf die Veränderung der Agrarstrukturen abzielenden Intentionen deutlich hinter denen der Bodenreformer zurück[55].

---

1919, S. 368–415. Auch der Reichsausschuß des Zentrums hatte die Förderung des Wohnungswesens, und zwar des Kleinwohnungswesens, propagiert; Archiv für Innere Kolonisation 11, 1919, S. 75. Dieses deckte sich wiederum mit der Forderung der Freien Gewerkschaften während des Krieges, wie sie »für den Übergang von der Kriegs- und Friedenswirtschaft« erhoben worden war; Correspondenzblatt . . ., Jg. 27, Nr. 42 vom 20. X. 1917, S. 389–392. Immerhin ist während des Krieges in Württemberg ein bescheidener Anfang zur Behebung der Wohnungsnot gemacht worden; denn aus einer Übersicht der Württembergischen Versicherungsanstalt geht folgendes hervor: Die Ausleihsumme für Zwecke der Wohnungsfürsorge (minus Rückzahlungen) betrug am 31. 8. 1918: 24 108 457 Mark. Den versicherten deutschen Kriegsteilnehmern wurden zum Neubau von Kleinwohnungen bestimmte Vorzugsrechte eingeräumt; Archiv für Innere Kolonisation 10, 1918, S. 119, siehe ebda., S. 160. Siehe auch allgemein und zusammenfassend in diesem Punkte: *Preller*, S. 34–88.

51 Siehe in den Quellen S. 43, Anm. 67.

52 Allgemein: *Adolf Damaschke*, Die Bodenreform, 18. Aufl., Jena 1920.

53 Siehe in den Quellen S. 43, Anm. 67. Zur allgemeinen Problematik: *Constantin v. Dietze*, Fideikommisse, in: Handbuch der Staatswissenschaften, Bd. 3, 4. Aufl., Jena 1926, bes. S. 1003; *Max Sering / C. v. Dietze* (Hrsg.), *Die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in der Nachkriegszeit* (= Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 178), München 1930; *Otto Trüdinger*, Die Fideikommisse, insbesondere in Württemberg, in: Württembergisches Jahrbuch für Statistik und Landeskunde 1919/20, S. 30–79.

54 Während des Krieges erklärte das Statistische Landesamt in Stuttgart, »daß Württemberg schon seit vielen Menschenaltern an landwirtschaftlichem Platzmangel leidet«. Aus dieser Tatsache ergebe sich eine Warnung vor »überschwenglichen Hoffnungen und Erwartungen in Sachen innerer Neusiedlungs- bzw. Umsiedlungsmöglichkeiten«. Diese seien sehr eng begrenzt. Archiv für Innere Kolonisation 9, 1917, S. 182; siehe dort Jg. 1–25, 1908–1933, zum gesamten Problembereich im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Außerdem: *J. Frese*, Innere Kolonisation und das Reichsgesetz vom 11. August 1919, in: Zeitschrift für Sozialwissenschaft 1920, S. 1 ff. und 141 ff.; *Max Sering*, Die Verordnung der Reichsregierung vom 29. Januar 1919 zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland, in: Schmollers Jahrbuch 43, 1919, S. 587–629.

55 Die Literatur über die bürgerlichen Bodenreformpläne ist reichhaltig: Neben *Damaschkes* grundlegendem Buch (siehe Anm. 52) sind zu nennen *Friedrich Aereboe*, Die ländliche Arbeiterfrage nach dem Kriege, Berlin 1918; *Karl Diehl*, Bodenbesitzreform, in: Handbuch der Staatswissenschaft, Bd. 2, 4. Aufl., Jena 1926, S. 935–954. Über ländliche Besitzstrukturen in Württemberg siehe *Gunther Ipsen*, Landvolk und industrieller Lebensraum im Neckarland, in: Raumforschung und Raumordnung 5, 1941, S. 243–256; *Günther Stockmann*, Die landwirtschaftliche Siedlungsfrage in Württemberg, in: Berichte über Landwirtschaft, N. F. 16, 1932, S. 593–608; hiernach steht für 1925 fest, daß es in Württemberg ca. 100 000 Kleinst- und Kleinbauern mit nur 1–2 Kühen gab. Der Nebenerwerb in der Industrie des Landes ging zumeist durch die Nachkriegsarbeitslosigkeit verloren (S. 607 f.). Allgemein über die Situation der deutschen Landwirtschaft bei Kriegsende siehe *Lothar Meyer*, Landwirtschaft und Übergangswirtschaft, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 45, 1919, S. 464–475; über Agrarreformen nach 1918 siehe *Walter Schiff*, Die großen Agrarreformen seit dem Kriegsende, Wien 1926; *ders.*, Die Agrargesetzgebung der europäischen Staaten vor und nach dem Kriege (II), in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 54, 1925, S. 469–529. *Schiff* beurteilt die deutsche Agrarreform bis zu diesem Zeitpunkt als maßvoll und überlegt »infolge des Fehlens eines revolutionären Zwanges« und deshalb auch als »weit stärker von ökonomischen Gesichtspunkten beherrscht« (S. 520). In diesem Sinne auch *Fritz Baade*, Die neuen agrarischen Ideen seit 1914, in: Festschrift für Lujo Brentano, Bd. 1, München 1925, bes. S. 244–245.
Über die wirtschaftlichen und politischen Organisationen im agrarischen Sektor siehe *W. v.*

Man würde der historischen Realität nicht gerecht werden, wollte man von einer *Sozialisierungsbewegung* in Württemberg sprechen; denn dazu fehlte hier im Gegensatz zu den anderen Industrieregionen die politische Dynamik. Dagegen gab es eine breite und kontroverse Sozialisierungsdebatte. Zwei wesentliche Faktoren besaßen hierin starken Einfluß: erstens der deutliche Wille der Räte, mit »Fachleuten« aus der Industrie und der Stuttgarter Ministerialbürokratie unter dem Arbeitsminister Hugo Lindemann (SPD) gemeinsam über diese Frage zu beraten[56], und das Interesse, an die aus der Kriegszeit resultierende Kooperation zwischen Unternehmern und Gewerkschaften anzuknüpfen[57], zweitens die Belebung der württembergischen Industrie allem voranzustellen[58]. Widerstände gegen spontane Sozialisierungsabsichten, z. B. in Ludwigsburg, kamen erwartungsgemäß aus der Industrie[59], und Widerstände gegen die von der Mehrheit der württembergischen Arbeiterräte akzeptierten gemäßigten Sozialisierungsabsichten kamen vom Spartakusbund[60], für dessen Führer die Sozialisierung »nur durch die Massen des Proletariats« zu lösen war[61]. Im Gegensatz dazu stand das Sozialisierungskonzept des Stuttgarter Arbeitsministeriums und der Sozialisierungskommission[62], das zum einen keinen württembergischen Sonderweg verfolgte und dementsprechend an einheitlichen Richtlinien für das gesamte deutsche Wirtschaftsgebiet orientiert sein sollte, das zum anderen die »schrittweise Überführung geschlossener Wirtschaftszweige« (u. a. Elektrizität, Binnenschiffahrt, Grundkreditwesen) prüfen wollte[63]. Mit der politischen Schwächung der württembergischen Sozialdemokraten

*Altrock*, Agrarische Bewegung, in: Handbuch der Staatswissenschaft, 4. Aufl., Jena 1923, S. 73–76; *ders.*, Landwirtschaftskammern, ebda., S. 220–229. Nach dem württembergischen Gesetz vom 23. VI. 1919 wurden – einzigartig in Deutschland – neben den 48 von Landwirten zu wählenden Mitgliedern 12 von Landarbeitern zu wählende Mitglieder vorgesehen. Für Arbeiterfragen gab es einen paritätisch besetzten Ausschuß. Zu der Kammerumlage wurden die Arbeitnehmer nicht herangezogen. Siehe ferner *A. Rienhardt*, Landwirtschaftliche Organisationsfragen und die Neuorganisation des landwirtschaftlichen Vereinswesens in Württemberg und Hohenzollern, Stuttgart 1919; über die politische Organisierung der Agrarbevölkerung während des Staatsumsturzes siehe *Heinrich Muth*, Die Entstehung der Bauern- und Landarbeiterräte 1918 und die Politik des Bundes der Landwirte, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 21, 1973, S. 1–38, der sich für Württemberg auf die – notwendigerweise – pauschale Betrachtung von *Friedrich Facius*, Staat und Landwirtschaft in Württemberg 1780–1920, in: Festschrift für G. Franz, Frankfurt 1968, stützt. Über die »bäuerliche Basis«, die durch den Staatsumsturz von 1918 »in Bewegung« geraten sei, siehe *Jens Flemming*, Landarbeiter zwischen Gewerkschaften und »Werksgemeinschaft«, in: Archiv für Sozialgeschichte 14, 1974, S. 351–418. Dagegen steht die ältere Ansicht *Fritz Baades*, daß zwar »die offizielle, private und wissenschaftliche Berufsvertretung der deutschen Landwirtschaft bis zu einem gewissen Grade einen einheitlichen Geist und eine einheitliche Willensrichtung aufweisen«, aber »diese im öffentlichen Bewußtsein als deutsche Landwirtschaft schlechthin figurierenden Kreise nur eine Oberschicht darstellen, deren Niveau, deren Meinungen und Willensäußerungen keineswegs für die gesamte deutsche Landwirtschaft typisch sind«. Unter dieser Oberschicht befinde sich eine »unbekannte große Masse«, eine »ganz andere geistige und kulturelle Erscheinungsform der deutschen Landwirtschaft, die dem öffentlichen Bewußtsein durch jenes glänzende Bild verdeckt ist, und die vielleicht doch nicht einmal zum vollen Bewußtsein ihrer eigenen berufsständischen Existenz aufgewacht ist« (Agrarische Ideen, a. a. O., S. 230). Dahinter steht *Baades* Plädoyer für eine jenseits der historischen Organisationsanalysen stehende sozialgeschichtliche Aufarbeitung der agrarischen Entwicklung im 20. Jahrhundert, die für viele Regionen Deutschlands, auch für Württemberg, noch fehlt. Die Materialbasis für einen sozialgeschichtlichen Ansatz könnten die beiden folgenden Periodika bieten: Mitteilungen der Centralstelle für Landwirtschaft und Gewerbe in Hohenzollern, der Handwerkskammer für Hohenzollern, Sigmaringen 1919 und der Schwäbische Bauernfreund, Jg. 8 und 9, Stuttgart 1918 und 1919.

56 Siehe in den Quellen S. 24, Anm. 15, und S. 345 f.
57 *Ebda.*, S. 73 (Haarer).
58 *Ebda.*, S. 243.
59 *Ebda.*, S. 415 f.
60 Siehe die von Clara Zetkin vertretenen Leitsätze zur Sozialisierung, *ebda.*, S. 296–302.
61 *Ebda.*, S. 346 (Unfried).
62 *Ebda.*, S. 23, Anm. 15.
63 *Ebda.*, S. 292, Anm. 141.

in den Wahlen von 1919 und mit dem schrittweisen Abbau der Rätebewegung verlor die Sozialisierungsdebatte ihre wichtigsten Verfechter. Inwieweit die württembergischen Arbeiterräte in den einzelnen Industriebetrieben ihre sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen in die Praxis umzusetzen versuchten, darüber geben die Quellen keinerlei Auskunft. Es muß davor gewarnt werden, die Rätebewegung auch in diesen Punkten ausschließlich an ihrer Programmatik zu messen und dabei entweder Lob oder Tadel zu verteilen. Erst nach quellenfundierten Feinanalysen innerbetrieblicher Verhältnisse 1918/19 wird man künftig die Frage nach der Bedeutung der Rätebewegung im sozial- und wirtschaftspolitischen Umfeld sachlicher beurteilen können, als das heute der Fall ist.

Deutlicher als die praktische Sozial- und Wirtschaftspolitik der Räte spiegelt sich die *Militärpolitik* in den Quellen wider[64]. Eindeutig war das Votum der Soldatenräte Württembergs für ein parlamentarisches System, eindeutig war auch die Hoffnung der Räte, daß die ihrer Ansicht nach einzig legitime Institution die Macht und den Willen haben würde, alle von der militärischen Basis herkommenden Ansätze zur Demokratisierung des württembergischen Wehrsystems weiterzuentwickeln. Die Soldatenräte waren von ihrer Rolle als lediglich vorübergehende Erscheinungsformen in der politischen Landschaft nach dem Staatsumsturz überzeugt und sahen ihre Aufgabe vor allem darin, auf dem militärischen Sektor die Zwänge der Demobilisierung und öffentlichen Sicherheit mildern und abbauen zu helfen, und zwar nicht prinzipiell gegen das Offizierkorps, sondern gemeinsam und in weitgehender Übereinstimmung mit ihm. Daß der Aufbau eines eigenständigen und nach demokratischen Prinzipien strukturierten württembergischen Heeres trotz des landesweiten stabilen Wehrsystems letztlich scheiterte, lag hauptsächlich an der mangelhaften Bereitschaft der außerpreußischen Militär- bzw. Kriegsminister und ihrer Regierungen, sich angesichts der von Preußen forciert betriebenen unitarischen Lösung der Wehrfrage auf eine Konzeption zu einigen, die den neuen Machtverhältnissen in Deutschland Rechnung trug.

Durch die Ereignisse vom November 1918 wurde auch das Verhältnis der Gesellschaft zur *Bürokratie* und umgekehrt sowohl auf der hohen staatlichen wie auf der kommunalen Ebene vor neue Bedingungen gestellt; Württemberg blieb hiervon nicht ausgeschlossen[65]. In erster Linie ging es den Arbeiterräten um die von der unverzüglichen Lösung sachlicher Probleme bestimmte Zusammenarbeit mit der Landes- und der Kommunalbürokratie[66]. Sofern die Forderung erhoben wurde, die bestehenden bürokratischen Strukturen zu verändern, stand dahinter das überall in Deutschland besonders während der Kriegszeit geäußerte Bedürfnis nach größerer Effizienz der Verwaltungen und nach mehr »Bürgernähe« der Amtsträger, um einen modernen Ausdruck zu gebrauchen. Auf jeden Fall sollte das bürokratische System in Württemberg nicht demontiert, sondern auf lange Sicht reformiert werden[67]. Das Stuttgarter Innenministerium legte in einer Verordnung vom 29. März 1919 die Verantwortlichkeit der Arbeiter- und Bauernräte für Beamtenfragen fest[68], und zwar noch zu einer Zeit, da in vielen Teilen Deutschlands die Räte bereits zu Randfiguren der politischen Szene gemacht worden waren.

Eng mit der Beamtenfrage hängt die Frage nach der von den württembergischen Räten betriebenen *Kommunalpolitik* zusammen[69]. Die Rätebewegung entstand im politischen,

64 Siehe unter den Schlagwörtern *ebda.: Freiwilligenverbände, Generalkommando* (stellv.) des XIII. Armeekorps, *Grenzschutz Ost, Landesausschuß* der Soldatenräte, *Offizierkorps, Rote Garde, Sicherheitskompanien, Soldatenräte, Truppen.* Siehe auch die zum Thema Militärpolitik angegebene Literatur.

65 Siehe *ebda.* unter dem nicht ganz treffenden Schlagwort *Beamtenpolitik;* besser wäre der neutralere Ausdruck *Beamtenfragen* gewesen. Siehe außerdem *Gemeindebehörden, Oberämter.*

66 Siehe *ebda.*, S. 8.

67 Siehe *ebda.*, S. 262; vgl. *Ludwig v. Köhler,* Zur Frage der Vereinfachung der Organisation in der inneren Staatsverwaltung Württembergs, Tübingen 1919.

68 Vgl. im Quellenband, S. 462.

69 Siehe hierzu *ebda.* die Schlagwörter *Gemeindebehörden, Gemeindewahlen.*

sozialen und wirtschaftlichen Spannungsfeld der deutschen Groß- und Mittelstädte. Nur durch die genaue Kenntnis der vielfältigen gesellschaftlichen Veränderungen in den Städten, vor allem während des Krieges, werden Ursprung und Wirkung der Rätebewegung in Deutschland künftig präziser als bisher zu analysieren sein. Doch hierzu bedarf es entsprechender Grundlagenforschung, für die, vom heutigen Standpunkt beurteilt, die notwendigen Voraussetzungen aller Art nicht gegeben sind[70]. Für die Einschätzung der Rolle der Räte auf kommunalpolitischem Feld geben die vorliegenden Quellen verhältnismäßig wenig her. Im Vordergrund standen für die Arbeiterräte in den Wochen und Monaten nach dem Staatsumsturz die Kontrolle der Gemeindebehörden und die Zusammenarbeit mit den Ortsvorstehern[71], was häufig genug Konfliktsituationen heraufbeschwor. Ein Gesetz vom 15. Juli 1919 legte (bis zu seiner Aufhebung am 20. Juli 1921) das Kontrollrecht der Arbeiter- und Bauernräte gegenüber den Kommunalverbänden und Gemeindebehörden fest[72]. Unter diesem Gesichtspunkt ergibt sich eine Reihe wichtiger Fragen nach den Veränderungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich der württembergischen Städte unter dem unmittelbaren Einfluß der Räte, z. B. beim Ausbau des kommunalen Arbeitsnachweises[73], bei der Reform des kommunalen Wahlrechts[74] und bei der Kommunalisierung bestimmter Wirtschaftszweige[75]. Vieles deutet darauf hin, daß die Vorstellungen der württembergischen Räte von einer Reform der kommunalen Sphäre sich im Rahmen dessen hielten, was bürgerliche Kommunalreformer viele Jahre zuvor, besonders aber während der Zeit von 1914 bis 1918, gefordert hatten[76].

Das *Verhältnis* der württembergischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte zu den anderen

---

70 Die von *Hans Herzfeld* und *Christian Engeli*, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 14, 1975, S. 1–21, über die ständig wachsende Bedeutung der modernen Stadtgeschichte gezeigte Euphorie vermag ich nicht zu teilen. Die Forschungserfolge konzentrieren sich zum einen zeitlich zu stark auf die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, zum anderen regional zu sehr auf die Städte im Ruhrgebiet. Die württembergische Stadtgeschichtsforschung hat sich sehr stark auf das Mittelalter und die frühe Neuzeit konzentriert. Im allgemeinen steckt die Forschung für das 20. Jahrhundert erst in den Anfängen. Kommunalgeschichte ist, und daran ändern auch nichts die Bemühungen engagierter Historiker, bis heute eine am Rande angesiedelte wissenschaftliche Disziplin geblieben, die, sofern sie von kommunalen Institutionen finanziell und organisatorisch unterstützt wird, Gefahr läuft, von der aktuelleren Problemen zugewandten kommunalpolitischen Forschung in die Rolle einer Hilfswissenschaft gedrängt zu werden.

71 Siehe in den Quellen besonders S. 15, 230, 255, 268 und 288.

72 Siehe *ebda.*, S. 464–466.

73 Besonders von gewerkschaftlicher Seite ist während des Krieges wiederholt der Ausbau des paritätischen Arbeitsnachweises gefordert worden. Siehe hierzu: *Hildegard Sachs*, Entwicklungstendenzen in der Arbeitsnachweisbewegung, Jena 1919, S. 28; siehe ferner die gewerkschaftlichen Forderungen »für den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft«, in: Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 27, 1917, S. 389–392; über den Stand der Arbeitslosigkeit und die Situation des Arbeitsnachweiswesens in Württemberg siehe Reichs-Arbeitsblatt 17, 1919, passim. Die Stuttgarter Regierung reagierte verhältnismäßig spät mit dem Gesetz vom 12. 8. 1919 auf die Behebung der nachkriegsbedingten Arbeitslosigkeit in den Städten.

74 Über Bestrebungen zur Reform des Kommunalwahlrechts gibt es für Württemberg eine bis heute unzureichende Materialbasis, z. B. bei *Christian Engeli / Wolfgang Haus* (Bearb.), *Quellen zum modernen Gemeindeverfassungsrecht in Deutschland*, Stuttgart 1975, S. 163; siehe ergänzend dazu *Ludwig v. Köhler*, Über den Einfluß der Revolution auf die Selbstverwaltung in Württemberg, Tübingen 1925.

75 Schon während des Kaiserreiches hatte die Fortschrittliche Volkspartei z. B. für die Kommunalisierung plädiert, ebenso das Zentrum, wenngleich mit einigen Einschränkungen in der Intensität der Kommunalisierung. Die Sozialdemokraten hatten auf dem Bremer Parteitag von 1904 neben der Einrichtung von Arbeitsnachweisen und Ausschüssen für Gemeindearbeiter auch die Kommunalisierung zum allgemeinen Beschluß erhoben. Siehe hierzu den Artikel: Kommunalpolitik der politischen Parteien, in: *Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften*, Bd. 3, Jena 1924; allgemein zu diesem Problem aus sozialdemokratischer Sicht: *Paul Hirsch*, Kommunalpolitische Probleme, Leipzig 1920, S. 38–53.

76 Siehe hierzu *Wilhelm v. Blume*, Über deutsche Selbstverwaltung, Tübingen 1917.

Größen im politischen Umfeld, zu den Freien Gewerkschaften, zur SPD, USPD und zum Spartakusbund bzw. zur KPD, zur Landesregierung und zu den Militärbehörden (Ministerialbürokratie und stellv. Generalkommando), in den Jahren 1918 und 1919 war außerordentlich vielgestaltig und durch zahlreiche personelle Verflechtungen zwischen diesen Institutionen und den Räteorganisationen kompliziert und ist teilweise anhand der Quellen nicht immer eindeutig nachvollziehbar. Am Beispiel folgender Problembereiche soll dieses Verhältnis näher charakterisiert werden: an der Gründungsphase der Räteorganisationen und an der Übernahme bestimmter politischer Funktionen durch sie, an der Frage des künftigen parlamentarischen Systems, an den Januarunruhen 1919, schließlich am Generalstreik 1919. Insgesamt betrachtet, ist dieses Verhältnis von zwei Faktoren nachhaltig beeinflußt worden: von der zum Jahresende 1918 hin immer größer werdenden Kluft zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen und von der hauptsächlich von den SPD-Volksbeauftragten in Berlin betriebenen rätefeindlichen Politik. Wenn es im Vergleich zu Preußen in Württemberg nicht zu so starken Auseinandersetzungen kam, dann vor allem durch die eindeutige Dominanz der Mehrheitssozialdemokraten in der politischen bzw. gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und in den Rätegremien. Dieser weitgehenden parteipolitischen Homogenität entsprach die Schwäche der USPD und des Spartakusbundes/KPD überall im Lande, wenn man von Stuttgart zumindest für eine gewisse Zeit absieht. Aber auch dort verdeckt der in den Quellen kraß zum Vorschein kommende Verbalradikalismus den tatsächlichen politischen Einfluß beider Parteien auf die entscheidenden Prozesse. Für Württemberg (wie für viele andere Teile Deutschlands auch) paßt die These von den im Januar 1919 anwachsenden »linksextremistischen Kräften« innerhalb der Räteorganisationen keinesfalls [77].

In der Tat haben die *Januarunruhen*, die hauptsächlich auf Stuttgart konzentriert blieben, zu einer erheblichen Belastung des Verhältnisses der Räteorganisationen zur Regierung, zu den Parteien, Gewerkschaften und Militärbehörden geführt, obwohl die Gründungsphase der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, die Übernahme und Ausübung zentraler und lokaler Funktionen und die allseitigen Bemühungen um die Errichtung des parlamentarisch-demokratischen Systems in Württemberg in den ersten Wochen nach dem Umsturz nahezu störungsfrei und unkontrovers verlaufen waren. Die hauptsächlich von unerfüllten sozialen und politischen Forderungen städtischer Bevölkerungsgruppen motivierten Streiks und Demonstrationen im Stuttgarter Raum als »Spartakusaufstand« zu bezeichnen, trifft jedoch nicht den Kern des Problems. Die Januarunruhen waren nur vordergründig ein parteipolitischer Konflikt zwischen SPD bzw. mehrheitssozialdemokratisch orientierten Räteorganisationen und den beiden Linksparteien USPD und KPD; tatsächlich explodierten im Januar 1919 die von den neuen Machthabern nicht zu eliminierenden sozialen Sprengsätze, die in den Kriegsjahren gelegt und am Ende des verlorenen Krieges immer kritischer geworden waren. Der Frontverlauf in den Januartagen 1919 ist auch in Stuttgart (wie in vielen anderen deutschen Großstädten) nicht mit letzter Sicherheit deutlich zu erkennen: Keinesfalls ging der Riß nur durch die SPD-USPD-Koalitionsregierung, er ging ebenso durch die anderen politisch aktiven Gruppen.

Den Stuttgarter Ereignissen, aber auch denen in vielen anderen Regionen Deutschlands, wird man gerechter, wenn man die Januarunruhen als militantes Aufbegehren der Unzufriedenen, Zuspätgekommenen und Verschreckten aus proletarischen wie nichtproletarischen Gruppen der Bevölkerung sieht. Dieser Prozeß lief unter starker Beteiligung mobiler Truppen des einrückenden Westheeres ab, die für konservative soziale und wirtschaftliche Interessen den Part spielten. In den Januarunruhen kamen ebenso die Zielkonflikte zwischen den beiden Richtungen der organisierten Arbeiterbewegung zum Ausdruck wie der neuerwachte Selbstbehauptungswille bürgerlich-konservativer Bevölkerungsgruppen gegen-

77 *Gerhard A. Ritter*, Arbeiterbewegung, S. 303.

über einer möglichen sozialistisch ausgerichteten politischen Zukunft Deutschlands. Daß in Württemberg das Verhältnis der Räteorganisationen vor allem zur Regierung den Belastungen der Januarunruhen letztlich standhielt, lag hauptsächlich an dem stabilen Sicherheitssystem der Soldatenräte, an ihrem partnerschaftlichen Verhältnis zur Regierung und an ihrem einheitlichen und festen Willen, den Weg zur demokratischen Landesversammlung von allen Hindernissen freizuhalten. Die überwiegende Mehrheit der württembergischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sah allein im Parlament das geeignete Instrument, das die immens aufgehäuften politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen imstande wäre. Daß sie hierbei von der Überzeugung ausgingen, die Mehrheitssozialdemokraten würden im Plenum über ein regierungsfähiges Übergewicht verfügen, liegt auf der Hand. Zweifellos haben der schlechte Wahlausgang der württembergischen SPD auf Landes- bzw. Gemeindeebene und die damit verbundene erneute Umschichtung der Machtverhältnisse nun zugunsten der DDP, des Zentrums und der DNVP bei den Räten dazu beigetragen, an einer ihren Vorstellungen entsprechenden Lösung der vielfältigen Probleme mehr und mehr zu zweifeln, zumal aus den bürgerlichen Parteien heraus Forderungen laut wurden, die Räteorganisationen als »notwendige Folge der Berufung der Landesversammlung« aufzulösen[78]. Und damit ergab sich in Württemberg ein fundamentaler Konflikt zwischen den Räten und den staatlichen Kräften, der im *Generalstreik* vom März/April 1919 zum Ausdruck kam. Auch wenn die sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen dieses Generalstreiks weiter Teile der württembergischen Industriearbeiterschaft und des Bürgertums noch nicht von der historischen Forschung ausgelotet sind und durch die vorliegenden Quellen nur in Ansätzen erfaßt werden können, läßt sich doch mit Bestimmtheit feststellen, daß der Abbau des einstigen partnerschaftlichen Verhältnisses zwischen den Arbeiter- und Soldatenräten einerseits und der Regierung andererseits nicht die Ursache, sondern die negative Folge der schweren Konfrontation vom März/April 1919 war. Da die Stuttgarter Regierung entschlossen war, statt den Konflikt durch Verhandlungen beizulegen, ihn mit Waffengewalt zu beenden, gerieten die führenden Räteorganisationen durch ihre grundsätzliche loyale Haltung gegenüber den staatlichen Institutionen in ein schweres Dilemma[79], aus dem sie sich in der folgenden Zeit nicht mehr zu befreien vermochten. Sie verloren während des Generalstreiks zuerst ihre Funktion als vermittelnde Instanz zwischen den Konfliktparteien, sie verloren bald danach ihre Funktionen im württembergischen Sicherheitssystem, da sich ihre Freiwilligeneinheiten weigerten, an bürgerkriegsähnlichen Einsätzen, z. B. gegen die Münchener Räterepublik, teilzunehmen.

Zusammenfassend läßt sich für Württemberg feststellen, daß die Räteorganisationen der Arbeiter, Soldaten und auch der Bauern nicht durch anwachsende linksextremistische Kräfte von innen heraus zerstört wurden, sondern in erster Linie ein Opfer überstürzt ablaufender, krisenreicher sozialer und wirtschaftlicher Prozesse in einer Zeit kaum steuerbarer gesellschaftlicher Veränderungen wurden.

Daß der *Rechtsradikalismus* und die Herrschaft der Räte, zumal extremistisch orientierter lokaler Rätesysteme, entstehungsgeschichtlich in engem Zusammenhang stehen, ist von der zeitgenössischen Publizistik und teilweise von der historischen Forschung oftmals hervorgehoben worden[80]. Die Absicht solcher Argumentation ist klar: Die Rätebewegung soll damit en bloc für die Bedrohung des parlamentarisch-demokratischen Systems von rechts her verantwortlich gemacht werden. Tatsächlich lassen sich rechtsradikale Tendenzen in Deutschland, d. h. Tendenzen zur militanten »Lösung« politischer und sozialer Konflikte zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen, bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen und sind nicht erst nach dem Staatsumsturz vom November 1918 entstanden. Diese Tendenzen erhielten 1918/19 durch die Freisetzung ehemals regulärer

78 Z. B. Gröber (Zentrum); siehe in den Quellen S. 241, Anm. 20.
79 Siehe *ebda.*, S. 438.
80 *G. A. Ritter*, S. 303.

militärischer Kräfte eine breitere organisatorische Basis, durch die Entstehung der Räte eine nur leicht modifizierte Stoßrichtung und durch den Zerfall alter Machtstrukturen ihre prinzipielle Legitimation.

Da sich nach den vorliegenden Quellen Rechtsradikalismus und Räteherrschaft in Württemberg in keinen direkten Zusammenhang bringen lassen, wird man weiter nach den Hauptursachen der auch in diesem Teil Deutschlands erkennbaren Wendung gegen das während des Umsturzes entstandene demokratische Potential in den Räten fragen müssen: Dazu gehörte vor allem die Wirkungsmächtigkeit der im November 1918 nicht angetasteten sozialen und wirtschaftlichen Strukturen mit den durch sie bedingten vielfältigen Abhängigkeiten und Sachzwängen in der Gesellschaft. Die prinzipielle Auflösung überlebter Strukturen und ihre Ersetzung durch sozial gerechtere, humanere und demokratische Positionen konnten nicht am Ende eines verlorenen Krieges mit allen seinen nachteiligen Folgen für den ungefährdeten inneren und äußeren Bestand der Gesellschaft, besonders ihrer schwächsten Teile, erfolgen. Es bedurfte hierzu eines langwierigen von sozialdemokratischer wie von linksbürgerlicher Seite getragenen Reformprozesses auf einer von beiden Seiten systematisch geförderten und stabilisierten organisatorischen und personellen Basis, für die die Rätebewegung von 1918/19, insbesondere in Württemberg, den entwicklungsfähigen Grund gelegt hatte.

Im Vergleich zum Buch von Dähn sind die kritischen Anmerkungen zu dem sachkundig und mit bemerkenswerter Präzision edierten Quellenband von *Kolb* und *Schönhoven* minimal. Sie sind mehr auf die formale als auf die inhaltliche Gestaltung gerichtet: Künftig sollten Personen- und Ortsnamen in den Protokollen im Druck optisch hervorgehoben werden; denn die hier verwendeten Schrifttypen sind ungeeignet (was wohl keinesfalls den beiden Bearbeitern angelastet werden kann). Die Benutzung der einzelnen Protokolle, die in den meisten Fällen eine beachtliche Länge besitzen, müßte durch vorangestellte kurze Inhaltsangaben erleichtert werden. Über die Anordnung der einzelnen Quellen nach dem Urheberprinzip ließe sich streiten, weil dadurch die komplizierte württembergische Geschichte der Jahre 1918/19 sehr leicht unübersichtlich wird. Eine Chronologie der wichtigsten Ereignisse und eine nach chronologischem Gesichtspunkt angelegte Tabelle der edierten Protokolle usw. wären vor allem für den Geschichtsstudenten wichtige Hilfsmittel. Die wissenschaftliche Bedeutung der Editionsarbeit von Kolb und Schönhoven liegt auf der Hand: Die bisherigen Kenntnisse über die außerpreußische Rätebewegung sind um ein bedeutendes Stück bereichert worden, darüber hinaus ist die Grundlage für eine gründliche sozialgeschichtlich orientierte Darstellung der württembergischen Entwicklung in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts geschaffen worden. Für die noch ausstehenden Editionen der Materialien anderer regionaler Räteorganisationen in Deutschland haben die beiden Bearbeiter dieses Bandes den Maßstab gesetzt. Aber genügt für die umfassende Kenntnis der Jahre 1918/19 allein die umfassende Kenntnis der Rätebewegung? Sicher nicht. Quellen zur Geschichte dieser politischen und sozialen Bewegung spiegeln nur einen, wenn auch sehr wichtigen Ausschnitt aus dem historischen Wirklichkeitsbereich wider, und deshalb können diese Quellen nur Antwort auf einen begrenzten Fragenkatalog geben. Zweifellos haben die Bearbeiter diesen Sachverhalt erkannt und haben ihren Editionsapparat bewußt breit angelegt, um auf diese Weise neue Problembereiche erschließen zu lassen. Wenn man die Rätebewegung als einen sehr wichtigen Ausschnitt aus dem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Spektrum der Vergangenheit Deutschlands zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik begreift, dann ergibt sich daraus die berechtigte Forderung nach einem umfassenden sozial- und wirtschaftsgeschichtlich orientierten Quellenwerk, das zumindest die bedeutsamen Jahre 1914 bis 1920 umfassen müßte.

# Studien zur Geschichte der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung

Bernd Balkenhol, Armut und Arbeitslosigkeit in der Industrialisierung – dargestellt am Beispiel Düsseldorfs 1850–1900 (= Studien zur Düsseldorfer Wirtschaftsgeschichte, H. 3), Droste Verlag, Abt. Ed. Lintz Verlag, Düsseldorf 1976, IV, 143 S., kart., 12 DM.

Studien über Armut und Arbeitslosigkeit in der deutschen Industrialisierung sind trotz älterer Vorläufer bisher nicht eben häufig. Der Versuch, Ausmaß und Struktur der Arbeitslosigkeit im Industrialisierungsverlauf zu rekonstruieren, begegnet stets größten Quellenproblemen; demgegenüber reichen die lokalen Armenstatistiken in mehr oder weniger reichem Detail oft über die Jahrhundertmitte zurück. Bei diesem Stand der Überlieferung muß das Arbeitslosigkeitsproblem, dessen Kenntnis zweifellos die sozialen Folgen der Industrialisierung besser verstehen lassen würde, im Rückgriff auf insoweit sekundäres Quellenmaterial (Beschäftigungsstatistik, Melderegister) eingekreist werden. Die vorliegende Untersuchung geht von der Hypothese eines Zusammenhangs von Arbeitslosigkeit und Armut im konjunkturellen Wandel aus und bedient sich dieser Quellen, soweit sie im lokalen Rahmen: in den städtischen Verwaltungsberichten und Gesellenregistern, den Gewerbe- und Berufszählungen und den gewöhnlich ergiebigen periodischen Berichten der Landräte, Fabrikinspektoren und Regierungspräsidien vor allem während der Jahre wirtschaftlichen Niedergangs nach dem Gründerboom überliefert sind. Angesichts der erheblichen Probleme, die dieses Material infolge Lückenhaftigkeit und Erstellung nach ungenauen, dem Untersuchungszweck fremden Gesichtspunkten aufwirft, gehört die Zusammenstellung, Aufbereitung und zurückhaltende, zumeist auf einfache Tendenz- und Wendepunktanalysen beschränkte Interpretation zahlreicher Schaubilder und Zahlenreihen zur Beschäftigungs-, Lohn-, Armenhaushalts- und Zuzugsstatistik zu den wesentlichen Verdiensten dieser in ihren wichtigen Aussagen wiederholt durch Vergleiche mit benachbarten Industrieorten (Duisburg, Dortmund u. a.) erhärteten Untersuchung.

Balkenhol stellt die anhand verstreuter Angaben ermittelte und gewichtete Beschäftigungsbewegung und Lohnentwicklung in der Düsseldorfer Metall- und Textilindustrie den langfristigen Veränderungen von Einnahmen und Ausgaben im Haushalt der Stadt gegenüber. In diesen Rahmen wird eine Diskussion »natürlicher« (Unfähigkeit, erwerbsfähig zu werden oder zu bleiben) und »künstlicher« Armut (Arbeitslosigkeit) nach den Bedingungen des zeitgenössischen Armenrechts eingebettet. Ursprünglich galt die kommunale Armenpflege, deren Statistik, Struktur und Unterstützungsformen detailliert ausgebreitet werden, überwiegend der Bedürftigkeit infolge Erwerbsunfähigkeit; erst Charakter und Rhythmus der kapitalistischen Wirtschaftsweise schufen mit den konjunkturellen Schwankungen des Beschäftigungsstandes, die sich im Falle Düsseldorfs als weitgehend kongruent mit der allgemeinen Konjunkturentwicklung in den Industrialisierungsjahrzehnten erweisen, jene neuen Formen künstlicher Armut, die der Verfasser einleuchtend durch das primäre Merkmal der Erwerbslosigkeit, durch sekundäre Merkmale wie Alter, Geschlecht und Zivilstand kennzeichnet. Indem diese Merkmalsgruppen mit den konjunkturellen Ver-

änderungen des Arbeitsmarkts korreliert werden, ergibt sich eine differenzierte Einschätzung des Zusammenhangs von Armut und Konjunktur: Arbeitslosigkeit beeinflußte vor allem die Bewegung der vorübergehend durch die Armenkasse Unterstützten; sie wirkte sich ferner in einer deutlichen Abhängigkeit der Anzahl unterstützter Familienoberhäupter vom Beschäftigungsindex aus – eine Abhängigkeit, die mit fortschreitender Zeit deutlicher wurde. Keine Beziehung zum Arbeitsmarkt bzw. Beschäftigungsstand zeigte dagegen die große Zahl unterstützungsbedürftiger Alleinstehender, darunter besonders Frauen und alte Erwerbsunfähige. Weil damit insgesamt ein Zusammenhang der weiterhin von mancherlei äußeren Faktoren (Recht und Verwaltungspraxis, Haushaltslage) beeinflußten Armenstatistik mit der Entwicklung des Beschäftigungsindexes im Sinne der Ausgangshypothese verneint werden muß, diskutiert der Verfasser abschließend solche Formen der Anpassung auf dem Arbeitsmarkt, die neben der kaum zu überschätzenden, aus älteren Denk- und Verhaltensmustern gespeisten moralischen Barriere gegenüber dem ehrlosen und entrechteten Stand der Armut deren geringe Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt erklären können: Stellen- und Berufswechsel und geographische Mobilität von Arbeitslosen, die anhand der Gesellenregister nach Geschlecht, Alter und Berufszugehörigkeit identifiziert werden kann; ferner Überbrückung der Erwerbslosigkeit durch »abgeleitete« Einkommen (Sparrücklagen, Geschenke, Erbschaften u. ä.) und durch Erwerbstätigkeit anderer Familienmitglieder sowie Bettelei und Eigentumsdelikte.

Die einzelnen Argumentationsschritte der Studie werden durchgängig mit einer Fülle statistischen Materials, das allerdings nicht immer einsichtig geordnet erscheint (vgl. die Rubriken der Tabellen 14 und 15, S. 66 f., miteinander), durch Graphiken und Schaubilder einleuchtend belegt. Gegen den im ganzen schlüssigen Gedankengang kann freilich hier und da Kritik eingewendet werden. So bedient sich der Verfasser der örtlichen Zuzugsstatistik leider erst im Schlußkapitel zur Deutung von Anpassungserscheinungen am Arbeitsmarkt im konjunkturellen Wandel, anstatt die hier verfügbaren Daten unter Bezug auf die eingangs dargelegte Beschäftigungsbewegung zu interpretieren. Auf diesem Wege hätten Ansatzpunkte einer quantitativen Einschätzung der örtlichen Arbeitslosigkeit – ein entsprechender Versuch wird leider nicht unternommen – unabhängig von der Entwicklung der Armenstatistik gewonnen werden können. In diesem Zusammenhang hätte sich ein Vergleich mit der jüngst von Peter Marschalck (Die deutsche Überseewanderung im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur soziologischen Theorie der Bevölkerung, Stuttgart 1973, S. 110–114) mit Hilfe einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion für 1850–1899 in fünfjährigen Abschnitten berechneten Arbeitslosigkeit in Deutschland empfohlen.

Trotz dieser Einwände zeigt Balkenhols Untersuchung einmal mehr den Wert regional/lokaler Ansätze zur Erforschung der Sozialgeschichte der Industrialisierung. Sie fördern eine Fülle detaillierten Materials zutage, das sich zugunsten einer präzisen Deutung der Erwerbsstruktur und sozialen Lage unter Bezug auf die industriegesellschaftlichen Wandlungsimpulse ordnen und analysieren läßt. Sie erlauben weiter, wie hier wiederholt aufgewiesen wird, die Anwendung statistischer Methoden und sozialwissenschaftlicher Erklärversuche, ohne sich der Gefahr einer verfrühten Generalisierung auszusetzen.

Klaus Tenfelde

Liebetraut Rothert, Umwelt und Arbeitsverhältnisse von Ruhrbergleuten in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dargestellt an den Zechen Hannover und Hannibal in Bochum (= Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Reihe 1, H. 20), Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Münster 1976, VI, 106 S., kart., 32 DM.

Die Zechen Hannibal und Hannover dürfen als typische Vertreter jener zweiten Generation von Tiefbauanlagen im Ruhrgebiet gelten, die vor allem im Konjunkturaufschwung

änderungen des Arbeitsmarkts korreliert werden, ergibt sich eine differenzierte Einschätzung des Zusammenhangs von Armut und Konjunktur: Arbeitslosigkeit beeinflußte vor allem die Bewegung der vorübergehend durch die Armenkasse Unterstützten; sie wirkte sich ferner in einer deutlichen Abhängigkeit der Anzahl unterstützter Familienoberhäupter vom Beschäftigungsindex aus – eine Abhängigkeit, die mit fortschreitender Zeit deutlicher wurde. Keine Beziehung zum Arbeitsmarkt bzw. Beschäftigungsstand zeigte dagegen die große Zahl unterstützungsbedürftiger Alleinstehender, darunter besonders Frauen und alte Erwerbsunfähige. Weil damit insgesamt ein Zusammenhang der weiterhin von mancherlei äußeren Faktoren (Recht und Verwaltungspraxis, Haushaltslage) beeinflußten Armenstatistik mit der Entwicklung des Beschäftigungsindexes im Sinne der Ausgangshypothese verneint werden muß, diskutiert der Verfasser abschließend solche Formen der Anpassung auf dem Arbeitsmarkt, die neben der kaum zu überschätzenden, aus älteren Denk- und Verhaltensmustern gespeisten moralischen Barriere gegenüber dem ehrlosen und entrechteten Stand der Armut deren geringe Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt erklären können: Stellen- und Berufswechsel und geographische Mobilität von Arbeitslosen, die anhand der Gesellenregister nach Geschlecht, Alter und Berufszugehörigkeit identifiziert werden kann; ferner Überbrückung der Erwerbslosigkeit durch »abgeleitete« Einkommen (Sparrücklagen, Geschenke, Erbschaften u. ä.) und durch Erwerbstätigkeit anderer Familienmitglieder sowie Bettelei und Eigentumsdelikte.

Die einzelnen Argumentationsschritte der Studie werden durchgängig mit einer Fülle statistischen Materials, das allerdings nicht immer einsichtig geordnet erscheint (vgl. die Rubriken der Tabellen 14 und 15, S. 66 f., miteinander), durch Graphiken und Schaubilder einleuchtend belegt. Gegen den im ganzen schlüssigen Gedankengang kann freilich hier und da Kritik eingewendet werden. So bedient sich der Verfasser der örtlichen Zuzugsstatistik leider erst im Schlußkapitel zur Deutung von Anpassungserscheinungen am Arbeitsmarkt im konjunkturellen Wandel, anstatt die hier verfügbaren Daten unter Bezug auf die eingangs dargelegte Beschäftigungsbewegung zu interpretieren. Auf diesem Wege hätten Ansatzpunkte einer quantitativen Einschätzung der örtlichen Arbeitslosigkeit – ein entsprechender Versuch wird leider nicht unternommen – unabhängig von der Entwicklung der Armenstatistik gewonnen werden können. In diesem Zusammenhang hätte sich ein Vergleich mit der jüngst von Peter Marschalck (Die deutsche Überseewanderung im 19. Jahrhundert. Ein Beitrag zur soziologischen Theorie der Bevölkerung, Stuttgart 1973, S. 110–114) mit Hilfe einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion für 1850–1899 in fünfjährigen Abschnitten berechneten Arbeitslosigkeit in Deutschland empfohlen.

Trotz dieser Einwände zeigt Balkenhols Untersuchung einmal mehr den Wert regional/lokaler Ansätze zur Erforschung der Sozialgeschichte der Industrialisierung. Sie fördern eine Fülle detaillierten Materials zutage, das sich zugunsten einer präzisen Deutung der Erwerbsstruktur und sozialen Lage unter Bezug auf die industriegesellschaftlichen Wandlungsimpulse ordnen und analysieren läßt. Sie erlauben weiter, wie hier wiederholt aufgewiesen wird, die Anwendung statistischer Methoden und sozialwissenschaftlicher Erklärversuche, ohne sich der Gefahr einer verfrühten Generalisierung auszusetzen.

Klaus Tenfelde

Liebetraut Rothert, Umwelt und Arbeitsverhältnisse von Ruhrbergleuten in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Dargestellt an den Zechen Hannover und Hannibal in Bochum (= Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Reihe 1, H. 20), Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Münster 1976, VI, 106 S., kart., 32 DM.

Die Zechen Hannibal und Hannover dürfen als typische Vertreter jener zweiten Generation von Tiefbauanlagen im Ruhrgebiet gelten, die vor allem im Konjunkturaufschwung

nach der Jahrhundertmitte abgeteuft wurde und zum Teil bereits in Förderung trat. Ursprünglich auf eine Belegschaftsstärke zwischen 500 und 1000 Bergleuten ausgelegt, wuchsen diese Gruben im Aufschwung der frühen 1870er Jahre und unter den Konzentrations- und Rationalisierungszwängen der großen Krise bis 1887 zu Großschachtanlagen mit Belegschaftskörpern von mehreren tausend Bergleuten und erreichten damit Größenordnungen, wie sie in der dritten Generation der Ruhrzechen, den Riesenbetrieben der Emscherzone am Nordrand des bisherigen Hauptfördergebiets, gegen Ende des 19. Jahrhunderts zur Regel wurden. Die zweite Zechengeneration steht daher im Zentrum der bergbaulichen Industrialisierung seit der Jahrhundertmitte, und das Studium ihrer Belegschaften verspricht in besonderem Maß Einblicke in die industrialisierungsverbundenen Veränderungen und Umschichtungen im Belegschaftskörper, in die betrieblichen Arbeitsbedingungen, Entscheidungsprozesse und Herrschaftsverhältnisse, in die außerbetrieblichen Daseinsbedingungen in Familie, Kirche, Gemeinde und Verein, schließlich in die Entwicklung der bergmännischen Denk- und Verhaltensformen auf dem Weg zur Lageerkenntnis, Protestäußerung und kollektiven Interessenvertretung.

Zum Teil wegen der meist lückenhaften Überlieferung, aber auch aus einer Reihe von anderen Gründen fehlt es bisher – nicht nur im bergbaulichen Bereich – an solchen Belegschaftsgeschichten, die unser Verständnis von den sozialen Konsequenzen der Industrialisierung aus zentraler Perspektive zu erweitern und zu vertiefen geeignet wären. Die am ehesten zuständige Firmengeschichtsschreibung hat, wie die Verfasserin der vorliegenden Studie zu Recht bemerkt, selbst in anspruchsvolleren Untersuchungen die Belegschaftsentwicklung der dargestellten Werke neben den technik-, unternehmer- oder konjunkturgeschichtlichen Aspekten nur mit Seitenblicken gewürdigt oder gar durch eine ausführliche Darlegung der jeweiligen betrieblichen Wohlfahrtseinrichtungen erledigt. Daher betritt, dies verdient hervorgehoben zu werden, die Verfasserin dieser belegschaftsgeschichtlichen Untersuchung der Krupp-Zechen Hannibal und Hannover jedenfalls innerhalb der deutschen Sozialgeschichtsschreibung durchaus wissenschaftliches Neuland.

Leider werden die konzeptionellen und methodischen Chancen eines solchen Neuansatzes nicht im wünschenswerten Ausmaß wahrgenommen. Die Zielsetzung der Studie ist bescheidener; sie gibt sich als »schlichte, vielfach wortgetreue Aktenauswertung« (S. 2), und zwar überwiegend solcher Bestände, die in den beiden letztlich doch recht dürftigen Zechenarchiven (jetzt im Bergbau-Archiv Bochum) überliefert sind. Daneben werden die ergiebigen Verwaltungsberichte der Schachtanlagen herangezogen und durch verstreutes weiteres Material ergänzt; Darstellung und Interpretation gewinnen merklich durch die Vertrautheit der Verfasserin mit den zahllosen Einzelheiten von Zechenbetrieb und bergmännischem Leben infolge ihrer jahrelangen Tätigkeit als Herausgeberin einer Werkszeitschrift für Hannover und Hannibal. So sind es die präzisen Informationen über eine Fülle von Details aus der Belegschaftsentwicklung: über Herkunft, Alter, Ansässigkeit und Qualifikation der Belegschaften; über die Daseinsbedingungen der dörflichen Umwelt im Wandel zur Industriekommune; über knappschaftliche Verhältnisse und betriebliche Arbeitsbedingungen wie Arbeitsvertrag und Arbeitsordnung, Löhne und Leistungen, Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit; über Wohnungsbau, Lebenshaltung und Vereinswesen der Bergleute, die den Wert dieser Untersuchung für die Bergbaugeschichte und die Sozialgeschichte des Ruhrgebiets begründen. Auch die ausführliche Darstellung des Streikgeschehens auf den Zechen in den Jahren 1889–1891 trägt durch zahllose Einzelheiten und Beobachtungen des Belegschaftsverhaltens im Ausstand und des Verhältnisses zwischen Belegschaften und Zechenleitungen zur Kenntnis des Streikverlaufs insbesondere im Mai 1889 bei. Zahlreiche dem Band beigegebene Abbildungen und ein Anhang mit Lohnstatistik und Texten von Arbeitsordnungen (1865 und 1892) ergänzen die Quellen- und Detailnähe der Studie.

Weitergehende Ergebnisse als Resultate einer die zahllosen Details zusammenführenden Analyse werden freilich nur in Ansätzen erkennbar, weil es an einem konzeptionellen Ent-

wurf der Belegschaftsgeschichte fehlt, der die sorgfältige Gliederung und Gewichtung der beschriebenen Einzelphänomene erleichtert, zum Teil erst ermöglicht hätte. Ohne sinnvollen Bezug aufeinander, geraten daher die Titelworte »Umwelt« und »Arbeitsverhältnisse« zu schlichten Sammelbegriffen der jeweils vorgefundenen Realität. Die Gliederung der Studie macht diese konzeptionelle Unsicherheit noch deutlicher. Da werden einleitend einige wenige Grunddaten über die wirtschaftliche Entwicklung der Zechen vorgestellt, denen Ausführungen über die Herkunft der Belegschaften folgen. Hierauf behandelt die Verfasserin ausführlich die örtlichen Siedlungsverhältnisse und das gemeindliche Leben, in die die Arbeits- und Lohnentwicklung bis 1889 und die detaillierte Streikschilderung eingebettet erscheinen. Das Schlußkapitel über Entwicklungen in den 1890er Jahren ist nur noch ein Anhängsel. Demgegenüber sollte eine belegschaftsgeschichtliche Untersuchung stets bemüht sein, Struktur und Entwicklung der Belegschaften auf gesamtwirtschaftliche gewerbliche Entwicklungen so sehr wie auf die hiermit verknüpfte wirtschaftliche Situation des Einzelbetriebs zu beziehen und diesen Bezug in Fragestellung, Gliederung und Analyse sichtbar zu machen. So hätten Einkommen und Lebenshaltung der Bergarbeiter auf die Grunddaten der Belegschaftsentwicklung – nicht zufällig fehlt eine genaue Produktions- und Belegschaftsstatistik der behandelten Anlagen, die, wenn sie aus dem archivalischen Material nicht verfügbar war, leicht mit einer Durchsicht der zeitgenössischen bergbaulichen Periodika hätte gewonnen werdern können – bezogen werden sollen, um etwa die im übrigen bemerkenswerten Details zur Lage der Bergleute in dem Krisenjahrzehnt bis zum Ende der 1880er Jahre zu vertiefen. Ähnlich zählte es zwar zu den Ergebnissen der Untersuchung, wenn die im Ruhrbergbau bekannt hohe Fluktuation der Belegschaften nicht zuletzt als Folge der betrieblichen Produktions- und Absatzpolitik erkannt wird, die den konjunkturellen und selbst saisonalen Absatzschwankungen oft starr folgte und bei starker Bindung durch Lieferverträge fortgesetzt im Sommer Feierschichten und Arbeitslosigkeit, im Winter Überschichten erzwang. Aber dieses Ergebnis hätte mit einer durch den kleinräumigen Untersuchungsansatz nahegelegten statistischen Gegenüberstellung von Lohnentwicklung, Familienstand, Ansässigkeit und Fluktuationsziffer präzisiert und erheblich erweitert werden können, wie auch die gerade in dieser Hinsicht unterschiedliche Entwicklung der beiden untersuchten Belegschaften den systematischen Vergleich als zusätzliche Erkenntnisebene verlangt hätte.

Für solche und ähnliche Fragestellungen finden sich in der Studie Materialien und Ansätze, aber keine Perspektiven. So wird für die Bescheidenheit des methodischen Anspruchs durch die ausgebreitete Stoffülle, wie stets in solchen Fällen, nur unzureichend entschädigt. Dagegen zeigt sich die Verfasserin in ihrem Urteil bemerkenswert selbständig gegenüber manchen eingefahrenen Gleisen der Ruhrgebietshistoriographie, etwa jenem vom bergbaulichen Unternehmerpatriarchalismus, gegen den begründete Einwände erhoben werden (S. 46, 56). Die Quellenbasis hätte sich durch Einbezug der Oberbergamtsakten, auch der Bestände der Regierung Arnsberg und des Stadtarchivs Wattenscheid, schließlich durch eine Reihe zeitgenössischer Publikationen, insbesondere der Bergbau-Periodika, noch erweitern lassen. Bedauerlich ist, daß die neuere bedeutende Untersuchung von C.-L. Holtfrerich (Quantitative Wirtschaftsgeschichte des Ruhrkohlenbergbaus im 19. Jahrhundert, Dortmund 1973) zwar herangezogen, aber nicht ausgewertet wird, so daß sich etwa die Lohnstatistik des Anhangs noch auf veraltete, zudem nachlässig exzerpierte Quellen stützt (die von Kreutz übernommene Rubrik der Schichtenzahl im Jahr wird um ein Jahr verschoben wiedergegeben).

Das von Alfred Hartlieb von Wallthor beigesteuerte Vorwort hebt die Veröffentlichungen des Provinzialinstituts für westfälische Landes- und Volksforschung, in dessen Reihe das Buch erscheint, zur Ruhrgebietsgeschichte hervor. Es wäre zu begrüßen, wenn mit dieser bei allen Mängeln stoffreichen Studie ein neuer Anfang in einer vom Provinzialinstitut systematisch voranzutreibenden Sozialgeschichte des Ruhrgebiets seit Beginn der Indu-

strialisierung gesetzt würde, die nicht an der Provinzgrenze zum Rheinland verharrte, sich nicht auf Fragen von Bevölkerung, Brauchtum und Kunst beschränkte und den zweifellos wichtigen Untersuchungen einzelner westfälischer Regionen in überwiegend vorindustrieller Zeit einen angemessenen Stellenwert zuwiese. Klaus Tenfelde

Peter N. Stearns, Lives of Labour. Work in a Maturing Industrial Society, Croom Helm Ltd., London 1975, VIII, 424 S., Ln., £ 9.95.

Seit langem wird das Kenntnisdefizit der Forschung über die soziale Zusammensetzung der Arbeiterschaft, ihre Lebensweise und ihre Verhaltensformen im Vergleich zu der traditionell übergewichtigen Aufarbeitung der programmatischen Perspektiven der Arbeiterbewegung beklagt. Nachdem sich das Großunternehmen von Jürgen Kuczynski längst als von nur begrenztem Nutzen erwiesen hat, gibt es inzwischen eine Reihe von Regionalstudien und Einzelbeiträgen, die die Lücke zu schließen beginnen. Die Arbeiten von Peter N. Stearns sind hier nicht zuletzt deswegen hervorzuheben, weil er Ergebnisse im internationalen Vergleich zu erzielen versucht. »Lives of Labour« ist dementsprechend eine Studie zu Lebensweise und Verhaltensformen unterschiedlicher Arbeitergruppen in England, Frankreich, Belgien und Deutschland in der großen technologischen und betriebsorganisatorischen Veränderungswelle 1890 bis 1914.

Sein Grundlagenmaterial sind die verfügbaren staatlichen und gewerkschaftlichen Statistiken, die zeitgenössischen Untersuchungen zur Veränderung der Betriebsformen und der Lage der Arbeiter sowie Arbeitermemoiren. Der Verfasser mußte hier das Hauptproblem seiner Arbeit lösen. Wenn es sich auch erstmals im Verlauf des 19. Jahrhunderts um relativ zuverlässige Zahlen zur sozialen Zusammensetzung der Arbeiterschaft, zur Arbeitslosigkeit, zur Streikbeteiligung etc. handelt, sind sie doch national unterschiedlich genau und insgesamt von Zuverlässigkeit im heutigen Sinn weit entfernt. Ähnliche Einschränkungen gelten für die anderen Quellengruppen. Soziologische zeitgenössische Untersuchungen gibt es praktisch nur für Deutschland (bes. die Schriften des Vereins für Socialpolitik). So unerhört verdienstlich Adolf Levensteins Umfrage unter Arbeitern zu ihrer Arbeits- und Lebenssituation war, repräsentativ war sie nicht. Für die Arbeitermemoiren gilt das gleiche. Stearns wählt in dieser Lage einen Weg, den man gerade wegen der ihm bewußten Vorläufigkeit einzelner Aussagen als ausgesprochen sinnvoll ansehen muß. Durch die jeweilige Abwägung des Quellenwertes und die Einbeziehung der bisher regional gewonnenen Ergebnisse versucht er, die relativen Unterschiede auch da festzuhalten, wo Aussagen in Richtung auf absolute Zahlen nicht möglich sind. In diesem Sinn kann er bei der gegebenen Forschungslage nach der Formulierung der generellen Bedenken seine Bezugsquellen als quasi zuverlässig benutzen.

Stearns hat drei Untersuchungsfelder, auf denen er die verfügbaren Materialien zusammenträgt und vergleicht. Unter dem Stichwort »Framework for Labor« faßt er die Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Arbeiterklasse, die Arbeitsplatzwahl und Stand und Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zusammen. Auf den hier gemachten Differenzierungen aufbauend, untersucht er die »Forces for Change«: Wandel der Technologie, der Beziehungen zum Arbeitgeber und der Arbeitsintensität. Sein letzter Problemkomplex ist »Reactions and Compensations«. Unter der Globalfrage nach der Trennung von Arbeit und Freizeit behandelt er die Verkürzung der Arbeitszeit, die Bedeutung der Familie und des Konsumverhaltens sowie das Protestverhalten.

Eine Reihe von Charakteristika ragen aus der ausführlichen und differenzierten Darstellung hervor, von denen einige weitreichende hier aufgegriffen seien.

Insgesamt findet im Untersuchungszeitraum eine Entwertung traditioneller Fähigkeiten statt. Sie wurde aber in ihren Auswirkungen gebremst. Zum einen konnte es Arbeitergruppen gelingen, den Prozeß der Einführung neuer Arbeitstechniken zu verlangsamen

strialisierung gesetzt würde, die nicht an der Provinzgrenze zum Rheinland verharrte, sich nicht auf Fragen von Bevölkerung, Brauchtum und Kunst beschränkte und den zweifellos wichtigen Untersuchungen einzelner westfälischer Regionen in überwiegend vorindustrieller Zeit einen angemessenen Stellenwert zuwiese. Klaus Tenfelde

Peter N. Stearns, Lives of Labour. Work in a Maturing Industrial Society, Croom Helm Ltd., London 1975, VIII, 424 S., Ln., £ 9.95.

Seit langem wird das Kenntnisdefizit der Forschung über die soziale Zusammensetzung der Arbeiterschaft, ihre Lebensweise und ihre Verhaltensformen im Vergleich zu der traditionell übergewichtigen Aufarbeitung der programmatischen Perspektiven der Arbeiterbewegung beklagt. Nachdem sich das Großunternehmen von Jürgen Kuczynski längst als von nur begrenztem Nutzen erwiesen hat, gibt es inzwischen eine Reihe von Regionalstudien und Einzelbeiträgen, die die Lücke zu schließen beginnen. Die Arbeiten von Peter N. Stearns sind hier nicht zuletzt deswegen hervorzuheben, weil er Ergebnisse im internationalen Vergleich zu erzielen versucht. »Lives of Labour« ist dementsprechend eine Studie zu Lebensweise und Verhaltensformen unterschiedlicher Arbeitergruppen in England, Frankreich, Belgien und Deutschland in der großen technologischen und betriebsorganisatorischen Veränderungswelle 1890 bis 1914.

Sein Grundlagenmaterial sind die verfügbaren staatlichen und gewerkschaftlichen Statistiken, die zeitgenössischen Untersuchungen zur Veränderung der Betriebsformen und der Lage der Arbeiter sowie Arbeitermemoiren. Der Verfasser mußte hier das Hauptproblem seiner Arbeit lösen. Wenn es sich auch erstmals im Verlauf des 19. Jahrhunderts um relativ zuverlässige Zahlen zur sozialen Zusammensetzung der Arbeiterschaft, zur Arbeitslosigkeit, zur Streikbeteiligung etc. handelt, sind sie doch national unterschiedlich genau und insgesamt von Zuverlässigkeit im heutigen Sinn weit entfernt. Ähnliche Einschränkungen gelten für die anderen Quellengruppen. Soziologische zeitgenössische Untersuchungen gibt es praktisch nur für Deutschland (bes. die Schriften des Vereins für Socialpolitik). So unerhört verdienstlich Adolf Levensteins Umfrage unter Arbeitern zu ihrer Arbeits- und Lebenssituation war, repräsentativ war sie nicht. Für die Arbeitermemoiren gilt das gleiche. Stearns wählt in dieser Lage einen Weg, den man gerade wegen der ihm bewußten Vorläufigkeit einzelner Aussagen als ausgesprochen sinnvoll ansehen muß. Durch die jeweilige Abwägung des Quellenwertes und die Einbeziehung der bisher regional gewonnenen Ergebnisse versucht er, die relativen Unterschiede auch da festzuhalten, wo Aussagen in Richtung auf absolute Zahlen nicht möglich sind. In diesem Sinn kann er bei der gegebenen Forschungslage nach der Formulierung der generellen Bedenken seine Bezugsquellen als quasi zuverlässig benutzen.

Stearns hat drei Untersuchungsfelder, auf denen er die verfügbaren Materialien zusammenträgt und vergleicht. Unter dem Stichwort »Framework for Labor« faßt er die Entwicklung der sozialen Zusammensetzung der Arbeiterklasse, die Arbeitsplatzwahl und Stand und Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zusammen. Auf den hier gemachten Differenzierungen aufbauend, untersucht er die »Forces for Change«: Wandel der Technologie, der Beziehungen zum Arbeitgeber und der Arbeitsintensität. Sein letzter Problemkomplex ist »Reactions and Compensations«. Unter der Globalfrage nach der Trennung von Arbeit und Freizeit behandelt er die Verkürzung der Arbeitszeit, die Bedeutung der Familie und des Konsumverhaltens sowie das Protestverhalten.

Eine Reihe von Charakteristika ragen aus der ausführlichen und differenzierten Darstellung hervor, von denen einige weitreichende hier aufgegriffen seien.

Insgesamt findet im Untersuchungszeitraum eine Entwertung traditioneller Fähigkeiten statt. Sie wurde aber in ihren Auswirkungen gebremst. Zum einen konnte es Arbeitergruppen gelingen, den Prozeß der Einführung neuer Arbeitstechniken zu verlangsamen

(siehe England). Zum andern zog sich dieser Prozeß häufig über eine Generation hin. Die Söhne wählten andere Arbeitsplätze als die Väter, ohne daß schon diese selbst aus ihrer traditionellen Arbeitsweise verdrängt wurden. Der Anpassungsprozeß an die sich wandelnden technologischen und organisatorischen Arbeitsbedingungen bleibt trotzdem spannungsvoll. Im Feld zwischen traditionaler Einstellung gegenüber der Arbeit (lange Arbeitszeit, geringe Arbeitsintensität) und zunehmender Akzeptierung der neuen Arbeitsformen wird Unzufriedenheit mit den unmittelbaren Arbeitsbedingungen kompensatorisch zu bewältigen versucht: Die Forderung nach höheren Löhnen (und kürzerer Arbeitszeit) tritt an die Stelle der arbeitsbezogenen, kaum zu verwirklichenden Streikziele. Trotzdem geht das Unbehagen an der Arbeitssituation nicht völlig verloren. Es findet aber weder auf der Ebene der Gewerkschaften, noch der sozialistischen Parteien, noch der direkten Aktionen eine klare Artikulation. Als belastend stellt Stearns von hier aus nicht, wie es die sozialistisch-theoretische Tradition tat, das Ausmaß der Entfremdung in der Arbeit dar, sondern die Fortdauer und Ausweglosigkeit. Er warnt zugleich vor einer ins Bukolische gehenden Überschätzung vorindustrieller Arbeitsformen und der damaligen Lage der lohnabhängigen Unterschichten.

Stearns stellt gerade im Zusammenhang dieser Anpassungs- und Kompensationsprozesse bzw. des Protestverhaltens die Relevanz des unterschiedlichen Verhaltens verschiedener Gruppen der Arbeiterklasse fest. Die Nähe zu handwerklichen Vorstellungen, die Dauer des Einbezogenseins in den Industrialisierungsprozeß, Unterschiede zwischen Ungelernten und Gelernten, zwischen verschiedenen Arbeitszweigen überhaupt, die aufgrund unterschiedlicher Anforderungen ihre Arbeiter auch unterschiedlich rekrutierten, bedingen ein Spektrum von Verhaltensunterschieden: »The result is a variety of occupational subgroups that qualifies almost any generalization about working-class behavior.« (S. 340). Von einem abgeschlossenen Prozeß der Klassenbildung könne auch zu dieser Zeit nicht die Rede sein, im Gegenteil entwickelten sich mit der zunehmenden Freizeit neue Verhaltensunterschiede. Stearns faßt daher, auf den Begriff bezogen, die Ergebnisse seiner Arbeit zusammen: »The utility of the working-class as an analytical unit must depend on the degree of simplification desirable and the kind of behavior being discussed« (S. 342).

Es gelingt Stearns zu zeigen, daß Studien über Arbeiterverhalten, die die Differenziertheit ihrer Untersuchungsgruppe in den Blick nehmen, weit mehr zutage fördern, als etwa eine »Sozialgeschichte der Arbeiter« im engen Sinn. Er greift dabei auf Thesen zurück, die er schon in früheren Beiträgen entwickelt hat. Die nationale Form der Arbeiterbewegung hängt nicht primär von nationalen Eigenheiten ab, sondern von der sozialen Zusammensetzung der Arbeiterklasse zur Zeit der Entstehung und damit Prägung des Verhaltens der Arbeiterbewegungen. Nimmt man nämlich die einzelnen Gruppen aus dem nationalen Kontext der Klasse heraus und vergleicht sie, so zeigen sich unübersehbare Ähnlichkeiten bei gleichen Bedingungen. Ähnlich weitreichend ist Stearns' Einordnung der Gewerkschaften. Sie haben den Trend der Anpassung an das Fabriksystem unterstützt. Sie haben eine wesentliche Hilfestellung bei der Umwandlung von Proteststreiks mit geringen Chancen (gegen Arbeitsbedingungen, für entlassene Kollegen) in Streik- bzw. auf Dauer in Tarifbewegungen, deren Ziel kompensatorische Lohnforderungen waren, geleistet. Der weiteste Schritt, der sich abzeichnete, war die Erstrebung der Mitbestimmung über Betriebsentscheidungen. Die Entfremdung der Arbeit selbst wurde hingenommen. Stearns stellt mit einer Reihe von Belegen die These auf, daß gerade gewerkschaftlich erfolgreiche Arbeiter nicht sozialistisch im klassischen, das System in Frage stellenden Sinn waren. Sozialistisch Wählen konnte im Gegenteil ein Ausweg da sein, wo aufgrund der unmittelbaren Unterdrückung anderer Protestformen wenig unmittelbare Hoffnung auf Veränderung vorhanden war. Jedoch entwickelten auch die Parteien der Arbeiterbewegung keine Vorstellungen zur Änderung der Arbeitssituation auf dem Wege zum Sozialismus.

Sosehr Stearns zuzustimmen ist, wenn er davon ausgeht, daß insgesamt die Vorstellung

herrschte, solche Probleme würden sich im Sozialismus von selbst lösen (bzw., so ist zu ergänzen, stünden jetzt nicht an), so wenig durchschlagend bleibt sein Erklärungsangebot: Der Vorrang der Organisationsprobleme und die häufig mittelständische Ausbildung ihrer Führer hätten den Arbeiterbewegungen den Blick verstellt; die nach wie vor mit dem Charakter ihrer Arbeit nicht Ausgesöhnten hätten sich nicht klar genug artikulieren können. Hier könnte noch weiter gefragt werden, wen die Arbeiterorganisationen jeweils wann repräsentierten und mit welchen Begründungen sie die fortdauernde Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen, die sich gleichwohl nicht gegen das System insgesamt richtete, abwehrten.

Insgesamt stellt sich die Arbeit von Stearns zwischen den neueren Einzeluntersuchungen als eine Art zusammenfassendes Handbuch dar, an dem niemand vorbei kann, der zur Forschung über die Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung dieser Zeit beitragen will. Daß seine Zahlen und Belege bei genauerer Untersuchung (siehe die Auswertung der Zeitungen der Arbeiterbewegung und der Quellenbestände regionaler Archive) überholt sein werden, spricht nicht gegen, sondern für ihn. Denn die Relevanz seiner Differenzierungen, die er selbst in seinen Schlußfolgerungen mit aller Einschränkung, aber auch Deutlichkeit gezeigt hat, sollte zu intensivster weiterer Forschung anregen. Seine tabellarischen Übersichten über die einschlägigen Zahlen, soweit sie zu sichern waren, sein Anmerkungsapparat, in dem leider in einigen Kapiteln die Numerierung durcheinandergeraten ist, und sein Literaturverzeichnis sollten es ermöglichen, auch bei national bezogenen Arbeiten den Blick über die Grenzen zu werfen. Es wäre zu wünschen, daß durch das Ernstnehmen des vorgestellten Ansatzes Stearns' Feststellung bald überholt wäre, »in general historians too often continue to see workers as passive creatures, uninteresting save when they rebel against industrial capitalism« (S. 339). Eine gute deutsche Übersetzung wäre erfahrungsgemäß für die Verbreitung des Buches sehr nützlich. Monika Kramme

Jürgen Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1974, 468 S., kart., 32 DM.

Im Vorwort zum hier anzuzeigenden Sammelband schreibt der Herausgeber: »Noch sind die Historiker weit davon entfernt, auf der Grundlage vieler exemplarischer Einzelstudien umfassend beurteilen zu können, in welchem Verhältnis der allgemeine Verlauf der Arbeiterbewegung und die vielfältigen regionalen Ausprägungen zueinander gestanden und wie sich die gesamten sozioökonomischen Rahmenbedingungen im einzelnen ausgewirkt haben. Neuere Gesamtdarstellungen der Geschichte der Arbeiterbewegung, die dieser Frage nachgehen, fehlen deshalb, so daß man immer noch auf einige ältere Werke zurückgreifen muß« (Vorwort, S. 7). Eine Überschau über die seitdem erschienenen Arbeiten lehrt, daß diese Aussage immer noch gilt, wenngleich hinzuzufügen ist, daß inzwischen doch schon ein ordentliches Angebot an regionalgeschichtlichen Untersuchungen zur Arbeiterbewegung vorliegt, das den Zeitpunkt der so nötigen Gesamtdarstellung in durchaus greifbarere Nähe zu rücken vermag.

Die Beiträge des Sammelbandes reichen zeitlich von der Phase der Frühindustrialisierung bis hin zur frühen Nachkriegsgeschichte (nach 1945). Sie sind nicht partei- oder gewerkschaftsspezifisch fixiert und konzentrieren sich im wesentlichen auf die Städte des Ruhrgebietes und das Bergische Land. Damit wurde innerhalb der, wirtschafts- und sozialstrukturell gesehen, sehr differenzierten preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen ein im Hinblick auf das Tempo der Industrialisierung relativ homogener materieller Bezugspunkt gefunden, der wiederum – wie im Vorwort betont wird – durch unterschiedliche soziale Folgeerscheinungen und Bewältigungsversuche auf unterschiedliche Weise Arbeiterbewegung hervorgebracht hat. Für den gesamten Zeitraum gilt zudem die Absicht, die regionale

herrschte, solche Probleme würden sich im Sozialismus von selbst lösen (bzw., so ist zu ergänzen, stünden jetzt nicht an), so wenig durchschlagend bleibt sein Erklärungsangebot: Der Vorrang der Organisationsprobleme und die häufig mittelständische Ausbildung ihrer Führer hätten den Arbeiterbewegungen den Blick verstellt; die nach wie vor mit dem Charakter ihrer Arbeit nicht Ausgesöhnten hätten sich nicht klar genug artikulieren können. Hier könnte noch weiter gefragt werden, wen die Arbeiterorganisationen jeweils wann repräsentierten und mit welchen Begründungen sie die fortdauernde Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen, die sich gleichwohl nicht gegen das System insgesamt richtete, abwehrten.

Insgesamt stellt sich die Arbeit von Stearns zwischen den neueren Einzeluntersuchungen als eine Art zusammenfassendes Handbuch dar, an dem niemand vorbei kann, der zur Forschung über die Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung dieser Zeit beitragen will. Daß seine Zahlen und Belege bei genauerer Untersuchung (siehe die Auswertung der Zeitungen der Arbeiterbewegung und der Quellenbestände regionaler Archive) überholt sein werden, spricht nicht gegen, sondern für ihn. Denn die Relevanz seiner Differenzierungen, die er selbst in seinen Schlußfolgerungen mit aller Einschränkung, aber auch Deutlichkeit gezeigt hat, sollte zu intensivster weiterer Forschung anregen. Seine tabellarischen Übersichten über die einschlägigen Zahlen, soweit sie zu sichern waren, sein Anmerkungsapparat, in dem leider in einigen Kapiteln die Numerierung durcheinandergeraten ist, und sein Literaturverzeichnis sollten es ermöglichen, auch bei national bezogenen Arbeiten den Blick über die Grenzen zu werfen. Es wäre zu wünschen, daß durch das Ernstnehmen des vorgestellten Ansatzes Stearns' Feststellung bald überholt wäre, »in general historians too often continue to see workers as passive creatures, uninteresting save when they rebel against industrial capitalism« (S. 339). Eine gute deutsche Übersetzung wäre erfahrungsgemäß für die Verbreitung des Buches sehr nützlich. Monika Kramme

Jürgen Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1974, 468 S., kart., 32 DM.

Im Vorwort zum hier anzuzeigenden Sammelband schreibt der Herausgeber: »Noch sind die Historiker weit davon entfernt, auf der Grundlage vieler exemplarischer Einzelstudien umfassend beurteilen zu können, in welchem Verhältnis der allgemeine Verlauf der Arbeiterbewegung und die vielfältigen regionalen Ausprägungen zueinander gestanden und wie sich die gesamten sozioökonomischen Rahmenbedingungen im einzelnen ausgewirkt haben. Neuere Gesamtdarstellungen der Geschichte der Arbeiterbewegung, die dieser Frage nachgehen, fehlen deshalb, so daß man immer noch auf einige ältere Werke zurückgreifen muß« (Vorwort, S. 7). Eine Überschau über die seitdem erschienenen Arbeiten lehrt, daß diese Aussage immer noch gilt, wenngleich hinzuzufügen ist, daß inzwischen doch schon ein ordentliches Angebot an regionalgeschichtlichen Untersuchungen zur Arbeiterbewegung vorliegt, das den Zeitpunkt der so nötigen Gesamtdarstellung in durchaus greifbarere Nähe zu rücken vermag.

Die Beiträge des Sammelbandes reichen zeitlich von der Phase der Frühindustrialisierung bis hin zur frühen Nachkriegsgeschichte (nach 1945). Sie sind nicht partei- oder gewerkschaftsspezifisch fixiert und konzentrieren sich im wesentlichen auf die Städte des Ruhrgebietes und das Bergische Land. Damit wurde innerhalb der, wirtschafts- und sozialstrukturell gesehen, sehr differenzierten preußischen Provinzen Rheinland und Westfalen ein im Hinblick auf das Tempo der Industrialisierung relativ homogener materieller Bezugspunkt gefunden, der wiederum – wie im Vorwort betont wird – durch unterschiedliche soziale Folgeerscheinungen und Bewältigungsversuche auf unterschiedliche Weise Arbeiterbewegung hervorgebracht hat. Für den gesamten Zeitraum gilt zudem die Absicht, die regionale

Arbeiterbewegung in jeder Phase in ihrer Verflechtung mit der gesamten Bewegung in Deutschland zu sehen.
Es erscheint nachgerade selbstverständlich, daß der Aufsatzsammlung ein wirtschaftsgeschichtlicher Überblick vorangestellt ist, den *W. Köllmann* verfaßt hat. Köllmann stützt sich auf die Ergebnisse eigener früherer Arbeiten sowie auf Angaben aus dem von W. Först herausgegebenen Sammelband »Das Rheinland in preußischer Zeit«. Er vermittelt einen zwar sehr gerafften, gleichwohl höchst instruktiven Überblick zur wirtschaftlichen Ausgangslage, technologischen Rückständigkeit, Konkurrenzposition und Krisenanfälligkeit der rheinisch-westfälischen Gewerbelandschaften. Dies und die kurzgefaßten Einblicke in die Bevölkerungsbewegung und -struktur sowie in Arbeitsmarkt und soziale Folgeerscheinungen bilden den Rahmen, in dem sich Arbeiterbewegung »vollzog«. Der Akzent liegt auf den Jahren bis 1875 (Ende der Frühindustrialisierung). So notwendig nun in diesem Band die Darstellung wirtschaftlicher Basisfakten ist – man hätte sich selbst eine zeitlich weiter ausgreifende Ausarbeitung gewünscht –, so eigenartig nimmt sich der Beitrag von *G. Huck* über Heß, Lassalle, Lange und Dietzgen in dem Band aus. Es sei gleich gesagt: Der Rezensent findet Hucks Ausführungen zum theorieimmanenten Theorie-Praxis-Problem bei den genannten Personen sicherlich interessant genug, gleichwohl hätte er sich Auskunft zur Frage nach der Funktion des Beitrages in dieser Aufsatzsammlung gewünscht. Gewiß, die vier Theoretiker, Praktiker, Publizisten hatten ihr wesentliches Tätigkeitsfeld im Rheinland, aber das dürfte doch wohl kaum als ausreichende Motivation begriffen worden sein. Der rein theoriegeschichtliche Beitrag nimmt sich – bei aller gutgelungenen Aufarbeitung des Problems – doch eigenartig aus in einer Reihe von politik- und sozialgeschichtlichen Beiträgen zur regionalen Entwicklung der Arbeiterbewegung, wirkt auch zu abstrakt, zumal in den anderen Aufsätzen die bei Huck vorgeführte Problematik gar nicht zum Tragen kommt, somit dieser Beitrag erst recht in der Luft hängt.
So beginnt die eigentliche Darstellung zur regionalen Arbeiterbewegung mit dem Beitrag von *D. Dowe*, der die Frühgeschichte bis hin zum Sozialistengesetz behandelt und gleichsam den Block bis hin zum Ende des I. Weltkrieges einleitet. Dowe kann für den ersten Teil seiner Darstellung auf eine eigene Monographie zurückgreifen und sich für die folgenden Jahre der Reaktion und ADAV-Phase auf zahlreiche Einzelarbeiten stützen, die hier in ihren Ergebnissen zu einem sehr informationsreichen und lesenswerten Gesamtbild zusammengetragen werden. Es entspricht der Gesamtanlage des Bandes, wenn Dowe nicht nur die sozialdemokratischen Organisationen betrachtet, sondern sich auch – recht ins Detail gehend – mit der christlichen Bewegung im Untersuchungsraum befaßt. Die Organisationskraft dieser christlichen Bewegung ist für bestimmte Teilregionen nicht zu unterschätzen, und es ist verständlich, wenn die lokalen, regionalen und zentralen Instanzen die christliche Arbeiterbewegung mit dem gleichen Argwohn betrachteten und den gleichen repressiven Maßregeln bedachten wie die sozialdemokratischen Organisationen. Bisher unveröffentlichtes, dem Rezensenten aber vorliegendes Material vermag dies in ganzem Umfang auszuweisen. An Dowes Bericht schließt zeitlich *H. O. Hemmer* an, der die Jahre des Sozialistengesetzes behandelt und sich dabei auf die Bergarbeiterbewegung begrenzt. Hemmer verarbeitet nicht nur umfangreiche Literatur, sondern stützt sich – zum geringeren Teil dann – auf unveröffentlichte Quellen. Durch die zeitlich und sachlich enge Begrenzung ist Hemmer in der Lage, eine sehr intensiv gehaltene Beschreibung der Bergarbeiterschaft in ihren Lebensumständen im weitesten Sinne sowie in ihren politischen Äußerungsformen zu geben, soweit das eben im Rahmen eines Aufsatzes möglich ist. *Albin Gladens* Bericht zu den Bergarbeiterstreiks von 1889, 1905 und 1912 schließt sehr eng an die Darstellung Hemmers an. Gladen geht es um eine vergleichende Strukturanalyse von Klassenkonflikten, die an Bedeutung und Intensität aus dieser an Arbeitskämpfen sicher nicht armen Zeit herausragen. Der Rezensent ist geneigt, den Beitrag Gladens als einen der stärksten in dem Sammelband zu bezeichnen. Streikursachen, zu suchen in dem tiefgreifenden wirtschaft-

lichen und sozialen Strukturwandel (Übergang vom Direktionssystem zur privatkapitalistischen Struktur mit Ausbau zum sachbetont-unpersönlichen Großbetrieb, Bevölkerungsbewegung), finden sich ebenso wie der Streikverlauf eindringlich und überzeugend beschrieben. Gladen weist nach, daß es zwischen den einzelnen Streiks von der Ursache her Berührungspunkte gegeben hat (Lohnentwicklung – Mißverhältnis zu Konjunktur und Teuerung), gegenüber den spontanen Ausständen von 1889 und 1905 der Streik von 1912 sich aber in erster Linie als *organisierter* Arbeitskampf darstellt. Gerade in diesem Zusammenhang – meint der Rezensent – ist es vielleicht für den Ausbau bestehender Streiktheorien von einiger Relevanz, daß in einer Phase verstärkter Organisierungstendenz durchaus nicht auch ein positives Verhältnis zwischen Interesse der Arbeiter und Organisationsinteresse zu erwarten ist und daß zudem die doch in jenen Jahren so großgeschriebene Solidarität offensichtlich als organisationsgebunden und damit als begrenzt zu begreifen ist (Christlicher Gewerkverein versus Alter Verband 1912).

Während im zeitlichen Anschluß an Gladens Darstellung *K. Koszyk* einen Überblick über die Entwicklung der Sozialdemokratie bis 1914 vermittelt – eine Phase also behandelt, in der die Partei zur Massenbewegung heranwächst – und *K. Mattheier* sich mit den bei den Berg- und Hüttenarbeitern durchaus konkurrenzfähigen wirtschaftsfriedlichen Verbänden bis hin zu ihrer Überleitung in die DAF befaßt, schließt *J. Reulecke* diesen ersten Block mit einem Bericht zur Arbeiterbewegung im I. Weltkrieg ab. Es ist wohl nur allzu verständlich, daß sich die Parteiproblematik auf Reichsebene in jener Phase der Kriegspressionen auch in den einzelnen Regionen (Provinzen) niederschlägt, Regionalgeschichte also in ganz besonderem Maße ein Stück Reichsgeschichte reflektiert. Reulecke hat nicht nur die parteiinterne Entwicklung betrachtet, sondern dankenswerterweise zugleich auch soziale Lage und Lebensumstände der Arbeiterschaft vor allem für 1916/17 untersucht und nachdrücklich auf die fortschreitende Verelendung gewiesen, der eine »Vertiefung« der Spannungen innerhalb der Bewegung parallel lief. Die zunehmende Radikalisierung, die durchaus nicht Hinwendung zu Spartakus bedeutete, hat Reulecke geographisch abgrenzen können. Sie vollzog sich fast ausschließlich im Agitationsbezirk Niederrhein, während der Oberrhein-Bezirk MSPD-treu blieb. Mit dieser Feststellung ist sicherlich die Frage nach den Ursachen solchen Unterschieds verbunden, deren Beantwortung wohl erst dann schlüssig gefunden werden kann, wenn die jeweiligen sozioprofessionellen Strukturen, die Parteitraditionen wie überhaupt die gesamte »political culture« der Landschaften bzw. Teilregionen untersucht worden sind. Hier bleibt also noch einiges zu tun. Reuleckes Beitrag regt dazu an.

Den folgenden Block, der die Weimarer Republik und die Emigrationszeit umfaßt, leitet *M. Martiny* mit einem Überblick über die Organisationsformen und -richtungen in der Republik ein. Er vermittelt einen instruktiven Überblick, der durch *H. Mommsens* Beitrag über die Bergarbeiterbewegung an der Ruhr (1918–1933) vertieft wird. Wie schon zuvor bei Hemmer und Gladen haben wir es hier mit einer gründlichen sozial- und politikhistorischen Analyse zu tun. In seiner Kritik an der Politik der Bergarbeiterverbände kommt Mommsen zu dem ohne Zweifel überzeugend fundierten Urteil, daß die Verbände insofern versagt haben, als sie nach dem Scheitern der Arbeitsgemeinschafts-Politik nicht auf Verhinderung von Machtkonzentration auf der Arbeitgeberseite zielten. Gleichzeitig hätten sie um Integration der Betriebsräte in die gewerkschaftliche Arbeit bemüht sein müssen. Mommsen vermißt eine frühzeitige »effektive Mitbeteiligung der Arbeitnehmer« in den einzelnen Betrieben, die sich als politisch sinnvoller erwiesen hätte als langfristig orientierte Sozialisierungskonzeptionen, da zugleich syndikalistischer und kommunistischer Agitation in den Zechen das Wasser abgegraben worden wäre.

Dem Mommsenschen Beitrag schließt *S. Bahne* eine Analyse der KPD an, in der die Reichspolitik der KPD in ihrer konkreten Auswirkung auf die Region untersucht wird. Bahne hat die Entwicklung der KPD von einer kleinen radikalen Gruppe zu einer Massenpartei

im einzelnen nachgezeichnet und zugleich aufgezeigt, daß eine Massenpartei ihre Effektivität nicht aus der Masse schlechthin, sondern viel eher aus der Struktur ihrer Anhängerschaft gewinnt. Das heißt konkret, daß die KPD als Partei der Erwerbslosen ihrer Zahl nicht das entsprechende politische Gewicht mitzugeben vermochte. Am Schluß der Beitragsreihe befaßt sich *G. Plum* mit der Arbeiterbewegung unter NSDAP-Herrschaft, mit Verfolgung und Widerstand also. Plum greift noch einmal die politische Haltung der beiden Arbeiterparteien vor der Machtübernahme auf – sowohl das sozialdemokratische Legalitätsdenken als auch die Folgen kommunistischer Sozialfaschismus-Theoreme – und befaßt sich sodann mit Praxis, Methoden und organisatorischer Struktur des Widerstandes, den Grenzen und Möglichkeiten und schließlich auch den Unterschieden in den Verhaltensweisen und Kampfmethoden – Unterschiede, die sich aus objektiven und subjektiven Faktoren (Persönlichkeitsstruktur; Typ des revolutionären Kämpfers bei der KPD stärker entwickelt als bei der SPD) ergeben.

Im letzten Abschnitt des Sammelbandes handeln die beiden Beiträge über die Jahre unmittelbar nach 1945. *H. P. Ehni* beschreibt den Wiederaufbau der SPD und kann sich dabei – als Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung gleichsam vor Ort arbeitend – auf die Nachlässe von Menzel, Severing und den Bestand Schumacher stützen. Er befaßt sich nicht allein mit dem organisatorischen Wiederaufbau als solchem, sondern schenkt auch dem Verhältnis der Partei zu anderen Parteien und Sozialgruppen sowie den damals aktuellen Fragen der Bodenreform und Sozialisierung seine Aufmerksamkeit. *Ulrich Borsdorf* handelt über die Gewerkschaften und hat sich dabei mit einem Teilproblem – der Einheitsgewerkschaft – befaßt. Für seine Darstellung war ohne Zweifel der umfangreiche Rückgriff auf die Weimarer Zeit, die DAF-Politik und die Emigrationsphase erforderlich, will man die Intensität einheitsgewerkschaftlicher Bestrebungen der Nachkriegszeit verstehen. Für die Emigrationszeit hätte selbst ruhig noch mehr gesagt werden können, da gerade diese Phase reich ist an organisatorischen und gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Neukonzeptionen. Im zweiten Teil seiner Darstellung kommt Borsdorf dann ausführlich auf die frühen Gewerkschaftsbildungen im Rhein-Ruhr-Raum sowie vor allem auf die britischen Reaktionen darauf zu sprechen. Hierzu ist durch die Arbeiten etwa von Eberhard Schmidt und Schmidt/Fichter sicher einiges bekannt, aber Borsdorf geht doch in manchen Punkten über den Forschungsstand hinaus. In seiner Darstellung der deutschen Vorhaben und der britischen Initiativen hat sich Borsdorf im wesentlichen auf die Wiedergabe der Fakten beschränkt. Unberücksichtigt bleibt die Motivationsstruktur britischer Verhaltensweise – eine Verhaltensweise, die eben eindeutig gegen den einheitsgewerkschaftlichen Trend gerichtet war. Der Rezensent hat nun selbst einen Großteil der FO-Akten aus dem Public Record Office vorliegen, und zwar ab 1944, und sieht in dem Eiertanz um das von Borsdorf klar beschriebene Dreiphasenmodell zur gewerkschaftlichen organisatorischen Regeneration das Ergebnis britischer Furcht vor kollektivistischer Anfälligkeit des deutschen Arbeiters. Es ist spätestens ab 1944 für britische Politiker und Diplomaten eine ausgemachte Sache, daß der in der DAF-Zeit demonstrierte Kollektivismus der Arbeiterschaft nach Ausschaltung des Nationalsozialismus erhalten bleiben und hohe Aufnahmebereitschaft für kollektivistische Konzeptionen des Kommunismus zeigen werde. Dies war nicht nur die Ansicht des Kriegskabinetts und seiner Beamten, sondern galt auch als Richtschnur in der ersten Phase der Labour-Regierung. Das ist – verkürzt dargestellt – die Voraussetzung der Dreiphasenpolitik und der Grund für die Ablehnung einheitsgewerkschaftlicher Konzeptionen. Um auch dem Gesetz zu entsprechen, nach dem man in den Kampf gegen den Nationalsozialismus gezogen ist, beging die Militärregierung bzw. die Londoner Regierung nicht den Weg des schlichten Verbots von oben, sondern bediente sich der kollegialen Überredung mittels des TUC, dessen Reise vom November 1945 schon im Mai 1945 anvisiert war.

Zusammenfassend ist zur kritischen Würdigung des Sammelbandes folgendes festzuhalten:

Jeder einzelne Beitrag ist sehr lesenwert, gibt im wesentlichen den Forschungsstand wieder und vermittelt eine Vielzahl von Informationen, die bisher nur mühsam aus verstreuten Aufsätzen oder Monographien zusammengeklaubt werden konnten. Der Herausgeber hat einleitend die Aufsatzsammlung als »Zwischenbilanz« charakterisiert – und ganz gewiß kann sie auch nicht mehr sein. Wenngleich somit schon zu Beginn Abstriche vorgenommen worden sind, dann sei dennoch auf den sehr unterschiedlichen Charakter der einzelnen Beiträge gewiesen. Der Leser fragt sich, ob nicht eine einheitliche Methode und Fragestellung dem gesamten Band zugute gekommen wären. In der vorliegenden Form erweckt der Band – wie lesenswert er auch immer sein mag – den Eindruck, als ob die einzelnen Beiträge ganz zufällig eingebracht worden wären. Man hätte sich die Publikation vielleicht in sich konsistenter gewünscht. Solchem Postulat am nächsten kommen die Beiträge von Hemmer, Gladen und Mommsen, so daß man zur Bergarbeiterbewegung ein recht geschlossenes Bild erhält. Vielleicht hätte man neben den Entstehungsbedingungen, die ja im wesentlichen für die Frühphase gelten und auch beschrieben sind, mehr noch auf die internen und externen Wirkungsbedingungen abheben und damit die politische und soziale Kultur der Landschaft, deren Arbeiterbewegung hier beschrieben wird, einbringen sollen. Aber möglicherweise war das in einem Sammelband, der zunächst einmal erste Informationen vermitteln will, auch gar nicht zu leisten. Immerhin enthalten die Beiträge neben ihrem hohen Informationsniveau Anregungen zu weitergehenden Fragestellungen. Der Rezensent erlaubt sich darauf hinzuweisen, daß sowohl für die frühe Zeit als auch für die spätere Phase von der unveröffentlichten Quelle her noch manches geleistet werden kann. Fazit: Jedem Interessenten sei das Buch für Hinweise und Anregungen, aber auch für schlichte Lektüre ohne weitere Verwendungsabsichten empfohlen. Horst Lademacher

Albrecht Eckhardt, Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie im Großherzogtum Hessen 1860–1900. Sonderdruck aus: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde, Neue Folge, Bd. 34, 1976, S. 171–493 (= Hessische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2), hrsg. vom Historischen Verein für Hessen in Verb. mit der TH Darmstadt, Darmstadt 1976, kart., 25 DM.

Eine in Anspruch und Ansatz sich selbst eng begrenzende Arbeit hat Albrecht Eckhardt, Mitarbeiter am Hessischen Staatsarchiv in Darmstadt, mit dieser Darstellung vorgelegt, die aus einer Studie über den führenden hessischen Sozialdemokraten Philipp Müller erwachsen ist (S. 176). Mangels verwertbarer archivalischer Quellen[1] sah sich Eckhardt fast ausschließlich auf publizistische Materialien verwiesen. So erhebt seine Arbeit »keineswegs den Anspruch einer abgerundeten Darstellung der Arbeiterbewegung in Hessen–Darmstadt« (S. 176), sondern sie beschränkt sich auf die bloße Rekonstruktion ihrer äußeren *Organisations*geschichte und verzichtet auf theorie- und sozialgeschichtliche Analysen.
Beginnend mit der Arbeiterbildungsvereinsbewegung der 1860er Jahre im Rhein-Main-Gebiet, den ersten organisatorischen Neuansätzen in VDAV/SDAP (Zentrum Mainz) und ADAV (Schwerpunkt Offenbach), verfolgt Eckhardt die äußere Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei vor allem in Südhessen anhand der Kommunal-, Landtags- und Reichstagswahlen sowie der Parteitage unter Berücksichtigung der publizistisch faßbaren Agitation, um – »sicherlich etwas willkürlich« (S. 176) – mit der Übersiedlung von Philipp Müller von Darmstadt nach Altona im Jahre 1900 zu enden. Geschildert werden dabei vor allem die nach einer Phase relativer Toleranz 1871 einsetzende Verfolgung und die Repressionsmaßnahmen der Behörden während des Sozialistengesetzes gegen eine hessische

1 Die Akten des Innenministeriums sind verbrannt, die Bestände der Kreise teilweise noch nicht verzeichnet, vgl. *Albrecht Eckhardt*, Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt 1830/1848–1945, in: IWK 10/1970, S. 19–28. Literatur zur hessischen Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert liegt kaum vor.

Jeder einzelne Beitrag ist sehr lesenwert, gibt im wesentlichen den Forschungsstand wieder und vermittelt eine Vielzahl von Informationen, die bisher nur mühsam aus verstreuten Aufsätzen oder Monographien zusammengeklaubt werden konnten. Der Herausgeber hat einleitend die Aufsatzsammlung als »Zwischenbilanz« charakterisiert – und ganz gewiß kann sie auch nicht mehr sein. Wenngleich somit schon zu Beginn Abstriche vorgenommen worden sind, dann sei dennoch auf den sehr unterschiedlichen Charakter der einzelnen Beiträge gewiesen. Der Leser fragt sich, ob nicht eine einheitliche Methode und Fragestellung dem gesamten Band zugute gekommen wären. In der vorliegenden Form erweckt der Band – wie lesenswert er auch immer sein mag – den Eindruck, als ob die einzelnen Beiträge ganz zufällig eingebracht worden wären. Man hätte sich die Publikation vielleicht in sich konsistenter gewünscht. Solchem Postulat am nächsten kommen die Beiträge von Hemmer, Gladen und Mommsen, so daß man zur Bergarbeiterbewegung ein recht geschlossenes Bild erhält. Vielleicht hätte man neben den Entstehungsbedingungen, die ja im wesentlichen für die Frühphase gelten und auch beschrieben sind, mehr noch auf die internen und externen Wirkungsbedingungen abheben und damit die politische und soziale Kultur der Landschaft, deren Arbeiterbewegung hier beschrieben wird, einbringen sollen. Aber möglicherweise war das in einem Sammelband, der zunächst einmal erste Informationen vermitteln will, auch gar nicht zu leisten. Immerhin enthalten die Beiträge neben ihrem hohen Informationsniveau Anregungen zu weitergehenden Fragestellungen. Der Rezensent erlaubt sich darauf hinzuweisen, daß sowohl für die frühe Zeit als auch für die spätere Phase von der unveröffentlichten Quelle her noch manches geleistet werden kann. Fazit: Jedem Interessenten sei das Buch für Hinweise und Anregungen, aber auch für schlichte Lektüre ohne weitere Verwendungsabsichten empfohlen. Horst Lademacher

Albrecht Eckhardt, Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie im Großherzogtum Hessen 1860–1900. Sonderdruck aus: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde, Neue Folge, Bd. 34, 1976, S. 171–493 (= Hessische Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2), hrsg. vom Historischen Verein für Hessen in Verb. mit der TH Darmstadt, Darmstadt 1976, kart., 25 DM.

Eine in Anspruch und Ansatz sich selbst eng begrenzende Arbeit hat Albrecht Eckhardt, Mitarbeiter am Hessischen Staatsarchiv in Darmstadt, mit dieser Darstellung vorgelegt, die aus einer Studie über den führenden hessischen Sozialdemokraten Philipp Müller erwachsen ist (S. 176). Mangels verwertbarer archivalischer Quellen[1] sah sich Eckhardt fast ausschließlich auf publizistische Materialien verwiesen. So erhebt seine Arbeit »keineswegs den Anspruch einer abgerundeten Darstellung der Arbeiterbewegung in Hessen–Darmstadt« (S. 176), sondern sie beschränkt sich auf die bloße Rekonstruktion ihrer äußeren *Organisations*geschichte und verzichtet auf theorie- und sozialgeschichtliche Analysen.
Beginnend mit der Arbeiterbildungsvereinsbewegung der 1860er Jahre im Rhein-Main-Gebiet, den ersten organisatorischen Neuansätzen in VDAV/SDAP (Zentrum Mainz) und ADAV (Schwerpunkt Offenbach), verfolgt Eckhardt die äußere Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei vor allem in Südhessen anhand der Kommunal-, Landtags- und Reichstagswahlen sowie der Parteitage unter Berücksichtigung der publizistisch faßbaren Agitation, um – »sicherlich etwas willkürlich« (S. 176) – mit der Übersiedlung von Philipp Müller von Darmstadt nach Altona im Jahre 1900 zu enden. Geschildert werden dabei vor allem die nach einer Phase relativer Toleranz 1871 einsetzende Verfolgung und die Repressionsmaßnahmen der Behörden während des Sozialistengesetzes gegen eine hessische

1 Die Akten des Innenministeriums sind verbrannt, die Bestände der Kreise teilweise noch nicht verzeichnet, vgl. *Albrecht Eckhardt*, Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt 1830/1848–1945, in: IWK 10/1970, S. 19–28. Literatur zur hessischen Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert liegt kaum vor.

Sozialdemokratie, die ihren regionalen Durchbruch mit der Reichstagswahl von 1881 schaffte (S. 289) und bis 1898 in den Wahlen den durchschnittlichen Stimmenanteil der Reichssozialdemokratie hielt (S. 418 f.); weiter die fortgesetzte Verfolgung in den 1890er Jahren, die innerparteilichen Schwierigkeiten beim Aufbau einer zentralisierten Landesorganisation nach dem Sozialistengesetz sowie Hessens Rolle in der Agrardebatte der SPD. Dabei widmet sich Eckhardt eingehend der Entwicklung der regionalen Parteipresse. Auf die Gewerkschaften geht er nur kurz ein. Eckhardt weist darauf hin, daß die hessische Arbeiterbewegung, die in der Vorkriegs-Sozialdemokratie keine herausragende Stellung eingenommen habe (S. 403), sich mit einer durchgehend bürgerlich-liberalen (nationalliberalen) Landtagsmehrheit sowie seit 1890 mit den rührigen Antisemiten auseinanderzusetzen hatte (vgl. S. 349 u. ö.). Erwähnenswert ist das Bemühen des Autors, Material über herausragende Sozialdemokraten von Hessen–Darmstadt zusammenzutragen, zumal einige führende SPD-Funktionäre von den verschiedensten Flügeln aus dem Großherzogtum stammten bzw. mit der hessischen Arbeiterbewegung verbunden waren, so Wilhelm Liebknecht, Eduard David, Philipp Scheidemann bzw. Johann Most und Rudolf Rocker. Vervollständigt wird die Monographie durch ein Personen- und Ortsverzeichnis sowie durch elf Abbildungen.

Bis etwa 1868 basiert Eckhardts Darstellung fast ausschließlich auf Sekundärliteratur, wodurch die Phase der Arbeiterbildungsvereinsbewegung mit dem interessanten Maingau-Verband nicht untersucht und damit die gesamte Konstituierungsproblematik der Rhein-Mainischen Sozialdemokratie im Umfeld der kleinbürgerlichen Demokratie nicht thematisiert werden kann[2].

Man kann nun Eckhardt seinen Ansatz einer rein organisationsgeschichtlich orientierten Untersuchung konzedieren als den legitimen Versuch, angesichts einer schwierigen Quellen- und mangelhaften Literaturlage in einem ersten Schritt den äußeren Rahmen der regionalen Parteigeschichte zu rekonstruieren. Aber auch wenn dieser Weg wie vom Verfasser in seinen Grenzen akzeptiert und methodisch abgesteckt wird, bleibt grundsätzlich zu fragen, ob eine solche Darstellung dem Gegenstand Arbeiterbewegung gerecht zu werden vermag, wenn man die konstitutive ökonomische und soziale Situation der Arbeiterschaft und die damit zusammenhängende theoretische Entwicklung weitgehend ausklammert. Die Geschichte der Arbeiterbewegung wird dann schlechterdings unverständlich: Ihre Frühzeit erscheint als von persönlichem Gezänk geprägte proletarische Vereinsmeierei; die beeindruckende Chronologie der Wahlerfolge beschwört das Bild einer sich unwiderstehlich entfaltenden Bewegung zur sozialreformerischen Massen- und Regierungspartei, wobei die ausgefochtenen inneren ideologischen Auseinandersetzungen zwangsläufig zu ›zeitbedingten‹ taktischen Strategiedifferenzen verblassen. Die konkreten Ziele jedoch, für die die Arbeiterbewegung jeweils kämpfte, die Erfolge, aber auch die Irrtümer und Niederlagen, kurz die Erfahrungen und Lernprozesse der Klassenbewegung können bei einem solchen Ansatz schwerlich in den Blick kommen, obwohl all dies doch erst eine Beschäftigung mit dem Gegenstand ›Arbeiterbewegung‹ über den Horizont einer sich selbst genügenden akademischen Forschung hinaus motiviert. Eckhardts eigener Standpunkt gegenüber Inhalt und Weg der deutschen Arbeiterbewegung im allgemeinen und der hessischen im besonderen kommt denn auch wegen seines Ansatzes nur an wenigen Stellen zum Vorschein (z. B. S. 403 f., 442).

Trotzdem finden sich in der Untersuchung genügend Ansätze, die es ermöglicht hätten, den gewählten starren Rahmen zu durchbrechen (so S. 467 ff.). Auch bei dem weitgehenden

2 Eine eingehende Untersuchung der im Maingau-Verband zusammengeschlossenen Arbeitervereine bleibt ein dringendes Desiderat. Z. T. stenographische Aufzeichnungen über fast alle Arbeitertage des Maingaus 1862–1867 befinden sich, angefertigt und durch gedrucktes Material angereichert von dem berüchtigten preußischen Agenten Sigmund Zirndorfer, im Zentralen Staatsarchiv Merseburg, Rep. 77, Tit. 343 A, Nr. 121, Bd. 2–7.

Verzicht auf Darstellung und Analyse von sozialem Kontex, politischen Konzeptionen und ideologischen Auseinandersetzungen hätten, selbst bei völlig unzureichendem Quellenmaterial, wichtige Merkmale und Tendenzen der hessischen Arbeiterbewegung im Kontext der Geschichte der gesamten deutschen Arbeiterbewegung angegangen werden müssen, so z. B. die Tatsache der frühen ländlichen Wahlerfolge (S. 253, 314), die 1880 bei Kommunalwahlen einsetzenden Wahlabsprachen mit bürgerlichen Parteien (S. 300), die seit den Anfängen reformistische Haltung der hessischen Sozialdemokratie (S. 306 f., 370 f., 378, 384, 403 f., 442 f.) und vor allem die von hessischen Sozialdemokraten (David) mitgetragene Agrardebatte innerhalb der SPD. Daß Eckhardt dies nicht versucht hat, liegt sicherlich auch in seinem problematischen Verzicht auf eine Durchsicht der überregionalen Arbeiterpresse begründet. Außerdem hat er zwar akribisch und wohl lückenlos die vorhandene regionale Presse ausgewertet, doch referiert er fast durchgehend nur die Versammlungsbeschlüsse und Resolutionen, nicht aber die jeweilige Diskussion, was nicht allein Eigenheiten der Presseberichterstattung anzulasten ist.
Ungeachtet dieser grundsätzlichen Einwände hat Eckhardt mit seiner materialreichen Untersuchung die Basis dafür geliefert, sich nunmehr intensiv mit den einzelnen Entwicklungsetappen der durchaus nicht unwichtigen Arbeiterbewegung des Rhein-Main-Gebietes auseinanderzusetzen.

Toni Offermann

Dirk H. Müller, Idealismus und Revolution. Zur Opposition der Jungen gegen den Sozialdemokratischen Parteivorstand 1890 bis 1894 (= Beihefte zur IWK 3), Colloquium Verlag, Berlin 1975, VIII, 186 S., Snolin, 44 DM.

Es war zu erwarten, daß im Rahmen der Studentenbewegung der ausgehenden 60er und der frühen 70er Jahre das Interesse sich in besonderer Weise auf die »Jungen« richten würde, jene innerparteiliche Opposition in der deutschen Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Hier waren zweifellos Anknüpfungspunkte für das eigene Selbstverständnis gegeben, und so wurde schon 1969 das Pamphlet des Studiosus Hans Müller »Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie« als Reprint zugänglich gemacht. Es ist ein Glücksfall, daß die Rückbesinnung auf die »Revolte der Literaten und Studenten der Jungen« zu einer so überaus abgewogenen Analyse geführt hat, wie sie Dirk Müller vorlegt. Man kann sich aufgrund bestimmter Erfahrungen unschwer vorstellen, wie der Gegenstand durch einen ultralinken Hurrah-Sozialisten vertan und verhunzt worden wäre. Dieser Gefahr – trotz des Engagements, das sich gerade in der Kritik an den »Jungen« und dem »Verein Unabhängiger Sozialisten«, an dessen »doppelter Praxislosigkeit« widerspiegelt – ist Dirk Müller schon deswegen entgangen, weil er intensiv die Archive benutzt hat, wobei vor allem die Polizeiakten der Staatsarchive in Frankfurt, Magdeburg und Potsdam vieles enthalten, was bisher auch Kennern der Materie unbekannt war.
Der Verfasser hat aus der bisher zu konstatierenden Hilflosigkeit bzw. allzu forschen Urteilsbildung über die »Jungen« in der Forschung den einsichtigen Schluß gezogen, daß man diese Bewegung nur in den Griff bekommt, wenn man in der Analyse über sie hinausgeht und so den historischen Ort dieser Opposition deutlich macht. Folgerichtig setzt Müller ein mit dem Beginn des Sozialistengesetzes und der Auseinandersetzung mit der Opposition Most – Hasselmann, dem Wydener Kongreß, der Debatte um den Drei-Sterne-Artikel, um dann den Dampfersubventionsstreit und die Auseinandersetzungen in der Berliner Parteiorganisation in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre zu thematisieren. Das geschieht knapp, skizzenhaft, aber die Vorgänge und Entwicklungen werden in ihrer Funktionalität hinsichtlich der späteren Opposition der »Jungen« deutlich.
Einen ersten Schwerpunkt der Analyse bildet dann die Kontroverse um den 1. Mai 1890 nach den entsprechenden Beschlüssen des Internationalen Kongresses vom Juli 1889. Überzeugend ist dabei die Aussage, daß sich schon in dieser Diskussion eine Entwicklung durch-

Verzicht auf Darstellung und Analyse von sozialem Kontex, politischen Konzeptionen und ideologischen Auseinandersetzungen hätten, selbst bei völlig unzureichendem Quellenmaterial, wichtige Merkmale und Tendenzen der hessischen Arbeiterbewegung im Kontext der Geschichte der gesamten deutschen Arbeiterbewegung angegangen werden müssen, so z. B. die Tatsache der frühen ländlichen Wahlerfolge (S. 253, 314), die 1880 bei Kommunalwahlen einsetzenden Wahlabsprachen mit bürgerlichen Parteien (S. 300), die seit den Anfängen reformistische Haltung der hessischen Sozialdemokratie (S. 306 f., 370 f., 378, 384, 403 f., 442 f.) und vor allem die von hessischen Sozialdemokraten (David) mitgetragene Agrardebatte innerhalb der SPD. Daß Eckhardt dies nicht versucht hat, liegt sicherlich auch in seinem problematischen Verzicht auf eine Durchsicht der überregionalen Arbeiterpresse begründet. Außerdem hat er zwar akribisch und wohl lückenlos die vorhandene regionale Presse ausgewertet, doch referiert er fast durchgehend nur die Versammlungsbeschlüsse und Resolutionen, nicht aber die jeweilige Diskussion, was nicht allein Eigenheiten der Presseberichterstattung anzulasten ist.
Ungeachtet dieser grundsätzlichen Einwände hat Eckhardt mit seiner materialreichen Untersuchung die Basis dafür geliefert, sich nunmehr intensiv mit den einzelnen Entwicklungsetappen der durchaus nicht unwichtigen Arbeiterbewegung des Rhein-Main-Gebietes auseinanderzusetzen.

Toni Offermann

Dirk H. Müller, Idealismus und Revolution. Zur Opposition der Jungen gegen den Sozialdemokratischen Parteivorstand 1890 bis 1894 (= Beihefte zur IWK 3), Colloquium Verlag, Berlin 1975, VIII, 186 S., Snolin, 44 DM.

Es war zu erwarten, daß im Rahmen der Studentenbewegung der ausgehenden 60er und der frühen 70er Jahre das Interesse sich in besonderer Weise auf die »Jungen« richten würde, jene innerparteiliche Opposition in der deutschen Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Hier waren zweifellos Anknüpfungspunkte für das eigene Selbstverständnis gegeben, und so wurde schon 1969 das Pamphlet des Studiosus Hans Müller »Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie« als Reprint zugänglich gemacht. Es ist ein Glücksfall, daß die Rückbesinnung auf die »Revolte der Literaten und Studenten der Jungen« zu einer so überaus abgewogenen Analyse geführt hat, wie sie Dirk Müller vorlegt. Man kann sich aufgrund bestimmter Erfahrungen unschwer vorstellen, wie der Gegenstand durch einen ultralinken Hurrah-Sozialisten vertan und verhunzt worden wäre. Dieser Gefahr – trotz des Engagements, das sich gerade in der Kritik an den »Jungen« und dem »Verein Unabhängiger Sozialisten«, an dessen »doppelter Praxislosigkeit« widerspiegelt – ist Dirk Müller schon deswegen entgangen, weil er intensiv die Archive benutzt hat, wobei vor allem die Polizeiakten der Staatsarchive in Frankfurt, Magdeburg und Potsdam vieles enthalten, was bisher auch Kennern der Materie unbekannt war.
Der Verfasser hat aus der bisher zu konstatierenden Hilflosigkeit bzw. allzu forschen Urteilsbildung über die »Jungen« in der Forschung den einsichtigen Schluß gezogen, daß man diese Bewegung nur in den Griff bekommt, wenn man in der Analyse über sie hinausgeht und so den historischen Ort dieser Opposition deutlich macht. Folgerichtig setzt Müller ein mit dem Beginn des Sozialistengesetzes und der Auseinandersetzung mit der Opposition Most – Hasselmann, dem Wydener Kongreß, der Debatte um den Drei-Sterne-Artikel, um dann den Dampfersubventionsstreit und die Auseinandersetzungen in der Berliner Parteiorganisation in der zweiten Hälfte der 1880er Jahre zu thematisieren. Das geschieht knapp, skizzenhaft, aber die Vorgänge und Entwicklungen werden in ihrer Funktionalität hinsichtlich der späteren Opposition der »Jungen« deutlich.
Einen ersten Schwerpunkt der Analyse bildet dann die Kontroverse um den 1. Mai 1890 nach den entsprechenden Beschlüssen des Internationalen Kongresses vom Juli 1889. Überzeugend ist dabei die Aussage, daß sich schon in dieser Diskussion eine Entwicklung durch-

setzte, in der der kämpferische Ursprung des 1. Mai durch »Ritualisierung und Mystifizierung« verdeckt wurde. Wichtig ist auch die belegte These, daß die Mai-Bewegung von 1890 ganz erheblich breiter war als die der »Jungen« und nur ein *Moment* in der Auseinandersetzung zwischen »Jungen« und Gesamtpartei bildete. Im folgenden analysiert Müller die Bewegung der »Jungen« und die Position der Wortführer, wobei der Ausgangspunkt der Kontroverse zu Recht in dem künftigen Organisationsstatut der Partei gesehen wird. Er konstatiert in diesem Zusammenhang ein Versagen der Sozialdemokratie, das sich schon aus Anlaß der Mai-Kämpfe von 1890 andeutete und in der Organisationsdebatte manifest wurde, nämlich das Beharren auf der nicht mehr angemessenen Trennung von politischen und ökonomischen Kämpfen der Arbeiter. Mir scheint hier ein interessanter Ansatz zu liegen, der im einzelnen noch stärker spezifiziert werden müßte mit dem Ziel, die Auseinandersetzungen zwischen Partei und Freien Gewerkschaften bis zur Jahrhundertwende neu zu bestimmen. Ich will mir ersparen, im einzelnen das darzulegen, was Müller über die Funktion des Reformismus à la Vollmar (Eldorado – Reden) in bezug auf die »Jungen« und über den Erfurter Parteitag ausführt. Tatsache ist, daß die intensive Analyse eines kurzen Zeitraums das bestätigt, was von mir und anderen in übergreifenden Zusammenhängen formuliert worden ist: Die Partei ging in die künftigen Auseinandersetzungen mit »unverbindlicher Taktik und strategielosem Programm«, und mit dem Ausschluß einiger »Junger« waren die Grundprobleme der Partei nicht gelöst. Dabei ist es das Verdienst der Arbeit von Müller, ganz deutlich zu zeigen, daß auch die »Jungen« keine politische Alternative formuliert haben, letztlich aufgrund ihrer beklagenswerten theoretischen und taktischen Unbedarftheit.

Friedrich Engels hat, wie bekannt ist, sich mehrfach drastisch über die »Jungen« geäußert. Müller nimmt dies zum Anlaß, das strategische Konzept von Engels in den 1890er Jahren zu entfalten. Das hat seine Funktion, ist aber auch da, wo es nicht gesagt wird, so sehr bisheriger Forschung verpflichtet, daß Neues nicht sichtbar wird. Was folgt, ist ein langer Epilog, die Widerspiegelung des Hinsiechens des »Vereins Unabhängiger Sozialisten«.

Fazit von Dirk Müller: Die »Jungen« haben durch ihre spezifische Art der Opposition letztlich der radikalen Bewegung in der Sozialdemokratie geschadet und den »Vormarsch des reformistischen Flügels sicherlich erleichtert«.

Irgendwie lag es wohl auch daran, daß hier das ein für allemal untaugliche Muster gestrickt wurde, das Studenten und Akademiker, die in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts sicherer als heute das rettende Land von Bildungs- und Wohlstandsbürgertum erreichen konnten, anderen Kleinbürgern vorgehalten haben.

Der unbedingt guten Arbeit von Müller ist in dem Zusammenhang nur ein Vorwurf zu machen, nämlich der, daß sie nicht deutlich zeigt, wo die »Helden« von 1890–1894 gelandet sind: Paul Ernst beim Faschismus; Hans Müller, für Ultralinke wieder zu Ehren gekommen, als Adlatus des Schweizer »Migros«-Millionärs Duttweiler, Paul Kampffmeyer auf dem ganzen rechten Flügel der SPD usw., usw. Hans-Josef Steinberg

Martin Martiny, Integration oder Konfrontation? Studien zur Geschichte der sozialdemokratischen Rechts- und Verfassungspolitik (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 122), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1976, 248 S., brosch., 32 DM.

Die vorstehende Arbeit beschäftigt sich mit der Überprüfung der »Chancen reformistischer Strategien« (S. 10) sozialdemokratischer Rechts- und Verfassungspolitik unter dem Gesichtspunkt von »Integration oder Konfrontation« mit den bzw. in die bürgerlichen Institutionen des Obrigkeitsstaates und der Weimarer Republik. Martiny hat die Arbeit insgesamt in vier Hauptbereiche eingeteilt: 1. »Parlamentarismus und innerparteiliche Demokratie«/ Wahlrechtsdiskussion (S. 13–53); 2. »›Bürgerliches‹ und ›soziales‹ Recht«/Arbeitsrecht

setzte, in der der kämpferische Ursprung des 1. Mai durch »Ritualisierung und Mystifizierung« verdeckt wurde. Wichtig ist auch die belegte These, daß die Mai-Bewegung von 1890 ganz erheblich breiter war als die der »Jungen« und nur ein *Moment* in der Auseinandersetzung zwischen »Jungen« und Gesamtpartei bildete. Im folgenden analysiert Müller die Bewegung der »Jungen« und die Position der Wortführer, wobei der Ausgangspunkt der Kontroverse zu Recht in dem künftigen Organisationsstatut der Partei gesehen wird. Er konstatiert in diesem Zusammenhang ein Versagen der Sozialdemokratie, das sich schon aus Anlaß der Mai-Kämpfe von 1890 andeutete und in der Organisationsdebatte manifest wurde, nämlich das Beharren auf der nicht mehr angemessenen Trennung von politischen und ökonomischen Kämpfen der Arbeiter. Mir scheint hier ein interessanter Ansatz zu liegen, der im einzelnen noch stärker spezifiziert werden müßte mit dem Ziel, die Auseinandersetzungen zwischen Partei und Freien Gewerkschaften bis zur Jahrhundertwende neu zu bestimmen. Ich will mir ersparen, im einzelnen das darzulegen, was Müller über die Funktion des Reformismus à la Vollmar (Eldorado – Reden) in bezug auf die »Jungen« und über den Erfurter Parteitag ausführt. Tatsache ist, daß die intensive Analyse eines kurzen Zeitraums das bestätigt, was von mir und anderen in übergreifenden Zusammenhängen formuliert worden ist: Die Partei ging in die künftigen Auseinandersetzungen mit »unverbindlicher Taktik und strategielosem Programm«, und mit dem Ausschluß einiger »Junger« waren die Grundprobleme der Partei nicht gelöst. Dabei ist es das Verdienst der Arbeit von Müller, ganz deutlich zu zeigen, daß auch die »Jungen« keine politische Alternative formuliert haben, letztlich aufgrund ihrer beklagenswerten theoretischen und taktischen Unbedarftheit.

Friedrich Engels hat, wie bekannt ist, sich mehrfach drastisch über die »Jungen« geäußert. Müller nimmt dies zum Anlaß, das strategische Konzept von Engels in den 1890er Jahren zu entfalten. Das hat seine Funktion, ist aber auch da, wo es nicht gesagt wird, so sehr bisheriger Forschung verpflichtet, daß Neues nicht sichtbar wird. Was folgt, ist ein langer Epilog, die Widerspiegelung des Hinsiechens des »Vereins Unabhängiger Sozialisten«.

Fazit von Dirk Müller: Die »Jungen« haben durch ihre spezifische Art der Opposition letztlich der radikalen Bewegung in der Sozialdemokratie geschadet und den »Vormarsch des reformistischen Flügels sicherlich erleichtert«.

Irgendwie lag es wohl auch daran, daß hier das ein für allemal untaugliche Muster gestrickt wurde, das Studenten und Akademiker, die in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts sicherer als heute das rettende Land von Bildungs- und Wohlstandsbürgertum erreichen konnten, anderen Kleinbürgern vorgehalten haben.

Der unbedingt guten Arbeit von Müller ist in dem Zusammenhang nur ein Vorwurf zu machen, nämlich der, daß sie nicht deutlich zeigt, wo die »Helden« von 1890–1894 gelandet sind: Paul Ernst beim Faschismus; Hans Müller, für Ultralinke wieder zu Ehren gekommen, als Adlatus des Schweizer »Migros«-Millionärs Duttweiler, Paul Kampffmeyer auf dem ganzen rechten Flügel der SPD usw., usw. Hans-Josef Steinberg

Martin Martiny, Integration oder Konfrontation? Studien zur Geschichte der sozialdemokratischen Rechts- und Verfassungspolitik (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 122), Verlag Neue Gesellschaft, Bonn-Bad Godesberg 1976, 248 S., brosch., 32 DM.

Die vorstehende Arbeit beschäftigt sich mit der Überprüfung der »Chancen reformistischer Strategien« (S. 10) sozialdemokratischer Rechts- und Verfassungspolitik unter dem Gesichtspunkt von »Integration oder Konfrontation« mit den bzw. in die bürgerlichen Institutionen des Obrigkeitsstaates und der Weimarer Republik. Martiny hat die Arbeit insgesamt in vier Hauptbereiche eingeteilt: 1. »Parlamentarismus und innerparteiliche Demokratie«/ Wahlrechtsdiskussion (S. 13–53); 2. »›Bürgerliches‹ und ›soziales‹ Recht«/Arbeitsrecht

(S. 55–149); 3. »Rechtsstaat contra soziales Strafrecht«/Bündnisdiskussion mit dem Liberalismus (S. 151–196) und 4. »Integration oder Konfrontation« (S. 197–221), wo zugleich anscheinend eine Art Resümee gezogen werden soll.

In einer vorzüglich fundierten Studie versucht der Autor, die ambivalente Haltung sozialdemokratischer Rechtstheoretiker und -politiker herauszuarbeiten. In seiner argumentationsgeschichtlich ausgerichteten Arbeit – unzulänglich ist, daß der Verfasser auf eine Einbeziehung der ökonomischen Veränderungen in dem bearbeiteten Zeitraum verzichtet – zeichnet er im Ersten Abschnitt die Diskussion um die Ausgestaltung des Wahlrechts nach. Die Sozialdemokratie, so Martiny, welche bis 1914 »durch die Schule jahrzehntelanger Wahlrechtskämpfe gegangen war«, habe sich in der Weimarer Republik mit der Wahlrechtsproblematik »offiziell« nur am Rande beschäftigt (S. 13). Hauptsächlich hätten sich in der Ersten Republik »zahlreiche sozialdemokratische Außenseiter« zu Wort gemeldet, welche zum »rechten« Flügel der Partei zu zählen seien, wie z. B. Haubach, Leber, Mierendorff, Rathmann von den »jüngeren«, Cohen, Katzenstein und Peus von der »alten Garde um die Sozialistischen Monatshefte« (S. 39 f.). Martiny arbeitet heraus, daß es ein erhebliches Interesse der bürgerlichen Parteien und auch der MSP nach 1917 gewesen sei, eine »einschneidende Wahlrechtsreform als Ventil für unerwünschte Massenbewegungen« in Gang zu setzen (S. 28). Das Verhältniswahlrecht sollte in seiner »Doppeleigenschaft als revolutionäre Errungenschaft und als Beruhigungspille für radikalisierende Gruppen« (S. 31) eine wesentliche Funktion der oben angeführten Parteien bei der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung ausüben. Die Wahlrechtsdiskussion führte z. B. bei der Debatte um die Wahlrechtsnovelle vom Dez. 1923 im Reichsrat dazu, daß die Länder, um den Einfluß und die Ausweitung einer »parteienstaatlichen Demokratie« aufzuhalten, den Listen der Parteien die »Persönlichkeit« der Wahlkreiskandidaten gegenüberstellten. Martiny deutet diese »konservative Stoßrichtung« zutreffend an, wenn er schreibt, daß letztere, »orientiert am Leitbild des wirtschaftlich Selbständigen und des akademisch gebildeten Intellektuellen«, auf die Negierung der »politischen Existenzberechtigung« von Gewerkschaften und Linksparteien hinauslief (S. 41). Leider geht er nicht in diesem Abschnitt auf die nach dem Papen-Staatsstreich gegen Preußen (20. Juli 1932) von Papen und Gayl initiierten Pläne einer reaktionären Verfassungs- und Wahlrechtsreform ein (vgl. z. B. Volksstimme, Frankfurt, 2. und 19. Aug., 17. Sept. und 13. Okt. 1932; Leipziger Volkszeitung, 12. und 29. Aug., 13. Sept. und 28. Okt. 1932; Sozialdemokratische Parteikorrespondenz, Okt./Dez. 1932), wie er auch nicht auf die von dem alldeutschen Führer Class 1925 formulierte vollständige »Verfassungreform« in Gestalt einer prinzipiellen Zerstörung der parlamentarisch-rechtsstaatlichen Demokratie nebst Wahlrecht eingeht (vgl. Sozialdemokratische Parteikorrespondenz, Aug. 1929). Im Zusammenhang mit der Wahlrechtsdiskussion beleuchtet Martiny auch kurz die staatsrechtliche Auseinandersetzung um das »Problem der Gleichheit in der Verhältniswahl« (S. 44 f.). Am Beispiel von Triepel, Leibholz, Schmitt und Anschütz von bürgerlicher Seite, Heller, Sinzheimer und Kirchheimer von sozialdemokratischer Seite diskutiert er die in Art. 109, Abs. 1 WV beruhende Problematik, ob und inwiefern diese Verfassungsnorm, wie es die von Triepel und Leibholz begründete »neue« Lehre wollte, ein »generelles Willkürverbot« beinhaltete – auch Heller schloß sich dieser Auffassung an – oder ob nicht vielmehr im Gleichheitssatz nur das Gebot der »Rechtsanwendungsgleichheit« zum Vorschein komme, wie es nach klassischer Auffassung von Anschütz und Thoma vertreten wurde. Diese Diskussion hatte, wie Martiny nachweist, auch einen erheblichen Einfluß auf die Wahlrechtsfrage.

Im Zweiten Abschnitt beschäftigt sich Martiny am Beispiel des kollektiven Arbeitsrechts mit der Diskussion um ein »soziales Recht«, welches teilweise als *Durchdringung* des tradierten bürgerlichen Rechts mit seinem strikt-formalen Dualismus von privatem und öffentlichem Recht verstanden wurde – von »marxistischer« Seite hat dies u. a. zu dieser Zeit kritisch diskutiert *E. Paschukanis,* Allgemeine Rechtslehre und Marxismus (1929), 1970;

vgl. auch die Rez. von *G. Radbruch*, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 64, 1930, und *H. Kelsen*, ebda., Bd. 66, 1931 –, teilweise als *direkte Gegenüberstellung* konzipiert worden war. Martiny schildert ausführlich die Haltung der SPD während der Entstehungsgeschichte des BGB (S. 56 f.). Er arbeitet überzeugend die ambivalente Haltung der SPD-Reichstagsfraktion heraus, welche vergröbert darin zum Ausdruck kam, daß einerseits versucht wurde, in allen Phasen der Entstehungsgeschichte, vermittelt über eine aktive Mitarbeit, Einfluß auf die Konzeption des BGB zu nehmen, andererseits jedoch bei der Schlußabstimmung eine grundsätzlich ablehnende Haltung eingenommen wurde (»Hasenfrage«). Es wird dargestellt, daß die Ansicht von der »Opposition aus Prinzip« keineswegs ein Anknüpfen an den fortgeschrittensten liberal-bürgerlichen Rechtsvorstellungen ausschloß, ja daß zum Teil sogar Erfolge erzielt werden konnten. Die SPD erschien zeitweise in dieser Diskussion als *der* entschiedenste Verfechter liberal-rechtsstaatlicher Grundpositionen selbst gegenüber den Liberalen (vgl. S. 60 f., 63, 69). Anschließend wendet sich der Verfasser ausführlich dem Arbeitsrecht zu. Am Beispiel der Durchsetzung des Tarifvertragsgedankens (S. 72 f.) zeigt er einerseits, welcher Einfluß dem Tarifvertrag innerhalb der Gewerkschaften beigemessen wurde, andererseits, daß die Gewerkschaften einer Regelung des Tarifvertragssystems von »oben« äußerst ablehnend gegenüberstanden, weil sie hierdurch auch rechtlich in das obrigkeitsstaatliche Regime integriert worden wären (vgl. z. B. die Haltung *Leiparts*, S. 81). Martiny kommt zu dem Schluß, daß es den Gewerkschaften im Obrigkeitsstaat darauf ankam, *autonom*, d. h. nicht in ein staatliches Rechtssystem gezwängt, ihre reformerischen Vorstellungen mittels des Arbeitskampfes direkt mit den Unternehmern auszutragen (S. 84). Im folgenden stellt er die Konzeption der »sozialen Selbstbestimmung« der Organisationen von Lohnarbeit und Kapital dar, wie sie von *Hugo Sinzheimer* schon ansatzweise vor dem Ersten Weltkrieg entwickelt wurde (S. 85 f.). Der Kerngedanke besteht darin, daß diese Organisationen auf der Basis der »Parität« – unter Ausschluß der »Gelben« – selbständig zur Rechtssetzung befähigt sein sollten, der Tarifvertrag sollte eine *objektive* Rechtsquelle sein. Dem Staat war dabei aufgetragen, daß die von ihm allgemein gesetzte Rechtsordnung entsprechend den »neuen« Bedürfnissen auszurichten war; das »soziale Leben« sollte nicht länger »rechtlos« sein. Diese Konzeption ging nicht nur in die im Dez. 1918 verabschiedete Tarifvertragsordnung ein, sondern auch in Art. 165 WV, sie wurde also verfassungsrechtlich verankert. Bei Sinzheimer spielten weiter der Dualismus von Staat und Gesellschaft und, folgerichtig weiterentwickelt, der Dualismus von Staats- und Wirtschaftsverfassung eine zentrale Rolle. Martiny arbeitet am Beispiel von Sinzheimer heraus, daß eine plakative Gegenüberstellung wie hie Gewerkschaften, da Räte, »für oder gegen Lohnabbau« (so aber *Blanke* u. a., Kollektives Arbeitsrecht, Bd. 1, 1975, S. 137) vollständig am Problem vorbeigeht. Er weist nach, daß sich Sinzheimer vielmehr im Grundsätzlich-theoretischen wie auch im Praktisch-politischen stets selber »treu« geblieben ist: ein liberaler Reformist (Von Interesse wäre sicherlich gewesen, wenn Martiny den marxistisch orientierten Aufsatz von *W. Müller* in der Fraenkel-Festschrift, 1973, diskutiert hätte). An der Auseinandersetzung um die Einführung des Arbeitsgerichtsgesetzes (23. Dez. 1926) mit der selbständigen Einsetzung von Arbeitsgerichten (S. 99 f.) und dem darin gleichfalls verankerten erstinstanzlichen Ausschluß der Rechtsanwälte als Prozeßvertreter (S. 115 f.) wird der Konflikt zwischen bürgerlichem und sozialem Recht sowie zwischen SPD und Gewerkschaften weiter verdeutlicht. Es wird dargestellt, daß es insbesondere aufgrund des massiven Widerstands der Gewerkschaften gegenüber den Vorschlägen z. B. von Gustav Radbruch sowohl zur Nichtangliederung der Arbeitsgerichte an die ordentliche Gerichtsbarkeit kam – umgehende Polemik der bürgerlichen Justiz und der entsprechenden Organisationen (vgl. S. 107, 123 f.) – als auch zum Ausschluß der Anwälte in der ersten Instanz. Nach einem weder zufriedenstellenden noch in diesem Zusammenhang einleuchtenden Kapitel zur Wirtschaftsdemokratie (S. 126 ff.) wird des weiteren zu arbeitsrechtlichen Einzelfragen Stellung ge-

nommen (S. 131 f.). Die vom Reichsgericht und Reichsarbeitsgericht vertretene Lehre vom »Betriebsrisiko«, fußend auf der extrem konservativen Ideologie von der »Betriebsgemeinschaft« zwischen Unternehmern und Arbeitern, wird unter Hinzuziehung der bekannten Schrift von Otto Kahn-Freund über das »Soziale Ideal des Reichsarbeitsgerichts« diskutiert, wobei Martiny lobenswerterweise ausführlich auf die denunziatorischen Angriffe des maßgebenden ADGB-Arbeitsrechtlers Clemens Nörpel gegen Kahn-Freunds Schrift eingeht (S. 133 f., 148).

Im Dritten Abschnitt wird ausführlich auf die sozialdemokratische Strafrechtsdiskussion und -konzeption eingegangen. Martiny stellt die Ansichten Franz v. Lists dar, des wohl renommiertesten bürgerlichen Strafrechtlers am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts (S. 152 f.), er zeigt mögliche und tatsächliche Punkte, an denen ein sozialdemokratisches Strafrechtsprogramm anknüpfen konnte, insbesondere im Hinblick auf punktuelle und auch längerfristige Zusammenarbeit mit dem liberalen Bürgertum. Die Bestimmungen über Hochverrat, Majestätsbeleidigung, Staatsverleumdung und der Klassenkampfparagraph (§ 130 StGB) boten solche Punkte (S. 159). Auch hier wird teilweise wieder deutlich, daß die SPD sich im Obrigkeitsstaat als der »geborene Vollstrecker eines versagenden Liberalismus« (S. 160) ansah, daß, wie auch in der Weimarer Republik (vgl. *E. Fraenkel*, Zur Soziologie der Klassenjustiz, 1927), ein ausgebildetes »Rechtsbewußtsein« im Sinne einer materiellen Gerechtigkeit zu konstatieren gewesen ist. Die Diskussion um die schrittweise erfolgende Ablösung von Freiheitsstrafen durch Geldstrafen, die in einem 1911 weitgehend von List beeinflußten strafrechtlichen Gegenentwurf Aufnahme fand – von Martiny als »Reformforderung« (S. 165) bezeichnet – und die in der Weimarer Republik primär auf Radbruch zurückgehende Initiative eines Geldstrafengesetzes – Radbruch selbst sah es als ein Verdienst an, die Geldstrafe in den »Mittelpunkt des Strafensystems« gestellt zu haben (S. 177 f.) – hätten jedoch auch ein Anlaß sein müssen, nach den ökonomischen Hintergründen für die Veränderung im Strafensystem zu fragen; vgl. *G. Rusche / O. Kirchheimer*, Sozialstruktur und Strafvollzug (1939), 1974, Kap. X. Hervorhebenswert ist die breite Darstellung der Überlegungen von Gustav Radbruch (S. 166 f.), der, dies sei hier angeführt, eine dezidierte strafrechtliche Konzeption zum Schutz der Arbeitskraft entwickelte (S. 173 f.), in der u. a. die seit eh und je bei den Unternehmern so beliebten »schwarzen Listen« strafrechtlich verfolgt werden sollten. Auf der anderen Seite ist jedoch ein wesentlicher Mangel darin zu sehen, daß Martiny mit keinem Wort »the most brillant German political lawyer of the 1920's« (Otto Kirchheimer), *Paul Levi*, erwähnt. Zwar wird dessen Zeitschrift »Sozialistische Politik und Wirtschaft« im Literaturverzeichnis aufgeführt, jedoch an *keiner* Stelle im Text darauf Bezug genommen. Auch Martinys Auseinandersetzung mit der »Freirechtsschule« (S. 185 f.) ist unzulänglich, wird doch das eigentlich methodische und theoretisch-politische Problem, die Erweiterung des Richterspielraums auf der einen Seite, zum andern der von sozialdemokratischer Seite geführte Versuch (z. B. Fraenkel, Neumann), die konservative und weitgehend *gegen* Republik, Verfassung und Arbeiterbewegung gerichtete Justiz strikt an Verfassung, Recht und Gesetz zu binden, nur am Rande gesehen (S. 187). Des weiteren wird nicht erkannt, welche strategisch-politische Rolle der »Rechtspositivismus« in der Argumentation sozialdemokratischer Juristen hatte (vgl. meine Bemerkungen in *Kirchheimer*, Von der Weimarer Republik zum Faschismus, 1976).

Der anscheinend im Vierten Abschnitt unternommene Versuch, eine »Bilanz« zu ziehen, wird dadurch vereitelt, daß Martiny wiederum eine erhebliche Fülle an Material darstellt, so daß zwangsläufig eine Diskussion dieses Materials nicht stattfinden kann. Seine Darstellung der Absichten des 1922 gegründeten »Republikanischen Richterbundes« und des bürgerlichen Gegenpols, des »Preußischen Richtervereins« (S. 197 f.), ist unbestreitbar von Interesse, trägt jedoch nichts Wesentliches zur theoretischen Erhellung von »Integration oder Konfrontation« bei. Seine hier ausgebreitete Argumentation ist von erheblichen Wi-

dersprüchen gekennzeichnet (z. B. S. 210 f.), wie auch die Behauptung von einer möglichen »Mentalitätsveränderung« (S. 210) der bürgerlichen Justiz nicht überzeugend ist; und daß seine als Frage formulierte Ansicht, »in besseren Jahren« – als 1932 / Anfang 1933 – hätte die Arbeiterbewegung versuchen sollen, »einen inneren [sic!] Brückenschlag zur Justiz zu unternehmen« (S. 196), wie auch seine Ausführung, daß die politische Strafjustiz »überschätzt« worden sei (S. 218), das Problem Arbeiterbewegung, Justiz und Rechtsstaat erfassen, muß bestritten werden. Wolfgang Luthardt

Claus Winfried Witjes, Gewerkschaftliche Führungsgruppen. Eine empirische Untersuchung zum Sozialprofil, zur Selektion und Zirkulation sowie zur Machtstellung westdeutscher Gewerkschaftsführungen (= Soziologische Schriften, Bd. 18), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1976, 422 S., brosch., 98 DM.

Die Untersuchung, eine Dissertation an der Ruhruniversität Bochum, versteht sich als einen Beitrag zur empirischen Eliteforschung im Rahmen der Politischen Soziologie. Zum Gegenstand der Arbeit wurde eine Untersuchung über die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der zentralen Vorstände der IG Metall (30 Personen), der IG Bergbau und Energie (34 Personen), der Deutschen Postgewerkschaft (11 Personen) und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (14 Personen) für den Zeitraum 1945 bis 1972 bestimmt.

In einer ausführlichen Einleitung bemüht sich Witjes um eine Vorklärung des Elite-Begriffs, der in der bisherigen Diskussion stark ideologisch aufgeladen und in einer verwirrenden begrifflichen Vielfalt verwandt worden ist. Nach einem knappen begriffsgeschichtlichen Rekurs auf Pareto und Mosca werden die wichtigsten Ansätze moderner Elitekonzeptionen, vor allem die »formale« und die »historisch-soziologische« Konzeption (vertreten etwa durch Lasswell, Lerner und Jaeggi bzw. durch Stammer und Dreitzel) und die drei üblichen methodischen Verfahren der empirischen Eliteforschung (»Positions-«, »Entscheidungs-« und »Reputationsmethode«) vorgestellt und kritisch durchleuchtet. Die gründliche Aufarbeitung der vorhandenen Ansätze als Voraussetzung der eigenen Untersuchung ist sicherlich verdienstvoll und für den Leser nützlich, nur scheint bei dem überreichen Angebot an begrifflichen und methodischen Versatzstücken unterschiedlichster Provenienz die eigenständige Definition des Begriffs »Elite« durch Witjes in der Fülle etwas unterzugehen. Ebenso wird das Verhältnis des Zentralbegriffs »Führungsgruppe« zum Begriff »Elite« nicht eindeutig geklärt.

Den Elitestudien seien insbesondere zwei Aufgaben gestellt: einerseits durch Untersuchungen »über Zusammensetzung, Rekrutierung, Verflechtung und Wandel von Eliten Erkenntnisse zu gewinnen« über die »Sozialstruktur, das Schichtgefüge, die Mobilitätsprozesse einer Gesellschaft und die diesbezüglichen Veränderungen« (S. 29); andererseits durch die Analyse von Herkunft, Wertvorstellungen, Kohärenz und Zirkulation von Eliten Aussagen treffen zu können über die »Determinanten des politischen Handelns und Verhaltens« von Eliten und über die sozialen »Grundlagen und Bedingungen politischer Prozesse« (S. 29). Die Durchsicht der vorhandenen Elitestudien erweise aber, daß derartige Ansätze bisher nur unzureichend eingelöst worden seien. Einseitige Konzentration auf die Fragen der sozialen Zusmmensetzung, der Herkunft und des Werdegangs von Eliten, Aussparung des Aspekts von Machtausübung und Machtstellung von Eliten, Ausklammerung der zeitlichen Dimension und schließlich das oft geringe theoretische Niveau umschrieben markante Unzulänglichkeiten der Forschung.

Die gewerkschaftlichen Führungsgruppen seien allgemein der »politischen Elite i. w. S.« zuzurechnen. Diese Zuordnung setze voraus, daß einerseits die Gewerkschaften überhaupt Führungsgruppen aufwiesen, die innerorganisatorisch über einen »mehr oder weniger [. . .] höheren Machtanteil« verfügten und die »im Konfliktfall ihre Vorstellungen und Inter-

dersprüchen gekennzeichnet (z. B. S. 210 f.), wie auch die Behauptung von einer möglichen »Mentalitätsveränderung« (S. 210) der bürgerlichen Justiz nicht überzeugend ist; und daß seine als Frage formulierte Ansicht, »in besseren Jahren« – als 1932 / Anfang 1933 – hätte die Arbeiterbewegung versuchen sollen, »einen inneren [sic!] Brückenschlag zur Justiz zu unternehmen« (S. 196), wie auch seine Ausführung, daß die politische Strafjustiz »überschätzt« worden sei (S. 218), das Problem Arbeiterbewegung, Justiz und Rechtsstaat erfassen, muß bestritten werden. Wolfgang Luthardt

Claus Winfried Witjes, Gewerkschaftliche Führungsgruppen. Eine empirische Untersuchung zum Sozialprofil, zur Selektion und Zirkulation sowie zur Machtstellung westdeutscher Gewerkschaftsführungen (= Soziologische Schriften, Bd. 18), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1976, 422 S., brosch., 98 DM.

Die Untersuchung, eine Dissertation an der Ruhruniversität Bochum, versteht sich als einen Beitrag zur empirischen Eliteforschung im Rahmen der Politischen Soziologie. Zum Gegenstand der Arbeit wurde eine Untersuchung über die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der zentralen Vorstände der IG Metall (30 Personen), der IG Bergbau und Energie (34 Personen), der Deutschen Postgewerkschaft (11 Personen) und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (14 Personen) für den Zeitraum 1945 bis 1972 bestimmt.

In einer ausführlichen Einleitung bemüht sich Witjes um eine Vorklärung des Elite-Begriffs, der in der bisherigen Diskussion stark ideologisch aufgeladen und in einer verwirrenden begrifflichen Vielfalt verwandt worden ist. Nach einem knappen begriffsgeschichtlichen Rekurs auf Pareto und Mosca werden die wichtigsten Ansätze moderner Elitekonzeptionen, vor allem die »formale« und die »historisch-soziologische« Konzeption (vertreten etwa durch Lasswell, Lerner und Jaeggi bzw. durch Stammer und Dreitzel) und die drei üblichen methodischen Verfahren der empirischen Eliteforschung (»Positions-«, »Entscheidungs-« und »Reputationsmethode«) vorgestellt und kritisch durchleuchtet. Die gründliche Aufarbeitung der vorhandenen Ansätze als Voraussetzung der eigenen Untersuchung ist sicherlich verdienstvoll und für den Leser nützlich, nur scheint bei dem überreichen Angebot an begrifflichen und methodischen Versatzstücken unterschiedlichster Provenienz die eigenständige Definition des Begriffs »Elite« durch Witjes in der Fülle etwas unterzugehen. Ebenso wird das Verhältnis des Zentralbegriffs »Führungsgruppe« zum Begriff »Elite« nicht eindeutig geklärt.

Den Elitestudien seien insbesondere zwei Aufgaben gestellt: einerseits durch Untersuchungen »über Zusammensetzung, Rekrutierung, Verflechtung und Wandel von Eliten Erkenntnisse zu gewinnen« über die »Sozialstruktur, das Schichtgefüge, die Mobilitätsprozesse einer Gesellschaft und die diesbezüglichen Veränderungen« (S. 29); andererseits durch die Analyse von Herkunft, Wertvorstellungen, Kohärenz und Zirkulation von Eliten Aussagen treffen zu können über die »Determinanten des politischen Handelns und Verhaltens« von Eliten und über die sozialen »Grundlagen und Bedingungen politischer Prozesse« (S. 29). Die Durchsicht der vorhandenen Elitestudien erweise aber, daß derartige Ansätze bisher nur unzureichend eingelöst worden seien. Einseitige Konzentration auf die Fragen der sozialen Zusmmensetzung, der Herkunft und des Werdegangs von Eliten, Aussparung des Aspekts von Machtausübung und Machtstellung von Eliten, Ausklammerung der zeitlichen Dimension und schließlich das oft geringe theoretische Niveau umschrieben markante Unzulänglichkeiten der Forschung.

Die gewerkschaftlichen Führungsgruppen seien allgemein der »politischen Elite i. w. S.« zuzurechnen. Diese Zuordnung setze voraus, daß einerseits die Gewerkschaften überhaupt Führungsgruppen aufwiesen, die innerorganisatorisch über einen »mehr oder weniger [. . .] höheren Machtanteil« verfügten und die »im Konfliktfall ihre Vorstellungen und Inter-

essen eher durchzusetzen« vermöchten, und daß sie andererseits an »Entscheidungen von gesamtgesellschaftlicher Tragweite« mitwirken könnten (S. 34 f.). Obgleich diese Voraussetzungen für die Bundesrepublik zweifellos gegeben seien, versucht Witjes anhand eines relativ langen historischen Überblicks die (binnen-)organisatorische Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung seit ihren Anfängen zu skizzieren und die wichtigsten Entwicklungslinien über die Zeit hinweg zu verfolgen.

Gerade der Sozialhistoriker wird den Einbezug der historischen Dimension in eine soziologische Arbeit nur begrüßen, aber ein solcher historischer ›Durchmarsch‹ gerät allzu schnell in Abhängigkeit von der dafür herangezogenen Literatur. Historische Untersuchungen über die Sozial- und Organisationsstruktur der Arbeiterbewegung und über die Sozialstruktur ihrer Funktionäre sind allerdings nicht gerade häufig, zudem sind Witjes z. B. die frühen Untersuchungen von Bronder und Siemann[1] nicht bekannt. So kann es geschehen, daß – in perspektivischer Verkürzung – die Gewerkschaftsgeschichte des Kaiserreichs vorwiegend durch die »historisch-soziologische« Analyse Robert Michels' und durch Beiträge aus Enderle u. a. und durch Zitate von Rosa Luxemburg vermittelt erscheint. Michels als ›Real‹-Historiker der deutschen Arbeiterbewegung – das ist zumindest ungewöhnlich. Die vielschichtige Kritik an Michels wird mit einem Satz abgetan (S. 42), das Verhältnis zu Michels bleibt in der Folge entsprechend ungeklärt. Hier spätestens wundert es in der Rückschau den Leser, warum in der sonst so ausgezeichneten Einleitung keine Auseinandersetzung mit der Michelsschen Eliten-Theorie und den daraus abgeleiteten Ansätzen erfolgt ist. Sieht doch Witjes selbst die »besondere [. . .] übergreifende Problemstellung« seiner Arbeit darin, »daß die Fragen bezogen werden auf den besonderen historischen Prozeß des gewerkschaftlichen Struktur- und Funktionswandels«, wie er in seiner Arbeit »vor allem anhand der Werke von Michels und Briefs« beschrieben worden sei (S. 62). Gegen den Rückgriff auf Michelssche Fragestellungen ist an sich nichts einzuwenden, nur gerät man dabei leicht in Gefahr, dessen bekannte Vorurteile gegen die sogenannten ›Arbeiterführer‹ mitzuübernehmen: Erwartungsgemäß residieren dann auch die Gewerkschaftsoligarchen in ihrem »Kral« (S. 196) und stehen selbstverständlich im Gegensatz zur entmachteten Mitgliederbasis; innergewerkschaftliche Demokratie erscheint zu einem Schlagwort entwertet, um die Herrschaft der »Führer« über die »Geführten« zu legitimieren.

Im Gegensatz zu der nicht immer gelungenen Darstellung des historischen Rahmens vermag die methodische Konzeption der Arbeit insgesamt zu überzeugen. Die Darstellung der gewonnenen Ergebnisse zum Sozialprofil, zur Selektion und Zirkulation und zur innergewerkschaftlichen Stellung der Führungsgruppen ist übersichtlich gegliedert und macht den vollzogenen Forschungsprozeß von der Theoriebildung über die Begriffs- und Indikatorenbildung bis hin zu den empirischen Befunden transparent. Ergebnisse und Auswertung werden dadurch in einem bestimmten Maße überprüf- und vergleichbar; der interessierte Historiker findet hier zahlreiche Probleme exemplarisch aufgearbeitet, wie sie auch für die historische Elitenforschung bedeutsam, aber dort bislang noch unzureichend diskutiert sind.

Das Datenmaterial, das der empirischen Untersuchung zugrunde lag, wurde durch Dokumentenanalyse und durch Sekundäranalyse erschlossen und durch mündliche Befragungen von Gewerkschaftsführern ergänzt. Ohne an dieser Stelle auf die allgemeine Repräsentativität der ausgewählten vier Einzelgewerkschaften und auf die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit anderen Elitestudien eingehen zu können, seien hier zwei Einwände gegen die Vorgehensweise erlaubt:

1. Sich der Kritik an den verschiedenen methodischen Ansätzen bewußt, versucht Witjes, Positions-, Entscheidungs- und Reputationsmethode zu verbinden, um insbesondere die innergewerkschaftlichen Entscheidungsprozesse bzw. die innergewerkschaftliche »faktische«

1 *Dietrich Bronder*, Organisation und Führung der sozialistischen Arbeiterbewegung im Deutschen Reich 1890–1914, Diss. Göttingen 1952 (Masch.); *Joachim Siemann*, Der sozialdemokratische Arbeiterführer in der Zeit der Weimarer Republik, Diss. Göttingen 1956 (Masch.).

Machtstruktur zu analysieren. Die Beobachtung »formeller« Autoritätsstrukturen und die Analyse gesatzter Ordnungen, Geschäftsberichte und dergleichen mehr sind sicher notwendig, aber lassen – auch bei der Ergänzung durch die Interviews – keine verläßlichen Schlüsse auf die »faktische« Machtstruktur zu. Witjes räumt selbst ein, daß seine Arbeit in dieser Hinsicht »in vielen Fällen auf Vermutungen und indirekte Schlüsse angewiesen« sei, was ihre Ergebnisse »durchaus anfechtbar« mache (S. 245 f.). Für den Historiker gelten diese Bedenken bei der Anwendung der Entscheidungsmethode um so mehr, als er in der Regel eine schlechtere Quellenlage vorfindet und ihm zudem die Möglichkeit der Reputationsmethode als hilfreiches Korrektiv meist fehlt. Die Kombination von Entscheidungs- und Reputationsmethode wäre am ehesten bei einer engbegrenzten Fallstudie, z. B. über die Machtstruktur einer Einzelgewerkschaft oder über kleinere gewerkschaftliche Einheiten, mit mehr Aussicht auf Erfolg denkbar. Eine derartige umfassende Untersuchung konnte Witjes in seiner Arbeit allerdings nicht leisten, eine Einschränkung seines empirischen Untersuchungsbereichs zur Intensivierung oder auch die Erweiterung des Bereiches zur Generalisierung (unter Verzicht auf detaillierte empirische Befunde) wären dafür vielleicht Lösungen gewesen.

2. Der Einbezug der historischen Dimension in die empirische Untersuchung wird nur teilweise eingelöst, denn allein die »Differenzierung nach Generationen« kann nur unvollkommen den Wandel im untersuchten Zeitraum erfassen (S. 151). Neben der realisierten allgemeinen Analyse aller Gewerkschaftsführer im gesamten Zeitraum (unabhängig von Amtsperioden etc.) hätte besser der strukturelle Wandel in der Zeit vermittels einer Reihe von Querschnittsanalysen (z. B. mit markanten historischen Schnittpunkten auf der Zeitachse: die Gewerkschaftsführung 1953, . . .) untersucht und dargestellt werden sollen. Die naheliegende Frage des Historikers, der sich mit der Geschichte der Bundesrepublik beschäftigt, nach der spezifischen Struktur der gewerkschaftlichen Führungsgruppen (nicht nur Name und Amt) während einer bestimmten zeitlichen Phase, um den denkbaren Zusammenhang zwischen Struktur und Verhalten der Führungsgruppen zu analysieren, bleibt daher unbeantwortet. Nicht nur bei der mangelnden historischen Dimensionierung bedauert man, daß Witjes sich für die Auswertung seines reichen Materials nicht die Vorzüge der EDV zunutze gemacht und sich mit einer einfachen Auswertung mit Randlochkarten begnügt hat.

Nach den Ergebnissen von Witjes läßt sich kein grundsätzlicher Wandel der »Sozialfigur ›Gewerkschaftsführer‹« (S. 370) feststellen. Noch immer entstammt der typische Gewerkschaftsführer den unteren Gesellschaftsschichten, hat nur eine einfache Schul- und Berufsausbildung absolviert und arbeitet ca. 15 Jahre im Beruf, bevor er in seiner Gewerkschaftsorganisation als hauptamtlicher Funktionär eingestellt wurde. Von einer systematischen Ausbildung für seine ›Führungs‹tätigkeit seien bestenfalls Ansätze verwirklicht; trotz der Ausdehnung und Ausdifferenzierung gewerkschaftlicher Aufgaben vollzögen sich innerhalb der Gewerkschaftsführung kaum eine Spezialisierung und eine Verfestigung bestimmter sequentieller Karrieremuster. Das Delegationsprinzip sei bei der Auswahl des Führungspersonals »de facto« aufgehoben gewesen, die Auswahlentscheidungen in informelle Entscheidungsprozesse der Führung verlagert. Diesem »Verfahren konsultativer Kooptation« entspreche auch die verhältnismäßig geringe und kontinuierliche Zirkulation, die größere Veränderungen in den Vorstandsgremien ausgeschlossen habe. Dagegen habe sich »hinsichtlich der Stellung der Führung in den innergewerkschaftlichen Machtstrukturen« ein erheblicher Wandel vollzogen: »Zentralisierung der Willensbildung«, »Entwicklung einer ausgeprägten Weisungs- und Kontrollhierarchie«, »Wachstum der Bürokratien«, »Schwächung der zentralen Beschluß- und Kontrollgremien als Gegengewichte« und »Autonomieverlust der unteren Gliederungen« seien dabei charakteristische Veränderungen gewesen.

Wie man auch immer zu Witjes' Forschungsergebnissen stehen mag, die sicherlich einer Überprüfung und Ergänzung bedürfen, so beleuchten sie detailliert ein weites Forschungs-

feld, das bislang noch als eine echte ›black-box‹ der Forschung gelten darf, und stellen einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung des Forschungsdefizits dar. Von der selbst beschriebenen crux der Elitestudien vermag sich letztlich auch Witjes nicht zu befreien; die empirische Elitenforschung hat bislang nur Ansätze zur Lösung ihrer eigenen theoretischen und methodischen Probleme gefunden. Wilhelm Heinz Schröder

Mirella Larizza Lolli, Il sansimonismo (1825–1830). Un'ideologia per lo sviluppo industriale (= Pubblicazioni dell'Istituto di scienze politiche dell' Università di Torino 34), Edizioni Giappichelli, Torino 1976, IV, 401 S., kart., Lit. 8000.

Der Untertitel gibt den interpretatorischen Leitgedanken des Werks an: der Saint-Simonismus als eine Ideologie der Industrialisierung. Unter diesem Gesichtspunkt werden die erste Zeitschrift der Anhänger Saint-Simons, »Le Producteur« (Okt. 1825 – Okt. 1826), und die öffentliche »Exposition de la doctrine« des Meisters (Dez. 1828 – Juni 1830) analysiert. Diesen beiden Schriften sind die zwei Teile des Buchs gewidmet. Die Analyse des »Producteur« wird stets auf die Probleme des »démarrage« der französischen Industrialisierung bezogen, die anhand der Ergebnisse der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung diskutiert werden. Hieraus ergibt sich ein Bild des frühen Saint-Simonismus als Entwicklungs- und Erziehungsdiktatur mit einigen erschreckend »modernen« Zügen. Im Gegensatz zu vielen anderen Interpreten sieht die Autorin zwischen den Gedanken, wie sie im »Producteur« entwickelt werden, und den beiden Teilen der »Exposition« keinen Bruch, sondern betont die »continuità sostanziale« in der Ausbildung und Weiterentwicklung der saint-simonistischen Doktrin (S. 251 ff.). Die scheinbare Radikalisierung der Lehre und ihre religiös-theokratische Transformation seien als Antworten auf die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Organisation zu verstehen, welche die schwere Wirtschafts- und Sozialkrise der ausgehenden Restaurationszeit aufgeworfen habe. Dementsprechend nimmt diese Krise, die manche Ökonometriker gar nicht wahrhaben wollen, einen verhältnismäßig breiten Raum am Anfang des zweiten Teils der Darstellung ein. Da es für die Autorin außer Frage steht, daß die ursprünglichen Ziele von Enfantin, Bazard, Rodrigues usw. im wesentlichen unverändert geblieben sind und die »religiöse Wende« des Saint-Simonismus aus dem Bedürfnis erklärt werden muß, die arbeitsteilige Industriegesellschaft und ihren hierarchischen Aufbau durch einen möglichst umfassenden ideologischen Konsensus zu legitimieren und abzusichern, weist sie folgerichtig alle Deutungen zurück, die den Saint-Simonismus als eine Strömung innerhalb des Frühsozialismus auffassen (S. 311 ff.). Diese höchst lesenswerte Interpretation gewinnt noch dadurch an Wert, daß sie sich auch auf noch unveröffentlichte Dokumente stützt (hauptsächlich den Fonds Enfantin in der Bibliothèque de l'Arsenal) und die umfangreiche ältere und neuere Literatur zum Thema berücksichtigt. Volker Hunecke

Astrid Steinmetz, Kommunitarische Experimente in den USA im 19. Jahrhundert. Verzeichnis des Bestandes im Karl-Marx-Haus Trier (= Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier, H. 19), Trier 1977, 38 S., kart., 5 DM.

Das Karl-Marx-Haus Trier besitzt eine wertvolle Sammlung sozialistischer/radikaler Literatur im Original. 1974 erwarb es aus den USA die sogenannte Adams-Collection. Astrid Steinmetz erschließt einen Teilbestand dieser Sammlung: Quellen und Literatur zur amerikanischen Community-Bewegung des 19. Jahrhunderts. Steinmetz bestimmt einleitend den Begriff ›kommunitarisches Experiment‹ und berichtet knapp über die ›religiös-sektiererischen‹ communities der Shakers und der Rappisten, über die owenistischen und fourieristischen praktischen Versuche der 1820er und 1840/50er, über die ›religiös-sozialistischen‹

feld, das bislang noch als eine echte ›black-box‹ der Forschung gelten darf, und stellen einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung des Forschungsdefizits dar. Von der selbst beschriebenen crux der Elitestudien vermag sich letztlich auch Witjes nicht zu befreien; die empirische Elitenforschung hat bislang nur Ansätze zur Lösung ihrer eigenen theoretischen und methodischen Probleme gefunden. Wilhelm Heinz Schröder

Mirella Larizza Lolli, Il sansimonismo (1825–1830). Un'ideologia per lo sviluppo industriale (= Pubblicazioni dell'Istituto di scienze politiche dell' Università di Torino 34), Edizioni Giappichelli, Torino 1976, IV, 401 S., kart., Lit. 8000.

Der Untertitel gibt den interpretatorischen Leitgedanken des Werks an: der Saint-Simonismus als eine Ideologie der Industrialisierung. Unter diesem Gesichtspunkt werden die erste Zeitschrift der Anhänger Saint-Simons, »Le Producteur« (Okt. 1825 – Okt. 1826), und die öffentliche »Exposition de la doctrine« des Meisters (Dez. 1828 – Juni 1830) analysiert. Diesen beiden Schriften sind die zwei Teile des Buchs gewidmet. Die Analyse des »Producteur« wird stets auf die Probleme des »démarrage« der französischen Industrialisierung bezogen, die anhand der Ergebnisse der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung diskutiert werden. Hieraus ergibt sich ein Bild des frühen Saint-Simonismus als Entwicklungs- und Erziehungsdiktatur mit einigen erschreckend »modernen« Zügen. Im Gegensatz zu vielen anderen Interpreten sieht die Autorin zwischen den Gedanken, wie sie im »Producteur« entwickelt werden, und den beiden Teilen der »Exposition« keinen Bruch, sondern betont die »continuità sostanziale« in der Ausbildung und Weiterentwicklung der saint-simonistischen Doktrin (S. 251 ff.). Die scheinbare Radikalisierung der Lehre und ihre religiös-theokratische Transformation seien als Antworten auf die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Organisation zu verstehen, welche die schwere Wirtschafts- und Sozialkrise der ausgehenden Restaurationszeit aufgeworfen habe. Dementsprechend nimmt diese Krise, die manche Ökonometriker gar nicht wahrhaben wollen, einen verhältnismäßig breiten Raum am Anfang des zweiten Teils der Darstellung ein. Da es für die Autorin außer Frage steht, daß die ursprünglichen Ziele von Enfantin, Bazard, Rodrigues usw. im wesentlichen unverändert geblieben sind und die »religiöse Wende« des Saint-Simonismus aus dem Bedürfnis erklärt werden muß, die arbeitsteilige Industriegesellschaft und ihren hierarchischen Aufbau durch einen möglichst umfassenden ideologischen Konsensus zu legitimieren und abzusichern, weist sie folgerichtig alle Deutungen zurück, die den Saint-Simonismus als eine Strömung innerhalb des Frühsozialismus auffassen (S. 311 ff.). Diese höchst lesenswerte Interpretation gewinnt noch dadurch an Wert, daß sie sich auch auf noch unveröffentlichte Dokumente stützt (hauptsächlich den Fonds Enfantin in der Bibliothèque de l'Arsenal) und die umfangreiche ältere und neuere Literatur zum Thema berücksichtigt. Volker Hunecke

Astrid Steinmetz, Kommunitarische Experimente in den USA im 19. Jahrhundert. Verzeichnis des Bestandes im Karl-Marx-Haus Trier (= Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier, H. 19), Trier 1977, 38 S., kart., 5 DM.

Das Karl-Marx-Haus Trier besitzt eine wertvolle Sammlung sozialistischer/radikaler Literatur im Original. 1974 erwarb es aus den USA die sogenannte Adams-Collection. Astrid Steinmetz erschließt einen Teilbestand dieser Sammlung: Quellen und Literatur zur amerikanischen Community-Bewegung des 19. Jahrhunderts. Steinmetz bestimmt einleitend den Begriff ›kommunitarisches Experiment‹ und berichtet knapp über die ›religiös-sektiererischen‹ communities der Shakers und der Rappisten, über die owenistischen und fourieristischen praktischen Versuche der 1820er und 1840/50er, über die ›religiös-sozialistischen‹

feld, das bislang noch als eine echte ›black-box‹ der Forschung gelten darf, und stellen einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung des Forschungsdefizits dar. Von der selbst beschriebenen crux der Elitestudien vermag sich letztlich auch Witjes nicht zu befreien; die empirische Elitenforschung hat bislang nur Ansätze zur Lösung ihrer eigenen theoretischen und methodischen Probleme gefunden. Wilhelm Heinz Schröder

Mirella Larizza Lolli, Il sansimonismo (1825–1830). Un'ideologia per lo sviluppo industriale (= Pubblicazioni dell'Istituto di scienze politiche dell' Università di Torino 34), Edizioni Giappichelli, Torino 1976, IV, 401 S., kart., Lit. 8000.

Der Untertitel gibt den interpretatorischen Leitgedanken des Werks an: der Saint-Simonismus als eine Ideologie der Industrialisierung. Unter diesem Gesichtspunkt werden die erste Zeitschrift der Anhänger Saint-Simons, »Le Producteur« (Okt. 1825 – Okt. 1826), und die öffentliche »Exposition de la doctrine« des Meisters (Dez. 1828 – Juni 1830) analysiert. Diesen beiden Schriften sind die zwei Teile des Buchs gewidmet. Die Analyse des »Producteur« wird stets auf die Probleme des »démarrage« der französischen Industrialisierung bezogen, die anhand der Ergebnisse der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung diskutiert werden. Hieraus ergibt sich ein Bild des frühen Saint-Simonismus als Entwicklungs- und Erziehungsdiktatur mit einigen erschreckend »modernen« Zügen. Im Gegensatz zu vielen anderen Interpreten sieht die Autorin zwischen den Gedanken, wie sie im »Producteur« entwickelt werden, und den beiden Teilen der »Exposition« keinen Bruch, sondern betont die »continuità sostanziale« in der Ausbildung und Weiterentwicklung der saint-simonistischen Doktrin (S. 251 ff.). Die scheinbare Radikalisierung der Lehre und ihre religiös-theokratische Transformation seien als Antworten auf die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Organisation zu verstehen, welche die schwere Wirtschafts- und Sozialkrise der ausgehenden Restaurationszeit aufgeworfen habe. Dementsprechend nimmt diese Krise, die manche Ökonometriker gar nicht wahrhaben wollen, einen verhältnismäßig breiten Raum am Anfang des zweiten Teils der Darstellung ein. Da es für die Autorin außer Frage steht, daß die ursprünglichen Ziele von Enfantin, Bazard, Rodrigues usw. im wesentlichen unverändert geblieben sind und die »religiöse Wende« des Saint-Simonismus aus dem Bedürfnis erklärt werden muß, die arbeitsteilige Industriegesellschaft und ihren hierarchischen Aufbau durch einen möglichst umfassenden ideologischen Konsensus zu legitimieren und abzusichern, weist sie folgerichtig alle Deutungen zurück, die den Saint-Simonismus als eine Strömung innerhalb des Frühsozialismus auffassen (S. 311 ff.). Diese höchst lesenswerte Interpretation gewinnt noch dadurch an Wert, daß sie sich auch auf noch unveröffentlichte Dokumente stützt (hauptsächlich den Fonds Enfantin in der Bibliothèque de l'Arsenal) und die umfangreiche ältere und neuere Literatur zum Thema berücksichtigt. Volker Hunecke

Astrid Steinmetz, Kommunitarische Experimente in den USA im 19. Jahrhundert. Verzeichnis des Bestandes im Karl-Marx-Haus Trier (= Schriften aus dem Karl-Marx-Haus Trier, H. 19), Trier 1977, 38 S., kart., 5 DM.

Das Karl-Marx-Haus Trier besitzt eine wertvolle Sammlung sozialistischer/radikaler Literatur im Original. 1974 erwarb es aus den USA die sogenannte Adams-Collection. Astrid Steinmetz erschließt einen Teilbestand dieser Sammlung: Quellen und Literatur zur amerikanischen Community-Bewegung des 19. Jahrhunderts. Steinmetz bestimmt einleitend den Begriff ›kommunitarisches Experiment‹ und berichtet knapp über die ›religiös-sektiererischen‹ communities der Shakers und der Rappisten, über die owenistischen und fourieristischen praktischen Versuche der 1820er und 1840/50er, über die ›religiös-sozialistischen‹

communities Hopedale/Massachusetts und Oneida im Staat New York, schließlich über die Gründungen Etienne Cabets und der Ikarier ab 1848/49. Im Hauptteil folgt – durch Abbildungen ergänzt – das erläuterte Verzeichnis der mehr als hundert einschlägigen Titel aus der Adams-Collection.

Bisher fehlt jede Klarheit über den Ort der ›kommunitarischen Experimente‹ in der sozialen Bewegung und folglich darüber, auf welchen Begriff sie zu bringen sind. Die Forschung kennt ›communistic‹, ›social‹ oder ›communal experiments‹, untersucht ›experimental‹, ›communistic‹ oder ›social communities‹. Das Beiwort ›communistic‹ bleibt Ausnahme, weil den Siedlungen die wirklich *kommunistische* Praxis oft bestritten wird. Die neuere amerikanische Forschung fragt häufiger nach ›communitarian experiments‹ und ›communitarianism‹ (besonders Arthur E. Bestor 1950/1970) oder nach ›utopian communities/colonies‹ (Holloway 1951/1966, Hine 1953, Kanter 1972, Muncy 1973). Steinmetz hält sich an diese inzwischen bevorzugte, wenn auch keineswegs durchgesetzte Begrifflichkeit und handelt von ›kommunitarischen‹ Versuchen. Ihr ›kommunitarisch‹ ist aus dem englischen ›communitarian‹ eingedeutscht. Dieses Beiwort, zu ›Kommune‹/›community‹ gebildet, dient »der Kennzeichnung bestimmter, in sich geschlossener Gemeinschaften mit dem Ziel der sozialen Reorganisation, ist also in Verbindung mit einem praktischen Experiment zu gebrauchen« (S. 5, Anm. 2).

Mit Recht besteht Steinmetz darauf, zum Beispiel ›religiös-sektiererische‹ und ›religiös-sozialistische‹ communities gehörig auseinanderzuhalten. Gleichzeitig funktioniert die Leitbestimmung ›kommunitarisch‹ als Mittel, die Unterschiede abzuschwächen und möglichst viel Einheit zu sichern. Die Shakers und Robert Owens New Harmony werden unter dasselbe Begriffsdach gebracht. Damit ist – vermutlich ohne Absicht – in Kernfragen vorentschieden. Wenn die owenistischen und fourieristischen praktischen Versuche die soziale Bewegung mit ausmachen, gehören Shakers und Rappisten dazu. Sollte es keinen Grund geben, Shakers und Rappisten einzubeziehen, ist bei den owenistischen und fourieristischen communities der Gedanke an soziale Bewegung bestenfalls Nebensache. Es geht hier nicht darum, Steinmetz dieses oder jenes Urteil zu unterstellen, vielmehr um den betonten Hinweis auf Konsequenzen aus der Leitbestimmung, die nicht gleichgültig bleiben können. In der amerikanischen Communitarianism-Forschung sind Neigungen zur zweiten Antwort längst deutlich. Ich halte diese Antwort für falsch, ohne damit Shakers und Rappisten in die soziale Bewegung hereinzuholen. Was beide vielleicht doch mit ihr zu tun haben, müßte u. a. die Analyse ergeben, inwieweit die Praxis der Shakers und Rappisten zurückgeht auf religiös verkleideten sozialen Protest aus den sogenannten Unterschichten.

Der Community-Teil der Adams-Collection umfaßt neben Literatur, die neuerdings als Reprint greifbar ist oder in wissenschaftlichen Bibliotheken der Bundesrepublik nicht gänzlich fehlen wird, die seltensten Stücke, voran das Hauptorgan der amerikanischen Fourieristen Mitte der 1840er Jahre *The Harbinger* (vgl. S. 26, Nr. 48). Weiter sind zu nennen der kritische Bericht James M'Knights 1826 über die owenistische Franklin Community (vgl. S. 23, Nr. 30) oder Mary Hennells Pilotversuch 1844, »Kooperation, theoretische Systeme und praktische Gemeinschaften von der Antike an zu erfassen und zu beleuchten« (S. 17, Nr. 1). Interessantes Material findet sich zu den ikarischen Gründungen ab 1848/49, so ein sechsspaltig bedrucktes Plakat vom Januar 1856 mit der rechtfertigenden Antwort auf Vorwürfe der Opposition in Nauvoo gegen Cabet (vgl. S. 33, Nr. 86), so ein Schreiben Alexis Armel Marchands aus Nauvoo an die International Association in London vom September 1858, betreffend den Streit in der ikarischen Bewegung (vgl. S. 35, Nr. 95; S. 35–37 Abdruck des Briefes).

Die Publikation aus dem Karl-Marx-Haus macht die Forschung aufmerksam auf eine für die Bundesrepublik gesehen bedeutende Sammlung von Quellen und Literatur zu den amerikanischen communities des 19. Jahrhunderts. Im europäischen Ausland verfügt das Internationale Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam über einen besonders reichen

Bestand zum Thema, den Steinmetz ausdrücklich erwähnt. (Der gedruckte Institutskatalog: Alfabetische Catalogus van de Boeken en Brochures van het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam, 12 Bände, Boston 1970.) Als gut kommentierte Bibliographie erleichtert die Publikation die Orientierung und vermittelt nützliche Informationen über seltene Titel. Die Hauptsache: Steinmetz bestimmt ihre Arbeit dazu, die mit der sozialen Bewegung befaßte Forschung – besonders die inländische – für den vorgeführten Gegenstand zu interessieren. »Erstens spiegeln sich in den einzelnen kommunitarischen Gründungen die verschiedenen Sozialtheorien der europäischen Frühsozialisten Owen, Fourier und Cabet wider. Diese vermitteln damit den Eindruck von der Dialektik von Theorie und Praxis in überschaubaren Einheiten, die Modellcharakter beanspruchen können. Zweitens konnten die europäischen Frühsozialisten bei ihren Mustersiedlungen auf einer durch religiöse Kommunen schon gefestigten Tradition aufbauen, so daß die Kommunebewegung ein amerikanisches sozialgeschichtliches Phänomen darstellt, das in der europäischen Geschichte ohne Beispiel ist« (S. 5). Man kann weitere Gründe nennen – mindestens ebenso triftige –, warum die amerikanischen communities geschichtswissenschaftlich interessieren; zur Zeit bedeutet es bereits viel, wenn von Gründen überhaupt die Rede ist.

Nachbemerkung über einen sachlichen Fehler. In Europa bleibt der Frühsozialismus laut Steinmetz (S. 15) bloße Theorie, in den USA kommt es zur »Umsetzung in die Praxis«. Die owenistische community Harmony Hall oder Queenwood, die von 1839 bis 1845 und damit vergleichsweise lange besteht, ist eine Gründung nahe der Südküste Englands, und sie ist nicht einmal der einzige vormarxistisch-sozialistische Community-Versuch damals in Europa.

Manfred Hahn

Christian Giordano, Handwerker- und Bauernverbände in der sizilianischen Gesellschaft. Zünfte, Handwerkerkonfraternitäten und Arbeiterhilfsvereine zwischen 1750 und 1890. Mit einer Einführung von W. E. Mühlmann: Heidelberger Sizilienforschung: Ein Rückblick nach zwölf Jahren (= Heidelberger Sociologica 14), Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1975, XXII, 198 S., Ln., 39 DM.

In der Einleitung und Zusammenfassung stellt der Autor klar, daß die Arbeit nur einzelne Aspekte des im Titel angekündigten Themas behandelt. Die sizilianischen Zünfte (Maestranze) sowie die von diesen oft nur schwer unterscheidbaren religiösen Bruderschaften der Handwerker (Konfraternitäten) werden für das Jahrhundert vor der Einigung Italiens und die Hilfsvereine der Handwerker, Arbeiter und Bauern (Società di Mutuo Soccorso) bis zum Vorabend der Bewegung der Fasci Siciliani (1893/94) im wesentlichen unter zwei Aspekten betrachtet: »den Interrelationen zwischen diesen Verbänden und den Erscheinungen von Klientelismus und Patronage einerseits und Faktionalismus in politischen Kämpfen andererseits« (S. 146). Die Arbeit, eine Frucht des »Sizilien-Projekts«, das unter der Leitung von W. E. Mühlmann am Institut für Soziologie und Ethnologie der Universität Heidelberg seit vielen Jahren besteht, kombiniert soziologische und historische Betrachtungsweisen und versucht, die Analyse der gegenwärtigen Misere der Insel durch einen historischen Exkurs zu vertiefen. Ob dabei ein »besonders gelungener Beitrag« (Mühlmann, S. XI, Sternnote) für die soziologische Forschung herausgekommen ist, mag hier dahingestellt bleiben; dem Historiker erscheint das Resultat in einem weniger günstigen Licht. Den geringsten Widerspruch fordern die beiden einleitenden Kapitel heraus, die einen knappen, geschichtlich weit ausholenden Überblick über die oben genannten Korporationen und Vereine geben sowie einen Abriß der Sozialstruktur Siziliens im 18. und 19. Jahrhundert. Beide Kapitel enthalten nur dort Neues, wo der Autor auf einige kleinere, von ihm etwas genauer untersuchte Gemeinden eingeht (besonders Gangi in der Provinz Paler-

Bestand zum Thema, den Steinmetz ausdrücklich erwähnt. (Der gedruckte Institutskatalog: Alfabetische Catalogus van de Boeken en Brochures van het Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam, 12 Bände, Boston 1970.) Als gut kommentierte Bibliographie erleichtert die Publikation die Orientierung und vermittelt nützliche Informationen über seltene Titel. Die Hauptsache: Steinmetz bestimmt ihre Arbeit dazu, die mit der sozialen Bewegung befaßte Forschung – besonders die inländische – für den vorgeführten Gegenstand zu interessieren. »Erstens spiegeln sich in den einzelnen kommunitarischen Gründungen die verschiedenen Sozialtheorien der europäischen Frühsozialisten Owen, Fourier und Cabet wider. Diese vermitteln damit den Eindruck von der Dialektik von Theorie und Praxis in überschaubaren Einheiten, die Modellcharakter beanspruchen können. Zweitens konnten die europäischen Frühsozialisten bei ihren Mustersiedlungen auf einer durch religiöse Kommunen schon gefestigten Tradition aufbauen, so daß die Kommunebewegung ein amerikanisches sozialgeschichtliches Phänomen darstellt, das in der europäischen Geschichte ohne Beispiel ist« (S. 5). Man kann weitere Gründe nennen – mindestens ebenso triftige –, warum die amerikanischen communities geschichtswissenschaftlich interessieren; zur Zeit bedeutet es bereits viel, wenn von Gründen überhaupt die Rede ist.

Nachbemerkung über einen sachlichen Fehler. In Europa bleibt der Frühsozialismus laut Steinmetz (S. 15) bloße Theorie, in den USA kommt es zur »Umsetzung in die Praxis«. Die owenistische community Harmony Hall oder Queenwood, die von 1839 bis 1845 und damit vergleichsweise lange besteht, ist eine Gründung nahe der Südküste Englands, und sie ist nicht einmal der einzige vormarxistisch-sozialistische Community-Versuch damals in Europa.

Manfred Hahn

Christian Giordano, Handwerker- und Bauernverbände in der sizilianischen Gesellschaft. Zünfte, Handwerkerkonfraternitäten und Arbeiterhilfsvereine zwischen 1750 und 1890. Mit einer Einführung von W. E. Mühlmann: Heidelberger Sizilienforschung: Ein Rückblick nach zwölf Jahren (= Heidelberger Sociologica 14), Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1975, XXII, 198 S., Ln., 39 DM.

In der Einleitung und Zusammenfassung stellt der Autor klar, daß die Arbeit nur einzelne Aspekte des im Titel angekündigten Themas behandelt. Die sizilianischen Zünfte (Maestranze) sowie die von diesen oft nur schwer unterscheidbaren religiösen Bruderschaften der Handwerker (Konfraternitäten) werden für das Jahrhundert vor der Einigung Italiens und die Hilfsvereine der Handwerker, Arbeiter und Bauern (Società di Mutuo Soccorso) bis zum Vorabend der Bewegung der Fasci Siciliani (1893/94) im wesentlichen unter zwei Aspekten betrachtet: »den Interrelationen zwischen diesen Verbänden und den Erscheinungen von Klientelismus und Patronage einerseits und Faktionalismus in politischen Kämpfen andererseits« (S. 146). Die Arbeit, eine Frucht des »Sizilien-Projekts«, das unter der Leitung von W. E. Mühlmann am Institut für Soziologie und Ethnologie der Universität Heidelberg seit vielen Jahren besteht, kombiniert soziologische und historische Betrachtungsweisen und versucht, die Analyse der gegenwärtigen Misere der Insel durch einen historischen Exkurs zu vertiefen. Ob dabei ein »besonders gelungener Beitrag« (Mühlmann, S. XI, Sternnote) für die soziologische Forschung herausgekommen ist, mag hier dahingestellt bleiben; dem Historiker erscheint das Resultat in einem weniger günstigen Licht. Den geringsten Widerspruch fordern die beiden einleitenden Kapitel heraus, die einen knappen, geschichtlich weit ausholenden Überblick über die oben genannten Korporationen und Vereine geben sowie einen Abriß der Sozialstruktur Siziliens im 18. und 19. Jahrhundert. Beide Kapitel enthalten nur dort Neues, wo der Autor auf einige kleinere, von ihm etwas genauer untersuchte Gemeinden eingeht (besonders Gangi in der Provinz Paler-

mo). Zu S. 50 f. ist lediglich anzumerken, daß es nach der Wahlreform von 1882 deswegen zu keinem »Anwachsen der Teilnahme der Handwerker an der lokalen politischen Machtverteilung« kam (und kommen konnte), weil damals nur der Kreis der Parlamentswahlberechtigten erweitert wurde. Das Herzstück der Untersuchung bilden die Kapitel 3 und 4, in denen in paralleler Anordnung jeweils Strukturen und Funktionen der Maestranze und Konfraternitäten sowie der Arbeiterhilfsvereine untersucht werden. Von da an spricht der Soziologe und schweigt der Historiker. Die im 2. Kapitel angedeuteten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandlungen innerhalb des über hundertjährigen Untersuchungszeitraums gibt es nicht mehr; 1750 ist jetzt so gut wie 1860. Historische Fakten und Ereignisse werden besonders im 3. Kapitel fast durchweg ohne Zeit- und Ortsangabe präsentiert, eine Menge von Einzelbeispielen wird genannt, welche die laufend vorgenommenen Verallgemeinerungen nicht genügend untermauern. Um zu belegen, daß »sehr oft« Vorbestrafte und Angeklagte den Arbeitervereinen angehörten, werden zwei Beispiele genannt (S. 111). »Als wichtigste Leistung, die die Patrone als Anführer der Arbeiterhilfsvereine ihren Klienten, den Mitgliedern der Vereine, gewährten«, wird die Beschaffung von Land genannt; diese Behauptung stützt sich auf gerade ein Beispiel (S. 120 f.). Auf S. 107 f. wird der »idealtypische« Aufstieg eines Landarbeitersohns zum Meister konstruiert; wiederum nur ein Beleg, aus dem überdies gefolgert wird, daß »der so beschriebene soziale Aufstieg *nicht allen* Mitgliedern der Maestranze und Handwerkerkonfraternitäten möglich« gewesen sei (S. 107 f. und 44; Hervorhebung von mir). Um die politischen Funktionen dieser Körperschaften in den Faktionskämpfen zu illustrieren, führt der Autor acht der wichtigsten Revolten und Aufstände an; allerdings fallen nur zwei von ihnen in den behandelten Zeitraum (S. 99 ff.). Um die Arbeiterhilfsvereine generell als »mafiose Selbsthilfeinstitutionen« erscheinen zu lassen, werden gerade fünf Belege beigebracht, während über die vielen hundert anderen Vereine in diesem Zusammenhang kein Wort fällt (S. 129 ff.). Das ist kein zufälliges Versehen, sondern hängt mit der größten Schwäche der Arbeit zusammen: In ihren zentralen Kapiteln macht der Autor weder sich selbst noch dem Leser genügend klar, daß er bloß *Teil*aspekte der sizilianischen Handwerker- und Arbeiterassoziationen betrachtet. Diese Unterlassung führt ihn immer wieder zu einseitigen oder geradezu falschen Verallgemeinerungen und Schlüssen, die besonders die Arbeiterhilfsvereine in einem völlig falschen Licht erscheinen lassen. Zu dem Schluß, daß diese »im Grunde eine einzige ›wahlpolitische‹ Funktion« gehabt hätten (S. 146), kann man nur dann gelangen, wenn man ihre tatsächlich wichtigsten Funktionen in acht Zeilen abtut (S. 145). Die postulierte Interrelation zwischen Arbeitervereinen und klientären Strukturen ist tatsächlich nur in wenigen Fällen nachgewiesen worden; ebenso das »mafiose Verhalten« als ein angeblicher Grundzug der Arbeitervereine. Damit bleibt auch die These unbewiesen, daß die Società di Mutuo Soccorso »in kaum einem Fall Mittel zur Emanzipierung der Handwerker, Arbeiter und Bauern« gewesen seien. Wahrscheinlich wäre der Autor zu einem ganz anderen Schluß gelangt, wenn er seine Untersuchung nicht unmittelbar vor der mächtigen Aufstandsbewegung der Fasci Siciliani angehalten, sondern es unternommen hätte, diese vor dem Hintergrund der langjährigen Organisationsbestrebungen der sizilianischen Bauern und Arbeiter zu analysieren. Dann hätte er auch bemerkt, daß die von ihm allein berücksichtigten staatlicherseits registrierten Hilfsvereine (aus denen die Unterstützungsvereine der Angestellten, Freiberuflichen usw. nicht ausgeschieden sind) nur einen Ausschnitt aus dem dichten Netzwerk der damals bestehenden Arbeiterorganisationen wiedergeben. Diese einseitige Bevorzugung administrativer Quellen, die im Grunde nur den Polizeistandpunkt widerspiegeln, verfälscht die wirkliche Geschichte der sizilianischen Bauern und Arbeiter, die auch und nicht bloß am Rande ein allgemeiner Kampf gegen Unterdrückung und für ein besseres Leben aller gewesen ist. Die hier nur in aller Kürze angemeldeten Vorbehalte gegen Giordanos Dissertation richten sich weniger gegen den einzelnen Autor als vielmehr gegen die immer häufigeren forschen Versuche von Soziologen,

ihrem Fach die Geschichte in Bruchstücken einzuverleiben und alles außer acht zu lassen, was sich ihren »Modellen« nicht einfügt. Den größten Schaden von einem solchen Vorgehen hat die Soziologie selbst. Volker Hunecke

Christian Müller, Arbeiterbewegung und Unternehmerpolitik in der aufstrebenden Industriestadt. Baden nach der Gründung der Firma Brown Boveri 1891–1914, Verlag Sauerländer, Aarau 1974, 221 S., kart., sFr. 28,–.
Robert Walter Aemmer, Die Sozialdemokratie im Kanton Bern 1890–1914, Juris Druck und Verlag, Zürich 1974, 302 S., kart., sFr. 48,–.

Von der Schweiz, dem klassischen Gastland politischer Emigranten, sind seit der Epoche des Frühsozialismus immer wieder Impulse auf die europäische Arbeiterbewegung ausgegangen. Andererseits ist die Eidgenossenschaft dadurch selber zum Schauplatz von Macht- und Richtungskämpfen im internationalen Sozialismus geworden. Seit Erich Gruners sachlich und methodisch großartiger Gesamtdarstellung der schweizerischen Arbeiterbewegung (1968) sind nicht nur diese Zusammenhänge im einzelnen überschaubar, sondern auch die spezifischen Eigenarten und Sonderformen sozialer Konflikte unter den Bedingungen der schweizerischen Demokratie hervorgetreten. Mikroskopisch angelegte Regional- und Lokalstudien können hier weitere Erkenntnisse bringen. So dürfen auch die beiden hier vorliegenden Dissertationen, solange Gruners im wesentlichen bis 1880 reichende Untersuchung keine Fortsetzung erfahren hat, mehr als nur regionalgeschichtliches Interesse beanspruchen.

*Chr. Müllers* Züricher Dissertation stellt an einem weiteren Beispiel dar, wie die Gründung eines einzigen Großbetriebs gleichsam als Initialzündung für die Industrialisierung wirken konnte und dann die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen einer bisher in ländlichem Umfeld gelegenen Kleinstadt in kürzester Zeit grundlegend veränderte. Die Errichtung der Generatorenfabrik Brown Boveri, binnen weniger Jahre ein Unternehmen mit einer Belegschaft von 2000 Personen, führte durch ihr eigenes Arbeitsplatzangebot sowie die nachfolgende Konjunkturbelebung auf dem Baumarkt und bei dem älteren bodenständigen industriellen Kleingewerbe nicht nur in Baden selbst, sondern auch in der ganzen Nachbarregion zu einem statistisch nachvollziehbaren sprunghaften Anwachsen der Bevölkerungszahlen, das den sozialen Gegensätzen eine neue Dimension verlieh.

Dennoch waren es offenbar weniger die erbärmlichen materiellen Lebensbedingungen, die der Verfasser durch Vergleichsanalysen von Lohnniveau und Lebenshaltungskosten einprägsam darzustellen weiß, als vielmehr die Unzufriedenheit mit entwürdigender Behandlung am Arbeitsplatz und der Kampf um die Anerkennung des Koalitionsrechts, die den im Mittelpunkt der Untersuchung stehenden kostspieligen und folgenreichen Streik von 1899 verursachten. Der geschlossen und diszipliniert durchgeführte Ausstand fand die Unterstützung des Gewerkschaftsbundes, stieß bei Presse und kommunalen Behörden auf Verständnis, setzte die Unternehmer durch Ertragsausfall unter erheblichen Druck und endete mit einer Schlichtung, deren Ergebnis die Errichtung einer Arbeiterkommission im Betrieb war. Paritätisch aus Vertrauensleuten der Firmenleitung und Vertretern der Arbeitervereine zusammengesetzt, statutarisch vom Wohlwollen der Unternehmer abhängig und lange Zeit als Hindernis für konsequente Gewerkschaftsarbeit betrachtet, scheint die Kommission für das Betriebsklima doch von erheblicher Bedeutung gewesen zu sein, wenngleich hierüber gesicherte Quellen fehlen. In Ermangelung einer ausreichenden Quellenbasis bleiben auch die Skizzen über die Wohlfahrtseinrichtungen, die Unterstützungskassen, den Konsumverein und die Werkskantine fragmentarisch. Selbst die Rückschläge und organisatorischen Mängel, die den mühseligen Weg der Badener Arbeiterbewegung zur einheitlichen politischen Partei kennzeichnen, erscheinen durch Hinweise auf die große Mobilität der industriellen Arbeiter, auf die teils freiwillige Abwanderung, teils gezielte Entlassung

ihrem Fach die Geschichte in Bruchstücken einzuverleiben und alles außer acht zu lassen, was sich ihren »Modellen« nicht einfügt. Den größten Schaden von einem solchen Vorgehen hat die Soziologie selbst. Volker Hunecke

Christian Müller, Arbeiterbewegung und Unternehmerpolitik in der aufstrebenden Industriestadt. Baden nach der Gründung der Firma Brown Boveri 1891–1914, Verlag Sauerländer, Aarau 1974, 221 S., kart., sFr. 28,–.
Robert Walter Aemmer, Die Sozialdemokratie im Kanton Bern 1890–1914, Juris Druck und Verlag, Zürich 1974, 302 S., kart., sFr. 48,–.

Von der Schweiz, dem klassischen Gastland politischer Emigranten, sind seit der Epoche des Frühsozialismus immer wieder Impulse auf die europäische Arbeiterbewegung ausgegangen. Andererseits ist die Eidgenossenschaft dadurch selber zum Schauplatz von Macht- und Richtungskämpfen im internationalen Sozialismus geworden. Seit Erich Gruners sachlich und methodisch großartiger Gesamtdarstellung der schweizerischen Arbeiterbewegung (1968) sind nicht nur diese Zusammenhänge im einzelnen überschaubar, sondern auch die spezifischen Eigenarten und Sonderformen sozialer Konflikte unter den Bedingungen der schweizerischen Demokratie hervorgetreten. Mikroskopisch angelegte Regional- und Lokalstudien können hier weitere Erkenntnisse bringen. So dürfen auch die beiden hier vorliegenden Dissertationen, solange Gruners im wesentlichen bis 1880 reichende Untersuchung keine Fortsetzung erfahren hat, mehr als nur regionalgeschichtliches Interesse beanspruchen.

*Chr. Müllers* Züricher Dissertation stellt an einem weiteren Beispiel dar, wie die Gründung eines einzigen Großbetriebs gleichsam als Initialzündung für die Industrialisierung wirken konnte und dann die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen einer bisher in ländlichem Umfeld gelegenen Kleinstadt in kürzester Zeit grundlegend veränderte. Die Errichtung der Generatorenfabrik Brown Boveri, binnen weniger Jahre ein Unternehmen mit einer Belegschaft von 2000 Personen, führte durch ihr eigenes Arbeitsplatzangebot sowie die nachfolgende Konjunkturbelebung auf dem Baumarkt und bei dem älteren bodenständigen industriellen Kleingewerbe nicht nur in Baden selbst, sondern auch in der ganzen Nachbarregion zu einem statistisch nachvollziehbaren sprunghaften Anwachsen der Bevölkerungszahlen, das den sozialen Gegensätzen eine neue Dimension verlieh.

Dennoch waren es offenbar weniger die erbärmlichen materiellen Lebensbedingungen, die der Verfasser durch Vergleichsanalysen von Lohnniveau und Lebenshaltungskosten einprägsam darzustellen weiß, als vielmehr die Unzufriedenheit mit entwürdigender Behandlung am Arbeitsplatz und der Kampf um die Anerkennung des Koalitionsrechts, die den im Mittelpunkt der Untersuchung stehenden kostspieligen und folgenreichen Streik von 1899 verursachten. Der geschlossen und diszipliniert durchgeführte Ausstand fand die Unterstützung des Gewerkschaftsbundes, stieß bei Presse und kommunalen Behörden auf Verständnis, setzte die Unternehmer durch Ertragsausfall unter erheblichen Druck und endete mit einer Schlichtung, deren Ergebnis die Errichtung einer Arbeiterkommission im Betrieb war. Paritätisch aus Vertrauensleuten der Firmenleitung und Vertretern der Arbeitervereine zusammengesetzt, statutarisch vom Wohlwollen der Unternehmer abhängig und lange Zeit als Hindernis für konsequente Gewerkschaftsarbeit betrachtet, scheint die Kommission für das Betriebsklima doch von erheblicher Bedeutung gewesen zu sein, wenngleich hierüber gesicherte Quellen fehlen. In Ermangelung einer ausreichenden Quellenbasis bleiben auch die Skizzen über die Wohlfahrtseinrichtungen, die Unterstützungskassen, den Konsumverein und die Werkskantine fragmentarisch. Selbst die Rückschläge und organisatorischen Mängel, die den mühseligen Weg der Badener Arbeiterbewegung zur einheitlichen politischen Partei kennzeichnen, erscheinen durch Hinweise auf die große Mobilität der industriellen Arbeiter, auf die teils freiwillige Abwanderung, teils gezielte Entlassung

der politisch aktiven Kräfte und auf das organisatorische Nebeneinander von Grütliverein, Arbeiterunion und sozialdemokratischer Mitgliedschaft nur teilweise erklärt.
Das vielfältige Geflecht von Arbeiterorganisationen und der komplizierte Weg zu einer politischen Einheit der schweizerischen Sozialdemokratie stehen auch im Mittelpunkt der bei E. Gruner gearbeiteten Berner Dissertation von *R. W. Aemmer*. Der naturgemäß auch im Kanton Bern fortdauernde Dualismus von Grütlianern und sozialdemokratischen Mitgliedschaften hatte seine Entsprechung in der unterschiedlichen Intensität, mit der die Herausbildung von überörtlichen und kantonalen Parteiverbänden betrieben wurde. Eine besondere Schwäche der Kantonalpartei ergab sich daraus, daß trotz des in Bern liegenden Schwerpunktes der Partei der Sitz der Geschäftsleitung häufig wechselte und ein effektiv arbeitendes ständiges Parteisekretariat erst 1912 geschaffen wurde. Sowohl bei der minutiösen Analyse der organisatorischen Strukturen und der innerparteilichen Machtverhältnisse als auch bei der soziologischen Aufschlüsselung der Parteikader wird deutlich, daß eine größere Zahl von Akademikern, teils von den Freisinnigen übergetreten und einem Sozialismus marxistischer Prägung fernstehend, die Partei nach außen repräsentierte. Auf der anderen Seite wurde die bernische Sozialdemokratie ab 1894 auf einen klassenkämpferisch-proletarischen Kurs im Sinne des internationalen Sozialismus der deutschen marxistischen Schule gebracht, lange bevor die schweizerische Gesamtpartei sich zum Marxismus bekannte. Verantwortlich hierfür war Carl Moor, Redakteur der Berner Tagwacht, Parteisekretär und Vorsitzender der Stadtratsfraktion, über den man O. E. Schüddekopfs Aufsatz im AfS 3 (1963) oder die Biographie von L. Haas (1970) vergleichen mag. Beschränkt auf Organisationsprobleme, Parteisoziologie und Wahltaktik und obendrein zerhackt in problemorientierte Längsschnitte, bleibt die Untersuchung unbefriedigend für den, der nach dem zweifellos vorhandenen Zusammenhang von äußerer Erscheinung und politischem Selbstverständnis der Partei fragt.
Beide Studien lassen erkennen, wie manche Phänomene, die man aus der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung kennt, in der Schweiz mit einer gewissen Phasenverzögerung auftreten. Eindrucksvoll tritt hervor, um wieviel stärker die schweizerische Arbeiterbewegung in lokalen Besonderheiten verwurzelt war, sich direkter Demokratie verpflichtet fühlte und zentralistischer Machtentfaltung ferne stand. Angesichts dieses Befundes ist es zu bedauern, daß beide Verfasser darauf verzichten, den Ablauf der konkreten Politik am Ort und in der Gemeinde, also die kommunalpolitische Praxis und ihre Konsequenz für die Theorie der Sozialdemokratie darzustellen. Auf diesem Gebiet liegen, nicht nur in der Schweiz, für Lokal- und Regionalstudien noch Aufgaben, die über das bloße Konkretisieren des Typischen hinausführen dürften. Dieter Rebentisch

Trygve R. Tholfsen, Working Class Radicalism in Mid-Victorian England (= Croom Helm Social History Series), Croom Helm, London 1976, 322 S., geb., £ 9.95.

Der zentrale zweite Teil dieser Untersuchung ist einem schon oft behandelten Gegenstand gewidmet: der schillernden Phase der englischen Arbeiterbewegung zwischen dem Chartismus und dem New Unionism. Gegenüber den in einfachen, starken Farben gezeichneten Interpretationen der Webbs, von G. D. H. Cole usw. betont der Autor, Professor an der Columbia-Universität, im Anschluß an neuere Untersuchungen die starke Ambiguität der Arbeiterbewegung jener Jahrzehnte, ihren Konsens mit fundamentalen Werten des Bürgertums bei gleichzeitiger Präsenz eines scheinbar ungebrochenen Klassenkampfs. Diese Ambiguität genauer zu beschreiben und zu erklären, ist das Ziel des Buches. Ob es auch erreicht wurde, läßt sich füglich bezweifeln. Denn der Autor klammert die Arbeiterklasse als eigentlichen Gegenstand eines solchen Themas von vornherein aus und beschränkt sich auf eine ihrer Ideologien: den »working-class radicalism«. In einem weit ausholenden Exkurs

der politisch aktiven Kräfte und auf das organisatorische Nebeneinander von Grütliverein, Arbeiterunion und sozialdemokratischer Mitgliedschaft nur teilweise erklärt.
Das vielfältige Geflecht von Arbeiterorganisationen und der komplizierte Weg zu einer politischen Einheit der schweizerischen Sozialdemokratie stehen auch im Mittelpunkt der bei E. Gruner gearbeiteten Berner Dissertation von *R. W. Aemmer*. Der naturgemäß auch im Kanton Bern fortdauernde Dualismus von Grütlianern und sozialdemokratischen Mitgliedschaften hatte seine Entsprechung in der unterschiedlichen Intensität, mit der die Herausbildung von überörtlichen und kantonalen Parteiverbänden betrieben wurde. Eine besondere Schwäche der Kantonalpartei ergab sich daraus, daß trotz des in Bern liegenden Schwerpunktes der Partei der Sitz der Geschäftsleitung häufig wechselte und ein effektiv arbeitendes ständiges Parteisekretariat erst 1912 geschaffen wurde. Sowohl bei der minutiösen Analyse der organisatorischen Strukturen und der innerparteilichen Machtverhältnisse als auch bei der soziologischen Aufschlüsselung der Parteikader wird deutlich, daß eine größere Zahl von Akademikern, teils von den Freisinnigen übergetreten und einem Sozialismus marxistischer Prägung fernstehend, die Partei nach außen repräsentierte. Auf der anderen Seite wurde die bernische Sozialdemokratie ab 1894 auf einen klassenkämpferisch-proletarischen Kurs im Sinne des internationalen Sozialismus der deutschen marxistischen Schule gebracht, lange bevor die schweizerische Gesamtpartei sich zum Marxismus bekannte. Verantwortlich hierfür war Carl Moor, Redakteur der Berner Tagwacht, Parteisekretär und Vorsitzender der Stadtratsfraktion, über den man O. E. Schüddekopfs Aufsatz im AfS 3 (1963) oder die Biographie von L. Haas (1970) vergleichen mag. Beschränkt auf Organisationsprobleme, Parteisoziologie und Wahltaktik und obendrein zerhackt in problemorientierte Längsschnitte, bleibt die Untersuchung unbefriedigend für den, der nach dem zweifellos vorhandenen Zusammenhang von äußerer Erscheinung und politischem Selbstverständnis der Partei fragt.
Beide Studien lassen erkennen, wie manche Phänomene, die man aus der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung kennt, in der Schweiz mit einer gewissen Phasenverzögerung auftreten. Eindrucksvoll tritt hervor, um wieviel stärker die schweizerische Arbeiterbewegung in lokalen Besonderheiten verwurzelt war, sich direkter Demokratie verpflichtet fühlte und zentralistischer Machtentfaltung ferne stand. Angesichts dieses Befundes ist es zu bedauern, daß beide Verfasser darauf verzichten, den Ablauf der konkreten Politik am Ort und in der Gemeinde, also die kommunalpolitische Praxis und ihre Konsequenz für die Theorie der Sozialdemokratie darzustellen. Auf diesem Gebiet liegen, nicht nur in der Schweiz, für Lokal- und Regionalstudien noch Aufgaben, die über das bloße Konkretisieren des Typischen hinausführen dürften. Dieter Rebentisch

Trygve R. Tholfsen, Working Class Radicalism in Mid-Victorian England (= Croom Helm Social History Series), Croom Helm, London 1976, 322 S., geb., £ 9.95.

Der zentrale zweite Teil dieser Untersuchung ist einem schon oft behandelten Gegenstand gewidmet: der schillernden Phase der englischen Arbeiterbewegung zwischen dem Chartismus und dem New Unionism. Gegenüber den in einfachen, starken Farben gezeichneten Interpretationen der Webbs, von G. D. H. Cole usw. betont der Autor, Professor an der Columbia-Universität, im Anschluß an neuere Untersuchungen die starke Ambiguität der Arbeiterbewegung jener Jahrzehnte, ihren Konsens mit fundamentalen Werten des Bürgertums bei gleichzeitiger Präsenz eines scheinbar ungebrochenen Klassenkampfs. Diese Ambiguität genauer zu beschreiben und zu erklären, ist das Ziel des Buches. Ob es auch erreicht wurde, läßt sich füglich bezweifeln. Denn der Autor klammert die Arbeiterklasse als eigentlichen Gegenstand eines solchen Themas von vornherein aus und beschränkt sich auf eine ihrer Ideologien: den »working-class radicalism«. In einem weit ausholenden Exkurs

wird dessen Genese aus der Aufklärungsphilosophie, religiösen Bewegungen, dem Romantizismus und vor allem aus seiner Verflechtung mit den bürgerlichen Ideologien dargelegt. Dieser methodisch fragwürdigen Prozedur entspricht die noch fragwürdigere Feststellung: »In a society dominated by the middle classes it was natural for working men to look up to them, since they enjoyed higher status, more money, better education and manifold forms of authority. Working men were conditioned to defer to their superiors, emulate their behaviour and manners, and look to them for approval. There was no mistaking the role assigned to them: to work hard, please their boss, accept gratefully the wages offered, and perhaps to strive for slightly better jobs for themselves and their children. There was no place here for genuine working-class independence« (S. 217). Auf schlagende Weise wird diese Aussage durch die Ausführungen über die Gewerkschaften dementiert und durch die Stellen des Buchs, an denen Arbeiter selbst zu Wort kommen (z. B. S. 247 ff.). Auch wenn man einmal davon absieht, daß der gesamte sozio-ökonomische Hintergrund des Radikalismus ausgeblendet wird (vgl. die Kritik von R. Harrison in: TLS, 10. 6. 1977, S. 701), bleibt zu fragen, ob der Autor auf der von ihm gewählten geistesgeschichtlichen Untersuchungsebene zu überzeugenden Resultaten gelangt ist. Auf der einen Seite ist ihm das sicherlich gelungen: Aus seiner guten Kenntnis der (oft entlegenen) Quellen und Literatur zeichnet er ein höchst differenziertes und facettenreiches Bild des Arbeiterradikalismus, das alle diesem innewohnenden Ambiguitäten gebührend betont und insofern ein heilsames Korrektiv zu früherer Schwarz-Weiß-Malerei bildet. Aber entscheidende Probleme bleiben ungelöst: Aus den zahlreichen Einzelbeispielen ist keine Antwort darauf zu entnehmen, ob und in welchem Umfang die Wortführer des Arbeiterradikalismus repräsentativ für die Masse der Arbeiter waren. Der ansprechende Abschnitt über die Friendly Societies z. B. berührt das methodische Problem der »inarticulates« in der Geschichte nicht einmal. Die etwa 4 Millionen Mitglieder der Unterstützungsvereine bleiben nach der Lektüre des Buchs genauso sprachlos und ungreifbar wie vorher. Der Autor ist sich natürlich bewußt, daß es den »typischen« viktorianischen Arbeiter nicht gegeben hat, aber gleichwohl beherrscht diese Abstraktion (neben anderen) seinen ganzen Diskurs. Aus diesem Grund sind alle generalisierenden Aussagen des Buchs über die Transformation des Arbeiterradikalismus und dessen Annäherung an die Ideale der bürgerlichen Ideologie mit größter Behutsamkeit aufzunehmen. Hierüber (und über viele andere Probleme der englischen Arbeitergeschichte jener Zeit) ist mit größerem Gewinn das bemerkenswerte Buch von John Foster, Class Struggle and the Industrial Revolution (London 1974), zu lesen, auch wenn ihm von unserem Autor eine »Leninistische Interpretation« unterstellt wird. Volker Hunecke

Arbeiterbewegung in Nord- und Mitteleuropa zwischen nationaler Orientierung und Internationalismus. Referate einer deutsch-dänischen Wissenschaftlerkonferenz in der Akademie Sankelmark im November 1975. Redaktion: Ekkehard Krüger (= Schriftenreihe der Akademie Sankelmark, Neue Folge, H. 30/31), Selbstverlag 1976, 116 S., kart., 6 DM.

In den 12 Referaten beschäftigen die Verfasser sich mit sehr verschiedenen Aspekten aus der hundertjährigen Geschichte der Arbeiterbewegung. Leider läßt sich nicht beurteilen, ob ihre unterschiedlichen theoretischen Positionen auf der Konferenz irgendwie fruchtbar geworden sind, da die mündlichen Diskussionsbeiträge nicht mitveröffentlicht worden sind. In den zwei einleitenden Referaten von *Bernd Henningsen* (Das Problem der skandinavischen Ideologieimmunität, S. 11–21) und *Uffe Østergård* (Die materialistische Geschichtsauffassung in Dänemark, S. 22–27) werden diese unterschiedlichen Positionen besonders deutlich. Während Henningsen – ausgehend von seiner Dissertation »Poul Martin Møller oder die dänische Erziehung des Søren Kierkegaard« – eine inzwischen verlorengegangene Ideologieimmunität feststellt, die auch für die Arbeiterbewegung Bedeutung hatte, bestrei-

wird dessen Genese aus der Aufklärungsphilosophie, religiösen Bewegungen, dem Romantizismus und vor allem aus seiner Verflechtung mit den bürgerlichen Ideologien dargelegt. Dieser methodisch fragwürdigen Prozedur entspricht die noch fragwürdigere Feststellung: »In a society dominated by the middle classes it was natural for working men to look up to them, since they enjoyed higher status, more money, better education and manifold forms of authority. Working men were conditioned to defer to their superiors, emulate their behaviour and manners, and look to them for approval. There was no mistaking the role assigned to them: to work hard, please their boss, accept gratefully the wages offered, and perhaps to strive for slightly better jobs for themselves and their children. There was no place here for genuine working-class independence« (S. 217). Auf schlagende Weise wird diese Aussage durch die Ausführungen über die Gewerkschaften dementiert und durch die Stellen des Buchs, an denen Arbeiter selbst zu Wort kommen (z. B. S. 247 ff.). Auch wenn man einmal davon absieht, daß der gesamte sozio-ökonomische Hintergrund des Radikalismus ausgeblendet wird (vgl. die Kritik von R. Harrison in: TLS, 10. 6. 1977, S. 701), bleibt zu fragen, ob der Autor auf der von ihm gewählten geistesgeschichtlichen Untersuchungsebene zu überzeugenden Resultaten gelangt ist. Auf der einen Seite ist ihm das sicherlich gelungen: Aus seiner guten Kenntnis der (oft entlegenen) Quellen und Literatur zeichnet er ein höchst differenziertes und facettenreiches Bild des Arbeiterradikalismus, das alle diesem innewohnenden Ambiguitäten gebührend betont und insofern ein heilsames Korrektiv zu früherer Schwarz-Weiß-Malerei bildet. Aber entscheidende Probleme bleiben ungelöst: Aus den zahlreichen Einzelbeispielen ist keine Antwort darauf zu entnehmen, ob und in welchem Umfang die Wortführer des Arbeiterradikalismus repräsentativ für die Masse der Arbeiter waren. Der ansprechende Abschnitt über die Friendly Societies z. B. berührt das methodische Problem der »inarticulates« in der Geschichte nicht einmal. Die etwa 4 Millionen Mitglieder der Unterstützungsvereine bleiben nach der Lektüre des Buchs genauso sprachlos und ungreifbar wie vorher. Der Autor ist sich natürlich bewußt, daß es den »typischen« viktorianischen Arbeiter nicht gegeben hat, aber gleichwohl beherrscht diese Abstraktion (neben anderen) seinen ganzen Diskurs. Aus diesem Grund sind alle generalisierenden Aussagen des Buchs über die Transformation des Arbeiterradikalismus und dessen Annäherung an die Ideale der bürgerlichen Ideologie mit größter Behutsamkeit aufzunehmen. Hierüber (und über viele andere Probleme der englischen Arbeitergeschichte jener Zeit) ist mit größerem Gewinn das bemerkenswerte Buch von John Foster, Class Struggle and the Industrial Revolution (London 1974), zu lesen, auch wenn ihm von unserem Autor eine »Leninistische Interpretation« unterstellt wird. Volker Hunecke

Arbeiterbewegung in Nord- und Mitteleuropa zwischen nationaler Orientierung und Internationalismus. Referate einer deutsch-dänischen Wissenschaftlerkonferenz in der Akademie Sankelmark im November 1975. Redaktion: Ekkehard Krüger (= Schriftenreihe der Akademie Sankelmark, Neue Folge, H. 30/31), Selbstverlag 1976, 116 S., kart., 6 DM.

In den 12 Referaten beschäftigen die Verfasser sich mit sehr verschiedenen Aspekten aus der hundertjährigen Geschichte der Arbeiterbewegung. Leider läßt sich nicht beurteilen, ob ihre unterschiedlichen theoretischen Positionen auf der Konferenz irgendwie fruchtbar geworden sind, da die mündlichen Diskussionsbeiträge nicht mitveröffentlicht worden sind. In den zwei einleitenden Referaten von *Bernd Henningsen* (Das Problem der skandinavischen Ideologieimmunität, S. 11–21) und *Uffe Østergård* (Die materialistische Geschichtsauffassung in Dänemark, S. 22–27) werden diese unterschiedlichen Positionen besonders deutlich. Während Henningsen – ausgehend von seiner Dissertation »Poul Martin Møller oder die dänische Erziehung des Søren Kierkegaard« – eine inzwischen verlorengegangene Ideologieimmunität feststellt, die auch für die Arbeiterbewegung Bedeutung hatte, bestrei-

tet Østergård diese und stellt – korrekt – fest, daß für die dänische Arbeiterbewegung »die marxistische Theorie eine bedeutende Tradition war« (S. 22), die seiner Einschätzung nach »*eine* der Komponenten in der Gestaltung einer konsequenten reformistischen Taktik und Strategie« war (S. 24).
Dies wird in dem Referat von *Søren Federspiel* (Die dänische Arbeiterbewegung und der Internationalismus 1870–1900, S. 28–35) exemplifiziert. Federspiel faßt hier die Ergebnisse seiner eigenen und anderer Untersuchungen zusammen und betont den aktiven Internationalismus der dänischen Partei vor allem in der ersten Periode (1871–1878), in der die Partei auch im internationalen Zusammenhang eine nicht unwesentliche Rolle spielte. Der Internationalismus hatte aber auch später in seiner institutionalisierten Form eine wichtige Bedeutung. Am Schluß stellt Federspiel einige zentrale Fragen, deren Beantwortung noch offensteht.
Die beiden folgenden Referate von *Martin Grass* (Die Friedenspolitik der dänischen Sozialdemokratie 1914–1917, S. 36–44) und *Agnes Blänsdorf* (Die Stockholmer Konferenz vom Sommer 1917, S. 45–51) sind eine Art Kurzfassungen größerer Arbeiten der Verfasser, die auf Deutsch vorliegen.
Während Federspiel in seinem Beitrag die Schleswig-Frage mit einbezog, steht dieses Problem im Mittelpunkt der Beiträge von *Dorrit Andersen* (Die dänische Arbeiterbewegung und die Schleswig-Frage in den Jahren 1900–1924, S. 52–60), *Jörn-Peter Leppien* (Marxistischer Internationalismus und sozialdemokratische Schleswig-Politik in wilhelminischer Zeit. Ein Beitrag zur historischen Friedensforschung, S. 61–69), *Ernst Beier* (Die Haltung der Flensburger Arbeiterschaft im Nationalitätenkampf, S. 70–77), *Karl-Friedrich Nonnenbroich* (Der Nationalismus Kurt Schumachers und die Spaltung der Flensburger Arbeiterbewegung 1945–1954, S. 78–91) und *Gerhard Beier* (Der große Metallarbeiterstreik von 1956/57 und die Transformation der nationalen Frontstellung in eine soziale, S. 92–103). Diese Beiträge sind in der Aufarbeitung historischer Fakten, die für die dänische Arbeiterbewegung zeitweise eine nicht unwesentliche Rolle spielten, für die deutsche aber immer nur am Rande lagen, gute Einführungen. In der Interpretation dieser Fakten sind nicht alle gleich gut. Sie sollten aber nicht nur unter dem Faktenaspekt gelesen werden, sondern auch bei der Beurteilung der Frage des Verhältnisses von Klassenkampf und nationaler Frage herangezogen werden, wobei besonders Gerhard Beiers Beitrag beachtet werden sollte.
Das abschließende Referat von *Bernt Arvid Schiller / Martin Peterson* (The Scandinavian and International Labour Movement after 1945, S. 104–113) diskutiert einige zentrale Probleme der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Europas im Zusammenhang mit der Entwicklung der skandinavischen Parteien und Gewerkschaften. Das kann auf dem gegebenen Raum nur sehr kursorisch sein. Gerd Callesen

Jakov Goldstein, Mifleget Poalei Erez Israel. Gormim Lehakamata (Die Partei der Mapai. Gründe für ihr Entstehen), Tel-Aviv 1975, 190 S.

Ein sehr wichtiger Beitrag zur Geschichte der Arbeiterparteien in Palästina ist das hier zu besprechende Buch von Jakov Goldstein, das die bereits im Archiv für Sozialgeschichte[1] rezensierten Abhandlungen von Josef Gorni und Jehonatan Schapiro über die »Achdut Haavoda« (Vereinigung der Arbeit) ergänzt, die von 1919 bis 1930 als selbständige Partei existierte und sich 1930 mit einer anderen Partei, dem Hapoel Hazair (Der junge Arbeiter), zur Mapai (Mifleget Poalei Erez Israel, d. h. Die Partei der Arbeiter Palästinas) vereinigte. Die Mapai wurde sehr bald zum zentralen Faktor im politischen Spektrum des Zionismus und vor allem innerhalb der jüdischen Gemeinde Palästinas. Goldsteins Buch behandelt primär die Ursachen und Zusammenhänge für diese Vereinigung zweier Par-

1 Siehe Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XVI, 1976, S. 581–585.

tet Østergård diese und stellt – korrekt – fest, daß für die dänische Arbeiterbewegung »die marxistische Theorie eine bedeutende Tradition war« (S. 22), die seiner Einschätzung nach »*eine* der Komponenten in der Gestaltung einer konsequenten reformistischen Taktik und Strategie« war (S. 24).
Dies wird in dem Referat von *Søren Federspiel* (Die dänische Arbeiterbewegung und der Internationalismus 1870–1900, S. 28–35) exemplifiziert. Federspiel faßt hier die Ergebnisse seiner eigenen und anderer Untersuchungen zusammen und betont den aktiven Internationalismus der dänischen Partei vor allem in der ersten Periode (1871–1878), in der die Partei auch im internationalen Zusammenhang eine nicht unwesentliche Rolle spielte. Der Internationalismus hatte aber auch später in seiner institutionalisierten Form eine wichtige Bedeutung. Am Schluß stellt Federspiel einige zentrale Fragen, deren Beantwortung noch offensteht.
Die beiden folgenden Referate von *Martin Grass* (Die Friedenspolitik der dänischen Sozialdemokratie 1914–1917, S. 36–44) und *Agnes Blänsdorf* (Die Stockholmer Konferenz vom Sommer 1917, S. 45–51) sind eine Art Kurzfassungen größerer Arbeiten der Verfasser, die auf Deutsch vorliegen.
Während Federspiel in seinem Beitrag die Schleswig-Frage mit einbezog, steht dieses Problem im Mittelpunkt der Beiträge von *Dorrit Andersen* (Die dänische Arbeiterbewegung und die Schleswig-Frage in den Jahren 1900–1924, S. 52–60), *Jörn-Peter Leppien* (Marxistischer Internationalismus und sozialdemokratische Schleswig-Politik in wilhelminischer Zeit. Ein Beitrag zur historischen Friedensforschung, S. 61–69), *Ernst Beier* (Die Haltung der Flensburger Arbeiterschaft im Nationalitätenkampf, S. 70–77), *Karl-Friedrich Nonnenbroich* (Der Nationalismus Kurt Schumachers und die Spaltung der Flensburger Arbeiterbewegung 1945–1954, S. 78–91) und *Gerhard Beier* (Der große Metallarbeiterstreik von 1956/57 und die Transformation der nationalen Frontstellung in eine soziale, S. 92–103). Diese Beiträge sind in der Aufarbeitung historischer Fakten, die für die dänische Arbeiterbewegung zeitweise eine nicht unwesentliche Rolle spielten, für die deutsche aber immer nur am Rande lagen, gute Einführungen. In der Interpretation dieser Fakten sind nicht alle gleich gut. Sie sollten aber nicht nur unter dem Faktenaspekt gelesen werden, sondern auch bei der Beurteilung der Frage des Verhältnisses von Klassenkampf und nationaler Frage herangezogen werden, wobei besonders Gerhard Beiers Beitrag beachtet werden sollte.
Das abschließende Referat von *Bernt Arvid Schiller / Martin Peterson* (The Scandinavian and International Labour Movement after 1945, S. 104–113) diskutiert einige zentrale Probleme der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Europas im Zusammenhang mit der Entwicklung der skandinavischen Parteien und Gewerkschaften. Das kann auf dem gegebenen Raum nur sehr kursorisch sein. Gerd Callesen

Jakov Goldstein, Mifleget Poalei Erez Israel. Gormim Lehakamata (Die Partei der Mapai. Gründe für ihr Entstehen), Tel-Aviv 1975, 190 S.

Ein sehr wichtiger Beitrag zur Geschichte der Arbeiterparteien in Palästina ist das hier zu besprechende Buch von Jakov Goldstein, das die bereits im Archiv für Sozialgeschichte[1] rezensierten Abhandlungen von Josef Gorni und Jehonatan Schapiro über die »Achdut Haavoda« (Vereinigung der Arbeit) ergänzt, die von 1919 bis 1930 als selbständige Partei existierte und sich 1930 mit einer anderen Partei, dem Hapoel Hazair (Der junge Arbeiter), zur Mapai (Mifleget Poalei Erez Israel, d. h. Die Partei der Arbeiter Palästinas) vereinigte. Die Mapai wurde sehr bald zum zentralen Faktor im politischen Spektrum des Zionismus und vor allem innerhalb der jüdischen Gemeinde Palästinas. Goldsteins Buch behandelt primär die Ursachen und Zusammenhänge für diese Vereinigung zweier Par-

1 Siehe Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XVI, 1976, S. 581–585.

teien, die in Anschauungen, politischer Orientierung und Haltung in wesentlichen Fragen voneinander abwichen.
Der Zeitraum, den er behandelt, sind die Jahre 1919–1930. In diesen Jahren hatte der zionistische Kongreß größere Bedeutung als in späteren Jahren. Palästina war dem Mandatsträger Großbritannien unterstellt. Die jüdische Gemeinde – sie zählte 1931 nur 175 000 Menschen – war klein und zu schwach, um gegenüber der Diaspora ein Machtzentrum zu bilden und für ihre eigenen Bedürfnisse, Siedlungsprojekte etc. selbst zu sorgen. Sie war auf Gedeih und Verderb auf die Gelder, die der zionistische Kongreß und sein Fond, Keren Hajessod, verteilte, angewiesen. Diese Aufteilung erfolgte u. a. nach parteipolitischen Kriterien, und das war einer der Gründe, warum die Haltung der Arbeiterparteien innerhalb des Kongresses für sie von essentieller Bedeutung war. Die Mehrheit im zionistischen Kongreß stellten – bis etwa 1935 – die bürgerlichen Parteien. Präsident war jedoch der parteilose Chaim Weizmann (1920–1931 und dann 1935–1946)[2].
Während die Partei des Hapoel Hazair, die 1906 in Palästina gegründet wurde, keine ideologischen Bedenken gegenüber einer Mitarbeit im zionistischen Kongreß hatte und bis 1927 auch in der Exekutive saß, lehnte die Achdut Haavoda, vor allem aber ihre »Schwesterpartei« in der Diaspora, die Poalei Zion (Die Arbeiter Zions), die eine sehr linke Position bezog, eine echte Beteiligung am Kongreß prinzipiell ab. Dies erschien der Achdut Haavoda als eine Art »Kooperation mit der jüdischen Bourgeoisie«. Die Achdut Haavoda war zwar an den Kongressen mit beteiligt, stand jedoch in scharfer Opposition zur Exekutive und vor allem zu Weizmann, während der Hapoel Hazair sich als »kongreßtragende Partei« verstand.
Die Achdut Haavoda ging davon aus, daß Palästina primär durch die Arbeiterschaft aufgebaut werde. Sie lehnte also den »Mittelstandscharakter« des jüdischen Volkes in der Diaspora aus prinzipiellen Gründen ab. Sie träumte von einem sozialistischen, ja fast auf kommunistischer Grundlage, auf der Basis der Kooperativen, aufgebauten Palästina. Neue Impulse in dieser Richtung brachten zudem die Einwanderer der dritten Alijah (1919–1923), Pioniere, die infolge des Bürgerkrieges Rußland verließen, jedoch mit recht »linken Vorstellungen« nach Palästina kamen. Sie organisierten sich in Arbeitsbataillonen und in Kommunen und drängten die neu gegründete Gewerkschaft Histadrut (1919) in eine bewußt klassenkämpferische Position.
Zu scharfen innenpolitischen Spannungen kam es, als die Welle der vierten Alijah einsetzte. Goldstein streift zwar dieses Problem, geht allerdings nicht tiefer und detaillierter auf die Struktur und soziale Zusammensetzung der »vierten Einwanderung« ein. Er beschränkt sich statt dessen auf die Reaktion der Arbeiterparteien auf diese. Die Einwanderer der vierten Alijah waren verarmte Angehörige des jüdischen Mittelstandes. die in Polen infolge der diskriminierenden Erlasse des Wirtschaftsministers Grabski ihre Positionen in der Wirtschaft eingebüßt und daher Polen verlassen hatten. Da die Tore Amerikas seit 1924 verschlossen waren, gingen die meisten »Grabski-Einwanderer«, wie sie oft in etwas abfälliger Form genannt wurden, 1925–1928 nach Palästina. Sie brachten kleine, viel zu kleine, wie sich herausstellte, »Anfangskapitalien« mit und hofften in Palästina dieselben Berufe ausüben zu können wie in Polen[3]. Das Ziel der Arbeiterparteien – Hinwendung zur

2 Ein sehr interessantes Buch, das thematisch nicht direkt mit dem hier besprochenen Buch in Beziehung steht, ist die neue Untersuchung von *Josef Gorni*, Schutafut umaavak. Chaim Weizmann Utnuat Hapoalim Beerez Israel (Partnerschaft und Konflikt. Chaim Weizmann und die Arbeiterparteien in Erez Israel), Tel-Aviv 1976. Dieses Buch befaßt sich primär mit den Beziehungen zwischen Ben Gurion und Weizmann, die oft getrübt und manchmal eher persönlich als sachlich motiviert waren, und dies – wie Gorni aufzeigt – vor allem bezüglich des Verhaltens Ben Gurions. Gorni scheut sich nicht – trotz Anerkennung –, auch die unangenehmen Züge in der Persönlichkeit Ben Gurions aufzuzeigen.

3 Siehe über die vierte Alijah: *Alex Bein*, Return to the Soil. A History of Jewish Settlement in Palestine, Jerusalem 1952, S. 330–423.

produktiven Arbeit und zur Landwirtschaft – lehnten die neuen Einwanderer ab und entwickelten Haßgefühle gegenüber der Gewerkschaft, den Kibbuzim und Genossenschaften, die ihnen als »kommunistische Zellen« und als »Gefahr für die Privatinitiative« erschienen[4].

Die Arbeiterparteien haben die vierte Alijah bzw. ihre gesellschaftlichen Vorstellungen abgelehnt, nicht so sehr wegen ihres »kapitalistischen« oder »unternehmerischen« Charakters, vielmehr sahen sie – wie Berl Kaznelsohn es formulierte – in dieser Einwanderung kein »echtes kapitalistisches Element«, wohl aber verarmte Menschen mit »kapitalistischer Mentalität« und einem starken Gefühl der Zugehörigkeit zum Mittelstand. Auch Arlosoroff, der Führer des Hapoel Hazair, ein Mann, der dem »Klassenkampfgedanken« sehr distanziert gegenüberstand, sah in der vierten Alijah kein schöpferisches kapitalistisches Element, sondern entwurzelte Menschen, die mit der kleinen Habe, die sie mitbrachten, hofften, »eine Hanse von Krämern im Nahen Osten« zu gründen. Arlosoroff bemängelte, daß die neuen Einwanderer in der Regel jeglicher produktiven Arbeit, auch auf Privatbasis wie etwa in der Dorfbewegung, aus dem Wege gingen und sich in den Städten konzentrierten, wo es ohnehin kaum Arbeit für alle gab[5].

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die neue innenpolitische Situation, die infolge der vierten Alijah geschaffen wurde, die beiden Parteien Achdut Haavoda und Hapoel Hazair einander näherbrachte, dies um so mehr, nachdem 1925 der bekannte zionistische Politiker V. Jabotinski (1880–1940) die Revisionistische Partei gegründet hatte. Jabotinski, der bis 1923 selbst Mitglied der zionistischen Exekutive war und als Initiator der jüdischen Legion während des ersten Weltkrieges Hochachtung genoß, entwickelte zusehends die Neigung, gegen die Arbeiterparteien sowohl in der Diaspora als auch in Palästina zu agieren. Er idealisierte in einer sehr emotionsbetonten Weise den jüdischen Mittelstand und forderte die Revision (daher auch der Name der Partei) der zionistischen Politik gegenüber England, aber auch, was die »Innenpolitik« betraf, Eliminierung des Einflusses der Gewerkschaft in Palästina, Reduzierung der Unterstützung seitens des Kongresses für die Kibbuzim und die bewußte Förderung des »jüdischen Mittelstandes«. Die Revisionisten vermochten – das zeigten auch ihre Wahlerfolge für die Institutionen in Palästina – die Enttäuschung der Einwanderer der vierten Alijah zu artikulieren und diese für sich zu gewinnen. Ebenso traten sie entschlossen, ja fast aggressiv gegenüber der jüdischen sozialdemokratischen Partei innerhalb der Diaspora auf, was zur Polarisierung beitrug.

Eine der wesentlichen Thesen von Goldstein ist, daß der Druck der Rechtspartei die beiden Arbeiterparteien einander näherbrachte. Die innerparteiliche Situation war allerdings verworrener. Obwohl die Partei der Achdut Haavoda sehr »links« stand und folglich als Gegenpol zum Revisionismus verstanden wurde, kam es – dies ist vielleicht die Merkwürdigkeit der zionistischen Geschichte – oft zu einem heimlichen gefühlsbetonten Einvernehmen zwischen Achdut Haavoda und den Revisionisten. Beide Parteien waren sehr nationalbewußt und verstanden sich als »Aktivisten«. Sie betonten die Notwendigkeit, eine jüdische Selbstwehr zu schaffen. Ihr Unterschied in diesem Punkt bezog sich auf die Wege, die man einschlagen sollte. So hielt es die Achdut Haavoda unter den damaligen Umständen für realistisch, den Aufbau der halblegalen paramilitärischen Organisation

4 Die vierte Alijah hat in der Tat ein schlechtes Image in der zionistischen Geschichtsschreibung, primär als die Einwanderer des Kleinhandels und der »Soda-Verkäufer«. Das Verdienst der Dissertation von *David Giladi,* Hajischuv bitkofat haalija hariviit. Bechina politit upolitit (Die jüdische Gemeinde zur Zeit der vierten Einwanderung. Eine Untersuchung mit sozialem und politischem Aspekt), Tel-Aviv 1973, besteht u. a. darin, gezeigt zu haben, daß diese Einwanderung viele produktive Elemente, vor allem Handwerker, mit sich brachte. Man kann sie kaum pauschal beurteilen.

5 Siehe *Chaim Arlosoroff,* Leben und Werk. Ausgewählte Schriften, Berlin 1936, vor allem »Zur Struktur der vierten Alija« und »Konsequenzen«, S. 125–153.

Hagana zu forcieren, während Jabotinski überzeugt war, daß es möglich sein werde, von den Briten die Wiederaufstellung der jüdischen Legion zu »ertrotzen«, wenn man dies nur ultimativ verlange. Auch die Haltung in der Frage der »Erweiterung« der Jewish Agency wirkte sich letztlich auf die Beziehungen der Achdut Haavoda zum Hapoel Hazair nachhaltig aus. Dieser Punkt bedarf, vor allem für die deutschen Leser, einer gewissen Erläuterung des Hintergrundes.

Entsprechend den Bestimmungen des Palästina-Mandates von 1922 sollte in Palästina neben Großbritannien, das praktisch Herrscher im Lande war, auch eine »Jewish Agency« gegründet werden, die quasi als »Nebenregierung« mit beschränkter Kompetenz fungieren und die jüdische Gemeinde gegenüber der Mandatsregierung repräsentieren sollte. Zunächst wurde die zionistische Bewegung als »Jewish Agency« anerkannt. Weizmann war allerdings bestrebt, die »Agency« insofern zu »erweitern«, als ihr auch »nicht-zionistische« jüdische Organisationen beitreten können sollten. Er versprach sich davon vor allem mehr Engagement der jüdischen Kreise in Amerika, aber auch in Deutschland, in Angelegenheiten Palästinas.

Es ist interessant, daß von Anfang an fast ein »Bündnis« zwischen den Revisionisten und der Partei der Achdut Haavoda in der Ablehnung der Pläne Weizmanns bestand. Die Erweiterung, so argumentierten auch Jabotinski und Tabenkin, der links stehende Führer der Kibbuzbewegung innerhalb der Achdut Haavoda, werde zur Etablierung des »Schilton gewirim«, zur Herrschaft der Notabeln, der reichen Juden Amerikas und Deutschlands, über die jüdische Gemeinde Palästinas führen, ohne daß sie überhaupt zionistisch seien. Tabenkin sah in jenen Jahren in den Revisionisten eine echte »anti-oligarchische« Volksbewegung, mit der man unter gegebenen Umständen sogar koalieren könne. Dies ist insofern erwähnenswert, weil es letztlich Tabenkin war, der in den 30er Jahren innerhalb der vereinigten Mapai einen dezidierten antirevisionistischen Kurs einschlug. Tabenkin vertrat am konsequentesten die Meinung, daß Jabotinski und seine Bewegung das Prädikat des »jüdischen Faschismus« durchaus verdienten und folglich bis aufs Messer bekämpft werden sollten. Nach der Wirtschaftskrise in Palästina 1927 änderte allerdings die Achdut Haavoda ihre Meinung, und die Auffassung setzte sich durch, daß die Erweiterung der Jewish Agency, die 1929 vollzogen wurde, letztlich dem Aufbau des Landes dienlich sein könne. Dabei näherte die Achdut Haavoda sich dem Hapoel Hazair an, der von Anfang an dafür war, und geriet in Gegensatz zu den Revisionisten, die konsequent gegen Weizmann waren und die Erweiterung der Agency als nationalen Verrat brandmarkten.

Goldstein erwähnt und erörtert eine Reihe von Grundsatzfragen, die ursprünglich die Achdut Haavoda vom Hapoel Hazair trennten, und kommt zu der Schlußfolgerung, daß nach dem Vollzug der Vereinigung beider Parteien die Achdut Haavoda praktisch die Positionen des Hapoel Hazair übernahm. Diese Schlußfolgerung ist zu vereinfachend, denn der Geist der Achdut Haavoda, vor allem auf dem Sicherheitssektor und der politische Aktivismus, setzte sich in der vereinigten Mapai durch. Ebenso blieben weiterhin gesellschaftliche Vorstellungen der Achdut Haavoda vor allem in der Kibbuzbewegung und auch in der Mapai bestimmend. Goldstein hat allerdings Recht, wenn er betont, daß die Mapai – ganz im Sinne des Hapoel Hazair – auf das Prinzip des »Klassenkampfes« verzichtete. Dies war in der Tat für die Schwesterpartei der Achdut Haavoda in der Diaspora, die »Poalei Zion« (die Achdut Haavoda als solche existierte nur in Palästina), von wesentlicher Bedeutung, nicht zuletzt, weil in dieser Partei der Einfluß der Austromarxisten stark war. Die Poalei Zion zeigte in der Tat ein inneres Widerstreben, sich mit einer so betont »anti-klassenkämpferischen Partei«, wie es der Hapoel Hazair nun einmal war, zu vereinen. Ganz harmonisch ging die Vereinigung, wie Spaltungen späterer Jahre beweisen, doch nicht vor sich. Der Verzicht auf das Prinzip des Klassenkampfes war charakteristisch für den Weg, den die neue Partei, die Mapai, von nun an beschritt. Von einer Partei der Avantgarde, von einer Partei, die utopische Ideen und eine verschwommene Zielset-

zung besaßt, wurde sie zu einer pragmatisch orientierten Partei, die über eine Massenbasis verfügte und für viele Volksschichten wählbar war.
Goldsteins Buch ist ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der zionistischen Geschichte in den zwanziger Jahren. Er führt dem interessierten Leser vor Augen, inwiefern Prozesse, die damals stattfanden, nachhaltig bis auf den heutigen Tag nachwirken. Nachum Orland

Andrée Andrieux / Jean Lignon avec la collaboration de François Mille, Le Militant syndicaliste d'aujourd'hui. Ouvriers, cadres, techniciens, qu'est-ce qui les fait agir? Rapport d'une enquête menée avec le concours du Centre National de la Recherche Scientifique. Préface de Pierre Naville (= Collection Grand Format Méditations), Editions Denoël / Gonthier, Paris 1973, 327 S., kart., 23 fF.

Wenn auch teilweise schon vor dem Mai 1968 entstanden, trägt diese industriesoziologische Untersuchung deutlich die Spuren der Erfahrungen dieses Monats. Denn sie richtet sich weniger gegen die in den Maiereignissen nachhaltig erschütterte Annahme, die Arbeiterklasse werde zunehmend in bestehende Wertstrukturen integriert, sondern setzt sich mit der von P. Belleville und S. Mallet schon seit Beginn der 1960er Jahre vertretenen Auffassung auseinander, es bilde sich in den hochtechnisierten Sektoren der Industrie eine »neue Arbeiterklasse« heraus, die für die Zukunft der Arbeitskämpfe, für das »postindustrielle« Zeitalter (A. Touraine), zentrale Bedeutung erhalten werde. Aber die Verfasser beschränken ihre Analyse nicht auf die Techniker und Ingenieure, die Belleville und Mallet behandeln, sondern beziehen auch die sog. traditionellen Arbeiter ein. Schwerpunktmäßig gehen sie auf das Verhältnis zwischen der technischen Intelligenz und den Industriearbeitern und auf die Möglichkeiten der Gewerkschaften ein, durch organisatorische Formen und Parolen unterschiedliche Motivationen, Erfahrungen und Zielsetzungen anzusprechen, zu bündeln und in eine systemverändernde Perspektive einzubringen. Mit dieser Fragestellung stehen sie gleichsam zwischen den Herolden einer »integrierten« und den Verteidigern einer »neuen« Arbeiterklasse.
Die vorliegende Untersuchung stützt sich auf eine breite Materialbasis, die die Verfasser aus Interviews gewonnen haben, die sie mit 275 aktiven Gewerkschaftsmitgliedern teilweise über einen längeren Zeitraum hinweg (1963–1970) geführt und aufgezeichnet haben. Damit kommen zu den Vorteilen der Intensivinterviews über standardisierte Umfragen die der längeren Beobachtung über Momentaufnahmen. Dieser Ansatz privilegiert jedoch die subjektive Bewertung der jeweiligen Arbeits- und Lebensverhältnisse und verzichtet – sieht man von vereinzelten, eher systematischen Bemerkungen ab – darauf, die realen Arbeitsverhältnisse einzubeziehen und sie mit den Selbstdarstellungen zu konfrontieren. Durch die zahlreichen subjektiven Stellungnahmen, die in extenso referiert werden, gewinnt die Analyse zwar an Anschaulichkeit, verliert aber an Erklärungskraft. Diese wird überdies dadurch gemindert, daß das Sample nicht als repräsentativ für die französische Arbeiterklasse gelten kann. Denn die Verfasser befragten allein Gewerkschaftler, die sich für eine radikale Veränderung der französischen Gesellschaft einsetzten. Mit dieser Konzentration erfassen sie sicher die Speerspitzen der französischen Arbeiterbewegung, müssen sich jedoch die Frage gefallen lassen, ob und inwiefern die Lebensgeschichte und die Programme dieser Minderheit Aussagen über andere Gewerkschaftsmitglieder und Arbeiter zulassen. Auch bei der Auswahl der Interviewpartner spielten – wie die Verfasser selbstkritisch feststellen – stärker gewisse Zufälligkeiten als die Absicht eine Rolle, einen repräsentativen Querschnitt zu untersuchen. So entspricht etwa die Befragung von 91 Technikern und 73 Ingenieuren, aber nur von 111 Postarbeitern nicht ihrer nationalen Bedeutung, und auch die Interviews von 126 CFDT-Mitgliedern (125 gehörten der CGT, 13 der CGT-Fo und 11 der CGC an) werten diese Gewerkschaft gegenüber der in Frankreich zahlen-

zung besaßt, wurde sie zu einer pragmatisch orientierten Partei, die über eine Massenbasis verfügte und für viele Volksschichten wählbar war.
Goldsteins Buch ist ein wichtiger Beitrag zum Verständnis der zionistischen Geschichte in den zwanziger Jahren. Er führt dem interessierten Leser vor Augen, inwiefern Prozesse, die damals stattfanden, nachhaltig bis auf den heutigen Tag nachwirken. Nachum Orland

Andrée Andrieux / Jean Lignon avec la collaboration de François Mille, Le Militant syndicaliste d'aujourd'hui. Ouvriers, cadres, techniciens, qu'est-ce qui les fait agir? Rapport d'une enquête menée avec le concours du Centre National de la Recherche Scientifique. Préface de Pierre Naville (= Collection Grand Format Méditations), Editions Denoël / Gonthier, Paris 1973, 327 S., kart., 23 fF.

Wenn auch teilweise schon vor dem Mai 1968 entstanden, trägt diese industriesoziologische Untersuchung deutlich die Spuren der Erfahrungen dieses Monats. Denn sie richtet sich weniger gegen die in den Maiereignissen nachhaltig erschütterte Annahme, die Arbeiterklasse werde zunehmend in bestehende Wertstrukturen integriert, sondern setzt sich mit der von P. Belleville und S. Mallet schon seit Beginn der 1960er Jahre vertretenen Auffassung auseinander, es bilde sich in den hochtechnisierten Sektoren der Industrie eine »neue Arbeiterklasse« heraus, die für die Zukunft der Arbeitskämpfe, für das »postindustrielle« Zeitalter (A. Touraine), zentrale Bedeutung erhalten werde. Aber die Verfasser beschränken ihre Analyse nicht auf die Techniker und Ingenieure, die Belleville und Mallet behandeln, sondern beziehen auch die sog. traditionellen Arbeiter ein. Schwerpunktmäßig gehen sie auf das Verhältnis zwischen der technischen Intelligenz und den Industriearbeitern und auf die Möglichkeiten der Gewerkschaften ein, durch organisatorische Formen und Parolen unterschiedliche Motivationen, Erfahrungen und Zielsetzungen anzusprechen, zu bündeln und in eine systemverändernde Perspektive einzubringen. Mit dieser Fragestellung stehen sie gleichsam zwischen den Herolden einer »integrierten« und den Verteidigern einer »neuen« Arbeiterklasse.
Die vorliegende Untersuchung stützt sich auf eine breite Materialbasis, die die Verfasser aus Interviews gewonnen haben, die sie mit 275 aktiven Gewerkschaftsmitgliedern teilweise über einen längeren Zeitraum hinweg (1963–1970) geführt und aufgezeichnet haben. Damit kommen zu den Vorteilen der Intensivinterviews über standardisierte Umfragen die der längeren Beobachtung über Momentaufnahmen. Dieser Ansatz privilegiert jedoch die subjektive Bewertung der jeweiligen Arbeits- und Lebensverhältnisse und verzichtet – sieht man von vereinzelten, eher systematischen Bemerkungen ab – darauf, die realen Arbeitsverhältnisse einzubeziehen und sie mit den Selbstdarstellungen zu konfrontieren. Durch die zahlreichen subjektiven Stellungnahmen, die in extenso referiert werden, gewinnt die Analyse zwar an Anschaulichkeit, verliert aber an Erklärungskraft. Diese wird überdies dadurch gemindert, daß das Sample nicht als repräsentativ für die französische Arbeiterklasse gelten kann. Denn die Verfasser befragten allein Gewerkschaftler, die sich für eine radikale Veränderung der französischen Gesellschaft einsetzten. Mit dieser Konzentration erfassen sie sicher die Speerspitzen der französischen Arbeiterbewegung, müssen sich jedoch die Frage gefallen lassen, ob und inwiefern die Lebensgeschichte und die Programme dieser Minderheit Aussagen über andere Gewerkschaftsmitglieder und Arbeiter zulassen. Auch bei der Auswahl der Interviewpartner spielten – wie die Verfasser selbstkritisch feststellen – stärker gewisse Zufälligkeiten als die Absicht eine Rolle, einen repräsentativen Querschnitt zu untersuchen. So entspricht etwa die Befragung von 91 Technikern und 73 Ingenieuren, aber nur von 111 Postarbeitern nicht ihrer nationalen Bedeutung, und auch die Interviews von 126 CFDT-Mitgliedern (125 gehörten der CGT, 13 der CGT-Fo und 11 der CGC an) werten diese Gewerkschaft gegenüber der in Frankreich zahlen-

mäßig dominanten CGT auf. Alle diese analytisch nicht unproblematischen Schwerpunktsetzungen spiegeln aber gut den Optimismus wider, der sich nach dem Mai 68 in der Arbeiterbewegung und Teilen der Soziologie in Frankreich ausbreitete, gegenwärtig aber deutlich abgenommen hat. So fallen unter den aktuellen sozialökonomischen Bedingungen der Krise in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion stärker die gewerkschaftliche Aktionen behindernden Faktoren ins Gewicht (industrielle Reservearmee, Spaltung der Arbeiter, Rationalisierung u. a. m.), und die »neue Arbeiterklasse« erscheint rückschauend stärker als Produkt einer sozialwissenschaftlichen Mode denn als ein dauerhaftes, ausgrenzbares Handlungspotential in der Arbeiterklasse. Diese von Sozialwissenschaftlern inzwischen stillschweigend vorgenommenen Kurskorrekturen gehören in eine Geschichte der Sozialwissenschaften, die sich vornehmlich mit der Frage beschäftigen müßte, ob Soziologen und Politologen in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren nicht zu stark dazu geneigt haben, konjunkturelle Erscheinungen vorschnell als Ausdruck struktureller Veränderungen zu interpretieren.

Trotz dieser Einschränkungen und des deutlichen Zeitkolorits ihrer Fragestellungen bieten die Verfasser jedoch so aufschlußreiches und anschauliches Material, daß mit ihm nicht nur Tendenzen unter französischen Arbeitern der Gegenwart, sondern in der Geschichte der Arbeiterbewegung verständlich werden. So arbeiten sie stark den Generationsunterschied heraus. Während ihre älteren Interviewpartner, die noch Erinnerungen an den Beginn des Jahrhunderts haben, durchweg die erlittene materielle Not hervorheben und als entscheidendes Handlungsmotiv den Kampf gegen Armut nennen, hat die neue Generation stärker eine »relative Depravation«, eine Benachteiligung, erfahren, die, von der Arbeit ausgehend, alle Arbeits- und Lebensbereiche erfaßt. Alle Befragten betonen aber die Leere des Arbeitsprozesses, seine Monotonie und Unmenschlichkeit, die sie zum gewerkschaftlichen Engagement getrieben hätten, in dem sie dann Sinn und persönliche Entfaltung finden konnten und können. Aber die Erfahrung der Entbehrungen und zerstörerischen Wirkungen im Produktionsprozeß führt bei den Befragten nicht direkt zur gewerkschaftlichen Aktion, sondern bedarf eines Anlasses, einer »Vermittlung«. Der Kontakt mit der Gewerkschaft, den »Bourses du travail«, vor allem aber die Teilnahme an oder die Folgen von Streiks (vor allem 1919, 1936 und 1953) haben eine Brücke zwischen der Grunderfahrung und der gewerkschaftlichen Arbeit geschlagen. Während dieses Ergebnis erneut die Skepsis an Auffassungen nährt, die allzu leicht aus der objektiven Lage auf subjektive Verhaltensdispositionen schließen, machen die von den Verfassern herausgearbeiteten Motivationen der technischen Intelligenz die Zerklüftung der Arbeiterklasse deutlich. Denn weniger das konkrete Leiden im Arbeitsprozeß als politische und philosophische Faktoren (z. B. der Algerienkrieg) haben Ingenieure zu einem radikalen gewerkschaftlichen Engagement geführt. Auch ohne daß die Verfasser die unterschiedlichen Interessen berücksichtigen, die zwischen Industriearbeitern und Ingenieuren bestehen, können sie doch schon auf der Ebene der individuellen und gesellschaftlichen Erfahrungen deutliche Unterschiede unter den Arbeitern feststellen und Zweifel an pauschalen Aussagen über »die« Arbeiterklasse nähren. Ob und wie die Gewerkschaften diese Differenzen überwinden können, bleibt am Schluß der Studie wie auch in der gewerkschaftlichen Praxis der Gegenwart offen.

Heinz-Gerhard Haupt

Robert S. Wistrich, Revolutionary Jews from Marx to Trotsky. With a Foreword by James Joll, George G. Harrap & Co. Ltd., London 1976, XI, 254 S., Ln., £ 6.75.

Die Ankündigung des vorliegenden Buches durch das Vorwort von James Joll (»this book deals with a neglected aspect of the history of Marxist ideas and is an original contribution to European intellectual history in general«) dürfte zu hoch gesteckte Erwartungen beim

mäßig dominanten CGT auf. Alle diese analytisch nicht unproblematischen Schwerpunktsetzungen spiegeln aber gut den Optimismus wider, der sich nach dem Mai 68 in der Arbeiterbewegung und Teilen der Soziologie in Frankreich ausbreitete, gegenwärtig aber deutlich abgenommen hat. So fallen unter den aktuellen sozialökonomischen Bedingungen der Krise in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion stärker die gewerkschaftliche Aktionen behindernden Faktoren ins Gewicht (industrielle Reservearmee, Spaltung der Arbeiter, Rationalisierung u. a. m.), und die »neue Arbeiterklasse« erscheint rückschauend stärker als Produkt einer sozialwissenschaftlichen Mode denn als ein dauerhaftes, ausgrenzbares Handlungspotential in der Arbeiterklasse. Diese von Sozialwissenschaftlern inzwischen stillschweigend vorgenommenen Kurskorrekturen gehören in eine Geschichte der Sozialwissenschaften, die sich vornehmlich mit der Frage beschäftigen müßte, ob Soziologen und Politologen in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren nicht zu stark dazu geneigt haben, konjunkturelle Erscheinungen vorschnell als Ausdruck struktureller Veränderungen zu interpretieren.

Trotz dieser Einschränkungen und des deutlichen Zeitkolorits ihrer Fragestellungen bieten die Verfasser jedoch so aufschlußreiches und anschauliches Material, daß mit ihm nicht nur Tendenzen unter französischen Arbeitern der Gegenwart, sondern in der Geschichte der Arbeiterbewegung verständlich werden. So arbeiten sie stark den Generationsunterschied heraus. Während ihre älteren Interviewpartner, die noch Erinnerungen an den Beginn des Jahrhunderts haben, durchweg die erlittene materielle Not hervorheben und als entscheidendes Handlungsmotiv den Kampf gegen Armut nennen, hat die neue Generation stärker eine »relative Depravation«, eine Benachteiligung, erfahren, die, von der Arbeit ausgehend, alle Arbeits- und Lebensbereiche erfaßt. Alle Befragten betonen aber die Leere des Arbeitsprozesses, seine Monotonie und Unmenschlichkeit, die sie zum gewerkschaftlichen Engagement getrieben hätten, in dem sie dann Sinn und persönliche Entfaltung finden konnten und können. Aber die Erfahrung der Entbehrungen und zerstörerischen Wirkungen im Produktionsprozeß führt bei den Befragten nicht direkt zur gewerkschaftlichen Aktion, sondern bedarf eines Anlasses, einer »Vermittlung«. Der Kontakt mit der Gewerkschaft, den »Bourses du travail«, vor allem aber die Teilnahme an oder die Folgen von Streiks (vor allem 1919, 1936 und 1953) haben eine Brücke zwischen der Grunderfahrung und der gewerkschaftlichen Arbeit geschlagen. Während dieses Ergebnis erneut die Skepsis an Auffassungen nährt, die allzu leicht aus der objektiven Lage auf subjektive Verhaltensdispositionen schließen, machen die von den Verfassern herausgearbeiteten Motivationen der technischen Intelligenz die Zerklüftung der Arbeiterklasse deutlich. Denn weniger das konkrete Leiden im Arbeitsprozeß als politische und philosophische Faktoren (z. B. der Algerienkrieg) haben Ingenieure zu einem radikalen gewerkschaftlichen Engagement geführt. Auch ohne daß die Verfasser die unterschiedlichen Interessen berücksichtigen, die zwischen Industriearbeitern und Ingenieuren bestehen, können sie doch schon auf der Ebene der individuellen und gesellschaftlichen Erfahrungen deutliche Unterschiede unter den Arbeitern feststellen und Zweifel an pauschalen Aussagen über »die« Arbeiterklasse nähren. Ob und wie die Gewerkschaften diese Differenzen überwinden können, bleibt am Schluß der Studie wie auch in der gewerkschaftlichen Praxis der Gegenwart offen.

Heinz-Gerhard Haupt

Robert S. Wistrich, Revolutionary Jews from Marx to Trotsky. With a Foreword by James Joll, George G. Harrap & Co. Ltd., London 1976, XI, 254 S., Ln., £ 6.75.

Die Ankündigung des vorliegenden Buches durch das Vorwort von James Joll (»this book deals with a neglected aspect of the history of Marxist ideas and is an original contribution to European intellectual history in general«) dürfte zu hoch gesteckte Erwartungen beim

Leser erwecken. Denn eine Dokumentation der Haltung europäischer Sozialisten zur Judenfrage und zum Antisemitismus stellt keineswegs ein Novum dar: Bereits mit der Studie Edmund Silberners[1] ist eine umfassende Übersicht zu diesem Thema vorgelegt worden, deren Materialreichtum kaum zu überbieten sein dürfte, auch wenn man die Gesamtstruktur des Werkes einer Kritik unterziehen könnte. Neu an Wistrichs Unternehmen allerdings ist die Tatsache, daß er sich einerseits lediglich auf Sozialisten jüdischer Herkunft beschränkt, während Silberner auch nicht-jüdische Sozialisten zu Wort kommen läßt, andererseits aber seine Untersuchung auch mit den Lebensbeschreibungen von Julius Martow und Leo Trotzki auf die russische Arbeiterbewegung ausdehnt. Während Iring Fetscher[2] in seiner Dokumentation jeweils vollständige Zeitungs- und Zeitschriftenartikel bekannter Sozialisten jüdischer und christlicher, westeuropäischer und russischer Herkunft vorstellt, jedoch wenig Interpretation anbietet, beschränkt sich Wistrich zwar weitgehend auf kurze Zitate aus Schriften, Artikeln und Briefen der jüdischen Theoretiker und Politiker, referiert und interpretiert sie aber im Zusammenhang mit einer biographischen Skizze und einigen übergreifenden Fragestellungen: So versucht er anhand der Aufzeichnungen des Lebens und Schaffens von Karl Marx, Ferdinand Lassalle, Eduard Bernstein, Rosa Luxemburg, Viktor Adler, Otto Bauer, Bernard Lazare, Léon Blum, Julius Martow und Leo Trotzki herauszufinden, welche Rolle einzelne Juden – und sodann umfassender das Judentum – im europäischen Sozialismus des 19. und 20. Jahrhunderts spielten, warum ihre Betätigung als Katalysator für sozialen Wandel wirkte, warum sich gerade so viele Juden aktiv an der sozialistischen Bewegung beteiligten und welche Auswirkungen schließlich ihre Beteiligung auf die Einstellung der Sozialisten zur Judenfrage hatten (vgl. S. 1–22).

Mit einer Analyse dieser Fragestellungen stößt Wistrich sicherlich in eine Forschungslücke, denn die einschlägigen Untersuchungen, die sich bislang diesem Problemkreis widmeten, werden durch eine Materialsammlung dominiert, beziehen aber nur am Rande das soziale Umfeld, die Situation des Judentums und der Arbeiterbewegung in Fragestellung und Analyse mit ein. Allerdings gelingt es dem Autor der vorliegenden Untersuchung leider auch nicht immer überzeugend, seinen breit angelegten und neuartigen Ansatz einzulösen. Gleichwohl muß es als sein Verdienst hervorgehoben werden, die aufgezeigten Fragestellungen im Problemfeld Sozialismus und Judentum überhaupt in die Diskussion gebracht zu haben.

Wistrichs Studie ist immer noch weitgehend einer personenorientierten Geschichtsschreibung verhaftet und streift nur kurz die wirtschafts- und sozialgeschichtliche Situation derjenigen Länder, in denen die vorgestellten Politiker aufwuchsen und agierten. Obwohl der Autor jeweils einführende Bemerkungen über die Herkunftsländer (Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, Rußland) den biographischen Skizzen vorausschickt, macht er sich doch insgesamt die sozialgeschichtliche Literatur über das europäische Judentum, über die Entwicklung der Arbeiterbewegung und der einzelnen sozialistischen Parteien im Verlauf der Darstellung wenig zunutze und verwertet auch nur selten seine eigenen sozialgeschichtlichen Abrisse. Diese Tatsache erweist sich insofern als Mangel, weil der Verfasser dadurch die Aussagekraft seines dargebotenen Materials schmälert; des öfteren – besonders in den Kapiteln über Marx und Lassalle (S. 26–58) – werden die aus Silberners oder Na'amans[3] Studien bekannten Äußerungen zur Judenfrage erneut angeführt, aber nicht zu weiterführenden Aussagen interpretiert, was dem Autor durch eine breiter angelegte psychologische Analyse in seiner Dissertation[4] durchaus gelungen ist, hier aber nur gelegentlich anklingt (vgl. Marx-Kapitel, S. 36).

---

1 *Edmund Silberner*, Sozialisten zur Judenfrage, Berlin 1962.
2 *Iring Fetscher* (Hrsg.), Marxisten gegen Antisemitismus, Hamburg 1974.
3 *Shlomo Na'aman*, Lassalle, Hannover 1970.
4 *Robert S. Wistrich*, Socialism and the Jewish Question in Germany and Austria (1880–1914), phil. Diss. London 1974.

Die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen kann ohnehin nur geleistet werden, wenn nicht nur die persönlichen Lebensumstände, die Sozialisation und Motivation zur politischen Betätigung der jüdischen Sozialisten ausgebreitet werden. Wistrich legt auf diesen Bereich großen Wert und erläutert demzufolge ausführlich die familiäre Herkunft, die Kindheits- und Jugenderlebnisse sowie den Bildungsweg, während dagegen die Erörterung der politischen Entwicklung und der Position der jeweiligen Partei zur Judenfrage vergleichsweise kurz ausfällt, obgleich die Partei als Wirkungsfeld und unmittelbare soziale Umwelt von großer Bedeutung für die Meinungsbildung war. Hier drängt sich fast die Frage auf, ob nicht Passagen des Buches dem Rotstift eines Lektors zum Opfer fallen mußten, weil der Verfasser in seiner Dissertation sehr viel Wert auf die Einarbeitung der sozialen und politischen Rahmenbedingungen gelegt hat und ihnen durchaus gerecht wird. Aber dieser Gedanke muß natürlich Spekulation bleiben. Die Integration des gesellschaftlichen und parteipolitischen Umfelds, ihre Bedeutung für die Einstellung der jüdischen Sozialisten und umgekehrt der Einfluß ihrer Haltung auf die Position der Arbeiterbewegungen zur Judenfrage sind dem Autor jedenfalls am treffendsten in den Kapiteln über Bernstein, Luxemburg und die beiden Österreicher Adler und Bauer gelungen. Doch leider werden die Gemeinsamkeiten in der Haltung der sozialistischen Parteien zur Judenfrage, die sich aus dem stärkeren Einbeziehen der allgemeinen sozialen und politischen Rahmenbedingungen ergeben hätten, zu wenig herausgearbeitet, so daß sich aus diesem Mangel auch einige Wiederholungen und Überschneidungen – besonders in den Kapiteln über Luxemburg, Martow und Trotzki – ergeben. In diesem Zusammenhang vermißt man auch nach der Lektüre der einzelnen Biographien eine zusammenfassende Betrachtung, die nochmals die Ausgangsfragestellungen aufgreifen und einige Ergebnisse zusammenhängend referieren würde, die sowohl die Gemeinsamkeiten als auch individuelle Differenzierungen in der Position der jüdischen Sozialisten kurz umreißen und miteinander abwägen sollte, nachdem die individuellen Besonderheiten schon durch die etwas plakativen Kapitelüberschriften (Ferdinand Lassalle, the Gladiator; Victor Adler, the Father-figure; Julius Martow, the Revolutionary Conscience etc.) hervorgehoben wurden.

Das Buch eignet sich jedoch sehr gut als Einführung für alle, die sich diesem Themenkomplex widmen möchten. Es vermittelt nicht nur die wichtigsten Stellungnahmen jüdischer Sozialisten zur Judenfrage und einige Hinweise auf die Situation des Judentums in Westeuropa und Rußland, sondern spricht auch den Leser ästhetisch an; denn Porträts der vorgestellten Persönlichkeiten und zwei Karten zur Übersicht über die jüdischen Bevölkerungszentren in Österreich-Ungarn und Rußland (S. 94, 172) lockern die Darstellung auf. Das ausführliche Register erleichtert das Nachschlagen und Auffinden der Zitate und Quellen, und die Auswahlbibliographie bietet schließlich eine Zusammenstellung der wichtigsten Veröffentlichungen zu diesem Themenkomplex. Die Stärke des Buches liegt darin, daß es neue Denkanstöße und Diskussionsgrundlagen vermittelt, an deren Ausführung jedoch noch weiter gearbeitet werden müßte.

Rosemarie Leuschen-Seppel

Hector Zoccoli, Die Anarchie, Verlag Karin Kramer, Berlin 1976, XVII, 616 S., kart., 26,50 DM.

Hector Zoccoli's *Die Anarchie,* which first appeared in German translation in 1909, is a massive compilation of information on anarchism and its adherents. Devoted primarily to a survey of anarchist thought, it also traces the history of anarchism as a political movement, taking the story into the early years of the twentieth century. As is generally the case with books that diligently summarize the contents of writings and documents, the work as a whole is somewhat tedious reading. As an introduction to the theory and practice of anarchism at the high-point of its history, however, the book is useful and highly informative.

Die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen kann ohnehin nur geleistet werden, wenn nicht nur die persönlichen Lebensumstände, die Sozialisation und Motivation zur politischen Betätigung der jüdischen Sozialisten ausgebreitet werden. Wistrich legt auf diesen Bereich großen Wert und erläutert demzufolge ausführlich die familiäre Herkunft, die Kindheits- und Jugenderlebnisse sowie den Bildungsweg, während dagegen die Erörterung der politischen Entwicklung und der Position der jeweiligen Partei zur Judenfrage vergleichsweise kurz ausfällt, obgleich die Partei als Wirkungsfeld und unmittelbare soziale Umwelt von großer Bedeutung für die Meinungsbildung war. Hier drängt sich fast die Frage auf, ob nicht Passagen des Buches dem Rotstift eines Lektors zum Opfer fallen mußten, weil der Verfasser in seiner Dissertation sehr viel Wert auf die Einarbeitung der sozialen und politischen Rahmenbedingungen gelegt hat und ihnen durchaus gerecht wird. Aber dieser Gedanke muß natürlich Spekulation bleiben. Die Integration des gesellschaftlichen und parteipolitischen Umfelds, ihre Bedeutung für die Einstellung der jüdischen Sozialisten und umgekehrt der Einfluß ihrer Haltung auf die Position der Arbeiterbewegungen zur Judenfrage sind dem Autor jedenfalls am treffendsten in den Kapiteln über Bernstein, Luxemburg und die beiden Österreicher Adler und Bauer gelungen. Doch leider werden die Gemeinsamkeiten in der Haltung der sozialistischen Parteien zur Judenfrage, die sich aus dem stärkeren Einbeziehen der allgemeinen sozialen und politischen Rahmenbedingungen ergeben hätten, zu wenig herausgearbeitet, so daß sich aus diesem Mangel auch einige Wiederholungen und Überschneidungen – besonders in den Kapiteln über Luxemburg, Martow und Trotzki – ergeben. In diesem Zusammenhang vermißt man auch nach der Lektüre der einzelnen Biographien eine zusammenfassende Betrachtung, die nochmals die Ausgangsfragestellungen aufgreifen und einige Ergebnisse zusammenhängend referieren würde, die sowohl die Gemeinsamkeiten als auch individuelle Differenzierungen in der Position der jüdischen Sozialisten kurz umreißen und miteinander abwägen sollte, nachdem die individuellen Besonderheiten schon durch die etwas plakativen Kapitelüberschriften (Ferdinand Lassalle, the Gladiator; Victor Adler, the Father-figure; Julius Martow, the Revolutionary Conscience etc.) hervorgehoben wurden.

Das Buch eignet sich jedoch sehr gut als Einführung für alle, die sich diesem Themenkomplex widmen möchten. Es vermittelt nicht nur die wichtigsten Stellungnahmen jüdischer Sozialisten zur Judenfrage und einige Hinweise auf die Situation des Judentums in Westeuropa und Rußland, sondern spricht auch den Leser ästhetisch an; denn Porträts der vorgestellten Persönlichkeiten und zwei Karten zur Übersicht über die jüdischen Bevölkerungszentren in Österreich-Ungarn und Rußland (S. 94, 172) lockern die Darstellung auf. Das ausführliche Register erleichtert das Nachschlagen und Auffinden der Zitate und Quellen, und die Auswahlbibliographie bietet schließlich eine Zusammenstellung der wichtigsten Veröffentlichungen zu diesem Themenkomplex. Die Stärke des Buches liegt darin, daß es neue Denkanstöße und Diskussionsgrundlagen vermittelt, an deren Ausführung jedoch noch weiter gearbeitet werden müßte.

Rosemarie Leuschen-Seppel

Hector Zoccoli, Die Anarchie, Verlag Karin Kramer, Berlin 1976, XVII, 616 S., kart., 26,50 DM.

Hector Zoccoli's *Die Anarchie,* which first appeared in German translation in 1909, is a massive compilation of information on anarchism and its adherents. Devoted primarily to a survey of anarchist thought, it also traces the history of anarchism as a political movement, taking the story into the early years of the twentieth century. As is generally the case with books that diligently summarize the contents of writings and documents, the work as a whole is somewhat tedious reading. As an introduction to the theory and practice of anarchism at the high-point of its history, however, the book is useful and highly informative.

The first part, which takes up one-half of the book, is entitled »The Theorists«. It is an extensive summary of the ideas of five anarchist thinkers whom Zoccoli regarded as the »founding fathers« of anarchism: Stirner (»The Metaphysical Critique«), Proudhon (»The Economic Critique«), Bakunin (»The Political Critique«), Kropotkin (»The Sociological Critique«), and Tucker (»The Individualist Critique«). The somewhat schematic nature of the book becomes apparent here, for anarchist thought cannot be divided up into such neatly labeled packages. The kinds of criticism these theorists levelled against nineteenth century society overlapped and intertwined with one another. By and large, they repeated and elaborated a set of common themes which eventually formed an identifiable political and social theory. A more serious problem is the selection and relative treatment of the five theorists. When even anarchists themselves have disagreed sharply over who their »founding fathers« were, the historian who tries to trace their intellectual ancestry must be particularly cautious. Students of anarchism may well quarrel with Zoccoli's inclusion of Benjamin Tucker, a much more lightweight figure than the other four, among the major theorists of anarchism; and with his very brief and rather exasperated treatment of Proudhon, whose work he found riddled with so many deficiencies and contradictions that he could not bring himself to take it very seriously.

The second part of the book, called »The Ideas«, moves from anarchist theory to the realm of everyday propaganda. Zoccoli sought to determine how anarchism expressed itself in its popular press and other propaganda literature – in other words, how its basic philosophical concepts were »vulgarized« in the literature it produced for mass consumption. This section examines the anarchist viewpoint on the subjects of law, religion, family, education, art and revolution. It is the shortest and also the weakest part of the book, for it singles out a few figures and journals of the turn of the century as authoritative voices of anarchism, and the selection inevitably appears arbitrary. In addition, it goes over much of the same ground as the first section of the book, and overlaps somewhat with the third section, which is devoted to anarchist efforts to put their ideas into practice.

This third section is an admirably detailed survey of the anarchist movement. First it traces the development of the anarchist press, the series of international congresses at which anarchism emerged from the ruins of the First International as a movement distinct from socialism, and the formation of local anarchist groups and federations. Then it takes up the activities of the anarchists, explaining the rise of »propaganda by the deed« and describing the various kinds of public actions, both collective and individual, carried out by anarchists.

Finally, in his conclusion, Zoccoli evaluated anarchism. First, he found its theories woefully lacking in »scientific« rigor, devoid both of logic and of a grasp of social and historical reality. Anarchist doctrine, he maintained, was nothing but a »web of contradictions«. Secondly, he found anarchism deficient on ethical grounds as well: such a seriously misguided theory must inevitably yield morally misguided acts like the bombings and assassinations which had punctuated the history of anarchism. Although he recognized that not all anarchists sanctioned such deeds, he felt that anarchism as a whole, by propagating confused ideas, must assume ultimate moral responsibility for the results those ideas produced. Since Zoccoli regarded the state as the foundation of all civilized life, the essential framework for reconciling the interests of individuals with each other and with society, he necessarily rejected the most basic and distinctive tenet of anarchism, its antistatism. Hence he concluded that the success of anarchism would lead not to a higher form of human existence, as the anarchists themselves claimed, but to barbarism.

The great strength of this book, and the chief justification for reprinting it so many years after its original publication, is the thoroughness with which the author documented the rise of the anarchist movement. Though hostile to anarchism, he was highly conscientious in tracing its development, and when he wrote in his preface that he felt he had left no

source unturned, he was not making an idle boast. His extensive footnotes identify the primary sources and evaluate the worth of much of the previous literature on anarchism. He used sources in Italian, German, French, Spanish, and English (both British and American), although he apparently lacked Russian. Especially valuable for the present-day student of anarchism are Zoccoli's references to the vast anarchist periodical literature of the late nineteenth and early twentieth centuries, much of it ephemeral and difficult to trace today. The student of anarchism who wants a convenient introduction to the writings of an anarchist theorist, to the origins of a particular anarchist group, or to the work of an international anarchist congress will probably find it here, and the inclusion of an index of names greatly increases the book's value as a reference work. The more serious researcher of the history of anarchism will find the book a very useful bibliographical aid in tracking down the sources of this diffuse and fragmentary movement.

The book's major weakness is its narrow approach to anarchism as an historical phenomenon. Zoccoli weighed anarchist doctrines and activities primarily in terms of how »scientific« they were, and his general implication throughout the book is that no one with any sense could possibly adhere to such a »web of contradictions«. Yet we know that a considerable number of men of good sense did in fact accept the positions of anarchism. While it is important to point out faulty assumptions and unwarranted conclusions in anarchist thought, this kind of abstract philosophical analysis yields only limited results. What is lacking in this book is a broader historical perspective on the rise of anarchism, one that would take into account the political, social, and economic conditions under which it emerged. The correctness or incorrectness of ideas, their intrinsic rationality or absurdity, is not enough to explain their potency or their historical significance. The limitation of Zoccoli's book – perhaps inevitable in a work published at the beginning of the twentieth century, when anarchism was so closely identified with »propaganda by the deed« – is that it is chiefly concerned with disproving anarchism rather than understanding it. A modern scholar hoping to accomplish this larger task, however, would do well to take Zoccoli's book as one of his starting points.

Marshall S. Shatz

# Allgemeine Untersuchungen zur Sozialgeschichte

Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen, hrsg. von Werner Conze (= Industrielle Welt, Bd. 21), Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1976, 401 S., Ln., 69 DM.

Die vorliegende Aufsatzsammlung steht im Rahmen neuerer Sozialgeschichte, wie sie in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten aus der Auseinandersetzung mit soziologischen und ökonomischen Fragestellungen und Theorien hervorgegangen ist, und im Zusammenhang quantifizierender Methoden, die für die Geschichtswissenschaft im gleichen Zeitraum entwickelt wurden; die neuere Familienforschung ist eines der Felder, auf dem diese beiden Ansätze vorzugsweise zusammentrafen. Sie nahm ihren Ausgang von der durch Pierre Goubert und Louis Henry in Frankreich entwickelten Methode der Familienrekonstitution, die von Peter Laslett und seinen Mitarbeitern in Cambridge aufgegriffen und seither in verschiedenen Richtungen weiterentwickelt wurde. Die Verbindung dieses mikrodemographischen Ansatzes mit dem makrodemographischen der älteren Bevölkerungswissenschaft kennzeichnet einen Teil dieser fünfzehn Beiträge, die auf einer Tagung des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte im April 1975 in Bad Homburg vorgetragen wurden[1]. Ihr übergreifendes Interesse gilt dem Problem der Familie im Wandel von der entfalteten Agrargesellschaft zum Industriesystem; gleichwohl sind sie nach Methode, Fragestellung und Forschungsergebnissen durchaus heterogen. Zum Teil handelt es sich nicht um abgeschlossene Arbeiten, sondern um Berichte über laufende Forschungsvorhaben: nicht zufällig, denn diese Thematik wurde in der Bundesrepublik erst Anfang der siebziger Jahre aufgegriffen, und das Buch ist eines der ersten, das sowohl einen Überblick über die aktuellen Problemstellungen wie detaillierte Forschungsergebnisse vorlegt.

Im ersten Beitrag exponiert *Laslett* eine »starke Theorie«; auf provokatorische Weise »kühn, dürr, abstrakt und unhistorisch« (S. 13), soll sie eine kausale Verbindung zwischen

1 *Peter Laslett*, Familie und Industrialisierung: eine »starke Theorie«; *Hans Linde*, Familie und Haushalt als Gegenstand bevölkerungsgeschichtlicher Forschung; *Michael Mitterauer*, Auswirkungen von Urbanisierung und Frühindustrialisierung auf die Familienverfassung an Beispielen des österreichischen Raums; *Roger Schofield*, The Relationship between Demographic Structure and Environment in Preindustrial Western Europe; *Adelheid Gräfin zu Castell*, Forschungsergebnisse zum gruppenspezifischen Wandel generativer Strukturen; *Heilwig Schomerus*, Sozialer Wandel und generatives Verhalten: zur branchenspezifischen Untersuchung generativen Verhaltens; *Sune Åkerman*, Computerized Family Reconstruction; *Arthur E. Imhof*, Ländliche Familienstrukturen an einem hessischen Beispiel: Heuchelheim 1690–1900; *David Sabean*, Verwandtschaft und Familie in einem württembergischen Dorf 1500–1870; *David Levine*, Proletarianization, Economic Opportunity and Population Growth; *Hans Medick*, Zur strukturellen Funktion von Haushalt und Familie im Übergang von der traditionellen Agrargesellschaft zum industriellen Kapitalismus: die protoindustrielle Familienwirtschaft; *William H. Hubbard*, Forschungen zur städtischen Haushaltsstruktur am Ende des 19. Jahrhunderts: Das Grazhaus-Projekt; *Walter Schaub*, Städtische Familienformen in sozialgenealogischer Sicht: Oldenburg 1743–1870; *Andrejs Plakans*, Familial Structure in the Russian Baltic Provinces; *Karin Hausen*, Die Polarisierung der »Geschlechtscharaktere« – eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben.

Familie und Industrialisierung leisten. Letztere bzw. die Frage, »warum die Menschen so bereitwillig, ja eifrig Fabrikarbeiter wurden« (S. 31), verdanke sich ihrem Drang, unter Umgehung älterer sozialer und ökonomischer Restriktionen (Heiratsalter, Besitz) den geschätzten Status der Ehe zu erlangen. Eine Bestätigung dieser gewiß problematischen These bietet das Buch nicht, und mit Recht kritisiert *Medick* den Mangel an dialektischer Theorie bei Laslett (S. 256 f.). Die Mehrzahl der Aufsätze sucht sich generalisierender Theoreme dieses Abstraktionsgrads und monokausaler Korrelierungen zu enthalten und beschränkt sich auf die Kritik gängiger Vorstellungen, auf methodische Reflexionen, unter denen auch der Hinweis auf die in den Hintergrund getretenen, aber unverzichtbaren Ergebnisse der älteren Bevölkerungswissenschaft und aggregierter Daten zu nennen ist (*Linde, Gräfin zu Castell);* des weiteren auf Lokal- und Regionalstudien (Salzburg und Niederösterreich im 17.–19. Jahrhundert, Eßlingen 1846–1914, Fleninge in Schweden 1819–1890, Heuchelheim in Hessen 1690–1900, Neckarhausen in Württemburg 1500–1870, Graz 1850–1910, Oldenburg 1743–1870, die baltischen Provinzen Rußlands im 19. Jahrhundert, Shepshed, Colyton und Bottesford in England im 17.–19. Jahrhundert) und ihren überregionalen, aber meist punktuellen Vergleich (*Imhof, Sabean, Mitterauer, Levine*); der Darlegung der Quellenbasis und der Technik ihrer Verarbeitung ist breiter Raum gewidmet (*Mitterauer, Schomerus, Åkerman, Imhof, Hubbard, Schaub).* Berechtigte Kritik am vorwiegend quantifizierenden Vorgehen findet sich im Beitrag von *Karin Hausen:* »[ . . .] eine um des Kriteriums der Quantifizierbarkeit willen hingenommene Reduktion eines Sach- und Forschungsgebietes ausschließlich auf solche Phänomene, die der Quantifizierung zugänglich sind« (S. 365), kann die sozialhistorische Realität nicht erschöpfen.

Einige bemerkenswerte Forschungsergebnisse verdienen, summarisch hervorgehoben zu werden. *Mitterauer* kommt in seiner Studie, die »das Bild der Statik und der Homogenität vorindustrieller Familienstrukturen in Frage« stellt (S. 132), zum Ergebnis, daß das entscheidende Kriterium für unterschiedliche Familienkonstellationen nicht so sehr das der Industrialisierung ist, sondern das (ältere) der Urbanisierung; gleichwohl sind auf dem Land wie in der Stadt die Familienkonstellationen wenig homogen, vielmehr nach Berufen und Schichten unterschieden. Diese soziale Differenzierung von Familienformen und Bevölkerungsweisen wird – in prononciertem Gegensatz zum Mythos von »der« vorindustriellen Familie – auch in den meisten übrigen Beiträgen hervorgehoben; branchenspezifische Unterschiede des generativen Verhaltens während der Industrialisierung werden im Aufsatz von *Schomerus* behandelt, regional- und schichtenspezifische Unterschiede bis ins 20. Jahrhundert bei *Gräfin zu Castell.* Während der Einfluß der Industrialisierung auf die Familie meist in der Veränderung der Arbeitsorganisation gesehen wird, betonen vor allem *Schofield, Gräfin zu Castell* und *Medick* die Bedeutung und Auswirkung der Konsummöglichkeit und des Nahrungsspielraums, die von Vererbung und Reallohn abhängen. Auf die Rolle von Verwandtschaftsbeziehungen jenseits der in einem Haushalt lebenden Familie weist *Sabean* hin, und *Imhof* stellt eine erstaunliche Verbreitung bewußter Geburtenkontrolle für Heuchelheim fest; im Zusammenhang mit anderen Faktoren schließt er daraus auf eine langfristige Tendenz zur »Ökonomisierung des sexuellen Lebens« (S. 225). *Plakans'* Bericht über die kur- und livländische (lettische) Familienverfassung des 18. und 19. Jahrhunderts weist nach, daß – im Unterschied zu der von der Cambridge-Gruppe ausgehenden Tendenz, die Existenz älterer Formen von Großfamilie radikal anzuzweifeln – hier eine bäuerliche Großfamilie vorherrschte, die von dem west- und mitteleuropäischen Familientypus abzuweichen scheint. *Medick* zeigt, wie »die produzierende Familie der ländlich-gewerblichen Unterschichten [. . .] als wesentlicher Agent im Wachstumsprozeß des entstehenden Kapitalismus« fungierte (S. 264), daß aber die ausschließliche Produktivitätsorientierung des Kapitalismus eine solche familiäre Arbeitsbasis mit ihrem Raum für antiproduktivistische Formen von Konsum, Muße und Festen zerbrechen mußte. *Karin Hausen* beschreibt die Entstehung und Durchsetzung der modernen Polarisierung und

Komplementarisierung des Charakters, der Rolle und der Arbeit von Männern und Frauen seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts und ihren Zusammenhang mit der industriellen und privaten Arbeitsorganisation. Den beiden letztgenannten Beiträgen kommt das Verdienst zu, auf eine Problematik hinzuweisen, die bisher in der Bundesrepublik – anders als in England, Frankreich und den USA – ebenso vernachlässigt wurde wie bis vor kurzem die Familienforschung, mit der sie jedoch viel zu tun hat: die Rekonstruktion der vergessenen und verschwiegenen Geschichte von Frauen[2]. Gisela Bock

Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), 200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung (= Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Sonderheft 2), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 287 S., kart., 42 DM (für Abonnenten der Zeitschrift 37 DM).

Seit mehreren Jahren ist das Thema: Revolution, Revolutionsforschung und Revolutionstheorie in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen und öffentlichen Interesses gerückt. Die Gründe für die gegenwärtige intensive Beschäftigung mit einem in der älteren geschichtswissenschaftlichen Forschung kaum eigens thematisierten Bereich liegen offen zutage. In diesem Kontext kann auch das von H.-U. Wehler herausgegebene Sonderheft als ein wichtiges Dokument dieser jüngsten Bemühungen gelten. Denn die Revolutionsforschung der letzten fünf Jahre hat nicht nur eine kaum überschaubare Literatur hervorgerufen, die in dieser Veröffentlichung Beachtung findet. Auch ist inzwischen von Kritikern dieser Forschungsrichtung zu hören, es sei noch nicht gelungen, »zum Wesen der Revolution« vorzudringen; so eine Äußerung anläßlich des jüngst in den USA durchgeführten Symposiums zu Revolutionstheorie und geschichtswissenschaftlicher Forschung. Zwar können einzelne Beiträge dieses Sonderheftes auch zur Bestätigung dieser resignierenden Aussage herangezogen werden. Insgesamt aber werden gerade an diesem Heft bedeutende Fortschritte innerhalb der jüngsten Revolutionsforschung deutlich.

Das Sonderheft vereinigt neuere Studien zur amerikanischen Revolution mit einer ausführlichen theoretischen Arbeit zum Stand der Revolutionsforschung und mit drei weiteren Aufsätzen zur Revolutionsgeschichte in Europa. Diese Zusamenstellung ist besonders glücklich; denn sie macht auf die Vorzüge sowohl der jüngsten empirischen Forschungsarbeiten als auch der theoretischen Reflexion innerhalb der Revolutionsgeschichte aufmerksam. Darüber hinaus deutet sie auf noch unausgeschöpfte Möglichkeiten hin, die in der engeren Verknüpfung von theoretischer und empirischer Arbeit auf diesem Gebiet liegen.

Der Aufsatz von *Hans-Christoph Schröder* »Die amerikanische und die englische Revolution in vergleichender Perspektive« kann mit Gewinn gelesen werden, insbesondere weil Schröder den Vergleich mit der amerikanischen Revolution im Hinblick auf die sogenannte »puritanische Revolution«, nicht aber auf die »Glorious Revolution« durchführt. Allerdings wird dieser Beitrag gerade dann wenig befriedigen, wenn nach dem Revolutionsverständnis des Verfassers gefragt wird. Hier ist nur sehr Widerspruchsvolles zu erfahren. Auf der einen Seite bezog nach Schröder die englische Revolution breite Volksschichten wie auch Teile der unteren Mittelschichten ein und führte somit zu einer radikalen Infragestellung der bisherigen Gesellschaftsordnung. Auf der anderen Seite leugnet Schröder die soziale Komponente der Revolution fast völlig zugunsten einer politischen und verfassungsgeschichtlichen Deutung. In der englischen Abneigung gegen den Begriff »innovation« glaubt er einen konservativen Grundzug erkennen zu können, ungeachtet der Tatsache, daß

2 Vgl. dazu *Gisela Bock / Barbara Duden*, Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: *Frauen und Wissenschaft*. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Juli 1976, Berlin 1977, S. 118–199.

Komplementarisierung des Charakters, der Rolle und der Arbeit von Männern und Frauen seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts und ihren Zusammenhang mit der industriellen und privaten Arbeitsorganisation. Den beiden letztgenannten Beiträgen kommt das Verdienst zu, auf eine Problematik hinzuweisen, die bisher in der Bundesrepublik – anders als in England, Frankreich und den USA – ebenso vernachlässigt wurde wie bis vor kurzem die Familienforschung, mit der sie jedoch viel zu tun hat: die Rekonstruktion der vergessenen und verschwiegenen Geschichte von Frauen[2]. Gisela Bock

Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), 200 Jahre amerikanische Revolution und moderne Revolutionsforschung (= Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Sonderheft 2), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 287 S., kart., 42 DM (für Abonnenten der Zeitschrift 37 DM).

Seit mehreren Jahren ist das Thema: Revolution, Revolutionsforschung und Revolutionstheorie in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen und öffentlichen Interesses gerückt. Die Gründe für die gegenwärtige intensive Beschäftigung mit einem in der älteren geschichtswissenschaftlichen Forschung kaum eigens thematisierten Bereich liegen offen zutage. In diesem Kontext kann auch das von H.-U. Wehler herausgegebene Sonderheft als ein wichtiges Dokument dieser jüngsten Bemühungen gelten. Denn die Revolutionsforschung der letzten fünf Jahre hat nicht nur eine kaum überschaubare Literatur hervorgerufen, die in dieser Veröffentlichung Beachtung findet. Auch ist inzwischen von Kritikern dieser Forschungsrichtung zu hören, es sei noch nicht gelungen, »zum Wesen der Revolution« vorzudringen; so eine Äußerung anläßlich des jüngst in den USA durchgeführten Symposiums zu Revolutionstheorie und geschichtswissenschaftlicher Forschung. Zwar können einzelne Beiträge dieses Sonderheftes auch zur Bestätigung dieser resignierenden Aussage herangezogen werden. Insgesamt aber werden gerade an diesem Heft bedeutende Fortschritte innerhalb der jüngsten Revolutionsforschung deutlich.

Das Sonderheft vereinigt neuere Studien zur amerikanischen Revolution mit einer ausführlichen theoretischen Arbeit zum Stand der Revolutionsforschung und mit drei weiteren Aufsätzen zur Revolutionsgeschichte in Europa. Diese Zusamenstellung ist besonders glücklich; denn sie macht auf die Vorzüge sowohl der jüngsten empirischen Forschungsarbeiten als auch der theoretischen Reflexion innerhalb der Revolutionsgeschichte aufmerksam. Darüber hinaus deutet sie auf noch unausgeschöpfte Möglichkeiten hin, die in der engeren Verknüpfung von theoretischer und empirischer Arbeit auf diesem Gebiet liegen.

Der Aufsatz von *Hans-Christoph Schröder* »Die amerikanische und die englische Revolution in vergleichender Perspektive« kann mit Gewinn gelesen werden, insbesondere weil Schröder den Vergleich mit der amerikanischen Revolution im Hinblick auf die sogenannte »puritanische Revolution«, nicht aber auf die »Glorious Revolution« durchführt. Allerdings wird dieser Beitrag gerade dann wenig befriedigen, wenn nach dem Revolutionsverständnis des Verfassers gefragt wird. Hier ist nur sehr Widerspruchsvolles zu erfahren. Auf der einen Seite bezog nach Schröder die englische Revolution breite Volksschichten wie auch Teile der unteren Mittelschichten ein und führte somit zu einer radikalen Infragestellung der bisherigen Gesellschaftsordnung. Auf der anderen Seite leugnet Schröder die soziale Komponente der Revolution fast völlig zugunsten einer politischen und verfassungsgeschichtlichen Deutung. In der englischen Abneigung gegen den Begriff »innovation« glaubt er einen konservativen Grundzug erkennen zu können, ungeachtet der Tatsache, daß

2 Vgl. dazu *Gisela Bock / Barbara Duden*, Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: *Frauen und Wissenschaft*. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Juli 1976, Berlin 1977, S. 118–199.

die geforderten »old privileges« etwas radikal Neues beinhalteten. Auch vertauscht Schröder in seiner Argumentation immer wieder Ursache und Wirkung. So rückt er beispielsweise von der sozialökonomischen Deutung der englischen Revolution ab mit der bedingt richtigen, allerdings nur vom Ergebnis her gesehen zutreffenden Bemerkung, daß eine Umwälzung der Gesellschaftsverfassung nicht stattfand. An den sozio-ökonomischen Bedingungen und an der Intentionalität der englischen Revolution geht er aber durch seine Fixierung auf die politische und verfassungsrechtliche Fragestellung vorbei, ebenfalls übergeht er die insbesondere von Zagorin durchgeführte Analyse zur Englischen Revolution. (Nach Zagorin stellt z. B. die Englische Revolution einen Kampf innerhalb der herrschenden Gruppen Englands dar). Schließlich mißachtet Schröder den wiederum von Zagorin aufgestellten Anspruch, daß komparatistisch angelegte Revolutionsforschung sich immer auf die Analyse »ganzer Gesellschaften« richten muß (vgl. Meyer 1968). Durch die Vernachlässigung sowohl der soziologisch faßbaren Komponenten der revolutionären Bewegung als auch der einzelnen Entwicklungsstufen innerhalb der englischen Revolution übergeht Schröder auch weitere unter revolutionstheoretischer Sicht wichtige Probleme wie die Gefahr einer Parlamentsdiktatur und die Tatsache der Spaltung innerhalb der Parlamentsarmee. Die Unentschlossenheit des Verfassers im Hinblick auf die Beurteilung der englischen Revolution kommt schließlich darin zum Ausdruck, daß er manchmal in Anlehnung an die ältere, liberale und stark ideengeschichtlich geprägte Interpretationsrichtung Gardiners von der puritanischen Revolution spricht, andererseits diesen neueren sozialgeschichtlich überholten Begriff einer »Puritan Revolution« in Anführungszeichen setzt. Indem Schröder dem tertium comparationis, der Frage nach der Besonderheit revolutionärer Veränderung, nicht eigens nachgeht, vermag der Vergleich der beiden Revolutionen zwar manche Ähnlichkeiten bzw. Unterschiede in den Bedingungen und dem Verlauf der englischen und der amerikanischen Revolution aufzuzeigen; denn Schröder geht im Sinne eines komparatistischen Verfahrens vier Punkten, erstens dem präventiven Charakter, zweitens dem Zurücktreten der internationalen, universalistischen Komponente, drittens der Rolle der religiösen Fragen und viertens den Organisationsformen jeweils in beiden Revolutionen nach. Diese Verfahrensweise gibt aber keinen Aufschluß über generellere Aussagen zum allgemeineren Verständnis von Revolutionen. Die Wahl dieser vier Punkte ist allzu willkürlich, um zu verallgemeinerungsfähigen Erkenntnissen zu gelangen.

Anders demgegenüber sind die methodische Verfahrensweise und die Ergebnisse von *Heinz Schilling* einzuschätzen, der sich in seinem fundierten Beitrag »Der Aufstand der Niederlande« ausführlich mit der revolutionstheoretischen Literatur auseinandersetzt und entsprechend seiner eingeleiteten Vorklärung eine gesellschaftstheoretisch fundierte These seinen weiteren Ausführungen zugrunde legt. Nach Schilling stellt die niederländische Revolution »in ihrem gesellschaftlichen Kern [...] eine Auseinandersetzung innerhalb der aus Adel, Großbürgertum – im geringen Maße auch Großbauerntum – zusammengesetzten politischen Elite dar« (S. 203). Somit wendet Schilling ein Erklärungsmuster an, das für die Erfassung der soziopolitischen Entwicklungsdynamik in Deutschland, vor allem aber in England und Frankreich in der jüngsten Forschung vielfach verwandt und in seiner Aussagekraft und in seiner Verallgemeinerungsfähigkeit bestätigt worden ist.

Die beiden Aufsätze von *Heide Gerstenberger* »Revolution und Staatsgründung« und von *Dirk Hoeder* »Vom korporativen zum liberalen Eigentumsbegriff: Ein Element der amerikanischen Revolution« verdienen besondere Aufmerksamkeit. Denn in beiden Beiträgen haben die zentralen Begriffe zur Erfassung gesellschaftlicher Veränderung einen präzisen Bedeutungsgehalt. In diesem Sinne bezeichnet *Gerstenberger* die Gesellschaftsstruktur der Kolonialzeit insgesamt als ›frühkapitalistisch‹, während die Unionsgründung vorwiegend als ›Ausdruck von Entwicklungsbedingungen der Wirtschaft‹, insbesondere des Zwangs, sich den Bedingungen der Weltkonkurrenz zu unterwerfen, und des nach-revolutionären Stabilisierungsprozesses der amerikanischen Gesellschaft gesehen wird (S. 46, 50). Erst aus

dieser gesamtgesellschaftlichen Sicht äußert sich H. Gerstenberger zur Frage nach dem revolutionären Charakter der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung, wobei sie hervorhebt, daß es »doch ein gewaltiger Unterschied [ist], ob die gesamte soziale Struktur, ob die gesellschaftliche Organisation der Reduktion, umgewälzt wird, oder ob die Veränderungen innerhalb ein und derselben gesellschaftlichen Grundstruktur durchgesetzt werden« (S. 47).

Auf der Basis einer am Marxismus orientierten, undogmatischen Verwendung von Schlüsselkategorien gesellschaftlicher Veränderung, einer kritischen Auseinandersetzung mit der einschlägigen Literatur und einer empirisch gehaltvollen Darstellung der Interessenpolitik der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen vermag Gerstenberger das Besondere der amerikanischen Staatsgründung zu erarbeiten. Nach ihr handelt es sich nicht um eine soziale Revolution. Vielmehr verwendet Gerstenberger den Begriff Revolution im Sinne der Zeitgenossen, die ihren Unabhängigkeitskampf als Revolution bezeichneten, um ihrem Ziel »der Durchsetzung einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung« Ausdruck zu verleihen. Die Fragestellung von Gerstenberger ist auf die genauere Bestimmung dieses Staates, der nicht die Interessen aller, vielmehr die Interessen dieser bürgerlichen Gesellschaft vertrat, gerichtet. Sie gelangt auf diese Weise zu einer Hervorhebung der »typisch bürgerlichen Prinzipien von Staatsorganisation«, die nach H. Gerstenberger gerade an der Entstehungsgeschichte der Vereinigten Staaten als einem »originalen Produkt einer bereits bürgerlich organisierten Gesellschaft« in besonders prägnanter Form nachweisbar sind. In diesem Sinne werden an der Gründung des amerikanischen Staates beide in sich widerspruchsvollen Momente des bürgerlichen Staates, »das größtmögliche Maß an ökonomischer und politischer Bürgerfreiheit, welches in der bürgerlichen Revolution durchgesetzt worden ist, und gleichzeitig die strukturellen Begrenzungen, die von Anfang an der Entfaltung solcher Freiheit durch die spezifisch bürgerlich-kapitalistische Organisation dieser Gesellschaft gesetzt wurden« (S. 38), aufgedeckt.

Als aufschlußreiche Ergänzung zu diesem Beitrag ist der Aufsatz von *D. Hoeder* zu verstehen. Denn obgleich D. Hoeder nur »einem Element der amerikanischen Revolution« nachgehen will, unterstützen seine Ergebnisse die umfassende Argumentationsweise von Gerstenberger. D. Hoeder untersucht den Widerspruch zwischen korporativem und liberalem Eigentumsverständnis, »ein[en] Grundwiderspruch des puritanischen Ethos und auch der politischen Theorie, die der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung (1776) und Verfassung (1789) zugrunde lag«. Dabei zeigt er, »daß die Revolutionsperiode einen entscheidenden Schritt vom korporativen zum liberalen Eigentumsverständnis mit sich brachte, oder schärfer formuliert, daß die Befreiung des Eigentums von Restriktionen zu den Gründen gehört hat, die zur Revolution geführt haben« (S. 76).

Bemerkenswert erscheint an diesem Beitrag zweierlei: zum einen die soziologisch präzise Fassung des Eigentumsbegriffs, zum anderen die enge Verbindung des Eigentumsbegriffs mit dem sozialen Verhalten der einzelnen Gruppen, Schichten und Klassen der Gesellschaft. In diesem Sinne hebt Hoeder beispielsweise hervor, daß es sich bei der Betonung von Eigentum in der politischen Theorie nicht um Eigentum allgemein, auch nicht um ein korporatives Verständnis von Eigentum, sondern »um substantial property, als Reichtum oder Kapital«, handelt (S. 87). Ebenfalls geht er dem Eigentumsbegriff der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen und ihrem jeweiligen Klassenbewußtsein nach, um erst somit die Ambivalenz des Eigentumsbegriffs im Bedingungsgefüge der gesellschaftlichen Veränderung aufzudecken.

Neben diesen beiden Beiträgen, die implizit von gesellschaftstheoretischen Prämissen bestimmt sind, z. B. von der Annahme einer Abfolge von Gesellschaftsformationen und von grundlegenden, von der Produktionssphäre ausgehenden Veränderungen, sind zwei Beiträge zur Wirkungsgeschichte zu nennen, wobei *Horst Dippel* (»Die Wirkung der amerikanischen Revolution auf Deutschland und Frankreich«) auf bisher unbekanntes Akten-

material zurückgreift, während *Elisabeth Fehrenbach* (»Deutschland und die Französische Revolution«) sich auf ein Literaturresümee beschränkt.
Zwei weitere Beiträge zur Revolutionsursachenforschung sind hervorzuheben. *Hermann Wellenreuther* (»›The Wisdom to Secure the Entire Absolute and Immediate Dependency of the Colonies‹: Überlegungen zum Verhältnis zwischen der Krone und den englischen Kolonien in Nordamerika, 1689–1776«) weist nach, wie die Kolonisten im Verlauf fast eines Jahrhunderts eigene Vorstellungen über die Grundlagen ihres politischen Gemeinwesens entwickelt hatten, die mit der englischen verfassungsrechtlichen Auffassung nicht mehr vereinbar waren. Nach Wellenreuther war die amerikanische Revolution nur »der konsequente Schlußstrich unter eine Entwicklung, die sich lange vorher vollzogen hatte« (S. 75).
*Jürgen Bergmann* (»Ökonomische Voraussetzungen der Revolution von 1848: Zur Krise von 1845 bis 1848 in Deutschland«) geht dem Zusammenhang von Wirtschaftskrise und Revolution nach. Bergmann macht deutlich, daß nicht von »einer« Krise zwischen 1846 und 1849 gesprochen werden kann, daß vielmehr zwischen der Konjunkturentwicklung im industriewirtschaftlichen Bereich und im Agrarsektor unterschieden werden muß. Indem er mit statistischen Materialien der Konjunkturentwicklung sowohl im Agrarbereich als auch im monetären Sektor nachgeht, kann er als Ergebnis festhalten, daß »sich die Krise des monetären Sektors Ende 1847 andeutete und erst 1848 voll zum Ausbruch kam, während die vom Agrarsektor ausgehende Hungersnot und Teuerung dagegen im Frühjahr 1848 bereits überwiegend vorbei war« (S. 285). Auf dieser Basis vermag Bergmann die alte Frage nach dem Zusammenhang von ökonomischer Krise und 1848er Revolution neu zu stellen. Dabei eröffnet Bergmann selbst die Möglichkeit, Ansätze der neueren Revolutions- und Krisenforschung mit diesen Ergebnissen zu konfrontieren und somit zur Entwicklung angemessener Fragestellungen und zu weiterführenden Hypothesen zu gelangen – eine vielversprechende Möglichkeit. Denn Bergmanns Studie setzt genau an der Stelle an, an der Konjunkturforschung und Revolutionsforschung fruchtbar zusammenwirken und zu einem vorrangigen Erklärungsinstrument für die Entstehung gesellschaftlicher Krisen werden können. Diesen Zusammenhang von Konjunkturforschung und neueren sozialwissenschaftlichen Theorien der Revolution deutet Bergmann an, betont aber zugleich, daß er »noch der Gegenstand eingehender Untersuchungen sein« müsse (S. 287).
Während diese einzelnen Beiträge in sehr unterschiedlichem Maße von revolutionstheoretischen Ansätzen und Theorievorgaben bestimmt sind, stellt der Beitrag von *Georg P. Meyer* (»Revolutionstheorie heute. Ein kritischer Überblick in historischer Absicht«) den Versuch dar, wenn auch nur thesen- und umrißhaft, »einen Rahmen für die Analyse von Revolutionen« (S. 126) abzustecken. Nach einer Erörterung des Revolutionsbegriffs (I) und der Behandlung einiger »klassischer« thematischer Schwerpunkte der bisherigen Revolutionsforschung (II) geht Meyer der Reichweite und der Konsistenz einzelner theoretischer Erklärungsansätze nach (III), um abschließend nach einer prinzipielleren Kritik der besprochenen Revolutionstheorien (IV) selbst einen »Rahmen« für die Analyse von Revolutionen (V) abzustecken.
Trotz dieses klaren Aufbaus leidet der Beitrag darunter, daß der Verfasser sich nicht mit der nötigen methodischen Klarheit an sein eigenes Programm hält. Daher werden beispielsweise die heute faßbaren, unterschiedlichen Begriffsbestimmungen von Revolution innerhalb der Revolutionsforschung nicht deutlich. Das Ausweichen in die Unterschiedlichkeit »der Untersuchungseinheiten« mag nicht überzeugen (S. 130). Ebenfalls tritt an die Stelle einer »Behandlung einiger ›klassischer‹ Schwerpunkte der bisherigen Revolutionsforschung ein knapper Aufriß ›klassischer Studien‹ seit 1920, ausgehend von der Arbeit von Edwards, um weiterhin am Modell von Eckstein, dem Ansatz von Craine Brinton und der Typologie von Chalmers Johnson den Einfluß der »Naturgeschichte« von Edwards nachweisen zu können. Trotz der Verbindung von historischer Forschung und systema-

tischen Interessen seien »diese von der ›Naturgeschichte‹ inspirierten Arbeiten [. . .] in paradoxer Weise unhistorisch« (S. 140). Schließlich geht Meyer an den drei neueren Theorieentwürfen von Davies/Gurr, von Chalmers Johnson und von Charles Tilly der Reichweite und inneren Konsistenz der neuesten Revolutionsforschung nach, die sich »durch ihre weit ambitionierteren Entwürfe und durch ihr noch stärker gebrochenes Verhältnis zur Geschichte von den ›naturgeschichtlichen‹ Vorläufern« (S. 141) unterscheidet.
Sowohl in der von Davies entwickelten »J-Kurve« als auch im Theorem von der »relativen Deprivation« von Gurr erkennt Meyer einen wichtigen Schritt von einem individualpsychologischen zu einem sozialpsychologischen Erklärungsmodell. Trotz kritischer Einwände (Davies wird merkwürdigerweise ›ökonomische Monomanie‹ attestiert, S. 145) sieht Meyer hier einen vielversprechenden Forschungsansatz, während »Johnson's systemtheoretische Reformulierung und Synthese eigentümlich vertrauter Ergebnisse der Revolutionsforschung – zumindest intentional – [als] wichtiges Korrektiv der individual- wie sozialpsychologischen Verkürzungen der revolutionstheoretischen Perspektive« gewertet werden (S. 152). Schließlich wird das Prozeß-Modell von Tilly, das, wie Meyer hervorhebt, die Mängel sowohl der Sozialpsychologie als auch der soziologischen Systemtheorie zu überwinden sucht, als »einseitig« verworfen. Nach Meyer ist das von Tilly gewählte Abstraktionsniveau für empirische Forschung zu hoch und zu formal. Tilly erliege »dem Trugschluß *einer* Theorie der Revolution« (S. 155).
Erst nach dieser kritischen Auseinandersetzung mit drei führenden Theorieentwürfen gelangt Meyer zu seinen »prinzipielleren Einwänden«, die als allgemeine Postulate an eine historisch-sozialwissenschaftliche Revolutionsforschung verstanden werden können. Denn aus den »durchgängigen Mängeln dieser Teiltheorien revolutionärer Transformationsprozesse« gewinnt Meyer seine Prinzipien, die auf so unterschiedlichen Ebenen liegen, wie die Forderungen nach einem ideologiekritischen Verfahren, nach abstrakter Begrifflichkeit, die nicht in terminologische Hochstapelei umschlägt, nach Quantifizierung, ohne ins Technologische abzugleiten, und dergleichen mehr. Von grundlegender Bedeutung ist aber seine an dem gegenwärtigen Diskussionsstand zur Modernisierungs- und zur sozialen Evolutionstheorie gewonnene Forderung, Revolutionsforschung müsse sich an dem Reflexionsniveau sowohl »der Modernisierungstheorien« als auch der »traditionellen marxistischen Theorie« messen. Damit benennt Meyer zugleich das für seinen eigenen Rahmen bestimmte Prinzip, das mit der von Wehler in seiner Auseinandersetzung mit Karl Marx und Max Weber vorgeschlagenen Kompromißformel identisch ist. Ohne selbst eine Vorentscheidung für einen Theorieansatz zu treffen, sucht Meyer diese in der gegenwärtigen Diskussion zur Disposition gestellten Ansätze in ein Forschungsinstrumentarium zu verwandeln – ein Unternehmen, das nicht geklärte methodologische Fragen aufwirft. Meyer bezeichnet diesen Versuch selbst als »problematisch« (S. 169).
Dieser Beitrag ist für die augenblickliche Forschungslage symptomatisch. Im Sinne eines erfreulich weit gefaßten Pluralismusverständnisses werden unterschiedliche Ansätze als heuristisches Instrumentarium zu einer, wie Meyer sagt, »Synthese« gebracht, ohne den Anspruch auf theoretische Stringenz zu erheben. Somit wird ein Rahmen für Revolutionsforschung abgesteckt, der die Vorteile der forschungsstrategischen Offenheit zu verwirklichen sucht, ohne den Nachteilen eines intellektuellen Stillstands zu erliegen.

Annette Kuhn

Handbuch der bayerischen Geschichte, hrsg. von Max Spindler, Bd. IV, 1/2: Das Neue Bayern 1800–1970, Verlag C. H. Beck, München 1974/75, XLVI, 1398 S., in 2 Teilbänden, Ln., 174 DM. – Unveränderte Sonderausgabe u. d. T.: Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert 1800–1970, 1978, 2 Teilbde. in Schuber, 74 DM.

Mit dem »Handbuch der bayerischen Geschichte« wurde ein Werk vollendet, das eine Art »Gebhardt« der bayerischen Landesgeschichte zu sein beansprucht[1]. Der erste Teilband ist unter dem Titel »Staat und Politik« der politischen Geschichte im engeren Sinne gewidmet, der zweite Band zunächst, unter dem Titel »Innere Entwicklung«, der Bevölkerungs-, Sprach-, Wirtschafts-, Sozial- und Kirchengeschichte, und schließlich, unter dem Titel »Das geistige Leben«, der Entwicklung des Schul- und Hochschulwesens, der Literatur, dem Pressewesen, der Bildenden Kunst, der Musik und der »öffentlichen Kulturpflege«. Diese Gliederung zeigt schon das konservative Geschichtsverständnis, das dem Werke zugrunde liegt. Ein genauerer Blick auf den Umfang der einzelnen Teile bestätigt das noch. Während der ganze erste Band die Geschichte des »Staates« Bayern behandelt, umfassen die Kapitel über die Sozial- und Wirtschaftsentwicklung, inkl. Bevölkerungs- und Sprachgeschichte, 230 Seiten, die Geschichte der beiden Kirchen 60 Seiten und die Entwicklung des »geistigen Lebens« 330 Seiten.

Das Handbuch beginnt mit der Darstellung der Gründungszeit des modernen bayerischen Staates (1799–1825) von *Eberhard Weis*, einem der besten Beiträge des Werkes. Weis beschränkt sich zwar, entsprechend der Gesamtkonzeption, weitgehend auf die politische Geschichte, d. h. die Geschichte der Herrschaftsträger in Bayern, behandelt jedoch auch Alternativprogramme oppositioneller Gruppen, so die »Jakobinischen Bestrebungen zur Revolutionierung Bayerns« (S. 10 f.), die bislang nur selten erforscht wurden[2].

Die Zeit von 1825 bis 1848 beschreibt der Herausgeber *Max Spindler* (S. 89–223). Auch wenn man der Ansicht zustimmen kann, daß der bayerische König in dieser Zeit – Ludwig I. – einen sehr gewichtigen Einfluß auf die innere Entwicklung seines Landes ausübte, und es deshalb gerechtfertigt erscheint, diesen Abschnitt mit »Regierungszeit Ludwigs I.« zu überschreiben, so entgeht Spindler doch nicht der Gefahr, diese Zeitepoche allzu sehr von der Person des Monarchen aus zu betrachten. Die Gliederung der ersten Hauptkapitel nach den Regierungsjahren der bayerischen Könige hat zur Folge, daß die Revolution von 1848/49 in zwei Beiträgen abgehandelt wird, da Ludwig I. am 19. März 1848 abdankte. Die Vorgeschichte und den Beginn der Revolution behandelt Spindler etwas kurz, aber sachlich und informativ. Die weitere Entwicklung schildert dann *Hans Rall* in seinem Beitrag »Die politische Entwicklung von 1848 bis zur Reichsgründung 1871« (S. 228–282). Seine Darstellung der revolutionären Ereignisse kann in keiner Weise befriedigen. Er erwähnt zwar beiläufig die während dieser Zeit entstandenen Arbeiter- bzw. Arbeiterbildungsvereine sowie die beiden gesamtbayerischen Arbeiterkongresse vom April und November 1848, ohne jedoch deren Zusammenhang mit der gesamtdeutschen »Arbeiterverbrüderung« überhaupt anzudeuten. Sicher hat Rall Recht, wenn er schreibt, daß die Initiatoren dieser Vereine meist Intellektuelle waren, doch er nennt diese nicht Initiatoren, Gründer oder ähnlich, sondern – und das ist schon sehr aufschlußreich – »Antreiber«, die – hier wird seine Voreingenommenheit gegen die demokratischen Kräfte der Revolution ganz deutlich – »absinkende Berufsgruppen« gegen die Herrschaftsträger »aufhetzten« (S. 232).

1 Früher bereits erschienen: Bd. I: Das Alte Bayern. Das Stammesherzogtum bis zum Ausgang des 12. Jahrhunderts, München 1967; Bd. II: Das Alte Bayern. Der Territorialstaat. Vom Ausgang des 12. Jahrhunderts bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, München 1969; Bd. III, 1/2: Franken, Schwaben, Oberpfalz bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, München 1971 (2 Teilbände).

2 Kritisch rezipiert hier *Weis* die bahnbrechenden Arbeiten des DDR-Historikers *Heinrich Scheel:* »Süddeutsche Jakobiner« (1962) und »Jakobinische Flugschriften aus dem deutschen Süden« (1965).

Der folgende Beitrag von *Dieter Albrecht* über die Zeit von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges hebt sich durch Genauigkeit und große Sachlichkeit von dem Ralls ab. Allerdings ist die konservative Grundeinstellung des Verfassers klar erkennbar, so wenn er einigen Dissertationen aus der Schule von Karl Bosl, auf die er sich sehr oft bezieht, eine Überbetonung und Dramatisierung der »Diskrepanzen und Spannungen der Vorkriegszeit« unterschiebt (S. 349 f.), obwohl diese nur versucht haben, das traditionelle Geschichtsbild vom friedlichen und konfliktlosen Bayern vor dem Ersten Weltkrieg aufgrund ihrer Quellenstudien etwas in Frage zu stellen[3]. In seinem Abschnitt »Parteien und Verbände« behandelt er auch die Entwicklung der Sozialdemokratie in Bayern von der Gründung der ersten Mitgliedschaft des ADAV in Augsburg 1864 bis zum Ersten Weltkrieg (S. 307–312)[4].

Die politische Entwicklung Bayerns während der Weimarer Republik beschreibt *Albert Schwarz*. Sehr ausführlich, ja für ein Handbuch zu detailliert, schildert er die Zeit des Übergangs von der Monarchie zur Republik (S. 387–453), wobei seine Antipathie gegen die revolutionären Kräfte deutlich erkennbar wird. Er bezieht sich bei seinen Ausführungen meist auf die ältere Memoirenliteratur, während er die wichtigen neueren Forschungen meist nur – und nicht einmal vollzählig – in seinen Literaturangaben erwähnt[5]. Knapper und sachlicher sind dagegen seine Kapitel über die weitere Entwicklung bis 1933 (S. 454–517).

Allzu kurz ist der Abschnitt »Bayern im NS-Staat« von *Ludwig Volk* ausgefallen. Sein Kapitel »Von der Staatsregierung zur Reichsmittelbehörde« (S. 518–530) ist noch recht informativ, auch wenn es inzwischen durch zwei neuere Arbeiten teilweise überholt ist[6]. Dagegen muß das zweite Kapitel »Zwischen Anpassung und Widerstand« (S. 530–537) Befremden erregen. Auf knapp einer Seite behandelt er den Vernichtungsfeldzug des NS-Regimes gegen die Juden, drei Seiten dagegen widmet er dem Kampf des Regimes gegen die Kirchen[7] und schließlich eine Seite den verschiedenen »Oppositionsgruppen«. Hierbei erwähnt er auch beiläufig den Widerstand sozialistischer und kommunistischer Gruppen. Namentlich erwähnt er lediglich einige Mitglieder des Kreisauer Kreises, des Kreises um die Geschwister Scholl und einer monarchistischen Widerstandsgruppe.

Den letzten Beitrag des ersten Bandes widmen *Ernst Deuerlein* und *Wolf D. Gruner* der Zeit von 1945 bis 1972. Allerdings kann man von einer genaueren Darstellung nur für die Zeit bis zur Gründung der Bundesrepublik sprechen (S. 538–617), während für die Jahre von 1949 bis 1972 lediglich wichtige Fakten (Wahlergebnisse, Regierungsumbildungen) zusammengestellt werden (S. 617–644).

Der *zweite Band* des Handbuchs beginnt mit einigen Kapiteln über das Land Bayern, seine Bodenschätze und die Bevölkerungsentwicklung von *Hans Fehn* (S. 647–708), in denen

3 Er erwähnt in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Dissertationen von *Karl Möckl*, Die Prinzregentenzeit, München/Wien 1972 (vgl. Rez. in: AfS XV, 1975, S. 629 f.), *Willy Albrecht*, Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918, Berlin 1968, und *Richard Kessler*, Heinrich Held als Parlamentarier, Berlin 1971.

4 Ein paar Ungenauigkeiten seien hier richtiggestellt: Die von den Münchener und Augsburger Lassalleanern im Januar 1870 gegründete Arbeiterpartei hieß »Allgemeiner Deutscher Sozialdemokratischer *Arbeiterverein*« (S. 308); F. J. Ehrhart wurde erst 1898 MdR; G. v. Vollmar gehörte dem Reichstag auch schon 1881–1887 an (S. 310).

5 Vgl. *Karl Bosl* (Hrsg.), *Bayern im Umbruch*. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München/Wien 1969.

6 *Falk Wiesemann*, Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/1933, Berlin 1975, und *Ortwin Domröse*, Der NS-Staat in Bayern von der Machtergreifung bis zum Röhm-Putsch, München 1974.

7 Diese ausführliche Behandlung des sogenannten Kirchenkampfes wird noch unverständlicher, wenn man bedenkt, daß im Abschnitt des Handbuchs über die Katholische Kirche dieses Thema von *Helmut Witetschek* noch einmal erörtert wird (Bd. 2, S. 941–943). Beide Autoren gehen übrigens mit keinem Wort auf die schon über 15 Jahre dauernde Diskussion über die allzu große Anpassung der Kirchen an das NS-Regime ein.

einige wichtige Daten und Fakten zusammengestellt werden. Doch leidet dieser Abschnitt wie auch die folgenden über die Wirtschafts- und Sozialentwicklung an einer übermäßigen Kürze, so daß ihr Informationswert oft sehr gering ist und man auch für allgemeinere Fragen auf die angegebene Literatur zurückgreifen muß. Gerade für diese Kapitel wären einige Karten, Tabellen und Diagramme von großem Nutzen gewesen. Lediglich der Beitrag von *Ingo Reiffenstein* über »Mundarten und Hochsprache« (S. 709–731) wird durch zwei Karten ergänzt. Der Benutzer des Handbuchs hat ja nicht immer den auch von Max Spindler herausgegebenen sehr guten Atlas zur bayerischen Geschichte zur Hand[8].
Relativ ausführlich sind die beiden Abschnitte über die Entwicklung der Landwirtschaft und der Landbevölkerung von *Adolf Sandbergen* und *Pankraz Fried* (S. 732–780). Der Überblick von *Wolfgang Zorn* über die Entwicklung der bayerischen Wirtschaft ist zwar recht kurz (S. 782–845), aber informativ. Weniger befriedigt seine Darstellung der »Sozialentwicklung der nichtagrarischen Welt« (S. 846–882), da hier zwar die gesellschaftlichen Führungsgruppen genauer analysiert werden, die anderen Bevölkerungsgruppen (gewerblicher Mittelstand, Angestellte, Land- und Industriearbeiter) lediglich erwähnt und mit einigen allgemeinen Bemerkungen abgetan werden. So erfährt man z. B. nichts über die Entstehung des städtischen Proletariats in Bayern[9]. Eine Schwäche fast aller Artikel des Handbuchs sei in diesem Zusammenhang erwähnt: Regionale Besonderheiten werden zwar öfter erwähnt, aber nicht näher analysiert. Die Abschnitte über die politische Entwicklung wie auch die meisten Kapitel des zweiten Bandes sind zudem allzu sehr auf die Landeshauptstadt München zentriert. Nur die Beiträge zur Literaturgeschichte von *Hans* und *Karl Pörnbacher* (S. 1089–1145) beschäftigen sich in besonderen Kapiteln mit der fränkischen Entwicklung.
Nicht befriedigen können die Ausführungen von *Lothar Kuppelmayr* über die Tageszeitungen in Bayern, da sie sehr ungenau und lückenhaft sind (S. 1146–1173). So wurde in München zwischen dem »Proletarier«, der von 1869 bis 1871 erschien, und den Zeitungen Vierecks (ab 1882) noch als sozialdemokratisches Blatt der »Zeitgeist« (1873–1878) herausgegeben. Das wichtige sozialdemokratische Blatt Nürnbergs, die »Fränkische Tagespost« (1872–1933), wird gar nicht erwähnt.
Ergänzt wird das Handbuch durch Stammtafeln der Wittelsbacher, ein Verzeichnis aller bayerischen Minister, statistische Tafeln über die Ergebnisse aller Landtagswahlen von 1869–1970 und ein umfangreiches Register (S. 1303–1398).
Im ganzen muß man die Herausgabe des Handbuchs als große Leistung würdigen: Gibt es auch nicht über alle Fragen hinreichende Auskunft, so können einem doch die zahlreichen Literaturangaben meist weiterhelfen. Vielleicht ist es zudem möglich, wenigstens einige der aufgezeigten Mängel bei einer eventuellen späteren Neubearbeitung zu beseitigen.

Willy Albrecht

Friederike Hausmann, Die Agrarpolitik der Regierung Montgelas. Untersuchungen zum gesellschaftlichen Strukturwandel Bayerns um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert (= Verfassungsgeschichte, Bd. 2), Verlag Herbert Lang, Bern/Verlag Peter Lang, Frankfurt 1975, XIV, 288 S., brosch., 41,40 sFr.

Welche Bedeutung der Rheinbundära für die »Modernisierung« der deutschen Staatenwelt unter politisch-administrativem wie unter sozialem Aspekt, längerfristig betrachtet, zukommt, ist in der deutschen Geschichtsschreibung zugunsten des idealisierten preußischen

8 *Bayerischer Geschichtsatlas*, hrsg. von *Max Spindler*, Redaktion G. Diepolder, München 1969.
9 Eine wichtige Arbeit zu diesem Thema, die allerdings im Titel nichts von dieser Relevanz verrät, hat Zorn anscheinend nicht herangezogen: *Fintan Michael Phayer*, Religion und das Gewöhnliche Volk in Bayern in der Zeit von 1750–1850, München 1970.

einige wichtige Daten und Fakten zusammengestellt werden. Doch leidet dieser Abschnitt wie auch die folgenden über die Wirtschafts- und Sozialentwicklung an einer übermäßigen Kürze, so daß ihr Informationswert oft sehr gering ist und man auch für allgemeinere Fragen auf die angegebene Literatur zurückgreifen muß. Gerade für diese Kapitel wären einige Karten, Tabellen und Diagramme von großem Nutzen gewesen. Lediglich der Beitrag von *Ingo Reiffenstein* über »Mundarten und Hochsprache« (S. 709–731) wird durch zwei Karten ergänzt. Der Benutzer des Handbuchs hat ja nicht immer den auch von Max Spindler herausgegebenen sehr guten Atlas zur bayerischen Geschichte zur Hand[8].
Relativ ausführlich sind die beiden Abschnitte über die Entwicklung der Landwirtschaft und der Landbevölkerung von *Adolf Sandbergen* und *Pankraz Fried* (S. 732–780). Der Überblick von *Wolfgang Zorn* über die Entwicklung der bayerischen Wirtschaft ist zwar recht kurz (S. 782–845), aber informativ. Weniger befriedigt seine Darstellung der »Sozialentwicklung der nichtagrarischen Welt« (S. 846–882), da hier zwar die gesellschaftlichen Führungsgruppen genauer analysiert werden, die anderen Bevölkerungsgruppen (gewerblicher Mittelstand, Angestellte, Land- und Industriearbeiter) lediglich erwähnt und mit einigen allgemeinen Bemerkungen abgetan werden. So erfährt man z. B. nichts über die Entstehung des städtischen Proletariats in Bayern[9]. Eine Schwäche fast aller Artikel des Handbuchs sei in diesem Zusammenhang erwähnt: Regionale Besonderheiten werden zwar öfter erwähnt, aber nicht näher analysiert. Die Abschnitte über die politische Entwicklung wie auch die meisten Kapitel des zweiten Bandes sind zudem allzu sehr auf die Landeshauptstadt München zentriert. Nur die Beiträge zur Literaturgeschichte von *Hans* und *Karl Pörnbacher* (S. 1089–1145) beschäftigen sich in besonderen Kapiteln mit der fränkischen Entwicklung.
Nicht befriedigen können die Ausführungen von *Lothar Kuppelmayr* über die Tageszeitungen in Bayern, da sie sehr ungenau und lückenhaft sind (S. 1146–1173). So wurde in München zwischen dem »Proletarier«, der von 1869 bis 1871 erschien, und den Zeitungen Vierecks (ab 1882) noch als sozialdemokratisches Blatt der »Zeitgeist« (1873–1878) herausgegeben. Das wichtige sozialdemokratische Blatt Nürnbergs, die »Fränkische Tagespost« (1872–1933), wird gar nicht erwähnt.
Ergänzt wird das Handbuch durch Stammtafeln der Wittelsbacher, ein Verzeichnis aller bayerischen Minister, statistische Tafeln über die Ergebnisse aller Landtagswahlen von 1869–1970 und ein umfangreiches Register (S. 1303–1398).
Im ganzen muß man die Herausgabe des Handbuchs als große Leistung würdigen: Gibt es auch nicht über alle Fragen hinreichende Auskunft, so können einem doch die zahlreichen Literaturangaben meist weiterhelfen. Vielleicht ist es zudem möglich, wenigstens einige der aufgezeigten Mängel bei einer eventuellen späteren Neubearbeitung zu beseitigen.

Willy Albrecht

Friederike Hausmann, Die Agrarpolitik der Regierung Montgelas. Untersuchungen zum gesellschaftlichen Strukturwandel Bayerns um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert (= Verfassungsgeschichte, Bd. 2), Verlag Herbert Lang, Bern/Verlag Peter Lang, Frankfurt 1975, XIV, 288 S., brosch., 41,40 sFr.

Welche Bedeutung der Rheinbundära für die »Modernisierung« der deutschen Staatenwelt unter politisch-administrativem wie unter sozialem Aspekt, längerfristig betrachtet, zukommt, ist in der deutschen Geschichtsschreibung zugunsten des idealisierten preußischen

8 *Bayerischer Geschichtsatlas*, hrsg. von *Max Spindler*, Redaktion G. Diepolder, München 1969.
9 Eine wichtige Arbeit zu diesem Thema, die allerdings im Titel nichts von dieser Relevanz verrät, hat Zorn anscheinend nicht herangezogen: *Fintan Michael Phayer*, Religion und das Gewöhnliche Volk in Bayern in der Zeit von 1750–1850, München 1970.

Reformmodells lange Zeit geleugnet oder bagatellisiert worden. Auch wenn inzwischen die fällige Revision des borussisch-kleindeutschen Geschichtsbildes beachtliche Fortschritte gemacht hat, bleibt doch noch viel zu tun, um die Entwicklung innerhalb der Rheinbundstaaten im Wechselspiel zwischen den Kräften der Beharrung und Bewegung, der Reform und der Restauration aufzuhellen und in ihren Voraussetzungen wie in ihren Auswirkungen über das Jahr 1815 hinaus einsichtig zu machen.

In einer noch primär agrarisch orientierten Wirtschafts- und Sozialordnung besaßen alle Fragen, die das Bodenrecht betrafen, naturgemäß größte gesellschaftspolitische Relevanz und Brisanz. Die Studie von Friederike Hausmann zielt somit auf ein Thema, an dem die Probleme rheinbündischer Reformbemühungen insgesamt einsichtig gemacht werden können. Bewußt sucht die Autorin den Rahmen einer verfassungsgeschichtlichen Arbeit in engerem Sinne zu sprengen, indem sie »das dialektische Verhältnis von wirtschaftlich-sozialen und rechtlich-politischen Veränderungen« in das Zentrum ihrer Untersuchung stellen möchte (S. XIV). Freilich bringt ein derartiger höchst wünschenswerter Integrationsversuch auch seine Probleme hinsichtlich Stoffbeherrschung und Stoffdurchdringung mit sich.

Hausmann verortet die Regierung Montgelas »am Wendepunkt zweier Epochen«, zwischen »Feudalismus« und »industriellem Kapitalismus«; sie wertet die Agrarreformen der »Bauernbefreiung« als »historische Voraussetzung und Bedingung für die Durchsetzung des industriellen Kapitalismus« (S. IX). Aus dieser »historischen Einordnung« leitet sie Fragestellung und Wertmaßstab für die Beurteilung der Agrarpolitik der Regierung Montgelas ab: »Inwiefern ist sie ein bewußter oder unbewußter Beitrag zu dieser Entwicklung, hat sie sie zu verhindern oder zu befördern gewußt« (S. X). Dieser globale, von Marxschem Geschichtsdenken angehauchte Orientierungsrahmen, dessen Prämissen nicht genauer hinterfragt werden, bedeutet allerdings keinen allzu strengen Raster für die Durchführung der Arbeit. Soweit er die Argumentation der Verfasserin im einzelnen bestimmt, erweist er sich kaum als sehr erkenntnisfördernd. Besonders gilt dies für den ersten, problematischsten Teil der Studie über die »wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen« für die bayerische Agrarpolitik während der Rheinbundperiode (S. 1–97). Da Hausmann in ihrem Überblick über die wirtschaftliche Situation Bayerns gegen Ende des 18. Jahrhunderts von vornherein darauf ausgeht, »die qualitativen Merkmale der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dieser Zeit als Endphase der feudalen Wirtschafts- und Sozialordnung zu charakterisieren« und »die Elemente des Übergangs zum industriellen Kapitalismus zu benennen« (S. 1 f.), gerät sie immer wieder in die Gefahr, die vorgefundenen Informationen auf dieses Bezugsschema zuzuschneiden oder sich gar mit »einigen allgemeinen Überlegungen« zu bestimmten Fragen zu behelfen (S. 27). So entsteht ein Bild von scheinbar zwingender, bei genauerem Zusehen jedoch oft genug brüchiger Logik.

Die ganze – im Detail hier nicht vorzuführende – Argumentationskette läuft darauf hinaus, daß die Agrarverfassung Altbayerns während des 18. Jahrhunderts zunehmend durch »tiefe innere Auflösungserscheinungen« angesichts sich zuspitzender innerer »Widersprüche« (S. 52, 73 f.) gekennzeichnet gewesen sei, verursacht durch die Statik von sozialer Organisation der bäuerlichen Bevölkerung in der Gemeinde und von Produktionsformen, die seit dem Mittelalter fast unverändert geblieben seien, und fortwährend ansteigende Abgabenforderungen seitens des Staates und der Grund- und Gerichtsherren. So habe »die Verarmung unter der bäuerlichen Bevölkerung – und damit der Ausfall ihrer Leistungsfähigkeit für den Staatsetat – ein solches Ausmaß angenommen, daß ein politisches Eingreifen bzw. eine zu ihren Gunsten aktive Wirtschaftspolitik unumgänglich geworden war« (S. 272). Auch wenn man keineswegs dazu geneigt ist, die Agrarverhältnisse im Altbayern des 18. Jahrhunderts zu idyllisieren, so scheint doch gegenüber der oft recht apodiktischen Darstellung mit ihren Zwangsläufigkeitstendenzen Vorsicht angebracht. Daß über die tatsächliche Belastung der bayerischen Landwirtschaft durch »Feudalabgaben« und Steuern

bisher noch nicht allzuviel bekannt ist, Hausmann daher über die Relation von Brutto- bzw. Nettoertrag zu den landes-, gerichts- und grundherrlichen Erfordernissen nur recht spärliche Angaben machen kann und über die Entwicklung dieser Relation während des 18. Jahrhunderts keinerlei Informationen liefert, ist ihr nicht anzulasten. Angesichts einer derartigen Forschungslage wäre aber auch um so größere Zurückhaltung angebracht, was generalisierende Aussagen über nicht nur *absolut*, sondern auch *relativ* steigende Abgabenbelastung des agrarischen Sektors betrifft. Daß die Steuern vor allem infolge zunehmend kostspieligeren militärischen Aufwandes im System der europäischen Mächte in Kriegszeiten schon während des 17. Jahrhunderts immer wieder sprungartig hochschnellten und langfristig stärker angestiegen sind als die landwirtschaftliche Produktion, dürfte für die europäische Staatenwelt ziemlich allgemein gelten. Ebenso trifft es zu, daß sich aus dieser Entwicklung wachsende Spannungen zwischen Landesherrschaft und Grundherrschaft – um die komplizierten Verhältnisse schlagwortartig zu bezeichnen – wegen der beiderseitigen Anteile an den bäuerlichen Abgaben ergeben konnten; die Bauernschutzpolitik ist bekanntlich aus diesem Tatbestand erwachsen. Wie weit die Grundherrschaften die Leistungen ihrer Grundholden effektiv steigerten, ist noch weithin ungeklärt. Für die Behauptung Hausmanns, die Grundherren hätten im Wettlauf mit dem Landesherren die Belastung ihrer Grundholden hochgetrieben bis hin zur Verelendung breiter Bevölkerungsschichten, genügt es jedenfalls kaum, das in Bayern besonders gründlich ausgebaute Institut der Besitzwechselabgaben zu zitieren. Von ihrem Ausbeutungs- und Verelendungspostulat her weiß Hausmann selbst die – übrigens höchst überprüfungsbedürftige – Annahme, die Naturgefälle seien bis zum Ende des 18. Jahrhunderts »meist« in einen festen Geldbetrag verwandelt worden, als nachteilig für die Pflichtigen zu interpretieren: Auch wenn die Agrarpreise während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zugunsten der bäuerlichen Wirtschaft langfristig spürbar anstiegen, habe sich die erhöhte Geldleistung durch wachsende Marktabhängigkeit bei stark schwankenden Preisen um so drückender für die Pflichtigen ausgewirkt – als ob die Preisschwankungen nicht die Konsequenz unterschiedlich guter Ernten gewesen wären, die Bauern also bei fortdauernder fixer Naturalleistung in Fehljahren besonders hart durch die Abgaben betroffen worden wären, während sie bei fixierter Geldleistung gerade dann relativ glimpflich davon kamen, falls sie einen Marktüberschuß produzierten. Auf dem Hintergrund solcher Argumentationsweise wirkt auch Hausmanns ›Beweisführung‹, die schwarzmalerischen Aussagen der zeitgenössischen Reformliteratur über die bayerischen Agrarzustände seien »durchaus nicht übertrieben« gewesen, nicht gerade stringent. Immerhin stimmt es nachdenklich, wenn Männer wie Hazzi und Rottmanner bei höchst pathetisch-radikalen Tönen schließlich nur zu sehr bescheidenen konkreten Reformvorschlägen gelangen. Ob sich diese Diskrepanz zwischen Kritik und Reformforderung einfach mit dem Hinweis auf die »Schwäche des Bürgertums« auflösen läßt (S. 88), erscheint zumindest fragwürdig. Pauschale Aussagen über die damalige ökonomische und soziale Wirklichkeit werden jedenfalls eine Klärung des Sachverhalts nicht herbeiführen.

Die Hausmannsche Interpretation der bayerischen Agrarzustände nötigt eigentlich zu der Schlußfolgerung, daß die Regierung Montgelas *grundlegende* Veränderungen zugunsten der ländlichen Bevölkerung realisieren *mußte*, um den Zusammenbruch der Landwirtschaft und damit auch des bayerischen Staates zu verhindern. Das Fazit des zweiten Teils der Studie, der durch differenzierende Analyse sehr viel mehr überzeugt als der einleitende Abschnitt, stellt nun aber dessen Aussagen zumindest implizit in Frage, wird doch deutlich, daß in der Ära Montgelas »die Agrarpolitik keinen leitenden Stellenwert in der politischen Gesamtkonzeption hatte« (S. 101) und nur recht zaghafte Ansätze zu einer ernstzunehmenden und durchgreifenden Grundentlastung zeitigte. Ihre Motive sind mutatis mutandis die gleichen, welche auch die Agrarpolitik der anderen Rheinbundstaaten, teilweise sogar die preußische »Bauernbefreiung« jener Jahre bestimmten: Zwar bemühte sich die Regie-

rung im Zeichen zu vollendender Staatssouveränität zunächst darum, den grundherrlichen Adel in öffentlich-rechtlicher Hinsicht möglichst weitgehend in die bürokratisch-zentralistische Verwaltungsorganisation einzugliedern und seine fortdauernden gerichtsherrlichen Kompetenzen gründlich zu beschneiden, doch scheute sie davor zurück, verbindlich regulierend in den weitgehend als »privatrechtlich« betrachteten Bereich der Grundherrschaft und in bestehendes »Eigentum« einzugreifen. Verstärkt wurde ihre Zurückhaltung durch den Umstand, daß der bayerische Staat infolge der Säkularisation selbst zum größten Grundherrn geworden war. So entstand sehr schnell eine spürbare Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach Herstellung von »Freiheit und Eigentum« im agrarischen Bereich einerseits und der Sorge vor finanziellen Einbußen durch die hierzu erforderlichen Agrarreformen andererseits.

Hausmann zeichnet sorgfältig die verschiedenen Stadien der Agrarpolitik nach, die vorhandenen Meinungsdivergenzen zwischen den und innerhalb der verschiedenen Behörden, die Mängel und Inkonsequenzen von Planung und Durchführung, die Widersprüche in den Zielsetzungen der Regierung, das Hemmnis der noch ausstehenden Steuerrektifikation, die Widerstände der bis 1808 noch existenten landschaftlichen Verordnung, die Probleme überhaupt, die sich bei der Ablösung von für besonders wertbeständig gehaltenen Rechten und einer etwaigen gleichwertigen Wiederanlage der Ablösungsgelder bei dem weitgehenden Fehlen entsprechend sicherer und rentierender Anlagemöglichkeiten ergeben.

Mit Nachdruck, vielleicht etwas zu pointiert, arbeitet die Verfasserin schließlich aus dem oft verwirrenden Detail einen grundlegenden agrarpolitischen Kurswechsel der Regierung Montgelas heraus, der im Zeichen der Konstitution von 1808 mit der Beseitigung des landwirtschaftlichen Einflusses zugunsten einer dauerhaften Absicherung der (nun gleichsam entpolitisierten) adligen Privilegierung eingesetzt, sich aber auch in der Gemeindepolitik speziell hinsichtlich der Gemeinheitsteilungen zugunsten des konservativen bäuerlichen Elements geltend gemacht und einen ausgesprochen restaurativen Zug getragen habe. Es sei dahingestellt, ob das Fazit, der »in sich widersprüchliche Charakter der Agrarpolitik« sei »nicht ein Fehler der agrarpolitischen Konzeption der Regierung, sondern notwendiges Ergebnis des widerspruchsvollen Entwicklungsstandes des gesellschaftlichen Strukturwandels um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert« gewesen (S. 276), die tatsächlichen oder vermeintlichen Widersprüche nicht zu sehr in den Vordergrund rückt, ob nicht noch stärker auf das Fortwirken kameralistischer Reformtradition mit ihren durchaus begrenzten Zielen, auf das Problem der im einzelnen zu erprobenden innerstaatlichen Vereinheitlichung und Integration, nicht zuletzt auf das Dilemma einer vom Primat der Außenpolitik bestimmten Kriegszeit abzuheben wäre, in der ein längerfristig angelegtes Agrarreformkonzept nur schwer entwickelt, geschweige denn realisiert werden konnte; der Informationswert der vorliegenden Untersuchung wird davon nicht im Kern berührt.

Wolfgang v. Hippel

Walter Steitz, Feudalwesen und Staatssteuersystem, Bd. 1: Die Realbesteuerung der Landwirtschaft in den süddeutschen Staaten im 19. Jahrhundert (= Studien zu Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im Neunzehnten Jahrhundert, Bd. 7 – Forschungsunternehmen »Neunzehntes Jahrhundert« der Fritz Thyssen Stiftung), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 297 S., kart., 68 DM.

Die anzuzeigende, mit 17 Schaubildern und zahlreichen Tabellen ausgestattete Arbeit behandelt das Problem der Realbesteuerung der Landwirtschaft in Baden, Württemberg und Bayern im 19. Jahrhundert, besonders in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Zunächst setzt sich Steitz mit der damaligen theoretischen Grundsteuerdiskussion auseinander, die im wesentlichen die gesamtfinanztheoretische Fragestellung widerspiegelte. Mit Recht weist er darauf hin, daß die Grundsteuertheorie in Deutschland meist »Ausfluß der exekutiven

rung im Zeichen zu vollendender Staatssouveränität zunächst darum, den grundherrlichen Adel in öffentlich-rechtlicher Hinsicht möglichst weitgehend in die bürokratisch-zentralistische Verwaltungsorganisation einzugliedern und seine fortdauernden gerichtsherrlichen Kompetenzen gründlich zu beschneiden, doch scheute sie davor zurück, verbindlich regulierend in den weitgehend als »privatrechtlich« betrachteten Bereich der Grundherrschaft und in bestehendes »Eigentum« einzugreifen. Verstärkt wurde ihre Zurückhaltung durch den Umstand, daß der bayerische Staat infolge der Säkularisation selbst zum größten Grundherrn geworden war. So entstand sehr schnell eine spürbare Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach Herstellung von »Freiheit und Eigentum« im agrarischen Bereich einerseits und der Sorge vor finanziellen Einbußen durch die hierzu erforderlichen Agrarreformen andererseits.

Hausmann zeichnet sorgfältig die verschiedenen Stadien der Agrarpolitik nach, die vorhandenen Meinungsdivergenzen zwischen den und innerhalb der verschiedenen Behörden, die Mängel und Inkonsequenzen von Planung und Durchführung, die Widersprüche in den Zielsetzungen der Regierung, das Hemmnis der noch ausstehenden Steuerrektifikation, die Widerstände der bis 1808 noch existenten landschaftlichen Verordnung, die Probleme überhaupt, die sich bei der Ablösung von für besonders wertbeständig gehaltenen Rechten und einer etwaigen gleichwertigen Wiederanlage der Ablösungsgelder bei dem weitgehenden Fehlen entsprechend sicherer und rentierender Anlagemöglichkeiten ergeben.

Mit Nachdruck, vielleicht etwas zu pointiert, arbeitet die Verfasserin schließlich aus dem oft verwirrenden Detail einen grundlegenden agrarpolitischen Kurswechsel der Regierung Montgelas heraus, der im Zeichen der Konstitution von 1808 mit der Beseitigung des landwirtschaftlichen Einflusses zugunsten einer dauerhaften Absicherung der (nun gleichsam entpolitisierten) adligen Privilegierung eingesetzt, sich aber auch in der Gemeindepolitik speziell hinsichtlich der Gemeinheitsteilungen zugunsten des konservativen bäuerlichen Elements geltend gemacht und einen ausgesprochen restaurativen Zug getragen habe. Es sei dahingestellt, ob das Fazit, der »in sich widersprüchliche Charakter der Agrarpolitik« sei »nicht ein Fehler der agrarpolitischen Konzeption der Regierung, sondern notwendiges Ergebnis des widerspruchsvollen Entwicklungsstandes des gesellschaftlichen Strukturwandels um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert« gewesen (S. 276), die tatsächlichen oder vermeintlichen Widersprüche nicht zu sehr in den Vordergrund rückt, ob nicht noch stärker auf das Fortwirken kameralistischer Reformtradition mit ihren durchaus begrenzten Zielen, auf das Problem der im einzelnen zu erprobenden innerstaatlichen Vereinheitlichung und Integration, nicht zuletzt auf das Dilemma einer vom Primat der Außenpolitik bestimmten Kriegszeit abzuheben wäre, in der ein längerfristig angelegtes Agrarreformkonzept nur schwer entwickelt, geschweige denn realisiert werden konnte; der Informationswert der vorliegenden Untersuchung wird davon nicht im Kern berührt.

Wolfgang v. Hippel

Walter Steitz, Feudalwesen und Staatssteuersystem, Bd. 1: Die Realbesteuerung der Landwirtschaft in den süddeutschen Staaten im 19. Jahrhundert (= Studien zu Naturwissenschaft, Technik und Wirtschaft im Neunzehnten Jahrhundert, Bd. 7 – Forschungsunternehmen »Neunzehntes Jahrhundert« der Fritz Thyssen Stiftung), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 297 S., kart., 68 DM.

Die anzuzeigende, mit 17 Schaubildern und zahlreichen Tabellen ausgestattete Arbeit behandelt das Problem der Realbesteuerung der Landwirtschaft in Baden, Württemberg und Bayern im 19. Jahrhundert, besonders in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Zunächst setzt sich Steitz mit der damaligen theoretischen Grundsteuerdiskussion auseinander, die im wesentlichen die gesamtfinanztheoretische Fragestellung widerspiegelte. Mit Recht weist er darauf hin, daß die Grundsteuertheorie in Deutschland meist »Ausfluß der exekutiven

Praxis« war, da es sich bei den deutschen Theoretikern nicht selten um Angehörige der Finanzverwaltung handelte.
In der solide gearbeiteten Studie wird sodann das steuertechnische Problem der Bemessungsgrundlage analysiert, eine Fragestellung, die für die drei süddeutschen Staaten besonders am Anfang des 19. Jahrhunderts sehr aktuell war; denn sie mußten nach den Gebietserweiterungen der napoleonischen Zeit versuchen, ihr neues Staatsgebilde zu festigen, wie dies Eberhard Weis für das Königreich Bayern im Spindler-Handbuch, Bd. 4, so trefflich zeigt. Besonders wichtige Konsolidierungsmaßnahmen waren von der Natur der Sache her Schritte zur Reorganisation der Finanzverwaltung. Hierbei trachtete man danach, folgende Steuerprinzipien zu verwirklichen: a) den Grundsatz der Allgemeinheit der Staatssteuern und b) das Prinzip der Gleichheit. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mußten diese Grundsätze mit dem noch bestehenden System feudaler Abgaben in Konkurrenz treten, da dieselben Objekte belastet wurden.
Ausführlich behandelt Steitz dann die steuertechnischen Maßnahmen zur Ausformung des Ertragsteuersystems in den drei Staaten. Da dieses System die Sollertragsfähigkeit des Steuerobjektes zu erfassen versuchte, waren die »agrarökonomischen Bestimmungsverhältnisse für die Realbesteuerung« wichtig. Diese Verhältnisse werden in der Studie im einzelnen Land für Land vorgeführt. Der Verfasser widmet sich hier besonders dem Problem der Abgrenzung der Feudalordnung gegenüber dem Staatssteuersystem in diesen Staaten, wo die Ablösung der feudalen Grundlasten später einsetzte als etwa in Preußen und wo sie zudem parallel zu den Reformmaßnahmen am Steuersystem durchgeführt werden mußte.
Schließlich werden Steuerlast und Steuerwirkung der landwirtschaftlichen Realbesteuerung im 19. Jahrhundert behandelt. Der Verfasser kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Realsteuerlast relativ gering war, daß jedoch für den Landwirt die Gesamtsteuerlast (staatliche Realsteuern, Bezirkssteuern, feudale Ablösungszahlungen) entscheidend waren, eine Gesamtbelastung, die besonders im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts drückend wurde. Vom Standpunkt des Staatssteuersystems aus machten sich Grundlast und Ablösungszahlung sowie Kreis- und Gemeindeumlagen störend bemerkbar.
Die solide aus den Quellen erarbeitete Studie stellt einen interessanten Beitrag zur deutschen Finanz- und Steuergeschichte des 19. Jahrhunderts dar. Peter Claus Hartmann

Rolf Engelsing, Der literarische Arbeiter. Bd. I: Arbeit, Zeit und Werk im literarischen Beruf, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 553 S., Ln., 148 DM.

Belehrt und angeblich gewarnt durch die »politische Geschichte der Freien Universität Berlin von 1964 bis 1974«, geht Engelsing in seiner hinsichtlich des methodischen Verfahrens recht eigentlich nur politisch zu rechtfertigenden Abhandlung davon aus, daß sich die hier angestrebte wie jedwede sozialgeschichtliche Darstellung – derzeit zumindest – vor allen tendenziösen, ideologisierenden und dogmatisierenden Festschreibungen zu bewahren hat. Die »Konzentration«, die »fast allseitig[e] Beschränkung«, wie sie sich für Ranke aus den Abgrenzungen seiner »ständische[n] Lebenshaltung« (?) und aus seiner damit konform gehenden Ausrichtung auf eine »kanonische Literatur« ergeben haben soll, wird dementsprechend ebenso verworfen wie der, so wird unterstellt, gegenwärtig übliche soziologische Tribut an aktuelle oder zumindest modische »Parteistandpunkt[e]«. Damit ist eine interpretatorische Grundkonzeption formuliert, deren Bedenkliches nicht allein darin besteht, daß, was Ranke anlangt, die heuristische Vorentscheidung als Lizenz seiner nunmehr anachronistischen wissenschaftsgeschichtlichen Position verkannt wird und die Distanzierung von den neueren und neuesten sozialgeschichtlichen Untersuchungen bzw. von deren mutmaßlichen ideologischen Verankerungen aus einer ebenso vorschnellen wie ungerechten und

Praxis« war, da es sich bei den deutschen Theoretikern nicht selten um Angehörige der Finanzverwaltung handelte.
In der solide gearbeiteten Studie wird sodann das steuertechnische Problem der Bemessungsgrundlage analysiert, eine Fragestellung, die für die drei süddeutschen Staaten besonders am Anfang des 19. Jahrhunderts sehr aktuell war; denn sie mußten nach den Gebietserweiterungen der napoleonischen Zeit versuchen, ihr neues Staatsgebilde zu festigen, wie dies Eberhard Weis für das Königreich Bayern im Spindler-Handbuch, Bd. 4, so trefflich zeigt. Besonders wichtige Konsolidierungsmaßnahmen waren von der Natur der Sache her Schritte zur Reorganisation der Finanzverwaltung. Hierbei trachtete man danach, folgende Steuerprinzipien zu verwirklichen: a) den Grundsatz der Allgemeinheit der Staatssteuern und b) das Prinzip der Gleichheit. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mußten diese Grundsätze mit dem noch bestehenden System feudaler Abgaben in Konkurrenz treten, da dieselben Objekte belastet wurden.
Ausführlich behandelt Steitz dann die steuertechnischen Maßnahmen zur Ausformung des Ertragsteuersystems in den drei Staaten. Da dieses System die Sollertragsfähigkeit des Steuerobjektes zu erfassen versuchte, waren die »agrarökonomischen Bestimmungsverhältnisse für die Realbesteuerung« wichtig. Diese Verhältnisse werden in der Studie im einzelnen Land für Land vorgeführt. Der Verfasser widmet sich hier besonders dem Problem der Abgrenzung der Feudalordnung gegenüber dem Staatssteuersystem in diesen Staaten, wo die Ablösung der feudalen Grundlasten später einsetzte als etwa in Preußen und wo sie zudem parallel zu den Reformmaßnahmen am Steuersystem durchgeführt werden mußte.
Schließlich werden Steuerlast und Steuerwirkung der landwirtschaftlichen Realbesteuerung im 19. Jahrhundert behandelt. Der Verfasser kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Realsteuerlast relativ gering war, daß jedoch für den Landwirt die Gesamtsteuerlast (staatliche Realsteuern, Bezirkssteuern, feudale Ablösungszahlungen) entscheidend waren, eine Gesamtbelastung, die besonders im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts drückend wurde. Vom Standpunkt des Staatssteuersystems aus machten sich Grundlast und Ablösungszahlung sowie Kreis- und Gemeindeumlagen störend bemerkbar.
Die solide aus den Quellen erarbeitete Studie stellt einen interessanten Beitrag zur deutschen Finanz- und Steuergeschichte des 19. Jahrhunderts dar. Peter Claus Hartmann

Rolf Engelsing, Der literarische Arbeiter. Bd. I: Arbeit, Zeit und Werk im literarischen Beruf, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976, 553 S., Ln., 148 DM.

Belehrt und angeblich gewarnt durch die »politische Geschichte der Freien Universität Berlin von 1964 bis 1974«, geht Engelsing in seiner hinsichtlich des methodischen Verfahrens recht eigentlich nur politisch zu rechtfertigenden Abhandlung davon aus, daß sich die hier angestrebte wie jedwede sozialgeschichtliche Darstellung – derzeit zumindest – vor allen tendenziösen, ideologisierenden und dogmatisierenden Festschreibungen zu bewahren hat. Die »Konzentration«, die »fast allseitig[e] Beschränkung«, wie sie sich für Ranke aus den Abgrenzungen seiner »ständische[n] Lebenshaltung« (?) und aus seiner damit konform gehenden Ausrichtung auf eine »kanonische Literatur« ergeben haben soll, wird dementsprechend ebenso verworfen wie der, so wird unterstellt, gegenwärtig übliche soziologische Tribut an aktuelle oder zumindest modische »Parteistandpunkt[e]«. Damit ist eine interpretatorische Grundkonzeption formuliert, deren Bedenkliches nicht allein darin besteht, daß, was Ranke anlangt, die heuristische Vorentscheidung als Lizenz seiner nunmehr anachronistischen wissenschaftsgeschichtlichen Position verkannt wird und die Distanzierung von den neueren und neuesten sozialgeschichtlichen Untersuchungen bzw. von deren mutmaßlichen ideologischen Verankerungen aus einer ebenso vorschnellen wie ungerechten und

zumal simplifizierenden und generalisierenden Polemik hervorgeht (bei Helmut Möller, Die kleinbürgerliche Familie im 18. Jahrhundert. Verhalten und Gruppenkultur, Berlin 1969, oder etwa bei Rudolf Schenda, Volk ohne Buch. Studien zur Sozialgeschichte der populären Lesestoffe 1770–1910, Frankfurt 1970, hätte sich Engelsing unschwer eines Besseren belehren lassen können!); die hier von ihm propagierten und strikt verfolgten hermeneutischen Maximen rufen auch und insbesondere insofern alle Vorbehalte auf den Plan, als mit dem von Engelsing praktizierten eigentümlichen Streben nach Unvoreingenommenheit und unbedingter Sachgerechtigkeit die Materialsammlung konsequent zu einem der planen und platten Beliebigkeit ausgelieferten Konglomerat verkommt. So sehr es zu begrüßen ist, daß der Autor einer nachträglichen, an Spezialthemen orientierten Auswertung des von ihm zusammengetragenen vielfach statistischen Materials nicht durch »pädagogische« Fingerzeige vorgreifen möchte, so wenig entbindet ihn doch sein eifriges Bemühen um das »Sichtbare, Findbare, Sammelbare, Mitteilbare« von der Pflicht und ostentativen Notwendigkeit, »die fortschreitende Gliederung« der ermittelten Daten und Fakten und deren nachfolgende »Kombination« unter dem Aspekt der Relevanz, der Angemessenheit und der historischen Bedingtheit zu begründen und auszuloten. Andernfalls – und dies eben ist hier auf Schritt und Tritt zu beklagen – verfallen denn die zahlreichen Detailauskünfte durchweg der Nichtssagendheit oder finden einzig als marginale historische Kuriosität ihre Würdigung: Daß der »Arzt Schiller« (!) ebenso wie der »Rechtsanwalt Goethe« (!) seine schriftstellerische Tätigkeit als »Arbeit« verstand, zumal er sich ihr täglich bis zu vierzehn Stunden zuwandte, ist schwerlich als gewichtige Information anzusehen, und daß z. B. Karl Marx bisweilen zehn Stunden pro Tag am Schreibtisch saß und Thomas Mann während der Sommerferien am Hiddensee ebenso und ebensoviel arbeitete wie zu Hause, kann, für sich genommen, wenig verschlagen. Art und Umfang des täglichen Arbeitsaufwands vermöchten nur dann aufschlußreich zu sein, wenn gleichzeitig mit den exemplarisch erwähnten Auskünften dargetan würde, unter welchen politischen, sozialen, ökonomischen und ideologischen Bedingungen der »literarische Arbeiter« tätig war und welchen Zielsetzungen er sich verpflichtete, d. h. was Gegenstand und Intention sowie »Inzitament« seines Schaffens war, was das Spezifikum der »Schreibart« und was die je eigenen werkimmanenten Erfordernisse der schriftstellerischen Produktion ausmachte. – Von der Klärung solcher als fundamental zu erachtenden Zusammenhänge entfernt sich Engelsing indessen noch dadurch zusätzlich, daß er eine verbindliche und dem Sachverhalt hinreichend Rechnung tragende Klärung der für seine umfängliche Untersuchung zentralen Begriffe schuldig bleibt. So versteht er unter »literarischen Arbeitern« Poeten und Philosophen, Ärzte und Anwälte, Studenten und Lehrer unterschiedlichster Profession, Angestellte ebenso wie Beamte; doch – unbeschadet seiner Rationalisierung des Genie-Begriffs und seiner Problematisierung der Intuitionsdoktrin – sperrt sich Engelsing angesichts der Breite und Vielfalt des Untersuchungsspektrums gegenüber aller Differenzierung mit der einschlägig mystifizierenden Feststellung: »Mögen auch in der Kunst Offenbarungen des Unterbewußten in freier Form und unmittelbarer bestehen als in der Wissenschaft, so gewinnt auch diese Begriffe und Vorstellung aus traumvermittelten Bildern und Zusammenhängen und Ergebnisse aus unbewußten Zuständen und Prozessen«. Solche okkultistische Verschüttung, die die Sachferne ebensowenig fürchtet wie die Banalität, konvergiert mit ganz offensichtlicher Leichtfertigkeit, mit der Engelsing den Begriff der »literarischen Arbeit« definiert, indem er erklärt: »Auf jeden Fall beginnt die Existenz des literarischen Arbeiters erst mit fortgesetzter literarischer Arbeit, und sie endet, wo diese aufhört. Mit wenig Arbeit und mit gelegentlicher Arbeit ist nicht genug getan und meistens mehr Verwirrung als Nutzen gestiftet«. – Engelsing versichert, daß er sich bei seinen hier unterbreiteten Untersuchungen auf keinerlei Forschungstradition beziehen konnte; es ist allerdings auch nichts auszumachen, was wünschen ließe, daß mit dieser Abhandlung – sie bildet den ersten Teil einer auf zwei Bände veranschlagten Arbeit – eine Tradition gestiftet würde. Wolfgang Kuttenkeuler

Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780–1871, hrsg. und eingel. von Monika Richarz (= Veröffentlichungen des Leo-Baeck-Instituts), Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1976, 500 S., Ln., 39,80 DM.

Die von Monika Richarz herausgegebenen und eingeleiteten Selbstzeugnisse deutscher Juden liefern den ersten Beitrag zu einer geplanten Sozialgeschichte des deutschen Judentums vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1945, die in drei Bänden erscheinen und sich zeitlich wie folgt strukturieren soll: Der erste, hier vorliegende Band umfaßt die Zeitspanne des rechtlichen und sozialen Emanzipationsprozesses der Juden von ungefähr 1780 bis zur Reichsgründung 1871. Der zweite Band soll die Geschichte des Judentums im Kaiserreich widerspiegeln, der dritte schließlich die Weimarer Republik und das Dritte Reich umfassen (S. 14). Die Herausgeberin lehnt sich eng an das von R. Rürup vorgelegte Strukturmodell zur Geschichte des Judentums an, das von einer Parallelität zwischen der sozio-ökonomischen Entwicklung vom Feudalismus zum liberalen Konkurrenzkapitalismus und der Entwicklung der Judenfrage in Deutschland ausgeht, d. h. es wird nach den Konsequenzen des Industrialisierungsprozesses und den Auswirkungen der Emanzipationsgesetzgebung für die Lage des Judentums in Deutschland gefragt.

Deshalb werden die im Leo-Baeck-Institute (New York) vorhandenen Quellengattungen (Autobiographien, Biographien, Familiengeschichten, Tagebücher, Firmengeschichten, die Geschichten jüdischer Gemeinden, Reiseberichte, Briefe, und darin: Predigten, Testamente, Familiendokumente, Geschäftsberichte, Mitgiftlisten, Kochrezepte, Stammbäume) unter dem Leitmotiv des sozialen Wandels ausgewählt und strukturiert (S. 11 f.; S. 17). Das vorgestellte Material entstammt meist der Feder unbekannter Personen aus dem jüdischen Bürgertum. Da der Stolz auf die Leistung und den sozialen Aufstieg eine sehr starke Motivation für das Niederschreiben von Memoiren seitens jüdischer Bürger in diesem Zeitraum darstellte, stammt die Mehrzahl der Quellen aus dem Bildungsbürgertum und der wirtschaftlichen Mittel- und Oberschicht, während die soziale Unterschicht des deutschen Judentums kaum repräsentiert ist (S. 13).

In diesem Band dominiert also der soziale Erfolg als hauptsächlicher Beweggrund für die Überlieferung, während in den folgenden Bänden, die den Zeugnissen von Emigranten gewidmet werden sollen, als Motivation die Vermittlung von Herkunft und Sprache für Kinder und Enkel, die in einer anderen Umgebung aufwachsen, sowie der starke Leidensdruck der im Dritten Reich Verfolgten im Vordergrund stehen werden (S. 13).

Die Herausgeberin nimmt die Bedenken der Kritik vorweg, die die Frage nach dem Wert des Materials für die wissenschaftliche Diskussion stellen wird. Denn als Quellen der Sozialgeschichte werfen die Autobiographien einige Probleme auf: Sie sind stark subjektiv gefärbt, daher oft auch unglaubwürdig oder harmonisierend, und sind eingeschränkt in ihrer sozialen Repräsentativität, so daß sich eine Überprüfung mit anderen Quellengruppen als notwendig erweisen wird. Allerdings liegen – wie hinlänglich bekannt – für die Geschichte des deutschen Judentums kaum sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Studien vor, so daß sich bei der Einordnung und Verwertung der vorgelegten Dokumente Schwierigkeiten ergeben dürften, auch wenn sich in neuerer Zeit eine deutliche Zuwendung zu sozialgeschichtlichen Untersuchungen des deutschen Judentums bemerkbar macht (S. 15 f.).

Anhand der ausgewählten Dokumente werden die soziale Mobilität und der soziale Aufstieg, die Veränderungen der Berufsstruktur, die Urbanisierung und Emigration, die sozialen Beziehungen zwischen Juden und Nicht-Juden, die politische Haltung der Juden, ihre Religiosität und ihre Bräuche, die Veränderungen in der Familienstruktur, die Wandlungen innerhalb der jüdischen Gemeinden sowie die Problematik von Stadt- und Landjudentum als subjektive Erlebnisse dokumentiert (S. 17).

Das Material lasse eine thematische Gliederung nur mit Einschränkungen zu, weil in dem jeweils vorgestellten Dokument immer mehrere Dimensionen angesprochen würden: M.

Richarz gruppiert demzufolge im 1. Teil die ältesten Memoiren aus der Zeit des Feudalismus, die Aufschluß über die Situation des Schutzjudentums geben. Die Teile 2–7 stellen verschiedene Berufsgruppen vor, wobei der Textilindustrie breiter Raum gewährt wird, weil in diesem Bereich jüdische Unternehmungen besonders häufig anzutreffen waren. Teil 8 widmet sich insbesondere den Kindheitserinnerungen deutscher Juden und trägt damit den Charakter einer Milieuschilderung. Teil 9 schließlich – der kleinste Bereich – stellt thematisch die Probleme jüdischer Auswanderer nach Übersee in den Vordergrund.
Zum Verständnis der Dokumente hat M. Richarz einen komprimierten Abriß über die Entwicklung der rechtlichen und sozialen Lage deutscher Juden, die beruflichen Umschichtungsprozesse, die religiösen und kulturellen Wandlungen und über das Gemeindeleben vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1871 vorausgeschickt (S. 19–69), der jedoch kaum neue Fakten vermittelt, wenn dem Leser die Studien von Theilhaber, Ruppin, Silbergleit, Sterling, Adler, Kampmann und vor allem Rürup bekannt sind.
Der Wert einer Veröffentlichung derartiger Dokumente liegt im wesentlichen darin, daß hier vielschichtige Primärquellen vorgestellt werden, die Auskunft über das Alltagsleben jüdischer Familien und Gemeinden, die Erfahrungen von Juden im gesellschaftlichen und und geschäftlichen Umgang mit Christen, die praktischen Konsequenzen der Emanzipationsgesetzgebung und ihre Anwendung im alltäglichen Leben geben und zudem einen Eindruck von den Auswirkungen antisemitischer Affekte und gar Pogromstimmungen auf die Betroffenen selbst vermitteln.
Die Selbstzeugnisse können deshalb zur Überprüfung und Vertiefung der bisherigen Kenntnisse über die Situation des Judentums dienen, die bislang weitestgehend in beruflichen und demographischen Statistiken erfaßt worden ist (so Theilhaber, Ruppin, Silbergleit).
Gerade weil die Dokumente subjektive Erlebnisse wiedergeben, denen man sonst nur in Form der literarischen Verarbeitung nachspüren kann (wie in Jacob Wassermanns Roman »Die Juden von Zirndorf« [1897] sowie Ernst Tollers [1933] und Gustav Mayers [1949] Memoiren), stellt ihre Herausgabe einen wichtigen Beitrag zur Sozialgeschichte des Judentums dar. Im übrigen ist als besonders verdienstvoll die Auswahl der Quellen hervorzuheben: Denn einige Selbstzeugnisse widerlegen das gängige Vorurteil, die Juden hätten sich fast ausschließlich im Handel, Bank- und Verkehrswesen oder in akademischen Berufen bewährt. Vielmehr vermitteln die Lebensbeschreibungen auch einen konkreten Eindruck von der beruflichen Ausbildung und Praxis jüdischer Handwerker und beleuchten in einigen Fällen sogar, wie sich Juden als ansässige Bauern ihren Lebensunterhalt verdienten, auch wenn den objektiven Gegebenheiten gemäß der Schilderung des Alltags jüdischer Händler, Kaufleute und Bankiers breiter Raum gewährt wird. Die Auswahl verdeutlicht ebenso anschaulich, mit welchen spezifischen Schwierigkeiten die Juden im sozialen Umfeld und bei der Assimilation sowohl in den verschiedenen ländlichen Regionen als auch in den Großstädten Deutschlands zu kämpfen hatten. Insofern stellt der vorliegende Band auch eine neue und wichtige Grundlage für regionalgeschichtlich akzentuierte Studien zur Judenfrage dar, denen sich die Forschung zwar neuerdings widmet, wobei sie aber doch noch große Lücken aufzuarbeiten hat. Indem die Herausgeberin sowohl einen sozialgeschichtlichen Überblick vorangestellt, jedem Dokument eine Zusammenfassung seiner wesentlichen Gehalte vorausgeschickt, jeweils die in den Dokumenten verwandten jiddischen Ausdrücke und erwähnten jüdischen Feste erläutert hat, erleichtert sie nicht nur dem Historiker die Benutzung dieser Quellenedition, sondern könnte auch interessierte »Laien« motivieren, das Buch schätzen zu lernen.

Rosemarie Leuschen-Seppel

Manfred Stürzbecher (Hrsg.), Deutsche Ärztebriefe des 19. Jahrhunderts (= Quellensammlung zur Kulturgeschichte, hrsg. v. Wilhelm Treue, Bd. 19), Musterschmidt Verlag, Göttingen/Frankfurt/Zürich 1975, 216 S., engl. brosch., 48 DM.

Manfred Stürzbecher möchte mit der angezeigten Quellensammlung versuchen, an Hand von Briefen »einen gewissen Einblick in die Lebensverhältnisse von Ärzten im vorigen Jahrhundert zu geben« (S. 7). Die ausgewählten Dokumente sollen keine Geschichte der Medizin eines Jahrhunderts ersetzen, sollen aber deutlich machen, »daß die Korrespondenz von Ärzten als eine wichtige Quelle anzusehen ist« (S. 9). Mit dieser Sammlung sollen bisher unveröffentlichte Briefe einem großen Leserkreis als Quellenlesebuch zugänglich gemacht werden. Ferner ist es Absicht des Herausgebers, »an Hand von Briefen auf kulturhistorische Zusammenhänge des Gesundheitswesens und der Medizin im 19. Jahrhundert aufmerksam zu machen« (S. 10).

Als wesentlichste Einschränkungen dieser weitgefaßten Ziele nennt der Herausgeber die Abhängigkeit von den erhaltenen und ausgewählten Briefen und ihren Autoren. Ferner geben die Briefe die wissenschaftshistorischen Vorgänge, die Ablösung der naturphilosophischen Medizin durch die naturwissenschaftliche Medizin, nur unvollkommen wieder; die Briefe sind daher vor dem Hintergrund dieses Prozesses zu sehen. Manfred Stürzbecher, der beste Kenner der Geschichte des öffentlichen Gesundheitswesens Deutschlands, veröffentlicht Briefe vorwiegend aus Archiven der DDR, die er vor nunmehr annähernd zwanzig Jahren eingesehen und kopiert hat und die heute der westdeutschen Forschung nahezu unzugänglich sind: das ehemalige Preußische Geheime Staatsarchiv, das Literatur-Archiv der Berliner Akademie der Wissenschaften, die Sammlung Darmstädter der Staatsbibliothek in Berlin und das Ernst-Haeckel-Haus in Jena. Provenienz und Inhalt der Dokumente beschränken sich daher vor allem auf den mittel- und ostdeutschen Raum.

Die vierzig Autoren und auch die Empfänger der insgesamt achtzig edierten Schriftstücke sind in der weitaus größten Zahl berühmte Ärzte, die zu den bedeutendsten Wissenschaftlern ihrer Zeit gehörten. Christoph Wilhelm Hufeland, Johann Evangelista Purkinje, Johannes Müller, Emil du Bois-Reymond, Max Pettenkofer, Rudolf Virchow, Johann von Mikulicz-Radecki und Emil von Behring seien genannt. Die Briefe geben Einblicke in die Organisation des Medizinalwesens, in die Krankheiten hochgestellter Persönlichkeiten, in den persönlichen Lebensbereich und den Bekannten- und Freundeskreis berühmter Ärzte. Den größten Raum nehmen Schreiben über wissenschaftliche Arbeiten und insbesondere Hochschulangelegenheiten ein; in den letztgenannten Mitteilungen zeigt sich, daß sich die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen jener Zeit in einem überaus harten Konkurrenzkampf an den Universitäten niederschlugen.

Die Texte wurden vom Herausgeber jeweils mit einer kurzen Biographie ihres Autors versehen. Biographische Daten des Empfängers und sonst genannter Personen sowie sachliche Hinweise, gegebenenfalls mit weiterführenden Literaturangaben, finden sich in den Erläuterungen. Ein Sachregister, ein geographisches Register und ein Personenregister runden die gute Ausstattung des Buches ab.

Der Quellenwert der Briefe ergibt sich, da hier keine systematische Sammlung zu einem Thema oder einer Person vorliegt, aus der jeweiligen Fragestellung. Während die Schreiben Max Pettenkofers (S. 72–78) für eine Untersuchung zur Entwicklung der öffentlichen Hygiene von Belang sind, geben die Briefe Carl Rabls an seinen Lehrer Ernst Haeckel (S. 149–160) Hinweise auf die Entwicklung der Abstammungslehre. Hingegen sind die Briefe Rudolf Virchows von 1848 und 1849 an seinen Freund Wilhelm von Wittich (S. 92 ff.) nicht nur von einer ansprechenden literarischen Kraft, sondern zeigen Hochgefühl und bald folgende Resignation des Revolutionärs von 1848. Hervorzuheben sind die am Ende des Bandes aufgeführten Briefe des praktischen Arztes Dr. Friedrich Hermann Otto und des Kreisphysikus Dr. Werner Friedrich Eduard H. Joesting an Rudolf Virchow (S. 176–178).

Hier wird die Belastung, soziale Bedrängnis und Not des praktizierenden Arztes spürbar – Otto hatte seine Praxis in einem Industrievorort Magdeburgs, Joesting saß in einem Dorf in der rheinischen Provinz.
Gerade diese Briefe zeigen das Dilemma der vorliegenden Sammlung. Stürzbecher kommt das Verdienst zu, diese Dokumente der Forschung zugänglich gemacht zu haben. Vor allem durch den beigefügten Apparat werden auch kulturhistorische Zusammenhänge des Gesundheitswesens und der Medizin im 19. Jahrhundert in Schlaglichtern aufgezeigt. Doch kommt hier wieder nur die vergleichsweise dünne Oberschicht von berühmten Ärzten, Wissenschaftlern und Beamten zu Wort. Einen Einblick in die Lebensverhältnisse der praktizierenden Ärzte, die die medizinische Versorgung der breiten Bevölkerung sicherzustellen hatten, kann die vorliegende Sammlung mithin nicht gewähren. Hier wären zahlreiche weitere Briefe und Dokumente niedergelassener und beamteter Ärzte nötig. Stürzbecher weist selbst darauf hin, daß eine umfassende Geschichte der Armenärzte Berlins noch aussteht (S. 181). Darüber hinaus ist eine Kultur- und Sozialgeschichte der Ärzteschaft im Zeitalter der Industrialisierung Deutschlands sicherlich weiterhin ein wesentliches Desiderat der Medizinhistorie.

Alfons Labisch

Carsten Küther, Räuber und Gauner in Deutschland. Das organisierte Bandenwesen im 18. und frühen 19. Jahrhundert (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 20), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976. 197 S. und 2 Faltkarten, kart., 24 DM.

Der »Sozialbandit« wird heute weitgehend als eine Abart des bäuerlichen Rebellen betrachtet, obwohl der Grad seines politischen Bewußtseins und die Grenze, welche ihn vom gewöhnlichen Räuber trennt, umstritten bleiben. Fest steht jedenfalls, daß dieser Typus des »edlen Räubers« seinem eigenen und dem bäuerlichen Rechtsempfinden nach genau das Gegenteil eines Verbrechers ist, nämlich ein Verteidiger oder Wiederhersteller des eigentlichen Rechts. Solche Bauernvertreter sind im deutschen 18. Jahrhundert, dem Hauptfeld der Untersuchungen Küthers, kaum zu finden, außer im Fall des »bayrischen Hiesel«, der laut Verfasser eindeutig zu ihnen gehört. Das Gros der mitteleuropäischen Räuber des 18. Jahrhunderts bestand aus Mitgliedern der eben *nicht* in die »rechtschaffene« Gesellschaft integrierten, sondern aus ihr verstoßenen Randschichten und Außenseiter: »unehrliche« Gewerbe, entwurzeltes Vagantenvolk, Zigeuner, Juden, die Subkultur der oft erblichen Kriminalität. Der Verfasser sucht in dieser interessanten Studie über Räuber und Gauner in Deutschland im Zuge eines Vergleichs zwischen den beiden Räubertypen zu beweisen, daß der in eigener und gesellschaftlicher Wertschätzung anti-soziale Räuber auch zum Teil als Vertreter der sozialen Rebellion angesehen werden kann.
Der Vergleich zwischen den beiden Räubertypen ist begrüßenswert. Die Struktur der bäuerlichen Bande ist straffer und militärischer, da sie – eben weil in der Öffentlichkeit lebend und nicht insgeheim, dank der bäuerlichen Unterstützung – ständig kampfbereit sein muß und auch weil Übergriffe gegen das Rechtsgefühl der Bevölkerung durch den Führer verhindert bzw. bestraft werden müssen. Umgekehrt ist die Gaunerbande loser und »freiheitlicher« organisiert, tritt oft nur bei Aktionen als Bande auf und hält hauptsächlich als Teil eines über große geographische Gebiete verbreiteten und durch persönliche und Familienbande verbundenen Netzes der Asozialen zusammen. Während die Bauernbande, bei der – wenigstens bei den Wilderern des Bayrischen Hiesel – das finanzielle Moment kaum die Hauptrolle spielt, den Rückhalt in der normalen ländlichen Gesellschaft findet, bedarf die Gaunerbande einer Organisation der Hehler und der »sicheren Häuser« unter den Randgruppen und Außenseitern der Gesellschaft. Die Parallelen der einen mit der klassischen ländlichen Guerrilla, der andern mit gewissen modernen Formen der minoritären Terroraktion liegen nahe.

Hier wird die Belastung, soziale Bedrängnis und Not des praktizierenden Arztes spürbar – Otto hatte seine Praxis in einem Industrievorort Magdeburgs, Joesting saß in einem Dorf in der rheinischen Provinz.
Gerade diese Briefe zeigen das Dilemma der vorliegenden Sammlung. Stürzbecher kommt das Verdienst zu, diese Dokumente der Forschung zugänglich gemacht zu haben. Vor allem durch den beigefügten Apparat werden auch kulturhistorische Zusammenhänge des Gesundheitswesens und der Medizin im 19. Jahrhundert in Schlaglichtern aufgezeigt. Doch kommt hier wieder nur die vergleichsweise dünne Oberschicht von berühmten Ärzten, Wissenschaftlern und Beamten zu Wort. Einen Einblick in die Lebensverhältnisse der praktizierenden Ärzte, die die medizinische Versorgung der breiten Bevölkerung sicherzustellen hatten, kann die vorliegende Sammlung mithin nicht gewähren. Hier wären zahlreiche weitere Briefe und Dokumente niedergelassener und beamteter Ärzte nötig. Stürzbecher weist selbst darauf hin, daß eine umfassende Geschichte der Armenärzte Berlins noch aussteht (S. 181). Darüber hinaus ist eine Kultur- und Sozialgeschichte der Ärzteschaft im Zeitalter der Industrialisierung Deutschlands sicherlich weiterhin ein wesentliches Desiderat der Medizinhistorie.

Alfons Labisch

Carsten Küther, Räuber und Gauner in Deutschland. Das organisierte Bandenwesen im 18. und frühen 19. Jahrhundert (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 20), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976. 197 S. und 2 Faltkarten, kart., 24 DM.

Der »Sozialbandit« wird heute weitgehend als eine Abart des bäuerlichen Rebellen betrachtet, obwohl der Grad seines politischen Bewußtseins und die Grenze, welche ihn vom gewöhnlichen Räuber trennt, umstritten bleiben. Fest steht jedenfalls, daß dieser Typus des »edlen Räubers« seinem eigenen und dem bäuerlichen Rechtsempfinden nach genau das Gegenteil eines Verbrechers ist, nämlich ein Verteidiger oder Wiederhersteller des eigentlichen Rechts. Solche Bauernvertreter sind im deutschen 18. Jahrhundert, dem Hauptfeld der Untersuchungen Küthers, kaum zu finden, außer im Fall des »bayrischen Hiesel«, der laut Verfasser eindeutig zu ihnen gehört. Das Gros der mitteleuropäischen Räuber des 18. Jahrhunderts bestand aus Mitgliedern der eben *nicht* in die »rechtschaffene« Gesellschaft integrierten, sondern aus ihr verstoßenen Randschichten und Außenseiter: »unehrliche« Gewerbe, entwurzeltes Vagantenvolk, Zigeuner, Juden, die Subkultur der oft erblichen Kriminalität. Der Verfasser sucht in dieser interessanten Studie über Räuber und Gauner in Deutschland im Zuge eines Vergleichs zwischen den beiden Räubertypen zu beweisen, daß der in eigener und gesellschaftlicher Wertschätzung anti-soziale Räuber auch zum Teil als Vertreter der sozialen Rebellion angesehen werden kann.
Der Vergleich zwischen den beiden Räubertypen ist begrüßenswert. Die Struktur der bäuerlichen Bande ist straffer und militärischer, da sie – eben weil in der Öffentlichkeit lebend und nicht insgeheim, dank der bäuerlichen Unterstützung – ständig kampfbereit sein muß und auch weil Übergriffe gegen das Rechtsgefühl der Bevölkerung durch den Führer verhindert bzw. bestraft werden müssen. Umgekehrt ist die Gaunerbande loser und »freiheitlicher« organisiert, tritt oft nur bei Aktionen als Bande auf und hält hauptsächlich als Teil eines über große geographische Gebiete verbreiteten und durch persönliche und Familienbande verbundenen Netzes der Asozialen zusammen. Während die Bauernbande, bei der – wenigstens bei den Wilderern des Bayrischen Hiesel – das finanzielle Moment kaum die Hauptrolle spielt, den Rückhalt in der normalen ländlichen Gesellschaft findet, bedarf die Gaunerbande einer Organisation der Hehler und der »sicheren Häuser« unter den Randgruppen und Außenseitern der Gesellschaft. Die Parallelen der einen mit der klassischen ländlichen Guerrilla, der andern mit gewissen modernen Formen der minoritären Terroraktion liegen nahe.

Der Versuch, die Gauner als Sozialrebellen zu deuten, überzeugt weniger. Klar ist wohl, daß Räuber und Gauner sozusagen *ex officio* Opfer des Systems sind und daher wohl mit anderen Opfern eine gewisse Sympathie entwickeln bzw. deren Sympathie erregen können; und auch, daß sich ihre Aktion vorwiegend gegen die verhältnismäßig Wohlhabenden richtet. Ob dies als »Rebellion« zu betrachten ist, wäre fraglich. Das Element der Rebellion im Bauernbanditen besteht in dessen Verteidigung eines herkömmlichen Modells der gesellschaftlichen Beziehungen gegen »die Ungerechtigkeit«. Sein Handeln impliziert ein »Programm«, das etwa durch Beseitigung der Ungerechtigkeit und Rückkehr (auch des Bauernbanditen selbst) zur »rechten« Ordnung der Dinge verwirklicht werden kann. Der Gauner hat aber kein Programm als das, eben *nicht* zur rechtschaffenen Gesellschaft zu gehören, und versucht auch kaum in diese einzutreten. Er existiert als *permanenter* Außenseiter, als Mitglied spezialisierter Gruppen der Pariaschichten einer hierarchisch gegliederten Gesellschaft, in der eben seine Funktion als Gauner ist, ein solcher zu sein. Der Verfasser zitiert mit Recht das Wort des Räubers Damian Hessel: »Wir sind notwendig [...] Gott erweckt und sendet uns um die Reichen und Geizigen zu züchtigen« (S. 59 f.). Der Sinn dieser Rationalisierung, der z. B. in einer Kastengesellschaft wie der Indiens, aber auch in einer mittelalterlichen zum Allgemeingut der Ideologie gehört, scheint aber nicht klar erfaßt zu sein. Es handelt sich doch wohl hier, trotz allem Ressentiment gegen die Ordnung, die einen Mann in die »Unehrlichkeit« verbannt, um das Gegenteil einer Rebellion, nämlich um eine Anerkennung dieser Ordnung selbst und der »gegengesellschaftlichen« oder subalternen Funktion des Antisozialen in ihr. Der Bettler existiert, um dem guten Christen die Gelegenheit zur Barmherzigkeit zu geben; der Räuber in einer analogen Symbiose mit den Beraubten.

Kann man in einer solchen Lage das Wort »Rebellion« überhaupt als sozialen Begriff verwenden? Doch wohl erst im vollen Sinn, wenn der Paria dagegen protestiert, daß es »unehrliche« Berufe gibt, der Räuber an eine Gesellschaft denkt, in der niemand rauben soll oder muß. Es kann sich allerdings das Außenseitertum in bestimmten Umständen als Surrogat für die Rebellion entwickeln, in dem sich nämlich potentielle Rebellen aus der »rechtschaffenen« Gesellschaft in die »krumme« absetzen bzw. in ihr Zuschlupf finden. Wie weit das im Deutschland des 17. und 18. Jahrhunderts zutraf, geht aus dem Buch nicht hervor.

Daß die Grenze zwischen dem funktionellen Außenseiter und der protestierenden Unterschicht oft unklar ist, ergibt sich allerdings schon aus der Existenz einer bedeutenden Schicht der »Vaganten«, innerhalb der eben Räuber, Gauner und anderes fahrende Volk ihren sozialen Standort haben und aus der sie sich zum Teil rekrutieren. Die Mitgliedschaft der Banden scheint aber doch hauptsächlich aus versippten und oft erblichen Verbrechergruppen und aus institutionalisierten Parias sowohl der ausgestoßenen Völker (Zigeuner, Juden) wie der vagierenden Berufe zu kommen (Kap. II). Der Verfasser warnt wohl mit Recht vor der unkritischen Deutung der statistischen Quellen, daß es für Verbrecher vorteilhaft war, anerkannten Wanderberufen zugerechnet zu werden (S. 154), bezweifelt aber diese Beziehung kaum.

Obwohl er mit Recht unsere Unkenntnis dieser riesigen Vagantenschicht beklagt – er schätzt sie, laut bayrischen Quellen, konservativ auf 10 % der seßhaften Bevölkerung –, so steht doch fest, daß diese Schicht zum Großteil aus verarmten, entwurzelten und deklassierten Menschen der »arbeitenden Armut« bestand und mit den Struktur- und Konjunkturänderungen in der »rechtschaffenen« Gesellschaft schrumpfte oder anwuchs. Eben für die letzten Jahrzehnte vor der französischen Revolution, die Krise des Ancien Régime, ist das sprunghafte Anwachsen solcher Randschichten, deren soziale, geschlechtliche und altersmäßige Zusammensetzung und die Machtlosigkeit der Behörden, ihr anders als mit Terror entgegenzutreten, schon von Historikern untersucht wurden (Vgl. z. B. N. Castan, La justice expéditive, in: Annales E.S.C. 31, 1976, S. 331–361). Es wäre wünschenswert, das

Vagantenphänomen in Deutschland ähnlich in den historischen Wandel dieser Epoche einzubauen.
Abschließend kann man dem Verfasser zustimmen, wenn er die politische Machtlosigkeit der Vagantenbevölkerung ihrer scharfen Trennung (zum jeweiligen Zeitpunkt) von der seßhaften zuschreibt. Kann man aber behaupten, »der Haß der Vagantenbevölkerung gegen Staat und soziale Verfassung teilte sich auch dem [. . .] Banditen mit und wurde von ihm – so scheint es – gar konsequenter ausgelebt«? Das wird sich erst untersuchen lassen, wenn wir mehr Klarheit über die politische und soziale Gedankenwelt solcher zeitweilig oder permanent entwurzelter Randschichten der arbeitenden Bevölkerung besitzen. Sicher ist aber die »Stilisierung von durch die Obrigkeit als kriminell abqualifizierten Personen« (S. 120) in der Volksmeinung nicht nur »zu Wohltätern, zu Helden, zu Robin-Hood-Figuren«, sondern auch zum Sprachrohr der Stummen. Es ist wohl kein Zufall, daß die (übrigens ideologisch vieldeutige) Zeremonie der öffentlichen Hinrichtung mit den später durch Moritaten kolportierten »letzten Worten« der Opfer eben im England des 18. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreichte. Wichtig ist auch die vom Verfasser erwähnte, aber nicht besonders hervorgehobene literarische Verwertung des Räubers, die, wie bei Gays Bettleroper und bei Schiller, eine tiefere Sozialkritik andeutet.
Küthers wertvolles Buch eröffnet also einen bedeutenden Fragenkomplex, mit dem sich Historiker noch lange zu beschäftigen haben werden. Eric J. Hobsbawm

Paul Hugger, Sozialrebellen und Rechtsbrecher in der Schweiz. Eine historisch-volkskundliche Studie, Atlantis-Verlag, Zürich/Freiburg 1976, 143 S., Ln., 19,80 DM.

Das Büchlein Paul Huggers sucht zu beweisen und beweist auch, daß das Phänomen des Sozialrebellentums und des Rechtsbruches mit Elementen des Sozialprotests in der modernen Schweizer Geschichte vorzufinden ist. Der Verfasser beschreibt und kommentiert zwei Fälle im Jura des 18. Jahrhunderts, in denen chiliastische und nativistische Strömungen erkenntlich sind, einen seines Erachtens nach klaren Fall des Sozialbanditentums im Tessin (»Mattirolo«, 1813–1902) und sonstiges Räubertum in der welschen und italienischen Schweiz. Aus der deutschen Schweiz kommt lediglich der dem Schinderhannes ähnliche Fall des Gauners Bernhard Matter (1821–1854). Da diese Episoden der Schweizer Volksgeschichte außerhalb des Landes und wohl auch innerhalb dessen traditioneller Geschichtsschreibung wenig bekannt sind, bringt das Buch dem Leser viel Neues.
Sein Hauptwert liegt aber weniger in solchen Entdeckungen bzw. Wiederentdeckungen als in der Untersuchung der im Volke fortlebenden Ideen, insofern als diese in den erwähnten Episoden und in der späteren Volkserinnerung an sie Ausdruck finden. Der Verfasser beschreibt sein Werk mit Recht als »eine volkskundlich-historische Studie«, und seine Arbeit unterstreicht den Wert der Volkskunde für den modernen Sozialhistoriker, was übrigens schon von anderen Schweizer Historikern (Rudolf Braun) und auch in größerem Maßstab von den Historikern der französischen Sozialbewegungen des 19. Jahrhunderts auf dem Lande bewiesen worden ist. Es geht Hugger hauptsächlich um die Mythologisierung des Sozialrebellen und Rechtsbrechers als Volkshelden, wobei die eigentlichen Gestalten und Ereignisse, die den Anlaß zum Mythos geben, weitgehend umgedeutet werden. So unterstreicht er in der Ideologie der Bauern die Suche nach einem idealen Urzustand der Gesellschaft (wie er in der Schweiz konkret im Hinweis auf »die uralten Eydtgenossen vor Ettlich hundert Jahren« zum Ausdruck kommt), den Traum der Abschaffung jeglicher Obrigkeit, der sich in der Utopie verliert (S. 24), vielleicht auch den bewußten Rückgriff auf archaische Waffen (S. 24, 108). Ferner weist er auf die Tendenz hin, gewisse Gestalten zu Kultusfiguren umzuformen, wie z. B. noch heute den Rennfahrer Jo Siffert und den Gletscherpiloten Hermann Geiger (S. 28).

Vagantenphänomen in Deutschland ähnlich in den historischen Wandel dieser Epoche einzubauen.
Abschließend kann man dem Verfasser zustimmen, wenn er die politische Machtlosigkeit der Vagantenbevölkerung ihrer scharfen Trennung (zum jeweiligen Zeitpunkt) von der seßhaften zuschreibt. Kann man aber behaupten, »der Haß der Vagantenbevölkerung gegen Staat und soziale Verfassung teilte sich auch dem [. . .] Banditen mit und wurde von ihm – so scheint es – gar konsequenter ausgelebt«? Das wird sich erst untersuchen lassen, wenn wir mehr Klarheit über die politische und soziale Gedankenwelt solcher zeitweilig oder permanent entwurzelter Randschichten der arbeitenden Bevölkerung besitzen. Sicher ist aber die »Stilisierung von durch die Obrigkeit als kriminell abqualifizierten Personen« (S. 120) in der Volksmeinung nicht nur »zu Wohltätern, zu Helden, zu Robin-Hood-Figuren«, sondern auch zum Sprachrohr der Stummen. Es ist wohl kein Zufall, daß die (übrigens ideologisch vieldeutige) Zeremonie der öffentlichen Hinrichtung mit den später durch Moritaten kolportierten »letzten Worten« der Opfer eben im England des 18. Jahrhunderts ihren Höhepunkt erreichte. Wichtig ist auch die vom Verfasser erwähnte, aber nicht besonders hervorgehobene literarische Verwertung des Räubers, die, wie bei Gays Bettleroper und bei Schiller, eine tiefere Sozialkritik andeutet.
Küthers wertvolles Buch eröffnet also einen bedeutenden Fragenkomplex, mit dem sich Historiker noch lange zu beschäftigen haben werden. Eric J. Hobsbawm

Paul Hugger, Sozialrebellen und Rechtsbrecher in der Schweiz. Eine historisch-volkskundliche Studie, Atlantis-Verlag, Zürich/Freiburg 1976, 143 S., Ln., 19,80 DM.

Das Büchlein Paul Huggers sucht zu beweisen und beweist auch, daß das Phänomen des Sozialrebellentums und des Rechtsbruches mit Elementen des Sozialprotests in der modernen Schweizer Geschichte vorzufinden ist. Der Verfasser beschreibt und kommentiert zwei Fälle im Jura des 18. Jahrhunderts, in denen chiliastische und nativistische Strömungen erkenntlich sind, einen seines Erachtens nach klaren Fall des Sozialbanditentums im Tessin (»Mattirolo«, 1813–1902) und sonstiges Räubertum in der welschen und italienischen Schweiz. Aus der deutschen Schweiz kommt lediglich der dem Schinderhannes ähnliche Fall des Gauners Bernhard Matter (1821–1854). Da diese Episoden der Schweizer Volksgeschichte außerhalb des Landes und wohl auch innerhalb dessen traditioneller Geschichtsschreibung wenig bekannt sind, bringt das Buch dem Leser viel Neues.
Sein Hauptwert liegt aber weniger in solchen Entdeckungen bzw. Wiederentdeckungen als in der Untersuchung der im Volke fortlebenden Ideen, insofern als diese in den erwähnten Episoden und in der späteren Volkserinnerung an sie Ausdruck finden. Der Verfasser beschreibt sein Werk mit Recht als »eine volkskundlich-historische Studie«, und seine Arbeit unterstreicht den Wert der Volkskunde für den modernen Sozialhistoriker, was übrigens schon von anderen Schweizer Historikern (Rudolf Braun) und auch in größerem Maßstab von den Historikern der französischen Sozialbewegungen des 19. Jahrhunderts auf dem Lande bewiesen worden ist. Es geht Hugger hauptsächlich um die Mythologisierung des Sozialrebellen und Rechtsbrechers als Volkshelden, wobei die eigentlichen Gestalten und Ereignisse, die den Anlaß zum Mythos geben, weitgehend umgedeutet werden. So unterstreicht er in der Ideologie der Bauern die Suche nach einem idealen Urzustand der Gesellschaft (wie er in der Schweiz konkret im Hinweis auf »die uralten Eydtgenossen vor Ettlich hundert Jahren« zum Ausdruck kommt), den Traum der Abschaffung jeglicher Obrigkeit, der sich in der Utopie verliert (S. 24), vielleicht auch den bewußten Rückgriff auf archaische Waffen (S. 24, 108). Ferner weist er auf die Tendenz hin, gewisse Gestalten zu Kultusfiguren umzuformen, wie z. B. noch heute den Rennfahrer Jo Siffert und den Gletscherpiloten Hermann Geiger (S. 28).

Besonders interessant ist seine Analyse der Wechselbeziehung zwischen traditioneller Volkserinnerung und sozialem Meinungsausdruck einerseits, politischer Entwicklung andererseits, z. B. im Fortleben des politisch engagierten Volksliedes im Berner Jura. So entstehen die noch heute populären Lieder über die Bauernunruhen von 1730–1740 ein Jahrhundert später im Zuge der Radikalisierung der 1830er Jahre, und ähnlich leben traditionell erhaltene Themen in der gegenwärtigen Radikalisierung im gleichen Gebiet wieder auf – auch wieder durch politische Volkslieder. Überhaupt bringt Huggers Buch durch solche Analysen einen bedeutenden, auch für Nichtschweizer wichtigen Beitrag zum Verständnis des heutigen jurassischen Separatismus, der sich weitgehend auf die historischen Ressentiments der sowohl französischsprachigen wie katholischen Jurassiens im Berner Kanton zu stützen scheint (S. 38–55). Für das Studium des modernen Nationalismus als (ländlicher) Volksbewegung ist das Buch daher von Bedeutung und ergänzt größer angelegte Untersuchungen wie die von John W. Cole und Eric Wolf (The Hidden Frontier, 1974).
Das anregende Buch enthält zahlreiche Illustrationen und bringt einige interessante Dokumente im Anhang.

Eric J. Hobsbawm

George Rudé, Die Volksmassen in der Geschichte. England und Frankreich 1730–1848. Deutsche Übersetzung von Sieglinde Summerer und Gerda Kurz, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1977, 258 S., Pb., 28 DM.

Die Motive, Funktionen und Ergebnisse der zahlreichen Volksunruhen in der Übergangsepoche von der statisch-agrarischen Privilegiengesellschaft zum dynamisch-industriellen Wettbewerbs- und Profitsystem sind ein wichtiges, von der Geschichtswissenschaft jedoch vernachlässigtes Thema. Die meisten Historiker benutzen je nach ihrer politischen und sozialen Einstellung abgegriffene Klischees; den einen gelten die Teilnehmer an Volksaufständen als Kämpfer für Gerechtigkeit und Freiheit, den anderen als Pöbel und Kanaille. Die Volksmassen, die ja kaum eigene schriftliche Zeugnisse hinterließen und sich nur in der Aktion artikulierten, werden in der Regel zu einem abstrakten, gesichtslosen Phänomen reduziert.
Der englische, jetzt in Kanada lehrende Historiker George Rudé hat in jahrzehntelangem Studium die Volksbewegungen Englands und Frankreichs im 18. und 19. Jahrhundert untersucht und mit neuer Methodik und Quellenforschung bahnbrechende Leistungen vollbracht. Er zieht nicht nur Spitzel-, Denunzianten- und Polizeiberichte, Gerichtsprotokolle, Flugschriften und Pressemeldungen heran, sondern verwendet auch Steuerlisten, Preis- und Lohntabellen, Finanzurkunden, Wählerverzeichnisse, um herauszufinden, wer sich an den Volksaufständen beteiligte. Rudés Werk »Die Massen in der französischen Revolution«, das 1959 im englischen Original und zwei Jahre später in deutscher Übersetzung erschien, hat ihm weit über die Fachwelt hinaus einen renommierten Namen eingetragen. Seine jetzt vorliegende Arbeit »The Crowd in history. Popular disturbances 1730–1848« (London 1964) mußte vierzehn Jahre warten, bevor sie ins Deutsche übertragen wurde.
Rudé stellt fest, daß die Verhaltensmuster, Aktionsformen und Ziele der Volksmassen in agrarischen und in industriellen Gesellschaften stark voneinander abweichen. Für die vorindustrielle Sozialordnung sind die religiöse und chiliastische Heilsbewegung sowie der Bauernaufstand, die »Jacquerie«, die die Schlösser der Adeligen anzündet und zerstört, die typische Form des Volksprotests. In der Übergangszeit von der agrarischen zur industriellen Gesellschaft – und diese Epoche wird im vorliegenden Band untersucht – richtet sich die Rebellion in erster Linie gegen die Teuerung, besonders die unerschwinglichen Brotpreise. Die Teilnehmer des Aufruhrs rekrutieren sich meist aus verelendeten städtischen Plebejern, die noch kein Klassenbewußtsein besitzen. Da die Stadt- und Dorfarmen durchschnittlich 80 % ihres Einkommens für Brot ausgaben, war in der französischen Revolution (wie schon die Historiker Carlyle und Michelet erkannten) das Hungerelend die Haupt-

Besonders interessant ist seine Analyse der Wechselbeziehung zwischen traditioneller Volkserinnerung und sozialem Meinungsausdruck einerseits, politischer Entwicklung andererseits, z. B. im Fortleben des politisch engagierten Volksliedes im Berner Jura. So entstehen die noch heute populären Lieder über die Bauernunruhen von 1730–1740 ein Jahrhundert später im Zuge der Radikalisierung der 1830er Jahre, und ähnlich leben traditionell erhaltene Themen in der gegenwärtigen Radikalisierung im gleichen Gebiet wieder auf – auch wieder durch politische Volkslieder. Überhaupt bringt Huggers Buch durch solche Analysen einen bedeutenden, auch für Nichtschweizer wichtigen Beitrag zum Verständnis des heutigen jurassischen Separatismus, der sich weitgehend auf die historischen Ressentiments der sowohl französischsprachigen wie katholischen Jurassiens im Berner Kanton zu stützen scheint (S. 38–55). Für das Studium des modernen Nationalismus als (ländlicher) Volksbewegung ist das Buch daher von Bedeutung und ergänzt größer angelegte Untersuchungen wie die von John W. Cole und Eric Wolf (The Hidden Frontier, 1974).
Das anregende Buch enthält zahlreiche Illustrationen und bringt einige interessante Dokumente im Anhang.

Eric J. Hobsbawm

George Rudé, Die Volksmassen in der Geschichte. England und Frankreich 1730–1848. Deutsche Übersetzung von Sieglinde Summerer und Gerda Kurz, Campus Verlag, Frankfurt/New York 1977, 258 S., Pb., 28 DM.

Die Motive, Funktionen und Ergebnisse der zahlreichen Volksunruhen in der Übergangsepoche von der statisch-agrarischen Privilegiengesellschaft zum dynamisch-industriellen Wettbewerbs- und Profitsystem sind ein wichtiges, von der Geschichtswissenschaft jedoch vernachlässigtes Thema. Die meisten Historiker benutzen je nach ihrer politischen und sozialen Einstellung abgegriffene Klischees; den einen gelten die Teilnehmer an Volksaufständen als Kämpfer für Gerechtigkeit und Freiheit, den anderen als Pöbel und Kanaille. Die Volksmassen, die ja kaum eigene schriftliche Zeugnisse hinterließen und sich nur in der Aktion artikulierten, werden in der Regel zu einem abstrakten, gesichtslosen Phänomen reduziert.
Der englische, jetzt in Kanada lehrende Historiker George Rudé hat in jahrzehntelangem Studium die Volksbewegungen Englands und Frankreichs im 18. und 19. Jahrhundert untersucht und mit neuer Methodik und Quellenforschung bahnbrechende Leistungen vollbracht. Er zieht nicht nur Spitzel-, Denunzianten- und Polizeiberichte, Gerichtsprotokolle, Flugschriften und Pressemeldungen heran, sondern verwendet auch Steuerlisten, Preis- und Lohntabellen, Finanzurkunden, Wählerverzeichnisse, um herauszufinden, wer sich an den Volksaufständen beteiligte. Rudés Werk »Die Massen in der französischen Revolution«, das 1959 im englischen Original und zwei Jahre später in deutscher Übersetzung erschien, hat ihm weit über die Fachwelt hinaus einen renommierten Namen eingetragen. Seine jetzt vorliegende Arbeit »The Crowd in history. Popular disturbances 1730–1848« (London 1964) mußte vierzehn Jahre warten, bevor sie ins Deutsche übertragen wurde.
Rudé stellt fest, daß die Verhaltensmuster, Aktionsformen und Ziele der Volksmassen in agrarischen und in industriellen Gesellschaften stark voneinander abweichen. Für die vorindustrielle Sozialordnung sind die religiöse und chiliastische Heilsbewegung sowie der Bauernaufstand, die »Jacquerie«, die die Schlösser der Adeligen anzündet und zerstört, die typische Form des Volksprotests. In der Übergangszeit von der agrarischen zur industriellen Gesellschaft – und diese Epoche wird im vorliegenden Band untersucht – richtet sich die Rebellion in erster Linie gegen die Teuerung, besonders die unerschwinglichen Brotpreise. Die Teilnehmer des Aufruhrs rekrutieren sich meist aus verelendeten städtischen Plebejern, die noch kein Klassenbewußtsein besitzen. Da die Stadt- und Dorfarmen durchschnittlich 80 % ihres Einkommens für Brot ausgaben, war in der französischen Revolution (wie schon die Historiker Carlyle und Michelet erkannten) das Hungerelend die Haupt-

triebkraft der aufständischen Massen. – In der modernen Industriegesellschaft sind Streiks, Demonstrationen und Kundgebungen der organisierten (oft von Intellektuellen geführten) Arbeiterschaft die verbreitetste Form der Protestbewegung.

Bei den meisten sozialen Unruhen zwischen 1730 und 1848 in England und Frankreich vermengten die Aufständischen ihre Sehnsucht nach der Wiederkehr einer angeblich glücklichen idyllischen Vergangenheit mit vorwärtsweisenden Forderungen nach wirtschaftlicher Verbesserung und sozialer Chancengleichheit. Der »Mehlkrieg« von 1775 in Paris und den benachbarten Provinzen zehrte noch nicht vom Ideengut der Aufklärung; die Aufständischen sahen die Kornhändler und Gutsbesitzer als ihre Gegner an und beriefen sich auf traditionelle Rechte. Der vom Reformer Turgot dekretierte freie Getreidehandel entsprach dem bürgerlichen Wirtschaftsliberalismus, führte jedoch infolge fehlender Kontrolle der Lebensmittelzufuhr zu Elend bei den handarbeitenden Bevölkerungsschichten und somit zum Aufstand.

Im Zentrum der Sansculottenaufstände in den Entscheidungsjahren der französischen Revolution stand weniger die Auseinandersetzung um Verfassungsfragen und monarchische oder republikanische Staatsform als die Sorge um die Sicherung der materiellen Existenz. Der Zorn des Volks entlud sich sowohl gegen die Aristokraten, die man des Komplotts gegen die Revolution beschuldigte, als auch gegen die bürgerlichen Spekulanten, Schieber und Wucherer, die sich am Schweiß des hungernden und kämpfenden Volks bereicherten. Die Sansculotten erhoben den utopischen Ruf nach egalitärer Besitzumschichtung und postulierten ein »Naturrecht auf Existenz«, das den natürlichen Rechten auf Eigentum übergeordnet sei. Sozialistische Vorstellungen des Gemeineigentums waren ihnen fremd; sie bejahten ebenso wie die Verfechter der kapitalistischen Ideologie das Eigentumsrecht an Produktionsmitteln, wollten jedoch nur die eigene persönliche Arbeit gelten lassen und negierten die Ausbeutung von Lohnabhängigen. Nicht nur in ihrer Ideologie, sondern auch in ihren Kampfformen unterschieden sich die Sansculotten von bürgerlichen Vorstellungen. Ihre Bewegung erzielte mit dem Höchstpreisgesetz von Ende September 1793 einen Erfolg, als sich der bürgerliche Jakobinerkonvent durch den Druck der Straße gezwungen sah, auf die liberalen Marktwirtschaftsprinzipien zugunsten einer Wirtschaftskontrolle zeitweilig zu verzichten.

Es gab auch politisch konservative, ja reaktionäre Volksbewegungen. In England waren die verzweifelten Handspinner und -weber, die durch die neuen Maschinen brotlos gemacht wurden und keinerlei soziale Rechte genossen, die Hauptbeteiligten bei den Unruhen der Maschinenstürmer; mit diesen Empörungen gegen die aufkommende Industriegesellschaft waren die sozialen Unruhen »für Kirche und König« verwandt, die von militantem Chauvinismus und Fremdenhaß durchdrungen waren; als Fremde galten außer Franzosen, Spaniern, Juden und Katholiken, die für das Volkselend verantwortlich gemacht wurden, auch Schotten und Iren. Diese Aufständischen proklamierten ihre Bindung an die traditionelle Ordnung gegen Neuerungsbestrebungen und griffen 1791 den renommierten Chemiker Joseph Priestley, einen Ehrenbürger der französischen Republik, an, dessen Haus angezündet wurde. – 1830 führte die erstmalige Benutzung von Dreschmaschinen zu einer großen Landarbeiterrevolte in England, den »Captain Swing«-Aufständen. Bei der kurz darauf einsetzenden Chartistenbewegung konstatiert Rudé eine Vermengung von traditionellen Massenaktionen und modernen Arbeitskämpfen des Industrieproletariats.

Die überaus informative Arbeit Rudés ist ein wichtiger Beitrag zur Sozialgeschichte und Sozialpsychologie. Leider weist die deutsche Ausgabe eine Reihe von Mängeln auf, die dem Verlag anzulasten sind. Der nichtssagende Untertitel der Überschrift »England und Frankreich« teilt im Gegensatz zum englischen Original nichts von Volksunruhen mit. Das Fehlen eines Registers erschwert die Benutzung der Arbeit. Im Inhaltsverzeichnis lautet die Überschrift des 2. Teils »Die industriellen Massen«, während im Text selbst (S. 179) richtig »Die vorindustriellen Massen« gemeint sind. Zahllose Druckfehler entstellen den Text; die vier

sinnentstellendsten seien angemerkt: Der Sturm auf die Bastille fand 1789, nicht 1783 statt (S. 8); der Herausgeber des Gedenkbandes über Maximilien Robespierre heißt Markov, nicht Marlor (S. 120); die proletarischen Unruhen in Paris brachen am 21. Juni, nicht am 21. Mai 1848 aus (S. 160); was schließlich »Berufungsgenossenschaften« sind (S. 157), bleit Geheimnis der beiden Übersetzerinnen. Walter Grab

Charles Tilly / Louise Tilly / Richard Tilly, The Rebellious Century. 1830–1930, Harvard University Press, Cambridge, Mass., 1975, XV, 354 S., Ln., $ 10.20.

»Dieses Buch befaßt sich hauptsächlich mit Veränderungen in Form, Häufigkeit, Ort und Trägern kollektiver Gewalt in drei europäischen Ländern in einer Zeit, die durch Industrialisierung und Urbanisierung geprägt ist. Es verfolgt durchgehend die Frage, wie sich Industrialisierung, Urbanisierung und die damit verbundenen Veränderungen auf die kollektive Gewalt ausgewirkt haben [...] Es behandelt diese Fragen überwiegend im Vergleich verschiedener Orte, Zeiten und Menschen hinsichtlich ihres Verhältnisses zur kollektiven Gewalt, zu anderen Konfliktformen, zu abweichendem Verhalten und zum säkularen Strukturwandel« (S. 13). Zeugt dieses Programm schon im Umfang der Problemstellung nicht von Kleinmut, so wird es zusätzlich dadurch erschwert, daß die Verfasser (Charles Tilly für Frankreich 1830–1960, Louise Tilly für Italien 1830–1922, Richard Tilly für Deutschland 1816–1933) ihre Aufgabe theorieorientiert und mit quantitativ analytischen Methoden zu lösen versuchen. Wer die Schwierigkeit des Gegenstandes kennt, weiß, daß dabei viele Fragen offenbleiben müssen. Wenn die Ergebnisse aber selbst reduzierte Erwartungen nicht immer erfüllen, so hat das eine Reihe von Gründen, die vor allem mit dem Erkenntnisinteresse, dem Konfliktverständnis und dem Verfahren der Autoren zusammenhängen.

Wie die meisten neueren Arbeiten zum sozialen Protest geht auch diese Studie auf die Erfahrung der unruhigen sechziger Jahre zurück. Die »heißen Sommer« in den städtischen Farbigengettos der USA und die dadurch ausgelöste Soziologendebatte über Konfliktursachen und Protestverhalten haben deutliche Spuren hinterlassen. Diesem Kontext entspricht die Wahl des Konfliktindikators »kollektive Gewalt« und des theoretischen Ansatzes – Konzepte der Verelendung und Entwurzelung durch Kommerzialisierung und Urbanisierung, deren Erklärungswert nicht nur für »Das rebellische Jahrhundert«, sondern auch für die Konflikte der Gegenwart geprüft werden soll. Beides erweist sich als Mißgriff: Um die Ursachen- und Formveränderungen kollektiven Handelns während eines Jahrhunderts fundamentalen Strukturwandels in Wirtschaft, Gesellschaft und politischer Ordnung analysieren zu können, hätte es einer differenzierteren Meßgröße als der Gewalt bedurft. Ihr Stellenwert als Konfliktindikator wie als Ausdruck kollektiven Handelns variiert mit der Entwicklung alternativer Einflußmöglichkeiten wie Demonstration, Streik, Wahl usw., die ebenfalls in die Untersuchungszeit fällt. Ohne die sorgfältige Analyse des gewaltlosen Protests läßt sich weder der Formwandel kollektiver Aktionen zureichend erfassen, noch die Frage nach den Bedingungen ihrer Gewaltsamkeit beantworten. Die Tillys haben diesen Mangel erkannt, aber nach Abschluß ihrer Datensammlung nicht mehr durchgreifend korrigieren können. So weiten sie zwar ihre Argumentation auf den Gesamtbereich kollektiver Aktionen aus, müssen dafür aber einen verwirrenden Methodenbruch in Kauf nehmen. Überwiegt in den drei Länderkapiteln die Interpretation quantitativer Befunde, so löst sich ihr Versuch, allgemeine Aussagen über das kollektive Handeln zu formulieren, immer mehr von der Materialbasis. In den beiden Schlußkapiteln (»Comparisons« und »Conclusions«) gewinnt die empirisch kaum noch gesicherte Spekulation beträchtlichen Raum. Ähnlich unbefriedigend verläuft der Test der etwas rüde unter den

sinnentstellendsten seien angemerkt: Der Sturm auf die Bastille fand 1789, nicht 1783 statt (S. 8); der Herausgeber des Gedenkbandes über Maximilien Robespierre heißt Markov, nicht Marlor (S. 120); die proletarischen Unruhen in Paris brachen am 21. Juni, nicht am 21. Mai 1848 aus (S. 160); was schließlich »Berufungsgenossenschaften« sind (S. 157), bleit Geheimnis der beiden Übersetzerinnen. Walter Grab

Charles Tilly / Louise Tilly / Richard Tilly, The Rebellious Century. 1830–1930, Harvard University Press, Cambridge, Mass., 1975, XV, 354 S., Ln., $ 10.20.

»Dieses Buch befaßt sich hauptsächlich mit Veränderungen in Form, Häufigkeit, Ort und Trägern kollektiver Gewalt in drei europäischen Ländern in einer Zeit, die durch Industrialisierung und Urbanisierung geprägt ist. Es verfolgt durchgehend die Frage, wie sich Industrialisierung, Urbanisierung und die damit verbundenen Veränderungen auf die kollektive Gewalt ausgewirkt haben [...] Es behandelt diese Fragen überwiegend im Vergleich verschiedener Orte, Zeiten und Menschen hinsichtlich ihres Verhältnisses zur kollektiven Gewalt, zu anderen Konfliktformen, zu abweichendem Verhalten und zum säkularen Strukturwandel« (S. 13). Zeugt dieses Programm schon im Umfang der Problemstellung nicht von Kleinmut, so wird es zusätzlich dadurch erschwert, daß die Verfasser (Charles Tilly für Frankreich 1830–1960, Louise Tilly für Italien 1830–1922, Richard Tilly für Deutschland 1816–1933) ihre Aufgabe theorieorientiert und mit quantitativ analytischen Methoden zu lösen versuchen. Wer die Schwierigkeit des Gegenstandes kennt, weiß, daß dabei viele Fragen offenbleiben müssen. Wenn die Ergebnisse aber selbst reduzierte Erwartungen nicht immer erfüllen, so hat das eine Reihe von Gründen, die vor allem mit dem Erkenntnisinteresse, dem Konfliktverständnis und dem Verfahren der Autoren zusammenhängen.

Wie die meisten neueren Arbeiten zum sozialen Protest geht auch diese Studie auf die Erfahrung der unruhigen sechziger Jahre zurück. Die »heißen Sommer« in den städtischen Farbigengettos der USA und die dadurch ausgelöste Soziologendebatte über Konfliktursachen und Protestverhalten haben deutliche Spuren hinterlassen. Diesem Kontext entspricht die Wahl des Konfliktindikators »kollektive Gewalt« und des theoretischen Ansatzes – Konzepte der Verelendung und Entwurzelung durch Kommerzialisierung und Urbanisierung, deren Erklärungswert nicht nur für »Das rebellische Jahrhundert«, sondern auch für die Konflikte der Gegenwart geprüft werden soll. Beides erweist sich als Mißgriff: Um die Ursachen- und Formveränderungen kollektiven Handelns während eines Jahrhunderts fundamentalen Strukturwandels in Wirtschaft, Gesellschaft und politischer Ordnung analysieren zu können, hätte es einer differenzierteren Meßgröße als der Gewalt bedurft. Ihr Stellenwert als Konfliktindikator wie als Ausdruck kollektiven Handelns variiert mit der Entwicklung alternativer Einflußmöglichkeiten wie Demonstration, Streik, Wahl usw., die ebenfalls in die Untersuchungszeit fällt. Ohne die sorgfältige Analyse des gewaltlosen Protests läßt sich weder der Formwandel kollektiver Aktionen zureichend erfassen, noch die Frage nach den Bedingungen ihrer Gewaltsamkeit beantworten. Die Tillys haben diesen Mangel erkannt, aber nach Abschluß ihrer Datensammlung nicht mehr durchgreifend korrigieren können. So weiten sie zwar ihre Argumentation auf den Gesamtbereich kollektiver Aktionen aus, müssen dafür aber einen verwirrenden Methodenbruch in Kauf nehmen. Überwiegt in den drei Länderkapiteln die Interpretation quantitativer Befunde, so löst sich ihr Versuch, allgemeine Aussagen über das kollektive Handeln zu formulieren, immer mehr von der Materialbasis. In den beiden Schlußkapiteln (»Comparisons« und »Conclusions«) gewinnt die empirisch kaum noch gesicherte Spekulation beträchtlichen Raum. Ähnlich unbefriedigend verläuft der Test der etwas rüde unter den

Oberbegriff »Zusammenbruch« gezwungenen Theorien, die einen direkten Zusammenhang von Protest und Industrialisierung/Urbanisierung behaupten. Zwar zeigt sich – und das ist gewiß eines der wichtigsten Ergebnisse des Buches –, daß eine solche direkte Beziehung nicht besteht, daß der sozioökonomische Strukturwandel nur vermittelt über die Organisation der Konfliktparteien (»Solidaritätsthese«) und die staatliche Repression die kollektive Aktion beeinflußt, aber die Art und Mechanik dieser Vermittlung, d. h. die Entstehung latenter Konflikte und ihre Umsetzung in manifestes Handeln, bleibt unklar. Weniger generalisierte Theorie und eine schärfere kategoriale Unterscheidung und empirische Erfassung von Ursachen und Manifestationsbedingungen kollektiver Aktionen hätten wahrscheinlich zu besseren Resultaten geführt.

Die enge Definition des Indikators und die offenbar nur geringe Zahl systematisch erhobener Konfliktinformationen hängen nicht nur mit dem zeitlichen und räumlichen Umfang des Themas zusammen, der die Anwendung differenzierterer Indikatoren und Kategorien erschwert, sondern auch mit dem Vorverständnis der Autoren, die Konflikt ausschließlich als politischen Machtkampf begreifen. In einem weiten Begriffssinne ist das sicher richtig und ein erheblicher Fortschritt gegenüber einer Forschungsrichtung, die soziale Proteste überwiegend als apolitische oder bestenfalls vorpolitische Phänomene interpretiert hat. Er wird aber fragwürdig, wenn es sich lediglich um einen Etikettentausch handelt und die detaillierte Untersuchung der vielfältigen Ursachen, Austragsweisen, Träger und Funktionen darüber zu kurz kommt. Wenn der Streik und andere überwiegend gewaltlose Formen der Auseinandersetzung als »politisch zu marginal, um ein repräsentatives Bild des Kampfes um die Macht zu geben« (S. 10, s. a. S. 15), schon bei der Materialerhebung ausscheiden, kann das Ergebnis der Materialanalyse kaum noch überraschen: Das von den Tillys immer wieder betonte Hauptergebnis des Buches, der politische Charakter der kollektiven Aktion als Kampf um die Macht, steht unter starkem Tautologieverdacht.

Materialgrundlage der Studie ist eine Datensammlung zur kollektiven Gewalt, die für Frankreich und Deutschland durch eine systematische Auswertung von Tageszeitungen für mehr als ein Jahrhundert erstellt worden ist. Eine so aufwendige Vorarbeit ist nicht mehr vom Autor allein, sondern nur noch mit einer Anzahl von Helfern zu bewältigen. Das hat mehrere Konsequenzen: Einmal müssen die Erhebungskriterien so formal definiert werden, daß sie eine möglichst einheitliche, zweifelsfreie Entscheidung über die Aufnahme und kategoriale Einordnung der ermittelten Fälle erlauben. Zum andern lernen die Autoren das Material zu einem guten Teil erst in der auf die erhobenen Daten zusammengeschrumpften Form kennen. Der durch das grobe Erfassungsraster bedingte Informationsverlust wird also kaum noch durch die Kenntnis der Quelle und ihrer Gesamtberichterstattung über den jeweiligen Fall gemildert, die bei Eigenerhebungen die unvermeidliche Distanz zwischen historischer Realität und Datenaggregat erträglich macht. Die Folgen zeigen sich nicht nur im Zwang zur »abgehobenen« Argumentation, die dem hohen Abstraktionsniveau der aggregierten Daten entspricht, sondern auch in der Gefahr, Veränderungen in der Griffigkeit des Indikators entweder gar nicht oder zu spät zu bemerken. So brachte die Fallsammlung für Frankreich eine unerwartet niedrige Besetzung der notorisch unruhigen Jahre 1870/71. Wie einer Anmerkung (S. 60) zu entnehmen ist, stand bei Drucklegung des Buches eine »sorgfältige Überprüfung« der Daten für die Jahre 1861–1929 – immerhin mehr als die Hälfte der gesamten Zeitreihe – kurz vor dem Abschluß. Sie »ergab, daß unsere Zahlen für die Ereignisse dieser 69 Jahre im Vergleich zur vorhergehenden und zur folgenden Periode durchgehend zu niedrig waren«. Für die empirische Basis des Buches ist das ein bedenkliches Eingeständnis. Was ist bei solchen Prämissen von den Folgerungen aus quantitativen Befunden zu halten, die von den Verfassern nicht kontrolliert wurden, weil sie ihren Erwartungen entsprachen? Und was ist aus der quantifizierenden Methode geworden? Sie sieht sich auf ihrem eigenen Feld durch simples Handbuchwissen korrigiert, wo sie doch angetreten war, Meßbares zu präzisieren und über die Ermittlung statistischer Zu-

sammenhänge kausale und funktionale Beziehungen aufzudecken, die auf andere Weise nur schwer zu erkennen und nicht sicher zu belegen sind.
Ein großer Wurf ist »Das rebellische Jahrhundert« nicht geworden, trotz aller Vorbehalte aber ein wichtiges und lesenswertes Buch. Mit der kollektiven Aktion untersucht es zum erstenmal ein nicht nur in der deutschen Geschichtsschreibung vernachlässigtes Thema zeit- und länderübergreifend auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene. Es bietet einen bisher nicht verfügbaren Überblick über die Entwicklung der kollektiven Gewalt im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Es korrigiert hartnäckige Vorurteile, formuliert eine Fülle anregender Hypothesen, mit denen sich die weitere Forschung auseinandersetzen muß, aber es demonstriert auch die Gefahren, denen sie sich dabei gegenübersehen wird. So ausgewiesene Konflikthistoriker und versierte Quantifizierer die Tillys auch sind, sie haben sich mehr vorgenommen, als beim gegenwärtigen Forschungsstand zu erreichen ist. Das Standardwerk über den sozialen Protest im 19. und 20. Jahrhundert, das der Titel vermuten läßt, ist noch zu schreiben.

Heinrich Volkmann

Alan S. Milward / S. B. Saul, The Development of the Economies of Continental Europe, 1850–1914, George Allen & Unwin, London 1977, pp. 555, clothbound, £ 12.50.

This economic history of continental Europe, 1850–1914, is a continuation of an earlier work which covered the period 1780–1870. The authors point out in their introduction that certain topics which the reader might expect to find in the second volume have already been discussed in the first. These topics include economic changes in population and technology as well as the development of the Scandinavian states. The two works clearly belong together and it is a pity that they have not been described as Volume I and Volume II.
The second volume will prove to be a boon to students of economic history since it deals in an authoritative fashion not only with national economies which had become highly industrialised by 1914 but also with hitherto neglected countries which were still predominently agrarian in character in the early twentieth century, though important branches of manufacture had developed in some of them. It would be difficult to find anywhere else such excellent discussions on the economic history in modern times of the Habsburg territories, Spain, Italy, and the Balkans. The authors attempt, with considerable success, to explain why some countries enjoyed periods of rapid economic growth, while others did not. They rightly stress the fact that expansion results from the interaction of many diverse factors and that no single factor is ever likely to be the sole cause of economic growth or retardation. The volume is an excellent introduction to a difficult subject and the bibliographies at the end of each chapter are a useful guide to further reading.
An economic history of Europe can be written in several ways, each of which has its merits and its drawbacks. It is possible to discuss the economic development of particular states or of regions which cover more than one country. And it is possible to deal with the continent as a whole by examining various topics such as industrialisation, agriculture, transport, banking and so forth. The authors of this book have used three methods. France, Germany, Russia, and Austria-Hungary each have a chapter to themselves but Italy and Spain as well as the Balkan states are examined together. And the last two chapters deal with topics covering the whole of Europe. The employment of a diversity of methods of examining the economic development of modern Europe is not without its drawbacks and the authors might have served their readers better if they had presented their material in one way.
The maps leave something to be desired. If an economic history is to have maps then they should illustrate factors of economic significance such as natural resources, industries, crops, or communications. The maps in this book are political maps and provide very little information concerning the economic development of countries or regions. In the map of Germany the »Kingdom« of Baden should be the Grand Duchy.

W. O. Henderson

sammenhänge kausale und funktionale Beziehungen aufzudecken, die auf andere Weise nur schwer zu erkennen und nicht sicher zu belegen sind.
Ein großer Wurf ist »Das rebellische Jahrhundert« nicht geworden, trotz aller Vorbehalte aber ein wichtiges und lesenswertes Buch. Mit der kollektiven Aktion untersucht es zum erstenmal ein nicht nur in der deutschen Geschichtsschreibung vernachlässigtes Thema zeit- und länderübergreifend auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene. Es bietet einen bisher nicht verfügbaren Überblick über die Entwicklung der kollektiven Gewalt im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Es korrigiert hartnäckige Vorurteile, formuliert eine Fülle anregender Hypothesen, mit denen sich die weitere Forschung auseinandersetzen muß, aber es demonstriert auch die Gefahren, denen sie sich dabei gegenübersehen wird. So ausgewiesene Konflikthistoriker und versierte Quantifizierer die Tillys auch sind, sie haben sich mehr vorgenommen, als beim gegenwärtigen Forschungsstand zu erreichen ist. Das Standardwerk über den sozialen Protest im 19. und 20. Jahrhundert, das der Titel vermuten läßt, ist noch zu schreiben.

Heinrich Volkmann

Alan S. Milward / S. B. Saul, The Development of the Economies of Continental Europe, 1850–1914, George Allen & Unwin, London 1977, pp. 555, clothbound, £ 12.50.

This economic history of continental Europe, 1850–1914, is a continuation of an earlier work which covered the period 1780–1870. The authors point out in their introduction that certain topics which the reader might expect to find in the second volume have already been discussed in the first. These topics include economic changes in population and technology as well as the development of the Scandinavian states. The two works clearly belong together and it is a pity that they have not been described as Volume I and Volume II.
The second volume will prove to be a boon to students of economic history since it deals in an authoritative fashion not only with national economies which had become highly industrialised by 1914 but also with hitherto neglected countries which were still predominently agrarian in character in the early twentieth century, though important branches of manufacture had developed in some of them. It would be difficult to find anywhere else such excellent discussions on the economic history in modern times of the Habsburg territories, Spain, Italy, and the Balkans. The authors attempt, with considerable success, to explain why some countries enjoyed periods of rapid economic growth, while others did not. They rightly stress the fact that expansion results from the interaction of many diverse factors and that no single factor is ever likely to be the sole cause of economic growth or retardation. The volume is an excellent introduction to a difficult subject and the bibliographies at the end of each chapter are a useful guide to further reading.
An economic history of Europe can be written in several ways, each of which has its merits and its drawbacks. It is possible to discuss the economic development of particular states or of regions which cover more than one country. And it is possible to deal with the continent as a whole by examining various topics such as industrialisation, agriculture, transport, banking and so forth. The authors of this book have used three methods. France, Germany, Russia, and Austria-Hungary each have a chapter to themselves but Italy and Spain as well as the Balkan states are examined together. And the last two chapters deal with topics covering the whole of Europe. The employment of a diversity of methods of examining the economic development of modern Europe is not without its drawbacks and the authors might have served their readers better if they had presented their material in one way.
The maps leave something to be desired. If an economic history is to have maps then they should illustrate factors of economic significance such as natural resources, industries, crops, or communications. The maps in this book are political maps and provide very little information concerning the economic development of countries or regions. In the map of Germany the »Kingdom« of Baden should be the Grand Duchy.

W. O. Henderson

Harald Winkel (Hrsg.), Vom Kleingewerbe zur Großindustrie. Quantitativ-regionale und politisch-rechtliche Aspekte zur Erforschung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur im 19. Jahrhundert (= Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 83), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1975, 259 S., brosch., 59,60 DM.

Der Titel dieser Aufsatzsammlung erweckt zwar den Eindruck, als ginge es um die Geschichte der Unternehmen schlechthin im Industrialisierungsprozeß. Doch wird der Leser schon im Vorwort belehrt, daß »Fragen der Industrialisierung im 19. Jahrhundert« und »Aspekte der historischen Statistik« Gegenstand der Aufsätze sind.

Um einen Teil der Beurteilung vorwegzunehmen: Von Theorieanwendung und Prozeßanalyse (die nach neuerer Auffassung unverzichtbarer Teil der systematischen, sozialwissenschaftlich inspirierten historischen Analyse sind) kann nicht die Rede sein. »Quantitative Analysen des Gewerbes [. . . und . . .] Untersuchungen der Sozialstruktur« (*Winkel*) sind nicht geleistet worden. Daran ändert weder etwas die von *Teuteberg* formulierte Widmung zu seinem knapp die Hälfte des verfügbaren Raumes beanspruchenden Beitrag (»Walther G. Hoffmann in memoriam«; S. 9) noch die in ökonomischen Termini gefaßte Rückständigkeitsthese und die eher aufgepfropft wirkende Feststellung, das britische Wollgewerbe sei aufgrund einer »Degression der Produktionskosten« (S. 102) dem deutschen vorangeeilt, obwohl es historisch wesentlich jünger war. Pauschalurteile über den vorliegenden Band sind jedoch nicht gerechtfertigt; ich will darum versuchen, jeden Beitrag für sich selber zu würdigen.

Ins Auge fällt zunächst die Heterogenität des Buches: Neben den Beiträgen von *Hans-Jürgen Teuteberg* (Das deutsche und britische Wollgewerbe um die Mitte des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur quantitativ-komparativen Wirtschaftsgeschichte), *Gustav Otruba* (Quantitative, strukturelle und regionale Dynamik des Industrialisierungsprozesses in Österreich-Ungarn vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges) und *Diedrich Saalfeld* (Methodische Darlegungen zur Einkommensentwicklung und Sozialstruktur 1760–1860 am Beispiel einiger deutscher Städte), die mit einigem Wohlwollen quantitativ genannt werden können, erscheinen die Ausführungen von *Karl Heinrich Kaufhold* (Die Auswirkungen der Einschränkung der Gewerbefreiheit in Preußen durch die Verordnung vom 9. Februar 1849 auf das Handwerk) und *Fritz Blaich* (Ökonomische und politische Hintergründe des »Gesetzes über den Absatz von Kalisalzen« vom 25. 5. 1910) nahezu traditionell, selbst wenn sie Zahlen in der Argumentation verwenden. Insbesondere die Arbeit von *Kaufhold* erregt in diesem Zusammenhang (und in diesem Band) Verwunderung, weil man weiß, daß er quantitativ-analytisch gearbeitet hat. Der Beitrag von *Jürgen Kocka* (Expansion – Integration – Diversifikation. Wachstumsstrategien industrieller Großunternehmen in Deutschland vor 1914) scheint auf den ersten Blick den Rahmen dieses Sammelwerkes vollends zu sprengen, denn es ist weder von »quantitativ-regionalen« noch von »politisch-rechtlichen Aspekten« der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur im 19. Jahrhundert explizit die Rede. Allerdings bietet dieser Aufsatz etwas, das, mit Ausnahme des *Saalfeld*schen Beitrages (auf den ich noch zurückkomme), alle Arbeiten aufs schmerzlichste vermissen lassen: die notwendigen Erwägungen zur Hypothesenbildung im Vorfeld der quantitativen Analyse. Kritisch muß freilich angemerkt werden, daß die hier entfaltete Begrifflichkeit noch keine operationale Schärfe aufweist. Um so interessanter erscheint der Doppelcharakter der Gerschenkronschen »Rückständigkeit« als Hypothese. Man darf gespannt sein auf die empirische Einlösung des hier formulierten Anspruchs.

Mit dem ausdrücklichen Bezug auf W. G. Hoffmanns »Stadien und Typen der Industrialisierung« stellt *Teuteberg* seiner Studie einen Anspruch voran, den er im wichtigsten, von ihm selber allerdings anscheinend ausgeblendeten Punkt nicht einzulösen vermag: Die zitierte Arbeit von Hoffmann basiert auf dem Versuch, ein sowohl empirisch fundiertes

als nationalökonomisch-theoretisches Entwicklungsmodell zu entwerfen, das auch systematische internationale Vergleiche ermöglichen sollte. Teuteberg schreibt statt dessen eine je auf England und Deutschland bezogene Monographie des Wollgewerbes, um – ein bloß gliederungstechnischer Kunstgriff! – allerdings den Ländervergleich unter verschiedenen Sachgesichtspunkten durchzuhalten. Obwohl Teuteberg sich m. E. ganz und gar zu Unrecht auf Hoffmann bezieht, könnte es dennoch sein, daß er, wie der Untertitel behauptet, einen »Beitrag zur quantitativ-komparativen Wirtschaftsgeschichte« geleistet hat. Die langen und zeitlich sehr weit zurückreichenden Schilderungen der frühen bis frühesten Geschichte der Wollgewerbe betonen den von mir behaupteten Charakter einer »Doppelmonographie«, den die Sachgliederung nur unzureichend verwischt. So sind denn in diesen Teilen neben den zahlreichen Zahlenangaben zu den verschiedenen Zeitpunkten nur einige wenige – und angesichts der für diese Zeiten (S. 19: für das 15. bzw. 16. Jahrhundert) durchweg zweifelhaften Qualität statistischen Materials nur bedingt interpretierbare – quantitative Angaben im analytischen Sinne enthalten. Wenn nach einem Drittel des Raumes, den Teutebergs Arbeit beansprucht, die Argumentation vom tabellarisch geordneten statistischen Material her geführt zu werden scheint, sieht sich derjenige, der eine komparativ-quantitative Analyse erwartet hat, wiederum enttäuscht, weil die Möglichkeiten des meist schon in der veröffentlichten Literatur kommentierten Materials, die durch Umordnung oder Kennzahlbildung gegeben gewesen wären, einerseits nicht genutzt wurden und andererseits der z. T. mangelhafte, im ganzen aber recht unterschiedliche Aussagewert der Zahlen mit einem pauschalen Hinweis (S. 99) abgetan wird. Teutebergs Studie ist keine quantitative Analyse: Sie benutzt die Daten, aber man hat den Eindruck, daß sie quantitatives Material weniger als Stütze, sondern meist nur als Illustration des Arguments verwendet. So liegt denn auch die Stärke der Arbeit, die trotz der 30 Tabellen im Kern qualitative Geschichtsschreibung bleibt, nicht im theoretisch inspirierten systematischen internationalen Vergleich der Entwicklungen des Wollgewerbes in England und Deutschland, sondern in einer zusammenfassenden Darstellung der genannten Entwicklungen unter Einbeziehung des in der Literatur verstreuten statistischen Datenmaterials. Wenn die Ausführungen in der Zusammenfassung (S. 98 ff.) dennoch einen intensiven Vergleich zwischen den Ländern zum Inhalt haben, so ist dies als weiteres Verdienst des Beitrages anzusehen, nicht jedoch als Ergebnis komparativ-quantitativer Wirtschaftsgeschichte. *Otrubas* Beitrag (S. 105 ff.) versucht von einer engen Zielsetzung aus eine »erste Bestandsaufnahme« (S. 136) des verfügbaren Materials, um »Anregungen für weitere Forschungen« zu geben: Nach einer kurzen Literaturübersicht folgt die notwendige Kritik der statistischen Erhebungsergebnisse. Es handelt sich bei dieser Arbeit um eine unabdingbare Vorarbeit zur quantitativen Analyse, mit der auf der Basis der im Anhang ausgebreiteten Daten im Grunde unverzüglich begonnen werden könnte. Die Arbeit besticht im übrigen durch die Übereinstimmung von Anspruch und Gebotenem und befriedigt insoweit den Leser völlig.
Insgesamt bietet dieser Band keine quantitative Analyse im Sinne einer sozialwissenschaftlich-systematisch ansetzenden Geschichtsschreibung. Die Ausnahme bildet der Beitrag von *Saalfeld*, der soziologische Kategorien nicht nur aufnimmt, sondern versucht, systematische quantitative Dokumentation mit historischer Gesellschaftsanalyse integrativ zu verbinden. Angesichts der weithin noch vorherrschenden traditionellen Arbeiten handelt es sich vor allem mit den entwickelten Materialbasen und der unter gerade diesem Gesichtspunkt zusammengetragenen und verarbeiteten Literatur gleichwohl um ein außerordentlich nützliches Buch. – Allerdings muß angemerkt werden, daß jene von *Kocka* in die Diskussion gebrachte Unterscheidung zwischen Wirtschaftshistorikern und »reinen« Wirtschaftshistorikern (S. 223) befremdend anmutet.

Gerd Hohorst

Uwe Ziegler, Verwaltungs-, Wirtschafts- und Sozialstruktur Hohenzollerns im 19. Jahrhundert (= Arbeiten zur Landeskunde Hohenzollerns, Bd. 13), Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen 1976, 238 S., kart., 32 DM.

Wer sich die Mühe macht, in eins oder mehrere der ungezählten Regional-, Orts- und Firmenarchive zu gehen, und der Wirtschafts- und Sozialgeschichte das dort lagernde Material in aufbereiteter Form zugänglich macht, hat sich auch dann ein Verdienst erworben, wenn er seinem von vornherein zu hochgeschraubten methodisch-darstellerischen Anspruch am Ende nicht gerecht geworden ist. Uwe Ziegler ist dafür zu danken, daß er eine Fülle interessantes Tatsachenmaterial zusammengetragen und überschaubar zusammengestellt hat. Die »evolutionäre Entwicklung und Umgestaltung der sozioökonomischen Struktur der hohenzollernschen Lande im 19. Jahrhundert« hat er *nicht* beschrieben. Es ist fraglich, ob das mit dem alles in allem doch recht punktuellen Material überhaupt einigermaßen überzeugend möglich gewesen wäre. In jedem Fall aber hätte Ziegler seine Dissertation dann anders anlegen müssen. Entwicklung und Umgestaltung sind Funktionen der Zeit und Ergebnis menschlichen Handelns. Die Zeit aber steht in dieser Arbeit gleichsam still, und die Szene ist unbelebt. Das Buch ist nicht nur streng systematisch gegliedert, zwischen den Gliederungspunkten werden vor allem so gut wie keine inhaltlichen Bezüge hergestellt. Der Autor hat sein Archivmaterial be-, aber nicht verarbeitet. Die Einzelabschnitte (Staatsgebiet, Bevölkerungsverhältnisse, Staatsverfassung, Landesverwaltung etc.), die im übrigen mit einem Übermaß an stocktrockener Sachlichkeit geschrieben sind, könnten fast nach Belieben umgestellt werden. Die Wirkungszusammenhänge zwischen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Gestaltung im Ablauf der Zeit bleiben unerörtert, als hätte es sie nicht gegeben.

Allein im Abschnitt über die Agarreformen in Hohenzollern-Sigmaringen, dem umfangreichsten und besten des Buches, kommt das Element des wirtschaftlich-sozialen Wandels zur Geltung, freilich auch hier, ohne z. B. zu den bescheidenen Industrialisierungsansätzen in Beziehung gesetzt zu werden. Den Versuch eines Vergleichs der beiden untersuchten Regionen, Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, hat Ziegler gar nicht erst in Angriff genommen. So hat er keine abgerundete Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Hohenzollerns vorgelegt, über deren Sinn man angesichts des territorialen und personellen Umfangs der preußischen Exklave wohl auch streiten könnte, sofern mit ihr nichts Exemplarisches verdeutlicht werden kann, wohl aber eine aspektreiche Materialsammlung, die für jeden, der sich mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Südwestregion beschäftigt, viel Informationsgewinn bringt. Volker Hentschel

Enno Knobel, Die Hessische Rechtspartei. Konservative Opposition gegen das Bismarckreich (= Untersuchungen und Materialien zur Verfassungs- und Landesgeschichte, hrsg. vom Hessischen Landesamt für geschichtliche Landeskunde, Bd. 5), Verlag N. G. Elwert (in Kommission), Marburg 1975, VII, 312 S., kart., 32 DM.

Die Hessische Rechtspartei war eine politische Gruppierung ohne bemerkenswerte Resonanz und mithin ohne Wirkungskraft. Sie hat keine Spuren in der Geschichte des Kaiserreichs hinterlassen. Wenn Enno Knobel 50 Seiten über sie geschrieben hätte, wäre gleichwohl ein interessanter Aufsatz dabei herausgekommen. Er hat 270 Seiten und damit ein über weite Strecken etwas langweiliges Buch geschrieben. Eine scharfumrissene Fragestellung hätte ihn davor vielleicht bewahren können. Es gibt sie nicht. Das wesentliche Motiv für die Entstehung der Arbeit scheint gewesen zu sein, daß eine »umfassende Darstellung der Hessischen Rechtspartei« bislang fehlte. Das ist ein unzureichender Grund, wenn er nicht mit der Überlegung verbunden ist, warum eine »umfassende« Darstellung notwendig sei. Um die nicht neue Feststellung erneut zu unterstreichen, »daß selbst noch im Kaiserreich

Uwe Ziegler, Verwaltungs-, Wirtschafts- und Sozialstruktur Hohenzollerns im 19. Jahrhundert (= Arbeiten zur Landeskunde Hohenzollerns, Bd. 13), Jan Thorbecke Verlag, Sigmaringen 1976, 238 S., kart., 32 DM.

Wer sich die Mühe macht, in eins oder mehrere der ungezählten Regional-, Orts- und Firmenarchive zu gehen, und der Wirtschafts- und Sozialgeschichte das dort lagernde Material in aufbereiteter Form zugänglich macht, hat sich auch dann ein Verdienst erworben, wenn er seinem von vornherein zu hochgeschraubten methodisch-darstellerischen Anspruch am Ende nicht gerecht geworden ist. Uwe Ziegler ist dafür zu danken, daß er eine Fülle interessantes Tatsachenmaterial zusammengetragen und überschaubar zusammengestellt hat. Die »evolutionäre Entwicklung und Umgestaltung der sozioökonomischen Struktur der hohenzollernschen Lande im 19. Jahrhundert« hat er *nicht* beschrieben. Es ist fraglich, ob das mit dem alles in allem doch recht punktuellen Material überhaupt einigermaßen überzeugend möglich gewesen wäre. In jedem Fall aber hätte Ziegler seine Dissertation dann anders anlegen müssen. Entwicklung und Umgestaltung sind Funktionen der Zeit und Ergebnis menschlichen Handelns. Die Zeit aber steht in dieser Arbeit gleichsam still, und die Szene ist unbelebt. Das Buch ist nicht nur streng systematisch gegliedert, zwischen den Gliederungspunkten werden vor allem so gut wie keine inhaltlichen Bezüge hergestellt. Der Autor hat sein Archivmaterial be-, aber nicht verarbeitet. Die Einzelabschnitte (Staatsgebiet, Bevölkerungsverhältnisse, Staatsverfassung, Landesverwaltung etc.), die im übrigen mit einem Übermaß an stocktrockener Sachlichkeit geschrieben sind, könnten fast nach Belieben umgestellt werden. Die Wirkungszusammenhänge zwischen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Gestaltung im Ablauf der Zeit bleiben unerörtert, als hätte es sie nicht gegeben.

Allein im Abschnitt über die Agarreformen in Hohenzollern-Sigmaringen, dem umfangreichsten und besten des Buches, kommt das Element des wirtschaftlich-sozialen Wandels zur Geltung, freilich auch hier, ohne z. B. zu den bescheidenen Industrialisierungsansätzen in Beziehung gesetzt zu werden. Den Versuch eines Vergleichs der beiden untersuchten Regionen, Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen, hat Ziegler gar nicht erst in Angriff genommen. So hat er keine abgerundete Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Hohenzollerns vorgelegt, über deren Sinn man angesichts des territorialen und personellen Umfangs der preußischen Exklave wohl auch streiten könnte, sofern mit ihr nichts Exemplarisches verdeutlicht werden kann, wohl aber eine aspektreiche Materialsammlung, die für jeden, der sich mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Südwestregion beschäftigt, viel Informationsgewinn bringt. Volker Hentschel

Enno Knobel, Die Hessische Rechtspartei. Konservative Opposition gegen das Bismarckreich (= Untersuchungen und Materialien zur Verfassungs- und Landesgeschichte, hrsg. vom Hessischen Landesamt für geschichtliche Landeskunde, Bd. 5), Verlag N. G. Elwert (in Kommission), Marburg 1975, VII, 312 S., kart., 32 DM.

Die Hessische Rechtspartei war eine politische Gruppierung ohne bemerkenswerte Resonanz und mithin ohne Wirkungskraft. Sie hat keine Spuren in der Geschichte des Kaiserreichs hinterlassen. Wenn Enno Knobel 50 Seiten über sie geschrieben hätte, wäre gleichwohl ein interessanter Aufsatz dabei herausgekommen. Er hat 270 Seiten und damit ein über weite Strecken etwas langweiliges Buch geschrieben. Eine scharfumrissene Fragestellung hätte ihn davor vielleicht bewahren können. Es gibt sie nicht. Das wesentliche Motiv für die Entstehung der Arbeit scheint gewesen zu sein, daß eine »umfassende Darstellung der Hessischen Rechtspartei« bislang fehlte. Das ist ein unzureichender Grund, wenn er nicht mit der Überlegung verbunden ist, warum eine »umfassende« Darstellung notwendig sei. Um die nicht neue Feststellung erneut zu unterstreichen, »daß selbst noch im Kaiserreich

das ›nationale Band‹ [...] bei weitem nicht alle 1866 und 1871 mühsam bezwungenen heterogenen und zentrifugalen Kräfte fest umschloß«, wäre sie nicht notwendig gewesen.
Mit alledem ist natürlich nicht gesagt, daß hier eine nutzlose oder schlechte Arbeit angezeigt würde. Der Verdruß über die Länge sollte das Urteil über den Gehalt nicht allzusehr färben. Die bemerkenswerteste Einsicht, die das Buch vermittelt, liegt gleichsam quer zu seiner vermuteten Absicht. Am Beispiel der Hessischen Rechtspartei kann eben *nicht* verdeutlicht werden, daß eine großdeutsch-föderalistische Lösung eine reale Alternative zur Bismarckschen Reichsgründung gewesen ist. Knobels Buch setzt mit der überzeugenden Feststellung ein, daß sich die annektierten Kurhessen 1866 den neuen Verhältnissen sehr schnell angepaßt, daß breite Bevölkerungsschichten die Annexion aus wirtschaftlichen Gründen sogar begrüßt haben. Die legitimistisch-föderalistische Opposition, um die es in der Arbeit geht, ist von Anbeginn eine einflußlose Randerscheinung gewesen. Ihre Ursprünge waren denn auch weniger eigentlich politischer als vielmehr geistlicher Natur. Personell ist die Partei, die es im Sinne eines engeren Parteibegriffs im übrigen nur zwischen 1890 und 1911 gegeben hat, lange Zeit von »renitenten« lutherisch-orthodoxen Pastoren getragen worden. Erst Mitte der 1870er Jahre hat der konservative Politiker und Publizist Wilhelm Hopf die hessische Renitenz gegen die preußische Staatskirche zum allgemeinen politischen Protest ausgeweitet. Von ihm ist das Legitimitätsprinzip, das im ersten Jahrzehnt nach der Einverleibung als integrierende Kraft nicht stark genug gewesen ist, um parteibildend wirken zu können, mit ethisch-religiösen Motiven zu einem eigentümlichen Denkzusammenhang verbunden worden, der jegliche Anlehnung an andere Parteien ausschloß, nie auf Widerhall bei den Massen rechnen konnte und mit der Zeit völlig erstarrte. Hopf hat noch die revolutionären Ereignisse von 1918 als das Gericht Gottes über die Revolution von oben im Jahre 1866 gewertet. Er ist die beherrschende Figur der Hessischen Rechtspartei von Anfang bis Ende gewesen. Seiner Person und seiner vor allem publizistischen Tätigkeit gilt denn auch der zentrale Teil des Buches. Ihm geht eine weit zurückgreifende Darstellung der hessischen Renitenz voran, und ihm folgt ein Überblick über Versuche, die föderalistischen Rechtsgruppierungen in verschiedenen Regionen zu einer einheitlichen Bewegung zusammenzufassen. Es ist dies die Geschichte wiederholten Scheiterns und vielleicht der interessanteste Teil des Buches. Die gesamte Geschichte der legitimistisch-föderalistischen Rechten, ob nun in Hessen oder darüber hinaus, ist arm an Aktivität und Wirkung. Das nötigt die Darstellung zur Kürze oder zu ausgedehnten Reflexionen des Denkens und Wollens ihrer Exponenten. Knobel hat sich fürs Zweite entschieden. Freilich hatten auch das Denken und Wollen Hopfs und seiner Genossen enge Grenzen. Vor allem entwickelten sie sich nicht fort. Es ist deshalb nicht erstaunlich, daß sich bei aufeinanderfolgenden Betrachtungen der Persönlichkeit Hopfs, seiner Rolle als Publizist und Parteipolitiker und seiner Bemühungen, auf die Einigungsversuche im Reich Einfluß zu nehmen, ermüdende Wiederholungen häufen.
Das ist unerfreulicher als die paar sachlichen Unstimmigkeiten. Als Kurhessen 1866 preußisch wurde, konnte den neuen Untertanen die völlige Gewerbefreiheit noch nicht zugute kommen, weil sie erst 1869 eingeführt wurde. Und nicht die Reichstagswahlen von 1890, sondern die von 1887 sind Kartellwahlen genannt worden. Volker Hentschel

Manfred Messerschmidt, Militär und Politik in der Bismarckzeit und im Wilhelminischen Deutschland (= Erträge der Forschung, Bd. 43), Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1975, V, 163 S., kart., 30,50 DM (Mitgliederpreis 17,50 DM).

Daß der Krieg nichts als die Fortsetzung der politischen Bestrebungen mit veränderten Mitteln sei, dieser von Clausewitz in seinem Hauptwerk »Vom Kriege« und in seinen Briefen in mannigfachen Formulierungen variierte Satz bildet den Hintergrund für eine

das ›nationale Band‹ [...] bei weitem nicht alle 1866 und 1871 mühsam bezwungenen heterogenen und zentrifugalen Kräfte fest umschloß«, wäre sie nicht notwendig gewesen.
Mit alledem ist natürlich nicht gesagt, daß hier eine nutzlose oder schlechte Arbeit angezeigt würde. Der Verdruß über die Länge sollte das Urteil über den Gehalt nicht allzusehr färben. Die bemerkenswerteste Einsicht, die das Buch vermittelt, liegt gleichsam quer zu seiner vermuteten Absicht. Am Beispiel der Hessischen Rechtspartei kann eben *nicht* verdeutlicht werden, daß eine großdeutsch-föderalistische Lösung eine reale Alternative zur Bismarckschen Reichsgründung gewesen ist. Knobels Buch setzt mit der überzeugenden Feststellung ein, daß sich die annektierten Kurhessen 1866 den neuen Verhältnissen sehr schnell angepaßt, daß breite Bevölkerungsschichten die Annexion aus wirtschaftlichen Gründen sogar begrüßt haben. Die legitimistisch-föderalistische Opposition, um die es in der Arbeit geht, ist von Anbeginn eine einflußlose Randerscheinung gewesen. Ihre Ursprünge waren denn auch weniger eigentlich politischer als vielmehr geistlicher Natur. Personell ist die Partei, die es im Sinne eines engeren Parteibegriffs im übrigen nur zwischen 1890 und 1911 gegeben hat, lange Zeit von »renitenten« lutherisch-orthodoxen Pastoren getragen worden. Erst Mitte der 1870er Jahre hat der konservative Politiker und Publizist Wilhelm Hopf die hessische Renitenz gegen die preußische Staatskirche zum allgemeinen politischen Protest ausgeweitet. Von ihm ist das Legitimitätsprinzip, das im ersten Jahrzehnt nach der Einverleibung als integrierende Kraft nicht stark genug gewesen ist, um parteibildend wirken zu können, mit ethisch-religiösen Motiven zu einem eigentümlichen Denkzusammenhang verbunden worden, der jegliche Anlehnung an andere Parteien ausschloß, nie auf Widerhall bei den Massen rechnen konnte und mit der Zeit völlig erstarrte. Hopf hat noch die revolutionären Ereignisse von 1918 als das Gericht Gottes über die Revolution von oben im Jahre 1866 gewertet. Er ist die beherrschende Figur der Hessischen Rechtspartei von Anfang bis Ende gewesen. Seiner Person und seiner vor allem publizistischen Tätigkeit gilt denn auch der zentrale Teil des Buches. Ihm geht eine weit zurückgreifende Darstellung der hessischen Renitenz voran, und ihm folgt ein Überblick über Versuche, die föderalistischen Rechtsgruppierungen in verschiedenen Regionen zu einer einheitlichen Bewegung zusammenzufassen. Es ist dies die Geschichte wiederholten Scheiterns und vielleicht der interessanteste Teil des Buches. Die gesamte Geschichte der legitimistisch-föderalistischen Rechten, ob nun in Hessen oder darüber hinaus, ist arm an Aktivität und Wirkung. Das nötigt die Darstellung zur Kürze oder zu ausgedehnten Reflexionen des Denkens und Wollens ihrer Exponenten. Knobel hat sich fürs Zweite entschieden. Freilich hatten auch das Denken und Wollen Hopfs und seiner Genossen enge Grenzen. Vor allem entwickelten sie sich nicht fort. Es ist deshalb nicht erstaunlich, daß sich bei aufeinanderfolgenden Betrachtungen der Persönlichkeit Hopfs, seiner Rolle als Publizist und Parteipolitiker und seiner Bemühungen, auf die Einigungsversuche im Reich Einfluß zu nehmen, ermüdende Wiederholungen häufen.
Das ist unerfreulicher als die paar sachlichen Unstimmigkeiten. Als Kurhessen 1866 preußisch wurde, konnte den neuen Untertanen die völlige Gewerbefreiheit noch nicht zugute kommen, weil sie erst 1869 eingeführt wurde. Und nicht die Reichstagswahlen von 1890, sondern die von 1887 sind Kartellwahlen genannt worden. Volker Hentschel

Manfred Messerschmidt, Militär und Politik in der Bismarckzeit und im Wilhelminischen Deutschland (= Erträge der Forschung, Bd. 43), Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1975, V, 163 S., kart., 30,50 DM (Mitgliederpreis 17,50 DM).

Daß der Krieg nichts als die Fortsetzung der politischen Bestrebungen mit veränderten Mitteln sei, dieser von Clausewitz in seinem Hauptwerk »Vom Kriege« und in seinen Briefen in mannigfachen Formulierungen variierte Satz bildet den Hintergrund für eine

traditionsreiche und bis heute nicht abgerissene Diskussion über die Grenzen der Auswirkungen von »Eigengesetzlichkeiten« militärischer Organisationen. Diese Diskussion wird unter Politikern und Militärs, aber auch unter Historikern und Militärwissenschaftlern geführt. Man kann sie unter den Aspekten der Kriegsführung, der militärischen Strategie zu fassen versuchen – dann geht es um die Frage, wo und aufgrund welcher Gewichtungen die Entscheidungen über den Beginn und die Art von Kriegshandlungen sowie über deren Ziele fallen. Man kann sie unter organisationssoziologischem Vorzeichen zu fassen versuchen – dann geht es um die Probleme der Integration und Kontrolle von Streitkräften nicht nur im Krieg selbst, sondern bereits zu jedem anderen Zeitpunkt ihrer Existenz.
Da in Deutschland seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts die grundlegenden innen- und außenpolitischen Vorgänge allesamt von dem Verhalten der Streitkräfte entscheidend beeinflußt worden sind, ist es kein Wunder, daß das Verhältnis Militär-Politik häufig zum Thema historischer und soziologischer Forschung gemacht wurde und wird. Entgegen den Unkenrufen mancher Konservativer, für die die Tradition offenbar nur weihevoll und museal-emotional zu begreifen ist, wird man keineswegs davon auszugehen haben, daß in der Gegenwart das Interesse an der historischen Entwicklung Deutschlands in den letzten hundert Jahren und insbesondere auch an der Rolle der Streitkräfte in dieser Entwicklung verloschen sei. Das Gegenteil ist der Fall, und das ist erfreulich, denn trotz der grundlegenden Änderung, die das Verhältnis Militär-(Außen-)Politik durch die Entwicklung von nuklearen Waffensystemen und interkontinentalen Trägersystemen erfahren hat, ist die Beschäftigung mit diesem Thema von erheblicher Relevanz für die Gegenwart. Dies gilt in erster Linie für die innenpolitischen Komponenten des Themas. Das, was in schlagwortartiger Kürze von den verschiedensten Beobachtern als »Militarismus« bezeichnet wird, ist ein Phänomen, dessen verschiedenartige Formen in Vergangenheit und Gegenwart, in Industrie- und Entwicklungsländern, in »linken« und in »rechten« Versionen, als »Militärisch-Industrieller Komplex« oder als Entwicklungsdiktatur allemal als eine Herausforderung für die auf Entfaltung der Menschenwürde bedachte Demokratie auftritt.
Obgleich eine Reihe fundierter Studien zum Militarismusproblem und seinen vielfältigen Erscheinungen vorliegt, kommt als Fazit einer kritischen Betrachtung der Literatur heraus, daß uns noch viele historische und empirische Daten fehlen, ehe der Versuch einer systematisch-vergleichenden Betrachtung umfassend genug angelegt werden kann. In einem solchen Stadium der Forschung sind zusammenfassende Literaturberichte und -kommentare ein wichtiges Hilfsmittel. Manfred Messerschmidt, Historiker am Militärgeschichtlichen Forschungsamt und hervorgetreten mit einer umfangreichen Arbeit über die Ideologien der Wehrmacht, ordnet in dem vorliegenden Bändchen die deutschsprachige und einen Teil der ausländischen Literatur in sechs Kapitel ein: Bismarck und die Armee im Verfassungskonflikt, Reichsgründung, National- und Staatsbewußtsein, Militär-Parlament, Armee-Marine-Außenpolitik, Militarismus. Es gelingt ihm dabei, ein Panorama der Forschungsarbeiten und der damit verbundenen Kontroversen über unterschiedliche Positionen in der Forschung aufzuzeigen, dessen Kenntnis nicht nur für den Experten wichtig ist, sondern auch dem interessierten Laien einen Überblick zu verschaffen dienen kann. Auch ein Beitrag zur Geschichte der Geschichtswissenschaft ist dieser kleine Band. Man kann darin einmal mehr lernen, daß und wie vehemente Diskussionen innerhalb der Disziplin (z. B. über G. Ritters »Staatskunst und Kriegshandwerk« am Ende der fünfziger, über F. Fischers »Griff nach der Weltmacht« am Beginn der sechziger Jahre) selbstverständlich durch außerwissenschaftliche (sprich: politische) Instanzen beeinflußt oder gar induziert wurden.
Zur Einarbeitung in das Problemfeld »Wilhelminischer Militarismus und seine Wurzeln« ist die vorliegende Studie empfehlenswert. Wilfried von Bredow

Wilhelm Deist, Flottenpolitik und Flottenpropaganda. Das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamtes 1897–1914 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 17), Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1976, 344 S., Ln., 48 DM.

Die vorliegende Studie reiht sich ein in die Arbeiten einer mittleren und jüngeren Generation von Historikern, die in Fortführung einer lange Jahre verschüttet gebliebenen Tradition die innenpolitischen, außenpolitischen und herrschaftslegitimatorischen (im herkömmlichen Sprachgebrauch: ideologischen) Aspekte sozialer Entwicklungen nicht trennen, sondern in ihren wechselseitigen Bezügen aufzeigen möchte. Diese Tradition weist zwar nicht viele Namen auf – im Zusammenhang mit der Geschichtsschreibung über das Deutsche Reich fällt meist nur der Name E. Kehrs –, ist jedoch durch die Forschung zahlreicher jüngerer Historiker glänzend rehabilitiert worden. Auch Geschichtsschreibung und die Bemühungen von Professoren besitzen ja – darauf wird in Deists Arbeit verschiedentlich hingewiesen – herrschaftslegitimatorische Aspekte, und so ist es kein Zufall, daß Kehrs Arbeiten seinerzeit auf die eisige Ablehnung der Zunft stießen.

Eine solche systematisch-kritisches Bemühen um die Analyse der politischen Vorgänge verdrängende oder sogar ganz ausschließende Identifikation mit den bestimmenden Akteuren des Kaiserreichs gehört heute zu den Ausnahmeerscheinungen. Der Forschung der Historiker kommt das zugute, wie man nicht zuletzt an der gediegenen und in vielen Punkten gerade für den Politikwissenschaftler hochinteressanten Arbeit von Deist nachprüfen kann. Deist betrachtet die Flottenpolitik des kaiserlichen Deutschland (im Anschluß an die immer wieder zustimmend zitierte große Studie von Volker Berghahn über den Tirpitz-Plan) als nicht nur gegen Großbritannien gerichtet, sondern zugleich auch als eine antiparlamentarische Initiative, mit dem Ziel, auch dieses militärische Machtinstrument – die Marine – einzig in der Verfügungsgewalt des Monarchen zu belassen. Wenn die Flottenpolitik als entscheidende Komponente der deutschen Weltmachtpolitik zudem innenpolitisch im Sinne einer »sekundären Integration« wirken sollte, kam es vor allem auch darauf an, mit welchen Mitteln und auf welchen Wegen die Inhalte dieser Politik dem Volk »verkauft« wurden. Der Erfolg war jedenfalls überwältigend: »Für die Stärke des Echos war vor allem entscheidend, daß jene beiden Ausformungen des Nationalbewußtseins, der Reichspatriotismus und die neueren nationalistischen Bewegungen, sich in der Akklamation und Propagierung der Flotten- und Weltmachtpolitik vereinigten und die nationale Idee dadurch ganz allgemein eine kraftvolle, in die Zukunft weisende Perspektive erhielt und in dem militärischen Instrument der Flotte ein Symbol gewann, das sich als umfassend und zugleich als flexibel genug erwies, um die unterschiedlichsten politischen und gesellschaftlichen Traditionen und Erwartungen an sich zu binden und zu integrieren« (S. 15). Dieses Ergebnis der »Krisenstrategie von Tirpitz« – wie wurde es erreicht, welche Anknüpfungspunkte für eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung gab es, welche Mittel wurden zu ihrer Manipulation eingesetzt? Welche Wechselbeziehungen bestanden zwischen dem Konzept von Tirpitz und seiner »Verkaufsstrategie«? Dieses sind die Fragestellungen der vorliegenden Studie. Ihr Autor verfolgt die Arbeit des für »Öffentlichkeitsarbeit« (wie man heute sagt) zuständigen Organs im Reichsmarineamt, des offenbar die ganzen Jahre über von außerordentlich befähigten Offizieren geleiteten Nachrichtenbureaus von seinen Anfängen bis zum Kriegsausbruch 1914.

Schon zu Beginn der 1890er Jahre konnte jede kaiserliche Regierung mit der »allgemeinen Militärfrömmigkeit der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Schichten« fest rechnen[1]. Diese bezog sich jedoch kaum auf die Marine. Deist zitiert einen der wenigen Artikel aus dem Militär-Wochenblatt, die sich in der ersten Hälfte der 1890er Jahre überhaupt mit Fragen

1 Vgl. die aus dem Blickwinkel einer anderen Disziplin geschriebene, aber damit zugleich auch eingehende sozialgeschichtliche Kenntnisse vermittelnde Studie von *Roswitha Flatz*, Krieg im Frieden. Das aktuelle Militärstück auf dem Theater des deutschen Kaiserreichs, Frankfurt 1976.

der Marine beschäftigten. Darin wird beklagt, daß das Interesse des Volkes an maritimen Dingen oberflächlich sei, daß es an fundierten Arbeiten zum Thema fehle. Vor diesem Hintergrund gewinnen die in wenigen Jahren erzielten Erfolge des Nachrichtenbureaus noch größeres Gewicht. Für Tirpitz war diese maritime Abstinenz total unverständlich. Sein Credo ist in wenigen Sätzen zusammengefaßt: »Ist es denn so schwer einzusehen, daß die Interessen Deutschlands auf Europa nicht beschränkt bleiben dürfen, wenn Deutschland bei der heutigen Entwicklung sich lebensfähig erhalten will? Glaubt man wirklich, daß eine Weltindustrie möglich ist ohne Welthandel und ein Welthandel ohne Weltmacht? Eine Weltmacht ist aber nicht zu denken ohne eine starke Flotte« (S. 35). Die Anfänge der Marinepropaganda gehen auf eine vom Kaiser angeregte Verfügung des Reichsmarineamtes vom Januar 1894 zurück. »Stimmungmachen für Marinezwecke« hieß die Aufgabe, und wenn auch die ersten Aktivitäten in dieser Richtung nur erst keimhaft die bald die ganze Nation bewegenden Themen und Grundsätze erkennen ließen, fehlen doch schon in dieser Anfangszeit nicht die Hinweise darauf, daß die Existenzberechtigung der Marine um so leichter nachzuweisen sei, je nachdrücklicher ihr Zusammenhang mit den wirtschaftlichen See-Interessen Deutschlands ins Bewußtsein gehoben würde (vgl. S. 33 und 42 f.). Erst mit der Ernennung von Tirpitz zum Staatssekretär des Reichsmarineamtes am 17. Juni 1897 war die Voraussetzung dafür geschaffen, die verschiedenen Vorstellungen und Aktivitäten der maritimen Öffentlichkeitsarbeit effizient und mit aus heutiger Sicht fast avantgardistischer Propagandaphantasie zu koordinieren. Die Leitung des neueingerichteten Nachrichtenbureaus übernahm Korvettenkapitän von Heeringen. Ihm vor allem ist es zu ›verdanken‹, daß dem Nachrichtenbureau ein durchschlagender Erfolg beschieden war. Welche Maßnahmen wurden zum Zwecke der Beeinflussung der Öffentlichkeit ergriffen? Zunächst einmal stellte Heeringen (immer mit der Rückendeckung des Staatssekretärs) sicher, daß alle Informationen, die von Interesse für die Öffentlichkeit sein konnten, der neuen Abteilung zur Verfügung gestellt wurden. »Die gesamte Behörde wurde für die Propaganda in Dienst genommen« (S. 75). Es muß jeden, der sich mit der Informationsfreudigkeit von Behörden, insbesondere von militärischen Behörden, auskennt, überraschen, daß diese organisatorischen Vorstellungen intern durchgesetzt und praktiziert werden konnten. Indes bleibt dies nicht die einzige Überraschung. Im Rahmen der Bemühung, die Marine der Öffentlichkeit so weit wie möglich »zugänglich« zu machen (im wahrsten Sinne des Wortes), gelang es dem Nachrichtenbureau durchzusetzen, daß sie auch so etwas wie eine »permanente Ausstellung« ihrer selbst zu sein habe. Gegen den z. T. erbitterten Widerstand der Truppe wurden ausgedehnte Besichtigungsreisen durchgeführt (insbesondere auch mit Schulklassen). Der tägliche Dienst hatte sich nach solchen Anforderungen zu richten.

Eine weitere wichtige Maßnahme des Nachrichtenbureaus bestand darin, die Vorstellungen des Staatssekretärs über die richtige Seestrategie und die richtigen Schiffbauprogramme dadurch zu popularisieren, daß das Seeoffizierkorps (einschließlich der pensionierten Offiziere) einerseits zu vermehrter schriftstellerischer Tätigkeit animiert, andererseits jedoch mit zuweilen rigorosen Drohungen (bis hin zur gesellschaftlichen Ächtung) daran gehindert wurde, abweichende Meinungen zu publizieren. Standardwerke für die marinestrategischen Überlegungen wurden die mit quasi offiziellem Auftrag übersetzten und verbreiteten Schriften von Mahan. Gegenüber unliebsamen Veröffentlichungen wurde, wenn nötig, auch der Kaiser selbst bemüht. Nicht nur an dieser Stelle des Buches hat der Rezensent in seinem Exemplar vermerkt, wie wenig bestimmte Praktiken der militärstrategischen und militärpolitischen Öffentlichkeitsarbeit sich seit Kaisers Zeiten verändert haben.

Von besonderer Bedeutung für das erfolgreiche Wirken des Nachrichtenbureaus war insbesondere das Verhältnis zu den Journalisten und zu den Parlamentariern. Das bis heute beliebte Instrument der »Parlamentarierreise« wurde zum erstenmal vom Nachrichtenbureau praktiziert. Und weil die Offiziere ein erstaunlich ausgeprägtes Fingerspitzengefühl für den Umgang mit der Presse entwickelten, wurde es von allen Seiten gelobt. Einer der

Nachfolger Heeringens hat die Maxime dieses Umgangs mit der Presse einmal so zusammengefaßt: »Ich nenne es einen Erfolg, wenn es gelingt im Verlauf einer gewissen Periode einen oder mehrere Gedanken so zu lancieren, daß die Autoren schließlich glauben, sie seien die Erfinder dieser Gedanken und ferner, daß die öffentliche Meinung diese Gedanken als eine selbstverständliche Wahrheit aufnimmt« (S. 133). Die Stärke des Nachrichtenbureaus lag darin, die verschiedensten Geister in eine bestimmte Marschrichtung zu dirigieren, ohne daß diese den Taktstock wahrnahmen.

Zielgruppe des Nachrichtenbureaus war in erster Linie das Bildungsbürgertum, in zweiter Linie das Kleinbürgertum. Nur am Rande und dann mit nicht gerade überwältigendem Ergebnis bemühte man sich auch um die Arbeiterschaft. Dies gehörte auch nicht in den Katalog der verschiedenen innenpolitischen Integrationsstrategien der Regierung: Es ging immer vor allem um die Integration der verschiedenen *bürgerlichen* Gruppierungen. Oder, wie es unnachahmlich der Fürst Hatzfeld ausdrückte: »Unpolitisch heißt vor allem, daß die Agitation sich gegen keine der bürgerlichen Parteien richten darf« (S. 233). Dieses Wort ist im Zusammenhang der Diskussion um den Flottenverein gefallen, eine nationale Sammlungs- und Begeisterungsbewegung, die mit tatkräftiger Unterstützung des Nachrichtenbureaus ins Leben gerufen wurde, dann jedoch bald eine Tendenz zur Eigenentwicklung ausbildete, die von Tirpitz als zwiespältig beurteilt wurde. Dessen Politik bestand darin, unter Beibehaltung einer gemäßigt anti-englischen Stimmung die Marine so auszubauen, daß ein Stärkeverhältnis von 2 : 3 erreicht wurde; dazu kam es ihm darauf an, den Äternat zu erreichen, d. h. nicht von jedesmal neu umkämpften Flottenvorlagen im Parlament abhängig zu sein. Nebenbei sollte die Flottenbegeisterung, an der im übrigen einige »Flottenprofessoren« nicht unbeteiligt waren (vgl. S. 87), integrativ wirken, und das tat sie gewiß, erstaunlicherweise sogar und besonders im deutschen »Nord-Süd-Konflikt«, d. h. also in Süddeutschland (vgl. S. 125). Der Flottenverein nun, jedenfalls in den Jahren, in denen General Keim führend dort tätig war, zerstörte durch Maßlosigkeit in der Propaganda dieses Kalkül. Die plebiszitäre Komponente, die dem ganzen Konzept Tirpitz' ebenfalls unterlegt war (vgl. S. 269), konnte, wenn ungebührlich in den Vordergrund gerückt, die Integrationsbestrebungen im Innern zunichte machen. Die Auseinandersetzungen um den und mit dem Flottenverein nehmen deshalb zu Recht großen Raum in der vorliegenden Arbeit ein.

An dieser Stelle soll die historische Entwicklung des Tirpitz-Plans und seines Niedergangs nicht weiter beschrieben werden. Man lese die Studie von Deist füglich auch erst nach dem Berghahnschen Werk über den Tirpitz-Plan. In seinen Schlußbetrachtungen faßt Deist die Bedeutung der Arbeit des Nachrichtenbureaus noch einmal zusammen: »Die Präsentation der Belange der Marine in der Öffentlichkeit und die Beeinflussung und Steuerung der Öffentlichen Meinung im Sinne der anvisierten politischen Zielsetzung konnten nun nicht mehr als Randaufgaben des politischen Geschäfts betrachtet werden, sondern bildeten einen unverzichtbaren Bestandteil der Flottenpolitik insgesamt [...]. Das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamtes war die erste staatliche Institution, die sich im vollen Umfange diese veränderten Verhältnisse auf dem Gebiete des Publikationswesens zunutze machte und sich dadurch in der Methodik ihres Vorgehens ebenso von den älteren wie von den gleichzeitigen Praktiken amtlicher Beeinflussung der Öffentlichen Meinung [...] wesentlich unterschied« (S. 326).

Bei einer Neuauflage sollten die auf den Seiten 130 und 311 unter den Tisch gefallenen Zeilen ergänzt werden.

Wilfried von Bredow

Martin Kitchen, The Silent Dictatorship: The Politics of the German High Command under Hindenburg and Ludendorff, 1916–1918, Croom Helm Ltd., London 1976, 301 pp., Hardback, £ 8.50.

»The characteristic form of government in Germany from Bismarck to Hitler was thus bonapartism«. This claim Kitchen seeks to substantiate with his analysis of Hindenburg's and Ludendorff's reign from behind the scenes during 1916–1918. The claim is supported by a lengthy summary for the period 1866–1916, though no parallel attempt is offered for the era 1918–1933. Kitchen's book directs attention to the shift in conservative ideology, from elitism to an awareness of the need for mass support. Implicitly, Kitchen poses the question why Hindenburg, despite helping to lose the war, later attained such prominence; the simple answer being that his earlier role remained hidden. While examining a significant set of problems with novel information and pertinent questions, the author has not kept to the high standard set in his excellent study on the officer corps between 1890 and 1914. He has neither clarified the concept of ›bonapartism‹ by which he seeks to explain the political involvements of the high command, nor directly addressed the historiographical debate on the extent and nature of Ludendorff's ›dictatorship‹.

In Kitchen's view the characteristic response by German political leaders to the structural weaknesses and contradictions of Imperial Germany was ›bonapartism‹, a form of pseudo-plebiscitary government by which – following Marx in »The Eighteenth Brumaire of Napoleon Bonaparte« – power was held by an independent executive to maintain bourgeois rule: »The secret of this imperialism, or ›caesarism‹, was that it claimed to transcend the class divisions of society and act for the good of all« (p. 11). Without further clarifying the distinction between ›imperialism‹ and ›bonapartism‹, Kitchen cites contemporaries who saw in Bismarck's policies the deployment of wars and foreign involvements to counteract internal changes. Then he builds upon historians such as Kehr, Röhl, Rosenberg, Wehler, Stegmann and Berghahn to illustrate that »bonapartism in Germany was the result of an attempt to reconcile economic modernization and the preservation of the social *status quo* [. . . as] constitutionally the only adequate form of government« (p. 14). To paste over the great differences which the late 19th century brought in the wake of industrialization, a series of mechanisms are identified as supplementing bonapartism: concentration of anti-socialist and anti-democratic groups (*Sammlungspolitik*), *Weltpolitik* through naval policies based on nationalistic, mass support and coup d'état considerations. These »radical conservative politics, the anti-English, anti-Russian and anti-proletarian thrust« culminated in a world war which placed even greater pressure upon Germany's rulers through the inability to achieve a decisive victory. According to Kitchen »the politics of the High Command under Hindenburg and Ludendorff must be seen against the background not only of the failure of Moltke and Falkenhayn, but also in the perspective of the problems facing German society since Bismarck. [. . .] They were needed to deliver the decisive victory that would secure the achievement of the extensive war aims of the ruling class, and which it was hoped would cement the social *status quo*. The enormous popularity of Hindenburg, who had become a figure of almost mythical proportions, gave the supreme command a plebiscitary dimension which was to be exploited to the full by the military propagandists and chauvinist politicians« (p. 21 f.). Yet, Ludendorff and Hindenburg brought a more radical version of the ›revolution from above‹: »Their ›state socialism‹ went further than Bismarck's cynical manipulations of Lassallian ideas. Their ideology of the equality of field grey was far more extreme than Bismarck's appeals to the ›productive classes‹. Their imperialist aims were far more extensive, just as the *Vaterlandspartei*, their main political support, was a radical version of *Sammlungspolitik*. The politics of the High Command under Hindenburg and Ludendorff were a militarized form of bonapartism« (p. 22). This thesis includes, first, that a ›silent dictatorship‹ existed through »some curious workings of social psychology [by which] Hindenburg and Luden-

dorff appeared more infallible and invincible the more it became apparent that Germany's military position was precarious in the extreme« and second, that they extended »the ›purely military‹ to include almost all aspects of political life« (p. 273 f.). While acknowledging that the OHL did not have »unchallenged and complete authority in domestic politics«, Kitchen thinks »its influence was nevertheless preponderant« (p. 275). Its position was dependent upon the embodiment of the »aspirations of significant sectors of society« namely, »the heavy industrialists, the agrarians, and their political organizations: the Pan Germans and the *Vaterlandspartei.* The propaganda efforts of the OHL were used to gain wide popular support, giving to the regime its distinct bonapartist flavour« (p. 277). The resulting ›silent dictatorship‹ stood halfway between »the bonapartism of Bismarck and the fascist dictatorship of Hitler« (p. 277). Kitchen thereby tries to place the Hindenburg-Ludendorff escapade in the wider context of Germany's political developments.

The lack of information on how the High Command's popularity emerged, the extent to which it affected the populace or how it influenced the war effort, cannot be overcome by reference to »some curious workings of social psychology« (p. 273). Neither can the lack of precision on the concept ›bonapartism‹ be compensated by an historical review of the mechanisms through which German elites sought to avoid the political consequences of social pressures. The question immediately arises: is every claim to »transcend the class divisions of society and act for the good of all« (p. 11) bonapartism? L. Gall has shown very recently how vaguely and descriptively the term ›bonapartism‹ has been employed in most of the literature to which Kitchen refers (Bismarck und der Bonapartismus, Historische Zeitschrift CCXXXIII, 1976, p. 618 ff.).

The concern to place the Ludendorff-Hindenburg regime within a ›bonapartist‹ tradition also brings a surprising consequence for the study. The historiographical debate on whether Ludendorff perpetrated a dictatorship or not, and if so, of what kind, has been long and heated. In 1928 Arthur Rosenberg (Entstehung der Weimarer Republik) set out factors which accounted for the dissolution of Imperial Germany, concentrating upon the period 1916–1918. As one of the first historians with access to internal government documents he painted an especially convincing picture of the social stress imposed upon the Bismarckian constitutional structure by world war. He was the first to maintain that behind the Imperial facade a military dictatorship took all the major decisions. In 1930 Otto Kirchheimer (Weimar – und was dann? reprinted 1964) concluded similarly that »the monarchy in its old form« »was terminated by the *Machtergreifung* of General Ludendorff« whose rule was shaped »by heavy industry's influence«. During the 1950s East German historians took up the theme as they sought the economic and social origins of fascism. In 1959 W. Richter outlined the extensive ties between state, labor and military and emphasized that behind the OHL's power stood the interest groups of heavy industry. His colleagues Schröter and Weber further illuminated the military's ties to industrial circles, even if they did not convincingly illustrate that the military leaders were primarily instruments of industry. (An admission in the East German collective study: Deutschland im ersten Weltkrieg, Berlin 1970, vol. II, p. 61, that the proof for how the industrialists transformed their demands into government decisions has yet to be presented, is often overlooked.) While Kitchen gives due credit to the East German studies he does not directly confront their views which surely conflict with his ›bonapartist‹ thesis. Yet, most startling is the lack of an explicit statement on G. A. Feldman's widely acclaimed »Army, Industry and Labor in Germany 1914–1918« with its thesis that Ludendorff exercised less influence than previously thought, and that the inefficiency and incapability of the German economic and administrative system *drew* the »vaccilating« military leaders into ever more spheres. Feldman saw the military more as victims than as initiators within a disintegrating structure. Is Kitchen indirectly trying to hint that Feldman's study has been overrated; the few

references to it in the notes are quite critical. A significant aspect in evaluating the type of politics which the OHL perpetrated, is when and how the civilians regained control. Kitchen terminates his account with Ludendorff's resignation. But, W. Sauer (Das Scheitern der parlamentarischen Monarchie, in E. Kolb, ed., Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, Köln 1972, p. 77 ff.) has indicated that the OHL and then the naval leadership continued the previous type of politics right into November 1918. In addition, in an extensive documentary edition on the military in internal politics W. Deist introduced his collection with the views that the OHL under Ludendorff and Hindenburg were supported by the »overwhelming majority of the populace« and they »quickly developed to the sole military and decisive political institution of the Kaiserreich«, but it »would present an inaccurate picture if the behavior of the third OHL [...] were presented in combination with the concept dictatorship«. (Militär und Innenpolitik 1914–1918, I, Düsseldorf 1970, p. LIII). While Kitchen acknowledges much of this literature, except Rosenberg, Kirchheimer and Sauer, he does not directly take issue with those who refuse to see a dictatorship (for instance, Feldman) or with those who see a military dictatorship with varying degrees of influence from industrial circles. Kitchen insists a dictatorship existed (p. 273) even though hidden: »Thus paradoxically the more the OHL was able to hide behind the figure of the chancellor, the greater became its power and strength. Such was the nature of the ›silent dictatorship‹« (p. 272). A direct confrontation with the literature would have helped remove ambiguities, especially since some authors maintain it is not proper to speak of a Ludendorff dictatorship per se, though not indicating what the per se signifies (an approach found in: J. Kocka, Klassengesellschaft im Krieg 1914–1918, Göttingen 1973, p. 127).

Despite these critical reservations, Kitchen's study offers a valuable addition to the mass of literature on Germany during world war one. On civilian-military relations during the last half of the war, his account demonstrates in detail the extreme political involvements of the High Command. The core of the study traces that involvement from the appointment of Hindenburg and Ludendorff aided by the intrigues of Colonel Bauer and the support of Bethmann Hollweg in late summer 1916 chronologically to October 1918. Kitchen notes that Wilhelm II recognized the dangers to royal prerogatives by his reluctance to appoint anyone with »pseudo-democratic« support. Then Kitchen succinctly outlines the organization at military headquarters and the High Command within it. This short chapter is especially valuable for the clear statement of the legal and political position of the regional (deputy) commanding generals under the state of siege. However, in presenting the operations of these commanders and their extensive controls plus the public resentment called forth by their propaganda, repression and censorship, Kitchen challenges some of his own views on the popularity of the military (especially p. 60). Again it raises the question on what basis the bonapartist rule existed. But Kitchen presents the OHL's economic and foreign policy involvements very well. He thinks that for the OHL »the militarization of society was almost an end in itself« (p. 75) as they pushed through the Hindenburg Program to control labor (which Kitchen refuses to see in Feldman's terms as a »triumph of labor«). On foreign affairs and unrestricted submarine warfare up to mid-1917, the story told is similar to that in K. Jarausch, The Enigmatic Chancellor, New Haven 1973, since both used most of the same archival files. But, unlike Jarausch, Kitchen maintains that the differences between Bethmann and the OHL remained »over means rather than ends« (p. 122, also 105 and 109 where Kitchen points to Gerhard Ritter's lack of information on Bethmann's ›compromising‹). Kitchen leaves no doubt that he accepts Fischer's views on the war aims debate. What he attempts to add is that by late 1916 the initiative had gone over to the military leaders and their means of attaining »the delusions«. In providing the background to the July Crisis, including the efforts of Carl Duisberg's ›Adlon Action‹ group, Kitchen writes that the military leaders had reservations

about an outright dictatorship: »Hindenburg and Ludendorff were particularly anxious to retain their popularity, for they were keenly aware that much of their power rested on this pseudo-democratic popular support« (p. 128 f.). To illustrate this and similar claims (»magical figure of Hindenburg«, p. 133) Kitchen brings no evidence. It is this lack of any tie to the public which raises doubts about the bonapartist thesis. His account of Brest-Litovsk, the Bucharest Peace and the attempts to control the Baltic and Polish lands, shows more than other studies the policy-making influence of the OHL. Throughout Kitchen demonstrates the dictatorship silently at work behind the Hertling government. Yet, the bonapartist element, the special pseudo-democratic support remains unsubstantiated. The conclusion on Brest-Litovsk exemplifies Kitchen's assertions: »[...] and the majority of Germans gave their full support to the annexationist ambitions and the power political illusions of the government and the OHL« (p. 184). But, surely the Reichstag majority cannot be equated with the German people for as Kitchen himself acknowledges »the Reichstag was still to a large extent a ›fig leave of absolutism‹« (p. 152, note 15). How does one measure what the majority of Germans wanted during a state of siege *despite which* some struck for peace and political reforms?

Kitchen has demonstrated better than any other author the extent of Ludendorff's and Hindenburg's influence over the German government, erected in such a manner that they would not have to face any responsibility for their actions. But Kitchen has not demonstrated the bonapartist element because he has restricted his account and analysis solely to the relations between the OHL and the government. He shows that the »concept of the ›purely military‹« was extended to include nearly every aspect of political life. Since the German public did not become aware of this ›silent dictatorship‹ Kitchen correctly observes that militarism is »a problem of society as a whole« (p. 278). Dieter K. Buse

Friedrich Zunkel, Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914–1918 (= Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 3), Droste Verlag, Düsseldorf 1974, 227 S., Pb., 48 DM.

Die Erforschung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Deutschlands während des Ersten Weltkrieges hat, nachdem das diesen Problemen gewidmete Forschungsprojekt der Carnegiestiftung aus den zwanziger Jahren für Deutschland nicht vollendet worden ist[1], in den letzten Jahren durch eine Reihe wichtiger Untersuchungen[2] neue Impulse erhalten. Unverkennbar ist freilich, daß sich das Interesse überwiegend auf zwei Fragestellungen konzentriert hat: einmal auf Ursachen der Revolution von 1918 und ihr »Scheitern«, zum andern auf die Analyse der Veränderungen im Verhältnis von Wirtschaft und Staat, die sich in gesamtgesellschaftliche Erklärungsmodelle des »staatsmonopolistischen Kapitalismus« oder des »organisierten Kapitalismus« verdichtet hat[3]. Zu kurz gekommen ist dem-

1 Eine Zusammenstellung aller in dieser Reihe erschienenen Bände bei *Peter Graf Kielmannsegg*, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt 1968, S. 719; wichtig ist vor allen Dingen auch die nur in englischer Sprache erschienene Zusammenfassung der bis 1933 veröffentlichten Bände von *Albrecht Mendelssohn Bartholdy*, The War and German Society, New Haven 1937.

2 *Gerald D. Feldman*, Army, Industry and Labor in Germany 1914–1918, Princeton 1966; *ders.*, Iron and Steel in the German Inflation, 1916–1923, Princeton 1977; *ders. / Heidrun Homburg*, Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916–1923, Hamburg 1977; *R. B. Armeson*, Total Warfare and Compulsory Labor. A Study of the Military-Industrial Complex in Germany during World War I, The Hague 1964; *Jürgen Kocka*, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Göttingen 1973.

3 Vgl. u. a. *Hellmuth Weber*, Ludendorff und die Monopole. Deutsche Kriegspolitik 1916–1918, Berlin – DDR 1966; *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, 3 Bde., Berlin – DDR 1968/69; *Heinrich August Winkler* (Hrsg.), *Organisierter Kapitalismus.* Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974; *J. Kocka*, Klassengesellschaft im Krieg.

about an outright dictatorship: »Hindenburg and Ludendorff were particularly anxious to retain their popularity, for they were keenly aware that much of their power rested on this pseudo-democratic popular support« (p. 128 f.). To illustrate this and similar claims (»magical figure of Hindenburg«, p. 133) Kitchen brings no evidence. It is this lack of any tie to the public which raises doubts about the bonapartist thesis. His account of Brest-Litovsk, the Bucharest Peace and the attempts to control the Baltic and Polish lands, shows more than other studies the policy-making influence of the OHL. Throughout Kitchen demonstrates the dictatorship silently at work behind the Hertling government. Yet, the bonapartist element, the special pseudo-democratic support remains unsubstantiated. The conclusion on Brest-Litovsk exemplifies Kitchen's assertions: »[...] and the majority of Germans gave their full support to the annexationist ambitions and the power political illusions of the government and the OHL« (p. 184). But, surely the Reichstag majority cannot be equated with the German people for as Kitchen himself acknowledges »the Reichstag was still to a large extent a ›fig leave of absolutism‹« (p. 152, note 15). How does one measure what the majority of Germans wanted during a state of siege *despite which* some struck for peace and political reforms?

Kitchen has demonstrated better than any other author the extent of Ludendorff's and Hindenburg's influence over the German government, erected in such a manner that they would not have to face any responsibility for their actions. But Kitchen has not demonstrated the bonapartist element because he has restricted his account and analysis solely to the relations between the OHL and the government. He shows that the »concept of the ›purely military‹« was extended to include nearly every aspect of political life. Since the German public did not become aware of this ›silent dictatorship‹ Kitchen correctly observes that militarism is »a problem of society as a whole« (p. 278). Dieter K. Buse

Friedrich Zunkel, Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914–1918 (= Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 3), Droste Verlag, Düsseldorf 1974, 227 S., Pb., 48 DM.

Die Erforschung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Deutschlands während des Ersten Weltkrieges hat, nachdem das diesen Problemen gewidmete Forschungsprojekt der Carnegiestiftung aus den zwanziger Jahren für Deutschland nicht vollendet worden ist[1], in den letzten Jahren durch eine Reihe wichtiger Untersuchungen[2] neue Impulse erhalten. Unverkennbar ist freilich, daß sich das Interesse überwiegend auf zwei Fragestellungen konzentriert hat: einmal auf Ursachen der Revolution von 1918 und ihr »Scheitern«, zum andern auf die Analyse der Veränderungen im Verhältnis von Wirtschaft und Staat, die sich in gesamtgesellschaftliche Erklärungsmodelle des »staatsmonopolistischen Kapitalismus« oder des »organisierten Kapitalismus« verdichtet hat[3]. Zu kurz gekommen ist dem-

1 Eine Zusammenstellung aller in dieser Reihe erschienenen Bände bei *Peter Graf Kielmannsegg*, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt 1968, S. 719; wichtig ist vor allen Dingen auch die nur in englischer Sprache erschienene Zusammenfassung der bis 1933 veröffentlichten Bände von *Albrecht Mendelssohn Bartholdy*, The War and German Society, New Haven 1937.

2 *Gerald D. Feldman*, Army, Industry and Labor in Germany 1914–1918, Princeton 1966; *ders.*, Iron and Steel in the German Inflation, 1916–1923, Princeton 1977; *ders. / Heidrun Homburg*, Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916–1923, Hamburg 1977; *R. B. Armeson*, Total Warfare and Compulsory Labor. A Study of the Military-Industrial Complex in Germany during World War I, The Hague 1964; *Jürgen Kocka*, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918, Göttingen 1973.

3 Vgl. u. a. *Hellmuth Weber*, Ludendorff und die Monopole. Deutsche Kriegspolitik 1916–1918, Berlin – DDR 1966; *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, 3 Bde., Berlin – DDR 1968/69; *Heinrich August Winkler* (Hrsg.), *Organisierter Kapitalismus.* Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen 1974; *J. Kocka*, Klassengesellschaft im Krieg.

gegenüber bis heute die präzise Untersuchung der realen ökonomischen und sozialen Situation und ihrer Veränderungen während des Krieges; dies gilt sowohl für eine schichtenspezifische wie auch für eine sektorale und branchenmäßige Analyse. Die Forschungsdefizite, die hier noch vorhanden sind[4], beeinflussen auch die Ergebnisse dieser Studie, die den ersten Teil der Habilitationsschrift von Zunkel wiedergibt, da die an sich notwendige Rückkoppelung der Diskussionen über die Wirtschaftsordnungspolitik mit der realen ökonomischen und sozialen Lage der Beteiligten nur ganz unzureichend erfolgen kann und damit deren Motive und Interessen relativ undeutlich bleiben.

Die wesentliche Leistung dieses Buches besteht in der akribischen Wiedergabe der Auseinandersetzungen zwischen Unternehmerverbänden, einzelnen industriellen Unternehmungen und ihren führenden Persönlichkeiten einerseits und den zivilen und militärischen Behörden anderseits über die Wirtschaftsordnungspolitik während des Krieges sowie auch schon seit 1915 über die nach dem Kriege zu verfolgende Wirtschaftsordnungspolitik, während die Haltung der politischen Parteien und der Gewerkschaften zu diesen Problemen und die zumindest bei der Sozialdemokratie und den Freien Gewerkschaften stets als integrale Einheit mit der Wirtschaftsordnung betrachtete Frage der zukünftigen Sozialordnung meist nur am Rande mitbehandelt werden bzw. nur bei der Erörterung der Entstehungsgeschichte der ZAG stärkere Berücksichtigung finden. Gut herausgearbeitet werden von Zunkel die unterschiedlichen Positionen zu der zentralen Streitfrage, welches Maß an Einfluß der Staat auf die Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft erhalten sollte, wie weit seine Eingriffe in Produktion und Distribution von Gütern und Dienstleistungen gehen durften, schließlich auch ob die Regulierung der Arbeitsorganisation und der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu den legitimen Aufgaben des Staates gehören sollte. Diese unter den Schlagworten von »Staatssozialismus«, »Gemeinwirtschaft« und »freier Wirtschaft« geführte Kontroverse über die ordnungspolitischen Aufgaben des Staates wird von Zunkel im wesentlichen an den Debatten um Organisationsfragen festgemacht, so am sogenannten »wirtschaftlichen Generalstab«, dem »Reichskommissariat für Übergangswirtschaft«, den zahlreichen Kriegsgesellschaften, dem Reichswirtschaftsamt und schließlich dem Demobilmachungsamt. Dabei bestätigen sich die Ergebnisse, die schon von Gerald D. Feldman erarbeitet worden sind[5]; einmal wird deutlich, wie weitgehende Systemveränderungen von den Vertretern der »Gemeinwirtschaft«, d. h. in erster Linie von Wichard von Moellendorff und den von ihm beeinflußten und nach der Revolution in die Schlüsselstellungen des Reichswirtschaftsamts einziehenden Beamten, in geringerem Maße auch von Rathenau, geplant waren und welche relativ geringen Durchsetzungschancen sie in dem bürokratischen und politischen Entscheidungsprozeß besaßen, zum andern, wie stark die Aversionen der Industrie – ungeachtet aller internen Divergenzen, auch ungeachtet der Tatsache, daß einzelne Industriebranchen in Verteidigung ihrer eigenen Position immer wieder Anlehnung und Hilfe beim Staat gegen andere Industriebranchen suchten – sich an der gesamten staatlichen Reglementierung – gleich ob damit dauernde Systemveränderungen oder nur eine möglichst hohe Effizienz bei der Herstellung und Verteilung kriegswichtiger Güter erreicht werden sollte – aufluden, so daß der Kampf gegen den

4 Um nur einige der wichtigsten zu nennen: Wir wissen praktisch nichts über die personale Einkommensverteilung und ihre Änderungen, so gut wie nichts über die reale industrielle und landwirtschaftliche Produktion, wenn man sich nicht auf die wenigen, höchst fragwürdigen Schätzungen verlassen will; ganz unerforscht ist die Frage neu entstehender subproletarischer Schichten, und über die Differenzierungsprozesse innerhalb der Industriearbeiterschaft bringt die Literatur ebenfalls nur Andeutungen.

5 Vgl. neben dem in Anm. 2 genannten Buch vor allem seine Aufsätze: German Business Between War and Revolution: The Origins of the Stinnes-Legien Agreement, in: *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.), Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg, Berlin 1970, S. 312–341; The Origins of the Stinnes-Legien Agreement: A Documentation, in: IWK 19/20, 1972, S. 45–102.

»Staatssozialismus« weitaus wichtiger als die traditionelle Bekämpfung der »sozialistischen Gefahr« wurde, ja, daß schließlich das Bündnis mit den ehemals als Todfeinden betrachteten sozialistischen Gewerkschaften als Rettung vor der als gefährlicher angesehenen staatlichen Ordnungspolitik gesucht wurde. Wichtig und über die bisherigen Ergebnisse hinausführend ist in diesem Zusammenhang, daß die zahllosen einschneidenden, dabei wenig koordinierten und noch weniger effizienten Eingriffe des Reichswirtschaftsamtes in die Textilwirtschaft eine besondere Bedeutung gewonnen haben, zumal in diesem Industriebereich offensichtlich von den staatlichen Behörden auch nicht die finanziellen Kompensationen, die in anderen Branchen gewährt wurden und dort die Eingriffe vom Unternehmerstandpunkt erträglicher machten, zugestanden worden sind.
Obgleich Zunkel die Benutzung der in den Archiven der DDR befindlichen Akten der Reichsämter und preußischen Ministerien verweigert wurde und er dieses Quellendefizit nur teilweise durch die übrige bundesstaatliche Überlieferung auszugleichen vermochte, dürften mit dieser Untersuchung bis auf geringe Korrekturen, die sich noch ergeben könnten, die Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Wirtschaftsordnung während des Ersten Weltkrieges geklärt sein, jedenfalls wenn man die Auffassung vertritt, daß Wirtschaftsordnungspolitik hinreichend analysiert ist, wenn die von Industriellen, Gewerkschaftlern, Beamten und Politikern formulierten Meinungsäußerungen und organisatorischen Konzeptionen genau wiedergegeben werden. Mir scheint allerdings, daß dies nur die eine, keineswegs etwa unwichtigere, aber doch nur die eine Seite des Problems ist. Ergänzt werden müßte dies durch eine ebenso stringente Analyse der realen ökonomischen und sozialen Situation der Bevölkerung, die uns im einzelnen Aufschluß darüber geben könnte, welche konkreten Interessen sich in Befürwortung wie Bekämpfung und in der Ausprägung des sich im Krieg voll entfaltenden Staatsinterventionismus durchgesetzt haben.

Peter-Christian Witt

Wolfgang Huber / Johannes Schwerdtfeger (Hrsg.), Kirche zwischen Krieg und Frieden. Studien zur Geschichte des deutschen Protestantismus (= Forschungen und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Bd. 31), Klett Verlag, Stuttgart 1976, 627 S., Ln., 43 DM.

Anders als die vorwiegende Fragerichtung von Friedensforschung nach Handlungsmöglichkeiten von Regierungen und zwischenstaatlichen Organisationen setzt die Untersuchung zweier von *Huber / Schwerdtfeger* herausgegebener Aufsatzsammlungen bei den Chancen sozialer Gruppen zur Realisierung von Frieden an. Als exemplarische Gruppen wurden der deutsche Protestantismus und die Arbeiterbewegung ausgewählt.
Der hier referierte Band fragt historisch und systematisierend nach den Handlungsformen, in denen die christlichen Kirchen ihrem irenischen Anspruch gerecht werden können, sowie nach den Hindernissen auf ihrem Weg von theologischer Programmatik zu gesellschaftlich-kirchlicher Praxis.
Fallstudien, die spezifische Vergleiche zwischen dem Verhalten christlicher Organisationen gegenüber Krieg und Revolution beabsichtigen, finden sich eingebettet in einen Bezugsrahmen aus drei historischen Längsschnitten, in denen Prozesse analysiert werden, welche die Stellung des deutschen Protestantismus zum Problem Krieg/Frieden besonders beeinflußten.
Ausgehend von einem aufweisbaren »Zusammenhang zwischen der Struktur einer Organisation und deren [. . .] Handlungsgrenzen« (S. 11), verfolgen *Wolfgang Huber* und *Theodor Strohm* in der ersten Tendenzanalyse das Werden der sozialen Gestalt des Protestantismus seit der Reformation. Dabei werden die Verfassungstendenzen im außerdeutschen Protestantismus berücksichtigt, dort wie hier vor dem Hintergrund unterschiedlicher Entwicklung der jeweiligen Staatsverfassungen. Zwei grundlegenden Verfassungstypen lassen

»Staatssozialismus« weitaus wichtiger als die traditionelle Bekämpfung der »sozialistischen Gefahr« wurde, ja, daß schließlich das Bündnis mit den ehemals als Todfeinden betrachteten sozialistischen Gewerkschaften als Rettung vor der als gefährlicher angesehenen staatlichen Ordnungspolitik gesucht wurde. Wichtig und über die bisherigen Ergebnisse hinausführend ist in diesem Zusammenhang, daß die zahllosen einschneidenden, dabei wenig koordinierten und noch weniger effizienten Eingriffe des Reichswirtschaftsamtes in die Textilwirtschaft eine besondere Bedeutung gewonnen haben, zumal in diesem Industriebereich offensichtlich von den staatlichen Behörden auch nicht die finanziellen Kompensationen, die in anderen Branchen gewährt wurden und dort die Eingriffe vom Unternehmerstandpunkt erträglicher machten, zugestanden worden sind.
Obgleich Zunkel die Benutzung der in den Archiven der DDR befindlichen Akten der Reichsämter und preußischen Ministerien verweigert wurde und er dieses Quellendefizit nur teilweise durch die übrige bundesstaatliche Überlieferung auszugleichen vermochte, dürften mit dieser Untersuchung bis auf geringe Korrekturen, die sich noch ergeben könnten, die Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Wirtschaftsordnung während des Ersten Weltkrieges geklärt sein, jedenfalls wenn man die Auffassung vertritt, daß Wirtschaftsordnungspolitik hinreichend analysiert ist, wenn die von Industriellen, Gewerkschaftlern, Beamten und Politikern formulierten Meinungsäußerungen und organisatorischen Konzeptionen genau wiedergegeben werden. Mir scheint allerdings, daß dies nur die eine, keineswegs etwa unwichtigere, aber doch nur die eine Seite des Problems ist. Ergänzt werden müßte dies durch eine ebenso stringente Analyse der realen ökonomischen und sozialen Situation der Bevölkerung, die uns im einzelnen Aufschluß darüber geben könnte, welche konkreten Interessen sich in Befürwortung wie Bekämpfung und in der Ausprägung des sich im Krieg voll entfaltenden Staatsinterventionismus durchgesetzt haben.

Peter-Christian Witt

Wolfgang Huber / Johannes Schwerdtfeger (Hrsg.), Kirche zwischen Krieg und Frieden. Studien zur Geschichte des deutschen Protestantismus (= Forschungen und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Bd. 31), Klett Verlag, Stuttgart 1976, 627 S., Ln., 43 DM.

Anders als die vorwiegende Fragerichtung von Friedensforschung nach Handlungsmöglichkeiten von Regierungen und zwischenstaatlichen Organisationen setzt die Untersuchung zweier von *Huber / Schwerdtfeger* herausgegebener Aufsatzsammlungen bei den Chancen sozialer Gruppen zur Realisierung von Frieden an. Als exemplarische Gruppen wurden der deutsche Protestantismus und die Arbeiterbewegung ausgewählt.
Der hier referierte Band fragt historisch und systematisierend nach den Handlungsformen, in denen die christlichen Kirchen ihrem irenischen Anspruch gerecht werden können, sowie nach den Hindernissen auf ihrem Weg von theologischer Programmatik zu gesellschaftlich-kirchlicher Praxis.
Fallstudien, die spezifische Vergleiche zwischen dem Verhalten christlicher Organisationen gegenüber Krieg und Revolution beabsichtigen, finden sich eingebettet in einen Bezugsrahmen aus drei historischen Längsschnitten, in denen Prozesse analysiert werden, welche die Stellung des deutschen Protestantismus zum Problem Krieg/Frieden besonders beeinflußten.
Ausgehend von einem aufweisbaren »Zusammenhang zwischen der Struktur einer Organisation und deren [. . .] Handlungsgrenzen« (S. 11), verfolgen *Wolfgang Huber* und *Theodor Strohm* in der ersten Tendenzanalyse das Werden der sozialen Gestalt des Protestantismus seit der Reformation. Dabei werden die Verfassungstendenzen im außerdeutschen Protestantismus berücksichtigt, dort wie hier vor dem Hintergrund unterschiedlicher Entwicklung der jeweiligen Staatsverfassungen. Zwei grundlegenden Verfassungstypen lassen

sich die vielfältigen protestantischen Organisationsformen zuordnen: dem autoritär-bürokratischen sowie dem demokratisch-genossenschaftlichen, wie er in schweizerischen und britisch-amerikanischen Traditionen verwurzelt, in Deutschland aber nur als Ausnahme aufgetreten ist (etwa die Herrnhuter Brüdergemeine, freiprotestantische Organisationen im vorinstitutionellen Raum, Bekennende Kirche im Dritten Reich).
Zwar wandeln sich Kirchen mit weitgehender Selbstverwaltung der Basis leichter zur Sekte als die Amtskirchen, sind gleichwohl flexibler und eher in der Lage, auf neue Herausforderungen aus der Gesellschaft kompetent zu reagieren. Bürokratisch-autoritäre Kirchen hingegen tendieren zur Übernahme von Ideologie und Verhalten etablierter öffentlicher Gewalt, verlieren damit die Chance kritischer Distanz, was sich im Falle aggressiver Staatspolitik als wenig friedensfördernd auswirkt.
*Wilhelm Janssens* Tendenzanalyse bietet eine detaillierte Übersicht über den Wandel des begrifflichen Gehaltes von Krieg und Frieden vom Beginn des Mittelalters bis ins 20. Jahrhundert. Diese Bedeutungsverschiebungen spiegeln sozioökonomische Veränderungen der abendländischen Gesellschaft, in deren Verlauf sich Erscheinungsform, Funktion und Charakter dessen änderten, was jeweils mit ›Krieg‹ und ›Frieden‹ bezeichnet wurde. So unterlagen Krieg/Frieden den unterschiedlichsten Bewertungen im öffentlichen Bewußtsein: Galten im Mittelalter der »gerechte Krieg« und der »zeitliche Frieden«, so strebte die Aufklärung nach dem »ewigen Frieden«, rasch gefolgt vom Bellizismus der europäischen Nationalstaaten seit dem Niedergang der Napoleonischen Herrschaft. Immer wieder kommt das Wechselspiel zwischen dem Funktionswandel von Krieg/Frieden im rechtlich-politischen Bereich und seiner Verarbeitung durch Theologie bzw. Kirche zur Darstellung. Dabei zeigt sich, daß nur selten die Friedensverheißung des Evangeliums gegenüber geltenden Vorstellungen kritisch eingebracht wurde.
Im poetisch-literarischen Bereich fragt *Martin Schmidts* Tendenzanalyse, inwieweit sich unmittelbar vor dem Untersuchungszeitraum der Fallstudien Kriegsverherrlichung nachweisen läßt. Nach Abflauen der Kriegsfurcht infolge des Dreißigjährigen Krieges erschien der Krieg zur Mitte des 18. Jahrhunderts »gleichsam in Festbeleuchtung« (S. 131) dank einer Renaissance antiker und germanischer Traditionen. Im Gefolge dieser »neuen« Motive erschien »kraftvolle Männlichkeit [...] als positive, geschichtsgestaltende Qualität, und sie bewährte sich vorzugsweise im Kriege« (S. 132). Heldenverehrung, in der Kampfessituation wurzelnd, setzte sich bei den behandelten Dichtern (Klopstock, Schiller, Hölderlin, Novalis) immer wieder gegen jene reformatorisch-christliche Vorstellung durch, der Kriegsdienst als in Demut zu verrichtendes notwendiges Übel gilt.
In der ersten Fallstudie entrollt *Otto Dann,* wie der Pazifismus der Aufklärung, basierend auf einem Bündnis von Adel und Bürgertum, mit den anhebenden Kontroversen über die Französische Revolution seine motivierende Kraft einbüßte. So wurde um 1800 Frieden, häufig religiös, im Privaten kultiviert, teilweise vom Napoleonischen Universalstaat erhofft. Der aus seinen Trümmern erstehende deutsche Nationalismus witterte in der neuen Gattung des Volkskrieges die Chance, zugleich nationale Unabhängigkeit, Menschenrechte und sozialen Fortschritt zu erringen, hierin heutigen Befreiungsbewegungen in Neo-/Kolonien nicht unähnlich. Die Hoffnungen der Befreiungskriege, von der auf sie folgenden Politik kaum realisiert, wurden bis 1914 von interessierter Seite immer wieder gerne ins Spiel gebracht, um Kriegsbereitschaft zu stimulieren.
Anhand der ambivalenten Stellung der katholischen Hierarchie zur Revolution – Ablehnung im Vormärz, taktische Bejahung nach dem Ausbruch – demonstriert *Karin Jaeger* die Geburt des politischen Katholizismus in Deutschland: Die Gläubigen wurden zwar mobilisiert, ihre Impulse jedoch ganz unrevolutionär zugunsten einer Stärkung der Institution Kirche im veränderten politischen System eingesetzt.
Religiöse Interpretationen des preußisch-deutschen Sieges von 1871 befragt *Günter Brakelmann* hinsichtlich ihrer ideologischen Bedeutung: Gottes Signal zu einer Verdeutschung der

Welt, Gottes Urteil über die verweichlichte Kultur und emanzipatorische Politik Frankreichs, Gottes Betonung der Überlegenheit des – deutschen – Protestantismus gegenüber »Ultramontanismus« (römisch-katholischer Universalismus) und Revolution. Gemäß der Niederlage des äußeren Feindes Frankreich erschien die Niederhaltung des inneren (Arbeiterbewegung) als ebenso gottgewollt. So zeichnet Brakelmann ideengeschichtliche Linien, die sich in ihrer politisch-psychologischen Funktion vereinigen. Damit verweist er auf eine Ursache der mißlungenen Integration des zweiten Reiches, das erst im Weltkrieg seinen – zeitlichen – inneren »Frieden« fand.

Zum Vergleich mit den Kirchen prüft *Karl Holl* den Einfluß der (bürgerlichen) Deutschen Friedensgesellschaften (DFG) auf die zunehmend aggressive Politik vor 1914. Dabei gelangen besonders Aspekte politischer Kommunikation zur Darstellung. Aus der Sozialstruktur der DFG leitet er ihre politische und programmatische Isoliertheit ab: Dem Linksliberalismus zwar politisch verwandt, begegneten dort jedoch dem Pazifisten neben anderen auch handfeste imperialistische Positionen. Die soziokulturelle Verankerung der deutschen Pazifisten einerseits, andererseits aber auch Überzeugungen auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie[1] von der Unvermeidbarkeit des Krieges im Kapitalismus ließen eine Annäherung von DFG und SPD erst kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges stattfinden. Erste Anzeichen eines Zusammengehens der DFG mit der Arbeiterbewegung in einschlägigen Fragen riefen den Argwohn militärischer Kreise wach. Die Schwierigkeiten von seiten staatlicher Stellen wuchsen, als die DFG während des Krieges sich um Aufrechterhaltung ihrer nun an Mitgliedern rasch zunehmenden Organisation mühten, um Verbreitung eines Friedensprogramms sowie um Kontaktpflege zu Gesinnungsgenossen im feindlichen Ausland. Die Diskussion der DFG führte während des Krieges ansatzweise zur Formulierung friedensfördernder gesellschaftlicher Strukturen. Gerade aber das »Fortbestehen alter politischer und gesellschaftlicher Strukturen« (S. 366) nach dem Kriege hinderte die DFG an einer praktischen Umsetzung des Erkannten.

Pathologische Verarbeitung der Niederlage von 1918, außenpolitische Einschränkungen und innenpolitische Bindungen hinderten den Nationalprotestantismus der Weimarer Republik (seine theologischen Führer waren teilweise am Sozialdarwinismus und dem Ideal des militärischen Machtstaates orientiert) an Beiträgen zum Frieden. *Reinhard Gaede* kontrastiert diese Richtung m. E. sachlich treffend mit den evangelischen Demokraten und Sozialisten sowie der christlichen Friedensbewegung, beides protestantische Minderheiten in jenen Jahren. Durch eine Berücksichtigung von Dahms Erklärungen für die reaktionäre Mentalität einer einflußreichen Gruppe im Weimarer Protestantismus, der Pfarrerschaft[2], hätte Gaedes Beitrag noch gewinnen können.

Durch Zusammenarbeit mit der international zunehmend integrierten nicht-römisch-katholischen Weltchristenheit leistete die zu freier Organisation tendierende Bekennende (Minderheits-)Kirche von 1934 bis 1945 neben Unterstützung des antifaschistischen Widerstandes und Kritik der Kriegsideologie des Nationalsozialismus (*Armin Boyens*) einen wichtigen Beitrag zur kirchlichen Entwicklung nach 1945, etwa dem Stuttgarter Schuldbekenntnis von 1947.

Mit den Erklärungen offizieller Vertreter des deutschen Protestantismus 1965/66 zu Vertriebenenschicksal, ehemaligen Ostgebieten und östlichen Nachbarn hat sich die evangelische Kirche unseres Landes ins Niemandsland der damaligen offiziellen Öffentlichkeit der Bundesrepublik vorgewagt und Pfeile nach innen gerichtet, die bis dahin mit zunehmender Drohgebärde auf Nachbarstaaten gezielt hatten (*Hartmut Rudolph*).

Eine generalisierende Bilanz von Tendenzanalysen und Fallstudien will trotz der unter-

1 *Helga Grebing*, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München 1966, S. 143.

2 *Karl-Wilhelm Dahm*, Pfarrer und Politik, Köln 1965, S. 114 ff. und passim. Dahms Erklärungsansatz ist berücksichtigt in: *Reinhard Gaede*, Kirche – Christen – Krieg und Frieden, Hamburg 1975.

schiedlichen Forschungsansätze Determinanten des Friedenshandelns von christlichen Kirchen bzw. Gruppen bestimmen. Ansatzpunkte für Friedenshandeln werden auf der theologischen, organisatorischen und politischen Ebene geortet:
Ihre transzendente Existenzbegründung verbietet es der Kirche, irgendwelche gegebenen Identifikationen (etwa mit dem Staat oder der Nation oder einer Partei) festzuschreiben. Nur durch beständige Relativierung von Selbstdefinitionen bleibt die Kirche ihrem absoluten Grund treu. Durch eine genossenschaftlich-demokratische Ordnung kann die Kirche dazu beitragen, daß die Autorität Jesu Christi uneingeschränkt (durch »vermittelnde« oder gar Ersatz-Autoritäten) bezeugt wird. Christliche Initiativgruppen, an Konsensbildung statt an verfügendem Handeln orientiert, in Distanz zur verfaßten Kirche, können, sofern sie die Intention grundlegender Neugestaltung der Kirche bewahren, erhebliche Beiträge zum inneren und zum internationalen Frieden leisten. Eine ökumenische (nichtrömisch-katholisch internationale) Übereinkunft der Kirchen verurteilt die Ideologie naturwüchsiger Unvermeidbarkeit des Krieges. Frieden ist als innergesellschaftlicher und zugleich überstaatlicher Prozeß zu begreifen, materielle Disparitäten zwischen Gruppen und Völkern sind als friedensgefährdend einzuschätzen. Kirchen sind besonders geeignet zum Brükkenschlag zwischen Kontrahenten (vgl. Antirassismusprogramm des Weltkirchenrates) – (*Wolfgang Huber / Johannes Schwerdtfeger*).
Mit der vorliegenden Studiensammlung wird der methodisch notwendige und inhaltlich ergiebige Weg historischer Untersuchungen beschritten, deren Stärke vor allem in der Möglichkeit des Vergleichs sowohl zwischen religiösen Organisationen sowie zwischen diesen und anderen gesellschaftlichen Gruppen liegt. Insgesamt ein unverzichtbares Komplement zu anderen, etwa sozialpsychologischen Ansätzen bei der Erforschung der gesellschaftlichen Wirkungen christlicher Gruppen am überlebenswichtigen Beispiel Krieg oder Frieden[3].

Eckehart Lorenz

Jochen Jacke, Kirche zwischen Monarchie und Republik. Der preußische Protestantismus nach dem Zusammenbruch von 1918 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. XII), Hans Christians Verlag, Hamburg 1976, 495 S., Ln., 48 DM.

Unter den neueren Arbeiten zur Geschichte der evangelischen Kirchen in der Zeit der Weimarer Republik ragt die Arbeit von Jochen Jacke durch eine bemerkenswerte Verbindung von detaillierter Quellenanalyse und übergreifender Interpretation hervor. Sie ist ein wichtiger Beitrag zur Frühgeschichte der Weimarer Republik; zugleich liefert sie eine eindringende Darstellung eines besonders wichtigen Abschnitts in der Geschichte des deutschen Protestantismus.
Die Novemberrevolution bedeutete für die evangelischen Landeskirchen in Deutschland schon deshalb einen epochalen Einschnitt, weil mit der Beseitigung der Monarchie in den deutschen Einzelstaaten zugleich die Stellung der Fürsten als oberster Bischöfe in Wegfall kam. Zugleich stellte die Forderung nach Aufhebung des Staatskirchentums und nach der Durchführung der Trennung von Staat und Kirche trotz aller Wandlungen, die sich in dieser Hinsicht bereits im 19. Jahrhundert angebahnt hatten, die überlieferte Gestaltung des Verhältnisses von Staat und Kirche in Frage. Während die Novemberrevolution für die katholische Kirche nur Auswirkungen im Staat-Kirche-Verhältnis mit Notwendigkeit nach sich zog, hatte im Bereich des Protestantismus der politische Umsturz mit Zwangsläufigkeit Veränderungen der Kirchenverfassung zur Folge. Deshalb ist es folgerichtig, daß Jacke der Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche und der Umgestaltung der

3 Vgl. dazu etwa *Wolfgang Huber / Gerhard Liedke*, Wie verhalten sich Christen zum Krieg?, in: Evangelische Kommentare, Stuttgart 1975, H. 1, S. 22 ff.

schiedlichen Forschungsansätze Determinanten des Friedenshandelns von christlichen Kirchen bzw. Gruppen bestimmen. Ansatzpunkte für Friedenshandeln werden auf der theologischen, organisatorischen und politischen Ebene geortet:
Ihre transzendente Existenzbegründung verbietet es der Kirche, irgendwelche gegebenen Identifikationen (etwa mit dem Staat oder der Nation oder einer Partei) festzuschreiben. Nur durch beständige Relativierung von Selbstdefinitionen bleibt die Kirche ihrem absoluten Grund treu. Durch eine genossenschaftlich-demokratische Ordnung kann die Kirche dazu beitragen, daß die Autorität Jesu Christi uneingeschränkt (durch »vermittelnde« oder gar Ersatz-Autoritäten) bezeugt wird. Christliche Initiativgruppen, an Konsensbildung statt an verfügendem Handeln orientiert, in Distanz zur verfaßten Kirche, können, sofern sie die Intention grundlegender Neugestaltung der Kirche bewahren, erhebliche Beiträge zum inneren und zum internationalen Frieden leisten. Eine ökumenische (nichtrömisch-katholisch internationale) Übereinkunft der Kirchen verurteilt die Ideologie naturwüchsiger Unvermeidbarkeit des Krieges. Frieden ist als innergesellschaftlicher und zugleich überstaatlicher Prozeß zu begreifen, materielle Disparitäten zwischen Gruppen und Völkern sind als friedensgefährdend einzuschätzen. Kirchen sind besonders geeignet zum Brükkenschlag zwischen Kontrahenten (vgl. Antirassismusprogramm des Weltkirchenrates) – (*Wolfgang Huber / Johannes Schwerdtfeger*).
Mit der vorliegenden Studiensammlung wird der methodisch notwendige und inhaltlich ergiebige Weg historischer Untersuchungen beschritten, deren Stärke vor allem in der Möglichkeit des Vergleichs sowohl zwischen religiösen Organisationen sowie zwischen diesen und anderen gesellschaftlichen Gruppen liegt. Insgesamt ein unverzichtbares Komplement zu anderen, etwa sozialpsychologischen Ansätzen bei der Erforschung der gesellschaftlichen Wirkungen christlicher Gruppen am überlebenswichtigen Beispiel Krieg oder Frieden[3].

Eckehart Lorenz

Jochen Jacke, Kirche zwischen Monarchie und Republik. Der preußische Protestantismus nach dem Zusammenbruch von 1918 (= Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. XII), Hans Christians Verlag, Hamburg 1976, 495 S., Ln., 48 DM.

Unter den neueren Arbeiten zur Geschichte der evangelischen Kirchen in der Zeit der Weimarer Republik ragt die Arbeit von Jochen Jacke durch eine bemerkenswerte Verbindung von detaillierter Quellenanalyse und übergreifender Interpretation hervor. Sie ist ein wichtiger Beitrag zur Frühgeschichte der Weimarer Republik; zugleich liefert sie eine eindringende Darstellung eines besonders wichtigen Abschnitts in der Geschichte des deutschen Protestantismus.
Die Novemberrevolution bedeutete für die evangelischen Landeskirchen in Deutschland schon deshalb einen epochalen Einschnitt, weil mit der Beseitigung der Monarchie in den deutschen Einzelstaaten zugleich die Stellung der Fürsten als oberster Bischöfe in Wegfall kam. Zugleich stellte die Forderung nach Aufhebung des Staatskirchentums und nach der Durchführung der Trennung von Staat und Kirche trotz aller Wandlungen, die sich in dieser Hinsicht bereits im 19. Jahrhundert angebahnt hatten, die überlieferte Gestaltung des Verhältnisses von Staat und Kirche in Frage. Während die Novemberrevolution für die katholische Kirche nur Auswirkungen im Staat-Kirche-Verhältnis mit Notwendigkeit nach sich zog, hatte im Bereich des Protestantismus der politische Umsturz mit Zwangsläufigkeit Veränderungen der Kirchenverfassung zur Folge. Deshalb ist es folgerichtig, daß Jacke der Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche und der Umgestaltung der

3 Vgl. dazu etwa *Wolfgang Huber / Gerhard Liedke*, Wie verhalten sich Christen zum Krieg?, in: Evangelische Kommentare, Stuttgart 1975, H. 1, S. 22 ff.

evangelischen Kirchenverfassung in gleichem Maß seine Aufmerksamkeit zuwendet. Er untersucht diese beiden Fragerichtungen in ihrem wechselseitigen Zusammenhang am Beispiel der altpreußischen Landeskirche. Diese Auswahl ist gut begründet; denn die Kirche der altpreußischen Union war die mit weitem Abstand größte und einflußreichste Kirche. Da es auch nach der Novemberrevolution gelang, ihre Einheit aufrechtzuerhalten, blieben die Entscheidungen, die in ihr fielen, von maßgebender Bedeutung für die Entwicklung des deutschen Protestantismus insgesamt; dies zeigte sich bereits an dem maßgeblichen Einfluß, den die Kirche der altpreußischen Union und ihre führenden Vertreter im Deutschen Evangelischen Kirchenbund ausübten. Trotz dieser besonderen Bedeutung der preußischen Landeskirche bleibt zu hoffen, daß ähnlich hervorragende Arbeiten auch für die Entwicklung in den anderen deutschen Landeskirchen durchgeführt werden.

Ein einleitendes Kapitel charakterisiert das protestantische Staatskirchentum vor 1918. Ihm folgt der erste Hauptteil, der sich mit dem Kampf um die Trennung von Staat und Kirche beschäftigt. Schon in ihm begegnet als eines der auffälligsten Kennzeichen der Entwicklung die Differenz zwischen den Positionen, die von der Konsistorialbürokratie, also den leitenden Amtsträgern des Evangelischen Oberkirchenrats, eingenommen wurden, und der konservativen Mehrheit in der preußischen Generalsynode. Gegenüber der starren antirepublikanischen Haltung der Synodalmehrheit ist die Haltung der Bürokratie durch ein ungleich höheres Maß an Flexibilität gekennzeichnet. Diese Flexibilität wird in erster Linie im Interesse der Bestandssicherung für die kirchliche Organisation eingesetzt. Die so entstehende Position bringt der Verfasser auf die Formel, »daß die Kirche einerseits unter Berufung auf das Trennungsprogramm der Revolutionsregierung die neugewonnene kirchliche Selbständigkeit konsequent verteidigte und sich gegen alle staatlichen Eingriffe in das innere Leben der Kirche verwahrte, während sie andererseits unter Berufung auf die früheren Rechtsverhältnisse von der republikanischen Regierung die gleichen Sicherungen und Finanzhilfen verlangte, wie sie der monarchische Staat gewährt hate« (S. 94). Man kann in dieser Haltung mit dem Verfasser einen »inneren Widerspruch« entdecken; man kann sie aber unter organisationspolitischen Gesichtspunkten als besonders folgerichtig und im übrigen auch erstaunlich erfolgreich kennzeichnen. Dies gilt, obwohl die soziale Basis für die offizielle Kirchenpolitik sehr begrenzt war. Besonders deutlich zeigt sich dies an dem Mißerfolg, der den Versuchen von kirchlicher Seite, bei den Wahlen zur Nationalversammlung die DNVP und die DVP zu unterstützen, beschieden war: Weniger als 25 % der Protestanten folgten solchen Wahlempfehlungen.

Die Neuordnung der evangelischen Kirchenverfassung in Preußen, die der Verfasser im zweiten Hauptteil untersucht, ist nicht zuletzt durch den Umstand bestimmt, daß es nicht gelang, diejenigen Schichten zu aktiver Beteiligung zu bewegen, deren Verhältnis zur Kirche seit dem 19. Jahrhundert durch das Merkmal der distanzierten Mitgliedschaft, wie heutige Kirchensoziologie dies nennt, charakterisiert war: in erster Linie das liberale Bürgertum und die Arbeiterschaft. Die historische Untersuchung dieser distanzierten Mitgliedschaft erweist sich gerade angesichts der Studie von Jacke, aber auch im Blick auf heute aktuelle Fragen, als ein dringendes Desiderat. Angesichts dieses Phänomens endeten die Versuche zu einer Neuordnung der Kirchenverfassung mit einem Ergebnis, das durch ein Höchstmaß an Kontinuität gekennzeichnet ist: Der berühmt gewordene Ausspruch eines Kirchenführers, die Revolution habe in der evangelischen Kirche nicht stattgefunden, bewahrheitete sich hier in erheblichem Umfang. Das »Siebsystem« bei der Wahl der synodalen Vertretungsorgane wurde beibehalten; die durch den Wegfall des landesherrlichen Summepiskopats entstandene Lücke wurde durch ein neues Organ – den »Kirchensenat« – geschlossen, das alle Spuren eines aus der Not geborenen Kompromisses an sich trug.

Jacke schließt seine Untersuchung mit einem dritten Hauptteil ab, der »Grundlagen und Tendenzen protestantischer Kirchenpolitik« behandelt; in ihm geht es um die Frage, ob sich das Selbstverständnis der evangelischen Kirchen und die Auffassung ihrer Rolle in Staat

und Gesellschaft nach der Novemberrevolution verändert haben und welche Auswirkungen sich aus solchen Veränderungen für das faktische politische Verhalten der Kirchenleitungen ergaben. Besondere Aufmerksamkeit widmet der Verfasser dabei dem Begriff der »Volkskirche«. Er zeigt, daß dieser Begriff zu höchst unterschiedlichen Zwecken Verwendung finden konnte – je nachdem, ob er als Zustandsbeschreibung oder als Programmformel, zur Begründung eines kirchlichen Öffentlichkeitsanspruchs oder als Schlüsselbegriff einer bestimmten Verfassungskonzeption verwendet wurde. In diesem Nachweis liegt ein wichtiger historischer Beitrag für die noch heute keineswegs abgeschlossene Diskussion darüber, ob der Begriff der »Volkskirche« das Selbstverständnis und die Aufgabe der Kirchen angemessen charakterisieren könne. Die Diskrepanz zwischen dem volkskirchlichen Anspruch und der faktischen Beschränkung des kirchlichen Einflusses auf Teile der Mittelschicht arbeitet der Verfasser nachdrücklich heraus; dieses Ergebnis allerdings hätte nochmals eine Modifikation erfahren müssen, wenn der Verfasser dem Phänomen der »distanzierten Mitgliedschaft« nachgegangen wäre.

Dieser Hinweis auf Grenzen der Untersuchung soll jedoch nur unterstreichen, wie weit die historische Darstellung gerade in diesem Fall vorangetrieben ist. Sie empfiehlt sich durch ihre Sorgfalt und Übersichtlichkeit ebenso wie durch ihre gute Lesbarkeit.

Wolfgang Huber

Gerald D. Feldman / Heidrun Homburg, Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916–1923 (= Historische Perspektiven 5), Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1977, 422 S., kart., 58 DM.

Gerald D. Feldman, Iron and Steel in the German Inflation, 1916–1923, Princeton University Press, Princeton, N. J., 1977, XIX, 518 S., Ln., $ 33.50.

Diese beiden Bände sind ein ungewöhnliches Zweigespann. Die deutsche Ausgabe ist zwar zum Teil eine direkte Übersetzung einiger Kapitel der amerikanischen Arbeit, läßt aber lange Abschnitte, die sich mit Einzelheiten und Unterlagen befassen, aus; dagegen bietet sie eine lange Einleitung über die Entwicklung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie und über ihre Kartellierung vor dem Ersten Weltkrieg sowie einen von Heidrun Homburg zusammengestellten Anhang, der mehr als die Hälfte des Bandes umfaßt, mit längeren Auszügen aus Dokumenten, die als Grundlagen des eigentlichen Werkes gedient haben. Mit Ausnahme der Spezialisten, die die Verhandlungen im einzelnen und die Schachzüge, mit denen die Organisationen der Eisen- und Stahlfabrikanten ihre Politik entwickelten und aufrechterhielten, genauestens verfolgen wollen, werden die Leser die deutsche Ausgabe als die ungleich wertvollere betrachten.

Es soll gleich vorweggenommen werden, daß diese Arbeit auf einer Fülle von Primärquellen beruht, die Feldman mit exemplarischer Gründlichkeit durchgearbeitet hat und die er mit eindrucksvollem Geschick zu einem Gesamtbild zusammenfügt, welches in überzeugender Weise eine Reihe von wichtigen Fragen dieser Periode der deutschen und europäischen Geschichte neu beantwortet bzw. zu neuen Antworten weiterhilft. Sowohl die Zusammenstellung einer Unmenge von neuen Daten aus einer Vielfalt von Quellen wie auch ihre Verwertung in einer Studie, die sich mit gleicher Souveränität auf der Ebene der politischen wie auch der wirtschaftlichen Geschichtsschreibung bewegt, sind meisterhaft durchdacht und ausgeführt. Das Gesamtwerk ist daher ein Meilenstein auf dem langen Vormarsch in das Verständnis der Tragödie Deutschlands und Europas in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts.

Die Quellen, auf die sich Feldman hauptsächlich stützt, sind die Archive der Konzerne in der Schwerindustrie selbst, ihrer Dachorganisationen und der einschlägigen Behörden, wie des Wirtschaftsministeriums, zusammen mit den Aufzeichnungen, Biographien und Nach-

und Gesellschaft nach der Novemberrevolution verändert haben und welche Auswirkungen sich aus solchen Veränderungen für das faktische politische Verhalten der Kirchenleitungen ergaben. Besondere Aufmerksamkeit widmet der Verfasser dabei dem Begriff der »Volkskirche«. Er zeigt, daß dieser Begriff zu höchst unterschiedlichen Zwecken Verwendung finden konnte – je nachdem, ob er als Zustandsbeschreibung oder als Programmformel, zur Begründung eines kirchlichen Öffentlichkeitsanspruchs oder als Schlüsselbegriff einer bestimmten Verfassungskonzeption verwendet wurde. In diesem Nachweis liegt ein wichtiger historischer Beitrag für die noch heute keineswegs abgeschlossene Diskussion darüber, ob der Begriff der »Volkskirche« das Selbstverständnis und die Aufgabe der Kirchen angemessen charakterisieren könne. Die Diskrepanz zwischen dem volkskirchlichen Anspruch und der faktischen Beschränkung des kirchlichen Einflusses auf Teile der Mittelschicht arbeitet der Verfasser nachdrücklich heraus; dieses Ergebnis allerdings hätte nochmals eine Modifikation erfahren müssen, wenn der Verfasser dem Phänomen der »distanzierten Mitgliedschaft« nachgegangen wäre.

Dieser Hinweis auf Grenzen der Untersuchung soll jedoch nur unterstreichen, wie weit die historische Darstellung gerade in diesem Fall vorangetrieben ist. Sie empfiehlt sich durch ihre Sorgfalt und Übersichtlichkeit ebenso wie durch ihre gute Lesbarkeit.

Wolfgang Huber

Gerald D. Feldman / Heidrun Homburg, Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916–1923 (= Historische Perspektiven 5), Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1977, 422 S., kart., 58 DM.

Gerald D. Feldman, Iron and Steel in the German Inflation, 1916–1923, Princeton University Press, Princeton, N. J., 1977, XIX, 518 S., Ln., $ 33.50.

Diese beiden Bände sind ein ungewöhnliches Zweigespann. Die deutsche Ausgabe ist zwar zum Teil eine direkte Übersetzung einiger Kapitel der amerikanischen Arbeit, läßt aber lange Abschnitte, die sich mit Einzelheiten und Unterlagen befassen, aus; dagegen bietet sie eine lange Einleitung über die Entwicklung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie und über ihre Kartellierung vor dem Ersten Weltkrieg sowie einen von Heidrun Homburg zusammengestellten Anhang, der mehr als die Hälfte des Bandes umfaßt, mit längeren Auszügen aus Dokumenten, die als Grundlagen des eigentlichen Werkes gedient haben. Mit Ausnahme der Spezialisten, die die Verhandlungen im einzelnen und die Schachzüge, mit denen die Organisationen der Eisen- und Stahlfabrikanten ihre Politik entwickelten und aufrechterhielten, genauestens verfolgen wollen, werden die Leser die deutsche Ausgabe als die ungleich wertvollere betrachten.

Es soll gleich vorweggenommen werden, daß diese Arbeit auf einer Fülle von Primärquellen beruht, die Feldman mit exemplarischer Gründlichkeit durchgearbeitet hat und die er mit eindrucksvollem Geschick zu einem Gesamtbild zusammenfügt, welches in überzeugender Weise eine Reihe von wichtigen Fragen dieser Periode der deutschen und europäischen Geschichte neu beantwortet bzw. zu neuen Antworten weiterhilft. Sowohl die Zusammenstellung einer Unmenge von neuen Daten aus einer Vielfalt von Quellen wie auch ihre Verwertung in einer Studie, die sich mit gleicher Souveränität auf der Ebene der politischen wie auch der wirtschaftlichen Geschichtsschreibung bewegt, sind meisterhaft durchdacht und ausgeführt. Das Gesamtwerk ist daher ein Meilenstein auf dem langen Vormarsch in das Verständnis der Tragödie Deutschlands und Europas in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts.

Die Quellen, auf die sich Feldman hauptsächlich stützt, sind die Archive der Konzerne in der Schwerindustrie selbst, ihrer Dachorganisationen und der einschlägigen Behörden, wie des Wirtschaftsministeriums, zusammen mit den Aufzeichnungen, Biographien und Nach-

lässen der Hauptfiguren in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie. Diese Arbeit mußte einmal erledigt werden, doch ist es nicht verwunderlich, wenn der Forscher, der sich auf Jahre hinaus mit diesem Quellenmaterial bewegt, manchmal die Dinge mit einer verschobenen Perspektive zu sehen beginnt. Die eigene Ecke rückt zu sehr in die Mitte: Entferntere Einflüsse werden vernachlässigt; Wünsche werden zu Entschlüssen, Entschlüsse zu Geschehnissen befördert; und wenn sich die Geschichte manchmal im Interesse der Figuren im Vordergrund bewegt, ist es allzu leicht, dem Glauben zu verfallen, daß diese Figuren die Geschichte bestimmt haben. Die vorliegende Arbeit ist von dieser Tendenz nicht ganz unberührt geblieben, trotz ihrer allgemeinen Gegnerschaft gegen die Hauptfiguren, die Unternehmer in der Schwerindustrie selbst. Saßen die Stinnes, Reusch, Vögler und ihre Genossen wirklich so unangefochten am Steuer der Geschichte?

Der Schwerpunkt der Diskussion liegt auf dem Gebiet der großen Inflation, und die vorhergehenden Jahre sind gewissermaßen bloß ein Vorspiel, in dem Stellungen eingenommen und definiert werden. Es handelt sich hier hauptsächlich um die Einstellung des Unternehmertums in der Schwerindustrie, dem ein besonderer Einfluß und eine ungewöhnlich engstirnige und unpatriotische Politik zugeschrieben werden.

In den ersten Nachkriegsmonaten stand die Eisen- und Stahlindustrie einschließlich ihrer verarbeitenden Zweige im Zeichen einer dem heutigen Leser merkwürdig anmutenden Normalität. Niederlage, Revolution, Umsturz: Anscheinend merkte man hier kaum etwas davon. Statt dessen bekommen wir von Preisen und Lieferbedingungen zu hören, als ob alles in gleichen Bahnen wie vorher weiterlaufen würde, und man entwickelte den Franzosen gegenüber eine Strategie, die bewirken sollte, daß die deutsche Schwerindustrie trotz des Verlusts der Erzgebiete der französischen überlegen bleiben sollte – eine Strategie, die sich auf längere Sicht als erfolgreich bewährte. Im Laufe des folgenden Jahres, bis April 1920, machten sich neue Bedingungen geltend, die einen zentrifugalen Druck auslösten, der die Einheit der Industrie aufgrund von Interessendivergenzen auseinanderzusprengen drohte. Bei ansteigender Inflation ging das Interesse der Rohstahlproduzenten dahin, ans Ausland gegen ausländische Währung zu verkaufen, während die deutschen Verarbeiter das Rohmaterial im Lande zu behalten wünschten; ebenso gab es gegensätzliche Interessen zwischen Eisen und Kohle sowie zwischen integrierten und Spezialfirmen. Der Schwarzmarkt für Rohstoffe und Devisen florierte; Zusammenschlüsse waren alles eher als Beispiele von Rationalisierung, weil sie häufig Kapazitätsüberschüsse schufen und die schwächeren Einheiten überleben ließen. Die Rettung aus dieser von der Inflation herrührenden Zwangslage kam mit der Anlehnung an den Staat, besonders durch den Eisenwirtschaftsbund (EWB), mit dem der Tiefpunkt der unabhängigen Macht der schwerindustriellen Unternehmer erreicht war.

Im folgenden Jahr 1920–1921 hielt sich die Mark relativ stabil, aber im Sommer 1921 begann sie abzusinken. Zum Jahresende hingegen waren neue Voraussetzungen für Stabilität gegeben: Die Reparationen waren nun festgelegt (wiewohl auf einer unmöglichen Höhe), deutsche Exporte erfreuten sich des Vorteils einer geschwächten Währung, die meisten Grenzen waren gezogen. Es folgte nun eine kritische Periode von zwei Jahren bis zum Ende der Hyper-Inflation, in denen nach Feldman der deutschen Wirtschaftsführung zumindest zwei Strategien zur Verfügung standen, das Streben nach Stabilität oder aber nach Inflation, und in denen die Interessen der nun gestärkten und geeinigten Schwerindustrie erreichten, daß die Inflation gewählt wurde, obwohl es im Interesse anderer Industrien wie auch Deutschlands und Europas gelegen hätte, sich für Stabilisierung zu entscheiden. Hier, wenn irgendwo, lagen die fatalen Auswirkungen der Macht der Herren von Eisen und Stahl.

Zu den Gründen, die die Inflation als das kleinere Übel erscheinen ließen, gehörten (1) die Hoffnung auf einer Verringerung der Reparationssummen, (2) die Möglichkeit, weiterhin unter den Weltpreisen zu exportieren, (3) die Hoffnung der stärkeren Konzerne, daß die

schwächeren die Inflation nicht überleben würden, und (4) die Anwendung der Inflation als ein Hilfsmittel zur Abschaffung des Achtstundentages und anderer Errungenschaften der Revolutionszeit. Die ersten zwei dieser Gründe fanden weiten Anklang; die letzten zwei galten besonders als Vorteile für die Großkonzerne der Schwerindustrie. Jedoch leuchteten diese Gründe nicht allen Mitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie gleichermaßen ein: Die Textilindustrie z. B. zog die Strategie der Stabilisierung vor, aber es war die Strategie der Schwerindustrie, welche sich letzten Endes durchsetzte.

Wie weit waren daher die Stahlfabrikanten direkt für die Verlängerung der Inflation und für deren eventuelle Beschleunigung in eine Hyper-Inflation verantwortlich? Nach Feldman ist ihr Anteil an der Schuld groß, und seine ganze Beweisführung geht dahin, diese Ansicht zu unterstreichen. Jedoch ist gerade hier der Ausgangspunkt von besonderer Wichtigkeit. Wenn die Argumente, die Intrigen und die Einflußnahme der Stahlindustriellen diese Kapitel monopolisieren, als ob diese Männer die einzig Tätigen gewesen wären, während Staatsbeamte, Gewerkschaftsführer oder Politiker nur ab und zu als Nebenfiguren auftauchen, so mag das am Quellenmaterial liegen, aber es stellt das Parallelogramm der Kräfte jener Jahre nur unvollkommen zur Schau. Es gab viele andere Interessen, die der Inflation nur schwache Schranken entgegensetzen wollten. Havenstein, der vielgerügte Reichsbankpräsident, war sich dessen bewußt, daß die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung eine dauernde Erweiterung der Kreditbasis nötig machte, und diejenigen, die die Katastrophe einer scharfen Deflationspolitik in Kauf zu nehmen bereit waren, waren in der Minorität. Überhaupt ist es trotz der kurzen Nachkriegsstabilisierung gar nicht klar, daß die Inflation selbst mit bestem Willen hätte gebremst werden können: Unsere Erfahrungen der letzten paar Jahre sprechen dagegen. Als die Inflation außer Kontrolle geriet und die Industrie an Bargeldmangel zu leiden begann, als jede Wirtschaftsplanung aufhörte und Kapitalinvestitionen unterbleiben mußten, als die Preise wild ins Schleudern gerieten und das Überleben einzelner Firmen vom Zufall der Preisschere abhing, konnte niemand die Lawine zum Halten bringen. Es ist schon richtig, daß sich einzelne Stahlkonzerne, hauptsächlich durch die Manipulation der Auslandswährung, stärken und bereichern konnten, während viele schwächere untergingen, aber das bedeutet noch nicht, daß diese Stahlkonzerne für die Inflation verantwortlich waren. Ebenso ist es klar, daß, wenn sich dieselben Konzerne an der Ruhrbesetzung schadlos hielten und sie am Ende zur Abschaffung des Achtstundentages und anderer Arbeiterschutzvereinbarungen benutzten, dies noch nicht bedeutet, daß sie für die Besetzung verantwortlich waren.

Die Mitschuld der Unternehmer der Schwerindustrie an den wirtschaftlichen Entscheidungen, die unter anderem die Inflation, die Schwächung der Sozialgesetzgebung, die Besetzung der Ruhr und das Untergraben der liberalen Staatsführung zur Folge hatten, kann nach dieser detaillierten Forschungsarbeit nicht bestritten werden. Um ihr Ausmaß festzustellen und die Stärke des Einflusses des Ruhrkomplexes auf die kritischen Entscheidungen der Nachkriegsjahre zu erwägen, bedarf es aber ebenso überzeugungskräftiger Studien anderer Machtzentren in der Weimarer Republik zum Vergleich. Sidney Pollard

Harald Winkel (Hrsg.), Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit (= Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 73), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1973, 208 S., kart., 39,60 DM.

Die in dem Sammelband veröffentlichten Aufsätze konzentrieren sich auf zwei Problemkreise: die Inflation und ihre Folgen sowie die Währungspolitik und die Weltwirtschaftskrise, wobei der Schwerpunkt wiederum auf der Analyse der deutschen Entwicklung liegt, während andere europäische Länder und ihre Probleme nur in den Beiträgen von *Aldcroft* und *Siegenthaler* Berücksichtigung gefunden haben. Gemeinsames Merkmal aller Beiträge – so unterschiedlich die behandelten Fragestellungen im einzelnen auch sind – ist es, daß sie

schwächeren die Inflation nicht überleben würden, und (4) die Anwendung der Inflation als ein Hilfsmittel zur Abschaffung des Achtstundentages und anderer Errungenschaften der Revolutionszeit. Die ersten zwei dieser Gründe fanden weiten Anklang; die letzten zwei galten besonders als Vorteile für die Großkonzerne der Schwerindustrie. Jedoch leuchteten diese Gründe nicht allen Mitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie gleichermaßen ein: Die Textilindustrie z. B. zog die Strategie der Stabilisierung vor, aber es war die Strategie der Schwerindustrie, welche sich letzten Endes durchsetzte.

Wie weit waren daher die Stahlfabrikanten direkt für die Verlängerung der Inflation und für deren eventuelle Beschleunigung in eine Hyper-Inflation verantwortlich? Nach Feldman ist ihr Anteil an der Schuld groß, und seine ganze Beweisführung geht dahin, diese Ansicht zu unterstreichen. Jedoch ist gerade hier der Ausgangspunkt von besonderer Wichtigkeit. Wenn die Argumente, die Intrigen und die Einflußnahme der Stahlindustriellen diese Kapitel monopolisieren, als ob diese Männer die einzig Tätigen gewesen wären, während Staatsbeamte, Gewerkschaftsführer oder Politiker nur ab und zu als Nebenfiguren auftauchen, so mag das am Quellenmaterial liegen, aber es stellt das Parallelogramm der Kräfte jener Jahre nur unvollkommen zur Schau. Es gab viele andere Interessen, die der Inflation nur schwache Schranken entgegensetzen wollten. Havenstein, der vielgerügte Reichsbankpräsident, war sich dessen bewußt, daß die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung eine dauernde Erweiterung der Kreditbasis nötig machte, und diejenigen, die die Katastrophe einer scharfen Deflationspolitik in Kauf zu nehmen bereit waren, waren in der Minorität. Überhaupt ist es trotz der kurzen Nachkriegsstabilisierung gar nicht klar, daß die Inflation selbst mit bestem Willen hätte gebremst werden können: Unsere Erfahrungen der letzten paar Jahre sprechen dagegen. Als die Inflation außer Kontrolle geriet und die Industrie an Bargeldmangel zu leiden begann, als jede Wirtschaftsplanung aufhörte und Kapitalinvestitionen unterbleiben mußten, als die Preise wild ins Schleudern gerieten und das Überleben einzelner Firmen vom Zufall der Preisschere abhing, konnte niemand die Lawine zum Halten bringen. Es ist schon richtig, daß sich einzelne Stahlkonzerne, hauptsächlich durch die Manipulation der Auslandswährung, stärken und bereichern konnten, während viele schwächere untergingen, aber das bedeutet noch nicht, daß diese Stahlkonzerne für die Inflation verantwortlich waren. Ebenso ist es klar, daß, wenn sich dieselben Konzerne an der Ruhrbesetzung schadlos hielten und sie am Ende zur Abschaffung des Achtstundentages und anderer Arbeiterschutzvereinbarungen benutzten, dies noch nicht bedeutet, daß sie für die Besetzung verantwortlich waren.

Die Mitschuld der Unternehmer der Schwerindustrie an den wirtschaftlichen Entscheidungen, die unter anderem die Inflation, die Schwächung der Sozialgesetzgebung, die Besetzung der Ruhr und das Untergraben der liberalen Staatsführung zur Folge hatten, kann nach dieser detaillierten Forschungsarbeit nicht bestritten werden. Um ihr Ausmaß festzustellen und die Stärke des Einflusses des Ruhrkomplexes auf die kritischen Entscheidungen der Nachkriegsjahre zu erwägen, bedarf es aber ebenso überzeugungskräftiger Studien anderer Machtzentren in der Weimarer Republik zum Vergleich. Sidney Pollard

Harald Winkel (Hrsg.), Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen der Zwischenkriegszeit (= Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 73), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1973, 208 S., kart., 39,60 DM.

Die in dem Sammelband veröffentlichten Aufsätze konzentrieren sich auf zwei Problemkreise: die Inflation und ihre Folgen sowie die Währungspolitik und die Weltwirtschaftskrise, wobei der Schwerpunkt wiederum auf der Analyse der deutschen Entwicklung liegt, während andere europäische Länder und ihre Probleme nur in den Beiträgen von *Aldcroft* und *Siegenthaler* Berücksichtigung gefunden haben. Gemeinsames Merkmal aller Beiträge – so unterschiedlich die behandelten Fragestellungen im einzelnen auch sind – ist es, daß sie

unsere Kenntnisse z. T. ganz erheblich erweitern, zumindest jedoch durch eine kritische Analyse des bisherigen Forschungsstandes zu einer schärferen Erfassung der ungeklärten Probleme in der wirtschafts- und finanzpolitischen Entwicklung während der Zwischenkriegszeit beitragen.

Nicht die Validität der wirtschaftstheoretischen Erklärungsmodelle steht im Mittelpunkt von *Peter Czadas* Aufsatz über die Ursachen und Folgen der deutschen Inflation, sondern der Versuch, einer Klärung der Frage näher zu kommen, weshalb die politischen Entscheidungsgremien in Deutschland die Inflation bis zum totalen Zusammenbruch der Währung haben laufen lassen. Dabei arbeitet Czada die ins Auge fallende Interessenkonvergenz von Großindustrie und rechtsstehenden Parteien an einem ungehinderten Fortgang des Inflationsprozesses und als dessen Folgen die sozial und politisch gleichermaßen systemdestabilisierende Umschichtung der Einkommen und Vermögen sowie die strukturellen Fehlentwicklungen in den Investitionsentscheidungen der deutschen Wirtschaft heraus. Allerdings kann auch Czada unsere Kenntnisse über das tatsächliche Verhalten der Wirtschaftssubjekte, so über ihre Investitionsentscheidungen und die Bildung von Auslandskapital oder auch über die Abwälzung der sozialen Kosten der Inflation, nicht wesentlich über das hinaus erweitern, was schon Bresciani-Turroni in seiner klassischen Studie über die deutsche Inflation festgestellt hat. Dennoch dürfte sein Ansatz, bei dem die Frage nach den politisch-ökonomischen Entscheidungen der einzelnen am Willensbildungsprozeß beteiligten Kräfte wenigstens mit der nötigen Präzision gestellt worden ist, bei weiteren empirischen Arbeiten sehr viel erfolgversprechender sein als die rein ökonomische Argumentation von Laursen und Pedersen, die in ihrem Buch über die deutsche Inflation einseitig die (angeblich in erster Linie den unselbständig Beschäftigten zugute kommenden) Vorzüge der proinflationären Politik herausgestrichen haben.

In engem Zusammenhang mit diesen Problemen steht *Derek H. Aldcrofts* Aufsatz über die Wirkungen der Währungspolitik für die Wirtschaftstätigkeit in Großbritannien während der 20er Jahre. Es geht ihm dabei im wesentlichen um eine Überprüfung der allgemein vertretenen Auffassung, daß die Währungspolitik restriktiv gewesen sei, binnenwirtschaftlich deflationär gewirkt habe und daher für die dauernd sehr hohe Arbeitslosenquote verantwortlich sei. Nach Aldcrofts Befund war die Geldversorgungspolitik der Bank von England jedoch in den 20er Jahren mit Ausnahme der Jahre 1920/22 (Bekämpfung der Kriegsinflation) weder von der Menge noch von den Konditionen her ausgesprochen restriktiv. Wichtiger für die wirtschaftliche Entwicklung scheint die ungleichmäßige Entwicklung in der Industrie aufgrund ungelöster struktureller Probleme, insbesondere des Niedergangs der alten Exportindustrien, gewesen zu sein, wenngleich der Autor nicht ausschließt – diese Frage also noch einer weiteren Durchleuchtung bedürfte –, daß eine wirklich expansive Geldpolitik der Bank von England zu einer Milderung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten hätte beitragen können.

Wichtige Aufschlüsse über Ursachen und Verlauf der Weltwirtschaftskrise in Deutschland liefern die Aufsätze von *Friedrich-Wilhelm Henning* über die Liquidität der Banken in der Weimarer Republik und von *Gerd Hardach* über die Währungskrise 1931. *Henning* weist zu Recht darauf hin, daß schon vor 1914 die Liquidität des deutschen Bankensystems ungenügend gewesen ist und sich dann im Weltkrieg und in der Inflationszeit nur formell verbesserte. Nach 1924 reagierten die Banken auf die schnelle Ausdehnung ihrer Geschäftstätigkeit nicht mit einer angemessenen Erweiterung der Eigenkapitalausstattung und vernachlässigten die Herstellung eines quantitativ und qualitativ ausgewogenen Verhältnisses ihrer Debitoren und Kreditoren. Schon zu Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 befanden sich die Banken daher in Liquiditätsschwierigkeiten, da sie – hier wirkte die Inflationsfurcht nach – z. T. mit kurzfristigen Einlagen nicht nur unrentable Investitionen finanziert, sondern sich selber auch mit Aktienkäufen sehr stark in der Industrie engagiert hatten. In der Weltwirtschaftskrise mit ihrem internationalen Preisverfall, der forcierten deutschen

Deflationspolitik, dem Sinken der Aktienkurse und schließlich dem Abzug der kurzfristigen Auslandsgelder führte dieses Fehlverhalten zu einer solchen Liquiditätsklemme im gesamten Bankensystem, daß nicht nur eine Reihe von Banken zusammenbrach bzw. nur noch durch staatliche Intervention gerettet werden konnte, sondern darüber hinaus die Liquiditätsschwierigkeiten des Bankensystems auch die Abwärtsbewegung der Binnenkonjunktur beschleunigten und mit dazu beitrugen, daß Deutschland 1931 den Goldstandard aufgeben mußte. Den diesem Ereignis vorausgehenden innen- und außenpolitischen sowie ökonomischen Entscheidungen von Reichsregierung, Reichsbank und Großbanken ist *G. Hardach* in seinem Aufsatz über die Währungskrise 1931 nachgegangen. Viel stärker als Henning, der die Chancen einer alternativen Politik der Banken und die Gründe, weshalb diese nicht verfolgt wurden, nur in einem Nebensatz berührt, bemüht sich Hardach um eine Aufhellung der Frage nach der Verantwortung für getroffene und unterlassene Entscheidungen und weist überzeugend nach, daß eine Kombination aus währungspolitischem Dogmatismus der Reichsbank, gefährlichen außenpolitischen Manövern der Reichsregierung in der Reparationsfrage und in der Frage der geplanten Zollunion mit Österreich und den Rivalitäten der Großbanken untereinander für das währungspolitische Desaster im Sommer 1931 verantwortlich zu machen ist.

In einem zweiten Aufsatz untersucht *Henning* die Frage, wann die Weltwirtschaftskrise in Deutschland überwunden war. Wegen der z. T. sehr widersprüchlichen ökonomischen Daten gelangt er in dieser Frage zu keiner abschließenden Bewertung, obgleich er insgesamt eher der These zuzuneigen scheint, daß der konjunkturelle Wendepunkt im 1. Halbjahr 1933 und nicht schon im Herbst 1932 anzusiedeln ist, doch liegt der Wert seines Aufsatzes ohnehin in erster Linie in der akribischen Darstellung der für die Bemessung der Konjunkturlage in den Jahren 1929 bis 1933/34 wichtigen Indikatoren, an der keine Untersuchung über die politischen und ökonomischen Probleme der Weltwirtschaftskrise und ihrer Auswirkungen auf Deutschland mehr vorbeigehen kann.

Einem ganz anderen, weder von der Nationalökonomie noch von der Geschichtswissenschaft ausreichend beachteten Problembereich geht *Hansjörg Siegenthaler* in seinem Aufsatz über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Entwicklung des technischen Wissens in der Schweiz nach. Unzweifelhaft ist die Frage, ob und unter welchen speziellen Bedingungen die Investitionsbereitschaft der wirtschaftlichen Unternehmungen für erfinderische Aktivitäten von der jeweiligen globalen Konjunkturlage beeinflußt wird, wegen der damit verbundenen langfristigen Wirkungen für die wirtschaftliche Entwicklung von hohem historischen wie aktuellen Interesse. Weitaus problematischer ist es jedoch, ob die von Siegenthaler entwickelten Methoden zur Erfassung des Phänomens »erfinderische Aktivität« zureichend sind, d. h. ob dessen Gleichsetzung mit der Zahl der erteilten Patente schlüssig ist, ob anderseits ein starker Rückgang der Patenterteilungen und Patentgesuche der führenden Unternehmen eines Industriezweiges einfach für atypisch und daher unerheblich erklärt werden darf, ob die Zunahme von stellungsuchenden Technikern und Ingenieuren ignoriert werden kann und ob schließlich nicht genauere Daten über den Kapitaleinsatz für technische Entwicklungen unerläßlich sind. Dem abschließenden Urteil Siegenthalers, daß eine hohe Resistenz erfinderischer Aktivität gegenüber depressiven Einflüssen in einem Konjunkturabschwung bestanden habe, dürfte unter diesen Umständen nicht ohne weiteres zugestimmt werden können.

Peter-Christian Witt

Dieter Rebentisch, Ludwig Landmann. Frankfurter Oberbürgermeister der Weimarer Republik (= Frankfurter Historische Abhandlungen, Bd. 10), Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1975, VIII, 321 S., brosch., 48 DM.

In den letzten Jahren ist in der deutschen Geschichtswissenschaft viel stärkeres Gewicht auf die Untersuchung von Strukturen, Prozessen und Institutionen gelegt worden als auf die

Deflationspolitik, dem Sinken der Aktienkurse und schließlich dem Abzug der kurzfristigen Auslandsgelder führte dieses Fehlverhalten zu einer solchen Liquiditätsklemme im gesamten Bankensystem, daß nicht nur eine Reihe von Banken zusammenbrach bzw. nur noch durch staatliche Intervention gerettet werden konnte, sondern darüber hinaus die Liquiditätsschwierigkeiten des Bankensystems auch die Abwärtsbewegung der Binnenkonjunktur beschleunigten und mit dazu beitrugen, daß Deutschland 1931 den Goldstandard aufgeben mußte. Den diesem Ereignis vorausgehenden innen- und außenpolitischen sowie ökonomischen Entscheidungen von Reichsregierung, Reichsbank und Großbanken ist *G. Hardach* in seinem Aufsatz über die Währungskrise 1931 nachgegangen. Viel stärker als Henning, der die Chancen einer alternativen Politik der Banken und die Gründe, weshalb diese nicht verfolgt wurden, nur in einem Nebensatz berührt, bemüht sich Hardach um eine Aufhellung der Frage nach der Verantwortung für getroffene und unterlassene Entscheidungen und weist überzeugend nach, daß eine Kombination aus währungspolitischem Dogmatismus der Reichsbank, gefährlichen außenpolitischen Manövern der Reichsregierung in der Reparationsfrage und in der Frage der geplanten Zollunion mit Österreich und den Rivalitäten der Großbanken untereinander für das währungspolitische Desaster im Sommer 1931 verantwortlich zu machen ist.

In einem zweiten Aufsatz untersucht *Henning* die Frage, wann die Weltwirtschaftskrise in Deutschland überwunden war. Wegen der z. T. sehr widersprüchlichen ökonomischen Daten gelangt er in dieser Frage zu keiner abschließenden Bewertung, obgleich er insgesamt eher der These zuzuneigen scheint, daß der konjunkturelle Wendepunkt im 1. Halbjahr 1933 und nicht schon im Herbst 1932 anzusiedeln ist, doch liegt der Wert seines Aufsatzes ohnehin in erster Linie in der akribischen Darstellung der für die Bemessung der Konjunkturlage in den Jahren 1929 bis 1933/34 wichtigen Indikatoren, an der keine Untersuchung über die politischen und ökonomischen Probleme der Weltwirtschaftskrise und ihrer Auswirkungen auf Deutschland mehr vorbeigehen kann.

Einem ganz anderen, weder von der Nationalökonomie noch von der Geschichtswissenschaft ausreichend beachteten Problembereich geht *Hansjörg Siegenthaler* in seinem Aufsatz über die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Entwicklung des technischen Wissens in der Schweiz nach. Unzweifelhaft ist die Frage, ob und unter welchen speziellen Bedingungen die Investitionsbereitschaft der wirtschaftlichen Unternehmungen für erfinderische Aktivitäten von der jeweiligen globalen Konjunkturlage beeinflußt wird, wegen der damit verbundenen langfristigen Wirkungen für die wirtschaftliche Entwicklung von hohem historischen wie aktuellen Interesse. Weitaus problematischer ist es jedoch, ob die von Siegenthaler entwickelten Methoden zur Erfassung des Phänomens »erfinderische Aktivität« zureichend sind, d. h. ob dessen Gleichsetzung mit der Zahl der erteilten Patente schlüssig ist, ob anderseits ein starker Rückgang der Patenterteilungen und Patentgesuche der führenden Unternehmen eines Industriezweiges einfach für atypisch und daher unerheblich erklärt werden darf, ob die Zunahme von stellungsuchenden Technikern und Ingenieuren ignoriert werden kann und ob schließlich nicht genauere Daten über den Kapitaleinsatz für technische Entwicklungen unerläßlich sind. Dem abschließenden Urteil Siegenthalers, daß eine hohe Resistenz erfinderischer Aktivität gegenüber depressiven Einflüssen in einem Konjunkturabschwung bestanden habe, dürfte unter diesen Umständen nicht ohne weiteres zugestimmt werden können.

Peter-Christian Witt

Dieter Rebentisch, Ludwig Landmann. Frankfurter Oberbürgermeister der Weimarer Republik (= Frankfurter Historische Abhandlungen, Bd. 10), Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1975, VIII, 321 S., brosch., 48 DM.

In den letzten Jahren ist in der deutschen Geschichtswissenschaft viel stärkeres Gewicht auf die Untersuchung von Strukturen, Prozessen und Institutionen gelegt worden als auf die

Analyse der historischen Wirkung von einzelnen Personen. Im Zuge einer allgemeinen – und berechtigten – Skepsis gegenüber einer in erster Linie an Personen orientierten Geschichtsbetrachtung ist die Biographie bis auf wenige Ausnahmefälle »Amateurhistorikern« überlassen worden. Der Verfasser der aus einer Frankfurter Dissertation hervorgegangenen Biographie Ludwig Landmanns, des Oberbürgermeisters von Frankfurt/Main von 1924 bis 1933, ist sich über die »Tücken« seines »eher traditionelle[n] Verfahren[s], mit Amt und Person des Oberbürgermeisters den komplexen Organismus einer Stadt [. . .] erfassen« zu wollen (S. III), im klaren, will aber versuchen, über die Lebensbeschreibung hinaus die das Individuum mitbestimmenden Strukturen und Prozesse ebenfalls in den Blick zu bekommen, und – neben einem Stück Frankfurter Stadtgeschichte – somit auch einen Beitrag zur Geschichte der deutschen Selbstverwaltung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts erbringen (S. 21).

Nach einer abgewogenen und breit angelegten Einleitung, in der Rebentisch vor allem die Rolle der Oberbürgermeister vor dem Hintergrund der deutschen Selbstverwaltungstradition analysiert und einige typische Charakteristika dieser »zentralen Figuren des kommunalen Beamtenkörpers« hervorhebt, stellt er im ersten Kapitel die Herkunft und Jugend des 1868 in der Rheinpfalz geborenen, aus einer kleinbürgerlich jüdischen Familie stammenden Landmann dar, der nach seiner Gymnasialzeit in Mannheim und einem Jurastudium in München, Berlin und Heidelberg in den Dienst der Stadt Mannheim trat, zunächst als juristischer Hilfsarbeiter, dann als persönlicher Referent des Oberbürgermeisters, schließlich als Stadtsyndikus. Rebentisch widmet der Zeit unter dem Mannheimer Oberbürgermeister Otto Beck, einem besonders ausgeprägten Vertreter der tatkräftigen, schöpferischen, aber auch autokratischen Oberbürgermeister am Ende des 19. Jahrhunderts, ein eigenes Kapitel, weil Landmann hier offenbar entscheidende Anregungen für seine Frankfurter Zeit erhielt, die 1916 mit seiner von der Fortschrittspartei begünstigten Wahl zum Stadtrat begann. Die Schilderung der Aktivitäten Landmanns in seiner Stadtratszeit bis 1924 – vor allem in den Bereichen des Kanalbaus, der Wirtschaftspolitik und des Siedlungswesens, zudem seines Engagements für die Frankfurter Messe und für einen Verkehrsverbund im Rhein-Main-Wirtschaftsraum – zeigt, daß sich in diesen Jahren bereits die Konzeption herausbildete, die seine Oberbürgermeistertätigkeit seit 1924 weitgehend bestimmte und von Rebentisch als »Zielprojektion« charakterisiert wird, »nach welcher Frankfurt wirtschaftliches, administratives und kulturelles Zentrum einer südwestdeutschen Provinz werden mußte, um die historisch gewachsenen Territorialgrenzen und die Partikularkräfte der Länder zu zersprengen« (S. 251). Doch hat es Landmann offensichtlich verstanden, dieses weitgesteckte Ziel zunächst für sich zu behalten und sich in der Öffentlichkeit in erster Linie besonders im Bereich von Wirtschaft und Verkehr als »großzügig planender, ideenreicher Kommunalpolitiker von beachtlichem Durchsetzungsvermögen« zu profilieren (S. 110). Bei der Oberbürgermeisterwahl des Jahres 1924 war er aus diesem Grunde für die Stadtverordneten der Demokratischen Partei, der SPD und des Zentrums der geeignete Nachfolger für den bisherigen Oberbürgermeister Georg Voigt. Die allgemeine »Neue Ära« ab 1924 bedeutete dann auch für Frankfurt durch die ausdrückliche »Expansionspolitik« Landmanns eine kräftige Aufschwungphase, die 1928 ihren Höhepunkt erreichte. Rebentisch beschreibt ausführlich die vielen Einzelteile, aus denen sich das Gesamtbild zusammengesetzt hat: Flughafen-, Autobahn- und Kanalbau gehören hier ebenso hinein wie eine gezielte Eingemeindungs- und Energiepolitik. Landmann sorgte dabei durch die Gründung von insgesamt 29 gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen mit fast 50 Tochtergesellschaften dafür, daß die kommunalwirtschaftliche Expansion Frankfurts dem Einfluß der Stadtverordneten weitgehend entzogen wurde. Frankfurt entwickelte sich vor diesem Hintergrund zum »teuersten kommunalen Verwaltungskörper in Deutschland« (S. 191). Als dann ab 1929 die Kommunalpolitik in die allgemeine Staatskrise mit hineingezogen wurde, erwies sich dieses »System Landmann« als einer der Hauptangriffspunkte von links und

rechts und führte auch zu einer immer erregteren Auseinandersetzung um die Person Landmanns. Dies, die nationalsozialistische Machtergreifung und ein angegriffener Gesundheitszustand führten im März 1933 zur Rücktrittserklärung Landmanns, der Jahre der Vereinsamung, Krankheit, finanziellen Not und Flucht folgten, bis er am 5. 3. 1945 in Holland starb. Die Bitterkeit dieses Lebensausklangs stellt Rebentisch in einem eindringlichen »Biographischen Epilog« dar.

Insgesamt kommt der Verfasser zu dem Fazit, daß Landmann weder den Typ des modernen Parteipolitikers im Oberbürgermeisteramt wie etwa Konrad Adenauer repräsentierte, noch von einem »konservativen Beamtenliberalismus« geprägt war wie z. B. Hans Luther, sondern als »Fachpolitiker« zu verstehen ist, »der technisch-verwaltungsmäßige Methoden in der Politik bevorzugte und sich auf sachlich begrenzte Ziele [...] beschränkte«, unter dem langfristigen Aspekt einer »Veränderung und Modernisierung der Gesellschaft an sich« (S. 306).

Rebentischs Arbeit stellt – insgesamt gesehen – ein hervorragendes Beispiel für die Möglichkeiten, aber auch Grenzen einer wissenschaftlichen Biographie dar – Möglichkeiten insofern, als der eine Verknüpfungspunkt vielfältiger Fäden, das Individuum Landmann, in einer Fülle von treffenden Einzelanalysen sorgfältig und materialreich geschildert wird und gleichzeitig die anderen Enden der Fäden, d. h. die jeweiligen Situationen und Aktionen sowie die Mit- und Gegenspieler (beispielhaft etwa auf den Seiten 211 ff. die Gegenüberstellung Landmanns und Adenauers), schlaglichtartig beleuchtet und mit vielen Details vorgestellt werden. Die Grenzen liegen jedoch dort, wo der Leser gerne etwas mehr über den Gesamtteppich, d. h. die politische, soziale und wirtschaftliche Gesamtstruktur wissen möchte, in der das Individuum mehr oder weniger fest eingebunden war. Es kommt weitgehend, z. T. stark aufzählend, nur das in den Blick, was bewußt von Landmann angepackt worden ist oder direkt auf ihn gewirkt hat. Die starke Betonung seiner Fachkompetenz, seiner Autorität, seines quasi überparteilichen Eintretens für die lokalen Interessen Frankfurts, das sich z. B. in seiner Expansionspolitik und Industrieförderung ausdrückte, läßt Landmann trotz gelegentlicher Hinweise auf seine von einem bürgerlichen Linksliberalismus und von munizipalsozialistischen Ideen geprägte Vorstellungswelt als ein außerhalb der Parteien, Interessenmächte und Herrschaftszusammenhänge stehendes Einzelwesen erscheinen. Weitere Kriterien zu einer Beurteilung Landmanns ließen sich vermutlich erst vor dem Hintergrund einer Analyse der gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur und Entwicklung Frankfurts gewinnen, einer Analyse, deren Fehlen auch Rebentisch nachdrücklich bedauert (S. 21). Der Verfasser zeigt aber, daß er sich dieser Grenzen immer bewußt gewesen ist. In dem von ihnen gesetzten Rahmen hat er jedenfalls eine eindringliche und anregende Studie über das Wirken eines beachtenswerten Kommunalpolitikers der Weimarer Republik vorgelegt und gleichzeitig eine Fülle von interessantem Material zur Situation der deutschen Selbstverwaltung in diesen Jahren aufbereitet.

Jürgen Reulecke

Modris Eksteins, The Limits of Reason: The German Democratic Press and the Collapse of Weimar Democracy (= Oxford Historical Monographs), Oxford University Press, London 1975, XV, 337 pp., Hardback, £ 7.00.

»The Limits of Reason« is based upon an assumption: »A newspaper is a product of the intellect but it is also a complex social organism; its character is determined by the dialectical interplay of individual creativity and institutional structures. Unless a newspaper is considered both as a multidimensional institution in its own right and as a part of a wider social and political context, its utterances cannot be appreciated fully by the historian and they are often even liable to misinterpretation« (p. vii). The hypothesis is substantiated in one of the most interesting and well-written studies to have appeared in German history

rechts und führte auch zu einer immer erregteren Auseinandersetzung um die Person Landmanns. Dies, die nationalsozialistische Machtergreifung und ein angegriffener Gesundheitszustand führten im März 1933 zur Rücktrittserklärung Landmanns, der Jahre der Vereinsamung, Krankheit, finanziellen Not und Flucht folgten, bis er am 5. 3. 1945 in Holland starb. Die Bitterkeit dieses Lebensausklangs stellt Rebentisch in einem eindringlichen »Biographischen Epilog« dar.

Insgesamt kommt der Verfasser zu dem Fazit, daß Landmann weder den Typ des modernen Parteipolitikers im Oberbürgermeisteramt wie etwa Konrad Adenauer repräsentierte, noch von einem »konservativen Beamtenliberalismus« geprägt war wie z. B. Hans Luther, sondern als »Fachpolitiker« zu verstehen ist, »der technisch-verwaltungsmäßige Methoden in der Politik bevorzugte und sich auf sachlich begrenzte Ziele [...] beschränkte«, unter dem langfristigen Aspekt einer »Veränderung und Modernisierung der Gesellschaft an sich« (S. 306).

Rebentischs Arbeit stellt – insgesamt gesehen – ein hervorragendes Beispiel für die Möglichkeiten, aber auch Grenzen einer wissenschaftlichen Biographie dar – Möglichkeiten insofern, als der eine Verknüpfungspunkt vielfältiger Fäden, das Individuum Landmann, in einer Fülle von treffenden Einzelanalysen sorgfältig und materialreich geschildert wird und gleichzeitig die anderen Enden der Fäden, d. h. die jeweiligen Situationen und Aktionen sowie die Mit- und Gegenspieler (beispielhaft etwa auf den Seiten 211 ff. die Gegenüberstellung Landmanns und Adenauers), schlaglichtartig beleuchtet und mit vielen Details vorgestellt werden. Die Grenzen liegen jedoch dort, wo der Leser gerne etwas mehr über den Gesamtteppich, d. h. die politische, soziale und wirtschaftliche Gesamtstruktur wissen möchte, in der das Individuum mehr oder weniger fest eingebunden war. Es kommt weitgehend, z. T. stark aufzählend, nur das in den Blick, was bewußt von Landmann angepackt worden ist oder direkt auf ihn gewirkt hat. Die starke Betonung seiner Fachkompetenz, seiner Autorität, seines quasi überparteilichen Eintretens für die lokalen Interessen Frankfurts, das sich z. B. in seiner Expansionspolitik und Industrieförderung ausdrückte, läßt Landmann trotz gelegentlicher Hinweise auf seine von einem bürgerlichen Linksliberalismus und von munizipalsozialistischen Ideen geprägte Vorstellungswelt als ein außerhalb der Parteien, Interessenmächte und Herrschaftszusammenhänge stehendes Einzelwesen erscheinen. Weitere Kriterien zu einer Beurteilung Landmanns ließen sich vermutlich erst vor dem Hintergrund einer Analyse der gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur und Entwicklung Frankfurts gewinnen, einer Analyse, deren Fehlen auch Rebentisch nachdrücklich bedauert (S. 21). Der Verfasser zeigt aber, daß er sich dieser Grenzen immer bewußt gewesen ist. In dem von ihnen gesetzten Rahmen hat er jedenfalls eine eindringliche und anregende Studie über das Wirken eines beachtenswerten Kommunalpolitikers der Weimarer Republik vorgelegt und gleichzeitig eine Fülle von interessantem Material zur Situation der deutschen Selbstverwaltung in diesen Jahren aufbereitet.

Jürgen Reulecke

Modris Eksteins, The Limits of Reason: The German Democratic Press and the Collapse of Weimar Democracy (= Oxford Historical Monographs), Oxford University Press, London 1975, XV, 337 pp., Hardback, £ 7.00.

»The Limits of Reason« is based upon an assumption: »A newspaper is a product of the intellect but it is also a complex social organism; its character is determined by the dialectical interplay of individual creativity and institutional structures. Unless a newspaper is considered both as a multidimensional institution in its own right and as a part of a wider social and political context, its utterances cannot be appreciated fully by the historian and they are often even liable to misinterpretation« (p. vii). The hypothesis is substantiated in one of the most interesting and well-written studies to have appeared in German history

during the last years. Whereas an expert can read for nuances, a student and general reader can easily follow the presentation – a quality found too infrequently in recent historical studies. Eksteins has demonstrated the relationship of newspapers to their milieu through a social-historical analysis of the publishing houses of Mosse, Ullstein and Sonnemann. This excellent monograph will be criticized in the spirit that a great portrait requires microscopic examination from all angles.

The lack of liberalism and liberals, according to one school of thought on German history, made possible the triumph of National Socialism. Had liberalism been a stronger element the Nazi reign could have been avoided. This circular argument has also been offered for communism, socialism and conservativism. The ideological preferences of the authors arguing such cases are obvious. Does the imposition of such values upon history bring further insight into the course of events? Certainly, in the studies of the German Revolution of 1918–1919 the attempts to illustrate alternatives to the government's choices have extended the knowledge of the social dimensions during that era, even if the authors have been too enamoured with their own alternatives (especially the councils) to account for why they ultimately did not provide an alternative in fact. Within this context Eksteins' study of the liberal press in the Weimar Republic can be appreciated: he implicitly adheres to the viewpoint that a *true* liberalism might have obstructed or at least opposed National Socialism. But his values and preferences do not interfere with showing that institutionally and politically German liberalism was in such a state of decay and dissolution that nothing was left to ›surrender‹ to National Socialism by 1933.

Eksteins examines the institutional base and the policy formulation of three leading ›liberal‹ newspaper publishing houses and concludes that »the liberal response to the challenge of National Socialism was determined by the relationship of liberals to the Weimar state, to their own parties, and to the electorate« (p. vii). Through examining »atypical« firms, »selected because they identified themselves most closely with the ideals of the Weimar Republic« (p. viii), he finds »this press adapted its editorial policies and internal organization to suit the new National Socialist regime as rapidly as most other newspapers« (p. ix). Secondly, he maintains that for the »quiet and rapid ›surrender‹ of 1933 to occur the entire institutional foundation of German liberalism had to be in a state of decay and disarray«, and he seeks to »describe and to explain the nature of the confusion prevalent in an important sector of this liberal substructure« (p. ix, similarly 278 f.). Therefore, Eksteins thinks that the notion of a ›seizure of power‹ should be reconsidered, since the »entire subsoil necessary for democratic parliamentary government had been eroded« and »liberal behavior in 1933 was determined not so much by what National Socialism represented as by what liberalism no longer represented« (p. x). In addition, this refreshingly direct unmasking of the Weimar Republic's liberalism seeks to offer an explanation by carefully defining the social circumstances in which the liberal press operated.

The study contains two parts. The first provides a general overview of German liberalism and the press in the early twentieth century, the role of leading liberal journalists and editors in the establishment of the German Democratic Party (DDP), the nature and situation of the press in the Weimar Republic and the development of the three publishing firms to the late 1920s. The second examines the »eclipse of liberalism« especially after 1928, the financial and organizational difficulties in the press empires during the depression, their relativistic response to rule by presidential decree and their reconciliation with National Socialism.

The review of liberalism suffers from a lack of precision on the meaning attached by liberals to »democratization« which Eksteins thinks a small group of ›left‹ liberals energetically fostered already in Imperial Germany. Here and at other points in the study few criteria are enumerated by which to distinguish ›left‹ from other liberals (especially p. 7). What specifically does the following mean in reference to the Germany of October 1918:

»A socially-conscious, national-minded democratic liberalism indeed seemed to have triumphed over not only national liberalism but traditional left liberalism as well, and moreover, to have revived the liberal movement as a whole« (p. 12)? By contrast, the background to the development of the German press is a fine resumé packed with information and marked by clear categories. The press' main features by 1914 are found, by comparisons with France and Britain, to have been »its abundance, its decentralization and its growing commercialization and politicization« (p. 16). The rise of the three family firms is recounted by Eksteins with a sharp eye for telling pieces of information. But as he speaks of the political views and attachments of the Mosses, Ullsteins and Sonnemanns, the same vagueness of terminology reappears: »progressively inclined liberal publishers« (p. 16), »radical tone« (p. 18) or »most progressive« (p. 22). Eksteins seems to take at face value Sonnemann's assertions about his editorial policy: »politically liberal, in social-political matters always just and friendly to reform, always inclined to support the economically weak« (pp. 27 f.). He claims the »newspapers of the Mosse, Ullstein and Sonnemann firms all subscribed to this liberal-democratic conception of the role of the press« defined as a press which »had a responsibility to the public independent of parties, economic interests and government« (p. 28). If these firms »subscribed« to such views they did not do so very loudly in Imperial Germany, or their press would have suffered the restrictions under the Reich Press Law of 1874 which constantly found Social Democratic editors in jail for uttering such views, and the press department of the Foreign Office would not have given August Stein, the Berlin representative of the Sonnemann »Frankfurter Zeitung« special briefings, and the Zentralverband deutscher Industrieller which worked closely with the Imperial government would hardly have invited the Ullstein »Vossische Zeitung« and the »Frankfurter Zeitung« to its conferences. (See A. Hall, The War of Words: Anti-socialist Offensives and Counter-propaganda in Wilhelmine Germany, in: Journal of Contemporary History XI, 1976, p. 18, 22). Eksteins errs in making these firms into ›democratic‹ opponents within Imperial Germany; they were an element within the establishment even if marked by their moderation (on social matters, on measures against Social Democracy and on war aims, though Eksteins also presents materials which indicate the Ullstein press members advocated extensive annexations, pp. 55 f.).

Eksteins brings sufficient evidence for the ties of these liberals to the German state when he outlines the significant role of the liberal press in the founding of the DDP. This was to be a *new* liberal party, which *needed* to be distinguished from the old. The previously pejorative term ›democratic‹, which the liberals had avoided, suddenly appeared not only as a party name but as a form of new self-identification. Eksteins writes: »the prominent left-liberal press, or democratic press, as it now described itself« (p. 49). A contemporary whom Eksteins quotes found the new DDP »devilishly similar to the Progressive People's Party [. . .] and the young bourgeois democratic party [. . .] far more opportunistic than principled« (Gerlach, p. 51). Yet, Eksteins – undoubtedly revealing his personal values – accepts the shift in terms and henceforth employs the term »democrat« or »left democrat« (p. 52, for example). But, despite these reservations – crucial ones for the general thesis that the decay of liberal institutions took place during the late 1920s – he provides a concise account on the turning away of the journalists and editors from party politics, which shows that »within months of the founding of the DDP the relationship between the party and the distinguished Berlin-Frankfurt press of democratic persuasion had evolved into a love-hate relationship« (p. 58). Eksteins acknowledges that the DDP's early success in Weimar was probably due to the fact that it »appeared to represent both the rising star of democracy and the best defense against socialist domination of parliament« (p. 61). He coins the apt phrase »Vernunftdemokraten« to describe those with no real commitment to the democratic cause. Further, he admits that the »powerful grip of moneyed interests on the party successfully cordened off radicalism within the DDP on

social and economic questions« (p. 64). The description of the DDP's left wing as »radical, progressive, tolerant and cosmopolitan in spirit and character« (p. 66) is left without specific illustrations.

When Eksteins turns to the press he is on surer ground and makes his main contributions to Weimar history. He stresses the decentralized nature of the press despite the impact of the inflation. The tendency to rely upon syndicated columns and to become financially dependent upon big business and heavy industry are well illustrated. Eksteins shows how papers claiming not to support any political party in fact supported a political tendency, especially those which became enmeshed in Hugenberg's financial and wire-press services. He concludes that by the mid-1920s: »Political initiative in much of the press had been surrendered to the barons of the German economy, and the press which functioned within their sphere of influence was a tool [. . .] of their political aims« (p. 82). This was due, as Eksteins argues very well, to the dependence upon centralized sources of funds and news. The depression pushed almost all the remaining semi-independent newspapers into a ›neutrality‹ which favored the political Right or outrightly into advocating an ›awakening‹ of Germany. It is in delineating the politics of the various presses and in describing the response of the publishing houses to financial and other pressures that Eksteins proves his skill as an historian. The difficulties of the DDP in maintaining a supportive press, especially in competition with the German People's Party (DVP) or the conservative parties, are explored in depth (pp. 84–93, with a contradiction on the DVP on pp. 87 f.). In this regard Eksteins finds that the Mosse, Ullstein and Sonnemann papers never repudiated the DDP but »a gradual process of disengagement from the party's politics, if not its fundamental ideas, occurred« (p. 93). The strained relations between the party leaders and, in Eksteins' terms, the »radical journalists of the democratic press« (p. 94) are exemplified by two leading editors, Wolff and Gerlach, soon leaving the party and another, Bernard, having difficulties within it. In Eksteins' terms the party proved »singularly incapable of absorbing and pacifying criticism« while the leading »left-democratic newspapers [. . .] frequently displayed an exaggerated and unwarranted self-assurance in their judgements [. . .]« (p. 102). The latter he attributes to the editors being employees of large commercial enterprises which had to produce a marketable product. The second-generation of owners in the Mosse, Ullstein and Sonnemann firms apparently brought a new tenor in the 1920s: »The predominance of business considerations [. . .] fostered the emergence of an opportunist frame of mind [. . .] to look for and to emphasize those nuances in progressive liberalism which might best promote commercial interests« (p. 104). Economic troubles combined with »ideological scepticism amongst the public« changed the relationship between management and editors, according to Eksteins, in these family firms. A sharp analysis of the major newspapers belonging to each publishing house supports the hypothesis of the newspaper as a »complex social organism«. The review of these press empires includes a solid account of their readerships' social make-up, their involvements in related enterprises and, most significantly, their financial situations. He explores the role of Jews on their staffs and the question of these papers' general influence. The latter issue is too vaguely presented and the conclusion that the »democratic press« was not »an independent political power galvanizing and precipitating political action« (p. 137) seems too far reaching for the limited, primarily autobiographical, sources presented. Some comparisons with Britain or France to match the comparison on the structure of the press would have helped buttress the argument.

As German liberalism went into the tail-spin from which it never recovered after 1928, the leading »democratic« editors made similar attempts as during 1919 to revive, unify and recreate liberalism. Eksteins provides novel information on the attempts by members of these press firms to attain liberal unity. But, he again falls into questionable terminology with such statements as »The Ullsteins espoused liberalism and democracy as their

political doctrines. Their liberalism, however, was never one of sophisticated political programmes but based rather on a straightforward belief in the need for human decency« (p. 150). He rightly notes that for all these publishing houses the DDP was dead by 1930 and adds: »It was the Democratic Party which, in spite of its inadequacies and shortcomings, had tied the democratic press to the Republic, and had given this press a political *raison d'être* in real rather than just theoretical terms. As the DDP declined in significance as a factor in the politics of the Republic, the *Berliner Tageblatt, Frankfurter Zeitung* and *Vossische Zeitung* were correspondingly less able to relate to the imperfect realities of the Republic« (p. 158). The statement could force the reader to ask if such a press had ever been democratic, whether the liberal press fooled itself as well as others in switching to a self-definition of »democratic«. To Eksteins »reason, discussion and compromise« are the »conceptual basis of liberal democracy« (p. 60). Yet, at the instigation of the DVP the Ullstein »Berliner Illustrierte« published the infamous »Badebild« of Ebert and Noske with its retouched emphasis upon their genitals to appear simultaneously with the enactment of the Weimar Constitution in August 1919. Or, as Eksteins himself notes, the Mosse firm fired editors for participating in the founding of the Republican Party. And, he shows that the »Frankfurter Zeitung« repeatedly lied about its new shareholder, I. G. Farben, after 1928. Were such firms democratic in the above sense? Or was, as the government's press representative claimed already in September 1920: »at present all the press is set upon sensations and not political finesse« (Das Kabinett Fehrenbach, Boppard 1971, p. 179)?

The second half of Eksteins' study need not be reviewed in detail. In it he demonstrates the aggravation of the earlier difficulties in the liberal press. The impact of I. G. Farben's buying into the Sonnemann firm is skillfully delineated through following changes in personnel and policy. Here Eksteins presents novel information on the finances of this firm. The bitter feud within the Ullstein family during 1929 and its consequences for staff and the publishing empire follows. Then he traces the response of the major newspapers of the three firms to the crisis situation after the dissolution of the Great Coalition. He finds that no thorough analysis of the National Socialist phenomenon appeared in these papers. By the fall of 1930 many liberals were admitting that liberalism was dead and they were passing the torch to Social Democracy. The statement had more than symbolic meaning, for as so frequently in German history, Social Democracy – despite not being a party of the ›individual‹ – was left defending liberal values and ideals. In any case, Eksteins clearly shows the liberal press did not do so under Hindenburg/Brüning, and finds: »By 1932 success and not methods had become the measuringrod applied to government policy: as long as the economic crisis was weathered and National Socialism was prevented from attaining any significant executive power, virtually any means adopted by the government to achieve these ends was tolerated, if not always appreciated« (p. 222). While not excusing these attitudes, Eksteins tries to indicate the degree to which the shift to the right politically resulted from economic pressures as the depression carved away subscriptions, advertising and staff. The liberal press acceded to pressure from both government and industry. Despite demonstrating this with numerous dismissals and the inability of this press to response clearly to National Socialism, Eksteins insists on terming these journalists and editors »rationalists« (p. 244). When Hitler finally became chancellor the »left-liberal editors« mustered only »amazement, sorrow, and finally a mood of resignation« (p. 268) and moved in the direction of »non-partisanship« which meant acquiescence to the new status quo and acceptance of dictatorship. On March 7, 1933 the »Frankfurter Zeitung« declared that the National Socialists had »won power by legal democratic means« (p. 275). Two weeks later the »Vossische Zeitung« claimed the »revolution« had been without a breach of the laws (p. 275). Eksteins notes: »[. . .] no trace of opposition was voiced to the enabling law, before or after its passage« (p. 276). The explanation for the acceptance

of National Socialism, in Eksteins' thinking, lies deeper than in the individual decisions to co-operate with the regime and to publish under its terms: »The accommodation with National Socialism, so rapidly arranged by the democratic press, was determined more by the obvious political and ideological disorientation and the related economic and administrative problems of this press than by subjective hopes and fears. The political tenets, the moral values, and the institutional basis of democracy had been steadily corroded or corrupted in recent years and ultimately rejected by a clear majority of the German public« (p. 279). The »Gleichschaltung« of the Ullstein, Mosse and Sonnemann firms occurred in such a manner as to gain prestige for the Nazi regime. Eksteins clears away the myths of »between-the-lines« resistance as he presents the transfer of the three firms to the Nazies.

Eksteins has added extensively to an understanding of how the press works and how the boundaries of economic interests and necessities circumscribe the actions of individuals and institutions. But his book should bear a different title: The Limits of *Enlightened Self-Interest:* The German *Liberal* Press and the Collapse of the Weimar Republic.

Dieter K. Buse

Herbert Döring, Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik (= Mannheimer Sozialwissenschaftliche Studien, Bd. 10), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1975, X, 336 S., brosch., 46 DM.

Hans Bohrmann, Strukturwandel der deutschen Studentenpresse. Studentenpolitik und Studentenzeitschriften 1848–1974 (= Kommunikation und Politik, Bd. 4), Verlag Dokumentation, München 1975, 337 S., Linson, 44 DM.

*Dörings* Komplementärstudie zu Sontheimers Buch »Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik« und seine quellenmäßige Vertiefung bzw. Korrektur der Arbeiten von Bleuel, Kurucz und Ringer erfaßt nicht die gesamte Minderheit der »demokratisch« gesinnten Professoren der Weimarer Republik, sondern nur den »Weimarer Kreis« »verfassungstreuer Hochschullehrer« – ausgeklammert bleiben die von den » liberalen Geheimräten des Weimarer Kreises« durch eine tiefe Kluft geschiedenen pazifistischen und sozialistischen »akademischen Außenseiter«. Dafür zählen zu der untersuchten Gruppe so erlauchte Namen der unter Naumanns und Max Webers Einfluß stehenden Weimarer »Gelehrtenaristokratie« wie die Staatsrechtler Anschütz und Thoma, die Nationalökonomen Brentano und Herkner, die Historiker Delbrück, Goetz und Meinecke, die Theologen Baumgarten und von Harnack, und der Soziologe Adolf Weber.

Ausführlich erarbeitet der Autor an zahlreichen neu erschlossenen Quellen das intellektuelle Gruppenprofil des Kreises: Die im einzelnen sehr differenzierte »demokratische« Gesinnung seiner Mitglieder reichte vom »Vernunftrepublikanismus« bis zum »demokratischen Idealismus«, neben Anhängern des Parlamentarismus standen Bejaher eines Präsidialsystems und eines überparteilich-obrigkeitsstaatlichen »Ersatzkaisertums«. In der Nachfolge von Max Webers plebiszitärer Führerdemokratie stehend, gingen sie jedoch alle von der Notwendigkeit einer überragenden Führung in der Massendemokratie aus. Nicht alle widerstanden so später dem »Führer« Hitler.

Döring sieht die Weimarer Frontstellung zwischen »antidemokratischen« und »demokratischen« »Gelehrtenpolitikern« als bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung weiterwirkende Fortsetzung der – von Schwabe analysierten und von Böhme dokumentierten – Flügelbildung zwischen »Annexionisten« und »Gemäßigten« während des Ersten Weltkrieges. Detailliert berichtet er von der ersten informellen Zusammenfassung der »verfassungstreuen« Hochschullehrer in der »Erklärung verfassungstreuer Hochschullehrer« nach dem Kapp-Putsch 1920 bis zum regelmäßigen Spaziergang der republik-

of National Socialism, in Eksteins' thinking, lies deeper than in the individual decisions to co-operate with the regime and to publish under its terms: »The accommodation with National Socialism, so rapidly arranged by the democratic press, was determined more by the obvious political and ideological disorientation and the related economic and administrative problems of this press than by subjective hopes and fears. The political tenets, the moral values, and the institutional basis of democracy had been steadily corroded or corrupted in recent years and ultimately rejected by a clear majority of the German public« (p. 279). The »Gleichschaltung« of the Ullstein, Mosse and Sonnemann firms occurred in such a manner as to gain prestige for the Nazi regime. Eksteins clears away the myths of »between-the-lines« resistance as he presents the transfer of the three firms to the Nazies.

Eksteins has added extensively to an understanding of how the press works and how the boundaries of economic interests and necessities circumscribe the actions of individuals and institutions. But his book should bear a different title: The Limits of *Enlightened Self-Interest:* The German *Liberal* Press and the Collapse of the Weimar Republic.

Dieter K. Buse

Herbert Döring, Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik (= Mannheimer Sozialwissenschaftliche Studien, Bd. 10), Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan 1975, X, 336 S., brosch., 46 DM.

Hans Bohrmann, Strukturwandel der deutschen Studentenpresse. Studentenpolitik und Studentenzeitschriften 1848–1974 (= Kommunikation und Politik, Bd. 4), Verlag Dokumentation, München 1975, 337 S., Linson, 44 DM.

*Dörings* Komplementärstudie zu Sontheimers Buch »Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik« und seine quellenmäßige Vertiefung bzw. Korrektur der Arbeiten von Bleuel, Kurucz und Ringer erfaßt nicht die gesamte Minderheit der »demokratisch« gesinnten Professoren der Weimarer Republik, sondern nur den »Weimarer Kreis« »verfassungstreuer Hochschullehrer« – ausgeklammert bleiben die von den » liberalen Geheimräten des Weimarer Kreises« durch eine tiefe Kluft geschiedenen pazifistischen und sozialistischen »akademischen Außenseiter«. Dafür zählen zu der untersuchten Gruppe so erlauchte Namen der unter Naumanns und Max Webers Einfluß stehenden Weimarer »Gelehrtenaristokratie« wie die Staatsrechtler Anschütz und Thoma, die Nationalökonomen Brentano und Herkner, die Historiker Delbrück, Goetz und Meinecke, die Theologen Baumgarten und von Harnack, und der Soziologe Adolf Weber.

Ausführlich erarbeitet der Autor an zahlreichen neu erschlossenen Quellen das intellektuelle Gruppenprofil des Kreises: Die im einzelnen sehr differenzierte »demokratische« Gesinnung seiner Mitglieder reichte vom »Vernunftrepublikanismus« bis zum »demokratischen Idealismus«, neben Anhängern des Parlamentarismus standen Bejaher eines Präsidialsystems und eines überparteilich-obrigkeitsstaatlichen »Ersatzkaisertums«. In der Nachfolge von Max Webers plebiszitärer Führerdemokratie stehend, gingen sie jedoch alle von der Notwendigkeit einer überragenden Führung in der Massendemokratie aus. Nicht alle widerstanden so später dem »Führer« Hitler.

Döring sieht die Weimarer Frontstellung zwischen »antidemokratischen« und »demokratischen« »Gelehrtenpolitikern« als bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung weiterwirkende Fortsetzung der – von Schwabe analysierten und von Böhme dokumentierten – Flügelbildung zwischen »Annexionisten« und »Gemäßigten« während des Ersten Weltkrieges. Detailliert berichtet er von der ersten informellen Zusammenfassung der »verfassungstreuen« Hochschullehrer in der »Erklärung verfassungstreuer Hochschullehrer« nach dem Kapp-Putsch 1920 bis zum regelmäßigen Spaziergang der republik-

freundlichen Berliner Professoren um Meinecke. Erst in der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik ab 1924 verwirklichten sich jedoch diese Ansätze in Organisationen: 1925/26 wurde die »Vereinigung freiheitlicher Akademiker« ins Leben gerufen, welche programmatisch der DDP nahestand und eine vereinsmäßige Zusammenarbeit von republikanisch gesinnten Akademikern und Studenten erstrebte. Der ebenfalls 1926 gegründete »Weimarer Kreis« beschränkte sich auf Professoren, verzichtete auf eine feste Organisationsstruktur, verfolgte aber nach Döring das gleiche politische Ziel wie die »Vereinigung«, jedoch mit unterschiedlicher Taktik: Die Gründungsväter des »Kreises« (allen voran Meinecke) habe das Ziel geleitet, aus Angst vor einer Minoritätsposition (kein »republikanischer Hochschullehrerbund«!) »die Kollegenschaft in nationaler Harmonie wie in der Vorkriegszeit zu vereinigen« (S. 82). Geplant war eine Art Weimarer »Große Koalition«, die von der SPD (Radbruch!) bis zur DVP reichte.

Freilich war der »Kreis« in Wirklichkeit nicht um eine Öffnung nach links bemüht; Döring konstatiert vielmehr, daß von seiner Zusammensetzung und seinen Aktivitäten her deutlich sei, »daß den Wortführern des Weimarer Kreises die Gewinnung der Kollegen auf der Rechten« wichtiger erschien als die wirksame Organisation einer republikanischen Minderheitsgruppe (S. 89 f.). Denn – so ein Mitglied des »Kreises« – die »Absonderung zu republikanischen Bünden [störe] die Bildung eines einheitlichen Staatsbewußtseins« (S. 90).

Daraus freilich folgte dann auch, daß das Bekenntnis des »Kreises« zur Republik nur »inhaltlich entleert« (S. 100) sein konnte: »Die Programmatik der Weimarer Vereinigung wurde bewußt inhaltsarm gehalten, damit auch rechtsstehende Kollegen keinen Anstoß zu nehmen brauchten. Als überbrückende Formel war der Begriff der ›Verfassungstreue‹ hervorragend geeignet« (S. 90). Denn mit diesem Begriff konnte ein formales Bekenntnis zur Demokratie ausgesprochen werden, das sich teilweise gar nicht als Bekenntnis zur demokratischen Staats*form* verstand, sondern als bloße Staatsbejahung und Staatsgesinnung, und mit diesem »nach ›rechts‹ gerichteten Überbrückungsrezept« (S. 96) gerade einer Politisierung der Hochschule entgegenarbeitete. Deshalb war nach Meinecke das Ziel des Kreises auch die »Entpolitisierung« des akademischen Lebens, um auf diese Weise die Position der »Mitte« entgegen der »Deutschnationalen Hochschullehrervereinigung« wie den pazifistisch-sozialistischen Professoren behaupten zu können.

Dieser entpolitisierte nationalliberale Standpunkt einer undogmatischen Staatsgesinnung mochte in der Ära Stresemann zeitgemäß sein, als der »Weimarer Kreis« mit seinen Tagungen von 1926 und 1927 auf dem Höhepunkt stand. In den folgenden Jahren der neu entfachten politischen Auseinandersetzungen war die Folge dieser Haltung jedoch nicht eine verstärkte Initiative zugunsten der gefährdeten Demokratie, sondern »weise« Zurückhaltung: »Indem sich der Weimarer Kreis mit seiner auf Versöhnung und Herunterspielen der Gegensätze gestimmten Haltung derart stark von der Stabilisierung der innerpolitischen Situation abhängig machte, mußte er mit seinem Konzept in Schwierigkeiten geraten, sobald die Republik, die er stützen wollte, selbst in eine neue Krise geriet« (S. 101). Ein Versuch von Anschütz und Radbruch im Jahre 1930, aus der vorsichtigen politischen Zurückhaltung auszubrechen, um der vom Nationalsozialismus radikalisierten Studentenschaft durch ein deutliches Verfassungsbekenntnis entgegenzutreten, fand nicht die Zustimmung des »Kreises«: »Die Berliner Gründer des Weimarer Kreises waren also zu dieser Zeit nicht bereit, von ihrem Konzept einer Überbrückung der Gegensätze in ›entpolitisierter‹ nationaler Harmonie abzugehen und nahmen die aus diesem Leitbild resultierende politische Wirkungslosigkeit der republikfreundlichen Minderheit bewußt in Kauf [. . .]. Das Integrationskonzept der Verfassungstreue, das einen nur formalen, inhaltlich variablen Konsens mit der bestehenden Staatsneuordnung gewährleisten sollte, war wirkungslos geworden« (S. 103 f.). Kein Wunder, daß deshalb ein wirksamer kollek-

tiver Kampf der demokratischen Minderheit der Weimarer Hochschullehrer gegen den Nationalsozialismus in Hochschule und Staat schon an den Meinungsverschiedenheiten innerhalb des »Kreises« scheiterte.

Aber auch nach außen hin blieben die Aktivitäten der »demokratischen« Professoren wirkungslos. Bereits an den Universitäten stießen sie bei den jüngeren, vom Fronterlebnis geprägten Hochschullehrern auf keine Resonanz: »Es mutet paradox an, ist aber als Tatsache festzuhalten, daß die Sechzig- bis Achtzigjährigen, deren politisches Bewußtsein noch im Kaiserreich geprägt worden war, stärker als ihre jüngeren Kollegen zur Anerkennung der Weimarer Neuordnung bereit waren« (S. 139). Auch zur akademischen Jugend blieben diese im Standesgetto verhafteten Professoren ohne Kontakt – im Gegensatz zur Verbindung der »Vereinigung freiheitlicher Akademiker« mit republikanischen Studentengruppen. Von der gewollten Distanz zu den pazifistischen und sozialistischen Kollegen war bereits die Rede. Ebenso auffällig war die Abkapselung von allen anderen akademischen Berufsgruppen (etwa den Studienräten). Ebensowenig wurde die soziale Distanz zum sonstigen Besitz- und Bildungsbürgertum (Beamte, Abgeordnete, Industrielle, Bankiers, Freiberufliche) zu gemeinsamer Aktion hin überbrückt.

Wie stellte sich der »Weimarer Kreis« zur organisierten Arbeiterbewegung? Ihm ging es in Fortsetzung der Bestrebungen der Wilhelminischen »Kathedersozialisten« um »die politische Integration des Proletariats durch die besitzenden und gebildeten Klassen« im Staat (S. 183). Diese Vorstellung einer Überwindung des Klassenkampfes und der gefährlich drohenden Herrschaft der »Massen« verband sich mit liberalen Elitevorstellungen zu der Hoffnung, die Weimarer Demokratie werde sich unter die Führung einer »Geistesaristokratie« stellen lassen – eine typisch bildungsbürgerliche Führungsvorstellung, welche sich ebenso bei den bürgerlichen »sozialistischen Studentengruppen« sowie linksbürgerlichen Jugendbewegten und »intellektuellen Linksradikalen« der Weimarer Zeit deutlich zeigt[1].

Dahinter, so deutet es Döring mit Recht, stand die Angst des traditionellen Bildungsbürgertums vor einer sozialen wie kulturellen Nivellierung und einer wirtschaftlichen Bedrohung durch das aufsteigende Proletariat – ein typisch mittelständisches Syndrom. Diese durch eine Abwehrhaltung des Bildungsbürgertums gegen revolutionäre Demokratisierungstendenzen motivierten Elitevorstellungen sieht Döring mit Kurt Klotzbach (Das Eliteproblem im politischen Liberalismus, Köln/Opladen 1966) als über Deutschland hinausgreifendes Kennzeichen der Krise des Liberalismus in den west- und mitteleuropäischen Industriestaaten (S. 189). Freilich meint er, »das hartnäckige Festhalten am Führungs- und Erziehungsanspruch nicht nur gegenüber der Arbeiterbewegung, sondern auch gegenüber der Gesamtnation« lasse sich auch aus den spezifisch deutschen Voraussetzungen eines »idealistischen Politikverständnisses« erklären (S. 190–192). Dies gelte nicht nur für die ideengeschichtliche Kontinuität der »idealistischen Macht-Kultur-Synthese« (S. 192); der professorale Drang zur Entpolitisierung der Hochschule und der Anspruch »zur überparteilich-idealistischen Führung der Nation« hingen vielmehr auch (warum eigentlich »paradoxerweise«, wie Döring schreibt?) mit dem »Krisenbewußtsein« und der »Statusfurcht« jener Mitglieder der akademischen Welt zusammen (S. 199 ff.).

Allerdings sagt Döring, daß »von einer unvermittelten, direkten Beziehung zwischen sozialökonomischer Position und politischem Bewußtsein der Hochschullehrer« nicht die Rede sein könne (S. 202), womit er die jüngst von Klaus Vondung konstatierte Schwierig-

1 *Ulrich Linse*, Hochschulrevolution. Zur Ideologie und Praxis sozialistischer Studentengruppen während der deutschen Revolutionszeit 1918/19, in: AfS XIV, 1974, S. 1–114; *ders.*, Die Kommune der deutschen Jugendbewegung. Die Überwindung des Klassenkampfes aus dem Geiste der bürgerlichen Utopie, München 1973; *Hans-Harald Müller*, Intellektueller Linksradikalismus in der Weimarer Republik, Kronberg/Ts. 1977.

keit einer sozialen Ideengeschichte des Bildungsbürgertums[2] bestätigt. Dafür kommt, so Dörings richtige Schlußfolgerung, dem Konflikt zwischen der Bildungselite, welche der traditionelle Lieferant von gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen war, und den mit ihr konkurrierenden neuen politischen Sinnstiftern, den Interessenverbänden und den Massenparteien, ein um so größeres Gewicht zu (S. 202). Aus diesem Grunde konnten auch die repräsentativen Figuren des »Weimarer Kreises« lediglich Sympathien zur DDP entwickeln; denn »sie hielten diese Partei für eine seltene Ausnahme unter den modernen Massenparteien, und sie sahen ein verwandtes politisch-ethisches Rollenverständnis wie bei sich selbst in ihr verkörpert« (S. 204). Döring zeigt in Anwendung von Wolfgang J. Mommsens Überlegungen (Max Weber und die deutsche Politik, Tübingen 1959, ²1974) einleuchtend, wie diese Angst vor der industriellen Massengesellschaft und ihren Organisationsformen durch die Idee der plebiszitären Führerdemokratie aufgewogen wurde.
Döring verweist auf einen höchst interessanten Sachverhalt: Folgende zwei Dokumente fanden zwischen 1914 und 1933 die höchste Unterzeichnerzahl unter den deutschen Hochschullehrern: Die »Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches« (vom 16. 10. 1914) wurde von drei Vierteln, das Dokument mit der zweithöchsten Unterzeichnerzahl, das »Bekenntnis der Professoren an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staat« (von 1933) von einem Achtel der deutschen Hochschullehrer (Ordinarien und Nichtordinarien) unterschrieben. Eine Schlußfolgerung – Döring zieht sie nicht – ergibt sich daraus für eine Analyse des deutschen akademischen Bildungsbürgertums: Mit dem Ersten Weltkrieg schien die Chance gekommen, den vom Prozeß der Industrialisierung und Technisierung bedrohten Führungsanspruch dieser Gruppe dadurch neu zu legitimieren und ihm gesamtgesellschaftliche Resonanz zu verschaffen, daß der Sieg der deutschen Waffen auch als Sieg der deutschen Wissenschaft gedeutet und gleichzeitig in einem der letzten großen bildungsbürgerlichen Ordnungsentwürfe der Weltkrieg zur deutschen Apokalypse überhöht wurde[3]. Der hier sichtbar werdende geistige, aber auch soziale und politische Sendungsanspruch der deutschen Gebildeten brach jedoch nach 1918 nicht zusammen, sondern fand zwei Wege der Artikulation: entweder als Nein zur Demokratie oder als Ja zur Führerdemokratie. Hitler, der »Führer«, schien schließlich als das letzte Bollwerk gegenüber den nivellierenden Tendenzen des Massenzeitalters und als ein Ausweg, den eigenen Sendungsanspruch wenigstens in der Projektion weiterträumen zu können. Die tatsächliche Voraussetzung zur Realisierung des bürgerlichen Führungsanspruches, die bürgerliche Revolution, war jedoch in Deutschland ausgeblieben und konnte im 20. Jahrhundert, dem Zeitalter der Massenbewegungen, nicht mehr nachgeholt werden. Die mittelständische Angst vor der organisierten Arbeiterklasse schlug in den Wunsch nach dem Geführt-Werden um. Gustav Radbruch, der sozialdemokratische Außenseiter des »Weimarer Kreises«, formulierte den Tatbestand bereits auf der ersten Tagung des »Kreises« 1926: Die deutschen Professoren seien immer mit den »Gesten der Führerschaft« aufgetreten, in Wirklichkeit aber »vielfach Geführte, wo nicht Angeführte des Zeitgeistes gewesen« (S. 197).
Dörings Studie illustriert so in hervorragender Weise die im deutschen Bildungsbürgertum des Zweiten Kaiserreiches und der Ersten Republik vorherrschende Ideologie einer Überwindung des Klassenkampfes aus dem Geiste der bürgerlichen Utopie (»Einheit und Gemeinsamkeit«).
Die »strikte Distanz von Wissenschaft und Tagespolitik« war nach Döring das vorherrschende Verständnis der elitären politischen Führungsrolle der Mitglieder des »Weimarer Kreises« (Döring S. 195). Die Selbstinterpretation als »verfassungstreue« und »demokra-

2 Einleitung von *Klaus Vondung* zu: *ders.*, Das wilhelminische Bildungsbürgertum. Zur Sozialgeschichte seiner Ideen, Göttingen 1976.
3 *Ders.*, Deutsche Apokalypse 1914, ebda., S. 153–171, 198–200.

tische« Hochschullehrer bedeutete also nicht die Abstinenz von politischen Äußerungen – ganz im Gegenteil –, aber diese Rolle beruhte auf der Distanz von jeder offenen Interessen-, Tages- und Parteipolitik und damit vom Alltag des demokratischen Prozesses überhaupt. Welch ein erfrischender Gegensatz, wenn *Hans Bohrmann* seine publizistikwissenschaftliche Arbeit mit den Sätzen beginnt: »Hochschulen dürfen in einer demokratischen Gesellschaft keine aristokratischen Enklaven sein, in der Wissenschaft als Forschung, Lehre und Studium in ›Einsamkeit und Freiheit‹ (Schelsky) betrieben wird. Darin steckt die These, daß Demokratie nicht nur bei der staatlichen Organisation, sondern auch in den Teilbereichen der Gesellschaft Teilhabe beinhaltet« (S. 11). Damit tritt die Sphäre der »Öffentlichkeit« ins Blickfeld, und die von Bohrmann untersuchten Studentenzeitschriften werden zu Kommunikationsmitteln der Studentenschaft untereinander wie mit der weiteren politischen Öffentlichkeit. Der Verfasser will diese sich wandelnden Kommunikationsstrukturen vom Ursprung der deutschen Studentenzeitschriften in einer sich erst bildenden bürgerlichen Öffentlichkeit bis zur Studentenrevolte der 60er Jahre untersuchen.

Allerdings vermag Bohrmann die beim Sozialgeschichtler durch diesen Ansatz geweckten Erwartungen nicht zu erfüllen. Der Strukturwandel der studentischen Öffentlichkeit ab 1800 wird hinter den vielen vorgebrachten Details und Statistiken nicht sichtbar, eine neue oder ergänzende Sichtweise der Geschichte der deutschen Hochschule und Studentenschaft im 19./20. Jahrhundert aus dem Blickwinkel der Studentenpresse nicht geboten. Einzelne Kapitel sind dagegen für den Historiker von Interesse, so der Abschnitt über die politische Steuerung der Studentenpresse in Hitler-Deutschland. Als durchgängiges und pressegeschichtlich beleuchtetes Thema der Arbeit erscheint die Geschichte des Korporationswesens von seinen Anfängen über die nationalsozialistische Entscheidung gegen die Korporationsverbände bis zu ihrem schließlichen Wiederaufleben im Nachkriegs-Westdeutschland (»Restaurations-Periode«); bei diesem Gegenstand wird auch das emotionale Engagement des Verfassers spürbar:

»Der gesellschaftliche Regressionsprozeß [nach 1945] ist deutlich an der Entwicklung der Studentenzeitschriften ablesbar. Zu den Publikationen der Hochschulen und der studentischen Selbstverwaltung sowie der freien Studentengruppen treten seit 1950 die Blätter der Korporationen, die an die Tradition ihrer Presse vor dem Zweiten Weltkrieg anknüpfen. Sie bilden einen geschlossenen Block, dem bei knapp einem Drittel der insgesamt erscheinenden Titel gut 33 % der Gesamtauflage zufallen [...]. Demgegenüber behaupten die Zeitschriften der studentischen Selbstverwaltung mit einem Anteil von gut einem Drittel der insgesamt erscheinenden Titel nur ein knappes Drittel der Gesamtauflage [...]. Die hohe Mitgliederzahl der Korporationsverbände (Aktive und Altakademiker) bedingt die hohen Auflagen; die dagegen geringen Auflagezahlen der Zeitschriften der studentischen Selbstverwaltung bleiben erfahrungsgemäß unter der Anzahl der jeweils an einer Hochschule [...] immatrikulierten Studenten. Daneben steht eine Gruppe relativ heterogener publizistischer Erscheinungen, die unter der Bezeichnung ›Freie Studentenzeitschriften‹ zusammengefaßt werden können« (S. 130 f.).

Trotzdem gibt der Verfasser an, daß die Zeitschriften der Korporationen sowohl hinsichtlich der Zahl der Titel wie der Gesamtauflage im Vergleich zur Ersten Republik zurückgegangen seien. Lediglich der Anstieg der Studentenzahlen insgesamt habe einen absoluten Rückgang der Verbindungsangehörigen in der BRD verhindert – im Vergleich sei ihr relativer Anteil an der Gesamtstudentenschaft von zwei Dritteln in der Ersten Republik auf ein Drittel in der BRD gesunken. Ihre Zeitschriften fänden fast ausschließlich unter ihren Mitgliedern Verbreitung: »Während die Publikationen der AStA und vor allem die ›freien Studentenzeitschriften‹ in die Öffentlichkeit hineinwirken, wie es sich exemplarisch bei der Bewegung ›Kampf dem Atomtod‹ (1958/59) zeigte, als die Zeit-

schrift ›konkret‹ der Wortführer einer studentischen Opposition wurde, sind die Zeitschriften der Korporationen der Öffentlichkeit fast völlig unbekannt. Diese Reduktion auf das bloße Verbandsorgan bewirkt zweifellos eine beschränkte Verbreitung korporativer Gedanken und trägt zugleich zu einer gewissen Abkapselung gegenüber anderen geistigen Strömungen innerhalb der Studentenschaft bei« (S. 140). Der Verfasser sieht hier das Problem, daß die Korporationen auf Grund ihrer Randstellung in der öffentlichen Debatte gegenüber hochschulpolitischen Problemstellungen nicht offen und zur Kooperation mit anderen studentischen Vereinigungen nicht bereit waren.

Einen besonderen Aspekt der »Restaurationsperiode« zeigt der sehr interessante Abschnitt über Vertriebsverbote gegen studentische Presseorgane in den frühen 60er Jahren, welcher für Bohrmann nach Aussage der dem Buch vorangestellten ›Danksagung‹ den Ausgangspunkt für seine Untersuchung bot: »Die Restauration der Universitäten einschließlich der Studentenkorporationen und der Altherrenschaften war, wenn von der FU Berlin und einigen wenigen Großstadtuniversitäten abgesehen wird, auf den Konsens mit der Mehrheit der Studenten gebaut« (S. 152). Dieser Konsens wurde erst mit dem Wiederaufleben neonazistischer Strömungen (»Bund nationaler Studenten«) und der radikalsozialistischen Bewegung ›Kampf dem Atomtod‹ und ihren universitären Organen erschüttert und mündete direkt in den Streit um das Vertriebsverbot von Studentenzeitschriften (gemeint war insbesondere ›konkret‹) auf Universitätsgelände (Hausrecht!) als Unterlaufen der grundgesetzlich garantierten Informationsfreiheit in den Jahren 1960/1961. Dazu kamen Strafanzeigen wegen Gotteslästerung. Bohrmann: »Die Konflikte um ›konkret‹ und um die Gotteslästerung zeigen äußerlich die Resonanz der Studentenpresse deutlich an, inhaltlich signalisieren sie das Ende des politischen Konsensus in der Bundesrepublik auf einem Nebenschauplatz. Schon in der Ära Adenauer werden [so] die gesellschaftlichen Positionen sichtbar, die später in der Großen Koalition (1966–1969) die Studentenrevolte trugen« (S. 160).

Bohrmanns Schlußkapitel beschäftigt sich mit dieser Studentenrevolte. Hier wird er am ehesten seiner selbstgestellten Aufgabe gerecht, Formen von »Öffentlichkeit« zu untersuchen. Er zeigt, wie die Studentenrevolte vergeblich Anschluß an SPD (1960 und 1973 trennte sich diese von ihren studentischen Nachwuchsorganisationen!) und Gewerkschaften suchte; doch »die Fremdheit der beiden Sphären konnte nicht überbrückt werden« (S. 172). So konstituierte sich die Studentenbewegung in der »politischen Isolation«, im »Ghetto« (S. 172), um von hier aus als APO auf die Öffentlichkeit einzuwirken und Gegen-Öffentlichkeit darzustellen. Waren vor der Studentenrevolte Studentenzeitschriften das wichtigste publizistische Kommunikationsmittel der Studentenschaft gewesen, so wurde diese jetzt durch die im Offset-Druck oder mit stark verbilligten Vervielfältigungstechniken hergestellten Flugblätter, Plakate und Wandzeitungen (neben allen Formen mündlicher Mitteilung und Beeinflussung) auf den zweiten Platz zurückgedrängt, schon weil die alten periodisch erscheinenden Organe für die neue Form studentischen Aktionismus ungeeignet waren. Dies wirkte sich auch auf den Kommunikationsstil gegenüber der weiteren Öffentlichkeit aus: »Weil ein Hauptinteresse an der Politisierung und Organisierung von studentischem Protest vorhanden war, wurde die Öffentlichkeit nur bei Demonstrationen oder bei planmäßig ausgedehnten Aktivitäten Ziel publizistischer Strategien: Auch hier wurden neben der mündlichen Agitation vor allem Flugblätter und Broschüren verwendet« (S. 179 f.). Dabei zeigten die neuen technischen Möglichkeiten auch neue Wege des Kontakts zur Bevölkerung: So die 1968 täglich an den Berliner Kiosken verteilten Analysen von Bild-Zeitungs-Artikeln in Flugblattform. Die »konsequente soziale Verbreiterung« als »wirksames Vehikel für die Herstellung anderer Öffentlichkeit« (S. 173) scheiterte jedoch. Die bürgerliche Revolution fand auch im Gewande des Neomarxismus nicht statt – der alte bildungsbürgerliche Führungsanspruch versackte in

einer bloßen Studentenrevolte. Diese freilich stand mit ihrer Forderung nach partizipatorischer Demokratie, mit ihren neuen Demonstrations- und Aktionsformen und auch mit ihren neuen publizistischen Möglichkeiten ganz auf dem Boden der modernen Massendemokratie und mußte deshalb gerade bei denjenigen Hochschullehrern, welche das »Demokratie«-Verständnis des »Weimarer Kreises« tradierten, auf Unverständnis und Ablehnung stoßen. Über diese größeren Zusammenhänge hätte man bei Bohrmann gerne mehr erfahren.

Dafür eignet sich das Buch in ausgezeichneter Weise als Nachschlagewerk, und darin wird man auch seinen bleibenden Wert suchen dürfen: Der Verfasser legt eine umfangreiche Bibliographie zur deutschen Studentengeschichte (53 S.) einschließlich einer »Vorbemerkung zur Quellenlage und bibliographischen Erschließung für studentengeschichtliche Untersuchungen« vor, dann eine Vollständigkeit erstrebende Bibliographie über die deutsche Studentenpresse (22 S.) und schließlich eine Bibliographie der deutschen Studentenzeitschriften in den Westzonen und in der BRD seit 1945 (32 S.), welche die bisherigen Bibliographien der deutschen Studentenzeitschriften (Ewald Horn und Hardy E. Zimmermann) zur Gegenwart hin ergänzt und neben den üblichen Angaben auch Hinweise auf Auflagenhöhen enthält (leider keine Standortangaben). Ulrich Linse

Robert Thévoz/Hans Branig/Cécile Lowenthal-Hensel, Die Geheime Staatspolizei in den preußischen Ostprovinzen 1934–1936: Pommern 1934/35 im Spiegel von Gestapo-Lageberichten und Sachakten, Bd. 1: Darstellung, Bd. 2: Quellen (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Bd. 11 und 12), Grote'sche Verlagsbuchhandlung, Köln/Berlin 1974, 336 und 441 S., Ln., zus. 98 DM.

Im Zentrum dieser Dokumentation, der ersten aus einer umfassender geplanten Serie, die sich der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in den preußischen Ostprovinzen widmen will, steht eine Auswahl von monatlichen Lageberichten, die die Staatspolizeistellen in Stettin und Köslin, der Stettiner Regierungspräsident, Graf Bismarck-Schönhausen, sowie der Oberpräsident und Gauleiter Schwede-Coburg weisungsgemäß ihren Dienstaufsichtsbehörden in Berlin, dem Gestapa bzw. dem Innenministerium, abgestattet haben. Um diesen Quellenkern gruppiert sich ein quantitativ in etwa gleich starker Fundus an Sachakten, die institutionelle Aspekte berühren, Veränderungen im Berichtwesen seit der »Machtergreifung« verzeichnen und die wichtigsten der von den Berichterstattern mitgeteilten Vorgänge noch einmal aufgreifen, durch Hintergrundinformationen anreichern und dadurch in ein schärferes Licht tauchen. Dazu wird in einem gesonderten Band der Versuch einer Auswertung vorgenommen, der freilich einer gründlichen regionalgeschichtlichen Analyse, an der es gerade für das ostelbische Deutschland vielfach mangelt, noch genügend Raum läßt. In die Darstellung sind immer wieder Zitate aus Materialien unterschiedlichster Provenienz eingeflochten, besonders ausführlich aus Erinnerungen und nach 1945 eingeholten Zeugenaussagen, aber auch aus Dissertationen und der zeitgenössischen Publizistik, letztere überwiegend in den Abschnitten zur ökonomischen Entwicklung der Provinz, wo sie eigene Erläuterungen der Bearbeiter fast völlig ersetzen. Dieses Verfahren, so sehr es die Anschaulichkeit erhöhen mag, ist nicht ganz unproblematisch, vor allem dann, wenn es sich mit nur punktuellen, unzulänglich miteinander verknüpften Eindrücken begnügt, so in der Skizze zur Situation der ländlichen Arbeiterschaft (Bd. 1, S. 216 ff.), die aus drei nur bedingt vergleichbaren Texten besteht, von denen der eine, ein Artikel aus dem »Wochenblatt der Landesbauernschaft«, überdies in recht krasser Form den Standpunkt der Agrarunternehmer referiert und – gestützt auf dubiose, im einzelnen nicht nachprüfbare Lohnberechnungen – die

einer bloßen Studentenrevolte. Diese freilich stand mit ihrer Forderung nach partizipatorischer Demokratie, mit ihren neuen Demonstrations- und Aktionsformen und auch mit ihren neuen publizistischen Möglichkeiten ganz auf dem Boden der modernen Massendemokratie und mußte deshalb gerade bei denjenigen Hochschullehrern, welche das »Demokratie«-Verständnis des »Weimarer Kreises« tradierten, auf Unverständnis und Ablehnung stoßen. Über diese größeren Zusammenhänge hätte man bei Bohrmann gerne mehr erfahren.

Dafür eignet sich das Buch in ausgezeichneter Weise als Nachschlagewerk, und darin wird man auch seinen bleibenden Wert suchen dürfen: Der Verfasser legt eine umfangreiche Bibliographie zur deutschen Studentengeschichte (53 S.) einschließlich einer »Vorbemerkung zur Quellenlage und bibliographischen Erschließung für studentengeschichtliche Untersuchungen« vor, dann eine Vollständigkeit erstrebende Bibliographie über die deutsche Studentenpresse (22 S.) und schließlich eine Bibliographie der deutschen Studentenzeitschriften in den Westzonen und in der BRD seit 1945 (32 S.), welche die bisherigen Bibliographien der deutschen Studentenzeitschriften (Ewald Horn und Hardy E. Zimmermann) zur Gegenwart hin ergänzt und neben den üblichen Angaben auch Hinweise auf Auflagenhöhen enthält (leider keine Standortangaben). Ulrich Linse

Robert Thévoz/Hans Branig/Cécile Lowenthal-Hensel, Die Geheime Staatspolizei in den preußischen Ostprovinzen 1934–1936: Pommern 1934/35 im Spiegel von Gestapo-Lageberichten und Sachakten, Bd. 1: Darstellung, Bd. 2: Quellen (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Bd. 11 und 12), Grote'sche Verlagsbuchhandlung, Köln/Berlin 1974, 336 und 441 S., Ln., zus. 98 DM.

Im Zentrum dieser Dokumentation, der ersten aus einer umfassender geplanten Serie, die sich der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in den preußischen Ostprovinzen widmen will, steht eine Auswahl von monatlichen Lageberichten, die die Staatspolizeistellen in Stettin und Köslin, der Stettiner Regierungspräsident, Graf Bismarck-Schönhausen, sowie der Oberpräsident und Gauleiter Schwede-Coburg weisungsgemäß ihren Dienstaufsichtsbehörden in Berlin, dem Gestapa bzw. dem Innenministerium, abgestattet haben. Um diesen Quellenkern gruppiert sich ein quantitativ in etwa gleich starker Fundus an Sachakten, die institutionelle Aspekte berühren, Veränderungen im Berichtwesen seit der »Machtergreifung« verzeichnen und die wichtigsten der von den Berichterstattern mitgeteilten Vorgänge noch einmal aufgreifen, durch Hintergrundinformationen anreichern und dadurch in ein schärferes Licht tauchen. Dazu wird in einem gesonderten Band der Versuch einer Auswertung vorgenommen, der freilich einer gründlichen regionalgeschichtlichen Analyse, an der es gerade für das ostelbische Deutschland vielfach mangelt, noch genügend Raum läßt. In die Darstellung sind immer wieder Zitate aus Materialien unterschiedlichster Provenienz eingeflochten, besonders ausführlich aus Erinnerungen und nach 1945 eingeholten Zeugenaussagen, aber auch aus Dissertationen und der zeitgenössischen Publizistik, letztere überwiegend in den Abschnitten zur ökonomischen Entwicklung der Provinz, wo sie eigene Erläuterungen der Bearbeiter fast völlig ersetzen. Dieses Verfahren, so sehr es die Anschaulichkeit erhöhen mag, ist nicht ganz unproblematisch, vor allem dann, wenn es sich mit nur punktuellen, unzulänglich miteinander verknüpften Eindrücken begnügt, so in der Skizze zur Situation der ländlichen Arbeiterschaft (Bd. 1, S. 216 ff.), die aus drei nur bedingt vergleichbaren Texten besteht, von denen der eine, ein Artikel aus dem »Wochenblatt der Landesbauernschaft«, überdies in recht krasser Form den Standpunkt der Agrarunternehmer referiert und – gestützt auf dubiose, im einzelnen nicht nachprüfbare Lohnberechnungen – die

Vorzüge der Land- gegenüber der Stadtarbeit preist. Eine intensivere Kommentierung wäre hier, aber nicht nur hier, durchaus am Platz gewesen.
Die abgedruckten Aktenstücke umgreifen im wesentlichen eine Zeitspanne von knapp anderthalb Jahren, setzen im Juli 1934 an einer entscheidenden Zäsur, der Entmachtung der SA, ein und enden etwas abrupt im Dezember 1935. Sie registrieren die Wellenbewegungen nach den blutigen Aktionen gegen Röhm und seine engeren Gesinnungsgenossen, beobachten die allmähliche Erholung des Wirtschaftslebens und vermitteln ein insgesamt eindrucksvolles Bild von der stufenweisen Konsolidierung des Regimes auf provinzialer Ebene, in deren Verlauf die schlimmsten Auswüchse jenes Prozesses der »Mobilmachung der Gewalt« (Sauer) aus den Monaten der ›nationalen Revolution‹ gekappt wurden und der unberechenbare, ›individuelle‹ Terror von SA- und SS-Formationen in bürokratisierte, vermutlich auch für das Rechtsempfinden der Öffentlichkeit erträglichere Kanäle umgelenkt wurde. In Pommern fand dies seinen Ausdruck in einem umfänglichen Revirement in den Hierarchien der Partei und den ihr angeschlossenen Gliederungen, der an prominentester Stelle der Gauleiter Karpenstein zum Opfer fiel, ferner in der Auflösung des ›wilden‹, von Angehörigen der SS auf dem Gelände der stillgelegten Vulkan-Werft in Stettin eingerichteten Schutzhaftlagers Bredow und der gerichtlichen Ahndung der dort an den willkürlich eingewiesenen Insassen verübten Exzesse. Denunziantentum, politische Drangsalierung und rassische Diskriminierung blieben gleichwohl an der Tagesordnung, nun jedoch weniger eruptiv ›von unten‹ aufbrechend als ›von oben‹ manipuliert und im Sinne akklamativer Legitimation planvoll genutzt. Überwachung und Verfolgung richteten sich nicht nur gegen Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern auch – wenngleich in abgeschwächter Form – gegen konservative Mit- und Gegenspieler, namentlich in der protestantischen Kirche und im Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpfer-Bund (Stahlhelm), dessen Anspruch auf soziale Exklusivität in den Berichten mehrfach scharf gerügt wird.
Pommern mit Walter Görlitz als einen »Hort reaktionärer Verschwörung«, als eine »deutsche Vendée« zu beschreiben (zit. Bd. 1, S. 73), wäre, wie die Herausgeber zu Recht relativieren, sicherlich verfehlt. Das Mißtrauen aber, mit dem die NSDAP vielen der profilierteren Repräsentanten des grundsässigen Adels begegnete, verdient größte Beachtung, und es wäre ohne Zweifel eine lohnende Aufgabe, dem Umfang und den konkreten Dimensionen des Machtverlustes nachzuspüren, den die traditionellen Eliten in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung der Provinz hatten hinnehmen müssen. Die hier angezeigte Quellensammlung, der sich hoffentlich bald die angekündigten Folgebände hinzugesellen, hätte ihren Zweck erfüllt, wenn sie Anstöße zu solchen und anderen weiterführenden Untersuchungen liefern würde.

Jens Flemming

Gerhard Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938–1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik (= Veröffentlichungen des Historischen Institutes der Universität Salzburg XIII), Geyer Edition, Wien/Salzburg 1975, IV, 200 S., kart., 36 DM.

Gerhard Botz, Assistent an der Universität Linz, hat in den letzten Jahren mehrere wissenschaftliche Publikationen über die Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus verfaßt. Die vorliegende Studie behandelt ein nicht unwesentliches Moment der grausamen Judenverfolgungen in Wien.
Die tristen Wohnverhältnisse der Mehrzahl der Wiener – Überbelegung kleiner Wohnungen, Mangel an sanitären Einrichtungen, Untermietprobleme usw. – waren eine Folge des raschen Wachtums der Stadt am Ende des vergangenen Jahrhunderts. Spekulation

Vorzüge der Land- gegenüber der Stadtarbeit preist. Eine intensivere Kommentierung wäre hier, aber nicht nur hier, durchaus am Platz gewesen.
Die abgedruckten Aktenstücke umgreifen im wesentlichen eine Zeitspanne von knapp anderthalb Jahren, setzen im Juli 1934 an einer entscheidenden Zäsur, der Entmachtung der SA, ein und enden etwas abrupt im Dezember 1935. Sie registrieren die Wellenbewegungen nach den blutigen Aktionen gegen Röhm und seine engeren Gesinnungsgenossen, beobachten die allmähliche Erholung des Wirtschaftslebens und vermitteln ein insgesamt eindrucksvolles Bild von der stufenweisen Konsolidierung des Regimes auf provinzialer Ebene, in deren Verlauf die schlimmsten Auswüchse jenes Prozesses der »Mobilmachung der Gewalt« (Sauer) aus den Monaten der ›nationalen Revolution‹ gekappt wurden und der unberechenbare, ›individuelle‹ Terror von SA- und SS-Formationen in bürokratisierte, vermutlich auch für das Rechtsempfinden der Öffentlichkeit erträglichere Kanäle umgelenkt wurde. In Pommern fand dies seinen Ausdruck in einem umfänglichen Revirement in den Hierarchien der Partei und den ihr angeschlossenen Gliederungen, der an prominentester Stelle der Gauleiter Karpenstein zum Opfer fiel, ferner in der Auflösung des ›wilden‹, von Angehörigen der SS auf dem Gelände der stillgelegten Vulkan-Werft in Stettin eingerichteten Schutzhaftlagers Bredow und der gerichtlichen Ahndung der dort an den willkürlich eingewiesenen Insassen verübten Exzesse. Denunziantentum, politische Drangsalierung und rassische Diskriminierung blieben gleichwohl an der Tagesordnung, nun jedoch weniger eruptiv ›von unten‹ aufbrechend als ›von oben‹ manipuliert und im Sinne akklamativer Legitimation planvoll genutzt. Überwachung und Verfolgung richteten sich nicht nur gegen Kommunisten und Sozialdemokraten, sondern auch – wenngleich in abgeschwächter Form – gegen konservative Mit- und Gegenspieler, namentlich in der protestantischen Kirche und im Nationalsozialistischen Deutschen Frontkämpfer-Bund (Stahlhelm), dessen Anspruch auf soziale Exklusivität in den Berichten mehrfach scharf gerügt wird.
Pommern mit Walter Görlitz als einen »Hort reaktionärer Verschwörung«, als eine »deutsche Vendée« zu beschreiben (zit. Bd. 1, S. 73), wäre, wie die Herausgeber zu Recht relativieren, sicherlich verfehlt. Das Mißtrauen aber, mit dem die NSDAP vielen der profilierteren Repräsentanten des grundsässigen Adels begegnete, verdient größte Beachtung, und es wäre ohne Zweifel eine lohnende Aufgabe, dem Umfang und den konkreten Dimensionen des Machtverlustes nachzuspüren, den die traditionellen Eliten in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung der Provinz hatten hinnehmen müssen. Die hier angezeigte Quellensammlung, der sich hoffentlich bald die angekündigten Folgebände hinzugesellen, hätte ihren Zweck erfüllt, wenn sie Anstöße zu solchen und anderen weiterführenden Untersuchungen liefern würde.

Jens Flemming

Gerhard Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938–1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik (= Veröffentlichungen des Historischen Institutes der Universität Salzburg XIII), Geyer Edition, Wien/Salzburg 1975, IV, 200 S., kart., 36 DM.

Gerhard Botz, Assistent an der Universität Linz, hat in den letzten Jahren mehrere wissenschaftliche Publikationen über die Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus verfaßt. Die vorliegende Studie behandelt ein nicht unwesentliches Moment der grausamen Judenverfolgungen in Wien.
Die tristen Wohnverhältnisse der Mehrzahl der Wiener – Überbelegung kleiner Wohnungen, Mangel an sanitären Einrichtungen, Untermietprobleme usw. – waren eine Folge des raschen Wachtums der Stadt am Ende des vergangenen Jahrhunderts. Spekulation

und Profitsucht ließen tausende Mietkasernen entstehen, die, im Laufe der Jahre immer mehr vernachlässigt, zu Slums wurden.
Der soziale Wohnungsbau der ersten Republik zeigte zwar den möglichen Ausweg, aber die Zeit von ungefähr zehn Jahren war trotz großer Leistungen zu kurz. In den Jahren 1934–1938 wurde nur sehr wenig gebaut, und die Nationalsozialisten, die in ihrer grenzenlosen Demagogie auch eine rasche Lösung der Wohnungsnot versprochen hatten, sahen sich mit einer schwierigen Frage konfrontiert.
Die Verfolgung der Juden, Emigration, Verhaftungen, Verschickungen bis zur sogenannten Endlösung waren für die Machthaber ein willkommenes Mittel, zu »freien Wohnungen« zu kommen. G. Botz hat alle diesbezüglichen Akten des »Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs«, die Unterlagen im Magistrat der Stadt Wien, die vorhandenen Materialien einzelner maßgeblicher nationalsozialistischer Funktionäre wie Globocnik, Scharitzer, Tavs u. a. für diese Arbeit verwertet.
Es ist Botz gelungen, eine fast lückenlose Dokumentation der Wohnungsproblematik zu erstellen. Bis Dezember 1938 hatten schon 44 000 »Judenwohnungen« in Wien ihre Besitzer gewechselt. Im Jahre 1939 wurden »offiziell« vom Wohnungsamt der Stadt Wien ungefähr 8000 jüdische Wohnungen »arisiert«, während die »wilden Arisierungen« auf fast 50 000 geschätzt werden. Obwohl eine verhältnismäßig große Zahl von Wiener Familien an der brutalen Vertreibung der Juden aus ihren Wohnungen sowie an der widerrechtlichen Inbesitznahme von Möbeln und Hausrat beteiligt war, konnte auch damit das Wohnungsproblem nicht gelöst werden.
Im Anhang finden wir viele erstmals veröffentlichte Dokumente, die außerordentlich interessant sind. An die Kanzlei des Führers ergingen 1939 mehr als 700 Gesuche von Wienern, die hofften, auf diesem Weg zu einer Wohnung zu kommen. Der Bedarf wird mit 150 000 Wohnungen geschätzt! Gauleiter Bürkel plante den Bau von 9000 Wohnungen – aber auch dazu kam es nicht. Bürkel schlug dem Führer daher schon im Juli 1939 die komplette Aussiedlung der Wiener Juden in »eine Barackenstadt« vor, »indem die entsprechenden Wohnungseinheiten durch Auszug der jüdischen Familien für die Volksgenossen in der Stadt frei werden«. Im Oktober 1939 legte die Hauptverwaltung Bauwesen der Stadtverwaltung einen Plan für die Errichtung eines jüdischen Barackenlagers bei Gänserndorf vor. Die Ausführung der Baracken wurde »möglichst einfach, doch solide« geplant, es wurde mit einer Benützungsdauer von »zehn Jahren« gerechnet. Für dreiköpfige Familien wurde mit 11 m², für vierköpfige mit 15 m² und für sechsköpfige mit 19 m² Wohnfläche gerechnet. Die Grunderwerbs-, Erschließungs- und Baukosten wurden mit 599 RM pro Kopf präliminiert. Es ist jedoch nicht zur Ausführung dieses Aussiedlungsplanes gekommen, da man später errechnete, daß die »Endlösung« doch billiger sei. Am 3. 12. 1940 wurde Gauleiter Schirach von der Reichskanzlei mitgeteilt, »daß die in dem Reichsgau Wien noch wohnhaften 60 000 Juden beschleunigt, also noch während des Krieges, wegen der in Wien herrschenden Wohnungsnot ins Generalgouvernement abgeschoben werden sollen«.
Es ging den Nazis aber nicht nur um die Vernichtung der Juden, wie der Brief von Reichsleiter Bormann an Schirach vom 2. 11. 1941 zeigt. »Zunächst seien baldigst in Verbindung mit Reichsführer SS Himmler alle Juden abzuschieben, anschließend alle Tschechen und sonstigen Fremdvölkischen, die eine einheitliche politische Ausrichtung und Meinungsbildung der Wiener Bevölkerung ungemein erschwerten.«
Das Buch gehört zu den interessantesten Werken zu dieser Thematik, die in den letzten Jahren erschienen sind.

Herbert Steiner

Helmut Stellrecht, Adolf Hitler – Heil und Unheil. Die verlorene Revolution, Grabert-Verlag, Tübingen 1974, 333 S., Ln., 26,80 DM.

Am Rande der kritischen zeitgeschichtlichen Literatur zum Nationalsozialismus, die in den vergangenen Jahren – auch international – einen erstaunlichen Umfang angenommen hat, haben sich nicht nur populäre und marktorientierte, sondern auch obskure und gefährliche Schriften angesiedelt, die bei uns zwar nicht ernstgenommen, in der DDR jedoch um so aufmerksamer registriert werden (dazu M. Weißbecker, Entteufelung der braunen Barbarei, Berlin-DDR 1975). Diese Schriften erscheinen in bestimmten Verlagen, zu denen u. a. Schönborn, Orion-Heimreiter und Grabert in Tübingen gehören. (Der ehemalige nationalsozialistische Dozent Grabert verwaltet auch das nur begrenzt zugängliche »Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte«.) Da die extrem rechts orientierten Publikationen nach dem Bericht des Verfassungsschutzes 1975 den bisherigen Höchststand erreicht haben, erscheint es geboten, keine Zurückhaltung gegenüber unseriösen Veröffentlichungen zum Nationalsozialismus zu üben und an einem signifikanten Beispiel die akute Gefährdung zu verdeutlichen.

Der Verfasser stellt sich nicht vor, läßt aber gelegentlich durchblicken, daß er sich um den Aufbau des nationalsozialistischen Arbeitsdienstes und um die Schulung der Hitler-Jugend verdient gemacht hat. Als HJ-Obergebietsführer hat er den Wehrsport organisiert und theoretisch begründet (H. Stellrecht, Soldatentum und Jugendertüchtigung, Berlin 1935). Seine Gedanken zur »Neuen Erziehung«, in hoher Druckauflage im damaligen »Reichsmusterbetrieb« Wilhelm Limpert erschienen, propagieren eine Ertüchtigung, die darauf abzielt, »einer Rasse ihre Höchstform zu geben, damit sie die großen, ihr von der Vorsehung gestellten Aufgaben erfüllen kann«. Weniger bekannt sind folgende Daten: Ab 1941 war Stellrecht Stabsleiter Alfred Rosenbergs und Leiter des Schulungsamtes im Rang eines SS-Brigadeführers. Während des Krieges organisierte er für die NSDAP »Gauschulungstage«, denen er bestimmte »Reichsthemen« zuordnete. Das Schulungsthema für 1943/44 lautete bezeichnenderweise: »Der Jude als Weltparasit« (R. Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner, Stuttgart 1970, S. 135). Im Mai 1945 wurde Stellrecht von der Regierung Dönitz dazu berufen, Denkschriften über die Zukunft Deutschlands zu verfassen. Welches sind nun die heutigen Grundgedanken dieses einstmals prominenten Nationalsozialisten?

Indem Stellrecht der gegenwärtigen Geschichtsschreibung, die er für tendenziös erklärt, sein angeblich authentisches Wissen konfrontiert, beschreibt er Hitler als den Exponenten einer deutschen Volksbewegung, die nach dem »Willen der Geschichte« (S. 8) die einstige Macht und Größe des Reiches wiederherzustellen gestrebt habe.

Geschichte ist für Stellrecht nicht das Ergebnis der Auseinandersetzung konkreter politischer Mächte, sondern ein von der »Vorsehung« gelenkter Prozeß. Diesem irrationalen Phantom entspricht der vage Begriff der »Zuständigkeit«: Nach dem geheimen göttlichen Telos sei ein starkes Reich der europäischen Mitte »das von der Geschichte her Zustehende« (S. 15). Auftrag dieses Reiches sei Schutz und Schirm des Abendlandes vor dem anbrandenden Bolschewismus. Nachdem der »Dolchstoß« in den Rücken der siegreichen Heere des 1. Weltkriegs diese Mission erschüttert habe, habe sich die größte deutsche Volksbewegung seit der Reformation erhoben, um nach dem aufgegebenen »Formgesetz« Deutschland völkisch-soldatisch zu prägen. Damit sei eines »der begabtesten Völker der Geschichte« (S. 11) zu seiner europäischen Sendung herangereift. Sein aktivster Stoßtrupp sei die NSDAP gewesen, die in der »unblutigsten und diszipliniertesten Revolution« aller Zeiten (S. 22) die drohende Überflutung durch den Kommunismus gebannt habe. Hitler hätte den göttlichen Auftrag auch erfüllt, wenn man ihm nicht den 2. Weltkrieg ›aufgezwungen‹ hätte, wenn er nicht an den ›eigentlichen‹ Kriegsverbrechern gescheitert wäre: am internationalen Judentum, an Churchill und Roosevelt. Stellrecht will den Ausgang

der Katastrophe nicht gelten lassen; er vertraut weiterhin auf eine mythische Finalität der Geschichte, die sich trotz aller Rückschläge in Jahrtausenden erfüllen werde.
Um die schwerste historische Belastung des Nationalsozialismus auszuräumen, befaßt Stellrecht sich ausführlich mit dem Antisemitismus. Er wirbt im Stil der Rechtfertigungsliteratur um Verständnis und wiederholt die bekannten Beschuldigungen, wie man sie bei Hitler und Rosenberg nachlesen kann: Der Jude gilt ihm immer noch als der Zerstörer der germanisch-deutschen Wertbegriffe, als steril-unproduktiver Parasit: »Er ist Raffer, nicht Schaffer« (S. 245). Als Urheber des Marxismus und Bolschewismus habe das internationale Judentum die Vernichtung des deutschen Volkes geplant. Dennoch habe es sich bei der Inbesitznahme seiner neuen Heimat den verhaßten völkisch-soldatischen Geist selbst zu eigen gemacht: »Das jüdische Volk in Palästina ist am Deutschen gesundet« (S. 255).
Sogar die untilgbare Mordschuld der systematischen Judenvernichtung weiß Stellrecht zu relativieren. Trotz aller Bagatellisierungsversuche kann er jedoch nicht leugnen, daß es außer den Konzentrationslagern, deren Einrichtung er verteidigt, auch Todeslager gegeben hat. Die Tötung von Millionen von Juden wird nicht gerechtfertigt, aber als notwendige »Kriegsmaßnahme« (S. 263) begründet. Stellrecht äußert sogar den Verdacht, daß »zwischen jüdischen Stellen und nationalsozialistischen Stellen von vornherein eine Absprache bestand, diese ganz fürchterlichen Aktionen zu veranstalten« (S. 273). Er vermutet sogar, daß Himmler jüdische Komplizen hatte, denen sein Selbstmord am 23. Mai 1945 sehr gelegen kam.
Hier muß der Rezensent das Referat unterbrechen, um die Frage aufzuwerfen, ob die Verbreitung solcher Druckerzeugnisse noch toleriert werden kann, ob damit nicht die gesetzlich fixierte Grenze der freien Meinungsäußerung überschritten worden ist.
Rekapitulieren wir nun die charakteristischen Züge von Stellrechts Hitler-Bild. Der Autor verbucht es als wesentlichen Vorzug, im Gegensatz zu den meisten Autoritäten der NS-Forschung von einer intimen persönlichen Kenntnis Hitlers auszugehen. Seit Beginn der zwanziger Jahre hat er Hitler »unzählige Male gesehen und gehört« (S. 9), zuletzt bei der täglichen Tischrunde im Führerhauptquartier und bei der Verteidigung Berlins. So meint er dazu befähigt und berufen zu sein, aus der Distanz von 30 Jahren ein authentisches Hitler-Bild zu zeichnen. Diese Meinung trügt. Jede Zeile des Buches läßt erkennen, daß es nicht aus kritischer Distanz, sondern aus dem Ethos ungebrochener Gefolgschaftstreue entstanden ist. Aus der Perspektive der Gläubigkeit ergibt sich ein mythisch gefärbtes Persönlichkeitsbild.
Nach Stellrecht verfügte Hitler über ein profundes, vielseitiges Wissen, über außerordentliche historische, militärische, technische, architektonische und biologische Kenntnisse. Er habe sich ein geschlossenes Weltbild geschaffen, das er schöpferisch auf die Massen zu übertragen verstanden habe. Als genialer Redner habe er sich zum Sprachrohr der gewaltigen völkischen Bewegung gemacht. Sein Ideal der rassischen Gesundheit und Kraft – so Stellrecht – verband sich mit einem ausgeprägten ästhetischen Bewußtsein und einem lebendigen religiösen Gefühl. Hitlers künstlerisches Ingenium habe Berlin und München ein neues Gesicht, seine politische und militärische Gestaltungskraft der deutschen Geschichte ein neues Profil gegeben. Die Machtergreifung war für den Autor ein elementares Ereignis, in dem sich Gott wieder seinem deutschen Volke zugewandt habe.
Stellrecht läßt es nicht dabei bewenden, Hitler als den Retter der Nation darzustellen; er feiert ihn als »Heilsträger, als Heiland und Erlöser« (S. 96). Er wagt es sogar, ihn als indogermanischen Heilsträger mit dem ›Semiten‹ Jesus Christus zu vergleichen, in ihm den »von der Vorsehung gesandten Heilsträger zur Wiederaufrichtung des Reiches« (S. 104) zu sehen, ihn einen »Gesandten Gottes« zu nennen, der Wunder über Wunder verrichtet habe.

Angesichts dieser wahnwitzigen Aussagen fahndet der Leser nach kritischen Vorbehalten und Einschränkungen; er findet jedoch nur Andeutungen pseudokritischer Art, die nicht an die Substanz gehen. Was hat der ehemalige Gefolgsmann an seinem »Gesandten Gottes« zu bemängeln? Er hält ihn für ein politisches Genie, vermißt jedoch die Fähigkeit zur praktischen Verwaltung der Macht, d. h. zur Kanzlerschaft. Ausschlaggebend für den Weg in die Katastrophe sei das Versagen der Paladine (Hierl, Röhm, Göring, Bormann) gewesen, das Hitler dazu genötigt habe, sich auf die Alleinherrschaft zurückzuziehen. Ein geradezu luziferischer Einfluß wird Goebbels zugeschrieben, der Hitler vor dem Volk zum göttlichen Idol stilisiert habe. (Diese These stellt den Leser vor die Frage, ob Stellrechts Buch nicht die gleiche Idolatrie intendiert.)
Die im Untertitel genannte Alternative von »Heil und Unheil« wird also auf simple Weise aufgelöst: Luzifer Goebbels wird schuldig gesprochen, Hitler zum »Führergott« verführt zu haben, der schließlich der Geschichte seinen Willen aufzuzwingen gesucht, tausend Jahre deutscher Geschichte aufs Spiel gesetzt und endlich die gottgewollte deutsche Revolution verfehlt habe. Trotzdem läßt der Autor Hitlers einmalige historische Größe unangetastet: »Adolf Hitler bleibt, auch wenn er tot ist« (S. 97).
Wir erfahren durch Stellrecht eigentlich nichts Neues – wohl aber werden wir darüber belehrt, daß die Langlebigkeit der nationalsozialistischen Ideologie nicht unterschätzt werden darf. Will man sich Max Picards Wort vom »Hitler in uns selbst« nicht anschließen, dann gilt doch die Abwandlung: »Hitler noch unter uns«. Hajo Bernett

Wolfgang Schieder (Hrsg.), Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich (= Historische Perspektiven, Bd. 3), Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1976, 212 S., kart., 24,80 DM.

Der Sammelband enthält die überarbeiteten Referate, die zu diesem Thema auf dem Historikertag 1974 in Braunschweig gehalten wurden. In seiner Einleitung umreißt *Schieder* zunächst den Stand der neueren Faschismusforschung und insbesondere der deutschen: Stagnation empirischer Untersuchungen, Vorherrschen von fast ausschließlich auf den deutschen Nationalsozialismus fixierten Faschismus-»Theorien«, Mangel an vergleichenden Forschungsprojekten, die mehr als »nur additiv zusammengefügt« sind. Demgegenüber sind die hier vorliegenden sechs Referate/Aufsätze so konzipiert, daß jeweils zwei von ihnen ein bestimmtes Thema für Italien und für Deutschland untersuchen. Gemeinsam ist ihnen ferner ein »empiristischer« Ausgangspunkt; doch fallen sie, was die Erschließung neuen oder (zumindest in Deutschland) wenig bekannten Materials angeht, recht unterschiedlich aus und – wie kaum anders zu erwarten – gleichfalls in ihrem methodischen Ansatz. Die zu vergleichenden Themen beziehen sich alle auf die beiden faschistischen Bewegungen selbst, d. h. auf den Gegenstandsbereich, »durch den Bewegungs- und Regimephase sowohl des italienischen Faschismus wie des Nationalsozialismus jeweils am deutlichsten miteinander verbunden sind« (S. 15). Unter der ersten Fragestellung (»die Sozialstruktur der beiden faschistischen Bewegungen bzw. Parteien«) untersuchen *Michael H. Kater* den »Sozialen Wandel in der NSDAP im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung« und der *Herausgeber* den »Strukturwandel der faschistischen Partei Italiens in der Phase der Herrschaftsstabilisierung«. Tatsächlich behandeln beide Aufsätze auch ausführlich die diesen Ereignissen vorausliegenden Jahre. Der Frage nach der »sozialen Außenbasis des Faschismus«, insbesondere nach dem Wählerverhalten, gehen *Heinrich August Winkler* für Deutschland (»Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP«) und *Jens Petersen* für Italien nach (»Wählerverhalten und soziale Basis des Faschismus in Italien zwischen 1919 und 1928«). Wie schon die Formulierung der beiden Titel erkennen läßt, steht bei Winkler das Problem

Angesichts dieser wahnwitzigen Aussagen fahndet der Leser nach kritischen Vorbehalten und Einschränkungen; er findet jedoch nur Andeutungen pseudokritischer Art, die nicht an die Substanz gehen. Was hat der ehemalige Gefolgsmann an seinem »Gesandten Gottes« zu bemängeln? Er hält ihn für ein politisches Genie, vermißt jedoch die Fähigkeit zur praktischen Verwaltung der Macht, d. h. zur Kanzlerschaft. Ausschlaggebend für den Weg in die Katastrophe sei das Versagen der Paladine (Hierl, Röhm, Göring, Bormann) gewesen, das Hitler dazu genötigt habe, sich auf die Alleinherrschaft zurückzuziehen. Ein geradezu luziferischer Einfluß wird Goebbels zugeschrieben, der Hitler vor dem Volk zum göttlichen Idol stilisiert habe. (Diese These stellt den Leser vor die Frage, ob Stellrechts Buch nicht die gleiche Idolatrie intendiert.)
Die im Untertitel genannte Alternative von »Heil und Unheil« wird also auf simple Weise aufgelöst: Luzifer Goebbels wird schuldig gesprochen, Hitler zum »Führergott« verführt zu haben, der schließlich der Geschichte seinen Willen aufzuzwingen gesucht, tausend Jahre deutscher Geschichte aufs Spiel gesetzt und endlich die gottgewollte deutsche Revolution verfehlt habe. Trotzdem läßt der Autor Hitlers einmalige historische Größe unangetastet: »Adolf Hitler bleibt, auch wenn er tot ist« (S. 97).
Wir erfahren durch Stellrecht eigentlich nichts Neues – wohl aber werden wir darüber belehrt, daß die Langlebigkeit der nationalsozialistischen Ideologie nicht unterschätzt werden darf. Will man sich Max Picards Wort vom »Hitler in uns selbst« nicht anschließen, dann gilt doch die Abwandlung: »Hitler noch unter uns«. Hajo Bernett

Wolfgang Schieder (Hrsg.), Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich (= Historische Perspektiven, Bd. 3), Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1976, 212 S., kart., 24,80 DM.

Der Sammelband enthält die überarbeiteten Referate, die zu diesem Thema auf dem Historikertag 1974 in Braunschweig gehalten wurden. In seiner Einleitung umreißt *Schieder* zunächst den Stand der neueren Faschismusforschung und insbesondere der deutschen: Stagnation empirischer Untersuchungen, Vorherrschen von fast ausschließlich auf den deutschen Nationalsozialismus fixierten Faschismus-»Theorien«, Mangel an vergleichenden Forschungsprojekten, die mehr als »nur additiv zusammengefügt« sind. Demgegenüber sind die hier vorliegenden sechs Referate/Aufsätze so konzipiert, daß jeweils zwei von ihnen ein bestimmtes Thema für Italien und für Deutschland untersuchen. Gemeinsam ist ihnen ferner ein »empiristischer« Ausgangspunkt; doch fallen sie, was die Erschließung neuen oder (zumindest in Deutschland) wenig bekannten Materials angeht, recht unterschiedlich aus und – wie kaum anders zu erwarten – gleichfalls in ihrem methodischen Ansatz. Die zu vergleichenden Themen beziehen sich alle auf die beiden faschistischen Bewegungen selbst, d. h. auf den Gegenstandsbereich, »durch den Bewegungs- und Regimephase sowohl des italienischen Faschismus wie des Nationalsozialismus jeweils am deutlichsten miteinander verbunden sind« (S. 15). Unter der ersten Fragestellung (»die Sozialstruktur der beiden faschistischen Bewegungen bzw. Parteien«) untersuchen *Michael H. Kater* den »Sozialen Wandel in der NSDAP im Zuge der nationalsozialistischen Machtergreifung« und der *Herausgeber* den »Strukturwandel der faschistischen Partei Italiens in der Phase der Herrschaftsstabilisierung«. Tatsächlich behandeln beide Aufsätze auch ausführlich die diesen Ereignissen vorausliegenden Jahre. Der Frage nach der »sozialen Außenbasis des Faschismus«, insbesondere nach dem Wählerverhalten, gehen *Heinrich August Winkler* für Deutschland (»Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP«) und *Jens Petersen* für Italien nach (»Wählerverhalten und soziale Basis des Faschismus in Italien zwischen 1919 und 1928«). Wie schon die Formulierung der beiden Titel erkennen läßt, steht bei Winkler das Problem

von Mittelstand und Nationalsozialismus im Vordergrund, während Petersen eine sozialgeschichtlich weitausholende Analyse der Wahlen von 1919 bis 1924 vornimmt. Das letzte der drei Themen schließlich (»Verhältnis der traditionellen Machteliten zu den faschistischen Bewegungen«) untersucht *Hans Mommsen* im Hinblick auf die verschiedenen Komponenten »traditioneller und faschistischer Führungsgruppen in Deutschland beim Übergang von der Bewegungs- zur Systemphase«; *Ernst Nolte* dagegen stellt das Verhältnis Faschismus – Industrie in den Mittelpunkt seiner Überlegungen (»Die ›herrschenden Klassen‹ und der Faschismus in Italien«), die mit Andeutungen über eine strukturelle Verwandtschaft von Faschismus und Sozialismus schließen, denen bereits auf dem Historikertag lebhaft widersprochen wurde. – Die vergleichende Betrachtung war der *Diskussion* vorbehalten, deren Hauptresultate *Schieder* unter fünf Punkten zusammengefaßt hat: 1) Sowohl der Partito Nazionale Fascista (PNF) wie die NSDAP waren bereits Massenparteien, bevor sie an die Macht gelangten. Bei dieser Feststellung darf allerdings nicht unterschlagen werden, daß die Massenanhängerschaft des PNF längst nicht immer eine freiwillige war, sondern erst die brutale organisierte Gewalt dem Faschismus zu seinem entscheidenden Durchbruch verhalf (vgl. hierzu ergänzend Guido Quazza, Resistenza e storia d'Italia. Problemi e ipotesi di ricerca, Milano 1976, bes. S. 37 ff.). Auch für Deutschland gelangt *Mommsen* zu dem Schluß, daß die NSDAP »nur im Bündnis mit den traditionellen Eliten imstande [war], die politische Macht zu übernehmen« (S. 167). 2) Über die Zusammensetzung der Massenmitgliedschaft der beiden Parteien läßt sich sagen, daß bis zum Beginn der eigentlichen Regimephase (1929 bzw. 1934) unterschiedliche Sozialgruppen gleichsam durch sie hindurchwanderten – mit Ausnahme der Arbeiterschaft (S. 16 f.; vgl. *Mommsen*, S. 164); demgegenüber blieben 3) »die Führungskader beider Parteien allem Anschein nach erstaunlich konstant«. 4) Eine »undifferenzierte Mittelstandsthese« läßt sich für keine der beiden Parteien aufrechterhalten; dies verbietet allein schon die »grundlegende agrarische Beimengung«, die besonders für den frühen italienischen Faschismus charakteristisch ist. An der Frage, wie nun die beiden Parteien zu definieren seien, scheiden sich die Geister: ob »›absolutistische‹ oder ›totalitäre Volkspartei‹« (*Winkler*, S. 112), ob »allenfalls negative Volkspartei« oder »virtuelle Volkspartei« (*Mommsen*, S. 164 ff.), ob »universale Ersatzpartei« (*Schieder*, S. 80) oder »bürgerliche Massenpartei« bzw. »Interessenvertretung *aller* bürgerlichen Schichten gegen das aufsteigende Proletariat« (*Petersen*, S. 136 und 150). 5) Beide Parteien haben anfänglich einen starken politischen Mobilisierungseffekt gehabt, besonders unter den vorher politisch noch passiven Gesellschaftsschichten. – Allein schon aus den starken Divergenzen, wie PNF bzw. NSDAP zu definieren bzw. zu charakterisieren seien, ergibt sich, daß die Untersuchung ihrer sozialen Basis nicht ausreicht, um ihre »politischen Herrschaftsfunktionen und [die] für sie maßgebenden strategischen Zielsetzungen« zu bestimmen (S. 19). Denn, wie *Winkler* hervorhebt, die Politik der Nazis war »weniger als die irgendeiner anderen Massenpartei Resultante der gesellschaftlichen Kräfte, die ihre Basis ausmachten« (S. 112), oder, wie *Mommsen* es ausdrückt, »der Aufstieg der NSDAP [ist] nicht allein durch eine Zuordnung zu bestimmten sozialen Gruppen zu erklären« (S. 164). Mit diesen Bemerkungen werden die Grenzen des in diesem Band vorherrschenden Frage- und Interpretationsansatzes kenntlich gemacht, deren Verkennung die Faschismus-Forschung in eine neue Sackgasse führen würde. Einen der erfolgversprechendsten Neuansätze, den Nationalsozialismus zu erfassen, hat in jüngster Zeit Timothy W. Mason mit seinem Buch »Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft« (1975) unternommen, und *alle* Beiträge des vorliegenden Sammelbandes bestätigen ihn darin, daß die antiproletarische Stoßrichtung die hervorstechendste Gemeinsamkeit von Faschismus und Nationalsozialismus war.

Volker Hunecke

Karl Lärmer, Autobahnbau in Deutschland 1933 bis 1945. Zu den Hintergründen (= Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Bd. 6), Akademie Verlag, Berlin (O) 1975, VIII, 163 S., brosch., 28 DM.

Der Rezensent hat in seiner Arbeit über »Technik und Ingenieure im Dritten Reich« (1974) den Autobahnbau im Kontext der Motorisierung beschrieben und diesen in seiner zeitbedingt kriegsvorbereitenden Funktion ebenso erläutert wie als objektiven Entwicklungsschritt prosperierender Industriegesellschaften. Lärmer sieht in den Autobahnen »ein Instrument der Expansionspolitik des deutschen Imperialismus«, das einen verkehrswirtschaftlichen Nutzen als Nebenzweck nicht ausgeschlossen habe. Wer hinter dieser spezifischen Nomenklatur eine solide historisch-materialistische Spezialstudie erwartet, sieht sich allerdings getäuscht. Diese Forschung zur Wirtschaftsgeschichte geht weder auf die Situation der Bauwirtschaft ein, auf spezifische Krisenprobleme der Bauindustrie und des Bauhandwerks, noch auf die Lage der deutschen Zementindustrie. Die Interessen der einschlägigen Wirtschaftszweige bleiben unberücksichtigt, obwohl die Verbindungen zum späteren Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen doch greifbar sind. Lärmer übersieht auch die wichtige Besprechung zwischen Hitler und Vertretern der Großindustrie, die im Mai 1933 unter dem Thema »Arbeitsbeschaffung« in der Reichskanzlei stattfand und auf zwei aktuelle Tagesordnungspunkte, darunter den Bau von Automobilstraßen, begrenzt wurde.

Der DDR-Autor verzichtet des weiteren auf die Analyse der Autobahndenkschriften von Ende 1932, obwohl diese beweiskräftigen Dokumente bekannt sind und teilweise schon bei Bracher/Sauer/Schulz zitiert wurden. Dieses seltsame Verfahren des Ausklammerns bleibt unverständlich, zumal es doch um »Hintergründe« gehen sollte. Zwar periodisiert der Autor seine Arbeit »1933 bis 1945«, doch wären genauere Untersuchungen des Punktes »Autostraßen« im Komplex der sog. »Arbeitsbeschaffung« vor 1933 unerläßlich gewesen. 1932 tritt manches klar zutage, was 1933 im Aktionismus der unterschiedlichen Gruppierungen wieder verschwimmt. Im übrigen hätte auch der terminus ad quem im Titel der Lärmerschen Arbeit korrekterweise »1941« lauten müssen, da der Autobahnbau zu jener Zeit eingestellt wurde. Der abrupte Schluß des vielleicht ehrgeizigsten Einzelvorhabens des Regimes verweist dreieinhalb Jahre vor Kriegsende auf die Minimierung eines strategischen Stellenwerts.

Der im Grunde müßige Streit um den strategischen Nutzen der Autobahnen wird von Lärmer noch einmal referiert. Tatsächlich läßt sich die strategische Funktion eines gutausgebauten Straßennetzes in einer Zeit zwischenstaatlicher Konflikte kaum in Zweifel ziehen. Wenn sich an die deutschen Autobahnpläne bei »Freund« und »Feind« entsprechende Hoffnungen und Befürchtungen knüpften, dann war das eher selbstverständlich. Von größerem Interesse kann heute eigentlich nur noch die Frage sein, ob der Autobahnbau voll und ganz (sic!) der Kriegsvorbereitung und dem Kriege diente und dienen sollte, d. h., um hier einmal im Kanon normativer Terminologie zu bleiben, »der Expansionspolitik des deutschen Imperialismus«.

Ohne einen Personenkult, gar einen historischen Personenkult vertreten zu wollen, meint der Rezensent, daß allein Hitler 1933 eine relativ klare Vorstellung, eine Art »Konzept« besaß. Mit seiner Politik suchte Hitler jenen Komplex der Motorisierung zu fördern, den er schon Mitte der 20er Jahre als »kampfbestimmend« für den kommenden »technischen Krieg« beschrieben hatte. Dieser begründeten Perspektive gegenüber blieb »der deutsche Imperialismus« recht konturenlos. Viele maßgebliche Militärs – Lärmer weiß es – hielten die Motorisierung und den Autobahnbau für unnütz, strategisch sogar für gefährlich und sorgten dafür, daß die Oberrheinstrecke nicht gebaut und die Strecke Frankfurt–Köln in mehr als Kanonenschußweite hinter den Rhein nach Innerdeutschland verlegt wurde. Die Großindustrie wußte mit Autobahnplänen 1933 wenig anzufangen. Mit

Lärmer ließe sich hier Marx zitieren, wonach sie erst dann eingreift, wenn die Produktion von Wegen zu einer Notwendigkeit für die Produzenten, speziell für das produktive Kapital selbst wird. Die Straßenbaumeister selbst aber, welche die Autobahnen anlegten, wollten bei der Trassierung ohnehin nur ingenieurtechnische Gesichtspunkte gelten lassen. Was blieb, war neben der Arbeitsbeschaffung, die Lärmer zu Recht relativ gering einschätzt, die beabsichtigte Propagandawirkung und – damit in engstem Zusammenhang – der innen- und außenpolitisch bedeutsame strategische Effekt, daß sich in der technischen Leistung ein ökonomischer Aufschwung und ein neues Großmachtstreben gleichermaßen artikulieren konnten.
Im Kontext des Schemas entzieht der Autor Einwänden gegen seine Hauptthese dadurch den Boden, daß er die Geschichte der Arbeiterbewegung des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED zitiert (S. 120), wonach – frei nach den Thesen des XIII. EKKI-Plenums – 1933 jene Partei die Macht übernahm, die »mit ihrer Abenteuerlichkeit den Klasseninteressen der reaktionärsten Gruppen des deutschen Finanzkapitals und anderer reaktionärer Kreise am meisten entsprach«. Nun setzte die NSDAP, die gemeint ist, unter Hitlers Führung den Autobahnbau tatsächlich durch. Der Rezensent allerdings würde jene »Abenteuerlichkeit« eher an anderen, im ganzen aussagekräftigeren Ereignissen als dem Autobahnbau messen.
Schließlich würdigt auch Lärmer den Autobahnbau als technischen »Fortschritt« mit destruktiven Zielsetzungen (S. 145). Angesichts des unbestrittenen Faktums, daß Autobahnen inzwischen verkehrsökonomisch notwendig sind, wird von einem zu frühen Einsatz finanzieller und materieller Mittel und von Verschwendung gesprochen. Ähnliche Bedenken erhoben – mutatis mutandis – 1932 die Gruppe um Gregor Straßer unter Bezug auf Werner Sombart und Mitte der 30er Jahre Offiziere der deutschen Wehrwirtschaftsorganisation. Erstere bezeichneten Autobahnen als einen Luxus für reiche Leute, letztere wünschten an ihrer Stelle mehr Rüstungsbauten. Die Beurteilung des technischen Fortschritts als »Fortschritt« hängt auch in der Sicht des Autors von allgemeinen gesellschaftlichen Kriterien ab. Es kommt darauf an, sie zu definieren. Karl-Heinz Ludwig

Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. vom Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Bd. I: September 1945–Dezember 1946, bearb. von Walter Vogel und Christoph Weisz, R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1976, 1197 S., Ln., 188 DM (Subskriptionspreis 168 DM).

Der Zeitraum deutscher Geschichte von 1945 bis 1949, für viele Betrachter lange im toten Winkel zwischen Drittem Reich und bundesrepublikanischer Gegenwart gelegen, findet seit einigen Jahren zunehmendes Interesse. Er ist dabei teilweise, unter Stichworten wie »Restauration des Kapitalismus« oder Beginn des »Kalten Krieges«, Gegenstand einer Diskussion, welche historische Legitimationsgrundlagen der gesellschaftlichen wie der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland berührt. Auch im Hinblick hierauf und nicht allein wegen der systematischen Aufarbeitung deutscher Geschichte über das Jahr 1945 hinaus ist es daher zu begrüßen, wenn nun Bundesarchiv und Münchener Institut für Zeitgeschichte eine Aktenedition herausbringen. Band I – die Jahre 1945/46 betreffend – der auf etwa fünf Bände berechneten, chronologisch angelegten Reihe liegt vor.
Eine Edition dieses Umfangs kann die Entwicklung zwischen deutscher Kapitulation und Gründung der Bundesrepublik freilich nicht umfassend dokumentieren. Unvermeidlich hatten die Herausgeber Eingrenzungen vorzunehmen. Diese sind klar und vertretbar getroffen: Im Unterschied zur lange vorherrschenden Betrachtung Deutschlands als Ob-

Lärmer ließe sich hier Marx zitieren, wonach sie erst dann eingreift, wenn die Produktion von Wegen zu einer Notwendigkeit für die Produzenten, speziell für das produktive Kapital selbst wird. Die Straßenbaumeister selbst aber, welche die Autobahnen anlegten, wollten bei der Trassierung ohnehin nur ingenieurtechnische Gesichtspunkte gelten lassen. Was blieb, war neben der Arbeitsbeschaffung, die Lärmer zu Recht relativ gering einschätzt, die beabsichtigte Propagandawirkung und – damit in engstem Zusammenhang – der innen- und außenpolitisch bedeutsame strategische Effekt, daß sich in der technischen Leistung ein ökonomischer Aufschwung und ein neues Großmachtstreben gleichermaßen artikulieren konnten.
Im Kontext des Schemas entzieht der Autor Einwänden gegen seine Hauptthese dadurch den Boden, daß er die Geschichte der Arbeiterbewegung des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED zitiert (S. 120), wonach – frei nach den Thesen des XIII. EKKI-Plenums – 1933 jene Partei die Macht übernahm, die »mit ihrer Abenteuerlichkeit den Klasseninteressen der reaktionärsten Gruppen des deutschen Finanzkapitals und anderer reaktionärer Kreise am meisten entsprach«. Nun setzte die NSDAP, die gemeint ist, unter Hitlers Führung den Autobahnbau tatsächlich durch. Der Rezensent allerdings würde jene »Abenteuerlichkeit« eher an anderen, im ganzen aussagekräftigeren Ereignissen als dem Autobahnbau messen.
Schließlich würdigt auch Lärmer den Autobahnbau als technischen »Fortschritt« mit destruktiven Zielsetzungen (S. 145). Angesichts des unbestrittenen Faktums, daß Autobahnen inzwischen verkehrsökonomisch notwendig sind, wird von einem zu frühen Einsatz finanzieller und materieller Mittel und von Verschwendung gesprochen. Ähnliche Bedenken erhoben – mutatis mutandis – 1932 die Gruppe um Gregor Straßer unter Bezug auf Werner Sombart und Mitte der 30er Jahre Offiziere der deutschen Wehrwirtschaftsorganisation. Erstere bezeichneten Autobahnen als einen Luxus für reiche Leute, letztere wünschten an ihrer Stelle mehr Rüstungsbauten. Die Beurteilung des technischen Fortschritts als »Fortschritt« hängt auch in der Sicht des Autors von allgemeinen gesellschaftlichen Kriterien ab. Es kommt darauf an, sie zu definieren. Karl-Heinz Ludwig

Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, hrsg. vom Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Bd. I: September 1945–Dezember 1946, bearb. von Walter Vogel und Christoph Weisz, R. Oldenbourg Verlag, München/Wien 1976, 1197 S., Ln., 188 DM (Subskriptionspreis 168 DM).

Der Zeitraum deutscher Geschichte von 1945 bis 1949, für viele Betrachter lange im toten Winkel zwischen Drittem Reich und bundesrepublikanischer Gegenwart gelegen, findet seit einigen Jahren zunehmendes Interesse. Er ist dabei teilweise, unter Stichworten wie »Restauration des Kapitalismus« oder Beginn des »Kalten Krieges«, Gegenstand einer Diskussion, welche historische Legitimationsgrundlagen der gesellschaftlichen wie der politischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland berührt. Auch im Hinblick hierauf und nicht allein wegen der systematischen Aufarbeitung deutscher Geschichte über das Jahr 1945 hinaus ist es daher zu begrüßen, wenn nun Bundesarchiv und Münchener Institut für Zeitgeschichte eine Aktenedition herausbringen. Band I – die Jahre 1945/46 betreffend – der auf etwa fünf Bände berechneten, chronologisch angelegten Reihe liegt vor.
Eine Edition dieses Umfangs kann die Entwicklung zwischen deutscher Kapitulation und Gründung der Bundesrepublik freilich nicht umfassend dokumentieren. Unvermeidlich hatten die Herausgeber Eingrenzungen vorzunehmen. Diese sind klar und vertretbar getroffen: Im Unterschied zur lange vorherrschenden Betrachtung Deutschlands als Ob-

jekt der internationalen Politik ist »bewußt die engere Perspektive der inneren deutschen Politik« gewählt (S. 5) – eine Entscheidung, für die wohl auch unzureichender Zugang zu bisher nicht publiziertem relevanten Material gesprochen hätte. Innerhalb dieser Perspektive will die Publikation »Vorformen westdeutschen Regierungs-Handelns oberhalb der Länderebene« rekonstruieren (S. 8); dabei sollen schließlich primär politische Entscheidungen dokumentiert werden, worunter hier Fragen der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, auch solche des Verwaltungsaufbaus, nicht aber »Maßnahmen zur kurzfristigen Bewältigung der materiellen Not« verstanden sind (vgl. S. 10, 69, 88). Unter diesen Eingrenzungen und in diesem Sinne ist Vorgeschichte der Bundesrepublik (und nicht Geschichte der Nachkriegszeit) Gegenstand der Publikation.

Von dem so definierten Editionsziel her begründet sich zunächst die Beschränkung des Bandes I auf die allgemeinen (d. h. nicht fachspezifischen) zonalen und bizonalen Gremien der Amerikanischen und der Britischen Zone; die Französische Zone entfällt infolge fehlender entsprechender Institutionen. In den Band aufgenommen sind die Protokolle der Konferenzen der Chefs der Länder und Provinzen der Britischen Zone (bis 1. 3. 1946), des Zonenbeirats der Britischen Zone, des Länderrats der US-Zone sowie der bizonalen Länderchef-Konferenzen; die Tagungen dieser Gremien sind ohne Ausnahme dokumentiert. Hinzu kommen noch einige ausgewählte Protokolle von Direktoriumssitzungen des Länderrats, auch einiger Besprechungen zwischen Vertretern jener zonalen Gremien und der Militärregierungen u. ä. m. Der Band besitzt somit den Vorteil einer recht homogenen Provenienz und – auf der Ebene der Protokolle – Vollständigkeit der veröffentlichten Dokumente; Auswahlprobleme von Fall zu Fall sind auf diese Weise erheblich reduziert.

Die Zielsetzung der Publikation hat darüber hinaus eine spezifische Behandlung der herangezogenen Protokolle zur Folge: Da diese großenteils gerade kurzfristige Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet – vom Kampf gegen den Schwarzen Markt über Fragen der Schuttbeseitigung bis zur Bereitstellung von Leder für die Schuhfabrikation – betreffen, sind aus Raumgründen diesbezügliche Abschnitte nicht mit abgedruckt. Umgekehrt, im Falle relevant erachteter Anlagen (wie Referate, Anträge usw.) sowie Passagen der ausführlicheren Wortprotokolle des Zonenbeirats hingegen haben die Bearbeiter diese in die Verhandlungsprotokolle eingerückt. Sehr zu begrüßen ist, daß bei Kürzungen stets die Verhandlungspunkte genannt und vielfach auch Kurzregesten eingeführt sind, so daß sowohl eine gewisse Kontrollierbarkeit der Bearbeiterentscheidungen gewährleistet ist als auch für den in anderer Richtung Interessierten Hinweise auf zahlreiche Fundstellen erhalten bleiben. Trotz dieser zahlreichen Operationen am Text behält der Leser dank Marginalien und unterschiedlicher Drucktypen stets mühelos den Überblick.

Mehr wohl noch als in der soeben angedeuteten Aufbereitung der Protokolle liegt das Verdienst der beiden Bearbeiter in der übrigen hervorragenden Einrichtung der Edition für den Benutzer.

Dies gilt zunächst für die ca. 80 Seiten umfassende Einleitung. Sie führt nicht nur in die politischen Probleme der Jahre 1945/46 und damit in die Inhalte der vorgelegten Materialien ein, sondern erleichtert es mit ihrer Darstellung von Verwaltungsstrukturen, Entstehung und Funktion der überregionalen deutschen Institutionen auch, den Stellenwert der Diskussionen und Entscheidungen in den dokumentierten Gremien abzuschätzen. Lediglich einige Überlappungen zwischen Teil 2 und 3 der Einleitung hätten vielleicht vermieden werden können.

Weiter: Eine immense und diffizile Einzelarbeit steht hinter einem beeindruckenden Anmerkungsapparat zu den vorgelegten Protokollen. Vogel und Weisz kommentieren den Text und verweisen unter Heranziehung der Literatur zur Nachkriegsgeschichte sowie zahlreicher gedruckter und ungedruckter Quellen; ausgewertet sind so u. a. Unter-

lagen des Bundesarchivs, des Parlamentsarchivs des Bundestages, der Staats- bzw. Hauptstaatsarchive Stuttgart, München, Bremen, Wiesbaden, Hannover, Düsseldorf und Detmold, des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte und des Archivs der sozialen Demokratie. Das Ergebnis: Erläuterungen tragen zum Verständnis zahlloser Textstellen bei, Ergänzungen ziehen nichtabgedruckte Dokumente u. ä. heran, Hinweise zeigen dem Benutzer Wege zur Weiterarbeit oder verweisen auf abweichende Überlieferungen. Wohl jeder mit diesem Band wissenschaftlich Arbeitende wird von den im Anmerkungsapparat enthaltenen Vorarbeiten profitieren können.
Es bleibt noch der bei einem Band dieser Art besonders wichtige Punkt des Registers: Ein Personen- und ein Sachregister von zusammen 33 Seiten Umfang erschließen den Band für den Benutzer und erweisen sich, wie Stichproben zeigen, auch bei weniger zentralen Fragen als fündig.
Abschließend läßt sich feststellen: Die Edition kann und will nicht die Vorgeschichte der Bundesrepublik umfassend dokumentieren. Von seiten der Herausgeber und Bearbeiter wird dies durch die Anregung zu komplementären Aktenpublikationen der Länder und die Feststellung unterstrichen, daß Dokumente des staatlichen Bereichs allein »kein abschließendes historisches Bild« zulassen (S. 87). Dennoch schlagen die »Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik« eine breite und, dank der hohen Qualität der Edition, gut begehbare Schneise, von der zudem zu erwarten ist, daß sie sich in den Folgebänden mit zunehmender Bedeutung der überregionalen Institutionen noch weiter verbreitern wird. Die Edition stellt im übrigen von ihrer Anlage her einen wichtigen Schritt zu der weiteren systematischen Erschließung der Jahre 1945–49 dar und kann schon als solcher der von den Herausgebern gesehenen Gefahr entgegenwirken, »daß die zeitgeschichtliche Bewertung dieser grundlegenden Entstehungsphase der Bundesrepublik Deutschland in vordergründigen und voreiligen Interpretationen stecken bleibt« (S. 7).

Wolfgang Rudzio

Rainer Dohse, Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955, Holsten Verlag, Hamburg 1974, 239 S., kart., 24 DM.

Im Vorwort (S. 7) weist der Autor auf den allgemeinen Mangel an archivalischen Materialien zur Erforschung der Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland und in der BRD hin. Diesem Mangel versuchte Rainer Dohse dadurch abzuhelfen, daß er an Stelle der fehlenden Archivalien mündliche und schriftliche Auskünfte von Hans Ulrich Noack, Heinrich Christian Meier, Theodor Kögler, Wolf Schenke, Otto Strasser und Nikolaus J. Ryschkowsky – jeweils führende Repräsentanten der Organisationen, die in der Studie untersucht werden – als Primärinformationen benutzte; die subjektive Einfärbung der Aussagen der Beteiligten ist offensichtlich. Der Aussagewert des Materials ist daher zweifelhaft; für die eigentliche Analyse ergeben sich Schwierigkeiten hinsichtlich der Vergleichbarkeit von Aussagen, ihrer eventuellen Ergänzungen und Korrekturen oder ihrer Widerlegung. Der Autor hat dieses Handicap und seine Folgen nicht ausreichend berücksichtigt. Eine zum Teil ausgedehnte Paraphrasierung des Materials der Beteiligten führt in Verbindung mit dem bezweifelbaren Quellenwert dazu, daß die Untersuchung zu starke Züge einer Selbstdarstellung der Organisationen hat.
Den Kern der Untersuchung bilden die Vereinigungen, die Neutralitätsbestrebungen in der Zeit von 1949 bis 1955 verfolgten und sich im Jahre 1951 zum Deutschen Kongreß in Frankfurt zusammenschlossen. Es handelt sich dabei um den Nauheimer Kreis von Professor Dr. Noack, die Oppositionellen Sozialdemokraten um Heinrich Christian Meier und Erich Arp, den Freiheitsbund von Theodor Kögler und die sogenannte Dritte Front von Wolf Schenke. Außerdem werden die Heidelberger Aktionsgruppe zur Demokratie

lagen des Bundesarchivs, des Parlamentsarchivs des Bundestages, der Staats- bzw. Hauptstaatsarchive Stuttgart, München, Bremen, Wiesbaden, Hannover, Düsseldorf und Detmold, des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte und des Archivs der sozialen Demokratie. Das Ergebnis: Erläuterungen tragen zum Verständnis zahlloser Textstellen bei, Ergänzungen ziehen nichtabgedruckte Dokumente u. ä. heran, Hinweise zeigen dem Benutzer Wege zur Weiterarbeit oder verweisen auf abweichende Überlieferungen. Wohl jeder mit diesem Band wissenschaftlich Arbeitende wird von den im Anmerkungsapparat enthaltenen Vorarbeiten profitieren können.
Es bleibt noch der bei einem Band dieser Art besonders wichtige Punkt des Registers: Ein Personen- und ein Sachregister von zusammen 33 Seiten Umfang erschließen den Band für den Benutzer und erweisen sich, wie Stichproben zeigen, auch bei weniger zentralen Fragen als fündig.
Abschließend läßt sich feststellen: Die Edition kann und will nicht die Vorgeschichte der Bundesrepublik umfassend dokumentieren. Von seiten der Herausgeber und Bearbeiter wird dies durch die Anregung zu komplementären Aktenpublikationen der Länder und die Feststellung unterstrichen, daß Dokumente des staatlichen Bereichs allein »kein abschließendes historisches Bild« zulassen (S. 87). Dennoch schlagen die »Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik« eine breite und, dank der hohen Qualität der Edition, gut begehbare Schneise, von der zudem zu erwarten ist, daß sie sich in den Folgebänden mit zunehmender Bedeutung der überregionalen Institutionen noch weiter verbreitern wird. Die Edition stellt im übrigen von ihrer Anlage her einen wichtigen Schritt zu der weiteren systematischen Erschließung der Jahre 1945–49 dar und kann schon als solcher der von den Herausgebern gesehenen Gefahr entgegenwirken, »daß die zeitgeschichtliche Bewertung dieser grundlegenden Entstehungsphase der Bundesrepublik Deutschland in vordergründigen und voreiligen Interpretationen stecken bleibt« (S. 7).

Wolfgang Rudzio

Rainer Dohse, Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955, Holsten Verlag, Hamburg 1974, 239 S., kart., 24 DM.

Im Vorwort (S. 7) weist der Autor auf den allgemeinen Mangel an archivalischen Materialien zur Erforschung der Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland und in der BRD hin. Diesem Mangel versuchte Rainer Dohse dadurch abzuhelfen, daß er an Stelle der fehlenden Archivalien mündliche und schriftliche Auskünfte von Hans Ulrich Noack, Heinrich Christian Meier, Theodor Kögler, Wolf Schenke, Otto Strasser und Nikolaus J. Ryschkowsky – jeweils führende Repräsentanten der Organisationen, die in der Studie untersucht werden – als Primärinformationen benutzte; die subjektive Einfärbung der Aussagen der Beteiligten ist offensichtlich. Der Aussagewert des Materials ist daher zweifelhaft; für die eigentliche Analyse ergeben sich Schwierigkeiten hinsichtlich der Vergleichbarkeit von Aussagen, ihrer eventuellen Ergänzungen und Korrekturen oder ihrer Widerlegung. Der Autor hat dieses Handicap und seine Folgen nicht ausreichend berücksichtigt. Eine zum Teil ausgedehnte Paraphrasierung des Materials der Beteiligten führt in Verbindung mit dem bezweifelbaren Quellenwert dazu, daß die Untersuchung zu starke Züge einer Selbstdarstellung der Organisationen hat.
Den Kern der Untersuchung bilden die Vereinigungen, die Neutralitätsbestrebungen in der Zeit von 1949 bis 1955 verfolgten und sich im Jahre 1951 zum Deutschen Kongreß in Frankfurt zusammenschlossen. Es handelt sich dabei um den Nauheimer Kreis von Professor Dr. Noack, die Oppositionellen Sozialdemokraten um Heinrich Christian Meier und Erich Arp, den Freiheitsbund von Theodor Kögler und die sogenannte Dritte Front von Wolf Schenke. Außerdem werden die Heidelberger Aktionsgruppe zur Demokratie

und zum freien Sozialismus um Prof. Alfred Weber, die Gesamtdeutsche Volkspartei und der Bund für Deutschlands Erneuerung um Dr. Otto Strasser vorgestellt.
Die einzelnen Organisationen sind ungleichgewichtig dargestellt; die Einzelbeiträge sind in sich geschlossen; in ihnen wird nur gelegentlich auf die anderen verwiesen, und zwar bei personellen Verflechtungen. Es entsteht der Eindruck eines Sammelbandes; der Titel »Der Dritte Weg« deutet zwar an, daß alle Organisationen etwas Gemeinsames verbindet. Jedoch wird dieses Gemeinsame in seinen strukturellen und ideologischen Zusammenhängen in den taktischen und strategischen Absichten nicht untersucht.
Verdienstvoll ist die allgemeine Sichtung des Materials, die mit dieser Studie geleistet wurde. Der handbuchartige Charakter wird auch in der knappen Einleitung (S. 9–18) und in der Ergebnissicherung (S. 195–205) deutlich. Allen Organisationen gemeinsam war ein nationales Eigeninteresse mit dem Wunsch nach Frieden und der Hoffnung auf ein geeintes und unabhängiges Europa (S. 195). Die Gruppierungen favorisierten verschiedene Konzepte zur Realisierung dieser Zielvorstellungen: Neben der Brückentheorie war es der Gedanke, daß Deutschland eine Dritte Kraft zwischen Ost und West sein könnte. Außerdem wurde ein Konzept vertreten, nach dem das Deutsche Reich eine Brandmauer zwischen Ost und West sein könnte. Alle Konzeptionen stellen eine Überforderung des Deutschen Reiches dar, wenn man an ihre politische Umsetzung denkt. Nach der Meinung Dohses war es nicht nur die Ungunst der politischen Situation, die dies verhinderte, sondern es waren auch organisatorische und andere Mängel wie unklare Ziele in den Gruppierungen. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß fast nichts über die soziale Basis der Organisationen ausgeführt wird.
Diese handbuchartige Darstellung weckt das Interesse an weiteren die Problematik Neutralisierung vertiefenden Analysen. Die Studie von Rainer Dohse ist dafür ein unentbehrlicher Ausgangspunkt.

Kurt Thomas Schmitz

Otto Ernst Kempen (Hrsg.), Sozialstaatsprinzip und Wirtschaftsordnung. Mit einem Nachwort von Helmut Ridder (= Campus Paperbacks: Politik und Gesellschaft), Campus Verlag, Frankfurt/New York 1976, 248 S., Pb., 26,80 DM.

Zwar haben weder die Bundestagsdebatten seit 1974 noch die Diskussionen um den »Orientierungsrahmen 85« wesentlich zur Entwicklung des Sozialstaatsgedankens beigetragen, doch zeigt sich in den letzten Jahren eine verstärkte außerparlamentarische Auseinandersetzung über Inhalt und Perspektiven des Sozialstaatsprinzips. Die Frage nach dem »Gewerkschaftsstaat« und die Diskussion über »Mitbestimmung und Grundgesetz«[1]) markieren nur einen wichtigen Ausschnitt der verfassungsrechtlichen Problematik. Das System der sozialen Sicherheit und Forderungen nach Verankerung sozialer Grundrechte (Wahlprüfstein Recht auf Arbeit) stehen für weitere Komplexe im Rahmen der aktuellen Sozialstaatsproblematik.
Es ist das Verdienst *Otto Ernst Kempens* – Justitiar beim Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Bau–Steine–Erden –, durch seine Sammlung grundlegende Aufsätze über »Sozialstaatsprinzip und Wirtschaftsordnung« zugänglich zu machen, die sonst verstreut und schwer erreichbar sind. Besonders der Historiker wird das dankbar vermerken, da die zünftige Fachliteratur zu dieser Thematik wenig hergibt. Es sind folglich keine Historiker, die Kempen als Autoren heranzieht, sondern Rechtswissenschaftler und Politologen. Zwar existiert mit Ernst Forsthoffs Sammlung über »Rechtsstaatlichkeit und So-

1 *Mitbestimmung, Wirtschaftsordnung, Grundgesetz.* Protokoll der Wissenschaftlichen Konferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 1. bis 3. Oktober 1975 in Frankfurt am Main, Hrsg. Heinz Oskar Vetter, Frankfurt/Köln 1976. Darin auch ein Kurzbeitrag *Kempens.*

und zum freien Sozialismus um Prof. Alfred Weber, die Gesamtdeutsche Volkspartei und der Bund für Deutschlands Erneuerung um Dr. Otto Strasser vorgestellt.
Die einzelnen Organisationen sind ungleichgewichtig dargestellt; die Einzelbeiträge sind in sich geschlossen; in ihnen wird nur gelegentlich auf die anderen verwiesen, und zwar bei personellen Verflechtungen. Es entsteht der Eindruck eines Sammelbandes; der Titel »Der Dritte Weg« deutet zwar an, daß alle Organisationen etwas Gemeinsames verbindet. Jedoch wird dieses Gemeinsame in seinen strukturellen und ideologischen Zusammenhängen in den taktischen und strategischen Absichten nicht untersucht.
Verdienstvoll ist die allgemeine Sichtung des Materials, die mit dieser Studie geleistet wurde. Der handbuchartige Charakter wird auch in der knappen Einleitung (S. 9–18) und in der Ergebnissicherung (S. 195–205) deutlich. Allen Organisationen gemeinsam war ein nationales Eigeninteresse mit dem Wunsch nach Frieden und der Hoffnung auf ein geeintes und unabhängiges Europa (S. 195). Die Gruppierungen favorisierten verschiedene Konzepte zur Realisierung dieser Zielvorstellungen: Neben der Brückentheorie war es der Gedanke, daß Deutschland eine Dritte Kraft zwischen Ost und West sein könnte. Außerdem wurde ein Konzept vertreten, nach dem das Deutsche Reich eine Brandmauer zwischen Ost und West sein könnte. Alle Konzeptionen stellen eine Überforderung des Deutschen Reiches dar, wenn man an ihre politische Umsetzung denkt. Nach der Meinung Dohses war es nicht nur die Ungunst der politischen Situation, die dies verhinderte, sondern es waren auch organisatorische und andere Mängel wie unklare Ziele in den Gruppierungen. In diesem Zusammenhang fällt auf, daß fast nichts über die soziale Basis der Organisationen ausgeführt wird.
Diese handbuchartige Darstellung weckt das Interesse an weiteren die Problematik Neutralisierung vertiefenden Analysen. Die Studie von Rainer Dohse ist dafür ein unentbehrlicher Ausgangspunkt.

Kurt Thomas Schmitz

Otto Ernst Kempen (Hrsg.), Sozialstaatsprinzip und Wirtschaftsordnung. Mit einem Nachwort von Helmut Ridder (= Campus Paperbacks: Politik und Gesellschaft), Campus Verlag, Frankfurt/New York 1976, 248 S., Pb., 26,80 DM.

Zwar haben weder die Bundestagsdebatten seit 1974 noch die Diskussionen um den »Orientierungsrahmen 85« wesentlich zur Entwicklung des Sozialstaatsgedankens beigetragen, doch zeigt sich in den letzten Jahren eine verstärkte außerparlamentarische Auseinandersetzung über Inhalt und Perspektiven des Sozialstaatsprinzips. Die Frage nach dem »Gewerkschaftsstaat« und die Diskussion über »Mitbestimmung und Grundgesetz«[1]) markieren nur einen wichtigen Ausschnitt der verfassungsrechtlichen Problematik. Das System der sozialen Sicherheit und Forderungen nach Verankerung sozialer Grundrechte (Wahlprüfstein Recht auf Arbeit) stehen für weitere Komplexe im Rahmen der aktuellen Sozialstaatsproblematik.
Es ist das Verdienst *Otto Ernst Kempens* – Justitiar beim Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Bau–Steine–Erden –, durch seine Sammlung grundlegende Aufsätze über »Sozialstaatsprinzip und Wirtschaftsordnung« zugänglich zu machen, die sonst verstreut und schwer erreichbar sind. Besonders der Historiker wird das dankbar vermerken, da die zünftige Fachliteratur zu dieser Thematik wenig hergibt. Es sind folglich keine Historiker, die Kempen als Autoren heranzieht, sondern Rechtswissenschaftler und Politologen. Zwar existiert mit Ernst Forsthoffs Sammlung über »Rechtsstaatlichkeit und So-

1 *Mitbestimmung, Wirtschaftsordnung, Grundgesetz.* Protokoll der Wissenschaftlichen Konferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 1. bis 3. Oktober 1975 in Frankfurt am Main, Hrsg. Heinz Oskar Vetter, Frankfurt/Köln 1976. Darin auch ein Kurzbeitrag *Kempens.*

zialstaatlichkeit« bereits eine einschlägige Aufsatzsammlung, doch hat Kempen sich zum Ziel gesetzt, »eine ergänzende Darstellung der Sozialstaatsdiskussion mitsamt den von Forsthoff ausgeblendeten Aspekten« (S. 17) zu bieten. Der Akzent liegt dabei auf neueren und neuesten Beiträgen.

In seiner Einleitung entwickelt Kempen den Begriff der Sozialstaatlichkeit und schlägt sich auf die Seite derer, die »im Grundgesetz eine aus historischer Erfahrung bewußt über die bisherigen Versuche hinausgehende Verfassungsordnung sehen, für welche der Sozialstaatssatz das umfassende organisatorische Leitprinzip eines grundrechtlich bestimmten demokratischen Gesamtsystems ist« (S. 17). Der Herausgeber diskutiert die verschiedenen Standpunkte von Hermann Heller bis zu Helmut Ridder und gelangt schließlich zu künftigen Möglichkeiten einer »das staatliche Legitimationssystem ergänzenden ›sozialen Selbstverwaltung‹« (S. 47). Dabei meidet er den Terminus der ›überbetrieblichen Mitbestimmung‹, doch bezieht er sich eindeutig auf »paritätisch besetzte Wirtschafts- und Sozialausschüsse«, die »vor allem investitionskoordinierend und informierend arbeiten« (S. 46 f.). Eine zentrale Aufgabe bei der künftigen Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips sieht Kempen in der organisatorischen und rechtlichen Durchformung des Verhältnisses von »Staatsapparat und organisierter Gesellschaft« (S. 48). Seine Hoffnungen richtet Kempen auf die Chance, »das Legitimationsdefizit unserer Exekutive auf dezentralisierten Willensbildungsebenen« auszugleichen (S. 49).

Die folgende Sammlung bringt als grundlegenden Text *Hermann Hellers* Aufsatz über »Rechtsstaat oder Diktatur?« aus dem Jahre 1930. Darauf folgt *Wolfgang Abendroths* Beitrag »Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland« aus der Bergsträsser-Festschrift von 1965. Hinzu kommt ein Rezensionsaufsatz von *Dieter Suhr*, der die Diskussion bis 1970 höchst pointiert und gleichzeitig informativ zusammenfaßt. Die rechtspositivistische Schule wird durch *Ernst Forsthoff* vertreten, flankiert durch *Rüdiger Altmann*, dessen Nähe zur »Konzertierten Aktion« den aktuellen gesellschaftspolitischen Bezug wieder herstellt. *Peter von Oertzens* »Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus« weisen diesen Mitautor des »Orientierungsrahmens 85« als einen Wissenschaftler aus, der vorzüglich aus Marx und Habermas zu zitieren weiß, sich aber bei der sozialstaatlichen Konkretisierung seiner Erkenntnisse schwertut.

Eine hervorragende Rolle nimmt *Helmut Ridder* dadurch ein, daß er sowohl durch einen Beitrag als auch durch ein ausführliches Nachwort vertreten ist. Bei Ridders Beitrag handelt es sich um eine verfassungsrechtliche Betrachtung zur Stellung der Gewerkschaften im Sozialstaat, die Ende der fünfziger Jahre aus Anlaß des umstrittenen Urteils über den schleswig-holsteinischen Metallarbeiterstreik entstand. In dem eigens für diesen Band geschriebenen Nachwort wagt Ridder nun eine aggressiv-polemische Attacke auf die bisherige rechtswissenschaftliche Publizistik, wendet sich gegen die »juristische Kurpfuscherei« (S. 243) in der Forsthoff-Nachfolge, aber auch insgesamt gegen unterentwickeltes Sozialstaatsdenken.

Ridder meint, die »Rätephobie« dürfe kein Argument gegen die »reale Republik« sein. Der soziale, demokratische Staat sei nicht bloß staatlicher »Aufsatz über der Gesellschaft«. Die *normative* Funktion der vielberufenen »Sozialstaatsklausel« harre noch »der politischen und wissenschaftlichen Entfaltung«. Angesichts dieser Erwartung erscheinen die vorliegenden Texte »größtenteils« zur Kritik provozierend, »insoweit sie im ideologischen Nebel der juristischen Sozialstaatsexegese staken« (S. 247). Nichtjuristische Texte sollten zu Hilfe genommen werden, denn über das »Wie der gebotenen Demokratisierung« werde in der Sozialstaatsklausel nichts ausgesagt. Geheimnisvoll andeutend, meint Ridder, bei der alchimistischen Goldmacherei wäre schließlich Porzellan herausgekommen. Eine vergleichbare Entwicklung brauche kein Schade zu sein.

Ridders letzte Sätze einbezogen, ist dieser Band gewiß nicht das letzte Wort in Sachen Sozialstaatsprinzip, zumal eine entsprechende geschichtswissenschaftliche Sammlung aussteht. Es mag auch zu kritisieren sein, daß neben Hermann Heller nicht die bahnbrechenden Arbeiten von Hugo Sinzheimer und Franz L. Neumann veröffentlicht werden. Schließlich bleibt auch die begriffliche Ableitung des Sozialstaatsbegriffs zu sehr in den bei Ernst Rudolf Huber u. a. vorzufindenden Interpretationsbahnen. Kein Wort, daß Karl Ballod (Atlanticus) den Terminus schon früh in einem Bestseller des Dietz-Verlages verwendete. Aber Kempen geht es auch gar nicht um die historische Ableitung, sondern um die aktuelle, verfassungspolitische Aufgabenstellung im Kontext der Geschichte. Es handelt sich deshalb um eine höchst nützliche Sammlung und durchaus heilsame Provokation für Historiker der Arbeiterbewegung, die nicht nur wissen wollen, woher die Reise kommt, sondern wohin sie in der weiteren Geschichte – möglicherweise – gehen kann.

Gerhard Beier

Martin Jay, Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950, S. Fischer Verlag, Frankfurt 1976 (amerikanische Originalfassung 1973), VIII, 435 S., engl. brosch., 34 DM.

Roland Simon-Schaefer/Walther Ch. Zimmerli, Theorie zwischen Kritik und Praxis. Jürgen Habermas und die Frankfurter Schule (= problemata 37), Friedrich Frommann Verlag/Günther Holzboog, Stuttgart-Bad Canstatt 1975, 186 S., kart., 24 DM, Ln., 36 DM.

Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule hat im letzten Jahrzehnt an den deutschen Hochschulen eine wachsende Bedeutung erlangt. In einem gewissen Umfang sind die meisten geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen in Deutschland von ihr beeinflußt worden. Dies gilt in unübersehbarem Maße vor allem für den pädagogischen Bereich. Durch die entscheidende Rolle, die grundlegende Thesen von Jürgen Habermas bei der Erarbeitung der Rahmenrichtlinien für den Politikunterricht des Landes Nordrhein-Westfalen gespielt haben, haben einige ihrer Ergebnisse eine gleichsam offizielle Anerkennung erfahren.

Ganz im Gegensatz zu diesen tatsächlichen Gegebenheiten stehen die Aussagen in dem überaus einseitigen Geleitwort von *Hanne Herkommer* und *Bodo von Greiff* zur deutschen Ausgabe des Buches von *Martin Jay*. Ihnen zufolge droht der Kritischen Theorie in der deutschen Gegenwart nur Verfolgung und »ein politisches Verdikt« (S. 6). Mehr noch als bei der ersten Lektüre dieses »Geleitworts« fragt sich der Leser nach der Kenntnis des Textes von Martin Jay, wie es in ein solches gerade wegen seiner Ausgewogenheit beeindruckendes Buch gelangen konnte.

Martin Jay ist mit dieser ersten Geschichte der Frankfurter Schule das Kunststück einer überaus glücklichen Verbindung seiner praktischen Sympathie für die Kritische Theorie mit einer kritisch-distanzierten Darstellung ihrer äußeren Geschichte und ihrer theoretischen Entwicklung gelungen. Das Buch erscheint zu einem Zeitpunkt, in dem nach nahezu einem halben Jahrhundert kontinuierlicher Wirksamkeit das Ende der Frankfurter Schule mit dem Tod Theodor W. Adornos und Max Horkheimers besiegelt scheint. Denn, wie unter anderem in der Arbeit von *Simon-Schaefer* und *Zimmerli* deutlich wird, ist der wegen seiner Erkenntnisinteressen, wegen seiner wissenschaftlichen Fruchtbarkeit und wegen seiner Originalität als Denker am ehesten als Erbe der Gründungsväter der Frankfurter Schule anzusehende Jürgen Habermas zugleich auch in den wesentlichen Fragen als ein theoretischer Neubeginn anzusehen.

Nachdem in den Diskussionen der letzten Jahre hauptsächlich die Arbeiten Adornos und

Ridders letzte Sätze einbezogen, ist dieser Band gewiß nicht das letzte Wort in Sachen Sozialstaatsprinzip, zumal eine entsprechende geschichtswissenschaftliche Sammlung aussteht. Es mag auch zu kritisieren sein, daß neben Hermann Heller nicht die bahnbrechenden Arbeiten von Hugo Sinzheimer und Franz L. Neumann veröffentlicht werden. Schließlich bleibt auch die begriffliche Ableitung des Sozialstaatsbegriffs zu sehr in den bei Ernst Rudolf Huber u. a. vorzufindenden Interpretationsbahnen. Kein Wort, daß Karl Ballod (Atlanticus) den Terminus schon früh in einem Bestseller des Dietz-Verlages verwendete. Aber Kempen geht es auch gar nicht um die historische Ableitung, sondern um die aktuelle, verfassungspolitische Aufgabenstellung im Kontext der Geschichte. Es handelt sich deshalb um eine höchst nützliche Sammlung und durchaus heilsame Provokation für Historiker der Arbeiterbewegung, die nicht nur wissen wollen, woher die Reise kommt, sondern wohin sie in der weiteren Geschichte – möglicherweise – gehen kann.

Gerhard Beier

Martin Jay, Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923–1950, S. Fischer Verlag, Frankfurt 1976 (amerikanische Originalfassung 1973), VIII, 435 S., engl. brosch., 34 DM.

Roland Simon-Schaefer/Walther Ch. Zimmerli, Theorie zwischen Kritik und Praxis. Jürgen Habermas und die Frankfurter Schule (= problemata 37), Friedrich Frommann Verlag/Günther Holzboog, Stuttgart-Bad Canstatt 1975, 186 S., kart., 24 DM, Ln., 36 DM.

Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule hat im letzten Jahrzehnt an den deutschen Hochschulen eine wachsende Bedeutung erlangt. In einem gewissen Umfang sind die meisten geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen in Deutschland von ihr beeinflußt worden. Dies gilt in unübersehbarem Maße vor allem für den pädagogischen Bereich. Durch die entscheidende Rolle, die grundlegende Thesen von Jürgen Habermas bei der Erarbeitung der Rahmenrichtlinien für den Politikunterricht des Landes Nordrhein-Westfalen gespielt haben, haben einige ihrer Ergebnisse eine gleichsam offizielle Anerkennung erfahren.

Ganz im Gegensatz zu diesen tatsächlichen Gegebenheiten stehen die Aussagen in dem überaus einseitigen Geleitwort von *Hanne Herkommer* und *Bodo von Greiff* zur deutschen Ausgabe des Buches von *Martin Jay*. Ihnen zufolge droht der Kritischen Theorie in der deutschen Gegenwart nur Verfolgung und »ein politisches Verdikt« (S. 6). Mehr noch als bei der ersten Lektüre dieses »Geleitworts« fragt sich der Leser nach der Kenntnis des Textes von Martin Jay, wie es in ein solches gerade wegen seiner Ausgewogenheit beeindruckendes Buch gelangen konnte.

Martin Jay ist mit dieser ersten Geschichte der Frankfurter Schule das Kunststück einer überaus glücklichen Verbindung seiner praktischen Sympathie für die Kritische Theorie mit einer kritisch-distanzierten Darstellung ihrer äußeren Geschichte und ihrer theoretischen Entwicklung gelungen. Das Buch erscheint zu einem Zeitpunkt, in dem nach nahezu einem halben Jahrhundert kontinuierlicher Wirksamkeit das Ende der Frankfurter Schule mit dem Tod Theodor W. Adornos und Max Horkheimers besiegelt scheint. Denn, wie unter anderem in der Arbeit von *Simon-Schaefer* und *Zimmerli* deutlich wird, ist der wegen seiner Erkenntnisinteressen, wegen seiner wissenschaftlichen Fruchtbarkeit und wegen seiner Originalität als Denker am ehesten als Erbe der Gründungsväter der Frankfurter Schule anzusehende Jürgen Habermas zugleich auch in den wesentlichen Fragen als ein theoretischer Neubeginn anzusehen.

Nachdem in den Diskussionen der letzten Jahre hauptsächlich die Arbeiten Adornos und

Habermas' und nach ihrer Wiederveröffentlichung 1968 auch die wichtigsten Aufsätze Horkheimers aus der »Zeitschrift für Sozialforschung« der 20er und 30er Jahre das Bild von der Frankfurter Schule in der interessierten Öffentlichkeit geprägt hatten, wird durch die gründliche und kenntnisreiche Arbeit von *Martin Jay* nun der Überblick über ihre ganze Entwicklung und ihre gesamte personelle und theoretische Spannweite ermöglicht. Eine Reihe von bekannten Sozialwissenschaftlern, deren Zugehörigkeit zu dieser institutionalisierten Gruppe in den Jahren der Weimarer Republik heute nur noch wenigen bekannt ist, wird in ihrem persönlichen und wissenschaftlichen Verhältnis zur Frankfurter Schule vorgestellt. Zu ihnen gehören, um einige der wichtigsten Namen zu nennen, Walter Benjamin, Franz Borkenau, Erich Fromm, Henryk Grossmann, Otto Kirchheimer, Paul Lazarsfeld, Leo Löwenthal, Franz Neumann, Friedrich Pollock und Karl August Wittfogel. Sie alle gehörten in den zwanziger Jahren zum Mitarbeiterstab des 1923 auf eine Idee von Felix J. Weil hin in Frankfurt gegründeten »Instituts für Sozialforschung«. Weils Vater, der Getreidegroßkaufmann Hermann Weil, sicherte durch eine äußerst großzügige Spende und unbeirrte Dauerfinanzierung über viele Jahre hinweg die materielle Unabhängigkeit des Instituts. Als spiritus rector erwies sich deutlich schon in den ersten Jahren und im Verlauf der kommenden Jahrzehnte immer mehr Max Horkheimer. Auf Grund seiner energischen Anstöße zu kritischer Überprüfung entwikkelte sich das theoretische Selbstverständnis der Institutsmitglieder, soweit es überhaupt als ein grundlegend einheitliches angesehen werden kann, von dem zunächst zu Beginn der zwanziger Jahre noch vorherrschenden eher orthodox zu nennenden Marxismus weg in Richtung auf die theoretische Neuorientierung, die auf Grund einer Formulierung Horkheimers aus den dreißiger Jahren als »Kritische Theorie« der Gesellschaft bekannt geworden ist. Erst später begannen dann Herbert Marcuse und Theodor W. Adorno, deren Namen in der Öffentlichkeit heute am engsten mit der Frankfurter Schule verbunden sind, weil ihre theoretische Tätigkeit am weitesten in unsere Gegenwart hineinreichte, eine größere Rolle zu spielen.

Martin Jay rekonstruiert kenntnisreich und einfühlsam die Quellen und die Herausbildung dieses neuen Theorieansatzes. Zu Recht ordnet er ihn in den Zusammenhang der zu Beginn der Weimarer Republik von Georg Lukács und Karl Korsch begonnenen Bemühungen um eine Wiederaneignung der philosophischen Grundlagen und Aspekte des Marxismus ein. Im Unterschied zu diesen beiden Denkern verbanden aber die Vertreter der Kritischen Theorie ihre Rückwendung zu den linkshegelianischen Ursprüngen des Marxismus nicht mit einer fortgeltenden Bezugnahme auf die Arbeiterklasse als den Hauptträger der praktischen Absichten dieser Theorie, sondern lösten sich, mit einem Höhepunkt in den Arbeiten Adornos in den fünfziger und sechziger Jahren, von ihren sozialen Voraussetzungen und Bezügen immer mehr ab. Jay zeigt, wie neben der Rückwendung auf den Linkshegelianismus als Interpretationsrahmen des Marxismus vor allem die »Integration der Psychoanalyse« dazu beigetragen hat, der Kritischen Theorie ihr spezifisches Gepräge zu verleihen. Später, nach der erzwungenen Emigration in die USA, widmete sich das Institut dann unter dem Eindruck des hereingebrochenen Faschismus vor allem der empirischen Erforschung der Persönlichkeits- und Vorurteilsstrukturen, die den Faschismus letztlich möglich gemacht haben. Die im Zuge dieser großangelegten Untersuchungen erfolgten Veröffentlichungen »The Authoritarian Personality« und »Studies in Prejudice« verschafften der Arbeit des Instituts Einfluß und Respekt in der internationalen Sozialwissenschaft. Insbesondere durch die Arbeiten Benjamins und Adornos kam als weiterer Aspekt der Kritischen Theorie die Beschäftigung mit ästhetischen Problemen hinzu.

Die Vielfalt ihrer Interessenschwerpunkte und die interdisziplinäre Organisation ihrer Bearbeitung sind zwei der herausragenden Merkmale der Frankfurter Schule. Die Ergeb-

nisse ihrer Arbeit sind außer in zahllosen Buchveröffentlichungen vor allem in der von der Gründung des Instituts bis zu seiner Wiederübersiedlung nach Frankfurt nach dem zweiten Weltkrieg herausgegebenen institutseigenen »Zeitschrift für Sozialforschung« nachzulesen.

Jay läßt deutlich werden, daß alle Institutsangehörigen ausgeprägte intellektuelle Persönlichkeiten waren, so daß ihre summarische Zusammenfassung unter der Kennzeichnung »Frankfurter Schule« nur mit vielen Vorbehalten möglich ist. Ausgehend im wesentlichen von den theoretischen Impulsen Horkheimers, ließen sie sich zum allergrößten Teil aber von einer gemeinsamen Grundhaltung leiten. Dies gilt ganz besonders für den engeren Kern der Persönlichkeiten, die in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg die Arbeit des Instituts nach dessen Wiederübersiedlung nach Frankfurt im Jahre 1950 getragen haben. Da die Frankfurter Universität den meisten der an einer Rückkehr interessierten Wissenschaftler des Instituts, die ohne Ausnahme 1933 emigrieren mußten, keine Lehrstühle anbieten konnte, hatten Horkheimer und Adorno allein die Kontinuität der Institutsarbeit zu sichern.

Gerade für diese beiden Autoren gilt die Kennzeichnung der Kritischen Theorie, die Jay gibt, in uneingeschränkter Weise, wenn er ihren Ansatz so umreißt, daß sie allem systematischen Denken stets ablehnend gegenüberstand. »Stattdessen fand die Kritische Theorie, wie der Name impliziert, ihren Ausdruck in einer Reihe von Kritiken, die sich mit anderen Denkern und Traditionen auseinandersetzten. Das heißt, sie erfuhr ihre Entwicklung im Dialog, und ihre Genese war so dialektisch wie die Methode, die sie auf gesellschaftliche Probleme angewendet wissen wollte. Nur wenn man ihr mit ihren eigenen Begriffen gegenübertritt, sie als einen ›Störenfried‹ anderer Systeme versteht, kann man sie voll begreifen« (S. 63). Nach den anfänglich vor allem von Horkheimer ausgearbeiteten Vorstellungen sollte die »spätbürgerliche« Wirklichkeit der entwickelten westlichen Gesellschaften mittels einer substantiellen Vernunft kritisiert werden, deren Verbreitung die Kritik des herrschenden Verständnisses von Wissenschaft voraussetzte. Zwar sollte diese Art der Kritik im Dienste einer emanzipatorischen Praxis stehen, diese Praxis selbst war aber in den späteren Jahren immer weniger ein kontrollierender Bezugspunkt der Arbeit der Frankfurter Schule. Diese kritische Gesellschaftsbetrachtung wollte nämlich schon dem eigenen Selbstverständnis der Kritischen Theorie zufolge im wesentlichen auf der Ebene einer »Negativen Dialektik« (wie ein Buchtitel Adornos heißt) verbleiben. Das Befremden und die allseits unerwartete Überraschung, mit der Adorno Ende der sechziger Jahre reagierte, als einige seiner aktivsten Seminarteilnehmer, unter ihnen Hans Jürgen Krahl und die Brüder Wolff, dazu übergingen, praktische Konsequenzen aus der von der Kritischen Theorie gelernten scharfen und totalen Gesellschaftskritik zu ziehen, war von Adornos Seite echt. Die Praxis, die *er* im Auge gehabt hatte, war stets bezogen auf eine Art von sensibler und unbeschädigter Subjektivität, zu der ein Sich-Einlassen auf Organisation, Kampf und Kompromiß, die die politische Praxis ausmachen, in keiner Weise gepaßt hätte. Diese trotz des beständig proklamierten praktischen Geltungskriteriums der eigenen Theorie »im Innersten apolitische Haltung« (S. 341) der Frankfurter Schule arbeitet Jay überzeugend heraus. Sie kommt in Marcuses Aufforderung zur »Großen Weigerung« gegenüber der kapitalistischen Konsumkultur ebenso zum Ausdruck wie in Adornos und Horkheimers konstantem Beharren auf »Nichtidentität«, auf »Negation« und darauf, »nicht mitzumachen«. Es ist eines der interessanten Ergebnisse der Untersuchung von Jay, daß die Gruppe von Wissenschaftlern, die das Institut trugen und die sämtlich aus wohlhabenden jüdischen Elternhäusern kamen, selbst in der Weimarer Republik schon und dann auch wieder im amerikanischen Exil im Verhältnis zur übrigen akademischen Welt und zur Gesellschaft sich bewußt als eine »Außenseitergruppe« (S. 337) gehalten hat, so daß ihre selbstgewählte akademisch-soziale

Existenzform und der Grundgestus ihres Theoretisierens auf das genaueste einander entsprechen.
Erstaunlich für den kundigen Leser wird es sein, im nachhinein zu lesen, daß einer der Gründe, die die Gruppe um Horkheimer nach dem zweiten Weltkrieg bewog, nach Deutschland zurückzukehren, in der Absicht bestand, die deutsche Soziologie und ihre Studenten mit den Methoden der empirischen amerikanischen Sozialforschung vertraut zu machen. Wer die Seminararbeit und die Veröffentlichungen aus dem Umkreis der Frankfurter Schule in den sechziger Jahren kennengelernt hat, weiß, daß eine ihrer Hauptanstrengungen umgekehrt vielmehr gerade darin bestand, die Prämissen dieser modernen amerikanischen Forschungsmethoden einer scharfen Kritik zu unterziehen und eine Gesellschaftstheorie anzubieten, in der für sie kein legitimer Platz mehr war. In diesen Fragen hat sie es, wie auch der Titel von Jay zu Recht nahelegt, immer lieber mit der »dialektischen Phantasie« gehalten.
Die Studie von Jay bricht im Jahre 1950 mit der Beschreibung der Rücksiedlung des Instituts aus dem amerikanischen Exil ab. Für die Geschichte der deutschen Soziologie und in gewisser Weise auch der deutschen Sozialgeschichte wäre eine Fortsetzung dieser Untersuchung der Geschichte der Frankfurter Schule für den Zeitraum zwischen 1950 und der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre sehr zu wünschen. Es würde sich dann zeigen, wie groß die direkten und indirekten Einflüsse dieses theoretischen Ansatzes nicht nur auf die sozialwissenschaftliche akademische Welt, sondern auch auf die Linkswendung der Jungsozialisten ab 1969 und auf die Konzeption der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und anderer Bereiche der politischen Bildungsarbeit seither gewesen sind.
Das Buch von *Simon-Schaefer* und *Zimmerli* will keine Geschichte der Frankfurter Schule sein, auch nicht der Entwicklung von Jürgen Habermas, der nicht nur im Zentrum der kritischen Betrachtungen der Autoren steht, sondern alleiniger Bezugspunkt ihrer Ausführungen ist. Da zudem seine Theorie auch nicht in ihrem Unterschied zur »traditionellen« Kritischen Theorie der Frankfurter Schule untersucht wird, ist der Untertitel »Jürgen Habermas und die Frankfurter Schule« irreführend. Tatsächlich handelt es sich nahezu ausschließlich um kritische Auseinandersetzungen mit dem wissenschaftstheoretischen Ansatz von Jürgen Habermas. Diese Ebene der Kritik ist insofern gewiß höchst berechtigt, als Habermas' Wendung gegenüber dem Ansatz von Adorno und Horkheimer in der Hauptsache darin besteht, die beibehaltenen alten Intentionen einer umfassenden emanzipatorischen Praxis dadurch einzulösen, daß er die wissenschaftstheoretischen Grundlagen für eine Theorie entwickelt, die diesem Anspruch gerecht werden kann. Während Horkheimer und Adorno davon ausgingen, daß eine solche Theorie durch ihre Methodengegnerschaft in ihrem emanzipatorischen Gehalt geradezu charakterisiert sei, arbeitet Habermas an dem Programm, in kritischer Auseinandersetzung mit der fortgeschrittensten internationalen Wissenschaftstheorie eine Methodologie für eine kritisch-emanzipatorische Sozialwissenschaft zu entwickeln, in der die Erkenntnisinhalte durch das Interesse an Emanzipation legitimiert sind. Seit seiner Frankfurter Antrittsvorlesung von 1965 hat er unter dem Stichwort »Erkenntnis und Interesse« an diesem Programm gearbeitet. Mit einigen der damit aufgeworfenen Fragen beschäftigt sich der vorliegende Sammelband. Er enthält vier Einzelaufsätze von Walther Ch. Zimmerli und fünf Einzelaufsätze von Roland Simon-Schaefer. Trotz der zutreffenden Selbstcharakterisierung der beiden Schweizer Philosophieassistenten, der Leser habe kein Buch zu erwarten, »das zwei Autoren *miteinander*, sondern eher eines, das sie *gegeneinander* geschrieben haben« (S. 13), fragt sich der Leser mit fortschreitender Lektüre zunehmend ratlos, was wohl das verbindende Element der beiden Arten von Beiträgen ist. Erkennbar ist lediglich die rein formale Übereinstimmung, daß beide Autoren den Ansatz von Habermas kritisieren. Sie tun dies aber aus zwei Perspektiven, die ihrerseits wissenschaftstheoretisch nicht

miteinander vereinbar sind. Während Zimmerli aus der Perspektive einer dialektischen Universalhermeneutik an Habermas kritisiert, daß sein auf erkenntnisleitende Interessen abgestelltes Erkenntnisprogramm zu kurz greife, weil er sowohl die philosophische Hermeneutik als auch die Hegelsche Dialektik verkürzt rezipiert habe, kritisiert Simon-Schaefer den Habermasschen Ansatz aus der Perspektive des Kritischen Rationalismus.

Die starken Seiten der Beiträge von *Zimmerli* bestehen in einer sehr informativen Skizze des sogenannten »Hermeneutikstreits« zwischen 1967 und 1971, der neben dem »Positivismusstreit« und dem Streit um die Systemtheorie die dritte große wissenschaftstheoretische Auseinandersetzung war, auf die sich Habermas eingelassen hat, in diesem Falle als Diskussionsgegner des Heidelberger Philosophen H.-G. Gadamer. Nach einer detaillierten und klar herausgearbeiteten Gegenüberstellung der Hauptargumente beider Seiten kommt Zimmerli zu dem Schluß, daß Habermas' Kritik an der Hermeneutik und damit die Mängel seines eigenen, als Gegenprogramm dazu entwickelten Ansatzes auf drei Versäumnissen seinerseits beruhen: (1) Habermas legt in den Begriff des »Konsensus« als Grundbegriff der Hermeneutik zu viel hinein. Während dieser Begriff nur das Sich-Verständigen meine, interpretiere Habermas ihn im Sinne von Miteinander-Übereinkommen (S. 118). (2) Habermas übersieht, daß auch die von ihm selber als Basis seiner Erkenntnis- und Gesellschaftstheorie in Angriff genommene »Theorie der kommunikativen Kompetenz« noch hermeneutisch hinterfragt werden und daher keine letzte Wissenschaftsgrundlage sein kann (S. 120). (3) Habermas übersieht, daß auch seine eigene Antizipation der künftigen »guten Gesellschaft«, die als absoluter Bezugspunkt in seinen wissenschaftstheoretischen und gesellschaftstheoretischen Konzeptionen figuriert, durch seine eigenen historischen und gesellschaftlichen Denkvoraussetzungen vermittelt ist (S. 120).

Nach Zimmerlis Auffassung würde Habermas durch eine Einsicht in diese Mängel dazu gebracht, die universelle Hermeneutik und eine »rationale Dialektik« als angemessene Konzeptionen zu akzeptieren, statt ein Programm zu entfalten, das wie seine erkenntnisleitenden Interessen auf einem Mangel an Selbstreflexion beruht. In seinem Schlußaufsatz bemüht sich Zimmerli um die Skizze einer solchen »rationalen« Dialektik. Es erscheint dem Rezensenten als fragwürdig, ob Zimmerlis eigener Ansatz weiterführen kann als der von Habermas. Verdienstvoll und informativ sind in jedem Falle seine Darstellung der Habermasschen Position und die Herausarbeitung einiger ihrer zentralen Schwachstellen.

Die Beiträge von *Simon-Schaefer* sind zum einem dem Nachweis gewidmet, daß Habermas seine Gegner im sogenannten »Positivismusstreit« in wesentlichen Fragen unrichtig interpretiert hat. Hierzu gehört vor allem der Sinn des Wertfreiheitspostulats, das Simon-Schaefer zufolge nicht einem irrationalen Dezisionismus Vorschub leisten will, sondern »ein analytisches Instrument« darstellt, das eine rationale Wissenschaft überhaupt erst konstituiert (S. 180). Aus diesem Mißverständnis, das ein Grundzug der ganzen Frankfurter Schule ist, resultiert nach Simon-Schaefer der Hauptfehler der theoretischen Konzeption von Jürgen Habermas. Legitim wäre eine Kritik oder auch »Kritische Theorie« des gesellschaftlich vorherrschenden Typs der instrumentellen Vernunft in den Kategorien der praktischen Philosophie. Statt sich aber dieser Aufgabe zu unterziehen, will Habermas seine praktischen Interessen dadurch verwirklichen, daß er die bestehenden Wissenschaften grundsätzlich kritisiert und der Meinung ist, nur durch eine grundsätzlich neue Wissenschaft könnten die herrschenden Einstellungen und Wertungen geändert werden. Damit leistet Habermas weder der Wissenschaft noch seinen praktischen Interessen den besten Dienst. »Der Versuch, eine kritische Theorie der Gesellschaft zu begründen in Entgegensetzung zu der sogenannten traditionellen Wissenschaft, beruht [. . .] auf einer falschen wissenschaftstheoretischen Zuordnung eines ursprünglich richtigen gesellschafts-

kritischen Grundgedankens« (S. 180). Die übrigen Aufsätze dieses Verfassers sind dem Nachweis dieser These im einzelnen gewidmet, indem die Unangemessenheit von Habermas' Ansatz mit wissenschaftstheoretischen Argumenten dargelegt wird.
Die für den Rezensenten interessantesten Passagen des gesamten Bandes sind das halbe Dutzend Seiten, auf denen Simon-Schaefer das Grunddilemma der Frankfurter Schule traditioneller, aber auch Habermasscher Prägung zu erklären versucht, nämlich die Frage, warum diese Theorie zur immer wieder von ihr selbst beschworenen politischen Praxis nicht hat führen können. Hier gelingen dem Verfasser einige grundsätzliche Einsichten über die Grenzen der Wirksamkeit der Kritischen Theorie für die politische Praxis. Zwei seiner wichtigsten Argumente lauten: (1) Politische Praxis kann nicht, wie Habermas es tut, nach dem Modell der Selbstveränderung durch Reflexion beschrieben werden, wie es die Psychoanalyse praktiziert, denn: »Fasziniert von der Psychoanalyse, hat Habermas den grundlegenden Unterschied zwischen einer Neurose und der kapitalistischen Gesellschaft übersehen. Die Neurose kann im günstigen Falle zum Verschwinden gebracht werden dadurch, daß man sie erkennt. Die kapitalistische Gesellschaft ist aber, auch wenn man sie durchschaut und entlarvt hat, immer noch genau so wirklich wie zuvor, sie verschwindet nicht automatisch. Wenn man sie durchschaut hat, dann tauchen überhaupt erst die wirklichen Probleme einer kritischen Theorie auf, und das sind durchweg technische Fragen: Wie kann denn nun eine Änderung der Gesellschaft technisch wirklich bewältigt werden? Wie muß die herrschaftsfreie Gesellschaft organisiert werden, damit sie ihrem Anspruch gerecht wird?« (S. 159). (2) Politische Praxis kann aber auch nicht nach dem von Habermas bemühten Modell einer herrschaftsfreien Kommunikation verstanden werden. »Die Frage, die eine praktische Philosophie lösen müßte, wie nämlich als vernünftig erkannte Normen in der Gesellschaft verwirklicht werden können, ist durch die Idee des herrschaftsfreien Diskurses mündiger Subjekte gerade nicht beantwortet« (S. 163). Der herrschaftsfreie Dialog ist selbst als Idee *vorpolitisch*, denn er ist zwar geeignet, bessere Normen für die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ermitteln, für deren Umsetzung im politischen Kampf leistet er indessen keinen Beitrag.
Mit diesem Urteil, daß die Kritische Theorie in die eigentlich politische Dimension in ihren Theorien niemals vorgestoßen sei, trifft Simon-Schaefer tatsächlich deren Grunddilemma im Kern. Eine Theorie, die angetreten war, um alle Wissenschaft an ihren praktischen Ergebnissen zu messen, muß sich am Ende auch an ihrer eigenen Praxislosigkeit messen lassen.
Es ist das gemeinsame Ergebnis beider hier vorgestellter Bücher, daß die Kritische Theorie, was immer ihre Verdienste im übrigen auch sein mögen, in dem Bereich, auf den hin sie angelegt war, der gesellschaftsverändernden Praxis, keine Erfolge vorzuweisen hat.

Thomas Meyer

Horst Heimann, Theoriediskussion in der SPD. Ergebnisse und Perspektiven (= Demokratischer Sozialismus in Theorie und Praxis), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1975, 308 S., kart., 19,80 DM.

Bei diesem Buch handelt es sich zugleich um eine Geschichte der Theoriediskussion in der SPD seit dem Ende der 60er Jahre und um einen Beitrag zu ihr. Der Autor entwirft nicht lediglich die Skizze der tatsächlichen Entwicklung der theoretischen Auseinandersetzungen, sondern er nimmt selbst Stellung. Gleichwohl ist dieses Stück Zeitgeschichtsschreibung in praktischer Absicht von wissenschaftlichem Wert, weil die Identifikation des Autors nicht mit einer der an der Theoriediskussion beteiligten Gruppierungen erfolgt, sondern auf breiteren Grundlagen ruht. So ist auch die praktische Absicht des Buches nicht in der Stärkung einer bestimmten Richtung zu suchen, sondern in der Verbesserung der Qualität der Theoriediskussion insgesamt. Wegen der Unabgeschlossenheit dieser

kritischen Grundgedankens« (S. 180). Die übrigen Aufsätze dieses Verfassers sind dem Nachweis dieser These im einzelnen gewidmet, indem die Unangemessenheit von Habermas' Ansatz mit wissenschaftstheoretischen Argumenten dargelegt wird.
Die für den Rezensenten interessantesten Passagen des gesamten Bandes sind das halbe Dutzend Seiten, auf denen Simon-Schaefer das Grunddilemma der Frankfurter Schule traditioneller, aber auch Habermasscher Prägung zu erklären versucht, nämlich die Frage, warum diese Theorie zur immer wieder von ihr selbst beschworenen politischen Praxis nicht hat führen können. Hier gelingen dem Verfasser einige grundsätzliche Einsichten über die Grenzen der Wirksamkeit der Kritischen Theorie für die politische Praxis. Zwei seiner wichtigsten Argumente lauten: (1) Politische Praxis kann nicht, wie Habermas es tut, nach dem Modell der Selbstveränderung durch Reflexion beschrieben werden, wie es die Psychoanalyse praktiziert, denn: »Fasziniert von der Psychoanalyse, hat Habermas den grundlegenden Unterschied zwischen einer Neurose und der kapitalistischen Gesellschaft übersehen. Die Neurose kann im günstigen Falle zum Verschwinden gebracht werden dadurch, daß man sie erkennt. Die kapitalistische Gesellschaft ist aber, auch wenn man sie durchschaut und entlarvt hat, immer noch genau so wirklich wie zuvor, sie verschwindet nicht automatisch. Wenn man sie durchschaut hat, dann tauchen überhaupt erst die wirklichen Probleme einer kritischen Theorie auf, und das sind durchweg technische Fragen: Wie kann denn nun eine Änderung der Gesellschaft technisch wirklich bewältigt werden? Wie muß die herrschaftsfreie Gesellschaft organisiert werden, damit sie ihrem Anspruch gerecht wird?« (S. 159). (2) Politische Praxis kann aber auch nicht nach dem von Habermas bemühten Modell einer herrschaftsfreien Kommunikation verstanden werden. »Die Frage, die eine praktische Philosophie lösen müßte, wie nämlich als vernünftig erkannte Normen in der Gesellschaft verwirklicht werden können, ist durch die Idee des herrschaftsfreien Diskurses mündiger Subjekte gerade nicht beantwortet« (S. 163). Der herrschaftsfreie Dialog ist selbst als Idee *vorpolitisch*, denn er ist zwar geeignet, bessere Normen für die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ermitteln, für deren Umsetzung im politischen Kampf leistet er indessen keinen Beitrag.
Mit diesem Urteil, daß die Kritische Theorie in die eigentlich politische Dimension in ihren Theorien niemals vorgestoßen sei, trifft Simon-Schaefer tatsächlich deren Grunddilemma im Kern. Eine Theorie, die angetreten war, um alle Wissenschaft an ihren praktischen Ergebnissen zu messen, muß sich am Ende auch an ihrer eigenen Praxislosigkeit messen lassen.
Es ist das gemeinsame Ergebnis beider hier vorgestellter Bücher, daß die Kritische Theorie, was immer ihre Verdienste im übrigen auch sein mögen, in dem Bereich, auf den hin sie angelegt war, der gesellschaftsverändernden Praxis, keine Erfolge vorzuweisen hat.

Thomas Meyer

Horst Heimann, Theoriediskussion in der SPD. Ergebnisse und Perspektiven (= Demokratischer Sozialismus in Theorie und Praxis), Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Köln 1975, 308 S., kart., 19,80 DM.

Bei diesem Buch handelt es sich zugleich um eine Geschichte der Theoriediskussion in der SPD seit dem Ende der 60er Jahre und um einen Beitrag zu ihr. Der Autor entwirft nicht lediglich die Skizze der tatsächlichen Entwicklung der theoretischen Auseinandersetzungen, sondern er nimmt selbst Stellung. Gleichwohl ist dieses Stück Zeitgeschichtsschreibung in praktischer Absicht von wissenschaftlichem Wert, weil die Identifikation des Autors nicht mit einer der an der Theoriediskussion beteiligten Gruppierungen erfolgt, sondern auf breiteren Grundlagen ruht. So ist auch die praktische Absicht des Buches nicht in der Stärkung einer bestimmten Richtung zu suchen, sondern in der Verbesserung der Qualität der Theoriediskussion insgesamt. Wegen der Unabgeschlossenheit dieser

Diskussion selbst und wegen der mangelnden zeitlichen Distanz zu dem behandelten Abschnitt kann es sich bei Heimanns Buch freilich nur um eine Zwischenbilanz handeln.
Diese ist von um so größerem Wert, als es sich bei dem vorgeführten Ausschnitt aus der Geschichte der theoretischen Selbstverständigung der deutschen Sozialdemokratie um eine grundlegende Besinnung auf den Gehalt der sozialistischen Prinzipien handelt. Die Tatsache, daß diese Theoriediskussion der Sozialdemokratie von Gruppen gleichsam aufgedrängt wurde, die in ihren Personen und Ideen aus der Außerparlamentarischen Opposition der sechziger Jahre hervorgegangen sind, hat ihre Struktur auf eigentümliche Weise bis in die jüngste Gegenwart geprägt.
Heimann legt auf kenntnisreiche Art dar, wie sich die Jungsozialisten in der SPD spätestens seit 1969, wo auf ihrem ersten Münchener Kongreß in Beschlüssen und Personalentscheidungen der Übergang zur innerparteilichen Opposition vollzogen wurde, zum Organ der politischen Formulierung vieler Impulse machten, die von der außerparlamentarischen Bewegung ihren Ausgang genommen hatten. Diese Konstellation führte seiner Darstellung zufolge nun dazu, daß von weiten Kreisen der Sozialdemokratie diese Theoriediskussion niemals als Angebot zur Grundlegung einer gemeinsamen Strategie angenommen worden ist, während die Theorie der Jungsozialisten in erheblichem Maße jener akademischen Einstellung der vollständigen Sofortveränderung des gesamten kapitalistischen Gesellschaftssystems verhaftet bleibt, die zu einer realistischen Veränderungskonzeption unfähig ist.
Heimann geht nun so vor, daß er zunächst für »drei Hauptbereiche der Theorie« (S. 49), nämlich Ziel und Weg der Politik sowie Analyse der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, untersucht, welche grundsätzlichen Alternativen der Orientierung hier jeweils möglich sind und ob die Position des Godesberger Programms der Sozialdemokratie und die in den Beschlüssen der Jungsozialisten deutlich werdende Haltung innerhalb der gleichen Alternative angesiedelt sind oder ob sie sich prinzipiell voneinander unterscheiden. Dieses Verfahren ist dem Nachweis gewidmet, daß sich bei allen Unterschieden im einzelnen eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen den theoretischen Grundlagen der Sozialdemokratie und den Entscheidungen der Jungsozialisten nachweisen läßt. Denn eine Analyse der Beschlüsse der Bundeskongresse der Jungsozialisten zwischen 1969 und 1971 und deren Vergleich mit den Programmen und Beschlüssen der Gesamtpartei zeigt eine grundsätzliche Übereinstimmung in den drei von Heimann untersuchten Theoriebereichen. In ihrem Zielverständnis sind beide gleichermaßen »systemverändernd« und nicht »systemerhaltend«, wenn unter »System« die profitorientierte undemokratische kapitalistische Produktionsweise verstanden wird und nicht etwa der politische Rahmen einer freiheitlich demokratischen Grundordnung (S. 145). In ihrem Wegverständnis stimmen beide in der Ablehnung der Revolutionsstrategie zugunsten einer Politik schrittweiser Reformen überein. In den theoretischen Grundfragen der Gesellschaftsanalyse gehen beide von der Erkenntnis der Veränderbarkeit der bestehenden Verhältnisse aus.
Der Wert der Heimannschen Analyse besteht nun nicht so sehr im Ergebnis dieses Vergleichs – in einigen Punkten hätte man sich feinere Vergleichskriterien als die genannten gewünscht –, sondern in der Darstellung und Zusammenfassung der einzelnen Programmentscheidungen der Jungsozialisten und der Gesamtpartei. Ein Mangel seiner Arbeit liegt darin, daß er mit einem weithin ungeklärten Systembegriff arbeitet. Zwar unterscheidet er nachdrücklich zwischen dem politisch-demokratischen System, das von der Gesamtpartei und den Jungsozialisten ausdrücklich bejaht wird, und dem undemokratischen Wirtschaftssektor, dessen Demokratisierung gemeint ist, wenn von Systemveränderung die Rede ist (S. 173 ff.), aber es bleibt doch unklar, welche Merkmale genau das Wirtschaftssystem zum kapitalistischen machen und unter welchen Voraussetzungen es sozialistisch genannt zu werden verdiente. Heimann wünschte sich, zur Unterscheidung

der beiden Systemalternativen würden konsequent die Bezeichnungen Kapitalismus und Sozialismus gewählt; da er aber den Sozialismus nicht mit Vergesellschaftung gleichsetzt, wäre bei dieser Begriffsverwendung eine Klärung der Systemkriterien sinnvoll gewesen. Immerhin gibt Heimann die ins Auge gefaßte Richtung an, wenn er von einer Demokratisierung des Wirtschaftssystems als Kennzeichen der Überwindung des Kapitalismus spricht. Angesichts dieser Sachlage können die tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Jungsozialisten und Gesamtpartei Heimann zufolge nur auf Unklarheit der Begriffe und Mangel an Kommunikationsbereitschaft zurückgeführt werden.

Von besonderem Wert ist Heimanns ebenso scharfsinnige wie witzige Rekonstruktion der Fraktionierung innerhalb des Bundesverbandes der Jungsozialisten, wie sie sich in krasser Form auf dem Wiesbadener Bundeskongreß 1975 äußerte. Anhand des bis heute heftig umstrittenen Begriffs einer angeblichen »Systemgrenze« für Reformen, die eine Überwindung des Kapitalismus auf diesem Wege unmöglich mache, zeigt Heimann, wie sehr die Jungsozialisten in ihrer Strategievorstellung von den akademischen Antirevisionisten beeinflußt bleiben, deren Theorien die eigene politische Anwendbarkeit systematisch ignorieren. Wenn die Jungsozialisten es nicht verstehen, sich von diesen Einflüssen freizumachen, und eine reformorientierte Theoriebildung in Angriff nehmen, werden sie nach Heimanns Einschätzung in die politische »Sackgasse« (S. 190) geraten. Die Überwindung ihres »Strategie-Defizits« (S. 178), das die Jungsozialisten trotz ihrer beachtlichen Grundposition bislang nicht abbauen konnten, hat sie spätestens seit 1975 auf Abwege geführt, weil sie in einem dogmatischen Rückgriff auf marxistische Positionen die Wirklichkeit der Bundesrepublik zunehmend verfehlen. Es ist zunächst überraschend, daß Heimann diesem Teil der Jungsozialisten empfiehlt, statt an einen dogmatisch verengten Marx lieber an den Revisionismus Bernsteins anzuknüpfen. Es gelingt ihm in einer beachtenswerten Bernsteininterpretation darzutun, daß Bernstein nicht als Gewährsmann für einen theorielosen Opportunismus herangezogen werden kann, sondern vielmehr der theoretische »Vater systemverändernder Reformstrategie« ist (S. 251). Bei ihm sind die Begriffe und Anregungen zu finden, die beide wichtigen Desiderate zugleich erfüllen: theoretische Fundierung und praktische Ausrichtung der sozialistischen Politik. (Diesen Punkt hat Heimann in der Zwischenzeit durch eine Neuausgabe ausgewählter Bernstein-Texte mit einer ausführlichen Einleitung vertieft.)

Neben dieser theoretischen Umorientierung empfiehlt Heimann vor allem die Beachtung einiger Grundsätze in der künftigen Theoriediskussion, die er aus einer Analyse des relativen Mißerfolgs der bisherigen gewinnt. Dazu gehört vor allem, daß die Praxis ein Ende haben muß, wo über komplette Theorien abgestimmt wird und Personalwahlen vom Bekenntnis zu bestimmten Theorien abhängig gemacht werden. Ein solches Verfahren führt statt zu einer wirklichen Diskussion zur dauernden Verhärtung der Fronten und zu einem bloß taktischen Gebrauch der Theorien.

Heimanns Fazit: Nicht die Beendigung, sondern die qualitative Verbesserung der Theoriediskussion ist der Schlüssel für das Gelingen sozialdemokratischer Politik.

Dieses kenntnisreiche, nützliche und kluge Buch, das verständlich und geistreich geschrieben ist, muß jedem zur Lektüre empfohlen werden, der sich in theoretischer oder praktischer Absicht der Theoriediskussion in der Sozialdemokratie zuwendet.

Thomas Meyer

Hans Jòchen Brauns/Urs Jaeggi/Klaus Peter Kisker/Axel Zerdick/Burkhard Zimmermann, Die SPD in der Krise. Die deutsche Sozialdemokratie seit 1945 (= Texte zur politischen Theorie und Praxis; Fischer Taschenbücher 6518), Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1976, 406 S., kart., 12,80 DM.

Die Autoren des umfänglichen Taschenbuchs, sämtlich an Berliner Hochschulen lehrende SPD-Mitglieder, möchten mit ihm vor allem einen praktisch-politischen »Diskussionsbeitrag« zur weiteren Politik der SPD liefern.

Es liegt daher nahe, zunächst die zentralen Thesen und Perspektiven des Buches deutlich zu machen: Nach ihnen sucht die SPD »die Interessen des Kapitals ebenso wie die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten«, was »bei zunehmender Verschärfung der ökonomischen Krise scheitern muß«; dies sei gegenwärtig das Schicksal der sozialdemokratischen Reformpolitik (S. 7 f.). Immer wieder seit 1945, so suchen die Autoren zu zeigen, habe sich die Partei theoretisch wie praktisch versagt, sich allein auf die Interessen der Arbeiterklasse auszurichten und »den Sozialismus« bzw. wenigstens Zwischenschritte zu ihm zu erkämpfen. Wenn der SPD auch zuweilen partiell richtige (z. B. antimonopolistische) Tendenzen attestiert und ihre linken Minderheitsströmungen in der Darstellung berücksichtigt werden, gilt sie den Autoren doch »seit 1914 als Partei der Bewahrung bürgerlicher Ideologien in der Arbeiterklasse«, als eine Partei, die freilich »noch« Lohnabhängige an sich binde und daher politische Arbeit in ihr notwendig erscheinen lasse (S. 312, 315).

In derartigen Perspektiven und Formulierungen sowie in der übrigen Begrifflichkeit wird – trotz gelegentlicher Differenzierungsansätze – ein holzgeschnitzter, grobflächiger »Marxismus« sichtbar, der das ganze Buch durchzieht. Er ist charakterisiert durch einfache antagonistische bzw. dichotomische Gegenüberstellungen, etwa die von monopolistischem Kapital und Arbeiterklasse oder die von »bürgerlicher Ideologie und der Ideologie der Arbeiterklasse« (S. 227); durch das Schema von den »objektiven« Interessen (z. B. S. 171); durch eine Vorstellung von »dem Sozialismus«, die ihn lediglich als Aufhebung der Lohnarbeit faßt (S. 64, 70); durch die von Fülberth/Harrer übernommene, historisch unzutreffende Definition von »Revisionismus« (S. 11).

Zur Position des Buches gehört schließlich noch die als Alternative geforderte »konsequent fortschrittliche Politik«, als deren Elemente vor allem eine harte Klassenvertretung, eine Beendigung parlamentarischer »Illusionen« und wesentlich parlamentarischer Politik (z. B. S. 83, 75) sowie der Abbau von Antikommunismus und die Perspektive der Aktionseinheit (z. B. S. 316 ff.) hervortreten. Die Autoren deuten selbst an, daß eine Politik in ihrem Sinne wohl zur Regierungsunfähigkeit der SPD (wenn auch nur unter heutigem Bewußtseinsstand) führen müßte (S. 7); Faktoren, die dem entgegenstehen, werden – abgesehen vom Glauben an ein einmal doch durchbrechendes Klassenbewußtsein – nicht genannt. Was somit als Ausweg aus der »Krise« der SPD angeboten wird, sind der Bruch mit Grundentscheidungen des Godesberger Programms und der sichere Abmarsch in eine Grundsatzopposition gegen den »bürgerlichen« Staat.

Der Charakter eines primär politisch gemeinten Diskussionsbeitrages hat das Autorenkollektiv immerhin nicht davon abgehalten, seinen Ausführungen eine recht breite Materialbasis zugrunde zu legen und sich um einen sorgfältigen Nachweis zu bemühen. Indem über partei- und sozialgeschichtliche Literatur hinaus SPD-Jahrbücher und Parteitagsprotokolle, Zeitschriften wie Die Neue Gesellschaft, Berliner Blätter, Gewerkschaftliche Monatshefte und die alte Sozialistische Politik, ferner Dokumentationen wie die Flechtheims und Keesings Archiv herangezogen sind, gelingt es, trotz des weitgespannten Gegenstands über eine reine Sekundäranalyse hinauszukommen. Freilich handelt es sich durchweg um bereits publiziertes Material, so daß das Buch dem mit der SPD-Entwicklung Vertrauten kaum wesentlich Neues an Information vermitteln kann. Doch

Menge und Dichte der ausgebreiteten Information machen es lesenswert und dürften ihm einen breiten Leserkreis auch über den Bereich derer hinaus sichern, die von den Thesen des Buches überzeugt sind.
Leider finden sich im Text auch freischwebende, meist vage formulierte Behauptungen, die als solche vom Durchschnittsleser kaum erkannt werden können. Beispiele hierfür sind u. a. die Behauptungen,
- Schumacher und »viele Sozialdemokraten« hätten nach 1945 die Möglichkeit einer kapitalistischen Restauration ausgeschlossen (S. 62);
- die SPD sei vor 1948 für eine Planwirtschaft eingetreten, welche Konsumfreiheit ausgeschlossen hätte (S. 69);
- kommunale Finanznot habe seit Mitte der fünfziger Jahre in enger Verbindung mit Rüstungs- und Notstandspolitik gestanden (S. 223).

Zu begrüßen ist der vorgenommene Versuch einer systematischen Einbeziehung sozioökonomischer Entwicklungen in die Parteianalyse. Dieser Versuch wird sichtbar bereits in der – übersichtlichen und konsequenten – Gliederung des Bandes, die ihn zunächst in vier chronologische Hauptabschnitte (1945–49, 1950–66, ab 1966, gegenwärtige Situation) unterteilt, welche ihrerseits jeweils ein Kapitel zur ökonomischen Entwicklung, eines zur »Lage der Arbeiterklasse« (unter Einbeziehung des Faktors Bewußtsein) sowie eines zur eigentlichen Parteientwicklung enthält. Eine Integration der drei Betrachtungsebenen ist jedoch nicht erreicht worden, im wesentlichen laufen die drei Stränge der Darstellung nebeneinander her. Dies hat zur Folge, daß die an der ökonomischen Entwicklung ausgerichtete Abschnittsgliederung (die nicht 1959/60 und nicht 1969 Einschnitte vornimmt, wie es die parteiliche Entwicklung eher nahelegt) nicht völlig überzeugen kann.
Alles in allem ein Buch, das sich der nicht mehr ganz kurzen Reihe der Darstellungen der Nachkriegs-SPD hinzugesellt, welche von linker Grundsatzkritik an ihrem Gegenstand geprägt sind (Pirker, Narr, Hofschen, v. Freyberg u. a.). Es dürfte gerade auch dank seines zweifellos auch vorhandenen Informationsgehalts im Sinne seiner Autoren wirken, wenn auch doch wohl nur im universitären Bereich. Wolfgang Rudzio

Das soziale Feigenblatt? Die Sozialausschüsse in der Union, hrsg. von Ferdi Breidbach und Rüdiger May, Econ Verlag, Düsseldorf/Wien 1975, 326 S., Ln., 34 DM.

Zweck des Buches ist eine apologetische Auseinandersetzung mit dem Vorwurf der Öffentlichkeit, die Sozialausschüsse seien keine wirkungsvollen Vertreter der Arbeitnehmerinteressen in der CDU/CSU: also ein politischer und kein wissenschaftlicher Zweck. Dementsprechend sind Autoren und Beiträge ausgewählt, die sich in drei Gruppen einteilen lassen: 1) die prominenten Parteiführer und MdB, u. a. H. Kohl, K. Carstens, F. J. Strauß, R. Barzel, J. Klein, H. Köhler, G. Kuhn, A. Müller, M. Wissmann, G. Tandler, N. Blüm und F. Breidbach; 2) Funktionäre der Sozialausschüsse oder mit sozialen Fragen beschäftigte Fraktionsangestellte, z. B. H. Enneper, W. Koppers, R. Lindemann und E. Müller-Steineck, und 3) schließlich einige Wissenschaftler und Publizisten, so H. Kaltefleiter, E. Dall'Asta, O. von Nell-Breuning und H.-W. Hartelt.
Der Tenor der Beiträge kann je nach ideologischem Standort des Autors klassifiziert werden. *H. Kohl* stellt in knappen Zügen sein Konzept der Volkspartei in integrativer und ideologisch mediatisierender Zielsetzung dar. *Strauß* propagiert im Grunde dasselbe. Auf das im Einleitungsaufsatz von *R. May* angeschnittene Problem der Position der Sozialausschüsse gehen beide nicht ein und können dies auch nicht, da sie ihre Verwendung des Begriffes »Integration« nicht darlegen. *Köhler* expliziert im gleichen Sinn katalogartig die Einzelbestimmungen einer Volkspartei: Konservativ sei sie in Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft – die ja an sich liberal sein soll –, liberal gegenüber der Öffnung

Menge und Dichte der ausgebreiteten Information machen es lesenswert und dürften ihm einen breiten Leserkreis auch über den Bereich derer hinaus sichern, die von den Thesen des Buches überzeugt sind.
Leider finden sich im Text auch freischwebende, meist vage formulierte Behauptungen, die als solche vom Durchschnittsleser kaum erkannt werden können. Beispiele hierfür sind u. a. die Behauptungen,
- Schumacher und »viele Sozialdemokraten« hätten nach 1945 die Möglichkeit einer kapitalistischen Restauration ausgeschlossen (S. 62);
- die SPD sei vor 1948 für eine Planwirtschaft eingetreten, welche Konsumfreiheit ausgeschlossen hätte (S. 69);
- kommunale Finanznot habe seit Mitte der fünfziger Jahre in enger Verbindung mit Rüstungs- und Notstandspolitik gestanden (S. 223).

Zu begrüßen ist der vorgenommene Versuch einer systematischen Einbeziehung sozioökonomischer Entwicklungen in die Parteianalyse. Dieser Versuch wird sichtbar bereits in der – übersichtlichen und konsequenten – Gliederung des Bandes, die ihn zunächst in vier chronologische Hauptabschnitte (1945–49, 1950–66, ab 1966, gegenwärtige Situation) unterteilt, welche ihrerseits jeweils ein Kapitel zur ökonomischen Entwicklung, eines zur »Lage der Arbeiterklasse« (unter Einbeziehung des Faktors Bewußtsein) sowie eines zur eigentlichen Parteientwicklung enthält. Eine Integration der drei Betrachtungsebenen ist jedoch nicht erreicht worden, im wesentlichen laufen die drei Stränge der Darstellung nebeneinander her. Dies hat zur Folge, daß die an der ökonomischen Entwicklung ausgerichtete Abschnittsgliederung (die nicht 1959/60 und nicht 1969 Einschnitte vornimmt, wie es die parteiliche Entwicklung eher nahelegt) nicht völlig überzeugen kann.
Alles in allem ein Buch, das sich der nicht mehr ganz kurzen Reihe der Darstellungen der Nachkriegs-SPD hinzugesellt, welche von linker Grundsatzkritik an ihrem Gegenstand geprägt sind (Pirker, Narr, Hofschen, v. Freyberg u. a.). Es dürfte gerade auch dank seines zweifellos auch vorhandenen Informationsgehalts im Sinne seiner Autoren wirken, wenn auch doch wohl nur im universitären Bereich. Wolfgang Rudzio

Das soziale Feigenblatt? Die Sozialausschüsse in der Union, hrsg. von Ferdi Breidbach und Rüdiger May, Econ Verlag, Düsseldorf/Wien 1975, 326 S., Ln., 34 DM.

Zweck des Buches ist eine apologetische Auseinandersetzung mit dem Vorwurf der Öffentlichkeit, die Sozialausschüsse seien keine wirkungsvollen Vertreter der Arbeitnehmerinteressen in der CDU/CSU: also ein politischer und kein wissenschaftlicher Zweck. Dementsprechend sind Autoren und Beiträge ausgewählt, die sich in drei Gruppen einteilen lassen: 1) die prominenten Parteiführer und MdB, u. a. H. Kohl, K. Carstens, F. J. Strauß, R. Barzel, J. Klein, H. Köhler, G. Kuhn, A. Müller, M. Wissmann, G. Tandler, N. Blüm und F. Breidbach; 2) Funktionäre der Sozialausschüsse oder mit sozialen Fragen beschäftigte Fraktionsangestellte, z. B. H. Enneper, W. Koppers, R. Lindemann und E. Müller-Steineck, und 3) schließlich einige Wissenschaftler und Publizisten, so H. Kaltefleiter, E. Dall'Asta, O. von Nell-Breuning und H.-W. Hartelt.
Der Tenor der Beiträge kann je nach ideologischem Standort des Autors klassifiziert werden. *H. Kohl* stellt in knappen Zügen sein Konzept der Volkspartei in integrativer und ideologisch mediatisierender Zielsetzung dar. *Strauß* propagiert im Grunde dasselbe. Auf das im Einleitungsaufsatz von *R. May* angeschnittene Problem der Position der Sozialausschüsse gehen beide nicht ein und können dies auch nicht, da sie ihre Verwendung des Begriffes »Integration« nicht darlegen. *Köhler* expliziert im gleichen Sinn katalogartig die Einzelbestimmungen einer Volkspartei: Konservativ sei sie in Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft – die ja an sich liberal sein soll –, liberal gegenüber der Öffnung

für Problemlösungen der Zukunft – was eigentlich besser ›umsichtig‹ oder ›beweglich‹ heißen könnte –, sozial, wenn es auf die Gerechtigkeit ankomme – wobei die prinzipielle Antinomie von Sozial- und Rechtsstaat nicht diskutiert wird –, und schließlich »christlich« im Bild vom Menschen; wie allerdings sein Bild vom Menschen mit den übrigen drei Bestimmungen in Einklang zu bringen ist, bleibt ungesagt.
*Kaltefleiter/Rabeneich* unterstützen diese Vorstellungen mit Hinweisen auf das Wählerverhalten in den siebziger Jahren und *K. Carstens* mit einem historischen Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik, der freilich in seinen Einzelheiten außerordentlich problematisch ist; denn z. B. übersieht er, daß die von ihm als Verdienste der CDU reklamierten Gesetze zur Mitbestimmung oder Betriebsverfassung Adenauer u. a. mit Generalstreikdrohungen abgerungen werden mußten.
Anders liegen dagegen die Akzente bei *Norbert Blüm*. Er rückt das christliche Element in der Programmatik der CDU in den Vordergrund und leitet daraus die Forderung nach immerwährendem Kampf gegen jedwede Form sich stets erneut verfestigender Herrschaft sowie die Gleichheit aller Bürger ab. *v. Nell-Breuning* legt ähnliche Vorstellungen in freilich mehr systematischer Weise vor.
Die konstatierte Dualität taucht auch in jenen Abschnitten des Buches auf, die sich mit der Stellung der Sozialausschüsse innerhalb der CDU befassen. *Koppers, Enneper* und *Lindemann* beklagen, liberale und konservative Kräfte hätten die Bemühungen der Sozialausschüsse, etwa das Ahlener Programm durchzusetzen, verhindert, wobei sie es unterlassen, z. B. Adenauer zu nennen. *H. George,* Geschäftsführer des Wirtschaftsrates der CDU, stellt demgegenüber eine wachsende Dominanz der Arbeitnehmerorganisation in der Partei fest und beteuert, dies sei dem Charakter einer Volkspartei abträglich.
Das Buch spiegelt also, insgesamt gesehen, die Situation der CDU wider, sein Schlußteil, eine umfangreiche Zusammenstellung der Programmatik der Sozialausschüsse, ist für den Zeithistoriker der weitaus informativste Abschnitt. Peter Hüttenberger

Peter Claus Hartmann, Pariser Archive, Bibliotheken und Dokumentationszentren zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Eine Einführung in Benützungspraxis und Bestände für Historiker, Politologen und Journalisten (= Dokumentation Westeuropa 1), Verlag Dokumentation, München 1976, 131 S. und Stadtplan, Linson, 28 DM.

Voilà une plaquette utile, à recommander vivement à tout chercheur «parisien» lisant l'allemand, ainsi qu'aux autres, car la part réservée à cette langue est relativement minime. Si la lecture cursive de l'ouvrage, qui explique par le détail les démarches à suivre (jamais les mêmes) pour obtenir (ou non) un livre ou un document dans la cinquantaine des plus importantes archives et bibliothèques parisiennes, est à déconseiller à qui n'est pas amateur de Kafka ou du Père Ubu, les renseignements rassemblés par l'auteur représenteront pour l'utilisateur un gain de temps inappréciable. Et je ne parle pas seulement pour les débutants en la matière; même à qui fréquente depuis 10, 15 ou 20 ans ces lieux de »la mémoire du monde«, le livre de Hartmann pourra faire découvrir l'existence de telle ou telle bibliothèque ou archive négligée ou ignorée.
Peut-être aurait-il fallu signaler, de la même manière que »l'annexe de Versailles« du département des imprimés de la Bibliothèque Nationale, quelques grandes annexes de province, comme »l'annexe d'Aix-en-Provence« du département Outre-Mer des Archives Nationales. Mais la principale critique qu'on peut adresser à ce guide est d'avoir fait commencer, pour la description des fonds d'archives, le 19e siècle à 1850 environ (de façon non systématique d'ailleurs, étant donné l'imbrication des fonds), ce qui écarte dans une large mesure la période décisive de la Révolution, de l'Empire et des suites,

für Problemlösungen der Zukunft – was eigentlich besser ›umsichtig‹ oder ›beweglich‹ heißen könnte –, sozial, wenn es auf die Gerechtigkeit ankomme – wobei die prinzipielle Antinomie von Sozial- und Rechtsstaat nicht diskutiert wird –, und schließlich »christlich« im Bild vom Menschen; wie allerdings sein Bild vom Menschen mit den übrigen drei Bestimmungen in Einklang zu bringen ist, bleibt ungesagt.
*Kaltefleiter/Rabeneich* unterstützen diese Vorstellungen mit Hinweisen auf das Wählerverhalten in den siebziger Jahren und *K. Carstens* mit einem historischen Rückblick auf die Geschichte der Bundesrepublik, der freilich in seinen Einzelheiten außerordentlich problematisch ist; denn z. B. übersieht er, daß die von ihm als Verdienste der CDU reklamierten Gesetze zur Mitbestimmung oder Betriebsverfassung Adenauer u. a. mit Generalstreikdrohungen abgerungen werden mußten.
Anders liegen dagegen die Akzente bei *Norbert Blüm*. Er rückt das christliche Element in der Programmatik der CDU in den Vordergrund und leitet daraus die Forderung nach immerwährendem Kampf gegen jedwede Form sich stets erneut verfestigender Herrschaft sowie die Gleichheit aller Bürger ab. *v. Nell-Breuning* legt ähnliche Vorstellungen in freilich mehr systematischer Weise vor.
Die konstatierte Dualität taucht auch in jenen Abschnitten des Buches auf, die sich mit der Stellung der Sozialausschüsse innerhalb der CDU befassen. *Koppers, Enneper* und *Lindemann* beklagen, liberale und konservative Kräfte hätten die Bemühungen der Sozialausschüsse, etwa das Ahlener Programm durchzusetzen, verhindert, wobei sie es unterlassen, z. B. Adenauer zu nennen. *H. George,* Geschäftsführer des Wirtschaftsrates der CDU, stellt demgegenüber eine wachsende Dominanz der Arbeitnehmerorganisation in der Partei fest und beteuert, dies sei dem Charakter einer Volkspartei abträglich.
Das Buch spiegelt also, insgesamt gesehen, die Situation der CDU wider, sein Schlußteil, eine umfangreiche Zusammenstellung der Programmatik der Sozialausschüsse, ist für den Zeithistoriker der weitaus informativste Abschnitt. Peter Hüttenberger

Peter Claus Hartmann, Pariser Archive, Bibliotheken und Dokumentationszentren zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Eine Einführung in Benützungspraxis und Bestände für Historiker, Politologen und Journalisten (= Dokumentation Westeuropa 1), Verlag Dokumentation, München 1976, 131 S. und Stadtplan, Linson, 28 DM.

Voilà une plaquette utile, à recommander vivement à tout chercheur «parisien» lisant l'allemand, ainsi qu'aux autres, car la part réservée à cette langue est relativement minime. Si la lecture cursive de l'ouvrage, qui explique par le détail les démarches à suivre (jamais les mêmes) pour obtenir (ou non) un livre ou un document dans la cinquantaine des plus importantes archives et bibliothèques parisiennes, est à déconseiller à qui n'est pas amateur de Kafka ou du Père Ubu, les renseignements rassemblés par l'auteur représenteront pour l'utilisateur un gain de temps inappréciable. Et je ne parle pas seulement pour les débutants en la matière; même à qui fréquente depuis 10, 15 ou 20 ans ces lieux de »la mémoire du monde«, le livre de Hartmann pourra faire découvrir l'existence de telle ou telle bibliothèque ou archive négligée ou ignorée.
Peut-être aurait-il fallu signaler, de la même manière que »l'annexe de Versailles« du département des imprimés de la Bibliothèque Nationale, quelques grandes annexes de province, comme »l'annexe d'Aix-en-Provence« du département Outre-Mer des Archives Nationales. Mais la principale critique qu'on peut adresser à ce guide est d'avoir fait commencer, pour la description des fonds d'archives, le 19e siècle à 1850 environ (de façon non systématique d'ailleurs, étant donné l'imbrication des fonds), ce qui écarte dans une large mesure la période décisive de la Révolution, de l'Empire et des suites,

sans laquelle l'histoire non seulement française mais européenne aux 19e et 20e siècles reste quelque peu en l'air. Il suffit pour s'en convaincre de considérer la littérature (d'est en ouest) parue au cours des deux dernières décennies sur le jacobinisme allemand ou sur la naissance du mouvement ouvrier allemand à l'étranger avant 1848.

Jacques Grandjonc